Annelies von Ribbentrop

»Verschwörung gegen den Frieden«

Studien zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges

ANNELIES VON RIBBENTROP

»VERSCHWÖRUNG GEGEN DEN FRIEDEN«

Studien zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges

ANNELIES VON RIBBENTROP

»VERSCHWÖRUNG GEGEN DEN FRIEDEN«

Studien zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges

DRUFFEL -VERLAG

LEONI AM STARNBERGER SEE

Schutzumschlag und Kartenskizzen: Hasso Freischlad

Bilder: Ullstein-Bilderdienst, Berlin, DPA Deutsche Presse-Agentur, Frankfurt, Süddeutscher Verlag, München

Die elf Bildtafeln sind eingeschaltet vor den Seiten 49, 81, 113, 177, 209, 305, 321, 337, 353, 401, 497

Zweite erweiterte Auflage 1963

 • Satz, Druck und Bindearbeiten: Graph. Betriebe Dr. F. P. Datterer & Cie. - Inhaber Sellier - Freising . Printed in Germany

INHALT

»VERSCHWÖRUNG GEGEN DEN FRIEDEN«

Joachim von Ribbentrop, mein Mann, war einer der Angeklagten in dem Verfahren, das die Siegermächte 1945/46 vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg durchgeführt haben. Er war beschuldigt worden, er habe an einer „Verschwörung gegen den Frieden" teilgenommen, indem er am Planen, an der Vorbereitimg, Einleitung oder Durchführimg eines Angriffskrieges beteiligt gewesen sei.

Die Beteiligung an einem Angriffskrieg hatte das auf der Grundlage des Londoner Viermächte-Abkommens vom 8. August 1945 von den gleichen Mächten erlassene Statut für den Internationalen Militärgerichtshof in seinem Artikel 6 für strafbar erklärt und in Artikel 27 unter Todesstrafe gestellt.

Hinsichtlich dieser Bestimmungen (Londoner Abkommen und Statut für den Internationalen Militärgerichtshof) und ihrer rechtlichen Beurteilung drängen sich mehrere wichtige Gesichtspunkte auf, die von namhaften Juristen vertreten werden:

Abkommen und Statut wurden für Großbritannien von Jowitt, für die USA von Jackson, für Frankreich von Falco und für die Sowjetunion von Nikitschenko unterschrieben. Von diesen Unterzeichnern waren drei am Verfahren vor dem Internationalen Militär-Tribunal unmittelbar beteiligt. Jackson war amerikanischer Hauptankläger. Falco war der zweite französische Richter, Nikitschenko sogar der sowjetische Hauptrichter! Die Verfasser eines solch außergewöhnlichen Sonderrechtes waren also zum Teil sogar als Richter in dem sich anschließenden Verfahren tätig und damit befangen. Es kann keinem Zweifel unterhegen, daß unter normalen rechtlichen Umständen damit ein durchschlagender Ablehnungsgrund gegeben war. Aber auch dafür hatten die Siegermächte Vorsorge getroffen. Im Artikel 3 des Statuts war bestimmt worden, daß weder der Gerichtshof noch seine Mitglieder oder Stellvertreter abgelehnt werden können. Zwei der später amtierenden Richter hatten also vorher selbst bestimmt, daß sie nicht als befangen abgelehnt werden können! Sie hatten damit eine Entscheidung getroffen, an der der als befangen abgelehnte Richter nach normalen Rechtsbegriffen nicht beteiligt werden kann.

Von allen Bedenken aber, die vom Standpunkte des Rechts aus - insbesondere auch im Ausland - gegen das Statut des Internationalen Militärgerichtshofes und dessen Urteil bestehen, sind diejenigen am schwerwiegendsten, die sich auf die Strafbarkeit eines „Angriffskrieges" beziehen, dessen Begriff völkerrechtlich weder damals noch seither definiert wurde. Es besteht bekanntlich ein grundsätzlicher Unterschied zwischen einem nicht provozierten und einem provozierten Konflikt!

Die Bedenken der Juristen ergeben sich nicht nur aus der Tatsache, daß einer der am Londoner Abkommen als Gesetzgeber und an dem Urteil des Internationalen Militärgerichtshofes als Richter beteiligten Staaten selbst an dem Kriege gegen Polen teilgenommen und kurz darauf einen Krieg gegen Finnland begonnen und geführt hat. Es ist auch nicht entscheidend, daß das sogenannte Verbrechen gegen den Frieden überhaupt erst auf Veranlassung der Sowjetunion in das Statut für den Internationalen Militärgerichtshof aufgenommen worden ist, worauf vor einigen Jahren schon der amerikanische Völkerrechtler Finch hingewiesen hat. Die Bedenken sind weit mehr grundsätzlicher Natur. Sie ergeben sich aus dem Prinzip, daß niemand wegen einer Tat bestraft werden kann, die nicht bereits zur Zeit ihrer Begehung ein strafbares Verbrechen war. Dieses Verbot ist einer der fundamentalen Grundsätze des Strafrechts und von allen

zivilisierten Nationen anerkannt. Er besteht z. B. in den USA und in der Bundesrepublik unter dem Schutz der Verfassung.

Der Internationale Militärgerichtshof hat bei der Prüfung der Strafbarkeit des Angriffskrieges keine klare Stellung bezogen. Er führte in der Begründung des Urteils aus, daß die Untersuchung nicht imbedingt notwendig sei, ob ein Angriffskrieg vor Erlaß des Londoner Abkommens ein Verbrechen war, obwohl erst dieses Abkommen die anzuwendende Strafnorm lieferte. Das Urteil geht aber in den weiteren Gründen gleichwohl auf diese Frage ein und bejaht sie unter Bezugnahme auf den Briand-Kellogg-Pakt vom 27. August 1928. Es sei bemerkt, daß im Artikel 1 dieses Paktes die vertragschließenden 36 Staaten die feierliche Erklärung abgegeben haben, den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfragen zu verurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik zu verzichten. Eine Strafdrohung gegenüber Staaten oder Einzelpersonen war jedoch für Fälle einer Zuwiderhandlung in diesen Pakt nicht aufgenommen worden, obwohl sie einen wesentlichen Teil eines Verbrechenstatbestandes darstellt.

Geht man von dem grundlegenden Rechtssatze aus, daß niemand wegen einer Tat bestraft werden kann, die nicht bereits zur Zeit ihrer Begehimg ein strafbares Verbrechen war, dann konnte eine Bestrafung wegen Planens und Führens eines Angriffskrieges auf Grund des Londoner Abkommens beziehungsweise des Statuts nur ausgesprochen werden, wenn dieser Tatbestand schon vor Erlaß des Londoner Abkommens und des Statuts eine völkerrechtlich strafbare Handlung dargestellt hat. Diese Frage ist aber zu verneinen:

Es klafft zunächst eine weite Lücke zwischen dem politischen Akt des Verzichts auf den Krieg, wie er im Briand-Kellog-Pakt zum Ausdruck gekommen ist, und den Bestimmungen des Londoner Abkommens und des Statuts für das Internationale Militärtribunal, die das Verbrechen gegen den Frieden als neuen Begriff in das internationale Strafrecht einführen.

Was zwischen beiden Punkten fehlt, wird klar, wenn man sich die Erklärung der niederländischen Regierung in ihrer Note vom 21. Januar 1920 vergegenwärtigt, mit der sie die Auslieferung des früheren Deutschen Kaisers ablehnte. Sie führte damals aus:

> „Wenn in Zukunft durch den Völkerbund eine internationale Rechtsprechung geschaffen werden sollte, die befugt wäre, im Falle eines Krieges über Tatsachen Recht zu sprechen, die durch ein vorher ausgearbeitetes Statut zu Verbrechen gestempelt und als solche sanktioniert sind, dann werden die Niederlande sich der neuen Ordnung anschließen."

Man sucht vergeblich nach einem solchen vorher ausgearbeiteten Statut, das den Angriffskrieg zu einem Verbrechen im Sinne des Strafrechts erklärt hätte, zu einem Verbrechen, aus dem kriminelle Verantwortlichkeit folgt. Sowohl nach dem Abschluß des Briand-Kellogg-Paktes wie seit dem Nürnberger Urteil sind mehrere Kriege geführt worden, ohne daß sich jemals die Frage einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit der Staatsmänner erhoben hätte.

Bisherige Auslegung und Handhabung des Briand-Kellogg-Paktes führen daher zu dem Schluß, daß eine Verletzung dieses Vertrages eine strafrechtliche Verantwortlichkeit nicht begründet hat und auch nicht begründen konnte. Dann gehen aber das Londoner Abkommen und das Statut für den Internationalen Militärgerichtshof, indem sie das Planen und Führen von Angriffskriegen als „Verschwörung gegen den Frieden" für strafbar erklären, über das bisher geltende Völkerrecht hinaus. Sie sind damit Strafgesetze mit rückwirkender Kraft, deren Anwendung auf zeitlich früher liegende Tatbestände sich mit allgemeinen Rechtsgrundsätzen unter keinen Umständen vereinbaren läßt.

Schon diese Ausführungen zeigen, daß die Verurteilung meines Mannes wegen einer angeblichen Beteiligung an einem „Angriffskrieg" aus völkerrechtlichen Gründen unmöglich war und daher rechtswidrig erfolgt ist.

Meine nun vorliegende Arbeit soll insbesondere auch in tatsächlicher Hinsicht dazu beitragen, die Ereignisse festzustellen, die zur Auslösung dieses Zweiten Weltkrieges geführt haben. Dem Andenken meines Mannes und unseren Kindern gegenüber habe ich mich verpflichtet gefühlt, dieses Buch zu schreiben.

A. v. R.

DAS SOGENANNTE HOSSBACH-PROTOKOLL

Die Abschrift einer Gedächtnis-Niederschrift

Am 5. November 1937 hatte Hitler den Reichskriegsminister von Blomberg, den Reichsaußenminister von Neurath und die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtsteile, Generaloberst Freiherrn von Fritsch, Generaladmiral Dr. h. c. Raeder und Generaloberst Göring in die Reichskanzlei gebeten, um ihnen in einer mehr als vierstündigen Aussprache seine Ansicht über die außenpolitische Lage und die mögliche zukünftige Entwicklung darzulegen. An dieser Besprechung nahm auch Oberst Hoßbach in seiner Eigenschaft als Wehrmachtsadjutant Hitlers teil. Während der Sitzung wurde weder Protokoll geführt, noch sind Notizen gemacht worden.

Ohne von Hitler beauftragt zu sein, fertigte Hoßbach fünf Tage später aus dem Gedächtnis und ohne Unterlage einen handschriftlichen Bericht über diese militärisch-politische Lagebeurteilung an und datierte ihn in seinem Amtszimmer im Kriegsministerium mit dem „10. November 1937". Diese einzige Niederschrift ist verlorengegangen. Nur eine unauthentische, bereits gekürzte Fassung von etwa elf Schreibmaschinenseiten, die nach einer von Dritten angefertigten Kopie der Originalniederschrift Hoßbachs gemacht worden war, wurde im Nürnberger „Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher"vor dem Internationalen Militärgerichtshof als amerikanisches Anklagedokument „386 PS-Beweisstück US-25" vorgelegt. Im März 1946 war sie dem Gerichtshof von

deutscher Seite zur Verfügung gestellt worden (IMT XXV S. 402 ff.*).

Der amerikanische Anklagevertreter Mr. Alderman bezeichnete diese Notizen als ein „Schriftstück von ungeheurer Bedeutung" und zog aus ihm die Schlußfolgerung, es zerstöre „jeden nur möglichen Zweifel über die wohlüberlegten Pläne der Nazis bezüglich ihrer Verbrechen gegen den Frieden". Der Internationale Militärgerichtshof schloß sich trotz wohlfundierter Einwände der Verteidigung dieser Auffassung an und gab in der Urteilsbegründung der Überzeugung Ausdruck, daß diesem Dokument „der allergrößte Wert" zukomme (IMT I S. 209). Die Niederschrift hat dann auch tatsächlich bei der Begründung des Nürnberger Urteils eine ausschlaggebende Rolle gespielt.

Die Zeitgeschichtsschreibung hat diese Auffassung des Nürnberger Gerichts weitgehend kritiklos übernommen und das sogenannte „Hoßbach-Protokoll", das weder ein Protokoll, noch - in der in Nürnberg vorgelegten Fassung - von Hoßbach ist, als den frühesten Beweis der deutschen Eroberungspläne interpretiert. Die Tragweite dieser Schlußfolgerungen für das Nürnberger Urteil und für das heutige Geschichtsbewußtsein läßt es geboten erscheinen, die Niederschrift kritisch zu untersuchen und dabei einen kurzen Blick auf die außenpolitische Lage Deutschlands vor und nach dem Zeitpunkt der Besprechung zu werfen.

Zur Vorgeschichte

Heute wird die Lage der Weimarer Republik immer noch so dargestellt, als ob der damalige deutsche Reichskanzler Brüning im Jahre 1932 kurz vor einem großen außenpoliti-

*** Quellenhinweise werden im Text durchweg abgekürzt wiedergegeben. Abkürzungserklärung und bibliographisch genaue Bezeichnung der zitierten Werke finden sich im Abkürzungs- und Literatur-Verzeichnis ab Seite 533.**

schen Erfolg gestanden habe, d.h., daß Deutschland auch ohne Hitler als Großmacht in das Konzert der europäischen Staaten wieder aufgenommen worden wäre. In Wirklichkeit aber wurde im Herbst desselben Jahres der deutschen Regierung in Genf erneut die tatsächliche Gleichberechtigung abgesprochen.

Aus einem Vortrag vom 15. Januar 1932 des späteren Oberst Hoßbach, der von 1928 bis 1931 Referent im Heerespersonalamt war, zeigt sich die scharfe Kontrolle, die ohne Erbarmen bis zum Ende der Weimarer Regierungen auf der kleinen deutschen Armee lastete. Hoßbach legte damals klar, daß die starken Bindungen des Versailler Vertrages, die auf allen Gebieten der Reichswehr auferlegt waren, „naturgemäß den Kern des Heeres, das Offizierskorps, im besonderen Maße getroffen" hätten. Auf dem Gebiete der Offizierpersonalpolitik war die notwendige „Jungerhaltung" des Offizierskorps besonders gefährdet. In einem kurzen Rückblick deckte Hoßbach die Gründe dafür auf:

„Der brutale Aderlaß, der in den Jahren 1919 und 1920 am Gesamtkörper des Offizierskorps vorgenommen werden mußte, hatte zwangsläufig durch den sich überstürzenden Schrumpfungsprozeß vom Millionen- zum 100000-Mann-Heer dazu geführt, daß das Offizierskorps im Januar 1921 in seiner Gesamtheit in einer Art Gärungsprozeß sich befand, und daß das Einzeloffizierskorps alles andere als ein in sich geschlossenes, innerlich festes Gefüge war" (Hoßbach III S. 136).

Um zu einer Stabilisierung und Ruhe zu kommen, war ein „möglichst langes Verbleiben, vor allem der höheren Führer", erforderlich. „1927/28 erfolgte der erste tiefeingreifende Schnitt in das Dasein des Offizierskorps. 220 Offiziere wurden verabschiedet, um die sich anbahnende Überalterung nicht zu einer Dauererscheinung werden zu lassen" (Hoßbach III S. 136f.). Von diesem Zeitpunkt ab wurden jährlich 170 verdiente Offiziere verabschiedet, wozu Hoßbach im Januar 1932 erklärte:

„Wir sind an die im Versailler Vertrag festgesetzte Zahl von 3718 Offizieren und deren ebenso festgesetzte Verteilung auf die einzelnen Dienstgrade gebunden. Aus eigener Kraft eine Auflockerung des Versailler Vertrages durch Vermehrung der Offiziersstellen anzustreben, wäre bisher, innerpolitisch gesehen, ein aussichtsloses Beginnen gewesen, zu dem der Reichstag niemals sein Einverständnis gegeben hätte, und außenpolitisch nicht zu vertreten gewesen sein, da in personeller Hinsicht eine auf die Dauer wirksame Tarnung gegenüber den Feindstaaten nicht durchführbar ist. Die Entente, insbesondere Frankreich, verfolgen unsere gesamten Personalveränderungen bis zu den geringfügigsten Kleinigkeiten noch heute und in verhältnismäßig kurzen zeitlichen Abständen, meist in für uns außenpolitisch besonders ungünstigen Momenten, erfolgen immer wieder Anfragen und Einsprüche der französischen Regierung wegen vermeintlicher Verstöße gegen den Versailler Vertrag" (Hoßbach III S. 135).

Im Gegensatz zu den wechselnden Regierungen der Weimarer Republik, die vergeblich versucht hatten, Deutschland von den diskriminierenden Bestimmungen des Versailler Vertrages zu befreien, war es Hitler in den Jahren von 1933 bis 1937 immerhin gelungen, die deutsche Gleichberechtigung auf dem Verhandlungswege zumindest grundsätzlich durchzusetzen. 1934 schloß Deutschland den Nichtangriffspakt mit Polen. Im März 1935 erfolgte die Erklärung der deutschen Wehrfreiheit durch die Wiedereinführung der allgemeinen Dienstpflicht. Dieser einseitige deutsche Akt wurde dann durch den Abschluß des deutsch-englischen Flottenvertrages am 18. Juni 1935 sanktioniert, da die britische Regierung freiwillig durch eine gegenseitige Vereinbarung die deutschen Rüstungsbegrenzungen für die Kriegsflotte beseitigte und damit praktisch die Bestimmungen des Versailler Vertrages aufhob.

Blomberg erklärte in Nürnberg, daß, „da wir auf allen Seiten bedroht waren, die neue Wehrmacht eine gewisse Stärke erhalten mußte, die 1935 auf 36 Divisionen des Heeres festgesetzt wurde" (IMT XL S. 401). Als Teilnehmer an

der Besprechung vom 5. November 1937 wurde er von der Anklage in Nürnberg nach der Einstellung des Offizierskorps in den Jahren vor und nach 1933 befragt. Blomberg legte dazu in einer schriftlichen Erklärung u.a. folgendes nieder:

„Das Offizierskorps einschließlich der Generalität hatte bis 1933 die Bestimmungen des Versailler Vertrages als eine Lebensbedrohung des Bestandes des deutschen Reiches und als eine schmachvolle Vergewaltigung der Souveränität Deutschlands angesehen. Die Neutralisierung des Rheinlandes machte den Weg offen für jede Invasion vom Westen her, wie es die Besetzung des Ruhrgebietes gezeigt hatte. Der polnische Korridor war gleichfalls eine Invasionsstraße in das östliche, ungeschützte Deutschland hinein. Der Korridor trennte zugleich Ostpreußen vom Reiche ab. Litauen und Polen umklammerten das schwache Ostpreußen. Der Raub von Memel konnte jederzeit in größerem Maßstab gegen Ostpreußen wiederholt werden. Der kleine, Deutschland verbliebene Best des oberschlesischen Industriegebietes lag buchstäblich unter den Mündungen polnischer Geschütze. Die Entwaffnung Deutschlands hatte das Reich wehrlos gemacht. Von allen Seiten von feindlichen Staaten umfaßt, empfanden wir Soldaten es auf das Schwerste bedroht. Es konnte nur noch Objekt, nicht mehr Subjekt in der Politik sein. Die Feindstaaten hatten außer den USA und England nicht abgerüstet, wie es der Vertrag für die Zeit nach der deutschen Abrüstung vorgesehen hatte. Frankreich, Tschechei, Polen untereinander verbündet, verstärkten vielmehr ihre Rüstungen, die nur gegen Deutschland gerichtet sein konnten" (IMT XLS. 400f.).

Im Gegensatz zu der unbefriedigenden Lage des deutschen Offizierskorps, wie Hoßbach sie für das Jahr 1932 dargestellt hatte, erklärte Blomberg — außerhalb der Gerichtsverhandlungen - zur Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit:

„Hitler brachte den Soldaten die Erfüllung langjähriger Wünsche durch die Wiederaufrüstung. Auch bemühte sich Hitler während meiner Ministerzeit, auf die T r a d i t i o n e n der S o l d a t e n in jeder Hinsicht e i n z u g e h e n" (Die Sperrungen bedeuten handschriftliche Unterstreichungen im Original, IMT XL S. 406).

Im Mai des Jahres 1935 schloß Frankreich ein Militärbündnis mit Rußland, wodurch mit Duldung Englands das Sowjetreich zur Stärkung der Westmächte nach Europa hereingezogen wurde. Daraufhin kündigte die Reichsregierung am 7. März 1936 den Locarnovertrag und stellte die Wehrhoheit auch in dem entmilitarisierten Rheinland wieder her. Denn der französisch-sowjetrussische Militärpakt, der sich eindeutig nur gegen Deutschland richtete, hatte den sogenannten Rheinpakt illusorisch gemacht. Das deutsche Vorgehen, mit dem Hitler der beginnenden Einkreisung begegnen wollte, wurde vom Völkerbund als Bruch des Locarnovertrages und als eine Provokation Frankreichs verurteilt. Polen, durch den Nichtangriffspakt mit Deutschland verbündet, hatte bereits seit 1935, nach dem Tode Pilsudskis, „Studien" für einen Krieg gegen Deutschland anlaufen lassen und ermutigte 1936 Frankreich zu einem Präventivkrieg gegen das Reich. Der Völkerbund setzte sich als Instrument der Westmächte für „die Fortdauer des diktierten Friedens von Versailles" ein und teilte Europa in zwei „gegnerische Lager", wie der amerikanische Botschafter dem Außenminister Hull am 3. September 1936 aus Berlin berichtete (vgl. Tansill S. 354).

Die ersten Folgen der bolschewistischen Einflußnahme im westlichen Europa zeigten sich im spanischen Bürgerkrieg, als die mit den Sowjets sympathisierende Volksfrontregierung Frankreichs propagandistisch und tatsächlich zugunsten der Roten in Spanien Partei nahm. Aus Furcht vor einer Stärkung des Faschismus und des Nationalsozialismus war auch England an einem raschen Sieg der spanischen Antibolschewisten nichts gelegen.

Nicht nur ideologische Sympathien, sondern vor allem realpolitische Interessen trieben in dieser Zeit Hitler und Mussolini enger aneinander. Wegen Mussolinis Abessinien-Unternehmen hatten sich England und Frankreich gegen ihn gestellt, während Deutschland sich an den wirtschaftlichen

Sanktionen des Völkerbundes gegen Italien nicht beteiligte, die auch von Amerika — seiner Ölinteressen wegen — nicht unterstützt wurden. Deutschland, das sich durch die französisch-sowjetische Militärallianz bedroht sah, hatte sich zusammen mit Italien seit 1936 auf die Seite des Generals Franco gestellt, ihn unterstützt und seine Regierung offiziell anerkannt.

Die Achse Berlin-Rom

Am 25. September 1937 traf Mussolini zu einem mehrtägigen Staatsbesuch in Berlin ein. In den zahlreichen öffentlichen Ansprachen, die bei dieser Begegnung gehalten wurden, betonten die beiden Regierungschefs wiederholt, daß es sich bei der deutsch-italienischen Freundschaft um keinen gegen Dritte gerichteten Block handele. Man unterstrich den Willen zur Zusammenarbeit mit allen europäischen Staaten, erklärte allerdings auch die Defensivbereitschaft gegen die Dritte Internationale, die als gemeinsamer Feind bezeichnet wurde. Eine erwünschte deutsche oder italienische Annäherung an England sollte gegebenenfalls beiden Partnern „gleichermaßen zugute" kommen. Es wurde ausdrücklich betont, daß „baldiges Ende des spanischen Bürgerkriegs und Wiederaufbau Spaniens beiden Teilen dringend erwünscht ist" (ADAP I Dok. 1). Der Außenminister von Neurath unterrichtete die Missionen über die Vereinbarung, daß die italienischen Interessen im Mittelmeer den „gebührenden Vorrang" haben, während umgekehrt die deutschen Sonderbelange in Österreich „durch Italien nicht beeinträchtigt werden sollen". Es sei aber nichts besprochen oder verabredet worden, was der österreichische Staat „als bedenklich oder seine Selbständigkeit beeinträchtigend betrachten könnte" (ADAP I Dok. 1).

Mussolini äußerte sich sehr befriedigt über seinen Berliner Besuch und seine Aussprache mit Hitler. Beide hätten klar erkannt,

„daß für die Verwirklichung der Aufgaben des Faschismus und des Nationalsozialismus, nämlich die restlose Bekämpfung des Bolschewismus, ein Zusammengehen Deutschlands und Italiens Vorbedingung sei" (ADAP I Dok. 2).

Auf seiner vorhergehenden Reise durch Deutschland warnte Mussolini den ihn begleitenden deutschen Protokollchef, Herrn von Bülow-Schwante, vor dem englischen Botschafter Henderson und dessen Berichterstattungen und äußerte sich auch abfällig über den englischen Geschäftsträger in Berlin, Forbes. Dieser habe sich den „asylsuchenden Spaniern gegenüber" wenig hilfreich gezeigt, als er 1935 bis 1937 an der britischen Botschaft in Madrid tätig war. Anscheinend hat Mussolini in allen Gesprächen seine „schärfste Abneigung gegen England zum Ausdruck" gebracht. Dabei äußerte er immer wieder, daß der Krieg in Spanien „unter allen Umständen gewonnen werden müsse". Das Schicksal der Pyrenäen-Halbinsel würde noch in diesem Jahre besiegelt werden, denn „Franco habe ihn wissen lassen, daß er gegen den 25. Oktober zur großen entscheidenden Offensive ansetzen wolle". Der italienische Regierungschef glaubte an die „nationalen Spanier"; er war von dem Sieg des Franco-Regimes überzeugt. Nach Mussolinis Ansicht

„müsse der Kampf gegen den Bolschewismus in Spanien auch aus dem Grunde durchgehalten werden, weil der Bolschewismus durch eine Niederlage in Spanien seine Niederlage in Europa gefunden habe, denn nach Spanien müsse Deutschland und Italien ein Land nach dem anderen vornehmen, um gegen den Bolschewismus, wenn nötig, zu kämpfen" (ADAP I Dok. 2).

Im Zusammenhang mit Mussolinis Besuch in Berlin suchte der französische Botschafter Francois-Poncet am 2. Oktober den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Mackensen, auf, und „erging sich in langen, teilweise recht heftigen Wendun-

gen" gegen Mussolini und dessen Reden in Berlin, die „voll von ,injures' seien, insbesondere auch gegen Frankreich". Staatssekretär von Mackensen wies diesen Ausdruck zurück und stellte fest, daß die Reden der beiden Staatsmänner in ihrer Gesamtheit „eine starke Demonstration für den Weltfrieden" darstellen, worauf François-Poncet die Reden Hitlers „als sehr modéré und mesuré bezeichnete" (ADAP I Dok.3). Er beschwerte sich anschließend über die Hitler-Mussolini-Besprechungen, die seiner Ansicht nach die Unabhängigkeit Österreichs gefährdeten. Mackensen erwiderte, daß keinerlei Abreden getroffen worden seien, wenn wir auch „sicherlich dem Duce nicht verschwiegen hätten, daß wir mit den Zuständen innerhalb Österreichs und dem Gebaren der gegenwärtigen Regierung gerade im Gedanken an eine gesunde Fortentwicklung nicht zufrieden seien". Schließlich beklagte sich François-Poncet darüber, daß Italien Schwierigkeiten wegen der bevorstehenden Dreierkonferenz mache, weil es sich angeblich um einen Versuch Englands und Frankreichs handele, „die Solidität der Achse Rom-Berlin zu erschüttern". Mackensen schloß sich mehr oder weniger dieser italienischen Auffassung an, vertraute aber darauf, daß weder Italien noch Deutschland bei Gesprächen mit Dritten, „die Interessen des anderen vergessen werde" (ADAP I Dok. 3).

Am gleichen Tage, an dem sich der französische Botschafter gegenüber Mackensen so negativ über Mussolini geäußert hatte, wurde jedoch die italienische Regierung durch eine britisch-französische Note eingeladen,

„gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich ,im Geiste völliger Offenheit die aus der Verlängerung des spanischen Konflikts erwachsene Lage' zu prüfen. Die Note wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich in der Frage der Zurückziehung der Freiwilligen ergeben hatten und gab der Meinung Ausdruck, daß ein Übereinkommen zwischen den drei Mächten erforderlich sei, um diese Hindernisse zu beseitigen" (ADAP III S. 382, Anm. der Herausgeber).

Am 13. Oktober berichtete der deutsche Botschafter in Paris, Graf Welczek, daß in einigen französischen Blättern „von englisch-französischer Besetzung Minorcas oder von englisch-französischer Flottendemonstration vor Minorca" die Rede sei. Welczek hielt dies für unglaubhaft, dagegen nicht für ganz ausgeschlossen, daß infolge des Nyon-Abkommens* mehrere im

„westlichen Mittelmeer befindliche französische und englische Einheiten vor Minorca als Warnung an Italien vor angeblich von ihm beabsichtigter Besetzung zusammengezogen wurden" (ADAP III Dok. 437).

Francois-Poncet meldete sich am 19. Oktober 1937 beim Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, um ihm über die Stimmung in Paris zu berichten, die

*** Am 10. September 1937 war in Nyon auf Einladung des englischen Außenministers Eden eine sog. Mittelmeerkonferenz einberufen worden, an der Großbritannien, Frankreich, die Sowjetunion, die Türkei, Jugoslawien, Griechenland, Rumänien, Bulgarien und Ägypten teilnahmen. Deutschland und Italien hatten abgesagt. Zweck der Konferenz war, den infolge des spanischen Bürgerkrieges entstandenen „Zustand im Mittelmeer, der eine Bedrohung der Handelsschiffahrt sei und fortlaufende Verstöße gegen das Völkerrecht verzeichnen müsse, abzustellen" (Schulthess 1937, S. 584). Deutschland nahm an dem Zusammentreffen nicht teil, da es bereits einige Monate vorher eine ähnliche Initiative vorgebracht hatte, die von der französischen und britischen Regierung aber ignoriert worden war. Außerdem war nach dem folgenschweren Überfall auf das Panzerschiff „Deutschland" eine bindende Vereinbarung mit der britischen und französischen Regierung über die Behandlung weiterer Zwischenfälle erfolgt. Trotzdem zeigten beide Regierungen bei dem späteren Torpedoangriff auf den deutschen Kreuzer „Leipzig" nicht einmal „ein Minimum von Solidarität" gegenüber Deutschland. Berlin hatte vorgeschlagen, die Mittelmeerfragen einer Sonderkonferenz des Londoner Nichteinmischungsausschusses zu übertragen, statt eine neue Konferenz einzuberufen (Schulthess 1937, S. 140). Mussolini lehnte die Teilnahme seines Landes an der Mittelmeerkonferenz unter anderem deshalb ab, weil Italien Überwachungsbefugnisse lediglich im Tyrrhenischen Meer zugestanden werden sollten, „während praktisch die gleiche Maßnahme im ganzen restlichen Mittelmeer der französischen und der englischen Flotte vorbehalten bleibt" (Schulthess 1937, S. 401).**

„insbesondere gegen Mussolini in der letzten Zeit außerordentlich schlecht geworden sei. Man habe den dringenden Verdacht, daß Mussolini nicht mehr aus Mallorca herausgehen wolle, nachdem man erfahren habe, daß dort seitens der Italiener große Befestigungen und Flugplätze angelegt würden. Ebenso glaube man in Paris, daß die Entsendung von Truppen nach Lybien nicht so sehr gegen England-Ägypten, sondern vielmehr gegen Tunis gerichtet sei. Man glaube ferner, Mussolini habe in Berlin zu diesem seinem Vorgehen eine Rückenstärkung erhalten."

Aber „eine Festsetzung Mussolinis auf Mallorca oder sonst in Spanien sei für Frankreich und für England nicht tragbar. Eine solche bedrohe den Lebensnerv Frankreichs, und wenn es nicht möglich sei, Mussolini dazu zu veranlassen, nach Erledigung der spanischen Frage sich aus Mallorca zurückzuziehen, so könnten daraus die schwersten Komplikationen erwachsen" (ADAP I Dok. 8).

Neurath bedeutete dem französischen Botschafter, daß Mussolini „keinerlei aggressive Absichten gegen Frankreich habe". Auf den Versuch des Botschafters, Deutschland die Verantwortung für die Spanienkrise zuzuschieben, stellte Neurath fest, daß

„alle diese neuen Probleme die Folge der Haltung der französischen Regierung zu Beginn und während des spanischen Konfliktes seien. Hätte man in Frankreich damals nicht die rote Madrider Regierung unterstützt und wäre man unserem Vorschlag, den Zustrom von Freiwilligen von Anfang an zu unterbinden, gefolgt, so würde diese Situation nicht entstanden sein."

Für die Beendigung des spanischen Problems sah Neurath nur eine Schwierigkeit, nämlich die Unterbringung der Freiwilligen aus dem roten Valencia, „für deren Wiederaufnahme sich wohl die meisten Heimatstaaten bedanken würden". Der Außenminister schlug Francois-Poncet vor, „sie auf die französische Teufelsinsel zu schicken, wo ja offenbar Platz vorhanden sei". Unter Prophezeiung eines baldigen radikalsozialistischen Kabinetts in Frankreich, womit er eine Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen an-

drohen wollte, kam der französische Botschafter noch auf die Vorgänge in der Tschechoslowakei zu sprechen. Neurath antwortete ihm, daß

„die ewigen Provokationen der Sudetendeutschen durch die tschechische Polizei nicht geeignet seien, die deutsch-tschechischen Beziehungen besser zu gestalten. Solange man nicht den Sudetendeutschen eine gewisse Autonomie gebe, sehe ich keine Möglichkeit für eine Normalisierung der deutsch-tschechischen Beziehungen. Es würde sehr verdienstvoll sein, wenn die französische Regierung sich einmal bei ihrem Freunde Benesch dafür einsetzen würde, daß er den Wünschen der Sudetendeutschen entgegenkommt. Solange er diese schlecht behandle, könne er nicht erwarten, von unserer Seite gut behandelt zu werden" (ADAP I Dok. 8).

Roosevelts „Quarantäne"-Rede vom 5. Oktober 1937

In einer am 5. Oktober 1937 in Chicago gehaltenen Rede erklärte der amerikanische Präsident Roosevelt, „die Herrschaft des Terrors und der internationalen Rechtslosigkeit" habe einen Grad erreicht, der die zivilisierten Staaten bedrohe. Friede und Freiheit von 90 Prozent der Weltbevölkerung werde von den übrigen 10 Prozent gefährdet. Obwohl er einzelne Länder nicht ausdrücklich nannte, machte der Präsident schon durch diesen Zahlenvergleich deutlich, daß er zwar Japan, Italien und Deutschland, nicht aber die Sowjetunion als diejenigen Staaten verstanden wissen wollte, gegen die er ein „gemeinsames Vorgehen" und vieldeutig eine Art „Quarantäne" verlangte. Der unmittelbare außenpolitische Anlaß zu der scharfen Rede Roosevelts war zweifellos Japans erneutes Vorgehen in der Mandschurei und Mussolinis Inbesitznahme von Abessinien. Obwohl von deutscher Seite zu diesem Zeitpunkt nur die Wiederherstellung der Wehrhoheit im entmilitarisierten Rheinland und keine territoriale Veränderung erfolgt war, wurde die Roosevelt-Rede sowohl in Berlin wie in den anderen europäischen Hauptstädten als eine Dro-

hung auch gegen Deutschland aufgefaßt. Der damalige deutsche Botschafter in Washington, Dieckhoff, berichtete nach Berlin, daß die Formulierungen einer Quarantäne-Androhung an fremde Staaten „vom Präsidenten selbst" stammten und „erst unmittelbar vor der Ankunft in Chicago in den Text der Rede aufgenommen" wurden (ADAP I Dok. 415).

Nach dem Urteil eines bekannten Biographen Roosevelts (Emil Ludwig S. 242) war diese Chicago-Rede Roosevelts der „erste Trommelwirbel im demokratischen Orchester". Über die Motive des Präsidenten ist viel orakelt worden. Nach dem amerikanischen Professor Beard (zitiert bei Tansill S. 380) „überraschte und erschreckte der wirtschaftliche Niederbruch Präsident Roosevelt und seine Berater". Obwohl Tansill (S. 381) es für möglich hält, daß der Präsident „auch dann Anklage erhoben hätte, wenn die inneramerikanische Situation normal gewesen wäre", führt er doch aus dem Spätsommer 1937 drastische volkswirtschaftliche Tatsachen an, die offenkundig damals Roosevelts beginnendes weltpolitisches Eingreifen beeinflußt haben. Während in Deutschland bereits Vollbeschäftigung herrschte, sank in den USA von

„August bis Dezember 1937 die Industrieproduktion um 27 Prozent und die Effektenkurse durchschnittlich um 37 Prozent. In den letzten zwei Monaten des Jahres wurden über 850000 Industriearbeiter erwerbslos. Der Übergang von Prosperität zu Depression war ‚der härteste, den das Land in so kurzer Zeit jemals erlebt hatte"' (Tansill S. 380, zitiert nach „The United States in World Affairs, 1937" S. 90).

Ein Teil der amerikanischen Presse bewunderte die starken Worte der Roosevelt-Rede. Es gab aber auch warnende Stimmen, wie z.B. die der „Chicago-Tribüne". Sie schrieb am 6. Oktober 1937:

„Lockt die Politik Mr. Roosevelts nicht den Tag herbei, wo auch er keine andere Wahl haben könnte, als zu den Waffen zu greifen?" (Zitiert bei Tansill S. 383).

Die besprochenen Ereignisse kennzeichnen die kritische Lage in der Welt und in Europa vor Hitlers Konferenz am 5. November 1937. Die Westmächte standen vor der Alternative, sich in der spanischen Frage entweder mit dem nationalsozialistischen Deutschland oder mit dem bolschewistischen Rußland zu arrangieren. Der damalige britische Außenminister Eden unterstützte wiederholt die russischen Forderungen. So regte er z.B. noch am 15. Oktober die sofortige symbolische Teilzurückziehung der Freiwilligen in Spanien im Verhältnis 3 : 2 zugunsten der Roten an (vgl. ADAP III Dok. 439). Frankreich seinerseits sah in Italien, das Franco in seinem Kampf gegen den Bolschewismus unterstützte, seinen gefährlichsten Gegner und drohte noch um dieselbe Zeit, seine Grenzen nach Rot-Spanien wieder zu öffnen (ADAP III Dok. 437). Beide Staaten, England und Frankreich, fürchteten, daß die Achsen- und Dreieckspolitik durch einen Sieg Francos entscheidend gestärkt werde.

Großbritannien, das mit dem Londoner Flottenabkommen von 1935 zunächst einen Schritt zur Annäherung an Deutschland getan hatte, betrieb in der Folgezeit eine antideutsche Koalition auf dem Festland. Es brauchte Zeit, um in Ruhe aufrüsten zu können, wie u.a. die Bemerkung des damaligen britischen Schatzkanzlers und späteren Premierministers Neville Chamberlain zum deutsch-italienischen Abkommen vom Juli 1936 zeigt, als Mussolini ein „unabhängiges, aber deutsches Österreich" anerkannte. Chamberlain war davon befriedigt, daß ihm dadurch noch eine „etwas längere Zeitspanne" gegeben sei, „in der wir aufrüsten können" (Feiling S. 297). Feiling betont wiederholt, daß Chamberlain hoffte, es werde ihm gelingen, „die Achse am Rom-Ende zu biegen" und daß er dabei mit dem Gegensatz der deutschen und italienischen Interessen in Österreich

rechnete. Um in Europa ein Widerstandszentrum gegen Deutschland errichten zu können, brauchte er sowohl Mussolini wie auch Laval, wenn dieser sich auch „noch so sehr winden sollte" (Feiling S. 268).

Die englischen Diplomaten glaubten fest daran, daß Mussolini aus Angst vor einer britischen Rache wegen Abessinien die alten Beziehungen zu England gerne wieder aufnehmen werde. Aber im Mittelmeer standen immer noch die französisch-englischen Interessen im Gegensatz zu den italienischen und Chamberlain fragte sich besorgt, „welchen Preis müßte man Italien bezahlen, um es zu einer befriedigten Nation zu machen?" Der italienische Botschafter in London, Graf Grandi, war der eifrigste Verfechter des italienisch-englischen Zusammengehens. Im Foreign Office warnte er: „Verliert keine Zeit" (Feiling S. 299).

Die Richtung der französischen Politik war durch den französisch-sowjetischen Beistandspakt vom 2. Mai 1935 — und im Zusammenhang damit den sowjetisch-tschechoslowakischen Beistandspakt vom 16.Mai 1935 — eindeutig festgelegt. Diese beiden Militärpakte hatten den Locarno-Vertrag, der auch dem Schutz der nicht befestigten deutschen Westgrenze dienen sollte, durchlöchert. Nach wiederholten Warnungen der deutschen Regierung vor diesem Schritt und erst nach der Ratifikation des sowjetisch-französischen Militärpaktes kam es zur Wiederherstellung der Wehrhoheit im Rheinland.

Der französische Einmarsch ins Ruhrgebiet Anfang 1923 war als militärische Repressalie erfolgt, nachdem Deutschland die Reparationen nicht bezahlen konnte. Frankreichs altes Ziel, den Rhein als Militärgrenze gegen Deutschland zu besitzen, schien erreicht, nachdem ihm das im Versailler Vertrag nicht zugestanden worden war. 1924 war die französiche Rheinarmee 200000 Mann stark, aber die Besatzungspolitik Frankreichs konnte vor der Weltöffentlichkeit nicht

mehr aufrechterhalten werden. Es kam zum Locarno-Vertrag, auch Rheinpakt genannt, in dem Deutschland in aller Form auf Elsaß-Lothringen verzichtete und die Rheinland-Entmilitarisierungsvorschriften des Versailler Vertrages anerkannte. Als Kompensation dafür hatten sich Frankreich, Großbritannien, Italien und Belgien verpflichtet, die deutsche Westgrenze zu garantieren. Aus diesen Umständen erklärt es sich, daß nach einer Bestimmung des neuen Vertrages der Einmarsch deutscher Truppen in eigenes deutsches Reichsgebiet als Friedensbedrohung deklariert werden konnte.

Die machtpolitische Voraussetzung dieses Vertrages - das europäische Gleichgewicht — hatte sich aber durch den Eintritt Sowjetrußlands in das europäische Kräftespiel grundlegend verschoben. Um den status quo von Versailles aufrechterhalten zu können, hatten Frankreich und die Tschechoslowakei als Mitunterzeichner der Locarno-Verträge Militärbündnisse mit Rußland geschlossen und damit die Einkreisung Deutschlands begonnen. In der französischen Kammer stellte der Berichterstatter des Heeresausschusses am 23.November 1934 fest: „Rußland verfügt zur Wahrung seiner Sicherheit über ein ansehnliches, gut ausgerüstetes und gut ausgebildetes Heer, das es Frankreich im Falle eines Konfliktes mit Deutschland anbietet" (WdG I S. 220/21). Auch England sanktionierte die Hereinziehung Rußlands nach Europa und Sir John Simon, der britische Außenminister, erklärte im Juli 1934: „Wir sind bereit, Rußland wärmstens im Völkerbund willkommen zu heißen" (WdG I S. 183). Gegen die Aufnahme der bolschewistischen Großmacht in den Völkerbund wandte sich nur der Repräsentant der Schweiz, Bundesrat Motta, in einem leidenschaftlichen Protest:

„Heute unternimmt der Völkerbund etwas Gefährliches, wenn er Wasser und Feuer versöhnen will. Wenn Sowjetrußland plötzlich aufhört, den Völkerbund zu bekämpfen, während ihn Lenin als Räubergesellschaft definierte, so kann man sich das mit dem

Wetterleuchten im Fernen Osten erklären. Aber vertrauen können wir der Sowjetunion deshalb noch nicht... Der Kommunismus bedeutet auf jedem Gebiet - auf dem der Religion, der Moral, der Gesellschaft, der Politik, der Wirtschaft - die gründlichste Verneinung aller Ideen, auf denen unser Wesen und unser Leben beruht" (WdG I S. 210 und 212).

Auch Chamberlains Biograph, Keith Feiling, läßt keinen Zweifel daran, daß seit Frankreichs Zusammengehen mit der Sowjetunion der „riesige Schatten Rußlands" die gesamte europäische Politik verdunkelte. Skandinavien und die Niederlande, Spanien und die Schweiz wollten nun „sich selbst um ihre eigene Sicherheit kümmern". Holland erklärte, daß es „niemals feindlichen Kräften das Betreten seines Landes erlauben und dieserhalb auch nicht den Völkerbund in Anspruch nehmen werde". Belgien war zu der für England gefährlichen Neutralität zurückgekehrt und fühlte sich nicht mehr an seine „Pflichten aus dem Locarno-Vertrag" gebunden. Bestimmend für diese Haltung war, daß Belgien fürchtete, „durch den französisch-sowjetischen Pakt in einen Krieg gezogen zu werden" (Feiling S. 297f.).

Der Völkerbund war auch in seiner Beschützerrolle des europäischen Südostens zum Untergang bestimmt. In Österreich stellte sich das „tschechische Veto" gegen die Rückkehr eines Habsburgers und in Ungarn weigerte sich die Kleine Entente, dem Reichsverweser Horthy „in der Frage der verlorenen Gebiete entgegenzukommen" (vgl. Feiling S.298). Keith Feiling beschreibt anschaulich, wie sehr in dem vom Völkerbund beschützten „Rassenmosaik von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer Uneinigkeit und Blindheit" herrschte und wie wenig man sich dort um Genf kümmerte:

„Polen, das weiterhin seine Minorität mißhandelte und sich mit den Tschechen stritt, verleugnete völlig die Interessen des Völkerbundes in Danzig und war bereit, seine eigenen Geschäfte mit der Naziregierung zu machen.

Der unstete König Carol von Rumänien wurde der Partner dieser wankelmütigen polnischen Politik und hatte im Herbst 1936 seinen mit Frankreich sympathisierenden Außenminister Titulescu entlassen, um zusammen mit den Jugoslawen sich Beneschs Bemühungen der Wiederaufrichtung der Kleinen Entente zu widersetzen. Die Jugoslawen waren fest an den Achsenwagen gebunden, allerdings auf Kosten einer gewissen Verstimmung zwischen der Dynastie und dem Volk.

Durch dies alles waren die Tschechen isoliert worden und in ihrer Angst, daß Frankreich nicht mehr für sie intervenieren könnte, schlossen sie sich näher an Rußland an, dessen für Spanien bestimmte Flugzeuge bequem von den tschechischen Flughäfen starten konnten" (Feiling S. 298).

So sehr die westlichen Großmächte darauf bauten, mit Hilfe der Sowjetunion und der Tschechoslowakei die Machtlosigkeit Deutschlands verewigen zu können, so sehr fürchteten die kleineren Mächte die zersetzende Ideologie und die unbekannte militärische Macht des aufkommenden Weltreichs. Auf dem Kraftfeld der europäischen Politik begannen die Völker sich nach neuen Gesetzen zu bewegen. Feiling skizziert die damalige Lage folgendermaßen:

„Polens Haß gegen die Sowjets war stärker als seine Angst vor Deutschland. Jugoslawien löste sich unter dem Einfluß des Prinzen Paul von der Kleinen Entente. Italien mißtraute der Linksregierung von Blum wegen des französisch-russischen Militärpaktes. Der spanische Bürgerkrieg wurde durch die französisch-bolschewistische Bindung ausgelöst und verlängert" (Feiling S. 298).

Rußland hatte in den Jahren 1936/37 seine zweite Revolution erlebt und in einer sogenannten Säuberungsaktion Tausende von „Generalen, Kommissaren, Technikern und die alte Garde Lenins geopfert" und Feiling stellt von der Sowjetmacht fest:

„Alle Generalstäbe in Europa fragten sich, welchen Einfluß dies auf eine Kriegsmacht haben würde, die zwei Millionen Mann unter den Waffen und die größte Luftflotte der Welt haben soll" (Feiling S. 298).

Nur das am stärksten bedrohte Deutschland wurde in Genf systematisch daran gehindert, seine Verteidigungsmöglichkeiten auszubauen. Es kommt für die Betrachtung der deutschen Lage nicht darauf an, ob der Reichskanzler Hitler oder Müller hieß, ob ein demokratisches oder ein autoritäres Regime in Deutschland herrschte, die bedrohliche außen- und militärpolitische Situation Ende 1937 erforderte in jedem Falle neue Überlegungen.

Um die bolschewistische Gefahr für Europa zu bannen, erstrebte Hitler das Bündnis mit England. Wie das Londoner Flottenabkommen beweist, war er bereit, das Empire als stärkste Seemacht anzuerkennen unter der Voraussetzung, daß unsere Länder niemals mehr Krieg gegeneinander führten. Diese Konzeption einer deutsch-englischen Einigunghatte der britische Premierminister Joseph Chamberlain bereits Anfang des Jahrhunderts dem späteren Reichskanzler von Bülow entwickelt, und zwar unter gemeinsamer Anlehnung an das immer mächtiger werdende Amerika. Aber England dachte im Jahre 1937 vor allem daran, wie eine nochmalige Erstarkung Deutschlands zu verhindern sei - ein Gedankengang, der auch vom amerikanischen Präsidenten Roosevelt immer nachdrücklicher vertreten wurde (vgl. S. 289 f.).

Winston Churchill drückte sich in einer Unterredung mit Ribbentrop in der Londoner Botschaft im Herbst 1937 ganz offen aus:

„Wenn Deutschland zu stark wird, wird es wieder wie 1914 zerschlagen werden."

Auf Ribbentrops Antwort, daß es diesmal nicht so leicht sein werde, da Deutschland Freunde habe, erwiderte Churchill:

„Oh we are pretty good at getting them round at the end." (Oh, wir bringen es ganz gut fertig, sie schließlich doch zu uns herüberzuziehen.) (Vgl. Ribbentrop S. 97.)

Churchill mahnte nach seiner eigenen Darstellung Ribbentrop in diesem Gespräch,

„England nicht zu unterschätzen. Es ist ein merkwürdiges Land und wenig Ausländer können seinen Charakter verstehen. Urteilen Sie nicht nach der gegenwärtigen Regierung. Wenn einmal ein großes Problem sich dem ganzen Volke stellt, dann könnte eben diese selbe Regierung und die britische Nation völlig unerwartet handeln" (Churchill I S. 277).

Der Bericht, den Ribbentrop über diese Unterhaltung noch am gleichen Abend an Hitler sandte, wurde von der Verteidigung in Nürnberg vergeblich angefordert und ist bis heute nicht veröffentlicht.

Nach dem, was Churchill dem deutschen Botschafter so freimütig gesagt hatte*, mußte gerade dieser Bericht Ribbentrops mit Churchills Warnungen vor Englands Absichten - auch unter der amtierenden Regierung Chamberlain — großen Einfluß auf die deutsche Außenpolitik haben.

Nur weil dieses wichtige Dokument, wie fast alle Berichte Ribbentrops aus seiner Londoner Zeit, der Öffentlichkeit vorenthalten wird, kann Churchill im Sinne des Satzes, daß der Sieger die Geschichte schreibt, das Gespräch in seinen Erinnerungen anders darstellen, als es abgelaufen ist (vgl. Ribbentrop S. 134). Ebenso konnte der stellvertretende britische Hauptankläger im Nürnberger Prozeß, Sir David Maxwell-Fyfe, gegen Ribbentrops Antrag, Churchill als Zeugen zu laden, argumentieren:

„Ich wünsche nicht, daß mein Freund irgendwelchen Mißdeutungen ausgesetzt wird."

Die Verteidigung Ribbentrops wiederholte ohne Erfolg ihren Antrag:

*** Ähnlich äußerte sich Churchill bereits im Frühjahr 1937 gegenüber dem neuernannten Danziger Hohen Kommissar Professor Burckhardt (vgl. S. 172).**

„Auf Grund der erwähnten Äußerung von Churchill und anderer maßgeblicher englischer Staatsmänner, wonach England in wenigen Jahren eine Koalition gegenüber Deutschland zustandebringen würde, um ihm mit allen Machtmitteln entgegenzutreten, wurde Hitler nunmehr in erhöhtem Maße besorgt, seine Rüstungen zu verstärken und sich mit strategischen Plänen zu beschäftigen. Aus diesem Grunde halte ich die Aussage Churchills für so außerordentlich wichtig und bitte um Ladung dieses Zeugen" (IMT VIII S. 230).

Maxwell-Fyfe trat diesem Antrag erneut entgegen, denn es war seine Ansicht, daß Ribbentrops

„Tätigkeit als Botschafter in London zwar von Interesse, aber für die Dinge, mit denen sich der Gerichtshof zu befassen hat, nicht sehr erheblich sei" (IMT IV S. 620).

In dieser Feststellung liegt die Absicht, nicht nur alle Friedensbemühungen, die Ribbentrop auftragsgemäß in London unternommen hatte, unter den Tisch fallen zu lassen, sondern auch Ribbentrops Warnungen sowohl vor der Taktik Chamberlains als auch vor der zukünftigen Haltung Englands nicht aufzudecken. Man hat dem späteren deutschen Außenminister wiederholt vorgeworfen, er habe Hitler über die britische Einstellung nur ungenügend unterrichtet. Das Gegenteil war der Fall: Die kontinuierliche und sehr präzise Unterrichtung Hitlers durch Ribbentrop hat zweifellos dazu beigetragen, daß er den von ihm erstrebten Ausgleich mit England immer skeptischer beurteilte. Die Wirkung dieser Berichte schlägt sich sogar in dem zweifelhaften „Hoßbach-Protokoll" nieder, in dem Hitler z.B. von den „Haßgegnern England und Frankreich" spricht.

Die immer wieder geäußerte Behauptung, Hitler habe sich in Unkenntnis der tatsächlichen politischen Kräftebildungen in Europa befunden, ist nicht haltbar. Unabhängig davon, wie er die Stärke der einzelnen Gegner einschätzte, war er sich über die Entschlossenheit, vor allem Englands, Frankreichs und der Sowjetunion, zu einem ihnen geeignet erscheinenden

Zeitpunkt gegen Deutschland vorzugehen, wohl durchaus im klaren.

In England wurde in den Jahren 1936/37 wiederholt die außenpolitische Lage mit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg verglichen. Das „war-horse" unter den Konservativen, Winston Churchill, hatte bereits im März 1936 vor dem konservativen Parlamentskomitee für Auswärtige'Angelegenheiten in einer privaten Rede erklärt,

„daß alle die alten Gegebenheiten wieder vorliegen und daß unsere nationale Rettung davon abhängt, ob wir noch einmal alle Mächte in Europa vereinigen können, um die deutsche Oberherrschaft in Schranken zu halten, zu verhindern und wenn nötig, zu vernichten" (Churchill I S.

Das war noch vor der Rheinlandbesetzung und zur gleichen Zeit, als in Spanien die bolschewistische Bedrohung Europas offensichtlich wurde. Ohne einen Blick auf Rußland verlangte Churchill die Fortführung der britischen Politik auf dem Kontinent nach den Grundsätzen der alten englischen Gleichgewichtsrechnung :

„Seit vierhundert Jahren hat die Außenpolitik Englands darin bestanden, sich der stärksten, aggressivsten, beherrschenden Großmacht auf dem Kontinent entgegenzustellen und insbesondere zu verhindern, daß die Niederlande unter die Herrschaft dieser Großmacht gerieten" (Churchill I S. 257).

Churchill nannte dieses beharrliche Streben Englands eine der beachtenswertesten Erscheinungen, „welche die Geschichte irgend einer Rasse, eines Staates oder eines Volkes aufweist". England habe immer den härteren und schwierigeren Weg gewählt, um die „Freiheit Europas" zu bewahren, so gegenüber Philipp II. von Spanien, gegenüber Ludwig XIV. unter William III. und Marlborough, gegenüber Napoleon und Wilhelm II. von Deutschland. England müsse auf derselben Bahn weitergehen, für die es jetzt nicht weniger fähig sei als damals:

„Wir müssen bedenken, daß die Politik Englands sich nicht danach richtet, welche Nation die Herrschaft über Europa anstrebt. Es handelt sich nicht darum, ob es Spanien ist oder die französische Monarchie oder das französische Kaiserreich, oder das deutsche Kaiserreich oder das Hitlerregime. Es handelt sich nicht um Machthaber oder Nationen, sondern lediglich darum, wer der größte oder der potentiell dominierende Tyrann ist. Wir sollten uns daher nicht vor der Beschuldigung fürchten, daß wir eine profranzösische oder antideutsche Einstellung hätten. Wenn die Verhältnisse umgekehrt lägen, könnten wir ebensogut deutschfreundlich und antifranzösisch sein" (Churchill I S. 258/59).

Bekanntlich hat sich Churchill, dessen politische Konzeption weitgehend die entscheidende Hilfe der USA in Rechnung stellte, nach 1945 nicht der Einsicht verschlossen, daß durch die neuerliche Niederschlagung Deutschlands einem wirklich „dominierenden Tyrannen" in Ost- und Mitteleuropa zur Macht verholfen wurde.

Der Text der Hoßbach-Niederschrift

In der kritischen weltpolitischen Lage, wie sie sich im Herbst 1937 abzeichnete, führte Hitler mit dem Reichsaußenminister von Neurath und den militärischen Oberbefehlshabern jene Besprechung vom 5. November 1937, deren einziger greifbarer schriftlicher Niederschlag das von der amerikanischen Anklagevertretung in Nürnberg vorgelegte Dokument „386 PS-Beweisstück US-25" ist. Es hat den folgenden Wortlaut (IMT XXV S. 402ff.):

Berlin, den 10. November 1937

Niederschrift
über die Besprechung in der Reichskanzlei
am 5. 11. 1937 von 16,15-20,30 Uhr

Anwesend: der Führer und Reichskanzler,
der Reichskriegsminister Generalfeldmarschall von Blomberg,

der Oberbefehlshaber des Heeres Generaloberst Freiherr von Fritsch,
der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Generaladmiral Dr. h. c. Raeder,
der Oberbefehlshaber der Luftwaffe Generaloberst Göring,
der Reichsminister des Auswärtigen Freiherr von Neurath,
Oberst Hoßbach.

Der Führer stellte einleitend fest, daß der Gegenstand der heutigen Besprechung von derartiger Bedeutung sei, daß dessen Erörterung in anderen Staaten wohl vor das Forum des Regierungskabinetts gehörte, er - der Führer - sähe aber gerade im Hinblick auf die Bedeutung der Materie davon ab, diese in dem großen Kreise des Reichskabinetts zum Gegenstand der Besprechung zu machen. Seine nachfolgenden Ausführungen seien das Ergebnis eingehender Überlegungen und der Erfahrungen seiner $4^1/_2$ jährigen Regierungszeit; er wolle den anwesenden Herren seine grundlegenden Gedanken über die Entwicklungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten unserer außenpolitischen Lage auseinandersetzen, wobei er im Interesse einer auf weite Sicht eingestellten deutschen Politik seine Ausführungen als seine testamentarische Hinterlassenschaft für den Fall seines Ablebens anzusehen bitte.

Der Führer führte sodann aus:

Das Ziel der deutschen Politik sei die Sicherung und die Erhaltung der Volksmasse und deren Vermehrung. Somit handele es sich um das Problem des Raumes.

Die deutsche Volksmasse verfüge über 85 Millionen Menschen, die nach der Anzahl der Menschen und der Geschlossenheit des Siedlungsraumes in Europa einen in sich so fest geschlossenen Rassekern darstelle, wie er in keinem anderen Land wiederanzutreffen sei, wie er andererseits das Anrecht auf größeren Lebensraum mehr als bei anderen Völkern in sich schlösse. Wenn kein dem deutschen Rassekern entsprechendes politisches Ergebnis auf dem Gebiet des Raumes vorläge, so sei das eine Folge mehrhundertjähriger historischer Entwicklung und bei Fortdauer dieses politischen Zustandes die größte Gefahr für die Erhaltung des deutschen Volkstums auf seiner jetzigen Höhe. Ein Aufhalten des Rückganges des Deutschtums in Österreich und in der Tschechoslowakei sei ebenso wenig möglich als die Erhaltung des augen-

blicklichen Standes in Deutschland selbst. Statt Wachstum setze Sterilisation ein, in deren Folge Spannungen sozialer Art nach einer Reihe von Jahren einsetzen müßten, weil politische und weltanschauliche Ideen nur solange von Bestand seien, als sie die Grundlage zur Verwirklichung der realen Lebensansprüche eines Volkes abzugeben vermöchten. Die deutsche Zukunft sei daher ausschließlich durch die Lösung der Baumnot bedingt, eine solche Lösung könne naturgemäß nur für eine absehbare, etwa 1-3 Generationen umfassende Zeit gesucht werden.

Bevor er sich der Frage der Behebung der Baumnot zuwende, sei die Überlegung anzustellen, ob im Wege der Autarkie oder einer gesteigerten Beteiligung an der Weltwirtschaft eine zukunftsreiche Lösung der deutschen Lage zu erreichen sei.

Autarkie: Durchführung nur möglich bei straffer nationalsozialistischer Staatsführung, welche die Voraussetzimg sei, als Resultat der Verwirklichungsmöglichkeit sei festzustellen:

A. Auf dem Gebiet der Rohstoffe nur bedingte, nicht aber totale Autarkie.

1. Soweit Kohle zur Gewinnung von Rohprodukten in Betracht komme, sei Autarkie durchführbar.

2. Schon auf dem Gebiet der Erze Lage viel schwieriger. Eisenbedarf = Selbstdeckung möglich und Leichtmetall, bei anderen Rohstoffen - Kupfer, Zinn dagegen nicht.

3. Faserstoffe - Selbstdeckung, soweit Holzvorkommen reicht. Eine Dauerlösung nicht möglich.

4. Ernährungsfette möglich.

B. Auf dem Gebiet der Lebensmittel sei die Frage der Autarkie mit einem glatten „Nein" zu beantworten.

Mit der allgemeinen Steigerung des Lebensstandardes sei gegenüber den Zeiten vor 30-40 Jahren eine Steigerung des Bedarfs und ein gesteigerter Eigenkonsum auch der Produzenten, der Bauern, Hand in Hand gegangen. Die Erlöse der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung seien in die Deckung der Bedarfssteigerung übergegangen, stellten daher keine absolute Erzeugungssteigerung dar. Eine weitere Steigerung der Produktion unter Anspannung des Bodens, der infolge der Kunstdüngung bereits Ermüdungserscheinungen aufweise, sei kaum noch möglich und daher sicher, daß selbst bei höchster Produktionssteigerung eine Beteiligung am Weltmarkt nicht zu umgehen sei. Der schon bei guten Ernten nicht unerhebliche Ansatz von Devisen zur Sicher-

Stellung der Ernährung durch Einfuhr steigere sich bei Mißernten zu katastrophalem Ausmaß. Die Möglichkeit der Katastrophe wachse in dem Maße der Bevölkerungszunahme, wobei der Geburtenüberschuß von jährlich 560000 auch insofern einen erhöhten Brotkonsum im Gefolge habe, da das Kind ein stärkerer Brotesser als der Erwachsene sei.

Den Ernährungsschwierigkeiten durch Senkung des Lebensstandardes und durch Rationalisierung auf die Dauer zu begegnen, sei in einem Erdteil annähernd gleicher Lebenshaltung unmöglich. Seitdem mit Lösung des Arbeitslosenproblems die volle Konsumkraft in Wirkung getreten sei, wären wohl noch kleine Korrekturen unserer landwirtschaftlichen Eigenproduktion, nicht aber eine tatsächliche Änderung der Ernährungsgrundlage möglich. Damit sei die Autarkie sowohl auf dem Ernährungsgebiet als auch in der Totalitat hinfällig.

Beteiligung an der Weltwirtschaft: Ihr seien Grenzen gezogen, die wir nicht zu beheben vermöchten. Einer sicheren Fundierung der deutschen Lage ständen die Konjunkturschwankungen entgegen, die Handelsverträge böten keine Gewähr für die praktische Durchführung. Insbesondere sei grundsätzlich zu bedenken, daß seit dem Weltkriege eine Industrialisierung gerade früherer Ernährungsausfuhrländer stattgefunden habe. Wir lebten im Zeitalter wirtschaftlicher Imperien, in welchem der Trieb zur Kolonisierung sich wieder dem Urzustand nähere; bei Japan und Italien lägen dem Ausdehnungsdrang wirtschaftliche Motive zugrunde ebenso wie auch für Deutschland die wirtschaftliche Not den Antrieb bilden würde. Für Länder außerhalb der großen Wirtschaftsreiche sei die Möglichkeit wirtschaftlicher Expansion besonders erschwert.

Der durch die Rüstungskonjunkturen verursachte Auftrieb in der Weltwirtschaft könne niemals die Grundlage zu einer wirtschaftlichen Regelung für einen längeren Zeitraum bilden, welch letzterer vor allem auch die vom Bolschewismus ausgehenden Wirtschaftszerstörungen im Wege stünden. Es sei eine ausgesprochene militärische Schwäche derjenigen Staaten, die ihre Existenz auf dem Außenhandel aufbauten. Da unser Außenhandel über die durch England beherrschten Seegebiete führe, sei es mehr eine Frage der Sicherheit des Transportes als eine solche der Devisen, woraus die große Schwäche unserer Ernährungssituation im Kriege erhelle. Die einzige, uns vielleicht traumhaft erscheinende Abhilfe läge in der Gewinnung eines größeren Lebensraumes, ein Streben,

das zu allen Zeiten die Ursache der Staatenbildungen und Völkerbewegungen gewesen sei. Daß dieses Streben in Genf und bei den gesättigten Staaten keinem Interesse begegne, sei erklärlich. Wenn die Sicherheit unserer Ernährungslage im Vordergrunde stände, so könne der hierfür notwendige Raum nur in Europa gesucht werden, nicht aber ausgehend von liberalistisch-kapitalistischen Auffassungen in der Ausbeutung von Kolonien. Es handele sich nicht um die Gewinnung von Menschen, sondern von landwirtschaftlich nutzbarem Raum. Auch die Rohstoffgebiete seien zweckmäßiger im unmittelbaren Anschluß an das Reich in Europa und nicht in Übersee zu suchen, wobei die Lösung sich für ein bis zwei Generationen auswirken müsse. Was darüber hinaus in späteren Zeiten notwendig werden sollte, müsse nachfolgenden Geschlechtern überlassen bleiben. Die Entwicklung großer Weltgebilde gehe nun einmal langsam vor sich, das deutsche Volk mit seinem starken Rassekern finde hierfür die günstigsten Voraussetzungen inmitten des europäischen Kontinents. Daß jede Raumerweiterung nur durch Brechen von Widerstand und unter Risiko vor sich gehen könne, habe die Geschichte aller Zeiten - Römisches Weltreich, Englisches Empire - bewiesen. Auch Rückschläge seien unvermeidbar. Weder früher noch heute habe es herrenlosen Raum gegeben, der Angreifer stoße stets auf den Besitzer.

Für Deutschland laute die Frage, wo größter Gewinn unter geringstem Einsatz zu erreichen sei.

Die deutsche Politik habe mit den beiden Haßgegnern England und Frankreich zu rechnen, denen_ein starker deutscher Koloß inmitten Europas ein Dorn im Auge sei, wobei beide Staaten eine weitere deutsche Erstarkung sowohl in Europa als auch in Übersee ablehnten und sich in dieser Ablehnung auf die Zustimmung aller Parteien stützen könnten. In der Errichtung deutscher militärischer Stützpunkte in Übersee sähen beide Länder eine Bedrohung ihrer Überseeverbindungen, eine Sicherung des deutschen Handels und rückwirkend eine Stärkung der deutschen Position in Europa.

England könne aus seinem Kolonialbesitz infolge des Widerstandes der Dominien keine Abtretungen an uns vornehmen. Nach dem durch Übergang Abessiniens in italienischen Besitz eingetretenen Prestigeverlusts Englands sei mit einer Rückgabe Ostafrikas nicht zu rechnen. Das Entgegenkommen Englands werde sich bestenfalls in dem Anheimstellen äußern, unsere kolonialen Wünsche durch Wegnahme solcher Kolonien zu befriedigen, die sich z. Z. in nicht englischem Besitz befanden - z.B. Angola

In der gleichen Linie werde sich das französische Entgegenkommen bewegen.

Eine ernsthafte Diskussion wegen der Rückgabe von Kolonien an uns käme nur zu einem Zeitpunkt in Betracht, in dem England sich in einer Notlage befände und das deutsche Reich stark und gerüstet sei. Die Auffassung, daß das Empire unerschütterlich sei, teile der Führer nicht. Die Widerstände gegen das Empire lägen weniger in den eroberten Ländern als bei den Konkurrenten. Das Empire und das Römische Weltreich seien hinsichtlich der Dauerhaftigkeit nicht vergleichbar; dem letzteren habe seit den punischen Kriegen kein machtpolitischer Gegner ernsthafteren Charakters gegenüber gestanden. Erst die vom Christentum ausgehende auflösende Wirkung und die sich bei jedem Staat einstellenden Alterserscheinungen hätten das alte Rom dem Ansturm der Germanen erliegen lassen.

Neben dem englischen Empire ständen schon heute eine Anzahl ihm überlegener Staaten. Das englische Mutterland sei nur im Bunde mit anderen Staaten, nicht aus eigener Kraft in der Lage, seinen Kolonialbesitz zu verteidigen. Wie solle England allein z. B. Kanada gegen einen Angriff Amerikas, seine ostasiatischen Interessen gegen einen solchen Japans verteidigen!

Das Herausstellen der englischen Krone als Träger des Zusammenhaltes des Empire sei bereits das Eingeständnis, daß das Weltreich machtpolitisch auf die Dauer nicht zu halten sei. Bedeutungsvolle Hinweise in dieser Richtung seien:

a) Das Streben Irlands nach Selbständigkeit.
b) Die Verfassungskämpfe in Indien, wo England durch seine halben Maßnahmen den Indern die Möglichkeit eröffnet habe, späterhin die Nichterfüllung der verfassungsrechtlichen Versprechungen als Kampfmittel gegen England zu benutzen.
c) Die Schwächung der englischen Position in Ostasien durch Japan.
d) Der Gegensatz im Mittelmeer zu Italien, welches - unter Berufung auf seine Geschichte, getrieben aus Not und geführt durch ein Genie - seine Machtstellung ausbaue und sich hierdurch in zunehmendem Maße gegen englische Interessen wenden müsse. Der Ausgang des abessinischen Krieges sei ein Prestigeverlust Englands, den Italien durch Schüren in der mohammedanischen Welt zu vergrößern bestrebt sei.

In summa sei festzustellen, daß trotz aller ideeller Festigkeit das Empire machtpolitisch auf die Dauer nicht mit

45 Millionen Engländern zu halten sei. Das Verhältnis der Bevölkerungszahl des Empires zu der des Mutterlandes von 9 : 1 sei eine Warnung für uns, bei Raumerweiterungen nicht die in der eigenen Volkszahl liegende Plattform zu gering werden zu lassen.

Die Stellung Frankreichs sei günstiger als die Englands. Das französische Reich sei territorial besser gelagert, die Einwohner seines Kolonialbesitzes stellten einen militärischen Mitzuwachs dar. Aber Frankreich gehe innenpolitischen Schwierigkeiten entgegen. Im Leben der Völker nehmen die parlamentarische Regierungsform etwa 10%, die autoritäre etwa 90% der Zeit ein. Immerhin seien heute in unsere politischen Berechnungen als Machtfaktoren einzusetzen: England, Frankreich, Bußland und die angrenzenden kleineren Staaten.

Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben, dieser niemals risikolos sein. Die Kämpfe Friedrichs d. Gr. um Schlesien und die Kriege Bismarcks gegen Österreich und Frankreich seien von unerhörtem Risiko gewesen und die Schnelligkeit des preußischen Handelns 1870 habe Österreich vom Eintritt in den Krieg ferngehalten. Stelle man an die Spitze der nachfolgenden Ausführungen den Entschluß zur Anwendung von Gewalt unter Risiko, dann bleibt noch die Beantwortung der Fragen „wann" und „wie". Hierbei seien drei Fälle zu entscheiden:

Fall 1: Zeitpunkt 1943-1945

Nach dieser Zeit sei nur noch eine Veränderung zu unseren Ungunsten zu erwarten.

Die Aufrüstung der Armee, Kriegsmarine, Luftwaffe sowie die Bildung des Offizierkorps seien annähernd beendet. Die materielle Ausstattung und Bewaffnung seien modern, bei weiterem Zuwarten läge die Gefahr ihrer Veraltung vor. Besonders der Geheimhaltungsschutz der „Sonderwaffen" ließe sich nicht immer aufrecht erhalten. Die Gewinnung von Reserven beschränke sich auf die laufenden Rekrutenjahrgänge, ein Zusatz aus älteren unausgebildeten Jahrgängen sei nicht mehr verfügbar.

Im Verhältnis zu der bis dahin durchgeführten Aufrüstung der Umwelt nähmen wir an relativer Stärke ab. Wenn wir bis 1943/45 nicht handelten, könne infolge des Fehlens von Reserven jedes Jahr die Ernährungskrise bringen, zu deren Behebung ausreichende Devisen nicht verfügbar seien. Hierin sei ein „Schwächungsmoment des Regimes" zu erblicken. Zudem erwarte die Welt

unseren Schlag und treffe ihre Gegenmaßnahmen von Jahr zu Jahr mehr. Während die Umwelt sich abriegele, seien wir zur Offensive gezwungen.

Wie die Lage in den Jahren 1943/45 tatsächlich sein würde, wisse heute niemand. Sicher sei nur, daß wir nicht länger warten können.

Auf der einen Seite die große Wehrmacht mit der Notwendigkeit der Sicherstellung ihrer Unterhaltung, das Älterwerden der Bewegung und ihrer Führer, auf der anderen Seite die Aussicht auf Senkung des Lebensstandardes und auf Geburteneinschränkung ließen keine andere Wahl als zu handeln. Sollte der Führer noch am Leben sein, so sei es sein unabänderlicher Entschluß, spätestens 1943/45 die deutsche Raumfrage zu lösen. Die Notwendigkeit zum Handeln vor 1943/45 käme im Fall 2 und 3 in Betracht.

Fall 2:

Wenn die sozialen Spannungen in Frankreich sich zu einer derartigen innenpolitischen Krise auswachsen sollten, daß durch letztere die französische Armee absorbiert und für eine Kriegsverwendung gegen Deutschland ausgeschaltet würde, sei der Zeitpunkt zum Handeln gegen die Tschechei gekommen.

Fall 3:

Wenn Frankreich durch einen Krieg mit einem anderen Staat so gefesselt ist, daß es gegen Deutschland nicht „vorgehen" kann.

Zur Verbesserung unserer militär-politischen Lage müsse in jedem Fall einer kriegerischen Verwicklung unser 1. Ziel sein, die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen, um die Flankenbedrohung eines etwaigen Vorgehens nach Westen auszuschalten. Bei einem Konflikt mit Frankreich sei wohl nicht damit zu rechnen, daß die Tschechei am gleichen Tage wie Frankreich uns den Krieg erklären würde. In dem Maße unserer Schwächung würde jedoch der Wille zur Beteiligung am Kriege in der Tschechei zunehmen, wobei ihr Eingreifen sich durch einen Angriff nach Schlesien, nach Norden oder nach Westen bemerkbar machen könne.

Sei die Tschechei niedergeworfen, eine gemeinsame Grenze Deutschland-Ungarn gewonnen, so könne eher mit einem neutralen Verhalten Polens in einem deutsch-französischen Konflikt gerechnet werden. Unsere Abmachungen mit Polen behielten nur solange

Geltung, als Deutschlands Stärke unerschüttert sei, bei deutschen Rückschlägen müsse ein Vorgehen Polens gegen Ostpreußen, vielleicht auch gegen Pommern und Schlesien in Rechnung gestellt werden.

Bei Annahme einer Entwicklung der Situation, die zu einem planmäßigen Vorgehen unsererseits in den Jahren 1943/45 führe, sei das Verhalten Frankreichs, Englands, Italiens, Polens, Rußlands voraussichtlich folgendermaßen zu beurteilen:

An sich glaube der Führer, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit England, voraussichtlich aber auch Frankreich die Tschechei bereits im Stillen abgeschrieben und sich damit abgefunden hätten, daß diese Frage eines Tages durch Deutschland bereinigt würde. Die Schwierigkeiten des Empire und die Aussicht in einen lang währenden europäischen Krieg erneut verwickelt zu werden, seien bestimmend für .eine Nichtbeteiligung Englands an einem Kriege gegen Deutschland. Die englische Haltung werde gewiß nicht ohne Einfluß auf die Frankreichs sein. Ein Vorgehen Frankreichs ohne die englische Unterstützung und in der Voraussicht, daß seine Offensive an unseren Westbefestigungen sich festlaufe, sei wenig wahrscheinlich. Ohne die Hilfe Englands sei auch nicht mit einem Durchmarsch Frankreichs durch Belgien und Holland zu rechnen, der auch bei einem Konflikt mit Frankreich für uns außer Betracht bleiben müsse, da es in jedem Fall die Feindschaft Englands zur Folge haben müßte. Naturgemäß sei eine Abriegelung im Westen in jedem Fall während der Durchführung unseres Angriffs gegen die Tschechei und Österreich notwendig. Hierbei sei zu berücksichtigen, daß die Verteidigungsmaßnahmen der Tschechei von Jahr zu Jahr an Stärke zunähmen und daß auch eine Konsolidierung der inneren Werte der österreichischen Armee im Laufe der Jahre stattfände. Wenn auch die Besiedlung insbesondere der Tschechei keine dünne sei, so könne die Einverleibung der Tschechei und Österreichs den Gewinn von Nahrungsmitteln für 5-6 Millionen Menschen bedeuten unter Zugrundelegung, daß eine zwangsweise Emigration aus der Tschechei von zwei, aus Österreich von einer Million Menschen zur Durchführung gelange. Die Angliederung der beiden Staaten an Deutschland bedeute militärpolitisch eine wesentliche Entlastung infolge kürzerer, besserer Grenzziehung, Freiwerdens von Streitkräften für andere Zwecke und der Möglichkeit der Neuaufstellung von Truppen bis in Höhe von etwa 12 Divisionen, wobei auf 1 Million Einwohner eine neue Division entfalle.

Von der Seite Italiens sei gegen die Beseitigung der Tschechei keine Einwendungen zu erwarten, wie dagegen seine Haltung in der österreichischen Frage zu bewerten sei, entziehe sich der heutigen Beurteilung und sei wesentlich davon abhängig, ob der Duce noch am Leben sei.

Das Maß der Überraschung und der Schnelligkeit unseres Handelns sei für die Stellungnahme Polens entscheidend. Gegen ein siegreiches Deutschland wird Polen - mit Rußland im Rücken- wenig Neigung haben, in den Krieg einzutreten.

Einem militärischen Eingreifen Rußlands müsse durch die Schnelligkeit unserer Operationen begegnet werden; ob ein solches überhaupt in Betracht kommen werde, sei angesichts der Haltung Japans mehr als fraglich.

Trete der Fall 2 - Lahmlegung Frankreichs durch einen Bürgerkrieg - ein, so sei infolge Ausfall des gefährlichsten Gegners die Lage jederzeit zum Schlag gegen die Tschechei auszunutzen.

In gewisser Nähe sähe der Führer den Fall 3 gerückt, der sich aus den derzeitigen Spannungen im Mittelmeer entwickeln könne und den er eintretendenfalls zu jedem Zeitpunkt, auch bereits im Jahre 1938, auszunutzen entschlossen sei.

Nach den bisherigen Erfahrungen beim Verlauf der kriegerischen Ereignisse in Spanien sähe der Führer deren baldige Beendigung noch nicht bevorstehend. Berücksichtige man den Zeitaufwand der bisherigen Offensiven Francos, so könne eine Kriegsdauer von etwa noch drei Jahren im Bereich der Möglichkeit liegen. Andererseits sei vom deutschen Standpunkt ein 100%iger Sieg Francos auch nicht erwünscht; wir seien vielmehr an einer Fortdauer des Krieges.'"und der Erhaltung der Spannungen im Mittelmeer interessiert. Franco im ungeteilten Besitz der spanischen Halbinsel, schalte die Möglichkeit weiterer italienischer Einmischung und den Verbleib Italiens auf den Balearen aus. Da unser Interesse auf die Fortdauer des Krieges in Spanien gerichtet sei, müsse es Aufgabe unserer Politik in nächster Zeit sein, Itaben den Rücken für weiteren Verbleib auf den Balearen zu stärken. Ein Festsetzen der Italiener auf den Balearen sei aber weder für Frankreich noch für England tragbar und könne zu einem Krieg Frankreichs und Englands gegen Italien führen, wobei Spanien - falls völlig in weißer Hand - an der Seite der Gegner Italiens auf den Plan treten könne. In einem solchen Krieg sei ein Unterliegen Italiens wenig wahrscheinlich. Zur Ergänzung seiner Rohstoffe stehe der Weg über Deutschland offen. Die militärische Kriegführung seitens

Italiens stelle der Führer sich derart vor, daß es an seiner Westgrenze gegen Frankreich defensiv bleibe und den Kampf gegen Frankreich aus Lybien heraus gegen die nordafrikanischen französischen Kolonialbesitzungen führe.

Da eine Landung französisch-englischer Truppen an den Küsten Italiens ausscheide und eine französische Offensive über die Alpen nach Oberitalien sehr schwierig sein dürfte und sich voraussichtlich an den starken italienischen Befestigungen festlaufen würde, läge der Schwerpunkt der Handlungen in Nordafrika. Die Bedrohung der französischen Transportwege durch die italienische Flotte werde in starkem Umfang den Transport von Streitkräften aus Nordafrika nach Frankreich lahm legen, so daß Frankreich an den Grenzen gegen Italien und Deutschland nur über die Streitkräfte des Heimatlandes verfüge.

Wenn Deutschland diesen Krieg zur Erledigung der tschechischen und österreichischen Frage ausnutze, so sei mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß England - im Kriege mit Italien hegend - sich nicht zu einem Vorgehen gegen Deutschland entschließen würde. Ohne die englische Unterstützung sei eine kriegerische Handlung Frankreichs gegen Deutschland nicht zu erwarten.

Der Zeitpunkt unseres Angriffs auf die Tschechei und Österreich müsse abhängig von dem Verlauf des italienisch-englisch-französischen Krieges gemacht werden und läge nicht etwa gleichzeitig mit der Eröffnung der kriegerischen Handlungen dieser drei Staaten. Der Führer denke auch nicht an militärische Abmachungen mit Italien, sondern wolle in eigener Selbständigkeit und unter Ausnutzung dieser sich nur einmal bietenden günstigen Gelegenheit den Feldzug gegen die Tschechei beginnen und durchführen, wobei der Überfall auf die Tschechei „blitzartig schnell" erfolgen müsse.

Feldmarschall von Blomberg und Generaloberst von Fritsch wiesen bei der Beurteilung der Lage wiederholt auf die Notwendigkeit hin, daß England und Frankreich nicht als unsere Gegner auftreten dürften, und stellten fest, daß durch den Krieg gegen Italien das französische Heer nicht in dem Umfange gebunden sei, daß es nicht noch mit Überlegenheit an unserer Westgrenze auf den Plan treten könne. Die mutmaßlich an der Alpengrenze gegenüber Italien zum Einsatz gelangenden französischen Kräfte veranschlagte Generaloberst von Fritsch auf etwa 20 Divisionen, so daß immer noch eine starke französische Überlegenheit an

unserer Westgrenze bliebe, der als Aufgabe nach deutschem Denken der Einmarsch in das Rheinland zu unterstellen sei, wobei noch besonders der Vorsprung Frankreichs in der Mobilmachung in Rechnung zu stellen und zu berücksichtigen sei, daß abgesehen von dem ganz geringen Wert unseres derzeitigen Standes der Befestigungsanlagen - worauf Feldmarschall von Blomberg besonders hinwies - die für den Westen vorgesehenen vier mot. Divisionen mehr oder weniger bewegungsunfähig seien. Hinsichtlich unserer Offensive nach Südosten machte Feldmarschall von Blomberg nachdrücklich auf die Stärke der tschechischen Befestigungen aufmerksam, deren Ausbau den Charakter einer Maginot-Linie angenommen hätte und unseren Angriff aufs Äußerste erschwere.

Generaloberst von Fritsch erwähnte, daß es gerade Zweck einer durch ihn angeordneten Studie dieses Winters sei, die Möglichkeiten der Führung der Operationen gegen die Tschechei unter besonderer Berücksichtigung der Überwindung des tschechischen Festungssystems zu untersuchen; der Generaloberst brachte ferner zum Ausdruck, daß er unter den obwaltenden Verhältnissen davon absehen müsse, seinen am 10. 11. beginnenden Auslandsurlaub durchzuführen. Diese Absicht lehnte der Führer mit der Begründung ab, daß die Möglichkeit des Konfliktes noch nicht als so nahe bevorstehend anzusehen sei. Gegenüber dem Einwand des Außenministers, daß ein italienisch-englisch-französischer Konflikt noch nicht in so greifbarer Nähe sei, als es der Führer anzunehmen schiene, stellte der Führer als den ihm hierfür möglich erscheinenden Zeitpunkt den Sommer 1938 hin. Zu den seitens des Feldmarschalls von Blomberg und des Generalobersten von Fritsch hinsichtlich des Verhaltens Englands und Frankreichs angestellten Überlegungen äußerte der Führer in Wiederholung seiner bisherigen Ausführungen, daß er von der Nichtbeteiligung Englands überzeugt sei und daher an eine kriegerische Aktion Frankreichs gegen Deutschland nicht glaube. Sollte der in Rede stehende Mittelmeerkonflikt zu einer allgemeinen Mobilmachung in Europa führen, so sei unsererseits sofort gegen die Tschechei anzutreten, sollten dagegen die am Kriege nicht beteiligten Mächte ihr Desinteressement erklären, so habe sich Deutschland diesem Verhalten zunächst anzuschließen.

Generaloberst Göring hielt angesichts der Ausführungen des Führers es für geboten, an einen Abbau unseres militärischen Spanienunternehmens zu denken. Der Führer stimmt dem inso-

weit zu, als er den Entschluß einem geeigneten Zeitpunkt vorbehalten zu glauben solle.

Der zweite Teil der Besprechungen befaßte sich mit materiellen Rüstungsfragen.

Für die Richtigkeit: gez. Hoßbach
Oberst d. G.

Zur *Entstehungsgeschichte*

Während des Nürnberger Prozesses gab General Hoßbach auf Anforderung des Verteidigers von Generalstab und OKW, Dr. Hans Laternser, ein Affidavit zu seinem Bericht über die Besprechung am 5. November 1937 ab (IMT XLII S.228f.):

Friedrich Hoßbach Göttingen, den 18. Juni 1946
General der Infanterie a. D.

Ich gebe hiermit folgende eidesstattliche Erklärung ab:

„Bei der Sitzung am 5. November 1937 ist ein Protokoll durch .mich nicht aufgenommen worden. Einige 'Tage später fertigte ich "aus dem Gedächtnis nach bestem Wissen und Gewissen eine Niederschrift der Sitzung an, von der ich glaubte, den Inhalt der Ausführungen Hitlers richtig wiedergegeben zu haben. Außer dieser einen handschriftlichen Niederschrift habe ich keine Abschriften angefertigt oder anfertigen lassen.

Ich habe Hitler von dem Bestehen der Niederschrift Kenntnis gegeben und ihn zweimal gebeten, sie zu lesen, was er mit der Bemerkimg, er habe keine Zeit, zurückwies.

Es ist mir nicht mehr erinnerlich, ob ich die Niederschrift dem Generalobersten Freiherr von Fritsch vorlegen konnte, der gerade in jenen Tagen eine Ägyptenreise antreten wollte. Mit Sicherheit habe ich sie dem General Beck vorgelegt, auf den der Inhalt der wiedergegebenen Hitlerschen Ausführungen ‚niederschmetternd' - Becks eigenes Wort - wirkte. Ich habe die Niederschrift sodann Blomberg vorgelegt, glaube, daß dieser sie mit dem durch ihn gebräuchlichen „Bl" mit Grünstift auf der ersten Seite abgezeichnet und auch gelesen hat. Endgültig ist die Niederschrift in die Aufbewahrung Blombergs übergegangen. Der Inhalt der Niederschrift ist durch keinen Sitzungsteilnehmer durch Namensunterschrift anerkannt. Auf welche Weise eine oder mehrere Schreib-

maschinenabschriften meiner einmaligen handschriftlichen Niederschrift zustande gekommen sind, entzieht sich meiner Kenntnis.

Anläßlich der Vernehmung am 13., 14. und 15. März 1946 habe ich auf Grund der mir vorgelegten Photokopie der Auffassung Ausdruck gegeben, daß ich nicht mehr mit Sicherheit sagen könne, ob es sich bei der Photokopie um eine genaue, wörtliche Wiedergabe meiner Niederschrift handele, daß ich jedoch nach Inhalt, Abfassung und Stil in summa eine Wiedergabe meiner eigenen Niederschrift als vorliegend annehmen müsse, und daß beim Lesen bzw. Vorlesen der Photokopie mir Stellen des Inhaltes erinnerlich wurden, andere mir nicht oder nur ungenau erinnerlich geblieben seien.

Ich habe z.B. zu Protokoll gegeben: ,Ich entsinne mich jetzt nicht mehr, daß von Blomberg und von Fritsch Bemerkungen gemacht haben, wie sie auf Seite 11 des Dokumentes (Photokopie) verzeichnet sind. Ich stelle jedoch fest, daß die Bemerkungen, die dort verzeichnet sind, Bedenken gegen die Pläne Hitlers zum Ausdruck bringen und ich weiß, daß dies mit den Ansichten der genannten Generäle übereinstimmt!'

… Auffallend war, daß Hitler die Durchsicht meiner handschriftlichen Niederschrift ablehnte, daß gerade in der fraglichen Zeit seine Mißtrauensäußerungen gegen das Heer beträchtlich zunahmen, daß Fritsch bereits auf seiner Ägyptenreise (November/Dezember 1937) durch die Gestapo überwacht wurde - was erst anläßlich des Kriegsgerichts gegen Fritsch (März 1938) mir bekannt wurde -, und daß Hitler bei der Bückmeldung aus Ägypten zu Fritsch ,mysteriöse Andeutungen' über monarchistische Umtriebe im Heer machte, mit denen Hitler - wie mir Fritsch erzählte - mich in Zusammenhang brachte.

Aus der Bückschau gesehen waren diese Anzeichen die Vorboten für den Systemwechsel in der Wehrmacht am 4. Februar 1938!

Bei der Sitzung vom 5. November 1937 hatte Hitler weder Beifall noch Zustimmung, sondern sachliche Gegenäußerungen der beiden Generale gehört und er kannte ihre Grundeinstellung gegen einen Krieg! Als wahrscheinliche Nachwirkung dieser Sitzung dürfte seitens Hitlers der Entschluß gefaßt sein, zumindesten Fritsch zu beseitigen und einen Kurswechsel in der Wehrmacht zu vollziehen. Über das Problem der ,Tschechei' trat nach der Sitzung vom 5. November 1937 ein völliges Stillschweigen seitens Hitlers ein, ich habe darüber bis zu meinem Ausscheiden aus der

Adjutantur der Wehrmacht (28. Januar 1938) nichts mehr davon gehört!

Man ließ Blomberg in den Skandal seiner zweiten Ehe rennen und selbstverschuldet stürzen und benutzte diese willkommene Gelegenheit, auch den unbequemen Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Freiherr von Fritsch, zu beseitigen. Dieser mit verbrecherischen Methoden seitens Hitlers, Görings und Himmlers herbeigeführte Sturz Fritschs, die erzwungene Verabschiedung einer Anzahl von Generalen und mein eigener Abgang hatten deutlich und öffentlich zum Ausdruck gebracht, daß es eine ,Gemeinschaft verbrecherischen Charakters' zwischen den Führern des Heeres und den Politikern nicht gab, wobei ich den späteren Feldmarschall Keitel nicht zum Heere rechne.

Friedrich Hoßbach"

Der in dieser Erklärung enthaltene Angriff auf den in Nürnberg angeklagten und wehrlosen Generalfeldmarschall Keitel kennzeichnet die Verwirrung der ersten Jahre nach dem Zusammenbruch 1945.

Zwei Jahre nach seiner Nürnberger Erklärung veröffentlichte Hoßbach, der bis Kriegsende als Kommandierender General und Armeeführer verwendet war, eine Broschüre „Von der militärischen Verantwortlichkeit in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg" (Hoßbach I), in der er das Folgende über die „Entstehungsgeschichte der Niederschrift vom 10.November 1937" aussagt:

„Die ,Niederschrift' über die Sitzung ist durch mich einige Tage nach dem 5. November 1937 im Gebäude des Kriegsministeriums vorgenommen und mit dem Datum des 10. November 1937 versehen worden. Es ist mir nicht erinnerlich, ob ihre Anfertigung an einem oder mehreren Tagen erfolgte und ob sie daher am 10. November 1937 begonnen und beendet worden ist" (Hoßbach I S. 28).

Während Hoßbach in seiner eidesstattlichen Erklärung vom 18. Juni 1946 sich ausschließlich auf sein Gedächtnis beruft und auch der Verteidiger Dr. Laternser durch ihn dahin

unterrichtet wurde, daß er sich während der Sitzung am 5. November keine Notizen gemacht habe, schreibt er in seinem oben erwähnten Buch:

„Als Grundlage dienten mir meine während der Besprechung gemachten stichwortartigen Notizen und mein Gedächtnis. Da ich über keine stenographischen Fertigkeiten verfüge, war ich zu einer wortgetreuen und vollinhaltlichen Wiedergabe der Sitzung nicht in der Lage" (Hoßbach I S. 28).

Erst nach dem Nürnberger Prozeß erfuhr Hoßbach, auf welche Art und Weise die Schreibmaschinenabschriften seiner einzigen handschriftlichen Niederschrift zustande gekommen waren. Hohlfeld berichtet darüber:

„Im Winter 1943/44 fand ein Offizier des OKW die Originalniederschrift beim Sichten von Akten in Liegnitz und ließ eine Abschrift davon anfertigen, die er einem Verwandten zu treuen Händen übergab. Von dieser Seite wurde sie während des Nürnberger Prozesses einer Besatzungsmacht übergeben" (Hohlfeld IV S. 366 Anm.).

Diese Besatzungsmacht waren die USA. Im IMT trägt das Hoßbach-Dokument vom 10. November 1937 die Bezeichnung „Beweisstück US-25". Es lautet die „Beschreibung der hier zugrunde gelegten Urkunde: Phot. bgl. durch Schreiben des Departement of State (Wahington D.C.) vom 17. Oktober 1945, U. (Ti) James J. Byrnes". Der erwähnte deutsche Offizier ist Oberst Graf Kirchbach (vgl. S.48).

Bei der in Nürnberg vorgelegten „Urkunde" handelt es sich um nichts anderes als um eine in Washington „beglaubigte Photokopie" einer unauthentischen Abschrift eines verschollenen Originals.

Die Gründe, die den damaligen Oberst Hoßbach veranlaßt haben, seine Niederschrift fünf Tage nach der vierstündigen Besprechung anzufertigen, blieben in Nürnberg ungeklärt. Von Hitler oder einem der Besprechungsteilnehmer ist er nicht beauftragt worden. Es ist aber wahrscheinlich, daß General Beck, dem Oberst Hoßbach zweifellos Vortrag hielt, eine

schriftliche Ausarbeitung gewünscht hat. Eine solche Annahme würde die sonst kaum verständliche Verspätung der Niederschrift erklären. Auch der — noch zu erörternde — Umstand, daß General Beck die Hoßbach-Niederschrift zum Anlaß einer eigenen schriftlichen Entgegnung genommen hat, spricht für die Annahme, daß Beck der Veranlasser war, obwohl Hoßbach betont: „Die Niederschrift nahm ich aus eigener Entschließung, nicht auf Veranlassung eines anderen Menschen vor" (Hoßbach I S.29).

Trotz der außergewöhnlichen Art, in der diese dubiose Abschrift ihren Weg nach Nürnberg fand, als der Prozeß schon im Gange war (Mitte März 1946 wurde Hoßbach zum ersten Mal dazu vernommen), behauptete der Gerichtshof, das vorgelegte Hoßbach-Beweismaterial sei neben anderen Dokumenten „in den Archiven der Deutschen Regierung aufbewahrt und auch dort erbeutet" worden (IMT I S. 209). Dies hat der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg der Wahrheit zuwider in die Urteilsbegründung aufgenommen. Aber nicht genug damit! Es steht heute auch fest, daß die amerikanische Anklagevertretung den Inhalt der Abschrift gekürzt und verändert hat.

Der Historiker Gerhard Meinck macht in seinem Buche „Hitler und die Deutsche Aufrüstung 1933/1937" (S. 236) einige neue Angaben zur Überlieferung und zum Inhalt der Hoßbach-Niederschrift:

„a) zur Überlieferung:

Hoßbach gibt an, er habe das einzige Exemplar seiner Niederschrift seinerzeit dem Reichskriegsminister von Blomberg ausgehändigt. Oberst Graf von Kirchbach, der Ende 1943 durch den Beauftragten des Führers für die militärische Geschichtsschreibung', Generalmajor Scherff, angewiesen wurde, die nach Liegnitz ausgelagerten Akten des Oberbefehlshabers des Heeres zu sichten, fand die Hoßbach-Niederschrift aber zwischen Akten, die - wie er angibt - aus dem Panzerschrank des Generalfeldmarschalls von Brauchitsch stammten. Der Oberst vermutet, dieser habe den

Umschlag mit der Niederschrift Hoßbachs aus dem Panzerschrank seines Vorgängers, des Freiherrn von Fritsch, übernommen, ohne das Dokument selbst je eines Blickes zu würdigen, da der schlichte Vermerk ,Niederschrift Oberst Hoßbach' nichts Hochpolitisches erwarten lassen habe (Oberst a.D. Graf von Kirchbach an die Schriftleitung der ,Deutschen Opposition' vom 3. Januar 1952, ungedruckt; derselbe an den Verfasser vom 28.August 1956, Schriftw. S. 318-324).

b) zum Inhalt:

PS-386 einerseits, die vom Grafen Kirchbach vorgefundene Niederschrift Hoßbachs und die Abschrift Kirchbachs davon andererseits stimmen nicht voll überein. Dafür verantwortlich dürfte die Nürnberger Anklagevertretung sein; denn anscheinend bat diese von der in ihrer Hand befindlichen Abschrift Kirchbachs eine neue Abschrift anfertigen lassen und dabei die Einwände Neuraths, Blombergs und Fritschs gegen Hitlers Absichten zum guten Teil eliminiert. Diese veränderte Fassung ist dann in die offizielle Dokumentensammlung (IMT) aufgenommen und so überliefert worden, wohingegen die von Kirchbach aufgefundene Niederschrift und seine davon vorgenommene Abschrift verschollen sind. General der Infanterie a.D. Hoßbach täuschte sich also zu seinen Ungunsten, als er in seinem Buche (a. o. a. 0.) schrieb, er habe durch unvollständige Wiedergabe der Einsprüche seiner miltärischen Vorgesetzten vor der Geschichte eine Unterlassungssünde begangen (Oberst a.D. Graf von Kirchbach a.o.a.0.; Herr Viktor von Martin an den Verf. vom 12. September 1956, Schriftw. S. 326f.; ferner Hoßbach II S. 219f.)."

Gerhard Meinck kommt trotz Kenntnis dieser Umstände zu dem Schluß, daß die von der Anklage veränderte Niederschrift die Ausführungen Hitlers vom 5. November 1937 richtig wiedergeben soll. Er beruft sich dabei auf Hoßbach selbst, obwohl dieser während seiner Vernehmung Mitte März 1946 zu Protokoll gegeben hatte, daß ihm bei Kenntnisnahme der Photokopie manche „Stellen des Inhalts erinnerlich wurden", andere aber ihm „nicht oder nur ungenau erinnerlich gebheben seien". Als „noch beweiskräftiger" erscheinen Meinck „die einwandfrei überlieferten Notizen des General-

obersten Beck vom 12. November 1937 zur Originalniederschrift Hoßbachs" (Meinck S. 237).

Außer Blomberg und Hoßbach wurden alle noch lebenden Teilnehmer an der Besprechung vom 5. November 1937 in Nürnberg verurteilt, weil sie an einer „Verschwörung gegen den Frieden" teilgenommen hätten. Dies geschah, obwohl die Angeklagten von Neurath, Raeder und Göring unter Eid aussagten, daß ihnen erst in Nürnberg die Existenz dieses angeblichen Protokolls zur Kenntnis gebracht worden ist. Hoßbach selbst bestätigt, daß der Inhalt der Niederschrift „durch keinen Sitzungsteilnehmer durch Namensunterschrift anerkannt ist" *. Hitler hatte, wie Hoßbach erklärt, von dem Text der Niederschrift keine Kenntnis genommen.

Anlaß und Verlauf der Besprechung vom 5. November 1937

Der Anlaß zu der Besprechung vom 5. November war, wie Göring in Nürnberg erklärte, daß Hitler vor allen Dingen den Generaloberst von Fritsch von der Notwendigkeit einer beschleunigten Rüstung überzeugen wollte, weil er

„mit der Aufrüstung des Heeres in keiner Weise zufrieden sei, und es auch nicht schaden könnte, wenn Herr von Blomberg dabei auch einen gewissen Nachdruck dann auf Fritsch ausüben würde" (IMT IX S. 344/45).

Göring erklärte auch, warum der Außenminister von Neurath zugezogen worden sei, nämlich damit den Oberbefehlshabern nicht lediglich „rein militärisch" erläutert würde, „daß die außenpolitische Lage ein derartig forciertes Tempo der Rüstung benötige". Die ganze Unterredung habe „schließlich in der Richtung einer starken Rüstung" geendet (IMT IX S. 345).

* Vgl. Eidesstattliche Erklärung S. 43.

Nach einer mündlichen Unterrichtung durch General a. D. Hoßbach sieht Meinck den wahren Anlaß zu der Besprechung vom 5. November 1937 in den „Meinungsverschiedenheiten zwischen Blomberg und Göring über die Zuweisung von Baustoffen an die Wehrmachtsteile". Hoßbach selbst sei der Ansicht, daß dadurch bereits 1936 die Denkschrift Hitlers über die Notwendigkeit autarker Maßnahmen veranlaßt worden sei. Da dieser Grund aber dort nicht „einzuordnen" gewesen sei, möge der obengenannte Streitfall Blomberg bewogen haben, die „schon lange strittige Frage, ob er selbst oder Göring für die Materialverteilung an die Wehrmachtsteile zuständig sei, Hitler zur Entscheidung vorzulegen" (Meinck S. 174 und 236). Über die Meinungsverschiedenheiten der Generale mit Göring berichtet Hoßbach in seiner Broschüre:

„Die Diskussion nahm zeitweilig sehr scharfe Formen an, vor allem in einer Auseinandersetzung zwischen Blomberg und Fritsch einerseits und Göring andererseits, an der Hitler sich vorwiegend als aufmerksamer Zuhörer beteiligte. Der Anstoß der strittigen Fragen ist mir nicht mehr erinnerlich" (Hoßbach I S. 30).

Es ist allerdings erstaunlich, daß Hoßbach sich einerseits nicht mehr an den Grund des Streites zwischen den Generalen erinnert, ihm aber andererseits mit „Genauigkeit" die Schärfe des Gegensatzes in der Sache und in der Form „im Gedächtnis haften geblieben ist", die auf Hitler ihren Eindruck nicht verfehlt habe, wie er es aus „seinem Mienenspiel entnehmen konnte". Hoßbach gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß trotz des „selbstverschuldeten Rücktritts Blombergs" Hitler bereits am 5. November 1937 den Bruch mit der Wehrmachtsführung, bestimmt mit Fritsch, vielleicht aber auch mit dem Kriegsminister, „innerlich vollzogen hat" (Hoßbach I S. 31).

Es ist unerfindlich, warum Hitler diesen Bruch gerade damals vollzogen haben soll. Aus der vorhandenen Fassung der Niederschrift geht auch kein Widerspruch Fritschs gegen

Hitler hervor, der als „wahrscheinliche Nachwirkung dieser Sitzung" Hitlers Entschluß gezeitigt hätte, „zumindest Fritsch zu beseitigen". Heute ist auch allgemein bekannt, daß es während der Krise im Januar 1938 Hitlers „erster Gedanke" war, „Generaloberst von Fritsch zum Nachfolger Blombergs zu ernennen" (IMT XII S. 220). Außerdem wird aus Hoßbachs Broschüre klar, daß sich die Wortgefechte in Wirklichkeit gar nicht gegen Hitler gerichtet haben, sondern zwischen Göring, Blomberg und Fritsch ausgetragen wurden.

Textkritik

Die „auf Blombergs Wunsch anberaumte Besprechung" (Meinck S. 174) war demnach Hitler auch durch innerpolitische Kompetenzkämpfe aufgedrängt worden. Nach Hoßbachs Aussage hatte Hitler sich lediglich durch einige Notizen auf seine Ausführungen vorbereitet, die er nach Schluß der Sitzung mit sich nahm, ohne daß Hoßbach in sie Einblick nehmen konnte. Dieser Umstand steht in gewissem Widerspruch zu Hoßbachs Darstellung, Hitler habe einleitend die anwesenden Herren gebeten, „seine Ausführungen als seine testamentarische Hinterlassenschaft für den Fall seines Ablebens anzusehen". Auf diese Bemerkung stützt sich die Nürnberger Behauptung, daß das „Hoßbach-Protokoll" eines der wichtigsten Schlüsseldokumente sei. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß ein so bedeutungsvolles Vermächtnis von Hitler lediglich als mündliche Mitteilung weitergegeben worden sein soll. Hätte es sich dabei tatsächlich um sein politisches Testament gehandelt, dann würde er gewiß nicht versäumt haben, es schriftlich zu fixieren und dafür zu sorgen, daß es in der von ihm festgelegten Form aufbewahrt werde. Denn es wäre sinnlos gewesen, mündliche Testamentsbestimmungen zu treffen, die nach seinem Tode von den fünf anwesenden Beratern auf fünf verschiedene Arten ausgelegt werden würden.

Außerdem war es nicht Hitlers Methode, politische Überlegungen testamentarisch festzuhalten. Göring sagte zu diesem Punkte in Nürnberg:

„Soweit das Wort‚Testament' gebraucht ist, widerspricht dieses völlig der Auffassung des Führers. ... Ich hatte Gelegenheit, mit dem Führer über ein sogenanntes politisches Testament zu sprechen. Er lehnte dies mit der Begründung ab, daß man niemals einen Nachfolger durch ein politisches Testament festlegen könnte, denn die Entwicklung und die politischen Ereignisse müßten ihm zu jeder Stunde und zu jeder Zeit völlige Handlungsfreiheit geben. Es könne wohl jemand politische Wünsche oder Auffassungen niederlegen, aber niemals bindende Formen eines Testamentes. Das war damals und - solange ich überhaupt mit ihm im Vertrauensverhältnis stand - jederzeit seine Auffassung" (IMT IX S. 344).

In kritischer Prüfung des Hoßbach-Textes kann man nur zu dem Schluß gelangen, daß Hitler seinen führenden Mitarbeitern - die nicht einmal vollzählig versammelt waren, so fehlte z.B. sein Partei-Stellvertreter Heß - zwei grundsätzliche Erkenntnisse ans Herz legen wollte:

Erstens, daß vor allem England immer bestrebt bleibe, eine_starke Kontinentalmacht zu verhindern und zweitens, daß der deutsche Rassekern erhalten und gesichert werden müsse.

Bei allen anderen Ausführungen handelt es sich um Fragen der augenblicklichen Lage bzw. um hypothetische Annahmen, wie die Außenpolitik unserer Nachbarländer sich entwickeln könne und was dazu deutscherseits zu unternehmen sei.

Was immer Hitler in der Besprechung vom 5. November 1937 angestrebt haben mag, ein politisches Testament wollte er dabei zweifelsohne nicht niederlegen.

Erich Kordt, der dem deutschen Widerstand angehörte, projiziert merkwürdigerweise die gleiche dramatische Bezeichnung eines „politischen Testaments" auf Ribbentrops „Notiz für den Führer" aus London vom 2. Januar 1938, das

ebenfalls eine aktuelle Lagebeurteilung und auf keinen Fall ein Testament darstellte (Kordt II S.175, IMT XYIII S.296f.).

Da wir weder wissen, was Hitler wirklieb sagte, noch was Hoßbach davon wirklich notiert hat, ist eine Kritik des Nürnberger Textes über die Besprechung vom 5. November 1937 mit Schwierigkeiten verbunden.

Im ersten Teil der Ausführungen wird die Lage Deutschlands inmitten des hochaufgerüsteten Europas dargestellt. Darin wird die Möglichkeit einer totalen Autarkie verworfen, eine yerstärkte Beteiligung an der Weltwirtschaft, als für Deutschland nicht erreichbar beurteilt und die Bereitschaft Englands und Frankreichs zur Rückgabe von Kolonien für äußerst unwahrscheinlich erklärt. Da einerseits die Westmächte ein starkes Deutschland mitten in Europa ablehnten, es aber andererseits das Ziel der deutschen Politik sei, die deutsche Volksmasse zu erhalten, zu sichern und zu vermehren, könne es — immer nach dem amerikanischen Dokument - „zur Lösung der deutschen Frage nur den Weg der Gewalt geben".

Unter der deutschen Frage verstand Hitler offenkundig nur das Deutsche Reich und die abgesplitterten deutschen Gebiete, vor allem Österreich und die Tschechoslowakei. Hitler soll von „85 Millionen Menschen" gesprochen haben, die politisch noch nicht zusammengefaßt seien. In solcher Lage sei der Rückgang des „Deutschtums in Österreich und der Tschechoslowakei nicht aufzuhalten".

Bereits 1919 hatten sich das damals sozialdemokratisch regierte Österreich und die Sudetendeutschen für den Anschluß an Deutschland erklärt und seitdem wiederholt das für alle Völker verkündete Selbstbestimmungsrecht gefordert. Nur das Veto der Siegermächte hatte die Einigung verhindert (vgl. S. 146).

1926 hatte Stresemann eine enge wirtschaftliche und politische Zusammenfassung Österreichs und Deutschlands

verlangt und der Briand-Plan eine wirtschaftliche Einigung ganz Europas. Trotzdem wurde die von Curtius und Schober .1931 beschlossene Zollunion durch den Völkerbund verboten. Die dadurch verschärfte Wirtschaftskrise brachte der nationalsozialistischen Partei den enormen Stimmenzuwachs, der Hitlers Regierungsübernahme bewirkte. Sein Programm enthielt von Anbeginn an die Forderung auf Grenzrevisionen. In seiner Reichstagsrede im Januar 1937 verzichtete Hitler bekanntlich auf Elsaß-Lothringen und forderte vor aller Weltöffentlichkeit das Selbstbestimmungsrecht für die im Osten abgetrennten deutschen Gebiete. Dieses Ziel auf diplomatischen also friedlichem Wege mit der Duldung Englands zu erreichen, war die Mission Ribbentrops in London. Als gleichberechtigter Partner Englands in Europa erstrebte Hitler nach Ribbentrops Ansicht

„die Sicherung des deutschen Raumes in militärisch-strategischer Hinsicht nach außen, wobei die gefährdete geographische Lage des Reiches in Zentraleuropa auch im Hinblick auf die rapide Entwicklung der Waffentechnik - Luft usw. - besonderer Berücksichtigung bedurfte. Das Bündnis mit England war deshalb für ihn von ausschlaggebender Bedeutung, weil er die Möglichkeit eines Konfliktes mit dem kommunistischen Rußland, und zwar eines übermächtigen Rußlands, als einen ständigen Faktor in seine außenpolitischen Berechnungen einbezog."

Seit der Wiederherstellung der Wehrhoheit im Rheinland 1936 war freilich zunehmend klar geworden, daß England wieder die alte Einkreisungspolitik wie vor dem Weltkrieg zu betreiben begann und deshalb auch die Militärallianzen zwischen Frankreich, Rußland und der Tschechoslowakei widerspruchslos akzeptiert hatte. Hitler mußte daher „England, Frankreich, Rußland und die angrenzenden kleinen Staaten in seine politischen Berechnungen als Machtfaktoren" einsetzen. Hoßbach selbst führt in seiner Broschüre an, daß die deutsche Lage 1937 noch weit gefährdeter gewesen sei als 1914, weil „die im Kriegsfall mit Sicherheit im Feindlager

stehende Tschechoslowakei und das schwache, nicht für Deutschland in Rechnung zu stellende Österreich" anstelle der „habsburgischen Monarchie als Bundesgenosse" getreten war (Hoßbach I S. 3).

Die Lösung der deutschen Frage konnte für die Teilnehmer der Besprechung am 5. November 1937 nichts anderes bedeuten, als daß das Problem Österreichs und der Tschechoslowakei in den Jahren zwischen 1943 und 1945 geregelt werden solle, um die Sicherung der deutschen Volksmasse zu garantieren. Die Überlegung, daß dieses Ziel nicht ohne Gewalt erreicht werden könne, fand ihre Ursache darin, daß die Westmächte sich offenkundig zur Niederhaltung Deutschlands vorbereiteten. Aus diesem Grunde werde sich das deutsche Volk früher oder später zum Kampf stellen müssen - das war Hitlers Überzeugung. Der Frage, wann und unter welchen Umständen eine solche Auseinandersetzung eintreten könne, galten die Ausführungen Hitlers vom 5. November 1937.

Zur Frage des „wann" und „wie" soll Hitler drei Fälle angenommen haben. Zum „Fall I" sagte der Internationale Gerichtshof über Hitler:

„Bei dem ersten dieser drei Fälle wurde eine hypothetische internationale Situation dargelegt, bei der er spätestens 1943 bis 1945 handeln würde" (IMT I S. 212).

Hitler konnte sich damals ziemlich nüchtern ausrechnen, daß die Aufrüstung Englands, Frankreichs und des bolschewistischen Rußlands in den kommenden sieben bis acht. Jahren Deutschland überflügeln würde. Die deutsche Aufrüstung sei nach diesem Zeitpunkt nicht mehr zu vergrößern und innere Unruhen könnten infolge von Arbeitslosigkeit, Herabsetzung des Lebensstandards und Geburtenrückgang eintreten. Die Hypothesen beziehen sich also in dem „Fall 1" mehr auf die innerdeutsche Entwicklung. Hitler selbst soll gesagt haben, daß niemand wisse, wie die Lage in den Jahren 1943/45 tatsächlich sein werde. Sicher sei nur, daß

Deutschland nicht länger warten könne. Das war angesichts der Entwicklung — nicht zuletzt auch angesichts des seit Roosevelts „Quarantäne"-Rede angekündigten amerikanischen Eingreifens - eine berechtigte Überlegung.

Auch die Fälle II und III des Schriftstückes eignen sich nicht als Beweis für willkürliche Angriffsabsichten; ihnen liegen lediglich Hypothesen außenpolitischer Art zugrunde. Für den „Fall II" bezeichnete Hitler den Ansatzpunkt wie folgt:

„Wenn die sozialen Spannungen in Frankreich sich zu einer derartigen innerpolitischen Krise auswachsen sollten ..."

und für den „Fall III":

„Wenn Frankreich durch einen Angriff mit einem anderen Staat so gefesselt ist..."

Die Tatsache, daß sich die Überlegungen Hitlers nur mit vielleicht möglichen Fällen beschäftigten und daß diese zudem niemals eingetreten sind, wurde vom Nürnberger Gerichtshof nicht berücksichtigt. Er führt in diesem Zusammenhang lediglich aus:

„Der zweite und dritte Fall, die Hitler erwähnte, zeigen die klare Absicht, von Österreich und der Tschechoslowakei Besitz zu nehmen" (IMT I S. 212).

Die klar ausgesprochenen Hypothesen für beide Fälle blieben unerwähnt. Dabei handelte es sich für die im Fall II angenommene sozialpolitische Krise in Frankreich durchaus um eine logische Überlegung Hitlers, denn die inneren Unruhen hätten immerhin die Volksfrontregierung ans Ruder bringen können, wie es Francois-Poncet am 19. Oktober 1937 Freiherrn von Neurath als bevorstehend mitgeteilt hatte (vgl. S. 19). Die Volksfrontregierung wäre aber wiederum in engeren Kontakt mit Rußland und dem sowjetfreundlichen Benesch getreten. Ein bolschewistisch infiltriertes Frankreich, das die Sowjets immer mehr nach Europa hineinziehen

würde, bedeutete für das Reich eine politische Gefahr, während die französischen Militärbündnisse mit Polen, der Tschechoslowakei und Rußland eine ernste militärische Bedrohung Deutschlands darstellten.

Dieser starken französischen Konstellation gilt der hypothetisch angenommene „Fall III", der die Möglichkeit eines englisch-französisch-italienischen Krieges voraussetzt, der Frankreich so fesseln würde, daß es nicht gegen Deutschland „vorgehen" könnte. Der unmittelbar darauf folgende Absatz des Hoßbach-Textes ist in sich widerspruchsvoll: Zuerst heißt es, daß „in jedem Falle einer kriegerischen Verwicklung unser erstes Ziel zur Verbesserung unserer militärpolitischen Lage sein müsse, die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen, um die Flankenbedrohung eines etwaigen Vorgehens nach Westen auszuschalten". Das bedeutet mit anderen Worten, daß bei einem siegreichen Krieg Frankreichs gegen Italien ein gleichzeitiges Vorgehen Österreichs und der Tschechoslowakei gegen das Reich verhindert werden müsse. Indem hier also offen bleibt, ob Frankreich selbst während seines Krieges mit einem anderen Staate auch Deutschland angreifen werde, geht aus dem folgenden Satz eindeutig hervor, daß Hitler auch in diesem Fall mit einem Angriff Frankreichs auf Deutschland rechnete, *bevor* die Tschechoslowakei auf den Plan treten werde. Denn in der Hoßbach-Niederschrift heißt es:

„Bei einem Konflikt mit Frankreich sei wohl nicht damit zu rechnen, daß die Tschechei am gleichen Tage wie Frankreich uns den Krieg erklären würde. In dem Maß unserer Schwächung würde jedoch der Wille zur Beteiligung am Kriege in der Tschechei zunehmen, wobei ihr Eingreifen sich durch einen Angriff nach Schlesien, nach Norden oder nach Westen bemerkbar machen könne."

Für diesen Fall, der logischerweise als Fall IV spezialisiert sein müßte, wird die primäre Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland vorausgesetzt, woraus ja kaum deutsche Angriffs-

absichten konstruiert werden konnten. Außerdem wird die Frage behandelt, ob und wann die Tschechoslowakei Deutschland den Krieg erklären und angreifen würde. Wie verhält sich das zu dem vorher ausgeführten Entschluß, als erstes Ziel die Tschechoslowakei und Österreich niederzuwerfen, noch dazu im Lichte der späteren Bemerkung, der Angriff auf die Tschechoslowakei müsse „blitzartig schnell" erfolgen?

Die Antwort kann nur lauten, daß Hitler von einem Angriffskrieg Frankreichs auf Deutschland ausgegangen sein muß, wobei die rasche Beseitigung der südöstlichen „Flankenbedrohung" eine Defensivmaßnahme gewesen wäre, um Frankreichs Einmarsch in das damals noch unbefestigte Rheinland entgegenzutreten*.

Daß es sich um keine primären Angriffsplanungen des Reiches handelte, sondern um die Sicherstellung seiner Interessen bei einer allgemeinen Mobilmachung in Europa, geht auch aus den folgenden Ausführungen Hitlers hervor:

„Der Zeitpunkt unseres Angriffes auf die Tschechoslowakei und Österreich müsse abhängig von dem Verlauf des italienisch-englisch-französischen Krieges gemacht werden und läge nicht etwa gleichzeitig mit der Eröffnung der kriegerischen Handlungen dieser drei Staaten."

In einem solchen europäischen Konflikt wäre Deutschland schon allein durch das russische Interesse an der Tschechoslowakei zur höchsten Wachsamkeit gezwungen worden. Daß kein unprovozierter Angriff auf die Tschechoslowakei geplant war, zeigt auch der Schluß der Niederschrift, wonach Hitler zusammenfassend ausgeführt haben soll:

*** Hitler soll — fast mit den gleichen Worten wie Ribbentrop — behauptet haben, eine französische Offensive werde sich „an unseren Westbefestigungen festlaufen". Ribbentrop aber betont, er könne von London aus die "militärischen Erwägungen" nicht übersehen (S. 121 u. 126). Da der Bau des „Westwalles" erst nach der Maikrise 1938 von Hitler befohlen wurde, zeigen solche Stellen besonders deutlich, daß die Hoßbach Niederschrift Veränderungen oder Zusätze aus anderen Dokumenten erhalten haben muß.**

„Sollte der in Rede stehende Mittelmeerkonflikt zu einer allgemeinen Mobilmachung in Europa führen, so sei unsererseits sofort gegen die Tschechoslowakei anzutreten, sollten dagegen die am Kriege nicht beteiligten Mächte ihr Desinteressement erklären, so habe sich Deutschland diesem Verhalten zunächst anzuschließen."

Das bedeutet, daß Hitler erst nach einer tschechischen Mobilmachung ein deutsches Eingreifen für nötig erachtete. Bemerkenswerterweise sind später die Krisen der Jahre 1938 und 1939 von den vorhergegangenen Mobilmachungen der tschechischen bzw. polnischen Armee bestimmt worden.

Wie hinsichtlich der Tschechoslowakei und Österreichs gingen Hitlers Überlegungen für den „Fall III" auch in bezug auf den polnischen Staat von der Möglichkeit eines französischen Angriffs auf Deutschland aus, wobei Polen seinen Bundesgenossen unterstützen könnte. Nach den Erfahrungen mit dem polnischen Außenminister im Jahre 1936 hatte Hitler in einem solchen Falle mit einem Eingreifen Polens zu rechnen. Denn bei der Wiederherstellung der Wehrhoheit im Rheinland hatte Beck den französischen Botschafter Noël unaufgefordert beauftragt (vgl. auch S. 252), Flandin „sofort" zu informieren, daß Polen bei einem französischen Angriff auf Deutschland nicht zögern werde, „seine Pflicht als Verbündeter zu erfüllen" (Beck S. 113). Hitler bezeichnete in seiner Lagebeurteilung Polen wohl „als möglichen Angreifer" auf Deutschland, während er aber selbst keineswegs einen Angriff auf Polen plante, worauf Verteidiger Dr. Laternser schon in Nürnberg hingewiesen hat, indem er zum sog. Hoßbach-Protokoll ausführte:

„Es war keine Rede von der Lösung der Korridorfrage oder Eroberung im Osten und dergleichen" (IMT XII S. 78).

In der Besprechung vom 5.November 1937 wurde die Korridorfrage noch nicht behandelt. Hitler sah es im Gegenteil schon als günstig an, wenn Polen nach einer französischen Aggression auf Deutschland „neutral" bleiben würde.

Die Gedächtnisnotiz des Obersten Hoßbach ist - wie bereits ausführlich erörtert - in der bekannt gewordenen Fassung in vielen Punkten unklar und sogar widerspruchsvoll. So wird bekanntlich einmal dramatisch von den „Haßgegnern England und Frankreich" gesprochen, „denen ein starker deutscher Koloß inmitten Europas ein Dorn im Auge sei, wobei beide Staaten eine weitere deutsche Erstarkung sowohl in Europa als auch in Übersee ablehnten". Einige Seiten später wird im Gegensatz zu diesen Überlegungen angenommen, daß „England, voraussichtlich aber auch Frankreich, die Tschechei im stillen abgeschrieben und sich damit abgefunden hätten, daß diese Frage eines Tages durch Deutschland bereinigt würde".

Nach Hitlers Feststellung, daß Deutschland bis 1943/45 im Verhältnis zur Umwelt an „relativer Stärke" abnehmen würde, folgen dann wieder die Sätze : „Zudem erwarte die Welt unseren Schlag und treffe ihre Gegenmaßnahmen von Jahr zu Jahr mehr. Während die Umwelt sich abriegele, seien wir zur Offensive gezwungen." Solche Gegensätzlichkeiten, die vor allem zwischen dem ersten und zweiten Teil der Hoßbach-Niederschrift bestehen, zeigen erneut, daß es sich um kein „politisches Testament", sondern um eine augenblickliche Lagebeurteilung handelte, in der alle nur denkbaren Möglichkeiten erörtert worden sind.

In merkwürdigem Widerspruch zu der Tatsache, daß Hitler eine Verschiebung der beabsichtigten langen Ägyptenreise des Generaloberst von Fritsch nicht für nötig hielt, steht auch die Formulierung Hoßbachs, „in gewisse Nähe sähe der Führer den Fall III gerückt, der sich aus den derzeitigen Spannungen im Mittelmeer entwickeln könne und den er eintretendenfalls zu jedem Zeitpunkt, auch bereits im Jahre 1938, auszunutzen entschlossen sei". Gerade Fritsch, der Hitler widersprochen haben soll, war ebenfalls der Auffassung, einer französisch-tschechischen militärischen Einkreisung könne nur dadurch

begegnet werden, daß die Tschechoslowakei als östliche Flankenbedrohung nach einem französischen Angriff ausgeschaltet werden müsse. Dies zeigt die durch Fritsch von sich aus angeordnete „Studie", die er schon vor dem 5. November 1937 hatte anlaufen lassen und die bezweckte,

„die Möglichkeiten der Führung der Operationen gegen die Tschechei unter besonderer Berücksichtigung der Überwindung des tschechischen Festungssystems zu untersuchen."

Auch Blomberg muß von der Notwendigkeit einer beschleunigten deutschen Aufrüstung überzeugt gewesen sein, denn er „machte nachdrücklich auf die Stärke der tschechischen Befestigung aufmerksam, deren Ausbau den Charakter einer Maginothlinie angenommen hatte".

Generaloberst Fritsch war sich der schwachen militärischen Lage Deutschlands Ende 1937 ebenfalls bewußt, denn er vertrat die Ansicht, „daß durch den Krieg gegen Italien das französische Heer nicht in dem Maße gebunden sei, daß es nicht noch mit Überlegenheit an unserer Westgrenze auf den Plan treten könne".

In einem Krieg gegen Italien brauche Frankreich nur 20 Divisionen einzusetzen, „so daß immer noch eine starke französische Überlegenheit an unserer Westgrenze bliebe, der als Aufgabe nach deutschem Denken der Einmarsch in das Rheinland zu unterstellen sei".

Ob nun Blomberg und Fritsch durch ihre Betonung der militärischen Schwäche Deutschlands vor einem Konflikt haben warnen wollen oder der verstärkten deutschen Aufrüstung zugestimmt haben, bleibe dahingestellt. Tatsache ist auf jeden Fall, daß Deutschland Ende 1937 militärisch schwächer war als seine Nachbarländer.

Für die Ansicht, daß Hitlers Darlegungen in der Besprechung vom 5. November 1937 vor allem darauf angelegt gewesen seien, den versammelten Militärs eine Vielfalt von Möglichkeiten vor Augen zu führen und sie dadurch zu ver-

stärkter Rüstungstätigkeit anzuspornen, zeigen insbesondere die teilweise phantastisch anmutenden Ausführungen zum Thema Spanien und Italien. Danach habe Hitler einen „hundertprozentigen Sieg Francos als nicht erwünscht" bezeichnet. Die historische Tatsache der nachhaltigen und wirksamen deutschen Unterstützung Spaniens, die den Sieg Francos zur Folge hatte, steht dem entgegen. Was Hitler hierzu gesagt haben soll, war in Wirklichkeit die Politik der Engländer, denen „der Sieg keiner Partei, sondern eine Art Remis-Partie" erwünscht schien. Dies war der Eindruck, den der General Geyr von Schweppenburg in London gewonnen hatte, wo er seit 1933 Militärattache war* (Geyr von Schweppenburg S. 39).

*** Der britische Historiker Feiling schreibt z.B., daß in London:**

> **„die britischen Führer mit vorbildlicher Geduld die Rivalen Deutschland, Italien und Portugal auf der einen und Rußland auf der anderen Seite im Nichteinmischungsausschuß von einem toten Punkt zum anderen trieben" (Feiling S. 331).**

Der Führer der Labour-Party, Attlee, erklärte 1937 über die politischen Interessen Englands und Spaniens im Unterhaus:

> **„Ich glaube, daß ein Sieg von Franco mit Hilfe deutscher und italienischer Truppen und der Besetzung spanischen Gebietes durch solche in den nächsten drei oder vier Jahren eine schwerwiegende Schwächung der französischen und englischen Stellung im Mittelmeer und eine Redrohung des europäischen Friedens darstellt" (Geyr von Schweppenburg S. 39).**

Der englische Generalstab vertrat Schweppenburg gegenüber die Ansicht:

> **„Militärisch gesehen hätten wir lieber ein kommunistisches Spanien, da ein faschistisches ein enges Zusammengehen mit Itahen und damit eine Bedrohung des westlichen Mittelmeeres bedeuten würde."**

Ein anderer „etwas undiplomatischer englischer Militärattache in Westeuropa" erklärte ihm in dürren Worten: „England kann überhaupt nur ein schwaches Spanien gebrauchen." Geyr von Schweppenburg gibt auch den Standpunkt eines englischen Finanzpolitikers wieder:

> **„Jede zukünftige spanische Regierung wird arm sein. Weder Frankreich noch Amerika werden Geld geben wollen. ... Wir können den Moment abwarten, bis Spanien unser Geld braucht" (Geyr von Schweppenburg S. 36).**

Ähnlich merkwürdig wie Hitlers angebliche Bemerkung über Franco ist Hoßbachs Schilderung, Hitler habe die Ansicht geäußert, daß Italien in einem Krieg gegen die Westmächte Sieger bleiben würde, auch wenn Spanien als sein Gegner aufträte und es diesen Konflikt allein ausfechten müßte, da Hitler an eine „militärische Abmachung mit Italien nicht dachte". Nach Hoßbach soll Hitler folgendermaßen diskutiert haben:

Da Italien „Rohstoffe" von Deutschland erhalte, an „seiner Westgrenze gegen Frankreich defensiv" bleibe, lediglich von Lybien aus die „nordafrikanisch-französischen Kolonialbesitzungen bekämpfen wolle", und eine Landung französisch-englischer Truppen an den Küsten Italiens ausscheide, ebenso wie „eine französische Offensive über die Alpen nach Oberitalien", werde der Krieg hauptsächlich in „Nordafrika" geführt werden. Die italienische Flotte werde den „Transport von Streitkräften aus Nordafrika nach Frankreich lahmlegen" und deshalb werde „das europäische Frankreich" lediglich „über die Streitkräfte des Heimatlandes" verfügen können, wodurch Deutschland der Weg für eine Bereinigung der tschechischen und österreichischen Frage geebnet sei.

Es ist aber kaum anzunehmen, daß Hitler Italien als einen militärischen Riesen eingeschätzt hätte, der es gleichzeitig mit dem britischen Weltreich, mit Frankreich und Spanien, aufnehmen könnte! Während er am Anfang der Besprechung davon ausging, daß die englische und französische Regierung entschlossen seien, eine Erstarkung des Reiches zu verhindern, soll er nun ernsthaft die Niederlage dieser bei-

Zusammenfassend schreibt Schweppenburg:

„Das Schicksal des spanischen Volkes kümmerte die englischen Staatsmänner weniger. Sie empfanden aber die Belastung durch die Gefahr, daß dieser Konflikt, der sich zu einer eindeutigen Kraftprobe zwischen Kommunismus und Faschismus entwickelt hatte, Europa in Brand setzen und die schweren politischen und ideologischen Gegensätze aufflammen lassen könnte" (Geyr von Schweppenburg S. 37).

den Großmächte durch Italien erwogen haben! Solche Stellen beleuchten die Fragwürdigkeit der Hoßbach-Niederschrift in der uns bekannten Form in besonders drastischer Weise.

Wie auch immer man den einen oder anderen Satz dreht und wendet: Selbst aus der unauthentischen und unkontrollierbaren Hoßbach-Niederschrift wird jeder Unparteiische erkennen, daß Hitlers Überlegungen sich im wesentlichen mit der Frage befaßten, wie die „militärpolitische Lage" Deutschlands auf die Länge der Zeit hin oder bei internationalen Komplikationen zu verbessern sei bzw. wie er der Einkreisungsbedrohung Deutschlands begegnen könne.

Feldmarschall Blomberg hat wohl am besten Hitlers damalige Auffassung über die Zukunft Deutschlands zum Ausdruck gebracht. Als er in Nürnberg unter Hinweis auf das Hoßbach-,,Protokoll" gefragt wurde, ob Hitler bei seinen Besprechungen „von irgendwelchen Nah- oder Fernzielen" gesprochen habe, die er „mit militärischer Gewalt und evtl. durch einen Angriffskrieg zu lösen beabsichtige", antwortete der ehemalige Reichskriegsminister in seinem Affidavit, daß Hitler sich mehrfach wie folgt geäußert habe:

„Wir müssen damit rechnen, daß Deutschland noch einmal um den Bestand seiner wiedergewonnenen Freiheit wird kämpfen müssen. Es ist meine Aufgabe als Staatsmann, diese Waffenentscheidung zeitlich so weit wie möglich hinauszuschieben, in die 40 er Jahre hinein. Die Aufgabe der Soldaten ist es, bis dahin die deutsche Kampfkraft zu verstärken und zu befestigen. Das Wort ‚Angriffskrieg' oder eine Umschreibung dieses Begriffes ist bei solchen Erörterungen nicht gefallen" (die Sperrung bedeutet handschriftliche Unterstreichungen im Original, IMT XL S. 402).

Chamberlain und die britische Aufrüstung

Zu den weitestverbreiteten Versionen über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges gehört die Ansicht, England sei in den Jahren 1937-1939 militärisch unvorbereitet und der

britische Premierminister Chamberlain sei ein Mann des Friedens gewesen.

Gerade im Zusammenhang mit Hitlers Besprechung vom 5. November 1937 bedarf dieses Problem einer gründlichen Untersuchung, zu der die bekannte Biographie Chamberlains bemerkenswertes Material bietet. Der britische Professor Keith Feiling, dessen „Life of Neville Chamberlain" bereits 1946 in London erschien, aber bedauerlicherweise bis heute noch nicht ins Deutsche übersetzt ist, hat die Lebensgeschichte auf Wunsch von Mrs. Chamberlain und der Familie des Premierministers verfaßt. In seinem vom November 1944 datierten Vorwort übernimmt Feiling die volle Verantwortung für seine Darstellung. Ihm wurden alle Unterlagen des verstorbenen Staatsmannes zur Verfügung gestellt, d.h. die privaten und politischen Briefe, die Chamberlain geschrieben und erhalten hat, ebenso seine Tagebücher. Mehrere Regierungsstellen und die Stadt Birmingham gestatteten Feihng den Einblick in bestimmte Urkunden. König Georg VI. genehmigte den Abdruck „einiger wichtiger Briefe", von welchen einer in Faksimile von Feiling vorgelegt wird. Der Biograph betont, daß sein Buch sich hauptsächlich auf „private Papiere" stützte und aus diesem Grunde nur „provisorischen Charakter" habe. Keine der offiziellen Quellen seien für die Geschichtsschreibung bis jetzt verfügbar gewesen, weder die Archive der britischen Regierung, ihrer Verbündeten und ihrer Gegner, noch der Briefwechsel der zeitgenössischen Staatsmänner.

Die politischen Tagebücher Chamberlains umfassen ein halbes Jahrhundert, aber sie weisen „viele Lücken" auf. „Die wichtigsten Quellen" seien daher die Briefserien, die Chamberlain wöchentlich und abwechselnd an seine beiden Schwestern geschrieben hat. Es handelt sich um vier oder sechs Briefbogen, die fast jede Woche von 1916 bis 1940 gewechselt wurden. Aus dieser Korrespondenz stammt jedes Zitat in

Feilings Buch, „das nicht auf eine andere Art gekennzeichnet ist".

Den regen Anteil, den die Schwestern an dem öffentlichen Leben ihres Bruders nahmen, erklärt Feiling damit, daß die Geschwister stets in einer Atmosphäre der Politik gelebt hatten. Mit verhältnismäßig kurzen Unterbrechungen war von 1880 bis 1940 „immer mindestens ein Familienmitglied in jedem Kabinett". Ihr Vater, Joseph Chamberlain, diskutierte mit „Neville und seinen Schwestern" jedes politische Thema. Als Folge und Fortsetzung dieser Unterhaltungen berichtete Chamberlain seinen Schwestern weiter „über alles, was er tat und dachte" (Feiling S. VI).

Professor Keith Feiling gilt bis zum heutigen Tage als der wichtigste Biograph Chamberlains. Churchill zitiert in seinen Erinnerungen Feilings Buch an zahlreichen Stellen. Der amerikanische Historiker Professor C. C. Tansill von der Georgetown University stützt sich in seinem Werk „Die Hintertür zum Kriege" ebenfalls auf Feilings Biographie. In der deutschen Literatur wurde sie bisher von Freund, Rothfels und Kosthorst herangezogen.

Feiling bringt unter anderem zum Ausdruck, daß sich Faschismus und Nationalsozialismus als Folgen des westlichen Versailles-Systems und des östlichen Bolschewismus entwickelt hätten. Hitlers Kampf gegen das Diktat der Siegermächte sei "eine Revolte gegen die Demütigung". Das erklärte Sir Archibald Sinclair (Feiling S. 300).

Bei dieser „Revolte" ging es zunächst um die Frage der Abrüstung der Siegermächte. In Versailles war eine deutsche Rüstungsbeschränkung unter der Voraussetzung späterer Abrüstung der Siegermächte verfügt worden. Diese Verpflichtung der anderen wurde nicht eingehalten; daraus leitete die deutsche Regierung das Recht ab, nunmehr auch ihren Rüstungsstand dem der angrenzenden Länder anzugleichen.

Ein weiterer wichtiger Punkt war es, daß in Versailles das von Wilson verkündete „Selbstbestimmungsrecht der Völker" im wesentlichen nur zur Auflösung der alten österreichischen Monarchie angewandt, nicht aber den Deutschen in Österreich, in der Tschechoslowakei und in Polen zugestanden wurde. Aus dieser ungleichen Anwendung des Rechtsprinzips der Selbstbestimmung resultierte der deutsche Grenzrevisionsanspruch, über den sich Mussolini gegenüber dem britischen Lord Runciman in der Tschechenkrise 1938 dahin drastisch äußerte, daß die „mit Tinte gezogenen Grenzen mit anderer Tinte abgeändert werden" könnten (Freund I S. 131).

Die deutschen Absichten stießen aber auf den Widerstand maßgeblicher Engländer. Vor allem Neville Chamberlain hat sich bereits als britischer Schatzkanzler und später als Premierminister konsequent für eine Eindämmung Deutschlands eingesetzt. Er wollte mit allen Mitteln die natürliche Entwicklung in Europa mit einem starken Deutschland verhindern, auch wenn es als Bollwerk gegen den bolschewistischen Osten gedient hätte. Aus Feilings Biographie geht hervor, daß Chamberlain jede vorgesehene Revision verzögerte und das Selbstbestimmungsrecht als eine „heimtükkische Waffe Deutschlands" bezeichnete. Chamberlain notiert noch einen weiteren wichtigen Gesichtspunkt, der ihn veranlaßte, in Deutschland den Gegner Englands zu sehen: Noch vor der Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit im Rheinland sah der damalige Schatzkanzler die „deutsche Fälligkeit industrieller Expansion, über die er durch seinen Intelligence Service unterrichtet worden war" (Feiling S. 313), sehr kritisch an.

Chamberlains späteres Entgegenkommen in München entsprang nach Feilings Darstellung vor allem der Überzeugung, daß die militärische und politische Aufrüstung des Empire noch nicht vollendet sei. Im Juni 1937 - vier Monate, ehe Hitler in der Besprechung vom 5. November 1937 seine höch-

sten militärischen Berater von der Notwendigkeit einer beschleunigten Aufrüstung zu überzeugen suchte - ernannte Chamberlain

„Hore-Belisha zum Kriegsminister mit der ausdrücklichen Begründung, daß er ,drastische Änderungen' zu sehen wünsche, indem er schrieb, daß ,der Eigensinn einiger Armeeführer, noch an veralteten Methoden festzuhalten', unglaublich sei" (Feiling S. 317).

Schon Deutschlands Nichtangriffspakt mit Polen im Jahre 1934 erschien Chamberlain als eine Bedrohung der britischen Inseln, und er bezeichnete bereits in dieser Zeit Deutschland als den Feind, den man aufmerksam beobachten müsse. Am l.Juli 1934 schrieb er in sein Tagebuch:

„Bei mangelnder Sicherheit würden andere Völker nicht auf ihre Flugzeuge und Bomben verzichten, und wir werden Deutschland mit größerer Wahrscheinlichkeit von einem verrückten Umsichbeißen (maddogging) abschrecken, wenn wir eine Luftwaffe haben, die notfalls das Ruhrgebiet von Belgien aus bombardieren kann" (Feiling S. 253).

Sowohl die in dieser Bemerkung ausgedrückte Absicht, das neutrale Belgien zu überfliegen, wie das Bekenntnis zur aggressiven Luftstrategie zeigen einen anderen Chamberlain als den „guten, alten Mann mit dem Regenschirm".

Die für England „lebenswichtigste" Frage war nach Chamberlains Überzeugung die Schaffung einer starken Luftkampfflotte, auf die „er sich seit 1934 versteift hatte" und bei der „der Zeitfaktor den Unterschied zwischen Leben und Tod ausmachen konnte" (Feihng S. 317).

Lange vor der deutschen Lagebeurteilung des 5. November 1937 bestanden bereits britische Pläne, „Seite an Seite mit der französischen Luftwaffe zu kämpfen und von französischen Flughäfen aus einen deutschen Angriff abzuwehren" (Feiling S. 317). Die englisch-französischen Generalstabsbesprechungen begannen offiziell bereits 1936, während ein deutscher Generalstabsplan zum Angriff im Westen noch

nicht einmal bei Kriegsausbruch vorgelegen hat und erst nach dem Polenfeldzug sowie nach der britischen Ablehnung des deutschen Friedensangebots vom 9. Oktober 1939 durch Hitler angeordnet wurde (IMT XXXVII S. 466).

Schon vor Hitlers Lagebesprechung war in britischen Regierungskreisen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht erwogen, aber zunächst von den Sachverständigen mit der Begründung abgelehnt worden, „daß die Truppen viel besser auf den Einsatz vorbereitet seien als 1914". Auch um die britische Industrie nicht zu schwächen, wünschte Chamberlain die „conscription" erst nach Englands Eintritt in einen „endgültigen Kriegsbereich" (Feiling S. 318). Interessant ist, daß Chamberlain dann bereits im April 1939 diese Lage als gegeben ansah und sich entschloß, die allgemeine Wehrpflicht zu verkünden und zwar „ohne offizielle Besprechungen mit der Opposition".

Feiling bemüht sich, Chamberlain von jeder „politischen Furcht" freizusprechen (S. 319):

„Chamberlains Außenpolitik beruhte auf einem klaren Argument, von dem er fanatisch überzeugt war ..., daß die Politik von der Macht abhängig ist. Daraus ergab sich, daß die britische Politik nicht gleichzeitig die Verteidigung des eigenen Empires auf allen Meeren und die kollektive Sicherheit für alle Länder gewährleisten konnte, ehe wir wieder aufgerüstet hatten" (Feiling S. 312).

Dazu zitiert Feiling den Engländer Bagehot:

„Ein Staatsmann, der der Führer seines Zeitalters sein will, muß seine Pflichten erkennen. Möglicherweise ist die Verteidigung Englands, die militärische Verteidigung, eine unserer Pflichten. Wenn dem so ist, dann dürfen wir uns nicht hinsetzen und die Kosten berechnen. Wenn dem so ist, dann leben wir nicht im Zeitalter der Arithmetik" (Feiling S. 312).

Das war auch Chamberlains Ansicht. Er entwickelte die englische Aufrüstung nach einem wohldurchdachten Programm; es sah vor:

„den Wiederaufbau der Kampfflotte, eine Vergrößerung der Kreuzer-Flotte bis zu 70, Verbesserung der Zerstörerstärke, eine Verstärkung der einsatzbereiten Home Air Force von 1500 im Jahre 1935 auf 1750, zusätzlich der bewaffneten Luftflotte. Modernisierung der Armee und Rekrutierung von vier neuen Bataillonen. Der Schiffsbau schloß 7 Kriegsschiffe, 5 Flugzeugträger, 24 Kreuzer und 40 Zerstörer ein.

Das Luftprogramm von 1935 war schon seit einiger Zeit überschritten worden ... Im Mai bemühte man sich, die einsatzbereiten Kräfte für die Heimat auf 2370 zu erhöhen, während man die Jahresproduktion aller Flugzeugtypen ungefähr verdoppelte. Die Territorialkräfte rekrutierten 1937 45000 Mann und im Jahre 1938 77000 Mann" (Feiling S. 315/316).

Das Chamberlainsche Luftwaffenprogramm verlangte den Aufbau einer „defensiven wie auch offensiven" Luftwaffe, deren Flugzeuge „durch Schiffe der Flotte befördert werden könnten".

Als Ziele für die operative Verwendung der neuzuschaffenden Kampfkraft bezeichnete Chamberlain:

„1. die Sicherheit des Vereinigten Königreiches ... die Mannschaftsreserven (resources of man-power), produktive Kapazität und die Ausdauer dieses Landes. Wenn diese nicht nur im Frieden, sondern auch in den frühen Stadien des Krieges nicht gewährleistet werden können, ist unsere Niederlage sicher;

2. die Handelsstraßen;

3. die Verteidigung der britischen Überseegebiete; sie ist nicht so wichtig, wie die Verteidigung unseres eigenen Landes, denn solange wir zu Hause unbesiegt bleiben, könnten wir trotz großer Verluste in Übersee die Möglichkeit haben, sie später wieder gutzumachen;

4. Zusammenarbeit und die Verteidigung der Gebiete irgendeines Verbündeten" (Feiling S. 319).

Dies war Chamberlains Aufrüstungsstrategie, nicht weil er ein „Insulaner" war, sondern weil er, wie Feiling schreibt, den natürlichen Verlauf des nächsten Krieges voraussah. Rückblickend schrieb er an seine Schwestern:

„Aber erst 1935 wußten wir, was wir tun wollten. Wenn ich mich richtig erinnere, begannen wir dann mit dem Programm. Wir sagten jedoch der Öffentlichkeit nichts außer einigen allgemeinen Redensarten bis nach der Wahl" (Feiling S. 313).

Diese Wahl wäre nach Ansicht des damaligen Premierministers Baldwin von den Konservativen verloren worden, wenn man dem englischen Volk das Rüstungsprogramm bekanntgegeben hätte. Die Wahl wurde deshalb für die „Verteidigung" statt für die „Wiederaufrüstung" geführt.

In den Jahren 1935/37 wurde die britische Regierung von der Labour-Opposition,,als Kriegshetzer scharf kritisiert", das „Rennen um die Rüstung gebrandmarkt" und immer wieder gegen das „White Paper" (Rüstungsbudget) von 1936 gestimmt.

Im Frühjahr 1937 gab Schatzkanzler Chamberlain in einem neuen „White Paper" bekannt, daß

„die Verteidigungsausgaben voraussichtlich nicht weniger als £ 1500 Millionen in den nächsten 5 Jahren betragen werden" (Feiling S. 291).

Er hatte bereits im Jahre zuvor über diese Forderung von etwa 25 Milliarden Mark gesprochen und sie „einen unerläßlichen Beitrag zum Frieden genannt, den zu leisten die Pflicht der Untertanen dieses Landes sei". Außerdem erhielt Chamberlain die Vollmacht zu einer

„Anleihe von £ 400 Millionen und kündigte für die Jahre 1937/38 ein Defizit von fast £ 15 Millionen an" (Feiling S. 291).

Der englische Schatzkanzler ist in der Regel der prädestinierte Premierminister. Um diesen Posten aber tatsächlich zu erhalten, benötigte auch der Schatzkanzler Neville Chamberlain das allgemeine Vertrauen.

Am 31. Mai 1937 bestätigte Churchill auf dem Parteikongreß der Konservativen:

„Als die frühere Regierung endlich von der Notwendigkeit einer beschleunigten Aufrüstung überzeugt war, war niemand aktiver als Mr. Chamberlain" (Feiling S. 291).

Mit diesem Argument wurde der Schatzkanzler der alten Regierung der Öffentlichkeit als neuer Premierminister empfohlen! Auch Chamberlain selbst war auf sein Rüstungsprogramm stolz; am 25. April 1937 schrieb er an seine Schwestern:

„Ich rechne es mir als die tapferste Tat an, die ich jemals seit meinem Eintritt in das öffentliche Leben getan habe, denn ich habe dafür die Stelle des Premierministers riskiert. ... Nicht an meinen Nachfolger im Amt, sondern an das Land im allgemeinen und an unsere Nachfolger in den nächsten zwanzig Jahren habe ich dabei gedacht" (Feiling S. 292).

Die entscheidende politische Wendung in der britischen Aufrüstung vollzog sich sofort, nachdem Chamberlain Premierminister geworden war. Nach Feiling (S. 313)

„hat im Juli 1937 der robustere Teil der Opposition die Oberhand gewonnen und die Mehrheit der Labour hörte auf, den veranschlagten Etat zu bekämpfen."

Das war vier Monate vor dem 5. November 1937 und blieb natürlich auch der Reichsregierung nicht unbekannt.

Die üblichen weit verbreiteten Behauptungen, die Engländer hätten in den 30er Jahren übersehen, wie wichtig eine starke Rüstung ist, lassen sich angesichts der Tatsachen nicht aufrechterhalten. Chamberlains persönliches Verdienst war es, die Wichtigkeit militärischer Stärke erkannt und danach gehandelt zu haben, wobei er insbesondere auch die britische Luftwaffe für Angriffsaktionen ausrüstete.

Es ist dem Menschen Chamberlain erspart gebheben, die nächsten zwanzig Jahre, für die er den britischen Besitz sichern wollte, miterleben zu müssen: 1957 hatte England schon das meiste von dem verloren, was er zu erhalten bestrebt war. Er glaubte, mit seinem Aufrüstungsprogramm — dem größten, das in England jemals in Friedenszeiten aufgestellt worden ist—, einem neuen Weltkonflikt zuversichtlich entgegensehen zu können und war überzeugt, sein Land dafür

noch besser vorbereitet zu haben, als es 1914 der Fall gewesen war. Das zeigen die anschließenden Sätze des Militärpolitikers Chamberlain, der, in Erinnerung daran, daß der Erste Weltkrieg nur mit amerikanischer Hilfe und erst nach vierjähriger Dauer gewonnen werden konnte, zuversichtlich mitteilte:

„Die Verträge mit den Aufrüstungsfirmen basieren auf ganz anderen Linien als die, die während des großen Krieges den Sieg davontrugen" (Feiling S. 292).

Als der neue Premierminister im Frühsommer 1937 die Regierungsgeschäfte übernahm, hatte er sich bereits seit Jahren mit einem kommenden Krieg gegen Deutschland beschäftigt. Er nannte das Reich die „fons et origo aller unserer europäischen Sorgen und Ängste" (Feiling S. 254). Bereits 1934 hatte er seinen Rüstungsplan gegen Deutschland gerichtet, da sich für England die klare Lage ergebe:

„Wir können uns nicht gleichzeitig auf Feindseligkeiten mit Japan und Deutschland vorbereiten, und Letzteres ist das Problem, dem wir uns jetzt zuwenden müssen" (Feiling S. 253).

Dank des deutsch-englischen Flottenvertrages, dessen Voraussetzung es war, daß die beiden Länder nie mehr Krieg gegeneinander führen wollten, konnte England den Bau großer Schlachtschiffe einschränken, die es im Kampf gegen Deutschland nicht benötigte. Die maritime Selbstbeschränkung Deutschlands wurde mit der verstärkten britischen Luftaufrüstung gegen das Reich beantwortet. Als Premierminister blieb Chamberlain bei seiner Auffassung vom Mai 1934, daß Deutschland die „Bedrohung" sei, wozu Feiling erläutert,

„daß Chamberlain deshalb die Ausgaben für die Luftflotte stark erhöht, das Heimatheer halbiert und den Bau großer Schlachtschiffe verschoben hatte. ... Chamberlain schrieb, wir können es uns sicherlich nicht leisten, gleichzeitig unsere Kriegsflotte neu zu bauen, wenn die Luftverteidigung gegen Deutschland die allergrößte Notwendigkeit ist" (Feiling S. 258).

Diese britischen Rüstungstatsachen hatte Hitler in Rechnung zu stellen, als er am 5. November 1937 seine engsten Mitarbeiter in der Reichskanzlei um sich versammelte.

Die deutsche Aufrüstung

Während die Siegermächte des Ersten Weltkrieges nach 1918 niemals tatsächlich abgerüstet, sondern ihre Heere bestenfalls auf den Friedensstand reduziert hatten, mußte sich Deutschland nach dem Versailler Vertrag auf ein Heer von 100000 Mann beschränken. Militärischer Flugzeugbau war Deutschland völlig verboten, im Kriegsschiffbau bestanden sehr einengende Bestimmungen. In den Jahren 1933—35 versuchte Hitler vergebens, die Siegermächte zu dem Zugeständnis eines 200000-Mann- bzw. 300000-Mann-Heeres zu bewegen; alle diese Kompromißvorschläge wurden abgelehnt. Nur mit England war es 1935 zu dem bekannten Flottenvertrag gekommen, der die zukünftige Stärke der deutschen Flotte gegenüber der britischen Flotte im Verhältnis 35 : 100 festlegte. Hinsichtlich der Unterseeboote wurde Deutschland das Recht zugestanden, eine gleich große Unterseeboot-Tonnage wie die englische zu besitzen. Das Flottenabkommen erregte großes Aufsehen in der Welt, mit ihm war die deutsche Wehrhoheit durch Großbritannien de facto anerkannt worden.

Deutschland mußte allerdings mit seiner Aufrüstung fast beim Nullpunkt anfangen. Der britische Schatzkanzler hatte seit 1934-35 alles getan, um die Aufrüstung seines Landes voranzutreiben und zu beschleunigen. Sein deutscher Kollege Dr. Hjalmar Schacht hingegen hat nach seiger eigenen Aussage in Nürnberg „vom Jahre 1935 an dauernd versucht, das Rüstungstempo zu verlangsamen" (IMT XII S. 536). Auf die Frage des amerikanischen Hauptanklägers Jackson, ob „es in Deutschland üblich ist, einer Regierung beizutreten mit

der Absicht, das Programm des Chefs der Regierung zu vereiteln?", verteidigte sich Schacht damit, daß er als Mitglied einer Koalitionsregierung Hitler „bremsen" wollte (IMT XII S. 641).

Über die deutschen Rüstungsausgaben sagte Schacht aus, „daß bis zum 31. März 1938 die Reichsbank 12 Milliarden gegeben hat; das sind also im ersten Etatjahr ungefähr 21/4 Milliarden und in den nächsten drei Jahren rund 31/4 Milliarden im Jahr". Schacht berief sich bei seiner Vernehmung auf die Aussagen Keitels, wonach die deutschen Rüstungsausgaben im Etatjahr 1935/36 insgesamt 5 Milliarden, im darauffolgenden Jahr 7 Milliarden und im Etatjahr 1938/39 9 Milliarden betragen haben (IMT XII S. 535).

Dann hörte, nach Schacht, die Reichsbankhilfe auf. Weiter erklärte Schacht:

„Ich habe dann dauernd dem Kriegsminister in den Ohren gelegen gleichfalls im Sinne einer Verlangsamung der Rüstung, allein schon im wirtschaftlichen Interesse, weil ich die Wirtschaft für das Exportgeschäft beschäftigt wissen wollte" (IMT XII S. 536).

Schacht schrieb z.B. wegen des in Aussicht genommenen „gesteigerten Wehrmachtsbedarfes an Kupfer und Blei" bereits am 24. Dezember 1935 an den Feldmarschall Blomberg:

„Sie erwarten von mir, daß ich für diesen Bedarf die nötigen Devisen beschaffe. Ich erwidere darauf ergebenst, daß ich hierzu unter den obwaltenden Verhältnissen keine Möglichkeit sehe" (IMT XII S. 537).

Schacht war also offensichtlich weniger rührig als der britische Schatzkanzler Chamberlain, der in der gleichen Zeit ohne Störung der Industrie ein riesiges Rüstungsprogramm durchsetzte. So konnte Schacht am 2. Mai 1946 vor dem Internationalen Militärgerichtshof erklären:

„Ich habe die effektiven Rüstungen mit meiner Wirtschaftspolitik nach Kräften gehemmt und, wenn Sie wollen, sabotiert.

Ich habe meinen Rücktritt vom Wirtschaftsministerium gegen den Willen Hitlers durchgesetzt. Ich habe gegen alle Parteiauswüchse protestiert, bei Hitler und öffentlich, ich habe das Ausland ständig gewarnt und unterrichtet. Ich habe den Versuch gemacht, die ausländische Politik gegenüber Deutschland durch Entwicklung der Kolonialfrage zu ändern und damit eine friedliche Atmosphäre herbeizuführen, Ich habe Hitler die Kredite für weitere Rüstungen ... versperrt und habe schließlich versucht, ihn zu beseitigen" (IMT XII S. 613).

Jackson folgerte aus dieser Aussage, Schacht werde sicherlich „einen Teil der Verantwortung dafür übernehmen, daß Deutschland den Krieg verloren hat". Schacht lehnte dies ab mit der Begründung, daß er „ja keinen Krieg wollte" (IMT XII S. 641).

Die geheime deutsche Opposition

Die früheste Arbeit über „Die deutsche Opposition gegen Hitler" wurde von Professor Hans Rothfels 1949 in Chikago veröffentlicht. Weiterhin bedeutsam ist „Die deutsche Opposition gegen Hitler zwischen Polen und Frankreichfeldzug" von Erich Kosthorst.

Im selben Jahre 1937, in dem es der englischen Regierung endlich gelungen war, den „robusteren Teil" ihrer Opposition zur Unterstützung des seit 1935 angelaufenen Rüstungsprogramms zu gewinnen, versuchte diese deutsche Opposition, die militärische Erstarkung Deutschlands unter Hitler zu „bremsen". Seit 1933 hatten diese Kreise gehofft,

„daß man den ‚Trommler', den ‚böhmischen Gefreiten' als Werkzeug benutzen und beliebig wieder loswerden könne, wenn er ‚seine Schuldigkeit getan habe' " (Rothfels S. 80).

Das war aber nicht eingetroffen. In dem Maße, in dem sich das Regime befestigte, begannen die Opponenten den Grundsatz des „Sich-Heraushaltens" aufzugeben. Im Jahre 1937 stimmten „alle Widerstandskreise" in einer Erfahrung überein:

„Es gab unter den Nazisystem schlechterdings nicht die geringste Aussicht für den Erfolg einer unbewaffneten Bewegung, weder für eine Revolution im Barrikadenstil, für" einen Volksaufstand oder irgendeine andere Form spontaner Erhebung, noch für eine Revolution von oben, sei sie ausgelöst durch eine Verschwörung innerhalb des Regimes oder durch führende Männer der Gesellschaft und der Beamtenschaft" (Rothfels S. 71).

In einem Abschnitt „Frühe Widerstandszentren" untersucht Professor Rothfels die Frage, ob es in den ersten Jahren aktive Mitarbeiter des geheimen Widerstandes innerhalb der staatlichen Schlüsselstellungen gegeben hat. Für das Auswärtige Amt meint er nur von „Ansätzen" sprechen zu dürfen und schreibt unter Nennung einer größeren Anzahl von Namen:

„Die Gegenarbeit innerhalb des Amtes wurde durch Weitergabe von Informationen an die oppositionellen Kreise ergänzt. In diesem Betracht war Dr. Paul Schmidt von besonderer Wichtigkeit, da er als Dolmetscher an allen internationalen Besprechungen Hitlers teilnahm. ... Es trifft fernerhin zu, daß Bernhard von Bülow, der Staatssekretär in den Anfangsjahren des Regimes, erfolgreich die Versuche nationalsozialistischer Infiltration abwehrte und Zugeständnisse auf ein Minimum beschränkte. So mußte die Außenpolitik der nationalsozialistischen Regierung sich ihr eigenes Organ außerhalb des Auswärtigen Amtes im Büro Ribbentrop schaffen. Als dieses im Jahre 1934 errichtet wurde, ... wurde Dr. Erich Kordt dem Büro als Verbindungsmann zugeteilt. Bei seiner Ernennung gab ihm von Bülow die Anweisung, Ribbentrops Irrtümer nicht zu verbessern, sondern ihn seinen eigenen Strick sich drehen zu lassen. Dies war gewiß Opposition" (Rothfels S. 69).

Über die „Pläne und Aktionen" der Widerstandsgruppe des Auswärtigen Amtes schreibt Rothfels weiter:

„Aber die Maxime hieß abwarten, bis das Regime, möglicherweise nach gewissen Anfangserfolgen, in einer Sackgasse enden werde. Auf die Länge hin war das Ergebnis dann allerdings die Bildung eines wichtigen Widerstandszentrums in der unmittelbarsten Umgebung von Ribbentrop. Die Bedeutung dieser Tät-

Sache wird noch zu belegen sein. Es sei hier nur erwähnt, daß Kordt auch laufende Beziehungen zu Dr. Brüning unterhielt. Die Verbindung zwischen Auswärtigem Amt und Wehrministerium lag gleichfalls in nazigegnerischen Händen. Von Kessel, ein Freund Kieps, und von Etzdorf, waren mit dieser Aufgabe betraut" (Rothfels S. 69).

Albrecht von Kessel, in dessen Händen die vertrauliche Verbindung zwischen Auswärtigem Amt und Wehrministerium lag, wurde später die rechte Hand des Staatssekretärs von Weizsäcker. Reichskanzler a.D. Dr. Brüning hat die Darstellung von Rothfels bereits frühzeitig bestätigt, wie aus folgender in der Zeitung „Die Welt" am 3. Juni 1948 veröffentlichten Meldung hervorgeht:

„Als Entlastungsdokument im Wilhelmstraßen-Prozeß wurde eine eidesstattliche Erklärung des ehemaligen deutschen Reichskanzlers Dr. Brüning vom 22. Dezember 1947 vorgelegt. Dr. Brüning schildert seine Bemühungen, die Mitglieder des Auswärtigen Amtes, die sich nach der nationalsozialistischen Machtergreifung mit Rücktrittsabsichten trugen, zum Bleiben zu bewegen. Die Herren sollten sehr geschickt von innen heraus arbeiten und es wurde ihnen klargemacht, daß diese Arbeit ihnen auch bei bester Tarnung unter Umständen das Leben kosten könne. Unter den Persönlichkeiten, die für eine solche Arbeit als am besten geeignet erschienen, habe von Weizsäcker in der ersten Reihe gestanden."

Die Bedeutung dieses „wichtigen Widerstandszentrums in der unmittelbarsten Umgebung von Ribbentrop" kann wohl kaum überschätzt werden. Hier ergaben sich für die deutsche Regierungspohtik schon damals Hindernisse, die infolge ihrer Unsichtbarkeit nicht zu berechnen waren.

Die feindliche Einstellung eines begrenzten aber einflußreichen Teils der Beamten gegen die deutsche Außenpohtik seit 1934 ist um so erstaunlicher, als das Auswärtige Amt in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung grundsätzlich eine Revisions- und Gleichberechtigungspohtik bejahte. In seinen Erinnerungen schreibt Erich Kordt:

„Die deutsche Öffentlichkeit von der äußersten Rechten bis zur Sozialdemokratie war der Meinung, sich nicht mit dem in Versailles geschaffenen Zustand zufrieden geben zu können. Diese Auffassung wurde von den maßgebenden Kreisen der Wilhelmstraße geteilt. Sie dachten in bezug auf Polen nicht an eine Wiederherstellung der Reichsgrenzen von 1914, sondern an eine Landverbindung mit Ostpreußen, die den größten feil des ehemaligen Westpreußen umfassen sollte. Als Argument wurde ins Feld geführt, daß eine Abstimmung bei Beteiligung der 1918 dort ansässigen Einwohner eine deutsche Mehrheit ergeben hätte. Die Wilhelmstraße vertrat damit einen Standpunkt, der sich mit dem der Gemäßigten, nicht etwa der Radikalen, in Deutschland deckte" (Kordt II S. 39).

Die Oppositionellen in der Wilhelmstraße waren weder mit dem Abschluß des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes 1934 einverstanden (vgl. S. 237), noch begrüßten sie das deutsch-englische Flottenabkommen von 1935. Über den „Scheinerfolg", wie dieser Vertragsabschluß vom Staatssekretär von Bülow genannt wurde, schreibt Erich Kordt:

„Am Abschluß des Flottenvertrages hatte ich teilgenommen. Sachlich entsprach das Abkommen wohl einer Tendenz des Ausgleichs und der Verständigung, die, wenn sie vom kaiserlichen Deutschland verfolgt worden wäre, vielleicht einen Weltkrieg verhindert hätte. Aber waren diese Erwägungen nicht vollkommen wertlos, weil das an sich lobenswerte Resultat eben einem Manne wie Hitler zugute kam?" (Kordt II S. 113.)

Diese und ähnliche Überlegungen haben offensichtlich bei Kordt und seinen Freunden schließlich dazu geführt, jedem möglichen Erfolg der Reichsregierung entgegenzuarbeiten, nur weil er „eben einem Manne wie Hitler zugute kam". So war Kordt z.B. durchaus der Auffassung, daß Deutschland die Rüstungsgleichheit zustand, da die Westmächte ihre Abrüstungsverpflichtungen nicht erfüllt hatten. Als Deutschland 1933 wegen der wiederum verweigerten Gleichberechtigung aus dem Völkerbund austrat, warnte er einen englischen Freund vor der deutschen Regierung, daß diese niemals nach-

geben werde, „wenn man in Berlin das Gefühl bekommt, sich unbedenklich nehmen zu können, was gefällt". Mit einem Angehörigen der französischen Presseagentur Havas besprach Kordt regelmäßig politische Fragen und beide waren sich schon 1935 einig, daß „nur ein Regimewechsel in Deutschland den Frieden auf die Dauer sichern könne". Um dieses Ziel zu erreichen, gab Kordt „alles Wichtige" an seine Freunde, in die er „Vertrauen setzen konnte", weiter und hielt auch damals schon stetig Fühlung mit dem Admiral Canaris, dem Leiter der deutschen Abwehr seit 1935. Über Canaris veröffentlichte der britische Journalist Jan Colvin 1951 eine Studie mit dem Titel „Chief of Intelligence" „Chef des Geheimdienstes". Die amerikanische Ausgabe dieses Buches erhielt den Titel „MASTER SPY, The incifidible Störy of Admiral Wilhelm Canaris who, while Hitler's Chief of Intelligence. was a secret ally of the British", zu deutsch: „Meisterspion — Die unfaßbare Geschichte des Admirals Wilhelm Canaris, der als Hitlers Abwehrchef gleichzeitig ein geheimer Verbündeter der Briten war."

Man hatte erkannt, daß eine zivile Verschwörung gegen die bestehende Regierung nur gemeinsam mit militärischen Führern Erfolg haben könne und man begann 1937 von einer „Generalität", einem in Deutschland „früher nicht üblichen Begriff" zu sprechen (vgl. Rothfels S. 71).

Während Kordt und Weizsäcker den außenpolitischen Sektor des geheimen Widerstandes aufbauten, wurde der Generaloberst Beck ein stetiger militärischer Widersacher Hitlers. Beck war im Herbst 1933 zum Chef des Truppenamtes im Reichkriegsministerium, später in dieser Stellung zum Chef des Generalstabes des Heeres ernannt worden. Schon 1935, nach der Wiederherstellung der allgemeinen Wehrpflicht, hatte sich Beck erstaunlicherweise „dieser Maßnahme widersetzt, zumindest ihrem Tempo und ihrem Ausmaß. Er hatte technische sowohl wie politische Bedenken", und er fürchtete

„eine Vermassung und eine Erweichung des Gefüges, auf dem der nazifreie Charakter der Armee beruht hatte" (Rothfels S.85). Der Konflikt innerhalb der Wehrmachtführung wird von Rothfels auch mit der neuen sozialen Ordnung erklärt, durch die sich die deutsche Armee

„in ihrer modernen Gestaltung aus ganz Deutschland rekrutierte und ein 0ffizierskorps hatte, in dem die bürgerlichen Elemente überwogen. Marine und Luftwaffe zeigten wenig vom Geist der Opposition, sie waren mehr vom Nazitum durchdrungen oder mehr gleichgeschaltet als die ‚preußische' Armee mit ihrem ‚aristokratischen' Offizierskorps. ... Canaris war der einzige Admiral unter den führenden militärischen Verschwörern, und er kann sicherlich nicht als ein irgendwie typischer Marineoffizier gelten" (Rothfels S. 79/80).

Rothfels berichtet über die Pläne und Hoffnungen, die die Verschworenen für die Zukunft hegten:

„Wenn die Politik des Regimes sich als unzweifelhaft kriegshetzerisch erwies, dann würde es leicht sein, die Regierung zu stürzen. Die verschiedenen Gruppen von Verschwörern, die sich seit 1937 einander genähert hatten, waren sich in diesen Folgerungen einig. ... Beck und seine Berater im Nachrichten- und Abwehrdienst waren der Ansicht, wenn das deutsche Volk über die verhängnisvolle Perspektive aufgeklärt würde, so werde der Zauber weichen, den die Kette der außenpolitischen Erfolge Hitlers - von der Erlangung der Wehrfreiheit über die Rheinlandbesetzung bis zum Anschluß hin - auf viele ausgeübt hatte" (Rothfels S. 72).

In einem „geheimen Netz über ganz Deutschland" wurde das Volk über die angeblichen Absichten der Reichsregierung „aufgeklärt", während die Verschwörer von sich selbst behaupteten, „alles zu tun, um einen europäischen Krieg zu verhindern". Im Gegensatz dazu erklärt Rothfels über die Absichten der Oppositionellen:

„Darüber hinaus sahen sie in der Bedrohung des Friedens eine willkommene Gelegenheit, sich eine breite Front der Unterstützung für eine Revolte gegen Hitler zu sichern" (Rothfels S. 72/73).

Schon Ende 1936 hatte Schacht — nach Rothfels — durch einen Mittelsmann beim Generalobersten Beck angefragt, ob er zum Vorgehen gegen Hitler bereit sei, und

„Beck soll geantwortet haben, daß eine Änderung des Regimes eine zivile Angelegenheit sei, daß aber, wenn die zivile Opposition die Initiative ergreife, die Armee es nicht an sich fehlen lassen würde" (Rothfels S. 71).

Im Lichte dieser Vorgeschichte erhält der bereits erörterte Umstand besondere Bedeutung, daß die nachträgliche Hoßbach-Niederschrift über die Besprechung vom 5. November 1937 vermutlich von Generaloberst Beck veranlaßt worden ist (vgl. S. 84). Kaum hatte Hoßbach ihm die am 10. November gefertigte Niederschrift übergeben, als Beck sie zum Anlaß ausführlicher eigener Anmerkungen machte, die das Datum des 12. November 1937 tragen. Sie sind wichtig genug, um hier wörtlich wiedergegeben zu werden:

„Das Problem des Raumes besteht für Deutschland zweifelsohne, in erster Linie auf Grund seiner zentralen Lage in Europa und insoweit seit jeher und vielleicht für alle Zeiten, sodann aber auch auf Grund der Gebietsveränderungen durch Versailles. Nicht übersehen darf aber andererseits werden, daß die ‚Bevölkerungslage' als solche sich in Europa seit 1000 Jahren und länger so stabilisiert hat, daß weitgehende Änderungen ohne schwerste und in ihrer Dauer nicht abzusehende Erschütterungen kaum noch erreichbar erscheinen, und für Europa Parallelen mit Gebietsveränderungen wie für Italien in Afrika oder für Japan in Ostasien nicht gezogen werden können. Geringe Veränderungen erscheinen nach wie vor möglich. Sie dürfen aber nicht dazu führen, daß durch sie die Einheitlichkeit des deutschen Volkes, des deutschen Rassekerns erneut gefährdet wird.

Autarkie-Absichten, wie sie zum Teil dem Vierjahresplan zugrunde hegen, waren nach unseren bisherigen Anschauungen Notlösungen für befristete Zeit, aber keine Dauerregelung. Sicher ist, daß jede Autarkiebestrebung, die in zukunftsgefährdender Weise den eigenen Substanzbesitz angreift, als Dauerlösung verfehlt ist.

Daß man hinsichtlich der Beteiligung an der Weltwirtschaft nicht unabhängig ist, ist nur zu wahr. Aus dieser Tatsache aber

als einzige Abhilfe die Gewinnung eines größeren Lebensraumes zu folgern, erscheint mir jedoch der Schwierigkeiten wenig durchdacht, Herr werden zu wollen. Soweit ich etwas von den Dingen verstehe, benötigen wir für alle Zeiten einen höchstmöglichen Anteil an der Weltwirtschaft, oder das deutsche Volk muß langsam verkümmern.

Die Größe der Gegnerschaft Frankreichs und Englands gegen einen Raum- und Machtzuwachs Deutschlands sei nicht verkannt. Die Gegnerschaft jedoch als unumstößlich bzw. unüberwindlich anzusehen, erscheint nach den bisherigen völlig unzureichenden Versuchen ihrer Beseitigung nicht am Platze. Die Politik ist die Kunst des Möglichen. Alle drei Völker sind zugleich auf der Welt, noch dazu in Europa. Da heißt es doch wohl zunächst, alle Möglichkeiten, sich zu arrangieren, erschöpfen, zumal angesichts des gegenseitigen Stärkeverhältnisses. Außerdem ist es auch für den Fall eines späteren Bruches klüger.

Sicher ist das Empire nicht unerschütterlich. Die Wahrscheinlichkeit, daß es noch bis auf weiteres die bestimmende Weltmacht neben Amerika ist, erscheint mir jedoch bei weitem größer. Und daher wird auch England bis auf weiteres nicht allein stehen, sondern stets Bundesgenossen haben. Die kurzen allgemeinen Betrachtungen über England und Frankreich - Rußland als Machtfaktor wird leider nicht näher behandelt - haben mit dem konkreten Endgegenstande der Ausführungen des ‚Führers' wenig zu tun. Für diesen handelt es sich nur um die Frage: Wo stehen 1938 England, Frankreich usw.

Es dürfte historisch nicht richtig sein, daß die Kriege Bismarcks gegen Österreich und Frankreich von unerhörtem Risiko waren, sie waren vielmehr die vom Staatsmann bestvorbereiteten, die es gegeben hat, und hatten daher auch Erfolg. Die gesamten historischen Parallelen sind anfechtbar.

Die chronologische Unterscheidung in drei Fälle ist anfechtbar, da sie nur von einem Teil der in Frage kommenden Faktoren, den im voraus bekannten, ausgehen kann.

Fall I: Die militärische Begründung ist nicht Sache des Staatsmannes und von Fachleuten nachzuprüfen bzw. zu geben. Die militärpolitischen, finanziellen, wirtschaftlichen und seelischen Grundlagen sind überhaupt nicht behandelt. Der Schluß: spätestens 1943/45 muß die deutsche Raumfrage daher gelöst werden, wirkt in seiner mangelnden Fundierung niederschmetternd.

Fall II: wird nach wie vor für ganz unwahrscheinlich gehalten - Wunschgedanke.

Fall III: Frankreich wird immer genügende Kräfte gegen Deutschland zur Hand haben.

Tschechei und Österreich als Überschußländer dürften überschätzt sein, auch im günstigen Falle nur eine relatv geringe Besserung unseres Ernährungs- und Rohstoffpotentials eintreten.

Die militärisch mögliche Lage nach einer Eingliederung der Tschechei und Österreichs bedarf gründlicher Untersuchung.

Die Zweckmäßigkeit, den Fall Tschechei (evtl. auch Österreich) bei sich bietender Gelegenheit zu bereinigen und dafür Überlegungen anzustellen und Vorbereitungen im Rahmen des Möglichen zu treffen, wird nicht bestritten. Die über die Voraussetzungen einer solchen Gelegenheit angestellten Betrachtungen bedürfen aber einer weit gründlicheren und umfassenderen Untersuchung, als sie aus der Niederschrift der Besprechung entnommen werden kann" (Zitiert aus Foerster S. 62 f.*).

Von diesen Notizen hatte Beck zwei Schreibmaschinen-Abschriften machen lassen, was, nach Foerster, auf die Verwendung zu Vortragszwecken schließen läßt, obwohl „Hoßbach das nicht für wahrscheinlich hält" (Foerster S. 64). Unmittelbar nach der Besprechung vom 5. November versah Beck während der mehrmonatigen Beurlaubung von Fritsch die Geschäfte des Oberbefehlshabers des Heeres und unterstand in dieser Eigenschaft direkt dem Wehrminister.

Foerster fragt sich, ob der „Warnruf des Generalstabschefs auf diesem Wege bis an das Ohr Hitlers gedrungen sein sollte". Nach den Aussagen Blombergs während des Nürnberger Verfahrens aber hatte Beck seinen „Warnruf" auch ihm nicht unterbreitet.

Worin unterscheiden sich die Auffassungen des damaligen Generalstabschefs Beck von den in der heute verfügbaren

*** Aus Foersters Wiedergabe wird nicht klar, ob die Beckschen Aufzeichnungen im vollen Wortlaut wiedergegeben sind. Außerdem versieht Foerster den Abdruck mit umfangreichen Sperrungen, zu denen nicht bemerkt wird, ob sie vom Autor oder vom Herausgeber stammen.**

Fassung der Hoßbach-Niederschrift niedergelegten Ausführungen Hitlers am 5. November 1937?

„Das Problem des Raumes" wird auch von Beck gesehen und anerkannt, und er macht - genau wie Hitler - die zentrale Lage Deutschlands in Europa und den Vertrag von Versailles dafür verantwortlich. Aber obwohl dieses, damals knapp achtzehn Jahre alte Diktat deutsche Gebiete willkürlich und aus rein strategischen Gründen zugunsten Frankreichs und seiner Verbündeten vom Reich abgetrennt hatte, verweist Beck auf die „Bevölkerungslage in Europa", die sich „seit 1000 Jahren und länger" so stabilisiert habe, daß „weitgehende Änderungen" auch mit schwersten „Erschütterungen kaum noch erreichbar erscheinen". Diese Bemerkung des Generals steht nicht im Einklang mit dem tatsächlichen geschichtlichen Ablauf. Die Rückveränderung der europäischen Landkarte sah auch Hitler nicht für „risikolos" an, aber er hielt sie zur „Erhaltung des deutschen Rassekerns" für notwendig.

Beck dagegen ignoriert die abgesplitterten deutschen Gebiete und behauptet, daß die „Einheitlichkeit des deutschen Volkes, des deutschen Rassekerns" nicht erneut gefährdet werden dürfe. Nicht zuletzt waren Hitlers Absichten auf Gewinnung Österreichs und des Sudetenlandes 1937 weniger „weitgehende Änderungen", als die Pariser Vorortverträge sie 1919 festgelegt hatten. Damals war die ganze Landkarte von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer verändert worden.

Beck bestätigt Hitlers Ansicht, daß die Autarkie für Deutschland weder erreichbar noch eine gesunde Lösung sei. Er bestätigt ferner, daß man hinsichtlich der Beteiligung an der Weltwirtschaft nicht unabhängig sei, verurteilt aber den Gedanken, deshalb einen größeren Lebensraum zu fordern. Er beansprucht allerdings „für alle Zeiten einen höchstmöglichen Anteil an der Weltwirtschaft", weil ohne

eine solche Beteiligung „das deutsche Volk langsam verkümmern muß". Bei dieser Forderung Becks, der sich — nach Foerster - in wirtschaftlichen Fragen auf Informationen von Goerdeler stützte, handelt es sich ganz zweifellos um einen „Wunschgedanken", dessen Verwirklichung zumindest die enghsche Politik im Wege stand.

General Beck verkennt ebensowenig wie Hitler „die Größe der Gegnerschaft Frankreichs und Englands gegen einen Raum- und Machtzuwachs Deutschlands", ist jedoch überzeugt davon, daß diese Gegnerschaft nicht unüberwindlich sei. Hier handelt es sich ebenfalls um eine Wunsch-Überzeugung Becks, der über die zukünftige Haltung Englands dem Reich gegenüber nicht so genau unterrichtet sein konnte wie Hitler, der z.B. aus Ribbentrops Gespräch mit Churchill Englands Bestreben kannte, ein erstarktes Deutschland wieder zu zerschlagen wie 1914 (vgl. S. 27). Trotz der maritimen Beschränkung, die sich Deutschland durch den Flottenvertrag mit England 1935 auferlegt hatte und trotz Hitlers Verzicht auf Elsaß-Lothringen kritisiert General Beck den „bisherigen völlig unzureichenden Versuch" der Reichsregierung, die bestehende Gegnerschaft mit England und Frankreich zu beseitigen. Auch Beck scheint freilich nicht so ganz davon überzeugt gewesen zu sein, daß man sich mit den Westmächten arrangieren könne, denn er fügt hinzu, daß die Erschöpfung der Möglichkeiten eines Arrangements „auch für den Fall eines späteren Bruches klüger" sei. Auch er hält das britische Empire nicht für unerschütterlich, betont allerdings die Wahrscheinlichkeit, daß es bis auf weiteres neben Amerika noch die bestimmende Weltmacht sein werde. Vor allem kritisiert er aber Hitlers zu kurze allgemeine Betrachtungen über England und Frankreich. Immerhin nehmen diese Betrachtungen fast zwei Seiten der Hoßbach-Niederschrift ein, also fast ein Fünftel des gesamten Schrift stücks in der von der Anklage vorgelegten Fassung.

Was meint Beck weiter mir seiner Behauptung, es dürfe historisch nicht richtig sein, daß die Kriege Bismarcks von 1866 und 1870 von unerhörtem Risiko waren? Sie seien die vom „Staatsmann" — also offenbar politisch — „bestvorbereiteten" Kriege gewesen, die es gegeben habe, und sie hätten deshalb auch Erfolg gehabt. Nun ist der Erfolg allein noch kein Beweis für die Risikolosigkeit eines Unternehmens, wenn es auch der Nachwelt oft so erscheinen mag. 1866 gab es in Preußen genügend kluge Leute, die außerordentlich pessimistisch waren, und sogar der preußische König erklärte, er werde im Falle einer Niederlage abdanken - was nicht gerade für seine Siegeszuversicht spricht. Was schließlich den Ausbruch des deutsch-französischen Krieges von 1870 betrifft, so lag die Entscheidung darüber nicht in Bismarcks Hand. Dieser Krieg ist vielmehr eindeutig von Napoleon III. heraufbeschworen und an Preußen erklärt worden. Der deutsche Staatsmann hatte jedoch die Zeichen der Zeit richtig gedeutet und danach seine Maßnahmen getroffen.

Wenig verständlich ist General Becks Bemerkung, daß die chronologische Unterscheidung in drei Fälle anfechtbar sei, da sie nur von bekannten Faktoren ausgehen könne. Dabei sind Hitlers Überlegungen für die Fälle II und III ohnehin schon auf Hypothesen aufgebaut und sollten mir erwogen werden, wenn die angenommene Lage auch tatsächlich eintrete. Für den Fall I hat — nach Hoßbach — Hitler gesagt, daß niemand wisse, wie die Lage 1943-45 aussehe, nur eins sei sicher, daß bis dahin die Umwelt viel stärker sei als Deutschland. Für Beck aber wirkte Hitlers Schlußfolgerung, daß die deutsche Frage bis dahin gelöst sein müsse, „niederschmetternd". Dieses Stichwort ist sowohl von Hoßbach in seiner eidesstattlichen Erklärung als auch von fast allen Historikern kommentiert worden, als habe Beck damit seinen Eindruck über die gesamte Hoßbach-Niederschrift bezeichnet. Der Wortlaut der Beck-Notizen beweist aber, daß dieser Ausdruck

nur im Zusammenhang mit dem Fall I gebraucht wurde. Man versteht nicht, wieso es auf Beck „niederschmetternd" wirken konnte, daß Hitler eine Auseinandersetzung in sechs bis acht Jahren für möglich hielt und es vorzog, sich auf diese vorzubereiten. Der Ausdruck „niederschmetternd" kann sich logischerweise auch nur auf den Fall I beziehen, denn Beck opponiert im übrigen keineswegs grundsätzlich gegen Hitlers Ausführungen.

Unlogisch *ist* nur, daß Beck dem verhältnismäßig kurzen Hinweis Hitlers auf die Jahre 1943-45 eine solche Bedeutung beimißt, während er im vorhergehenden Absatz ausdrücklich betont, daß es sich in dieser Besprechung für Hitler nur um die Frage gehandelt habe, wo England und Frankreich im Jahre 1938 stehen werden.

Den ebenfalls hypothetisch erwähnten „Fall II", daß Frankreich möglicherweise innerpolitisch so gefesselt sei, um mit seiner Armee nicht gegen Deutschland antreten zu können, kritisiert Beck als „Wunschgedanke". Hier zeigt sich, wie wenig der Generalstabschef sich mit Hitlers politischen Überlegungen vertraut gemacht hatte. Als Franco im Jahre zuvor, im Sommer 1936, deutsche Flugzeuge erbat, um auf dem Luftwege Truppen von Afrika nach Spanien zu bringen und sie gegen die Kommunisten einzusetzen, hatte Hitler gegen den Rat Ribbentrops, der dadurch Komplikationen mit England befürchtete, Hilfe zugesagt, da „Deutschland ein kommunistisches Spanien unter keinen Umständen dulden dürfe. Er habe als Nationalsozialist die Pflicht, alles dagegen zu tun." Nicht nur der größte Teil der Waffen Negrins stamme aus Moskau, sondern es bestünden auch enge Verbindungen zwischen der Madrider Regierung Negrins und der Volksfrontregierung Léon Blums (vgl. Ribbentrop S.88f.). Hitler hat also durch seine aktive Unterstützung Francos eine verstärkte bolschewistische Einflußnahme auf Frankreich verhindert, die zu einem Bürgerkrieg hätte führen können.

Becks Interpretation, als ob Hitler in dem hypothetisch angenommenen „Fall II" einen solchen gewünscht habe, widerlegt sich selbst.

In dem am ausführlichsten behandelten „Fall III", der von der Möglichkeit eines französisch-englisch-italienischenMittelmeerkonfliktes ausgeht, stimmt Beck ebenfalls der Ansicht Hitlers und vor allem Fritschs zu, daß Frankreich „immer", auch während eines Krieges gegen Italien, „genügend Kräfte gegen Deutschland zur Hand haben wird". Beck bestreitet auch nicht die „Zweckmäßigkeit, den Fall Tschechei, evtl. auch Österreich bei sich bietender Gelegenheit zu bereinigen" und ist sogar mit „Vorbereitungen" für eine Einverleibung dieser beiden Staaten einverstanden. Dies ergibt sich aus seiner Bemerkung, die „militärpolitisch mögliche Lage nach einer Eingliederung der Tschechei und Österreich bedarf gründlicherer Untersuchung"; die beiden Staaten „dürften als Überschußländer überschätzt sein". In der Hoßbach-Niederschrift wird aber in der in Nürnberg vorgelegten Fassung an dieser Stelle von der Absicht berichtet, aus diesen Ländern etwa drei Millionen Menschen zwangsweise zu evakuieren, um die nötigen Überschüsse zu gewinnen.

Warum erwähnt Beck diese „scheußliche, echt hitlerische" Absicht, wie Meinck sie bezeichnet (S. 179), überhaupt nicht? Warum nimmt er zu diesen angeblichen Plänen Hitlers keine Stellung?

Noch eine entscheidende Bemerkung der Hoßbach-Niederschrift ist ohne jeden Kommentar von Seiten Becks gebheben, nämlich der Satz, daß es „zur Lösung der deutschen Frage nur den Weg der Gewalt" geben könne. Wie erklärt sich dieses Schweigen des Generalstabschefs?

Beck scheute sich doch nicht, in seiner Notiz zu fast jeder Ausführung Hitlers Stellung zu nehmen! Es gibt dafür nur zwei mögliche Erklärungen: Entweder stimmte Beck mit diesen Äußerungen Hitlers kommentarlos überein —

oder sie waren *in der* Original-Niederschrift gar nicht enthalten!

Wie auch immer man die Beckschen Anmerkungen beurteilen mag: Ihre Bedeutung hegt weniger in ihrem Inhalt als in der Verwendung, die sie vermutlich gefunden haben. Es scheint, daß sie benutzt worden sind, um sowohl die politische wie die militärische Opposition zu mobilisieren, um gewissermaßen das Stichwort zu einer „Revolution von oben" zu erteilen, deren Aufgabe es sei, einen angeblich von Hitler gewünschten Krieg zu vereiteln.

Jedenfalls datiert Rothfels den Beginn „des ersten Versuchs gemeinsamen Handelns" der zivilen und der militärischen Opposition auf jene Reichskanzlei-Besprechung und Becks „Reaktion" darauf (vgl. Rothfels S. 71 und die ausführlichere Erwähnung dieses Ereignisses in der Neuauflage des Rothfels-Buches in der Fischer-Bücherei S. 63).

Die Aussagen der Besprechungsteilnehmer

Während des ersten Prozesses in Nürnberg wurden fast alle Teilnehmer der Besprechung vom 5. November 1937 vor Gericht vernommen.

Die eidesstattliche Erklärung des Generalfeldmarschalls von Blomberg wurde bereits zitiert (vgl. S. 12f.).

Ein weiterer Teilnehmer der Besprechung, Großadmiral Dr.h.c. Raeder, erklärte in Nürnberg, daß er sich durch die Ausführungen Hitlers nicht beunruhigt gefühlt habe, denn für ihn als Oberbefehlshaber der Marine sei die Tatsache ausschlaggebend gewesen,

„daß ja wenige Monate vorher im Juli 1937 das zweite Flottenabkommen abgeschlossen worden war ... Für mich war die Folgerung aus dieser Rede nichts anderes als die, der Aufbau der Flotte ist im Verhältnis 1 : 3 zu England weiterzuführen und ein freundliches Verhältnis zu England weiter zu erstreben. Das Quantitäts-

abkommen, das soeben abgeschlossen ist, ist weiter durchzuführen" (IMT XIV S. 45).

Über den Stand der deutschen Marinerüstung sagte der Großadmiral aus:

„Im November 1937 hatte die Marine noch nicht ein einziges Schlachtschiff überhaupt im Dienst. Ähnlich stand es mit der Luftwaffe und dem Heere. Wir waren in gar keiner Weise für den Krieg gerüstet" (IMT XIV S. 45).

Selbst Sir Samuel Hoare, der mit Ribbentrop den deutsch-englischen Flottenvertrag unterzeichnet hatte, äußert in seinen Erinnerungen die Ansicht, daß Deutschland nicht die Absicht gehabt habe, sich mit England zu messen:

„Zwischen 1935 und 1939 hätte Hitler leicht seinen Schiffsbau ausdehnen und die drei Wehrmachtsteile um die Wette rüsten lassen können. Aber er bildete sich ein, daß wir ihm, nachdem er uns die Führung zur See überlassen hatte, die Führung zu Lande lassen würden. Die Tatsache, daß wir beim Abschluß des Flottenpaktes von anderen Motiven geleitet waren als er, änderte nichts an dem schließlichen Ergebnis. ... Wir waren überzeugt, daß eine Blockierung des deutschen Flottenbaues bestenfalls das Gleichgewicht in Europa aufrechterhalten und uns schlimmstenfalls Zeit für die eigene Aufrüstung verschaffen würde" (Hoare S. 135).

Wäre diese eindrucksvolle Bestätigung der Aussagen Raeders während des internationalen Prozesses verfügbar gewesen, so hätte Sir Maxwell Fyfe nicht so leicht die folgende Frage stellen können. Er wollte von Raeder wissen, ob Hitler am 5. November ausgeführt habe, daß es für Deutschland

„das Hauptproblem sei, ‚wo die größten Eroberungen unter geringstem Einsatz zu erreichen seien' " (IMT XIV S. 192).

Raeder stellte in seiner Antwort fest, daß nur im englischen Dokument das Wort „conquest" stehe, es dagegen im Deutschen heiße: „Wo größter Gewinn unter geringstem Einsatz zu erreichen sei." Ein gewiß nicht harmloser Fehler in der eng-

lischen Übersetzung; aber er war geeignet, einen Beweis für eine „Verschwörung gegen den Frieden zu hefern".

Seinen Eindruck über die Lagebeurteilung vom 5. November gab Raeder mit folgenden Worten wieder:

„Hitler sprach im ganzen von Österreich und der Tschechei, vom Sudetenland. Wir waren der Auffassung, daß eine Schwenkung der Politik nicht beabsichtigt wäre, und sie hat auch nachher *nicht stattgefunden. ... Weder Krieg mit Österreich* noch *mit* der Tschechei. ... Die Frage wurde 1938 auf friedlichem Wege ohne Blutvergießen, sogar mit Übereinstimmung der anderen Mächte geregelt" (IMT XIV S. 192/93 und S. 47).

Zusammenfassend stellte Raeder fest, für ihn seien — außer den marinetechnischen Fragen — Hitlers entscheidende Sätze gewesen, daß England und Frankreich die Tschechoslowakei schon „abgeschrieben" hätten und er überzeugt gewesen sei, „Frankreich und England würden nicht eingreifen" (IMT XIV S. 45). Das entspricht durchaus der späteren Entwicklung.

Reichsmarschall Göring war - gemäß seiner Nürnberger Aussage - kurz vor der Besprechung des 5. November 1937 von Hitler dahingehend informiert worden, daß vor allem der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Fritsch, von der Notwendigkeit einer beschleunigten Rüstung überzeugt werden sollte (vgl.S.49). Für Göring sei der Zweck der Hitlerschen Ausführungen, der dabei die Dinge in einen „großen politischen Rahmen" stellte, sehr bald „abzusehen" gewesen: die beschleunigte Aufrüstung! Es seien in dem Gedächtnisbericht Hoßbachs „eine ganze Reihe von Punkten" enthalten,

„die absolut mit dem übereinstimmen, was der Führer wiederholt geäußert hat. Es sind andere Punkte darin, von denen ich sagen könnte, oder Formulierungen, daß sie dem Führer so gar nicht gelegen haben. Ich habe zuviel, in den letzten Monaten, Niederschriften von Verhören usw. gesehen, die zum Teil gar nichts mit dem zu tun hatten oder mit dem Sinn, den man ausgeführt hatte, so daß ich auf diese Fehlerquellen auch hier voll hinweise" (IMT IX S. 344).

Der frühere Reichsaußenminister von Neurath sagte in Nürnberg aus, daß ihn die Besprechung vom 5. November 1937 „aufs äußerste erschüttert" habe, obwohl die von Hitler

„vorgetragenen Pläne auch keinen konkreten Inhalt hatten und verschiedene Möglichkeiten zuließen" (IMT XVI S. 700).

Neuraths Verteidiger legte ein Affidavit der Baroneß von Ritter vor, worin u.a. gesagt wird:

„Als Herr von Neurath aus den Darlegungen Hitlers am 5. November 1937 zum ersten Male erkennen mußte, daß dieser seine politischen Ziele durch Gewaltanwendung gegenüber den Nachbarstaaten erreichen wollte, erschütterte ihn das seelisch so stark, daß er mehrere schwere Herzattacken erlitt. Er sprach darüber eingehend mit uns bei seinem Besuch zu Neujahr 1938..." (IMT XVII S. 113).

Auf die Frage des amerikanischen Richters, Francis Biddle, welche Beamten des Auswärtigen Amtes durch ihn über die Sitzung informiert worden seien, erwiderte Neurath, er habe mit seinem Schwiegersohn von Mackensen, dem damaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, darüber gesprochen. Sonst habe er niemanden informiert,

„denn es war die Bedingung an sich von Hitler, daß über diese ganzen Sitzungen Stillschweigen bewahrt werden solle und deshalb habe ich mit meinen Beamten nicht gesprochen. Sie wußten auch nichts, sie hatten auch von den Militärs nichts erfahren" (IMT XVII S. 113).

Befragt, wem er außerdem über die Lagebeurteilung Mitteilung gemacht habe, sagte Neurath:

„Etwa zwei Tage nach dieser Ansprache ging ich zum Generaloberst von Fritsch, der bei der Ansprache ja zugegen gewesen war, und zusammen mit ihm und dem Generalstabschef, General Beck, besprach ich mit ihnen, was wir etwa unternehmen könnten, um Hitler umzustimmen" (IMT XVI S. 700f.).

Man sei bei diesem Gespräch zu Dritt übereingekommen, daß Fritsch in den nächsten Tagen Hitler alle „militärischen Gründe" gegen seine Politik auseinandersetzen sollte, Neurath

selbst „wollte ihm dann die politischen Gründe darlegen". Es bleibt offen, in welcher Richtung Hitler „umzustimmen" war, zumal, wie Neurath zuvor festgestellt hatte, die von Hitler „vorgetragenen Pläne keinen konkreten Inhalt hatten und verschiedene Möglichkeiten zuließen." Neurath berichtete dem Gerichtshof weiter, er sei erst zwei Monate später, Mitte Januar 1938, empfangen worden und habe dabei auf Grund der politischen Pläne Hitlers um seinen Abschied gebeten, der zunächst abgelehnt, am 4. Februar aber „ohne weitere Kommentare" erteilt worden sei (vgl. IMT XVI S. 701).

Hätten dem Freiherrn von Neurath seine eigenen Aufzeichnungen vor und nach der Besprechung vom 5. November 1937 in Nürnberg zur Verfügung gestanden, so hätte er gegenüber der vorgelegten Hoßbach-Niederschrift überzeugendere Argumente vorbringen können.

Bekanntlich hatte Neurath am 19. Oktober 1937, also wenige Wochen vor dem 5. November, die Behauptung Francois-Poncets, die Unabhängigkeit Österreichs sei durch die deutsch-italienischen Besprechungen „gefährdet", zurückgewiesen und erklärt, daß Mussolini lediglich mitgeteilt wurde, wir seien mit den „dortigen Zuständen und dem Gebaren der Regierung nicht zufrieden". Wegen der Vorgänge in der Tschechoslowakei hatte auch Neurath gefordert, daß „zur Normalisierung der deutsch-tschechischen Beziehungen den Sudetendeutschen eine gewisse Autonomie gegeben werden müsse" (vgl. S. 17 und 20).

Auch noch nach dem 5. November 1937 unterstützte Neurath die Politik Hitlers. Nach dessen Besprechung mit dem englischen Lordsiegelbewahrer Halifax am 19. November 1937, in der im wesentlichen dieselben Themen besprochen wurden wie in der sogenannten Geheimkonferenz vom 5. November, unterrichtete Neurath die deutschen Botschaften in Rom, Paris und Washington über den Ablauf des

Gespräches und erklärte einleitend in einer persönlichen Bemerkung:

„Der Führer ersparte seinem Besucher nicht etliche bittere Wahrheiten über die englische und französische Politik" (ADAP I Dok. 33).

Hitler habe z.B. zur Frage der Rüstungsregelung die „Schwierigkeiten" aufgezeigt, die durch die „französisch-russischen und französisch-tschechischen Bündnisbeziehungen erwachsen seien" und dabei „noch einmal auf seinen früheren Vorschlag des Bombenabwurfverbots" hingewiesen. Halifax habe „von sich aus" und im Namen der englischen Regierung anerkannt:

„daß gewisse Änderungen in europäischer Ordnung auf die Dauer wohl nicht vermieden werden könnten. Man glaube englischerseits nicht, daß der status quo unter allen Umständen aufrechterhalten werden müsse. Zu den Fragen, bei denen Änderungen wahrscheinlich früher oder später eintreten würden, gehörten Danzig, Österreich und die Tschechoslowakei. England sei nur daran interessiert, daß solche Änderungen im Wege friedlicher Entwicklung zustande kämen" (ADAP I Dok. 33).

„Der Führer habe hinsichtlich Österreichs auf das Abkommen vom 11. Juni 1936" hingewiesen, „das hoffentlich zur Behebung aller Schwierigkeiten führen würde." Die Tschechoslowakei habe es „selbst in der Hand, durch gute Behandlung Sudetendeutscher diese zufriedenzustellen", da auch die „deutsch-polnische und deutsch-österreichische Bereinigung" es erleichtern würden, eine „vernünftige Lösung" mit der Tschechoslowakei zu finden. Von deutscher als auch von englischer Seite sei die „Achse Rom-Berhn und ebenso das enge Verhältnis London-Paris als feste Realität behandelt" worden. Neurath teilte den Missionen als „bemerkenswert" mit,

„daß Halifax schon einleitend Deutschland als das Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus bezeichnete" (ADAP I Dok. 33).

Zusammenfassend bezeichnete Neurath in seinem Erlaß den Besuch des englischen Kabinettsmitgliedes als ein „erfreuliches Ergebnis". Offensichtlich war der Reichsaußenminister mit den in aller Offenheit dargelegten revisionistischen Bestrebungen Hitlers einverstanden und war bemüht, sie zu unterstützen.

Auch noch am 3. Dezember 1937 verteidigte Neurath die deutschen Belange mit Überzeugung: Als der französische Außenminister Delbos auf seiner Durchreise nach Warschau und den Hauptstädten der „Kleinen Entente" ihm gegenüber in Berlin erklärte (ADAP I Dok. 55), daß es „keineswegs beabsichtigt sei", sämtliche offene Fragen zwischen England, Frankreich und Deutschland „auf einmal bereinigen zu wollen", stand das im Gegensatz zu den Äußerungen von Halifax am 19. November. Im Beisein von Neurath hatte dieser wiederholt erklärt, daß „englischerseits nur eine Gesamtregelung ins Auge gefaßt sei" (ADAP I Dok. 33). Neurath stellte Delbos gegenüber fest:

„Der Text des Londoner Communiqué über die Besprechungen in London müssen den Eindruck erwecken, daß man dort auf dem alten Standpunkt stehen geblieben sei, nämlich Deutschland vorschreiben zu wollen, wie es seine Interessen verfolgen dürfe. Diese Bevormundimg lehnten wir ein für allemal ab. Wir hätten in den vergangenen Jahren so oft Beweise unseres guten Willens und unserer Friedensbereitschaft gegeben, ohne daß darauf irgend etwas von französischer und englischer Seite erfolgt sei. Auf die Anregung des Führers z.B., mit der Rüstungsfrage durch Regelung des Bombenabwurfes und der Verwendung von Flugzeugen hinter der Front zu beginnen, habe man überhaupt nicht reagiert" (ADAP I Dok. 55).

Delbos gab dies zu und Neurath versicherte ihm zum Schluß der Unterhaltung,

„daß wir uns aber gegen alle Versuche, unsere Absichten zu verfälschen, energisch zur Wehr setzen werden" (ADAP I Dok. 55).

Damals hat Neurath die deutsche Außenpolitik gegen Unterstellungen verteidigt. Dieselbe Haltung zeigte der Außenminister auch noch am 13. Januar 1938 gegenüber dem englischen Botschafter. Auf Hendersons Bitte, Deutschland möge doch in der „Kolonialfrage Geduld haben", da „Neville Chamberlain fest entschlossen sei, einen positiven Vorschlag zu machen" und Deutschland deshalb in der „Öffentlichkeit nicht drängen und vernünftig sein" solle, erklärte Neurath dem Botschafter,

„wir hätten volles Verständnis für die Schwierigkeiten zur Lösung dieser Frage, und hätten auch Geduld. Allerdings könne ich ihm nicht versprechen, daß die Diskussion über die Kolonialfrage aus den Zeitungen und der Öffentlichkeit bei uns verschwinde. Nach den gemachten Erfahrungen würde ich eine solche Ruhepause auch nicht einmal zulassen, denn sonst würde sehr leicht in England der Eindruck entstehen, daß wir uns in dieser Frage desinteressierten. Ich könne also Neville Chamberlain nur den Rat geben, sich zu beeilen" (ADAPI Dok. 98).

Auch noch zu diesem Zeitpunkt — Januar 1938 — zeigte Neurath die gleiche berechtigte Skepsis gegenüber den englischen Kolonialversprechungen, wie Hitler sie am 5. November 1937 dargelegt hatte.

Nachdem Neurath am 4. Februar 1938 Präsident des Geheimen Kabinettsrats geworden war, wies er die sich wiederholenden Versprechungen, Unterstellungen und Drohungen der Westmächte nicht weniger scharf zurück, als er es vorher als Außenminister getan hatte. Am 23. Februar 1938 empfing er den Besuch von Francois-Poncet, der sich „auffällig deprimiert" zeigte und erklärte, seinen Berliner Posten „aufgeben" zu wollen, da er es „für aussichtslos" halte, eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zustandezubringen. Auf Neuraths Bemerkung, daß er diese „pessimistische Stimmung" nicht verstehen könne, da

„der Führer sich in seiner Rede außerordentlich zurückhaltend gegenüber Frankreich ausgesprochen und erneut betont habe, daß zwischen uns und Frankreich keinerlei territoriale Fragen mehr zu regeln seien" (ADAP I Dok. 124),

behauptete der französische Botschafter, „der Ton der Rede des Führers werde immer aggressiver", denn er erhebe jetzt auch „Ansprüche in bezug auf die Auslandsdeutschen". Hierbei „unterbrach" ihn Neurath, um erneut einen „Irrtum" Francois-Poncets richtigzustellen:

„Der Führer habe lediglich erklärt, daß uns das Schicksal der in den benachbarten Staaten lebenden Volksdeutschen nicht unberührt lassen könne. Poncet werde sich erinnern, daß ich ihn schon die ganzen letzten Jahre daraufhingewiesen habe, daß die von Seiten Frankreichs gewünschte Besserung der Beziehungen zur Tschechoslowakei nur erreicht werden könne, wenn die dort lebenden deutschen Volksgenossen in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung eine bessere Behandlung erführen. Solange dies nicht der Fall sei, würden ihre Klagen ganz selbstverständlich bei uns immer ein Echo auslösen" (ADAP I Dok. 124).

Als Francois-Poncet daraufhin wieder warnte, „Frankreich könne es nicht ruhig hinnehmen, die Unabhängigkeit Österreichs, die durch internationale Verträge gesichert sei", durch Deutschland beseitigt zu sehen, wiederholte Neurath, was er „schon öfters" ausgeführt habe: Die

„Auseinandersetzungen zwischen Österreich und uns gingen allein nur diese beiden Staaten an. Die Behauptung, daß die Unabhängigkeit Österreichs durch internationale Verträge geregelt sei, sei unrichtig. Ich wüßte nur von einer dreiseitigen Abmachung in Stresa zwischen England, Frankreich und Italien, die aber in der Zwischenzeit von einem der Partner, nämlich Italien, als nicht mehr bindend angesehen werde und im übrigen auch für dritte Staaten in keiner Weise bindende Kraft habe. Ich warnte Frankreich dringend, sich in diese Angelegenheit, die wir als eine häusliche betrachteten, einzumischen. Das Beispiel Napoleons III. vor 1866 und 1870 sollte immerhin eine gewisse Lehre dafür sein, daß man die Einigungsbestrebungen des deutschen Volkes nicht aufhalten könne" (ADAP I Dok. 124).

Neurath empfahl dem französischen Botschafter, sich mit dem

„von Frankreich sonst immer vertretenen Recht der Selbstbestimmung abzufinden, anstatt zu versuchen, Bundesgenossen zu Protesten gegen die eventuelle Angliederung Österreichs zu suchen."

Nachdem er seiner Überzeugung Ausdruck gegeben hatte, daß kein „Staat, Frankreich eingeschlossen, wegen des Anschlusses Österreichs an Deutschland einen Krieg beginnen würde", zog sich Francois-Poncet schließlich darauf zurück,

„daß es für Frankreich und für das europäische Gleichgewicht eine große Belastung bedeuten würde, ein geschlossenes 80-Millionen-Reich in der Mitte von Europa zu haben."

Dies war des Pudels Kern der staatsmännischen Weisheit der Westmächte und wohl die aufrichtigste Äußerung in den langen Ausführungen Francois-Poncets, nämlich die englisch-französische Furcht vor einem starken mitteleuropäischen Staat, auch wenn er, wie Halifax gesagt hatte, das „Bollwerk des Westens" gegen den bolschewistischen Osten bedeutete (vgl. S.95). In bezug auf die von Francois-Poncet abgelehnte Zusammenfassung der Deutschen in einem Staat stellte Neurath in seiner Erwiderung fest:

„wir könnten mit demselben Recht dagegen protestieren, daß Frankreich durch Mobilisierung seiner Schwarzen in den Kolonien sich ein militärisches Übergewicht zu schaffen versucht habe."

Am Schluß der Unterredung erklärte Francois-Poncet, seine Regierung müsse Chamberlains Verständigungsversuche mit Italien und Deutschland „ohne Rücksicht auf die französischen Interessen" fürchten und bemerkte, daß im Falle einer deutsch-italienischen Einigung mit England „Frankreich sich dann wieder als Gegengewicht mehr auf Rußland stützen müsse, ein Vorhaben", zu dem ihm Herr von Neurath „herzlich Glück wünschte" (ADAP I Dok. 124).

Neuraths Aufzeichnung über sein Gespräch mit Francois-Poncet ging als Information an alle deutschen Botschaften und Gesandtschaften. Der bisherige Außenminister hatte in aller Offenheit dem französischen Botschafter die deutschen Revisionsbestrebungen in Österreich und der Tschechoslowakei dargelegt und die Westmächte vor einer Einmischung gewarnt.

Noch am 12. März 1938, also einen Tag nach dem Anschluß Österreichs an das deutsche Reich, wurde Neurath von dem tschechischen Gesandten in Berlin, Mastny, gefragt, ob er glaube, „daß Hitler jetzt, d.h. im Zuge des österreichischen Anschlusses, auch gegen die Tschechoslowakei etwas unternehmen werde". Neurath konnte ihn beruhigen, denn Hitler hatte ihm „erst am Abend vorher" auf seinen Hinweis, „daß der Anschluß Österreichs in der Tschechoslowakei Beunruhigung hervorrufen würde, gesagt, daß er nichts gegen die Tschechoslowakei zu unternehmen gedenke" (IMT XVI S. 705, vgl. auch ADAP II Dok. 78).

Neurath erklärte in Nürnberg zusammenfassend über den 5.November 1937:

„Aus dieser Besprechung war nur allgemein zu ersehen, daß Hitler sich mit Kriegsplänen trug. Es war keineswegs von einem bestimmten Angriffsplan gegen die Tschechoslowakei die Bede, sondern nur davon, daß, falls es überhaupt zu einem Krieg kommen sollte, die Tschechoslowakei und Österreich zunächst besetzt werden müßten, um die rechte Flanke frei zu halten. In welcher Form also dieser Angriff oder ein Angriff auf die Tschechoslowakei überhaupt erfolgen sollte, und ob es jemals zu einer kriegerischen Auseinandersetzung im Osten käme, das war durchaus zweifelhaft und offen. Tatsächlich ist ja dann auch das Sudetenland, das strategisch die Schlüsselposition der tschechischen Verteidigung bildete, auf Grund seines Abkommens mit den Westmächten auf friedliche Weise abgetreten worden" (IMT XVI S. 705 f.).

Die angeblichen „Kriegspläne" als Folge eines möglichen außerdeutschen Konfliktes waren aber, wie Neurath anschließend aussagte, lediglich eine „Eventualidee" (IMT

XVI S. 706). Nach dem Anschluß Österreichs erschien es Neurath durchaus zweifelhaft, ob es überhaupt jemals zu einer kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Osten kommen werde. Er würde im Frühjahr 1939 das Amt des Reichsprotektors von Böhmen und Mähren gewiß ausgeschlagen haben, wenn es sich um den Auftrag gehandelt hätte, „zwei Millionen Tschechen zwangsweise auszusiedeln", wie es in der Hoßbach-Niederschrift heißt. Neurath nahm seine neue Aufgabe an, weil sie durchaus in den Rahmen paßte, den er für seine eigene Tätigkeit gezogen hatte: die friedliche Revision der Pariser Vorortverträge anzustreben.

Aus den Nürnberger Aussagen der Besprechungsteilnehmer ergibt sich insgesamt, daß sich die Lagebesprechung vom 5. November 1937 in anderen Formen abgespielt haben muß, als es durch die existente Form des sog. Hoßbach-Protokolls suggeriert wird.

Zusammenfassung

Die Nürnberger Richter beurteilten die widerspruchsvollen Gedächtnisnotizen Hoßbachs als ein sogenanntes „Schlüsseldokument" und damit als Beweis für die Angriffsplanungen der Reichsregierung, obwohl Hoßbach selbst die vom Gericht in Fotokopie vorgelegte Schreibmaschinenfassung als nicht mit seiner damaligen handschriftlichen Niederschrift völlig übereinstimmend beurteilt hatte. Wie erinnerlich, geht aus der neuesten Aussage des Grafen Kirchbach hervor, daß die nicht auffindbare handschriftliche Originalaufzeichnung umfangreicher gewesen und darin z.B. auch die erregte Debatte zwischen Göring einerseits und Blomberg und Fritsch anderseits viel ausführlicher wiedergegeben worden ist (vgl. S. 47 f.).

Das dem Gericht vorgelegte „Dokument", das infolge der eigenen Stellungnahme von Hoßbach bei einem ordentlichen Gericht nur geringe Beachtung finden durfte, hat geringen

historischen Wert. Das Gewicht allerdings, das ihm vom Internationalen Militärgerichtshof bei der Urteilsbegründung beigemessen wurde, ist ungeheuerlich; die Aussagen der damals noch lebenden Teilnehmer an der Besprechung vom 5. November 1937 sind dabei nicht in Betracht gezogen worden, obwohl dies der Verpflichtung eines Gerichtes entsprochen hätte.

Die Zeitgeschichtsschreibung hat die Auffassung des Nürnberger Tribunals übernommen und die Besprechung vom 5.November 1937 mit den gleichen falschen Akzenten versehen. Das zeigt sich sowohl in der Verwendung des Ausdrucks „Hoßbach-Protokoll" als auch in der Mißdeutung des Inhalts der Besprechung. Diese inhalthche Gewichtsverlagerung begann bereits mit Hoßbachs verspäteter Niederschrift und der anzweifelbaren Behauptung, Hitler habe seine Ausführungen als sein politisches Testament bezeichnet. Sie wurde fortgesetzt durch die nicht nachprüfbare Veränderung, welche die in den Händen der amerikanischen Anklagevertretung befindliche Abschrift der Hoßbach-Niederschrift erfahren hatte, wobei der Zeitpunkt für diese Veränderung - wie sich aus den Umständen ergibt — nicht näher bezeichnet werden kann. War die Abschrift in bereits veränderter Fassung der amerikanischen Anklagebehörde in die Hände gefallen? Wer hatte Interesse an einer solchen Veränderung?

Der erste Historiker von Bang, der die Hoßbach-Niederschrift einer angemessenen Kritik unterzieht, ist der Oxforder Professor A. J.P.Taylor. In seinem im Mai 1961 erschienenen aufsehenerregenden Buch „The origins of the second world war" stellt er in bezug auf den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges die Frage: „Wer hat den Sturm entfacht, und wer hat den Gang der Ereignisse in Marsch gesetzt?"

Obwohl die heute übliche Antwort sei: „Es war Hitler" und obwohl auch der Zeitpunkt seiner ersten Kriegsplanungen auf den 5. November 1937 als fixiert gelte, lehnt Taylor ein

solches Hineinlesen in die Hoßbach-Aufzeichnungen kategorisch ab (Taylor S. 131).

Hitler habe zwar von „Deutschlands Notwendigkeit für Lebensraum" gesprochen, aber nicht angegeben, „wo er gefunden werden sollte". Er habe „drei Fälle" diskutiert, durch die Deutschland die Gelegenheit dazu gegeben werden könnte, aber keiner der drei Fälle habe sich verwirklicht. Deshalb sei es „klar, daß sie nicht den Entwurf (blueprint) für die deutsche Politik ergeben" können (Taylor S. 132). Außerdem sei Hitler von dem Nichteingreifen Englands und damit auch Frankreichs überzeugt gewesen, so daß er in seiner Diskussion über die drei hypothetischen Fälle gar nicht auf deren Verwirklichung bestanden habe. Taylor fährt fort:

„Hitlers Darlegung war zum größten Teil ein Träumen am hellen Tag, ohne Zusammenhang mit dem, was im wirklichen Leben folgte. Auch wenn es ernst gemeint gewesen wäre, so war es kein Aufruf zum Handeln, auf keinen Fall zum Handeln für einen Weltkrieg; es war eine Demonstration dafür, daß ein Weltkrieg nicht nötig sein würde. ... Es gibt nur eine sichere Schlußfolgerung, die aus dieser unzusammenhängenden Abhandlung (rambling disquisition) zu ziehen ist; Hitler spekulierte auf einen Glücksfall. ... Es bestand kein konkreter Plan, keine Direktive für die deutsche Politik in 1937 und 1938. Sollte es doch eine Direktive gegeben haben, so war es die, auf besondere Ereignisse (events) zu warten" (Taylor S. 132).

Taylor kritisiert es scharf, daß der Internationale Militärgerichtshof die Frage nicht gestellt habe, warum Hitler diese Konferenz abgehalten hat. Er bedauert auch den Mangel an „geschichtlicher Disziplin" der heutigen Historiker, die sich bis jetzt noch nicht um die Feststellung bemüht haben, warum eines der wichtigsten „Schlüsseldokumente" von Nürnberg überhaupt „existiert".

Taylor kommt zu dem Schluß, daß die Konferenz vom 5. November 1937 wegen „innerdeutscher Fragen" notwendig geworden war: Hitler wollte nämlich seine konservativen

Generale für das „Programm einer vergrößerten Rüstung gewinnen". Daß Hitlers „geopolitisches Exposé keinen anderen Zweck hatte", ergibt sich auch für Taylor aus dem letzten Satz der Hoßbach-Aufzeichnung, wonach der „zweite Teil der Besprechung sich mit materiellen Rüstungsfragen befaßte". Obwohl es aus Zeitmangel nicht mehr zur Besprechung dieser Fragen kam (vgl. Hoßbach II S.219), hat der englische Historiker vermutlich mit seiner Feststellung recht, daß die Konferenz „zweifellos deshalb abgehalten" bzw. zusammengerufen wurde (Taylor S. 133).

Taylor stellt fest: Wenn in Nürnberg nicht so „viel Theater" mit der Hoßbach-Niederschrift gemacht worden wäre und wenn sie nicht für die These hätte herhalten müssen, es gäbe „nichts mehr, was noch über die Ursachen des Zweiten Weltkrieges zu entdecken sei", hätte niemand die Behauptung aufgestellt, „daß Hitler am 5. November 1937 zum Kriege entschlossen war und ihn im einzelnen geplant habe". Taylor betont abschließend:

„Das Hoßbach-Memorandum enthält keinerlei solche Pläne. ... Das Memorandum sagt uns das, was wir schon wußten, nämlich daß Hitler - wie jeder andere deutsche Staatsmann - beabsichtigte, daß Deutschland die dominierende Macht in Europa werden sollte. Es sagt uns auch, daß er überlegte, wie das zu erreichen wäre. Seine Spekulationen waren falsch. Sie stehen in kaum einer Beziehung zu dem tatsächlichen Kriegsausbruch von 1939. ... Hitler machte keine Pläne - weder zur Welteroberung, noch zu irgend etwas anderem. Er nahm an, daß die anderen ihm Gelegenheit geben würden und daß er sie ergreifen werde. Die Gelegenheiten, die er am 5. November 1937 voraussah, waren nicht gegeben. Andere waren gegeben.

Wir müssen deshalb woanders den Mann suchen, der eine Gelegenheit ermöglichte, die Hitler wahrnehmen konnte und der auf diese Weise den ersten Anstoß zum Kriege gab. Neville Chamberlain ist ein augenfälliger Kandidat für diese Position. Vom Augenblick an, als er im Mai 1937 Premierminister wurde, war er entschlossen, etwas zu starten. Natürlich beschloß er zu handeln, um den Krieg zu verhindern, nicht um ihn zu entfachen; aber er

glaubte nicht, daß der Krieg durch Nichtstun verhindert werden könnte. Er verabscheute Baldwins skeptische, bequeme Politik des Sichtreibenlassens. Er glaubte nicht an den zögernden Idealismus, der dem Völkerbund anhaftete und dem Eden mit halbem Herzen folgte. Chamberlain nahm die Führung, um auf eine Vergrößerung der britischen Rüstung zu drängen" (Taylor S. 134).

Auch der amerikanische Historiker David L. Hoggan hat sich in seiner gründlichen Untersuchung über die Ursachen des Zweiten Weltkrieges („Der erzwungene Krieg", Tübingen 1961) mit der Besprechung vom 5. November 1937 beschäftigt. Er nennt den in Nürnberg darüber vorgelegten Bericht „das trügerische Hoßbach-Memorandum". Hoggan ist der Ansicht, daß das Schwerwiegendste in der Aufzeichnung die Art der Darstellung sei, „die äußerst beleidigend wirkt"; sie verleite zu einer „Anzahl von erschreckenden stillschweigenden Schlußfolgerungen", als ob Hitler den Krieg mit den Westmächten für „unvermeidlich gehalten" habe und als ob er den „Zugang zu Rohstoffen" nur deshalb wünschte, um „riesige Räume zu entvölkern". Hoggan zieht aus dem tatsächlichen Inhalt der Besprechung folgende Schlüsse:

„Hitler eröffnete seinen Beratern am 5. November 1937, daß er eine aktive Außenpolitik im Auge habe, die die territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages anfechte. ... Jedermann wußte, daß er dies im Sinne hatte, da er es niemals verhehlt hatte, daß eine territoriale Revision eines seiner ersten Ziele war. Ferner stimmte man darin überein, daß Hitler die Gefahr eines Krieges gegen die Westmächte für den Fall mitberechnete, daß sie einschreiten und Deutschland an irgendeinem Punkt blockieren würden. ... Es wurden weder besondere Aktionen noch ein Zeitplan festgelegt" (Hoggan S. 117).

Hoggan ist auch der letztlich entscheidenden Frage zum sog. Hoßbach-Protokoll nicht ausgewichen. Er hat den Ursachen nachgespürt, die sowohl zu der „beleidigenden" Sprache wie auch dazu geführt haben, daß diese Niederschrift „zum bedeutendsten Dokument aller Zeiten aufgemacht wor-

den ist", obwohl es „vor einem normalen Gerichtshof keine Beweiskraft hätte" (Hoggan S. 116).

Hoggan kommt zu dem Ergebnis, daß

„Hoßbach ein unerbitterlicher Gegner Hitlers und seines Systems war. Ihm war jedes ungesetzliche und revolutionäre Mittel recht, um Hitler auszuschalten. Er war ein glühender Bewunderer des Generalobersten Ludwig Beck, Chef des Generalstabes, dessen Leben er einst bei einem Kavallerieunfall hatte retten helfen. Beck war ein entschlossener Feind Hitlers. Sein Ziel war die Bildung einer deutschen Opposition gegen Hitler. Hoßbach war infolgedessen ständig darauf bedacht, Beck mit allem möglichen Propagandamaterial zu versorgen. Hitler war indessen in Deutschland durchweg beliebt und nur mit ungewöhnlichen Methoden konnte man eine wirksame Opposition gegen ihn schaffen. Aus dieser Sachlage ergibt sich, daß das Hoßbach-Memorandum als historisches Dokument wertlos ist" (Hoggan S. 116f.).

Diese Bemerkungen über die Hintergründe der Hoßbach-Niederschrift stimmen mit jenem Hinweis überein, den Rothfels bereits 1948 erstmals in der amerikanischen Ausgabe seines Buches publiziert hatte: Er gedenkt — wie erwähnt (vgl. S. 90) — in Verbindung mit der Hoßbach-Niederschrift und unter Hinweis auf die innerdeutsche militärische und zivile Opposition

„des ersten Versuches gemeinsamen Handelns ..., von dem bis vor kurzem verhältnismäßig wenig bekannt geworden ist. Er wurde eingeleitet durch die Besprechung vom 5. November 1937 (Hoßbach-Aufzeichnung)" (Rothfels S. 71 f.).

Die historische Bedeutung des sog. Hoßbach-Protokolls hegt also nicht darin, daß deutsche Angriffsplanungen aufgedeckt worden wären, sondern in der Beleuchtung der damaligen innerdeutschen Situation.

HITLER - HALIFAX

Obersalzberg am 19. November 1937

Acht Tage, nachdem Hoßbach seine Niederschrift über die Sitzung vom 5. November 1937 zu Papier gebracht hatte, besuchte der englische Lordsiegelbewahrer Halifax Berlin, um einer Einladung Görings zur Jagdausstellung Folge zu leisten. Im Anschluß daran führte er am 19. November 1937 ein längeres Gespräch mit Hitler auf dem Obersalzberg.

Dabei wurden zum erstenmal die vier deutschen Revisionsforderungen: Österreich, das sudetendeutsche Gebiet, die Danzig- und die Korridorfrage zwischen Hitler und einem englischen Regierungsmitglied offiziell erörtert.

Zu Beginn dieses für die Beurteilung der künftigen Entwicklung sehr wichtigen Gesprächs betonte Halifax Hitler gegenüber,

„er wäre und andere Mitglieder der englischen Regierung davon durchdrungen, daß der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet habe, sondern daß er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe und daß daher mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden könne" (ADAP I Dok. 31).

Zur Frage der Gleichberechtigung erklärte Halifax,

„daß in England jeder Deutschland als ein großes und souveränes Land achte und auch nur auf dieser Grundlage mit ihm verhandelt werden solle. Die Engländer seien ein Volk der Realitäten und seien vielleicht mehr als andere davon überzeugt, daß die Fehler des Versailler Diktates richtiggestellt werden müßten. ...

Englischerseits glaube man nicht, daß der status quo unter allen Umständen aufrechterhalten werden müsse. Man erkenne an, daß eine Anpassimg an neue Verhältnisse, Korrektur früherer Fehler und notwendig gewordene Änderung bestehender Zustände ins Auge gefaßt werden müßte. ... Nachdem durch eine deutsch-englische Einigung der Boden vorbereitet sei, müßten die vier großen westeuropäischen Mächte gemeinsam die Grundlage schaffen, auf der ein dauernder europäischer Friede errichtet werden könne. Auf keinen Fall dürfte eine der vier Mächte aus dieser Zusammenarbeit herausgelassen werden, da in diesem Fall der bestehende Zustand der Unsicherheit kein Ende finden könne. ... Er müsse nochmals im Namen der englischen Regierung betonen, daß keine Änderungsmöglichkeit des bestehenden Zustandes ausgeschlossen sein solle, daß aber Änderungen nur auf Grund einer vernünftigen Regelung erfolgen dürften."

Hitler erwiderte,

„daß ihm eine Verständigung unter den vier westeuropäischen Mächten sehr leicht erschiene, wenn es sich nur um den guten Willen und um gegenseitige höfliche Beziehungen handele. Schwieriger würde die Frage schon, wenn man an die Behebung von sachlich-begründeten Problemen ginge. ... Er frage sich in den letzten Jahren oft, ob die heutige Menschheit intelligent genug wäre, das Spiel der freien Kräfte durch die Methode der höheren Vernunft zu ersetzen. Im Jahre 1919 sei eine große Chance zur Anwendung dieser neuen Methode verpaßt worden. Man habe damals eine Lösung der Unvernunft vorgezogen. Dadurch sei Deutschland auf den Weg des freien Kräftespiels abgedrängt worden, weil dies schließlich die einzige Möglichkeit war, die einfachsten Menschenrechte sicherzustellen. ...

Er selbst habe in den Jahren 1933/34 eine Anzahl praktischer Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung gemacht, deren Annahme Europa und der Welt viel Geld erspart hätten. Diese Vorschläge seien der Reihe nach abgelehnt worden, obwohl mancher Staatsmann vernünftigerweise eingesehen hatte, daß Deutschland auf die Dauer nicht in der vom Versailler Vertrag herbeigeführten Lage verharren würde. Da aber die politischen Parteien und vor allen Dingen die unverantwortliche Presse auf die Entscheidung der Regierung einen entscheidenden Einfluß hatte, seien Vorschläge wie die der 200 000-Mann-Armee, der 300 000-Mann-Armee, der Begrenzung der Luftrüstungen, sämtlich abgelehnt worden. ...

Wolle man Deutschlands Mitarbeit sicherstellen, so müsse gefragt werden, als was Deutschland von den anderen Partnern angesehen würde, ob als Staat im Sinne des Versailler Vertrages - dann könne man kaum über eine rein formale Ausgestaltung der europäischen Beziehungen hinauskommen -, oder ob Deutschland als Staat behandelt werden solle, der nicht mehr das moralische oder materielle Stigma des Versailler Vertrages an sich trage. Dann müßte allerdings aus dieser geänderten Lage die logische Konsequenz gezogen werden, denn man könne nicht von einem Staat eine aktive Mitarbeit an der europäischen Politik verlangen, dem man die Aktiv-Legitimation einer Großmacht verweigere. Die Tragik läge darin, daß man in England und Frankreich immer noch nicht glaube, sich mit dem Gedanken abfinden zu müssen, daß Deutschland, welches nach dem Westfälischen Frieden auf 250 Jahre kaum mehr als ein theoretischer Begriff gewesen sei, in den letzten 50 Jahren zu einer Realität geworden wäre. Es sei die Aufgabe einer überlegenen Staatskunst, sich mit dieser Wirklichkeit abzufinden, wenn sie vielleicht auch gewisse unangenehme Seiten mit sich brächten. Das gleiche gelte für Italien und in einem gewissen Sinne auch für Japan. Die Geschichte schaffe eben oft Realitäten, die nicht immer angenehm seien. Deutschland hätte auch eine derartige Realität hinnehmen müssen; denn Polen habe über 150 Jahre lang sozusagen nicht existiert und sei nun wieder ins Leben zurückgerufen worden. Er sähe es als seine Hauptaufgabe an, das deutsche Volk so zu erziehen, daß es auch unangenehme politische Realitäten hinnehme. Der Kern des zu behandelnden Problems wäre daher die Frage, was soll ein Land an aktiver politischer Mitarbeit liefern können, dem man in anderer Hinsicht nicht einmal die dringendsten Lebensnotwendigkeiten zugestehe. Er zweifele nicht daran, daß man in einigen Kreisen in England realistisch denke. Das Flottenabkommen sei ein Beweis dafür. Aber die bestimmenden politischen Faktoren schienen ihm eine andere Haltung einzunehmen. Das sei jedenfalls sein Eindruck nach fast fünfjähriger Regierungszeit. Er glaube, daß jeder Vorschlag von ihm sofort torpediert würde und jede Regierung bei seiner Annahme sich großen oppositionellen Schwierigkeiten gegenüber befände" (ADAP I Dok. 31).

Halifax widersprach dieser Ansicht Hitlers und erklärte, daß der Abschluß des Flottenvertrages,

„trotzdem vom Parteistandpunkt aus manches daran auszusetzen gewesen sei, gerade beweise, daß die englische Regierung auch unabhängig von den Parteien handle."

Als Änderungen des status quo in Europa, die wahrscheinlich früher oder später eintreten würden, bezeichnete Halifax

„Danzig und Österreich und die Tschechoslowakei. England sei nur daran interessiert, daß diese Änderungen im Wege friedlicher Evolution zustande gebracht würden."

In der österreichischen Frage verwies Hitler auf das Abkommen vom 11. Juli 1936, „das hoffentlich zur Behebung aller Schwierigkeiten führen würde". Die Tschechoslowakei habe „es selbst in der Hand, die bestehenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Deutschland läge sehr viel an guten Beziehungen mit allen seinen Nachbarn." Die englischen Zugeständnisse über die Änderungen des status quo wurden jedoch von Hahfax mit dem Völkerbund verkoppelt.

Auf die Frage von Hahfax, ob Deutschland in einen Völkerbund mit veränderten Statuten wieder eintreten werde, erwiderte Hitler, daß infolge der Abwesenheit Japans und der USA es sich nicht mehr um einen „wirklichen Völkerbund" handele und daß es sich „im Augenblick überhaupt nicht sagen ließe, ob Deutschland jemals wieder nach Genf zurückkehren würde". Weiter verwies Hitler „noch einmal auf seinen früheren Vorschlag des Bombenabwurfverbotes", den die Kolonialmächte „als gegen ihre Interessen verstoßend abgelehnt hätten", da sie ihn „als ein gutes Mittel zur Brechung des Widerstandes aufsässiger Eingeborenen betrachteten". Zur Abrüstungsfrage im ganzen erklärte Hitler, daß diese

„früher erheblich leichter gewesen sei, weil es sich damals nur um Rüstungsbegrenzungen gehandelt habe. Heute rüste England in so großem Maße auf, wie dies noch nie zuvor in der englischen Geschichte der Fall gewesen sei. Sei England bereit, auf seine Aufrüstung zu verzichten?"

Hitler betonte, daß ihm die englische Antwort auf diese Frage bekannt sei, nämlich, daß es sich nur um „ein Nachholen vergangener Versäumnisse" handele. Aber Deutschland befinde sich in der gleichen Lage:

„Es müsse auch nachholen, was es in der Vergangenheit durch allzu große Vertragstreue versäumt hätte."

Zum Abrüstungsproblem erklärte Hitler, daß es durch das französische Militärbündnis mit Rußland „außerordentlich kompliziert" geworden sei. Dadurch sei Rußland

„nicht nur als moralischer, sondern als sehr schwerwiegender materieller Faktor, besonders auch infolge des Bündnisses mit der Tschechoslowakei, nach Europa hereingebracht worden. Wer könne unter diesen Umständen die Abrüstungsfrage in Angriff nehmen und wie solle dies geschehen?"

Zum Kolonialproblem, das Halifax erstmals als diskussionsreif bezeichnete, erklärte Hitler:

„Zwischen England und Deutschland gäbe es eigentlich nur eine Differenz, die Kolonialfrage. Es sei eine Auffassungs-Differenz. Könne sie beglichen werden, so sei dies sehr zu begrüßen. Könne es nicht geschehen, so könne er dies eben nur bedauernd zur Kenntnis nehmen. Es gäbe viele Gebiete, auf denen Deutschland und England verschiedener Anschauung wären. Es handelte sich jedoch dabei niemals um Dinge, die mit der deutsch-englischen Zusammenarbeit direkt etwas zu tun hätten. In der Kolonialfrage sähe man sich zwei Äußerungen von englischer Seite gegenüber. Die englische Regierung erkläre, man könne diskutieren. Die Parteien - und besonders die konservative Partei - lehnten überhaupt alles ab. Andere Schwierigkeiten bestünden jedoch nicht zwischen Deutschland und England" (ADAP I Dok. 31).

Im Widerspruch zu den Ausführungen Hitlers über die Kolonialfrage behauptete Halifax in seinem mündlichen Bericht an Chamberlain und den französischen Ministerpräsidenten nach seiner Rückkehr in London, „Deutschland sei der Ansicht, ,daß alle seine früheren afrikanischen Kolo-

nien zurückgegeben werden müßten'". (Der amerikanische Historiker C. C. Tansill berichtet dieses Zitat aus unveröffentlichten Akten in seinem Buch „Die Hintertür zum Kriege", S. 404).

Am Schluß des Gespräches kam Halifax auf die deutsch-englische Zusammenarbeit zurück und hielt es für richtig,

„wenn nunmehr weitere Besprechungen zwischen deutschen und englischen Vertretern abgehalten würden. Dabei könne die Kolonialfrage besprochen werden, ... Er müsse allerdings erneut hinzufügen, daß jede englische Regierung das Kolonialproblem immer nur als Teil einer Gesamtlösung behandeln könne. Es müßten auf breiter Front alle zu regelnden Fragen gleichzeitig in Angriff genommen werden."

Hitler beendete die Unterredung mit der Feststellung:

„Zwei realistische Völker wie das deutsche und englische sollten sich von der Katastrophenfurcht nicht beeinflussen lassen. Es hieße immer, wenn dieses oder jenes nicht geschähe, so gehe Europa einer Katastrophe entgegen. Die einzige Katastrophe sei der Bolschewismus" (ADAP I Dok. 31).

Ribbentrop bei Chamberlain

Auf Grund der von Halifax gemachten Anregung für weitere Besprechungen zwischen deutschen und englischen Vertretern suchte Ribbentrop - damals noch Botschafter in London - am 17. Dezember 1937 den britischen Premierminister Chamberlain auf.

Es zeigte sich sofort, daß Chamberlain auf die Revisionszusage von Halifax — obwohl sie im Namen der Regierung ausgesprochen worden war — nicht eingehen wollte. Auf Ribbentrops Frage,

„wie Chamberlain zum österreichischen Problem stände und was er von der Lage, z.B. der sudetendeutschen Minderheiten hielte" (ADAP I Dok. 81),

reagierte Chamberlain nicht. Stattdessen

„versicherte (er) eifrig, es wäre wohl bekannt, daß er nicht zu denen gehöre, die eine Einigung mit Deutschland nicht für möglich hielten. ... Wir müßten nun die Zukunft ins Auge fassen und sehen, ob eine Einigung zu finden sei, er glaube an eine solche."

Aber auf Ribbentrops Zustimmung, daß

„kein Grund vorhanden sei, warum die Achse Berlin-Rom sich nicht mit der Achse London-Paris verständigen könne, ging Chamberlain ... nicht näher ein" (ADAP I Dok. 81).

Damit war der Premierminister wieder einer grundsätzlichen Frage ausgewichen, die Halifax am 16. November 1937, kurz vor dem Besuch in Berchtesgaden, Ribbentrop gegenüber positivbeurteilt hatte, indem er beide Bündnissysteme als eine Realität bestätigte und seiner Hoffnung Ausdruck gab, daß

„unsere Freunde, Frankreich und Italien, mit in eine Linie zu bringen seien" (ADAP I Dok. 24),

um zu einem Viererpakt zu gelangen; so hat Halifax dann die englischen Absichten auch Hitler gegenüber dargestellt.

Genau das Gegenteil hatte bekanntlich Churchill einige Wochen vorher zu Ribbentrop gesagt, als er erklärte, daß es England leicht fallen würde, Deutschlands Freunde zu sich herüberzuziehen (vgl. S. 27).

Chamberlains wiederholtes Ausweichen veranlaßte Ribbentrop am Schlusse der Unterhaltung vom 17. Dezember 1937 zu der Bemerkung, es gebe sowohl in England als auch in Frankreich

„viele Kräfte, die eine Einigimg nicht wollten, daß es daher nicht leicht sein würde, gegen diese Widerstände aufzukommen."

Botschafter von Ribbentrop berichtete an Hitler und Neurath, daß diese Unterhaltung „im übrigen in freundschaftlichster Form" verlaufen sei:

„Chamberlain war anscheinend bemüht, guten Willen zu zeigen, indem er z. B. an unser erstes Gespräch im Sommer auf der Botschaft anknüpfte, währenddessen er mir seine hundertprozentige

Unterstützung zu einer deutsch-englischen Verständigung zusagte. Er behauptete, auch heute noch auf diesem Standpunkt zu stehen" (ADAP I Dok. 81).

In derselben Unterredung bedankte sich Chamberlain bei Ribbentrop, daß die deutsche Regierung die britische Bitte respektiert hatte, den geplanten Besuch von Halifax nicht vorher publizistisch zu behandeln. Das Störfeuer der englischen Presse aber, das trotzdem schon vor der Reise von Halifax eingesetzt hatte und nach dem Besuch durch niemals dementierte Reuter-Meldungen über die angebliche Neuverteilung nichtenglischer Kolonien fortgesetzt wurde, war ein deutlicher Hinweis darauf, daß starke Kräfte in England am Werke waren, einen wirklichen Ausgleichsversuch zu verhindern. Sie gehörten zu den zahlreichen Symptomen, an denen Ribbentrop das Scheitern seiner Londoner Mission erkannte.

Chamberlains Kommentar zum Ergebnis des Hitler-Halifax-Gespräches in seiner Unterhausrede vom 21. Dezember 1937 war auch betont kühl. Er erklärte:

„Es war weder die Erwartung noch die Absicht Seiner Majestät Regierung, daß diese Besprechungen sofortige Resultate zeitigen sollten. Es waren Besprechungen und keine Verhandlungen; und daher wurden in ihrem Verlauf keine Vorschläge gemacht, keine Versprechen gegeben und keine Abmachungen getroffen" (WdG V S. 364 f.).

Außenminister von Neurath hatte die deutschen Botschaften in Rom, London, Paris und Washington über das Hitler-Halifax-Gespräch mit folgender Anweisung unterrichtet:

„Wegen privaten Charakters der Reise von Halifax informieren wir über Inhalt Gesprächs lediglich italienische Regierung und nehmen an, daß Paris von London aus ebenso informiert wird. Im übrigen muß über Inhalt Diskretion bewahrt werden. Ich bitte diese Bitte auch dort auszusprechen" (ADAP I Dok. 33).

In England jedoch wurde die Diskretion — außer von der Presse — auch von Halifax selbst durchbrochen, der eine

Kopie seines Berichtes für das Foreign Office nach Amerika schickte,

„damit Präsident Roosevelt von der europäischen diplomatischen Krisis ein ‚inneres Bild' gewinne" (Tansill S. 401).

Der Hinweis auf die „diplomatische Krisis" in Europa zeigt die eigene Auffassung von Halifax über das Ergebnis seiner Mission. Denn während er „im Namen der englischen Regierung" (vgl. S. 108) die deutschen Revisionsforderungen als ebenso berechtigt anerkannt hatte wie den Anspruch auf Gleichberechtigung und die Lösung der Kolonialfrage, machte er nach seiner Rückkehr in England anscheinend keine praktischen Vorschläge zur Verwirklichung dieser in Berchtesgaden angekündigten Politik.

Chautemps in London

Wenige Tage nach Halifax' Bückkehr aus Deutschland, am 29. November 1937, traf der damalige französische Ministerpräsident Chautemps in London zu Besprechungen mit Chamberlain ein. Halifax berichtete auf dieser Konferenz über seine persönlichen Eindrücke, nämlich daß Deutschland an freundschaftlichen Beziehungen mit England „außerordentlich viel hege". Ebenso sehe Deutschland „keinen unmittelbaren Grund zu Schwierigkeiten mit Frankreich". Göring habe ihm versichert, „daß nicht ein Tropfen deutschen Blutes vergossen werden würde, wenn sich Deutschland nicht unbedingt dazu gezwungen sehen sollte". Deutschland beabsichtige, seine „Ziele auf normalem Wege zu erreichen". Auf Chautemps Frage über das tschechische Problem antwortete Halifax, „ihn habe die Mäßigung, mit der sich Herr Hitler zu diesem Punkt geäußert habe, überrascht". Es scheine ihm auch, als ob Hitler „auf einen konkreten Vorschlag in der Kolonialangelegenheit warte" (alle Zitate aus Tansill S. 404f., nach unveröffentlichten Akten des US-State Department).

Interessanterweise wurde, wie Chautemps dem amerikanischen Botschafter in Paris berichtete, von der britischen Regierung vorsichtig angefragt,

„ob Frankreich geneigt sei, Deutschland sofort ohne quid pro quo Kamerun zu übergeben. Chamberlain habe sich hierüber nicht direkt geäußert, aber Chautemps habe gemerkt, worauf Chamberlain eigentlich hinaus wollte, und daher sofort erklärt, daß sich Frankreich nicht in die Lage bringen lassen könne, als einziges Land auf dem Kolonialgebiet Deutschland Konzessionen zu machen, und daß es dies nur täte, wenn England bereit wäre, ähnliche Konzessionen zu machen, und wenn solche Konzessionen Teil einer allgemeinen Regelung wäre" (US-Botschafter Bullitt an den amerikanischen Außenminister Hull, zitiert nach Tansill S. 405).

Chautemps stellte Bullitt gegenüber mit Befriedigung fest, daß

„diese seine Erklärung alle zu erwarten gewesenen britischen Vorschläge gestoppt habe, Deutschlands Kolonialforderungen durch Hingabe portugiesischer oder belgischer oder französischer Kolonien zu befriedigen" (Tansill S. 405).

Halifax aber hatte seine Versprechungen und Zugeständnisse an Hitler wiederholt mit dem Kolonialproblem verbunden, das „jede englische Regierung immer nur als Teil einer Gesamtlösung behandeln könne" (vgl. S. 112). Der Premierminister machte jedoch keinerlei Anstalten, gemeinsam mit Frankreich eine Lösung des Kolonialproblems zu finden.

Chautemps erklärte nach seiner Rückkehr dem amerikanischen Botschafter in Paris, Halifax habe

„in seiner Unterredung mit Hitler einen Schnitzer reinsten Wassers gemacht. Er habe zu Hitler gesagt, daß er nicht gekommen sei, um mitteleuropäische Angelegenheiten zu erörtern, und ohne Widerspruch Hitlers Antwort hingenommen, daß Großbritannien in der Tat wenig an dem interessiert sein könne, was sich in Mitteleuropa ereignen mag" (Bullitt an Hull 4. Dezember 1937, zitiert nach Tansill S. 405).

Chautemps vertraute bei dieser Gelegenheit Bullitt an, er betrachte „die Möglichkeit, daß Deutschland Österreich annektiere, mit großem Gleichmut, weil dies seiner Meinung nach eine unmittelbare Reaktion Italiens gegen Deutschland hervorriefe" (Tansill S.405). Es war also auch der französischen Regierung weniger darum zu tun, ein erträgliches Zusammenleben der europäischen Staaten zu erreichen; sie sah vielmehr in den berechtigten Revisionsforderungen der deutschen Regierung nur eine Möglichkeit, Itahen von Deutschland zu trennen.

In deutschen politischen Kreisen wurde der Besuch von Halifax unterschiedlich beurteilt. Der damalige Ministerialdirektor von Weizsäcker legte am 20. Dezember 1937 eine geheime „Aufzeichnung von Herrn von Rintelen" vor. Danach sei die „heutige Haltung Englands und Frankreichs weit entgegenkommender" als bisher, wodurch Deutschland für seine Revisionsbestrebungen „eine gewisse Muße" zugestanden sei (ADAP I Dok. 86). Weizsäcker schloß sich in seinem geheimen Begleitschreiben dieser Beurteilung an und bewertete die Andeutungen des Lordsiegelbewahrers, als ob England eine „Verständigung im Rahmen der Vierermächte" mit Deutschland, Frankreich und Italien anstrebe, als Tatsache. Er glaubte, daß Deutschland für die „friedliche Revision des status quo" Zeit gelassen werde und war nach dem Halifax-Besuch der Ansicht, daß

„England beute noch schwankt, ob es nicht seine Ruhe in Europa durch Abschlagszahlungen an Deutschland erkaufen sollte."

Er verlangte deshalb, Berlin müsse Italien „von Abenteuern zurückhalten", wozu Neurath vermerkte, daß er solche „nach den Zusicherungen Mussolinis" nicht befürchte, daß aber „die vorhandenen Reibungsflächen im Mittelmeer und Ostasien nicht so schnell zu beseitigen" seien (ADAP I Dok. 86).

Ribbentrop war zur Zeit des Hitler-Halifax-Gespräches in London und nahm zu dem Ergebnis des englischen Besuches erst sechs Wochen später in seinem Bericht vom 2. Januar 1938 Stellung. Zu diesem angeblich nicht mehr vorhandenen „Bericht »Botschaft London A 5522'" gehören die in Berhn geschriebenen aber gleichzeitig übergegebenen „Schlußfolgerungen" mit demselben Datum (IMT XXXIX S. 91 ff. und ADAP I Dok. 93).

Der amerikanische Historiker Tansill gibt sowohl zu Ribbentrops Beurteilung wie auch zum Gutachten des damaligen Ministerialdirektors von Weizsäcker den folgenden Kommentar:

„Auf Grund der konzilianten Haltung Chamberlains urteilte das Auswärtige Amt in einer Denkschrift über die britische Politik, sie gehe ‚heute von der These aus, daß es möglich sei, den deutschen Beschwerden mit friedlichen Mitteln voll gerecht zu werden'. Allein, Ribbentrop war mit dieser Deutung keineswegs einverstanden. Er verfertigte im Januar 1938 ein eigenes Memorandum für Hitler persönlich, worin er offen erklärte, er glaube nicht mehr an den Willen Englands zu einer wirklichen Verständigung mit Deutschland. Die Briten wollten nur hinter einer freundschaftlichen Maske Zeit zu einer umfassenden Aufrüstung gewinnen. Es wäre unklug, sich auf eine Verständigung mit England zu verlassen. In Wirklichkeit sei Großbritannien Deutschlands gefährlichster Gegner'" (Tansill S. 416).

Ohne die Einzelheiten der Chamberlain-Chautemps-Konferenz vom 29. November 1937 und ohne den Halifax-Bericht an Roosevelt zu kennen, beurteilte Ribbentrop Englands Haltung Deutschland gegenüber bereits um die Jahreswende 1937/1938 mit größter Skepsis. Das entsprach der tatsächlichen Lage.

RIBBENTROP UND ENGLAND

Die „Schlußfolgerungen" vom 2. Januar 1938

Im Anschluß an den Halifax-Besuch forderte Hitler von Ribbentrop, dem damaligen Botschafter in London, eine Stellungnahme zu der Frage an, wie sich England bei der Lösung des österreichischen und sudetendeutschen Problems vermutlich verhalten werde. Ribbentrop antwortete darauf mit dem „Bericht ‚Deutsche Botschaft London A 5522' über die zukünftige Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen" und den dazu gehörenden „Schlußfolgerungen". Der Hauptteil des Berichtes „Deutsche Botschaft London A 5522" gilt bis jetzt als „nicht aufgefunden" und ist bis heute der Forschung nicht zugänglich gemacht worden. Man kann aber vermuten, daß er dennoch vorhanden ist. Die Nichtveröffentlichung des Berichtes „Deutsche Botschaft London A 5522" wird in den „Akten zur deutschen auswärtigen Politik'' (ADAP I) unterschiedlich begründet. Auf Seite 132 lautet die Fußnote dazu „Nicht aufgefunden", auf Seite 135 dagegen „Nicht gedruckt". Die in Nürnberg vorgelegten „Schlußfolgerungen" Ribbentrops sind sowohl in den Protokollen des „Internationalen Militärgerichtshofs Nürnberg" (Bd. XXXIX S. 91/98) als Dokument 075-TC wie auch in den ADAP I S.132 als Dokument 93 abgedruckt. Der Hauptbericht ist - wie die Verfasserin aus eigener Kenntnis weiß - zusammen mit den „Schlußfolgerungen" am 2. Januar 1938 Hitler über-

geben worden. Auch im Text der „Schlußfolgerungen" ist ausdrücklich vom „beihegenden Bericht" die Rede. Es ist also erstaunlich, daß ein Teil des Dokumentes erhalten ist, der andere jedoch verloren sein soll.

Die „Schlußfolgerungen" — der einzige, der Öffentlichkeit zugänglich gemachte Geheimbericht Ribbentrops an Hitler - bleibt in der deutschen Nachkriegsliteratur entweder unerwähnt oder es werden daraus nur einige Sätze entstellt wiedergegeben.

Die „Schlußfolgerungen" haben in der in Nürnberg vorgelegten Fassung folgenden Wortlaut:

Ganz vertraulich! Nur persönlich!

Notiz für den Führer. Berlin, den 2. Januar 1938

Schlußfolgerungen zu dem Bericht „Deutsche Botschaft London A 5522" über die zukünftige Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen.

Mit der Erkenntnis, daß Deutschland sich an den status quo in Mitteleuropa nicht binden will und eine kriegerische Auseinandersetzung in Europa früher oder später möglich ist, wird die Hoffnung auf eine Verständigung der deutsch-freundlichen englischen Politiker - soweit sie nicht sowieso derzeit nur eine ihnen zugeteilte Rolle spielen - allmählich schwinden. Hiermit ist die Schicksalsfrage gestellt: werden letzten Endes Deutschland und England zwangsläufig in getrennte Lager treiben und eines Tages wieder gegen einander marschieren? Zur Beantwortung dieser Frage muß man sich folgendes vergegenwärtigen:

Eine Änderung des status quo im Osten im deutschen Sinne ist nur gewaltsam durchzuführen. Solange Frankreich weiß, daß England, das sozusagen die Gefahrenhaftung für Frankreich gegenüber Deutschland übernommen hat, zu ihm steht, ist Frankreichs Marschieren für seine östlichen Bundesgenossen wahrscheinlich, jedenfalls immer möglich und damit der deutsch-englische Krieg. Dies trifft selbst dann zu, wenn England den Krieg nicht will; England, das glaubt, seine Grenze am Rhein verteidigen zu müssen, würde einfach von Frankreich automatisch hineingezogen, d.h. also, Frankreich hat es praktisch in der Hand, einen deutsch-englischen Krieg auf dem Wege über einen deutsch-französischen Konflikt zu forcieren. Hieraus folgert wiederum,

daß ein Krieg zwischen Deutschland und England wegen Frankreich nur verhindert werden kann, wenn Frankreich von vorneherein weiß, daß Englands Kräfte nicht ausreichen würden, den gemeinsamen Sieg sicherzustellen. Eine solche Situation könnte England und damit Frankreich zwingen, manches hinzunehmen, was eine starke englisch-französische Konstellation niemals dulden würde. Dieser Fall wäre z.B. gegeben, wenn England mangels ausreichender Aufrüstung oder infolge Bedrohung seines Imperiums durch eine überlegene Mächtekonstellation (z.B. Deutschland-Italien-Japan) und damit Fesselung seiner militärischen Kräfte an anderen Stellen, Frankreich nicht genügend Unterstützung in Europa zu gewähren vermöchte. Was die Frage der Mächtekonstellation angeht, so hängt diese von der weiteren Entwicklung ab, von unserer Bündnispolitik und auch von der weiteren Gestaltung der englischen Beziehungen zu Amerika. Ungünstig für England wäre, wenn es allein, noch nicht ausreichend gerüstet, der erwähnten Konstellation gegenüberstände. Allerdings müßte diese Konstellation fest gefügt sein, und es dürfte bei England und Frankreich kein Zweifel darüber herrschen, daß Italien und Japan fest zu uns stehen und gegebenenfalls die gemeinsamen Kräfte der Konstellation schlagartig eingesetzt würden. Italien und Japan haben ein ebenso großes Interesse an einem starken Deutschland wie wir an einem starken Italien und Japan. Die Existenz des neuen Deutschlands ist für beide in den letzten Jahren von großem Vorteil für ihre Expansionsbestrebungen gewesen. Mit Hinweis hierauf und auf später zu lösende gemeinsame Ziele sollte es gelingen, diese beiden Mächte dazu zu bringen, sich mit uns zu gegebener Zeit solidarisch zu erklären. In einer solchen Situation wäre es möglich, daß England Frankreich von einem Eingreifen im Falle eines östlichen Konfliktes Deutschlands mit einem seiner Verbündeten abhalten würde, damit der Konflikt lokalisiert bleibt und England nicht durch Frankreichs Eingreifen gezwungen wäre, unter ungünstigen Bedingungen für sein Weltreich eventuell an drei Stellen, in Ostasien, im Mittelmeer und in Europa, kämpfen zu müssen. Für ein lokales mitteleuropäisches Problem, selbst wenn es Deutschland bedeutend stärken würde, würde m. E. England einen Existenzkampf um sein Weltreich nicht riskieren. Frankreich würde in einem solchen Falle wohl kaum die Nerven haben, allein ohne England gegen die deutschen Westbefestigungen anzurennen. Entscheidend scheint mir in diesem Zusammenhang die Schnellig-

keit, mit der ein solcher mitteleuropäischer Konflikt siegreich beendigt wäre. Bei einem blitzartigen Erfolg glaube ich sicher, daß der Westen nicht eingreifen würde. Eine längere Dauer dagegen könnte in den Gegnerstaaten die Auffassung erwecken, als ob die Kräfte Deutschlands von ihnen doch überschätzt worden wären, und damit wäre der Moment des Eingreifens der Westmächte nähergerückt.

Wir haben aus diesen Gründen daher m.E. auch weiter ein Interesse an der Stärkung der Achse Berlin-Rom und des Dreiecks Berlin-Rom-Tokio und dem Beitritt weiterer Staaten zu dieser Konstellation. Je stärker unsere Freundeskonstellation ist, um so leichter würde in einem etwaigen Konflikt Deutschlands in Mitteleuropa England und damit auch Frankreich abseits stehen, und der Konflikt könnte zu unseren Gunsten lokalisiert bleiben. Ich bin sogar der Auffassung, daß wir diese Freundschaften immer fester fügen und neue gewinnen sollten. Der frühere französische Ministerpräsident Flandin hat kürzlich in einem Artikel von Konstellationen der autoritären Staaten Deutschland, Italien und Japan und der beiden Demokratien England und Frankreich plus Rußland gesprochen, die jede für sich bestrebt seien, möglichst viele Staaten für ihre Anschauungen zu gewinnen. Wenn man die erfolgreichen Bemühungen Englands in diesem Sinne in einigen Ländern betrachtet - ich erwähne z. B. Portugal, das sich England wieder schnell nähert und wo vor kurzem der frühere Privatsekretär von Austen Chamberlain (Selby) eingetroffen ist, und die Türkei, wo Sir Percy Loraine, einer der besten englischen Diplomaten, die Türken stark proenglisch beeinflußt hat - scheint diese Information Flandins von seinen englischen Freunden zu stammen. - Vor allem wird England aber auch zukünftig bemüht bleiben, die Achse Berlin-Rom zu schwächen, bzw. das Dreieck Berlin-Rom-Tokio zu trennen. Einflußreiche Kreise in England arbeiten konstant auf eine Verständigung Englands mit Italien und auch Japan hin. Nach Japan hat das Foreign Office im Sommer seinen besten Beamten, Sir Robert Craigie, geschickt. Um das Herz des britischen Imperiums schützen zu können, wird England meiner Auffassung nach zur gegebenen Zeit alles tun, um zu Italien und Japan, selbst eventuell unter großen Opfern, wieder ein gutes Verhältnis herzustellen, d.h. Deutschland auszukaufen. Meines Erachtens müssen demgegenüber Deutschland, Italien und Japan fest zusammenhalten, denn darin liegt die ganze Stärke ihrer Position in der Welt, und es scheint empfehlenswert,

wenn sich alle drei Staaten um die Freundschaft auch des kleinsten ihnen erreichbaren Staates bemühten. Auch im Hinblick auf Nachrichtenwesen und Propaganda kann man m. E. im Ernstfall kaum genug solche Freunde haben. Gefährlich wäre es, wegen einer ungewissen englischen Freundschaft für andere nicht zu optieren und sichere Freundschaften auszuschlagen. Hierdurch könnte man sich zwischen alle Stühle setzen. Ob diese oder jene Freundschaft zunächst besser noch in lockerer Form geschlossen oder aufrecht erhalten wird, oder ob diese oder jene besser schon in irgendeiner Form, z.B. in die Antikominternbewegung eingeschlossen wird, müßte m.E. von Fall zu Fall besonders entschieden werden.

Was England anbetrifft, so sollte unsere Politik m. E. weiter auf Ausgleich unter voller Wahrung der Interessen unserer Freunde gerichtet sein. England muß auch weiterhin durch uns in der Auffassung bestärkt werden, daß ein Ausgleich und eine Verständigung zwischen Deutschland und England letzten Endes doch möglich ist. Diese Aussicht könnte z.B. auch im Falle eines lokalen Konfliktes Deutschlands in Mitteleuropa, der England nicht vital berührt, auf etwaige Einmischungsabsichten der englischen Regierung bremsend wirken.

Besser ist es wohl, wenn unsere sich abzeichnende Konstellation zur Zeit nach außen in noch etwas lockerer Form gehalten wird. Dies wird auf die Dauer jedoch an der Tatsache nichts ändern können, daß die Bildung zweier gegenüber hegender Fronten mit der Zeit zwangsläufig immer klarer zutage treten wird. Die Frage, ob ein deutsch-englischer Ausgleich dann überhaupt noch gefunden werden kann, ist meiner Auffassung nach wie folgt zu beantworten:

Steht England mit seinen Bündnissen Deutschland und seinen Freunden gegenüber stärker da, wird es m.E. früher oder später immer schlagen. Gelingt es dagegen Deutschland, seine Bündnispolitik so zu gestalten, daß eine deutsche Konstellation einer englischen stärker oder vielleicht ebenbürtig gegenübersteht, wäre es möglich, daß England lieber doch noch einen Ausgleich versucht. Bei erstarrten Fronten scheint mir ein plötzlicher Ausgleich der vielgestaltigen Interessen zwischen diesen allerdings normalerweise undenkbar. Er könnte nur von zwei sich gegenüberstehenden Staaten, dann auf Kosten ihrer Partner in der Konstellation, versucht werden. Man könnte, diesem Gedankengang folgend, sich z.B. theoretisch vorstellen, daß England sich einer überlegenen Konstellation gegenüber sehend, Deutschland plötzlich einen

weitgehenden Ausgleich anbietet. Eine solche Schwenkung einer Politik um 180 Grad ist in der Geschichte früher, als Kriege noch persönliche Angelegenheiten der Monarchen waren und die Völker oft gar nicht wußten, worum sie kämpften, öfters vorgekommen. Sie ist in unserer heutigen modernen, politisierten Welt kaum noch denkbar, bei den Demokratien sicher nicht durchführbar. Die deutsche Gegenleistung für ein solches Angebot könnte aber nur auf Kosten seiner Freunde gehen. Eine derartige Politik ist meiner Auffassung nach für Deutschland nicht möglich. Abgesehen von allen anderen Gründen würde eine solche Schaukelpolitik ein ungeheures Risiko in sich bergen, nämlich das der Isolierung, denn welche Garantie könnte Deutschland von England für Einhaltung eines solchen, durch die Not erzwungenen Angebots erhalten? Es scheint mir, daß es eine solche Garantie überhaupt nicht gibt.

Zu der Frage, ob eine deutsch-englische Verständigung noch möglich ist, ist daher zu sagen, daß, während die Fronten locker sind, eine solche Einigung an sich noch denkbar wäre. Allerdings ist sie, wie aus dem beihegenden Bericht und dieser Notiz ersichtlich, sehr schwierig, weil Deutschland sich seine Zukunft anders gestalten will, als England anscheinend bereit ist, sie bei einem Zusammengehen mit Deutschland uns zuzubilligen (s. auch anliegenden Brief Lord Londonderry). Nur energisches Handeln des englischen Premierministers in unserem Sinne und gegen die erwähnten bedeutsamen Widerstände könnte vielleicht den Dingen noch eine neue Wendung geben. Man könnte sich vorstellen, daß ein englischer Premierminister, wenn er nicht von der Psychose der deutschen Stärke und des deutschen Machtwillens erfaßt ist, sondern grundsätzlich an die Möglichkeit einer deutsch-englischen Freundschaft glaubt, immer noch gern einen großzügigen, nüchternen Ausgleich suchen würde, der die deutschen Aspirationen befriedigt, ohne vitale, rein englische Interessen zu gefährden. Dies ist die von Garvin im „Observer" in den letzten Monaten mit so großem Nachdruck vertretene These. Als ich Chamberlain neulich um seine Ansicht über diese letzten Artikel von Garvin fragte, erwiderte er mir nur, „sie seien ihm zu lang, darum lese er sie nicht!" - Ein klares englisches Zugeständnis in der österreichisch-tschechischen Frage in unserem Sinne könnte luftreinigend für Europa wirken. Nach meinen bisherigen Erfahrungen halte ich aber eine solche Wendung für unwahrscheinlich und glaube, daß England höchstens eines Tages durch die Macht der Verhältnisse gezwungen eine solche Lösung dulden würde.

Bestärkt werde ich in der Auffassung, daß auf dem Wege offizieller Verhandlungen mit England dieses Problem nicht gelöst werden kann, durch die Tatsache, daß Chamberlain sowohl innen- wie außenpolitisch (mit Frankreich) in einem System steckt, das große Entschlüsse unendlich schwierig macht.

Sind die Fronten einmal erstarrt, könnten nur ganz besondere anormale Machtverschiebungen oder Ereignisse in Europa oder der Welt (Bolschewisierung Frankreichs, Zusammenbruch Rußlands, ernste Veränderungen bei unseren Freunden) die politische Entwicklung in eine andere Richtung drängen. Auf solchen Möglichkeiten kann man aber eine Politik nicht aufbauen. Daher ist es meiner Ansicht nach richtig, in der eingeschlagenen Linie unserer Außenpolitik fortzufahren.

Abschließend möchte ich meine Auffassung in folgenden Stichworten zusammenfassen:

1. England ist mit seinen Rüstungen im Rückstand - daher spielt es auf Zeitgewinn.

2. England glaubt, daß bei Wettlauf mit Deutschland die Zeit für England arbeitet - Ausnutzung seiner größeren wirtschaftlichen Möglichkeiten für seine Aufrüstung - Zeit zur Erweiterung seiner Bündnisse (z.B. Amerika).

3. Halifax-Besuch ist daher als Erkundungs- und Verschleierungsmanöver anzusehen - auch Deutschenfreunde in England spielen vielfach nur ihnen zugeteilte Rolle.

4. England und sein Premierminister sehen m. E. nach dem Halifaxbesuch keine ihnen möglich erscheinende Basis einer Einigung mit Deutschland - sie trauen dem nationalsozialistischen Deutschland alles zu, wie ja auch wir den Engländern alles zutrauen - sie fürchten daher von einem starken Deutschland eines Tages zu ihnen nicht genehmen Lösungen gezwungen zu werden - um dem zu begegnen stellt England sich auf alle Fälle mit seinen militärischen und politischen Maßnahmen auf eine Auseinandersetzung mit Deutschland ein.

5. Daher von uns zu ziehende Konsequenz:

   1. nach außen weiter Verständigung mit England unter Wahrung Interessen unserer Freunde,
   2. Herstellung in aller Stille, aber mit ganzer Zähigkeit einer Bündniskonstellation gegen England -, d.h. praktisch Festigung unserer Freundschaften mit Italien und Japan

- ferner Hinzugewinnung aller Staaten, deren Interessen direkt oder indirekt mit unseren konform gehen - enge und vertrauliche Zusammenarbeit der Diplomaten der drei Großmächte zu diesem Zweck.

Nur auf diese Weise können wir England begegnen, sei es eines Tages noch zum Ausgleich oder zum Konflikt. England wird ein harter und scharfer Gegner in diesem diplomatischen Spiel sein.

6. Die besondere Frage, ob im Falle eines Konfliktes Deutschlands in Mitteleuropa Frankreich und damit England eingreifen würden, hängt von den Umständen und dem Zeitpunkt ab, an dem ein solcher Konflikt ausbricht und beendet ist, und von militärischen Erwägungen, die hier nicht zu übersehen sind. Ich möchte dem Führer hierüber einige Gesichtspunkte mündlich vortragen.

Dies ist nach eingehender Prüfung aller Umstände meine Auffassung von der Lage. Ich habe seit Jahren für eine Freundschaft mit England gearbeitet und wäre über nichts froher, als wenn sie herzustellen wäre. Als ich den Führer bat, mich nach London zu schicken, war ich skeptisch, ob es gehen würde, aber im Hinblick auf Eduard VIII. schien ein letzter Versuch geboten. Heute glaube ich nicht mehr an die Verständigung. England will kein übermächtiges Deutschland in seiner Nähe, das eine ständige Bedrohung seiner Inseln wäre. Dafür wird es kämpfen. Dem Nationalsozialismus aber traut man Gewaltiges zu. Schon Baldwin hat dies erkannt, und Eduard VIII. mußte abdanken, weil man nicht sicher war, ob er bei seiner Einstellung eine Deutschland feindliche Politik mitmachen würde. Chamberlain hat nun Vansittart, unseren bedeutsamsten und zähesten Gegner an eine Stelle berufen, an der er in das diplomatische Spiel gegen Deutschland führend eingreifen kann. Jeder Tag, an dem in Zukunft - ganz gleich, welche taktischen Zwischenspiele der Verständigung mit uns versucht werden sollten - unsere politischen Erwägungen nicht grundsätzlich von dem Gedanken an England als unseren gefährlichsten Gegner bestimmt würden, wäre ein Gewinn für unsere Feinde. gez. R.

Ribbentrops Bericht zieht gewissermaßen das Fazit seiner politischen Mission*.

Knapp anderthalb Jahre zuvor, im August 1936, waren die Verfasserin und ihr Mann zu den Festspielen in Bayreuth. Dort teilte Hitler zu Ribbentrops Überraschung ihm mit, daß er ihn zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt ernannt habe. Er habe soeben mit Außenminister von Neurath gesprochen, der sich hiermit einverstanden erklärt habe (vgl. Ribbentrop S. 90). Der Staatssekretär von Bülow war Mitte Juni gestorben und auch der Botschafterposten in London war seit dem Tod von Hoesch im April noch unbesetzt. Hitler besprach mit Ribbentrop, wer nach England geschickt werden sollte und fragte ihn, wie er „die Chancen, noch zu einer Verständigung mit England zu kommen, beurteile". Ribbentrop sah die Aussichten „zur Zeit für nicht gut an". Er glaube aber, daß man doch noch zu einer Verständigung kommen könne, wenn König Eduard VIII., der immerhin „Deutschland gegenüber nicht unfreundlich gesinnt" sei, „den Gedanken der deutsch-englischen Freundschaft unterstütze, obwohl ein englischer Souverän normalerweise wenig Einfluß auf die Politik seiner Regierung besitzt". Hitler war skeptisch, „ob die von ihm ursprünglich vertretene Idee eines Bündnisses mit England noch irgendwie zu verwirklichen sei".

Ribbentrop schlug vor, ihn selbst nach London zu schicken, statt ihn zum Staatssekretär zu ernennen. Nach einem Tag der Überlegung auf beiden Seiten wurde die Entscheidung gefällt, daß Ribbentrop nach London gehen solle, womit Neurath ebenfalls einverstanden war. Ribbentrop erklärte damals Hitler ausdrücklich, „daß die Chancen für ein Bündnis mit England nicht groß seien, eher müsse mit dem Gegenteil

*** Vgl. dazu auch die Studie der Verfasserin: „Zur Geschichte eines außenpolitischen Dokuments" in „Deutsche Hochschullehrer-Zeitung" Tübingen 1958 Heft 2-4.**

gerechnet werden". Nach den bisherigen Erfahrungen werde England „auf seiner Gleichgewichtsthese bestehen und uns entgegentreten, wenn es fürchte, Deutschland werde zu stark". Trotzdem sollten noch einmal alle Möglichkeiten sondiert werden, die zu einer Verständigung mit England führen konnten. Als Ribbentrop im November 1936 nach London fuhr, waren Hitlers letzte Abschiedsworte an ihn: „Ribbentrop, bringen Sie mir das englische Bündnis" (Ribbentrop S. 93).

Die „Schlußfolgerungen" legen dar, daß und warum das erstrebte „englische Bündnis" nicht verwirklicht werden konnte. Sie sind insbesondere eine Antwort auf Hitlers Frage, ob England die deutschen Revisionsforderungen, d.h. eine Veränderung des status quo in Europa, tolerieren werde und sie geben gleichzeitig eine Beurteilung des Halifax-Besuches in Berchtesgaden.

Die wesentlichen Punkte lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Eine Änderung des status quo im Osten werde nach Ribbentrops Ansicht England immer auf den Plan rufen, wenn Frankreich sich stark genug fühlt, für seine östlichen Bundesgenossen zu marschieren. Frankreich hatte zu jener Zeit Militärbündnisse mit Rußland, Polen und der Tschechoslowakei. Das österreichische und tschechische Revisionsproblem wird von Ribbentrop gesondert als mitteleuropäische Frage behandelt, Polen wird mit keinem Wort erwähnt. Ribbentrop geht davon aus, daß Frankreich England in einen Krieg gegen Deutschland ziehen könne, auch dann, „wenn England den Krieg nicht will". Um das zu verhindern, bedürfe es einer überlegenen „Mächtekonstellation, z. B. Deutschland, Italien, Japan". Nur dadurch sei es zu erreichen, daß Frankreich durch England von einem Eingreifen „im Falle eines östlichen Konfliktes Deutschlands" abgehalten werden könne, da England es vermeiden müsse, gleichzeitig in Ostasien, im Mittelmeer und in Europa zu kämpfen.

2. Für ein „lokales mitteleuropäisches Problem" werde nach Ribbentrops Ansicht „England einen Existenzkampf um sein Weltreich nicht riskieren", selbst wenn Deutschland dadurch bedeutend gestärkt würde. So sehr ein „klares englisches Zugeständnis in der Österreich-tschechischen Frage" zugunsten Deutschlands luftreinigend für Europa wirken könnte, so glaubt Ribbentrop doch, daß „England höchstens eines Tages durch die Macht der Verhältnisse gezwungen eine solche Lösung dulden würde". Als „Macht der Verhältnisse" versteht Ribbentrop eine starke deutsche Bündniskonstellation.

3. Ribbentrop fordert deshalb die „Stärkung der Achse Berlin-Rom und des Dreiecks Berlin-Rom-Tokio" und den „Beitritt weiterer Staaten zu dieser Konstellation". Alle drei Staaten müßten sich um die Freundschaft auch des kleinsten ihnen erreichbaren Landes bemühen. Er bezieht sich auf die kurz zuvor erschienenen Artikel des früheren französischen Ministerpräsidenten Flandin, der für „England und Frankreich plus Rußland" versuchte, möglichst viele Staaten für ihre Konstellation gegenüber den „autoritären Staaten Deutschland, Italien und Japan" zu gewinnen. Zu diesem Zweck habe England seine besten Diplomaten nach Portugal, der Türkei und Japan entsandt. Im Gegensatz zu Weizsäckers Annahme, daß England „seine Ruhe in Europa durch Abschlagszahlungen an Deutschland erkaufen" werde (vgl. S. 117), ist Ribbentrop überzeugt, daß England „vor allem auch zukünftig bemüht bleiben wird, die Achse Berlin-Rom zu schwächen bzw. das Dreieck Berlin-Rom-Tokio zu trennen". Ribbentrop zweifelt nicht daran, daß England, „um das Herz des britischen Imperiums schützen zu können, zur gegebenen Zeit alles tun wird, um zu Italien und Japan, selbst eventuell unter großen Opfern, wieder ein gutes Verhältnis herzustellen, d.h. Deutschland auszukaufen" (vgl. S. 70: Chamberlains Rüstungsprogramm).

Schon 1936 behandelte Chamberlain Italien nur aus der Perspektive heraus, daß Deutschland allein die Gefahr sei und nichts Schlimmeres passieren könne, „als wenn Italien sich aus dem antideutschen Lager herauslöse" (Feiling S. 225). Der damalige Schatzkanzler stand mit dieser Auffassung nicht allein, denn Sir Samuel Hoare bestätigt:

„Wieder andere werden mit Vansittart und mir immer noch der Ansicht sein, daß die wirkliche Gefahr in Deutschland lag und es in erster Linie darum ging, Mussolini nicht in Hitlers Arme zu treiben" (Hoare S. 177).

In dieser Auffassung bestand demnach auch Einigkeit zwischen Chamberlain und Vansittart, dessen Name von Feiling erstaunlicherweise nicht erwähnt wird.

Bekanntlich kam es dann infolge des Abessinienkrieges doch zu einem englisch-italienischen Zerwürfnis und zur Annäherung zwischen Rom und Berlin. Chamberlain nannte die damaligen Sanktionen gegen Italien „the very midsummer of madness" (Vansittart II, S. 545), also den Gipfel der Verrücktheit! Wie aus seinen Memoiren hervorgeht, war Vansittart der geistige Urheber des sogenannten Hoare-Laval-Plans, der Mussolini halb Abessinien überlassen sollte, um den Duce im westlichen Lager zu halten und die Achse Berlin-Rom zu verhindern. Chamberlain war sehr schlecht auf Laval zu sprechen; Laval sei der

„Hauptgrund für den Sturz so vieler Dinge, von Frankreich und Abessinien, vom Völkerbund und von Sir Samuel Hoare. Die Angst vor Deutschland hatte Laval zu seinem Pakt mit Rom gezwungen, in der Berechnung, daß die italienische Freundschaft entweder benutzt werden könnte, um Deutschland zu zügeln oder als Aussicht, auf Kosten, vielleicht Polens und der Kleinen Entente zu einer französisch-deutschen Verständigung zu kommen" (Feiling S. 267).

Nachdem Deutschland sich im Abessinien-Krieg nicht gegen Mussolini gestellt hatte und die Achse Rom-Berlin und das Dreieck Berlin-Rom-Tokio eine Realität zu werden

begann, erstrebte Chamberlain — inzwischen Premierminister — durch seine Doppelpolitik die „Einschüchterung" jener Länder, die „Revisionen forderten", also Deutschlands, Italiens und Japans, während er gleichzeitig nach außen auf Ausgleich taktierte. In Wirklichkeit beschäftigte ihn stets die Frage: „Könnte nicht die Achse am Rom-Ende geschwächt werden?" (Feiling S. 330). Aus vielen Tagebucheintragungen Chamberlains geht hervor, wie sehr sich die enghsche Diplomatie darum bemühte,

„Mussolini von seiner unangenehmen Rolle zu überzeugen, das schwächere Ende der Achse zu sein (to be the hinder end of an axis)" (Feiling S. 332).

Als Außenminister Eden sich offen gegen Mussolini stellte - und u.a. darüber stürzte - notierte Chamberlain:

„Anthony hätte sich niemals zu einer Erwiderung provozieren lassen dürfen, die Deutschland und Italien in ihrer Selbstverteidigung zusammenschweißt, während unsere Politik offensichtlich versucht, die beiden zu trennen" (Feiling S. 332).

Chamberlain zeigte sich auch bereit, Italien in Spanien in bezug auf die Freiwilligen Konzessionen zu machen, weil er sonst fürchtete, „wertvolle Zeit zu verlieren und eine Hoffnung, die Achse zu trennen" (Feiling S. 337). Darum regte er im April 1938 die

„Anerkennung eines italienischen Äthiopiens in Genf an. ... Dieses war der erste große Fortschritt, den er empfohlen hatte, um ‚einen Gefahrenpunkt nach dem anderen zu beseitigen'. Die Größe seines Wertes würde davon abhängen, wie weit es gelänge, Itaben von einer deutschen Herrschaft zu befreien" (Feiling S. 351).

Churchill, der schon den Halifax-Besuch mit den bezeichnenden Worten kommentiert hatte, „es kam nichts heraus als Geschwätz und Verwirrung", schreibt über die gesamte Entwicklung der Politik Chamberlains auch noch nach München:

„Was immer man über den Frieden für unsere Zeit denken mochte, Chamberlain war sich mehr denn je der Notwendigkeit bewußt, Italien von Deutschland zu trennen" (Churchill I S. 406).

4. Seine Erfahrungen in England haben Ribbentrop gezeigt, daß viele der angeblich deutschfreundlichen englischen Politiker „derzeit nur eine ihnen zugeteilte Rolle spielen" und daß auch Chamberlain zu diesen gehörte. Nach seinen Gesprächen mit ihm glaubte Ribbentrop nicht mehr an dessen Sympathien für Deutschland. Chamberlain hatte es beispielsweise auch vermieden, sich mit dem deutschen Botschafter über die Artikel Garvins, des bedeutenden Redakteurs des „Observer", zu unterhalten, um die von diesem aufgezeichneten Ausgleichsmöghchkeiten zwischen den beiden Ländern nicht diskutieren zu müssen. Garvin hatte im Laufe des Jahres 1937 ein energisches Handeln Chamberlains gefordert, um die bedeutsamen Widerstände gegen eine deutsch-englische Verständigung beiseite zu räumen. Chamberlain aber war nicht der von Garvin geforderte Premierminister, noch wollte er es jemals sein.

5. Es war Chamberlains Bestreben, Zeit zu gewinnen, wie Ribbentrop schreibt, denn „England glaubt, daß bei einem Wettlauf mit Deutschland die Zeit für England arbeitet". Die Richtigkeit dieser Lagebeurteilung im Gegensatz zur Auffassung Weizsäcker-Rintelen, daß Deutschland seine Revisionsforderungen in Muße erreichen könne, wird von Feihng wiederholt bestätigt.

6. Ribbentrop war zwar der Ansicht, daß die Revisionen in Mitteleuropa friedlich und ohne Eingreifen Englands gelöst werden könnten, solange die deutsche Bündniskonstellation ebenso stark oder stärker als die englische ist. Grundsätzlich aber warnte Ribbentrop, England werde immer der gefährlichste Gegner eines erstarkten Deutschlands sein.

7. Hitlers Frage, „ob ein deutsch-englischer Ausgleich" überhaupt noch gefunden werden könne, beantwortet Ribben-

trop mit der ganz klaren Feststellung: „Steht England mit seinen Bündnissen Deutschland und seinen Freunden gegenüber stärker da, wird es meines Erachtens früher oder später immer schlagen. Gelingt es dagegen Deutschland, seine Bündnispolitik so zu gestalten, daß eine deutsche Konstellation einer englischen stärker oder vielleicht ebenbürtig gegenübersteht, wäre es möglich, daß England lieber doch noch einen Ausgleich versucht."

8. Ribbentrop warnt vor dem „harten und scharfen" englischen Gegner in dem kommenden „diplomatischen Spiel".

9. Ribbentrop beurteilt den Halifax-Besuch als ein britisches „Erkundungs- und Verschleierungsmanöver" und glaubt, daß Chamberlain schon um die Jahreswende 1937/38 keine ihm „möglich erscheinende Basis einer Einigung mit Deutschland" mehr sah. Da England fürchtete, daß es „von einem starken Deutschland eines Tages" zu Lösungen gezwungen werden könne, die ihm nicht genehm seien, stellt es sich „auf alle Fälle mit seinen militärischen und politischen Maßnahmen auf eine Auseinandersetzung mit Deutschland ein".

10. Diese Tendenz wurde unterstrichen durch die damalige Ernennung Vansittarts zum diplomatischen Hauptberater der enghschen Regierung. Wenn dieser fanatische Deutschenhasser auch als ständiger Staatssekretär des Foreign Office ausgeschieden war, so konnte er in der neuen Stellung seinen Einfluß noch verstärken. Ribbentrop schreibt einen Tag nach der Bekanntgabe: „Chamberlain hat nun Vansittart, unseren bedeutsamsten und zähesten Gegner, an eine Stelle berufen, an der er in das diplomatische Spiel gegen Deutschland führend eingreifen kann."

Vansittarts Glaubensbekenntnis gegenüber Deutschland war das seines Vorgängers im Foreign Office, Sir Eyre Crowe (gestorben 1925). In seinen Erinnerungen nennt er ihn den „größten Staatsdiener seines Zeitalters" (Vansittart II S. 45). Crowe hatte 1907 als junger Beamter im Foreign

Office ein berühmt gewordenes „Memorandum" gegen Deutschland geschrieben, das der Außenminister Sir Edward Grey „als Richtschnur für die Politik sehr nützlich" bezeichnete und in einem „engeren Kreise des Kabinetts umlaufen ließ" (Vertrags-Ploetz S. 230). Crowes einfache Formel war es: „England darf niemals mit Deutschland paktieren."

Die Warnung vor dem angeblichen deutschen Streben nach Weltherrschaft verbindet Crowe freilich noch mit der Warnung vor einer übertriebenen Schwächung Deutschlands — Yansittart hatte das vergessen:

„Solange England dem allgemeinen Grundsatz der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Macht treu bleibt, wäre seinen Interessen nicht damit gedient, wenn Deutschland auf den Rang einer schwachen Macht herabgedrückt würde, da dies leicht zu einem französisch-russischen Übergewicht führen könnte, was für das Britische Reich ebenso furchtbar, wenn nicht noch furchtbarer wäre" (Vertrags-Ploetz S. 234).

Crowe hatte noch den Deutschen positive Eigenschaften zuerkannt und war von der geistigen Sendung des Volkes der Dichter und Denker überzeugt; Vansittart aber glaubte, zur Erhaltung des englischen Empires auf maßlose Beschimpfungen des deutschen Volkes nicht verzichten zu können. 1933 hat er ein Memorandum verfaßt, aus dem sich nur die eine Konsequenz ergab: Germania esse delenda! Diese Auffassung Vansittarts zerstörte jede Möglichkeit eines wirklichen europäischen Gleichgewichts. Darüber hinaus unterwarf die Erfüllung seiner Forderung auch das Empire einem Weltgleichgewicht, das heute von den USA und der UdSSR bestimmt wird. 1941 hatte sich Vansittart an die Amerikaner mit den Worten gewandt:

„Durch die Gnade Gottes und zur Rettung der Menschheit werden wir die Erde von Deutschland befreien und Deutschland von sich selbst" (Vansittart I S. 14).

Nur aus taktischen Gründen war Vansittart Ende 1937 als Permanent Secretary aus dem Foreign Office ausgeschieden.

Als „Chief Diplomatie Adviser to His Majesty's Government" behielt er weiter Diensträume im Foreign Office. Er nahm insbesondere an allen bedeutenden Konferenzen teil, wie z.B. an der Besprechung am 18. September 1938 in London zwischen Daladier-Bonnet und Chamberlain-Hahfax, auf der - nach Berchtesgaden und vor Godesberg - die Haltung der Westmächte in der Sudetenkrise festgelegt wurde. Später wandte sich Roosevelts kriegstreibender Sonderbotschafter Bullitt an Vansittart. Schließhch ging noch während des Westfeldzuges 1940 das bekannte Angebot Churchills, Frankreich und England zu einer „Union" zu verbinden, um „Frankreich bei der Stange zu halten" (Churchill Band II, S. 250), auf den Vorschlag Vansittarts zurück.

Vansittart entfaltete - vor allem nach Kriegsausbruch — auch eine propagandistische Tätigkeit, die den fast krankhaften Deutschenhaß des „Diplomatischen Hauptberaters" der englischen Regierung völlig entschleierte. Am bekanntesten wurden seine Rundfunksendungen, die vor allem zur Vorbereitung des Kriegseintritts Amerikas an die Öffentlichkeit der USA gerichtet waren. Sie erschienen 1941 auch als Flugschrift „Black Record" („Düsterer Bericht"). Der Inhalt dieser Propaganda ist eine Zusammenfassung aller nur vorstellbaren Diffamierungen und Verleumdungen des deutschen Volkes, seines Charakters und seiner Geschichte. Noch nach dem Zusammenbruch Deutschlands setzte Vansittart seinen Verleumdungsfeldzug gegen die Deutschen weiter fort; als besonderes Angriffsziel wählte er den ehemaligen Reichsaußenminister. Er wiederholt z.B. die bekannte Geschichtsfälschung aus der Einleitung des sogenannten Ciano-Tagebuches, in der Ribbentrop die Behauptung unterstellt wird: „Wir wollen Krieg" (Vansittart II S.131 und 485 und Ribbentrop S. 288ff.). Er scheut sich nicht, sich in weitere persönlichen Verdächtigungen zu verlieren. Um Ribbentrop, der wiederholt über Vansittarts Gefährlichkeit berichtet hatte,

auch persönlich zu diffamieren, übernimmt er z.B. die häufig kolportierte Verleumdung, Ribbentrop habe sich Schloß Fuschl, das dem Auswärtigen Amt gehörte, als Privatbesitz angeeignet usw.

In seinen Erinnerungen erwähnt Vansittart Ribbentrops letzte Aufzeichnungen und dessen Feststellung, Vansittart sei der „Repräsentant" der These gewesen, „daß England niemals einen Pakt mit Deutschland schließen solle" .Lapidar schreibt Vansittart dazu: „That was true." Ebenso bestätigt er Ribbentrops Feststellung, daß „Vansittart unzweifelhaft der große Gegner aller deutschen Aspirationen war" mit den Worten: „That also was true" (Vansittart II S. 525f.).

Ribbentrop war nach London entsandt worden, um den Crowe-Vansittart-Thesen entgegenzuwirken. Seine „Schlußfolgerungen" vom 2. Januar 1938 berichten davon, daß der Geist Vansittarts nicht zerstörbar war und das britische Regierungsdenken weiterhin beherrschte.

TC-75 in Nürnberg

Dem Nürnberger Gerichtshof lagen die „Schlußfolgerungen" Ribbentrops laut Sitzungsprotokoll vom 15. Juli 1946 unter derselben Nummer 075-TC in zwei Ausfertigungen vor. Nur ein Exemplar enthielt den Gesamttext. Das hat die Verteidigung durch Zufall entdeckt. Als zweite Ausfertigung hatte die Anklagebehörde „von den 91/2Seiten nur insgesamt eine Seite" (IMT XVIII S. 296 f.) übersetzen lassen und dem Gericht als Beweismittel unter der Nr. 075-TC vorgelegt. Im Kreuzverhör wurde weiterhin von dieser einen Seite nur der Punkt 5 der in sechs Punkten gegliederten Zusammenfassung berücksichtigt. Die Ankläger stützten sich nur auf diesen kurzen Abschnitt der „Schlußfolgerungen" als Belastungsdokument, um Ribbentrop als Hauptverantwortlichen unter den Konspiratoren für die außenpohtisch-diplo-

matische Seite einer „Verschwörung gegen den Frieden" zu beschuldigen.

Der Gesamttext der Aufzeichnung wurde von Ribbentrops Verteidigung dem Gericht eingereicht, von diesem aber in der Urteilsbegründung nicht gewürdigt.

Die Ribbentrop in Nürnberg zur Verfügung gestellte Abschrift der „Schlußfolgerungen" ist mit einem Begleitschreiben eines Beamten des englischen Foreign Office versehen, in dem bestätigt wird, daß das beigefügte „Dokument ‚C' eine Photostat-Kopie eines Mikrofilms ist", der sich jetzt in London befinde und von einem Dokument des früheren deutschen Auswärtigen Amtes angefertigt worden sei. Weiterhin wird darin bestätigt, daß bereits

„am 19 Mai 1945 der genannte Mikrofilm durch ein Mitglied des Stabes des deutschen Auswärtigen Amtes dem britischen und amerikanischen Archiv-Investigatoren des Oberkommendos der alliierten Mächte übergeben wurde."

Ribbentrops Bericht war also bemerkenswerterweise schon elf Tage nach der deutschen bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945 in der Hand der Sieger, wobei aber noch offen bleibt, ob der Ribbentrop-Bericht nicht schon 1938 der britischen Regierung bekannt geworden war.

Der Hauptansatzpunkt für die Verurteilung Görings, Raeders und Neuraths wegen angeblicher „Verschwörung gegen den Frieden" war das Hoßbach-,,Protokoll". Da Ribbentrop an der Konferenz vom 5. November 1937 nicht teilgenommen hatte, konnte es nicht dafür herangezogen werden, ihn als Teilnehmer an dieser Besprechung einer „geheimen Verschwörung" anzuklagen. Deshalb versuchte der britische Ankläger Sir Maxwell-Fyfe aus den „Schlußfolgerungen" eine „conspiracy" zu konstruieren.

Da aber der Bericht mit jedem Wort beweist, daß sich Deutschland nur gegen Versailles zur Wehr setzte und warum es sich zur Wehr setzen mußte, konnte die Anklage nicht den

ganzen Bericht verwenden. So bediente sich Sir Maxwell-Fyfe im Kreuzverhör nur des Punktes 5, von dem er die beiden letzten Sätze nicht vorlas und versuchte, aus dem Resttext zu „beweisen", daß Ribbentrop von London aus Hitler den Rat gegeben habe: „Äußerlich Verständigung mit England und unter größter Geheimhaltung Bildung einer Koalition gegen England" (IMT X S. 399).

Für die Atmosphäre des Nürnberger Prozesses war es bezeichnend, daß es Sir Maxwell-Fyfe gelang, dem Gerichtshof diese sinnentstellende Deutung aufzudrängen. Diplomatische Veränderungen der internationalen Verhältnisse können zwar gewiß in der Stille — also ohne laute Ankündigungen von der Rednertribüne — angestrebt werden; sie vollziehen sich dennoch nicht unbemerkbar oder gar geheim. Dafür sorgt schon das aufmerksame diplomatische Korps, das in jeder Hauptstadt damit beschäftigt ist, auch leise Kursänderungen der jeweiligen Regierung zu registrieren und zu deuten. Die Herausgeber der englischen Ausgabe der deutschen Akten (Documents on German Foreign Policy Serie D, Volume I, Doc. 93) haben die Worte, die in Nürnberg zur Begründung der Anklage „Verschwörung gegen den Frieden" benutzt wurden, ebenso einfach wie zutreffend wiedergegeben. Demnach hat Ribbentrop Hitler zu einer „quiet but determined establishment of alliances", also zu einer „ruhigen und entschlossenen Herstellung von Allianzen" geraten.

Im Nürnberger Zeugenstand wies Ribbentrop, dem die erwähnten wenigen Sätze aus TC-75 als sog. „Überraschungsdokument" vorgelegt wurden, die Behauptung Sir Maxwell-Fyfes sofort zurück und ging auf den Inhalt der von Maxwell-Fyfe zunächst verschwiegenen Sätze ein: „Nur auf diese Weise können wir England begegnen, sei es eines Tages noch zum Ausgleich oder zum Konflikt. England wird ein harter und scharfer Gegner in diesem diplomatischen Spiel sein."

Ribbentrop erklärte als Zeuge in eigener Sache:

„Das ist die entscheidende Feststellung. Nur auf diese Weise kommen wir mit England eines Tages zum Ausgleich oder zum Konflikt. Die Situation war damals ganz klar die, daß England sich diesen deutschen Revisionswünschen, die der Führer als vital bezeichnet hatte, widersetzte und daß es nur möglich schien, durch eine starke diplomatische Konstellation auf diplomatischem und nicht kriegerischem Wege England dazu zu bringen, diesen deutschen Aspirationen schließlich zuzustimmen."

Nochmals versteifte sich Maxwell-Fyfe auf die Formulierung „Äußerlich Verständigung" und Bildung einer Koalition unter „größter Geheimhaltung". Wiederum antwortete Ribbentrop auf den inhaltlich entscheidenden Teil des Punktes 5:

„Ich habe das ganz klar gesagt, daß England sich den deutschen Wünschen entgegenstellte, und daß daher Deutschland, wenn es diese Aspirationen durchsetzen wollte, nichts anderes übrig bliebe, als Freunde zu suchen und mittels dieser Freunde England an den Verhandlungstisch zu bringen, damit England diesen Aspirationen zustimme, und zwar auf diplomatischem Wege. Das war damals meine Aufgabe." (IMT X S. 399).

Jetzt erst gab Sir Maxwell-Fyfe den Versuch auf, Ribbentrop aus den Formulierungen des Punktes 5 eine „Konspiration" gegen England nachzuweisen und brach das Thema brüsk ab, um auf Polen überzugehen und ein weiteres „Überraschungsdokument" vorzulegen: Eine undatierte und nicht unterschriebene Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes, die Ribbentrop bei dieser Gelegenheit erstmals gesehen hat. Sie war im „K-Schrank" des Staatssekretärs von Weizsäcker verwahrt worden (vgl. IMT X S. 400 Dok. TC-76 und ADAP II Dok. 259.)

Die Herausgeber von ADAP haben das Schriftstück zwischen den 18. und 22. Juni 1938 eingereiht. Später bezeichnete sich Weizsäcker als Verfasser (Weizsäcker S. 166).

Im Urteil des Nürnberger Gerichtshofes heißt es:

„Bei der am 5. November 1937 abgehaltenen Hoßbach-Besprechung war Ribbentrop nicht zugegen, jedoch schickte er am

2. Januar 1938, während er noch Botschafter in England war, eine Denkschrift an Hitler, in der er seiner Meinung Ausdruck gab, eine Änderung des status quo im deutschen Sinne könne nur mit Gewalt durchgeführt werden; er schlug Maßnahmen vor, um England und Frankreich von einer Einmischung in einen europäischen Krieg abzuhalten, der ausgefochten werden müßte, wenn eine solche Änderung herbeigeführt werde" (IMT I Band S. 321).

Abgesehen davon, daß es Ribbentrops diplomatische Aufgabe war, einen „europäischen Krieg" möglichst zu verhindern, ist es für das Nürnberger Verfahren bezeichnend, daß die Beurteilung der Lage und die daraus gezogenen Schlußfolgerungen eines Botschafters als Beweis für seine Teilnahme an einer „Verschwörung gegen den Frieden" angesehen wurden*.

Die „Schlußfolgerungen" in der Nachkriegsliteratur

Auch in der deutschen Nachkriegsliteratur haben Ribbentrops „Schlußfolgerungen" eine eigentümliche Behandlung erfahren. So befaßte sich Dr. Erich Kordt, der zur Zeit der Abfassung des Berichtes an der Londoner Botschaft tätig war, in seinen beiden Erinnerungsbüchern mit Ribbentrops „Schlußfolgerungen" vom 2. Januar 1938. Kordt ist jetzt

* Neuerdings wird das Nürnberger Verfahren auch in großen deutschen Zeitungen kritisiert. So urteilte Walter Görlitz in einer Besprechung der deutschen Ausgabe über Taylors „Die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges":

„Wer souverän über das Phänomen Hitler urteilen will, muß allerdings eines tun, das dumme Klischee vom Tisch zu fegen, das Vernehmungsoffiziere, Ankläger und zum Teil, Gott sei's geklagt, juristisch hochqualifizierte Richter in Nürnberg sich und der Außenwelt zusammengeschustert hatten: Hitler und mit ihm die .Bande' des Dritten Reiches, also die Partei, die Wehrmacht, die altlegale Staatsführung des Reiches, hätten sich einer Verschwörung gegen den Weltfrieden schuldig gemacht und hätten von Ur- und Anbeginn an nur ein Ziel gekannt — die Entfesselung des zweiten Weltkrieges. Wer dies böse Ammenmärchen heute noch glaubt, den muß Taylor auf die Barrikade bringen. Nur ist die Barrikade nicht mehr zu verteidigen" („Die Welt" Hamburg 17. März 1962).

Professor für Völkerrecht, Staatsrecht und Geschichte der Diplomatie an der Universität Köln. Im Jahre 1934 wurde er als Verbindungsmann des Auswärtigen Amtes zur „Dienststelle Ribbentrop" ernannt und erhielt bekanntlich vom Staatssekretär von Bülow den Auftrag, Ribbentrops diplomatische Bemühungen nicht zu unterstützen, sondern sich „seinen eigenen Strick drehen zu lassen". Wie bereits erwähnt, gehörte Kordt ebenfalls zu dem „wichtigen Widerstandszentrum in der unmittelbarsten Umgebung Ribbentrops" (vgl. S. 77).

In seinem ersten Buch geht Kordt mit den folgenden Worten auf die „Schlußfolgerungen" ein:

„Eine längere Denkschrift für Hitler, in der Ribbentrop die Möglichkeit einer deutsch-britischen Verständigung als gering bezeichnet. Ein Konflikt werde kaum vermeidbar sein" (Kordt I S. 91).

Gegen diese Interpretation ist nichts zu sagen, da sie einen Teil des Inhalts korrekt definiert.

In seinem zweiten Buch aber, das mit dem Titel „Nicht aus den Akten ..." vier Jahre später erschienen ist, behauptet Kordt u. a., daß Ribbentrop sowohl den Hauptteil des Berichtes „A 5522" wie auch die dazu gehörenden „Schlußfolgerungen" in „einem Turmzimmer der Botschaft" in London verfaßt habe. In dem klassizistischen Gebäude der Londoner Botschaft gab es aber weder einen Turm noch ein Turmzimmer. Vermutlich hatte Kordt den Fuschl-Turm im Sinn, der allerdings erst 1939 vom Auswärtigen Amt erworben wurde.

Im Jahre 1950, als die IMT-Bände gerade erschienen waren, interpretiert Kordt die „Schlußfolgerungen" Ribbentrops in den Hauptpunkten wesentlich anders als vier Jahre zuvor. Er schreibt nun, Ribbentrop habe gefordert,

„Äußerlich solle Deutschland Verständigungsbereitschaft mit England zeigen, gleichzeitig aber die Bildung einer geheimen antibritischen Koalition betreiben" (Kordt II S. 175).

Diese Verzerrung zeigt eine auffallende Übereinstimmung mit der englischen Anklage in Nürnberg.

Sonst bleiben Ribbentrops „Schlußfolgerungen" in der deutschen Nachkriegsliteratur entweder unerwähnt - selbst bei Freund und Hohlfeld - oder es werden nur einige Sätze daraus entstellt wiedergegeben. Eine Ausnahme bildete die erste Ausgabe des sog. „Vertrags-Ploetz" (Bielefeld 1953), in die Ribbentrops „Schlußfolgerungen" ziemlich ausführlich aufgenommen wurden, mit der Vorbemerkung:

„Dieses Dokument ist das Programm deutscher Außenpolitik, es reiht sich in die Zahl jener großen Dokumente ein, auf die ein Staat, der bewußt eine neue Ära seines außenpolitischen Willens und Wollens eröffnete, sein Tun und Lassen gründet" (Vertrags-Ploetz S. 346).

In einer späteren Ausgabe des Vertrags-Ploetz von 1959 wurden die „Schlußfolgerungen" gestrichen.

Der Herausgeber dieses Werkes, Helmuth K. Roennefarth, hat inzwischen ein zeitgeschichtliches Buch über die Sudetenkrise geschrieben. Er beschäftigt sich darin polemisch mit Ribbentrops „Schlußfolgerungen". Obwohl er für diese Auseinandersetzung zwölf Seiten seiner Arbeit verwendet (Roennefarth Bd. I S. 51 ff. und Bd. II S. 37 ff.), läßt er den Leser im unklaren über das, was Ribbentrop wirklich geschrieben und Hitler empfohlen hat. Roennefarths Methode besteht darin, einzelne Fragestellungen Ribbentrops herauszustellen, ohne dessen Antwort darauf wiederzugeben*.

*** Roennefarths Arbeit ist z. T. auch deshalb irreführend, weil er alle unsignierten und undatierten Dokumente, die in Nürnberg, wenn auch nicht immer zur Urteilsbegründung, so doch zur Stimmungsmache dienen mußten, als echt und entscheidend ansieht. Die Bedeutung seines Werkes besteht wohl in der Aufdeckung bisher unbekannter Kontakte zwischen der Deutschen Opposition und dem Foreign Office. Dies tritt insbesondere hervor in seinen Abschnitten: „Weizsäckers ‚zweideutige' Orientierung", „Besuch Ewalds von Kleist-Schmenzin in London", „Gewollte Offenheiten" sowie „Deutsche Opposition und Foreign Office" (Roennefarth S. 315 ff., S. 402 ff., S. 405 ff., S. 502 ff.). Vgl. Seiten 188, 191f., 198f. 205f.**

Aber auch Roennefarth (Bd. I S. 50) hat erkannt, daß der Hauptbericht London A 5522, zu dem Ribbentrops „Schlußfolgerungen" geschrieben wurden, verschollen ist und daß erst nach dessen Auffindung und Veröffentlichung endgültige Urteile möglich sind.

Der bereits erwähnte amerikanische Historiker Hoggan hat im Gegensatz zum Nürnberger Gerichtshof und den genannten deutschen Kritikern die „Schlußfolgerungen" nüchtern untersucht. Hoggan urteilt ähnlich wie Tansill; er verweist mehrmals auf Ribbentrops „ausgezeichneten", „brillanten" Bericht und erläutert:

„Ribbentrop wies darauf hin, daß es keine echte Möglichkeit zu einem deutsch-englischen Übereinkommen gäbe, solange die Verhältnisse nicht geregelt seien, daß aber unter Umständen eine starke deutsche Politik und die Festigung der deutschen Stellung ein solches Übereinkommen ermöglichen würde. Der deutsche Botschafter betonte, daß das oberste Ziel während der vielen Monate seiner Tätigkeit in London ein Einvernehmen mit Großbritannien gewesen sei. Er hatte seine Schlußfolgerungen aus vielen Unterredungen mit maßgeblichen Persönlichkeiten der englischen Politik gewonnen. Ribbentrops Bericht gab den Ausschlag für seine Berufung zum deutschen Außenminister im Februar 1938. Kein anderer deutscher Diplomat in jener Zeit hatte Hitler eine vergleichbare Analyse der britischen Politik und der Haltung Englands gegenüber Deutschland vorgelegt. Der Ribbentrop-Bericht ist dem Memorandum von Alfred v. Kiderlen-Waechter vom Jahre 1909 über die deutsch-englischen und deutsch-russischen Beziehungen vergleichbar. Dieses Memorandum war vom Kanzler Bethmann-Hollweg angefordert worden und brachte Kiderlen trotz der Ablehnung durch Kaiser Wilhem II. von der obskuren Gesandtschaft Bukarest in die Wilhelmstraße" (Hoggan S. 95).

Hoggan hat vermutlich recht mit seiner Ansicht, daß Ribbentrop im Februar 1938 auf Grund seiner nüchternen Beurteilung der britischen Pohtik zum Außenminister ernannt wurde. Während Ribbentrop von London aus den Hahfax-Besuch lediglich als Erkundungs- und Verschlei-

erungsmanöver beurteilte, hatte man ihn in der Wilhelmstraße, wie der Weizsäcker-Rintelen-Bericht zeigt(vgl.S. 117), positiv eingeschätzt. Das Auswärtige Amt unterstellte den Beginn einer wohlwollenden englischen Politik entweder aus Überzeugung oder um Hitler das hören zu lassen, was er gerne hören wollte; Ribbentrop aber wies realistisch auf den wahrscheinlichen englischen Widerstand hin.

Überaus merkwürdig ist die Tatsache, daß das Nürnberger Tribunal Ribbentrop verurteilte, weil er angeblich einen deutsch-englischen Krieg wünschte, während die Kreise der innerdeutschen Opposition damals und seither die Legende verbreitet haben, Ribbentrop hätte Hitler „falsch beraten", indem er behauptete, ein englisch-deutscher Krieg werde nicht stattfinden.

Bei nüchterner Prüfung der historischen Tatsachen ist dagegen festzustellen, daß Ribbentrops „Schlußfolgerungen" eine treffende und durch die Ereignisse bestätigte Beurteilung der damaligen und späteren britischen Regierungspolitik darstellen.

ÖSTERREICH

Die Anschlußverbote 1919-1932

Der amerikanische Präsident Wilson hatte im Punkt 10 seiner Kongreßrede vom 8.Januar 1918 verlangt:

„Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Völkern wir sichergestellt und zugesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gewährt werden."

Im Gegensatz dazu wurde in Versailles und in Saint Germain zwangsweise ein Klein-Österreich geschaffen, was statt Selbstbestimmung Separation bedeutete. Der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg sagte noch in seinen Erinnerungen über den neuen Staat: „Österreichs schwerer Geburtsfehler war, daß es durch den Friedensvertrag von Saint Germain nach dem traurigen Zusammenbruch des alten Donaureiches entstanden ist. An diesem Geburtsfehler ist es schließlich gestorben" (Schuschnigg II S. 168).

Bereits am 2. November 1918 erklärte der führende österreichische Sozialdemokrat Dr. Bauer:

„Dieses Deutsch-Österreich ist, auf sich selbst gestellt, für sich allein kein möglicher Staat. ... Darum müssen wir für uns das Recht beanspruchen, den Anschluß dort zu suchen, wo wir ihn finden können, wo wir von der Natur aus hingehören und von wo man uns nur künstlich vor ein paar Jahrhunderten abgetrennt hat - den Anschluß am deutschen Reich zu suchen" (Schuschnigg I S. 58).

Am 12. November 1918 legte der sozialdemokratische Staatskanzler Dr. Renner das neue Grundgesetz des österreichischen Staates der provisorischen Nationalversammlung vor. Darin heißt es im Artikel 2: „Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik." Dieses Gesetz wurde von den zweihundert Abgeordneten einstimmig angenommen.

Am 21. Februar 1919 nahm die deutsche Nationalversammlung „mit lebhafter Genugtuung von den Beschlüssen Kenntnis, mit denen die Vertreter der Stimme Deutsch-Österreichs ihre Zugehörigkeit zu dem deutschen Gesamtvolk bekundet haben" (Berber S. 538). Ein österreichisches Gesetz vom 12. März 1919 legte erneut fest, daß Deutsch-Österreich ein Bestandteil des Deutschen Reiches sei.

In Frankreich protestierte Poincaré gegen diesen Beschluß und Clemenceau erklärte im Auswärtigen Ausschuß des französischen Senats: „Wir werden diese Annexion niemals zulassen !"

Zunächst wurde in Artikel 80 des Versailler Vertrages ein „Anschluß"-Verbot festgelegt. Trotzdem nahm die deutsche Nationalversammlung in Weimar vorsorglich am 11. August 1919 eine Bestimmung in die Verfassung auf, wonach „Deutsch-Österreich nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichstag mit der seiner Bevölkerung entsprechenden Stimmenzahl erhält. Bis dahin haben die Vertreter Deutsch-Österreichs beratende Stimme" (Berber S. 541).

Wiederum forderte Clemenceau ultimativ die Beseitigung dieser Bestimmungen unter Androhung der Besetzung auch des rechten Rheinufers, worauf die deutsche Reichsregierung am 5. September 1919 erklärte, daß die Bestimmungen „so lange kraftlos bleiben würden, bis der Völkerbund einer Abänderung der staatsrechtlichen Verhältnisse Deutsch-Österreichs zustimme" (Berber S. 544).

In Wien erklärte am Tag darauf, am 6. September 1919, Staatskanzler Dr. Renner:

„Die Nationalversammlung erhebt vor aller Welt feierlich ihren Protest dagegen, daß der Friedensvertrag von Saint Germain unter dem Vorwande, die Unabhängigkeit Deutsch-Österreichs zu schützen, dem deutsch-österreichischen Volk sein Selbstbestimmungsrecht nimmt, ihm die Erfüllung seines Herzenswunsches, seine wirtschaftliche, kulturelle und politische Lebensnotwendigkeit, die Vereinigung mit dem deutschen Mutterlande verweigert."

Eine allgemeine Volksabstimmung wurde durch die Alliierten verhindert, aber Einzelabstimmungen, die im Jahre 1920 in Tirol und Salzburg durchgeführt wurden, zeitigten eine überwältigende Mehrheit für den Anschluß an Deutschland. Wilsons nächster Mitarbeiter, der Staatssekretär Lansing, erklärte:

„Eine klarere Verleugnung des angeblichen Selbstbestimmungsrechtes ist kaum zu denken, als dieses Verbot des fast vom einmütigen Wunsch des deutsch-österreichischen Volkes getragenen Anschlusses an Deutschland" („The Peace Negotiation", Boston und New York 1921 S, 99).

Nachdem sich Österreich den Drohungen einer Blockade oder Besetzung durch die Alliierten ergeben hatte, wurde es schließlich am 4. Oktober 1922 durch die Bedingungen einer internationalen Anleihe gezwungen, sich auch allen wirtschaftlichen Bestimmungen zu unterwerfen, die den Anschluß verhindern sollten. Es ist interessant, daß der spätere Präsident Hoover, der Anfang 1920 die USA-Hilfsaktion für Europa leitete, erklärte, „wenn es auf ihn ankomme, würde er den Kredit für Österreich verweigern, bis die Alliierten den Friedensvertrag geändert und den Anschluß gestattet hätten" (Papen S. 391). Aber die Politik der Westmächte hielt zäh an dem Anschlußverbot fest. Noch der Bündnisvertrag, den Frankreich mit der Tschechoslowakei am 25. Januar 1934 abschloß, enthielt eine militärische Drohung gegen alle Anschlußbestrebungen Österreichs.

Naturgemäß konnte sich das in den zwanziger Jahren wirtschaftlich und politisch schwache Deutschland nur vorsichtig

äußern, so daß nur wenig ermunternde Worte über die Grenze drangen. Eine Ausnahme bildete der damalige deutsche Außenminister Dr. Gustav Stresemann, der am 20. Februar 1925 erklärt hatte:

„Trotz aller Hemmungen, die die Verträge von Versailles und Saint Germain uns auferlegen, sind wir entschlossen, alles zu tun, um die Beziehungen zu Österreich eng und innig zu machen. Wir wollen ein Land und eine Wirtschaftsgemeinschaft sein."

Die erste Verwirklichung der Forderung Stresemanns nach engerer wirtschaftlicher Verbindung der beiden deutschen Staaten war die sog. Zollunion, die wiederum mit einem Verbot der Alliierten endete: Im März 1931 führte der Außenminister Dr. Curtius mit dem Vizekanzler Dr. Schober zoll- und handelspohtische Gespräche in Wien. Im Protokoll vom 19. März wurde mit größter Vorsicht festgelegt, daß die beiden Staaten unter Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Achtung der Verpflichtung gegenüber Dritten „den Anfang mit einer Neuordnung der europäischen Wirtschaftsverhältnisse auf dem Wege regionaler Vereinbarungen" machen wollten. Im § 3 hieß es: „Im Warenverkehr zwischen den beiden Ländern sollen während der Dauer des Vertrages keine Einfuhr- und Ausfuhrzölle erhoben werden." Obwohl diese Bestimmung im § 1 dahin ergänzt wurde, daß es sich hier ausdrücklich nur um einen „Anfang" handele, „dem sich andere Länder anschließen konnten", was außerdem dem damaligen paneuropäischen Plan Briands vom 17. Mai 1930 entsprach, protestierten die Alliierten sofort gegen die deutsch-österreichische Zollunion. Frankreich begann einen Druck auf die österreichische und deutsche Währung auszuüben, der zum Zusammenbruch der Kreditanstalt in Wien führte. Wirtschaftliche Hilfe wurde nur angeboten unter der Bedingung, daß Österreich auf die Zollunion verzichte und sich bedingungslos der Entscheidung des Völkerbundsrates unterwerfe. Curtius und Schober mußten in dieser Zwangs-

lage darauf verzichten, „das ursprünglich ins Auge gefaßte Projekt weiter zu verfolgen".

Über das Verbot der deutsch-österreichischen Zollunion wurde schließlich im Haager Internationalen Gerichtshof verhandelt: Mit nur einer Stimme Mehrheit wurde gegen Deutschland und Österreich entschieden. Der japanische Präsident des Gerichtes, Adatci, stimmte für die Zulässigkeit der Zollunion.

Genau wie im damaligen Deutschland führte die Anleihepolitik des Westens auch in Österreich zu immer ernsteren wirtschaftlichen Konsequenzen. Die Anleihe, die dem Bundeskanzler Dollfuß im Juli 1932 gegeben wurde, verpflichtete Österreich, auf politische und wirtschaftliche Anschlußbestrebungen zu verzichten, bis die Anleihen zurückgezahlt waren. Nur mit einer geringen Mehrheit konnte Dollfuß die Annahme der Lausanner Abmachungen im österreichischen Parlament durchsetzen. In der entscheidenden Sitzung am 14. September 1933 erklärte der frühere Staatskanzler Dr. Renner:

„Wir wissen ja alle, daß wir in der Konfiguration, in der wir leben, als dieses Deutsch-Österreich keine Zukunft haben.... Wir können uns solange am Leben erhalten, bis die Stunde der Befreiung kommt, bis wir uns als Deutsche entscheiden können, zu dem Staatswesen, zu dem wir der Natur der Dinge nach gehören" (Schuschnigg I S. 86).

Dollfuß und Schuschnigg

Am 30. April 1934 löste sich die österreichische Nationalversammlung selbst auf. Von diesem Zeitpunkt an regierte Dollfuß auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von 1917. Die nationalsozialistische Partei war am 19. Juni 1933 verboten worden, die sozialdemokratische und kommunistische Partei am 12. Februar 1934. Der Abgeordnete Foppa erklärte am 30. April 1934 im österreichischen Nationalrat:

„Dieses Haus ist Zeuge gewesen der einhelligen Zustimmung von Regierung und Nationalrat zum deutsch-österreichischen Zollunionsplan. Und dies alles soll nun mit einem Mal unwahr geworden sein nur aus dem Grunde, weil das Deutsche Reich endlich seine innere Einigung gefunden hat und mit einem noch nie dagewesenen Aufbauwillen an der Wiedergestaltung einer freien deutschen Zukunft arbeitet. Die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Österreichs war nie besser gesichert als durch die Außenpolitik des Altbundeskanzlers Dr. Seipel, der mit seinem weitblickenden und staatsmännischen Verstände sehr wohl erkannt und verkündet hat, daß eine Verteidigung der wahren Selbständigkeit Österreichs überhaupt nur mit deutscher Rückendeckung möglich ist" (WdG 2 S. 327).

Im Juli 1934 kam es zu einem von österreichischen Nationalsozialisten auf eigene Faust inszenierten Aufstand, dem Dollfuß zum Opfer fiel.

Die österreichischen Nationalsozialisten schritten zu ihrer unglücklichen Aktion gegen Dollfuß in einem Augenblick, in dem sich der Bundeskanzler bereits zu einer Übergangsregelung entschlossen hatte. Der Ingenieur Reinthaller befand sich „just am gleichen Tage mit einem Kompromißvorschlag Dollfuß'" auf dem Wege zu Hitler. „In dem Kompromiß war vorgeschlagen, die NS-Partei wieder zu legalisieren unter der Bedingung, daß sie temporär (also nicht prinzipiell) auf das Vortreiben des Anschlusses verzichten wolle, bis die europäische Lage für die Lösung der Frage günstiger geworden sei" (Papen S. 393). Hitler enthob sowohl den Landesleiter der NSDAP in Österreich, Theo Habicht, seines Postens, da seine Haltung zweideutig gewesen war, wie auch den deutschen Gesandten in Wien Dr. Bieth. Dieser hatte auf Aufforderung österreichischer Bundesminister sich ohne Bückfrage bei der deutschen Reichsregierung in Verhandlungen mit den Aufständischen eingelassen. Als Nachfolger wurde der bisherige deutsche Vizekanzler von Papen in Sondermission auf den Posten des deutschen Gesandten in Wien berufen mit unmittelbarer Unterstellung unter Hitler.

Bis zur Regierung Dollfuß hatten die österreichischen Staatsmänner ihre Aufgabe darin gesehen, die Unabhängigkeit ihres Landes gegen die Versailler Mächte zu verteidigen und gleichzeitig den näheren Anschluß an Deutschland vorzubereiten. Erst 1934 „hatte sich die österreichische Regierung an die Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens gewandt ... um die Unabhängigkeit und Integrität Österreichs gemäß den geltenden Verträgen aufrecht zu erhalten" (Berber S. 585).

Da sich vor allem Italien für die Österreich-Frage interessierte und gegen den Ausschlußgedanken Stellung nahm, was insbesondere bei der Konferenz von Stresa 1934 zum Ausdruck kam, wurde dieses Problem in jenen Jahren zu einer Schlüsselfrage europäischer Politik.

Als trotzdem infolge des Abessinien-Konfliktes ab 1935-36 eine Annäherung zwischen Berlin und Rom erfolgte, blieb die Österreich-Frage ein wunder Punkt der „Achse". Mussohni verstand sich noch am 8. Mai 1937 lediglich zu der Erklärung, er werde sich gegen Österreich einstellen, wenn sich in Wien eine „Volksfrontregierung" bilde und

„die österreichische Politik nach Prag oder Paris orientieren wolle. ... Das gleiche würde der Fall sein, wenn etwa von der Regierung Schuschnigg eine Annäherung an die Tschechoslowakei stattfinden würde" (ADAP I Dok. 222).

Noch fast ein ganzes Jahr lang wurde Schuschnigg offiziell und inoffiziell bedrängt, keinen Ausgleich mit Deutschland einzugehen. Erst am 27. Januar 1938 konnte Papen an Hitler telegrafieren, daß Schuschnigg sich der „Unmöglichkeit" des gegenwärtigen Zustandes bewußt geworden sei und daß er

„dringend die beabsichtigte persönliche Aussprache wünscht und nach Ansicht von Glaise auch zu grundsätzlicher Änderung seiner Haltung bereit wäre" (ADAP I Dok. 279).

Schuschnigg in Berchtesgaden

Am 12. Februar 1938 kam es zu der für die Öffentlichkeit überraschenden Unterredung zwischen Hitler und Schuschnigg. Aus dem Protokoll der damaligen Besprechung, das von den beiden Regierungschefs und den beiden Außenministern Ribbentrop und Guido Schmidt unterschrieben wurde, geht als Wichtigstes hervor:

„1. Die österreichische Bundesregierung wird über außenpolitische Fragen, die die beiden Länder gemeinsam angehen, jeweils mit der Reichsregierung in einen diplomatischen Gedankenaustausch treten. Österreich wird den Wünschen und Aktionen des Deutschen Reiches auf Ersuchen nach Maßgabe der bestehenden Möglichkeiten moralische, diplomatische und pressepolitische Unterstützung angedeihen lassen. Die Reichsregierung übernimmt die gleiche Verpflichtung gegenüber der österreichischen Bundesregierung.

2. Der Bundeskanzler Schuschnigg erklärt sich bereit, Herrn Staatsrat Dr. Seyß-Inquart in die Regierung zu berufen und ihm das Sicherheitswesen zu übertragen.

3. Der Bundeskanzler erklärt, daß der österreichische Nationalsozialist grundsätzlich die Möglichkeit legaler Betätigung im Rahmen der Vaterländischen Front' und aller übrigen österreichischen Einrichtungen haben soll. ...

4. Die österreichische Bundesregierung erläßt eine sofortige allgemeine Amnestie für alle wegen nationalsozialistischer Betätigung gerichtlich oder polizeilich bestraften Personen in Österreich. Solche Personen, deren weiteres Verbleiben in Österreich für die Beziehungen der beiden Staaten abträglich erscheint, werden nach Prüfung des Einzelfalles im Einverständnis beider Regierungen veranlaßt, ihren Wohnsitz ins Reichsgebiet zu verlegen.

5. Maßregelungen, die wegen nationalsozialistischer Betätigung auf dem Gebiete des Pensions-, Renten- und Unterstützungswesens, insbesondere durch Entziehung oder Kürzung dieser Bezüge, sowie auf dem Gebiete des Schulwesens, verhängt worden sind, werden aufgehoben und ihre Wiedergutmachung zugesagt.

6. Alle wirtschaftlichen Diskriminierungen gegen Nationalsozialisten werden beseitigt....

9. Alle Diskriminierungen gegen Nationalsozialisten, insbesondere bei der Aufnahme und Ableistung des Heeresdienstes, werden aufgehoben und rückgängig gemacht....

Die Reichsregierung erkennt an, daß der künftige Innenminister Seyß-Inquart die allein zuständige Persönlichkeit für die Durchführung der Ziffer II, 2 dieses Protokolls ist. Die Reichsregierung wird Maßnahmen treffen, die eine Einmischung reichsdeutscher Parteistellen in innerösterreichische Verhältnisse ausschließt..." (ADAP I Dok. 295).

Zwei Tage später — am 14. Februar — berichtete Papen, Schuschnigg sei von der Besprechung mit dem Führer

„tief beeindruckt, hat gestern und heute scharfen Kampf mit allen Gegnern einer Befriedung geführt, da er entschlossen ist, Zusagen von Berchtesgaden durchzuführen. Haupthindernis bietet Unterstellung Sicherheitswesen unter Seyß-Inquart, die vom Präsidenten bisher verweigert wurde. Es scheint, daß insbesondere Frankreich, aber auch England, stärkste Vorstellungen am Ballhausplatz erheben, um vor zu weitgehenden Konzessionen an uns zu warnen. Ich habe heute früh kategorisch abgelehnt, irgend einen Vorschlag auf Verschlechterung unterschriebenen Protokolls an Führer weiterzugeben. Bundeskanzler, der mich soeben empfing, mitteilte, daß er trotz aller Widerstände das Abkommen morgen durchzubringen hoffe ..." (ADAP I Dok. 297).

Das war die Haltung Schuschniggs noch nach der Besprechung von Berchtesgaden. Schuschnigg hatte gebeten, das Protokoll erst nach drei Tagen zu unterschreiben, damit er es vorher mit seiner Regierung durchsprechen könne.

Die definitive Fassung des Protokolls von Berchtesgaden vom 12. Februar 1938 ist gegenüber dem deutschen Entwurf, der von Keppler formuliert wurde, in fast allen Punkten gemildert. Es wird z.B. nur noch zugestanden, einzelne „Nationalsozialisten in die Vaterländische Front, die Regierung und andere Körperschaften" zu übernehmen, wie es schon im vorhergegangenen, recht wirkungslosen sog. Juli-Vertrag 1936 vereinbart worden war. Weiterhin sollte sich die Amnestie „nur auf in Österreich befindliche Nationalsozialisten

erstrecken" und nicht auf die nach Deutschland geflüchteten. Der Nationalsozialismus wird nicht offiziell anerkannt. Glaise-Horstenau wird nicht Kriegsminister, und nur ein Wechsel in der Person des Generalstabschefs wird zugesagt. Dr. Fischboeck wird nicht Finanzminister, sondern nur in maßgebender Position eingestellt. Papen schreibt wörtlich, Schuschniggs

„einzige Zusage bleibt die Ernennung Seyß-Inquarts zum Innenminister. Dies bedeutet kein Opfer Schuschniggs, weil dieser Posten schon von Glaise besetzt war. Das einzige Opfer, um das lange und zäh gerungen wurde, ist die Unterstellung der Polizei unter den neuen Innenminister" (Papen S. 473).

Papen bestätigt, Seyß-Inquart habe sich ohne weiteres damit einverstanden erklärt, daß in der Leitung des Sicherheitsdienstes nichts geändert werden solle und der Polizeipräsident Skubl, der Vertrauensmann Schuschniggs, erklärte nach dem Zusammenbruch unter Eid, daß „Seyß ihm nie in seine Maßnahmen hineingeredet habe — alles sei geblieben wie zuvor".

Zusammenfassend schreibt Papen in seinen Erinnerungen:

„Auch jetzt war Schuschnigg noch nicht gebunden. Wenn er die Überzeugung gewonnen hätte, das paraphierte Abkommen sei der Anfang von Österreichs Untergang - wie er es später behauptete - dann konnte er morgen seine Demission nehmen und den Präsidenten bitten, die Forderungen abzulehnen und eine neue Regierung zu ernennen" (Papen S. 476).

Dazu entschloß sich Schuschnigg nicht.

Bereits am 15. Februar 1938 wurde Berlin offiziell von der Annahme der Berchtesgadener Abmachungen unterrichtet und am 18. Februar wurde mitgeteilt, daß die politischen Klauseln durchgeführt seien. Hitler ließ Schuschnigg wissen, daß er in seiner Reichstagsrede am 20. Februar auch die deutsch-österreichische Frage behandeln werde. In dieser Rede erklärte er u.a., daß die bei der Durchführung des deutsch-österreichischen Abkommens vom 11. Juli 1936 aufgetretenen Schwierigkeiten die beiden Völker zu einem neuen

Versuch gezwungen hätten, „die Mißverständnisse und Hindernisse für eine endgültige Befriedung aus dem Wege zu räumen":

„Es war der Gedanke und die Absicht, zu einer Entspannung unserer gespannten Beziehungen zu kommen, indem man auch unter dem Stande der gegenwärtigen Gesetzgebung in Österreich jenen Bürgern, die sich zu nationalsozialistischen Ansichten bekennen, die gleichen legalen Rechte gewährt, wie sie anderen deutsch-österreichischen Bürgern zugute kommen" (Papen S.478).

Eine Generalamnestie sollte ein besseres Verständnis der beiden zusammengehörenden Völker ermöglichen „im Geiste und Rahmendes Vertrages vom 11. Juni 1936". Hitler drückte seinen aufrichtigen Dank an den österreichischen Kanzler aus „für sein großes Verständnis und seine warmherzige Bereitwilligkeit", mit der Schuschnigg die Einladung auf den Berghof angenommen und versucht habe, gemeinsam „einen Weg zu finden", der den besten Interessen der beiden Länder dienen würde.

Noch in seinen Erinnerungen ist Papen der Ansicht, „daß Hitlers Worte damals ernst gemeint waren". Auch der Außenminister Guido Schmidt „fand die Rede recht befriedigend".

Sehr im Gegensatz zu Halifax' Äußerungen gegenüber Hitler (vgl. S. 110) zeigte sich die britische Regierung über die offenkundig friedlich-politische Vereinbarung von Berchtesgaden unbefriedigt. Zweifellos wurde nach dem deutsch-österreichischen Kommunique ein starker Druck von Seiten Englands und Frankreichs auf Schuschnigg ausgeübt, sich von dieser Einigung mit Deutschland wieder zu distanzieren. Papens Berichterstattung vom Frühjahr 1937, daß Österreich der vollen Unterstützung Englands und Frankreichs sicher sein könne, wenn es sich gegen Deutschland stelle, sollte sich nun bewahrheiten (vgl. ADAP I Dok. 216). Schon am 24. Februar 1938 - knapp nach der Berchtesgadener Einigung - berichtete Papen an Hitler:

„Hatte heute ziemlich dramatische Unterhaltung mit hiesigem englischen Gesandten, der behauptete, Berchtesgadener Abkommen sei nur unter schärfster Pression zustandegekommen. ... Meine, Minister Schmidt dringend vorgetragene Bitte, Bundeskanzler zu veranlassen, in der Rede das Märchen von brutaler Gewalt zu dementieren, wurde nicht erfüllt. Allerdings hat Schuschnigg in Rede sich zu vollster Verantwortung aus freiem Entschluß bekannt" (ADAP I Dok. 324).

Aus einem Gespräch des österreichischen Gesandten in Paris mit Léger, dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums, geht hervor, warum aus der Berchtesgadener Besprechung eine Vergewaltigung Österreichs konstruiert worden ist. Der Quai d'Orsay ließ Schuschnigg sagen:

„Frankreich sei nicht gesonnen, seine europäische Stellung durch Deutschland gefährden zu lassen, und zu den Positionen, die Frankreich mit dem Säbel in der Faust verteidigen werde, gehöre die Unabhängigkeit Österreichs. Allerdings ... werde Frankreich den Säbel nur ziehen können, wenn der Fall der Vergewaltigung klar hege, wenn das österreichische Volk gegen sie reagiere, und wenn man in Paris nicht glauben müsse, daß in Österreich nur die Regierung und ein paar Diplomaten österreichisch denken. ‚Diese nötigen Voraussetzungen wären in den letzten Tagen gegeben gewesen durch die nach Paris gedrungenen Nachrichten über den brutalen Druck und die Rede des Herrn Bundeskanzlers. Daher hätte auch die französische Regierung jetzt vom Parlament alles verlangen können, was sie gewollt hätte'" (Papen S. 482).

Am 26. Februar 1938 erklärte Papen bei seinem Abschiedsbesuch dem Bundeskanzler über dessen Rede vom 24. Februar :

„Er habe zwar sehr warme Worte für die deutsche Mission Österreichs gefunden, daß aber sein fanatisches Eintreten für die anscheinend von ihm bedroht gehaltene Unabhängigkeit dieses Bekenntnis stark übertönt habe - ganz abgesehen von einigen unmöglichen Spitzen gegen das Reich. Wenn er mir versichere, daß er durch seine Rede die eigene Autorität im Lande wiederhergestellt habe, dann müsse ich hinzufügen, daß diese Rede doch auch die französische Kammerdebatte von gestern hervorgerufen

habe. Ich hielte es für im höchsten Maße bedauerlich, daß das österreichische Problem damit wieder in den Mittelpunkt der europäischen Diskussion gerückt sei" (ADAP I Dok. 327).

Schuschnigg gab dem deutscben Botschafter die Richtigkeit seiner Auffassung „unumwunden zu" und versprach, daß er sich offiziell von den französischen Interessen in bezug auf die österreichische Unabhängigkeit „deutlich detachieren wolle". Papen brachte sodann das Gespräch auf die „weit verbreitete Meinung", daß Schuschnigg in Berchtesgaden unter „brutalem Druck" gehandelt habe. Er, Papen, sei doch selbst zugegen gewesen und habe nur feststellen können, daß Schuschnigg

„immer und zu jeder Zeit die völlige Freiheit der Entschließung gehabt habe. Der Bundeskanzler meinte dazu, er habe tatsächhch unter einem starken seelischen Druck gestanden, das könne er nicht leugnen" (ADAP I Dok. 327).

Schuschniggs „seelischer Druck" ist aus der Gesamtsituation erklärlich: Jahrelang hatte er pohtisch einen antideutschen Kurs verfolgt, dessen Scheitern offenkundig geworden war. Deshalb hatte er sich auch zum Besuch in Berchtesgaden angesagt. Nun sollte er sich erneut gegen Berlin stellen.

Im Anschluß an Schuschniggs Besuch berief Hitler den Parteiführer Leopold aus Österreich ab, da von nun an „alle illegale Tätigkeit verboten sein würde. ... Die Partei müsse in Zukunft ihre Ideale im Rahmen der Vaterländischen Front zu verwirklichen suchen" (Papen S. 480 und vgl. ADAP I Dok. 328).

Schuschniggs Innsbrucker Rede und ihre Folgen

Es war für Berlin eine Überraschung, als Schuschnigg am 9. März 1938 in Innsbruck öffentlich verkündete, durch ein innerhalb von drei Tagen abzuhaltendes Plebiszit sollten alle Österreicher sich zur Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit bekennen. Papen hält es für ziemlich klar

erwiesen, „daß der französische Gesandte in Wien, Herr Puaux, ein enger Freund und Vertrauter des Bundeskanzlers, der Vater des Gedankens einer Volksabstimmung ist, die nun der französischen Regierung die notwendige Unterstützung hefern soll". Das schließe aber nicht aus, daß Schuschnigg für diesen Schritt im kritischsten Zeitpunkt „voll und ganz verantwortlich ist".

Über den Charakter dieser Volksabstimmung schreibt Papen das Folgende:

„Ein Plebiszit war zunächst nach der österreichischen Verfassung nur durch Parlamentsbeschluß mit der Sanktion des Staatspräsidenten durchzuführen. Beide lagen nicht vor. Ein Plebiszit mit einer nur dreitägigen Vorbereitung schien außerdem eine Unmöglichkeit. Seit langen Jahren waren die Wählerlisten nicht auf dem Laufenden gehalten. Wer war zugelassen, wer nicht? Die Abstimmung konnte nur mit Hilfe der vaterländischen Front organisiert werden, und ein solches Plebiszit mußte von vorneherein eine einseitige politische Angelegenheit werden. Wie wollte man die Menschen hoch oben in den Bergen in dieser Zeitspanne erreichen und informieren?" (Papen S. 482f.)

Durch das Hinaufsetzen des Wahlalters von einundzwanzig auf vierundzwanzig Jahre wurde die Zahl der Wahlberechtig • ten auf 3 800 000 Millionen reduziert (vgl. ADAP I Dok. 338).

Im „Hochverrats"- Prozeß gegen den seinerzeitigen österreichischen Außenminister Guido Schmidt erklärte der damalige Sicherheitschef Staatssekretär Dr. Skubl über die Volksbefragung:

„Diese erfolgte überfallartig, wenn auch die Frage der Abstimmung wiederholt erörtert war. ... Was mir an dieser Abstimmung nicht gefiel, waren die Methoden, worüber ich auch dem Kanzler und Schmidt gegenüber kein Hehl machte "(Schmidt-Prozeß S. 325).

Nach Skubls Aussage sollten „öffentliche Angestellte nicht im Wahllokal, sondern bei den Funktionären der vaterländischen Front ihre Stimme" abgeben. Dasselbe war für die Polizei vorgesehen. Die politischen Überlegungen und Hoffnungen, die Schuschnigg zu seinem aufsehenerregenden

Schritt vom 9. März 1938 veranlaßt haben, sind heute nicht ganz geklärt. Sicher ist, daß er auf vorherige Rückfrage in Rom von Mussolini vor diesem Abenteuer gewarnt worden war. Dieser bezeichnete das beabsichtigte überstürzte Plebiszit „als eine Bombe, die in der Hand Schuschniggs platzen würde" (Schmidt-Prozeß S. 63).

Dr. Guido Schmidt berichtete im Laufe seines Prozesses über Besprechungen, die er 1937 mit Vansittart geführt hatte (Schmidt-Prozoß S. 49). Dabei habe er „eine englisch-italienische Annäherung" angeregt, „damit Österreich wieder auf Hilfe Italiens rechnen könne. Ich habe erklärt, daß Österreich nicht mehr lange durchhalten könne, die Westmächte müßten wieder Interesse für das Donaubecken bekommen und ihren Blick nicht einseitig nach Afrika und Spanien richten" (S. 49). Schmidt kritisierte hierbei die italienische „Abenteurerpolitik", die für Österreich „verhängnisvoll" sei.

In diesem Prozeß sind manche weitere bemerkenswerte Hinweise zutage gekommen. Schuschnigg war durch seinen Londoner Gesandten Franckenstein (der 1938 in England verbheb und in den britischen Adelstand erhoben wurde) dahin unterrichtet, daß „die Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit britisches Interesse sei. Der österreichische Außenminister Guido Schmidt hatte wenige Monate vorher in Genf ausführlich mit Vansittart verhandelt und ihn mit Recht als eine „Persönlichkeit von höchstem Einfluß" beurteilt: „Er war Österreich von Herzen freundlich gesinnt" (Schmidt-Prozeß S.49). Vansittart äußerte sich dem Österreicher Dr. Matejka gegenüber ausdrücklich dahin, daß der „vorhandene Widerstand gegen den Anschluß nach außen dokumentiert werden müsse" (Schmidt-Prozeß S. 277).

Schmidt berief sich in seinem Prozeß auch darauf, daß Churchill nach dem Berchtesgadener Abkommen öffentlich erklärt habe: „Es bestehe jetzt die Möglichkeit, eine Volksabstimmung zu machen und Österreich könnte seine Situa-

tion in Europa klären. Dies sagte Churchill in einem Zeitpunkt, da er nicht wissen konnte, daß in Wien bereits beschlossen war, eine Volksabstimmung abzuhalten" (Schmidt-Prozeß S. 47). Churchills Unkenntnis bleibe dahingestellt!

Ribbentrop, der am 4. Februar Außenminister geworden war, hatte nach der ersten Aussprache Hitlers mit Schuschnigg anschließend unter vier Augen mit dem österreichischen Bundeskanzler, den er damals erst kennenlernte, eine längere Unterredung. Ribbentrop betonte die Notwendigkeit eines engeren Zusammengehens Österreichs mit dem Reich und bemerkte dem Sinne nach, „wir seien doch alle Deutsche, man könne Deutsche nicht von Deutschen trennen", worauf Schuschnigg zustimmte und erklärte: „Beide Staaten gehören schicksalsmäßig zusammen" (Ribbentrop S. 132).

Ribbentrop sagte auch im Nürnberger Prozeß ausdrücklich, daß die „Atmosphäre bei den Unterredungen auf dem Berghof durchaus vertrauensvoll war, und alle Abmachungen mit Schuschnigg im beiderseitigen Einvernehmen und ohne Druck abgeschlossen wurden". Die später viel zitierten deutschen Militärs waren nur beim Frühstück anwesend (vgl. Ribbentrop S. 133).

Am 8. März 1938 fuhr Ribbentrop nach London, um sich dort als Botschafter zu verabschieden. Hitler hatte sich ihm gegenüber noch am Tage zuvor dahin geäußert, daß „die österreichische Angelegenheit sich im Sinne des Berchtesgadener Abkommens gut anlasse". Um so überraschter war Ribbentrop, als er am 9. März abends in London von Schuschniggs Rede hörte. Am nächsten Morgen führte er ein längeres Gespräch mit Lord Halifax über den Inhalt der Erklärungen Schuschniggs, die ohne Zweifel den auf dem Obersalzberg getroffenen Vereinbarungen widersprachen. Ribbentrop sagte u.a., daß die von Schuschnigg geplante Volksabstimmung - sollten sich die bisher bekannt gewordenen Einzelheiten bestätigen - als ein „schwindelhaftes Manöver" bezeichnet

werden müsse. Die Fragestellung, die keinerlei Alternative zulasse, sei sinnlos, denn der Kernpunkt, „ob Österreich sich an das Deutsche Reich in irgendeiner Form enger anschheßen sollte, werde durch die Fragestellung umgangen". Das sei geschehen, weil Schuschnigg wisse, daß bei früheren Abstimmungen das österreichische Volk in seiner überwältigenden Mehrheit für einen engeren Anschluß an Deutschland gestimmt habe. Weitere Abstimmungen seien von den Siegermächten durch Drohungen verhindert worden. Ferner wies Ribbentrop auf die „Unmöglichkeit der gemeldeten Wahlmethoden hin: Heraufsetzung des Wahlalters auf 24 Jahre, kurze Frist, keine Geheimhaltung, ein Wahlzettel, der nur ein ‚Ja' für Schuschnigg offen lasse, ferner mangels Wahlfreiheit keinerlei Gewähr für gerechte Sicherstellung des Wahlaktes und des Wahlergebnisses, da beide unter dem Terror der Exekutivorgane des Schuschnigg-Regiments stünden. Im übrigen habe Schuschnigg allem Anschein nach einige seiner Kollegen über seine Absichten überhaupt nicht informiert" (ADAP I Dok. 147).

Alles dies sei gegen die Abmachungen und dazu angetan, die natürliche Entwicklung gewaltsam zu hemmen. Halifax erwiderte, daß er über die Einzelheiten des österreichischen Volksentscheides „nicht informiert sei". Er betonte aber, daß England nicht die Absicht habe, „Österreich zu blockieren" und daß es sich „hier um ein Problem handele, das Deutschland in erster Linie angehe". „England bleibe aber interessiert an den Rückwirkungen, die dieses Problem auf andere Staaten in Europa haben könne." Er hoffe nach wie vor, daß es „in einer friedlichen Form einer Lösung entgegengeführt werden könne" (ADAP I Dok. 147).

Zum Schlüsse erklärte Hahfax noch zur österreichischen Frage „unter Bezugnahme auf Napoleon III., Deutschland solle nicht ‚brusquer l'affaire', sondern im Gegenteil seinen Einfluß im Sinne einer Beruhigung ausnutzen". Ribbentrop

entgegnete, daß „in Österreich eine kleine Minorität der großen Mehrheit des Volkes ihren Willen aufzuzwingen suche. Es läge also eine Brüskierung durch den Terror dieser kleinen Gruppe vor." Man könne deshalb nicht wissen, „wie die Reaktion der Mehrheit auf eine solche Brüskierung sein werde" (ADAP I Dok. 149).

Am 11. März sprach Ribbentrop mit Sir Thomas Inskip, dem Minister für Koordination der Nationalen Verteidigung. Dieser erklärte mit Bestimmtheit, „daß das britische Kabinett keinen Beschluß auf ein militärisches Eingreifen Englands fassen würde, wenn die österreichische Frage im deutschen Sinne gelöst werde. Anders sei es aber, wenn eine gewaltsame Lösung der Frage durch Deutschland, deutlicher ausgedrückt, eine militärische Lösung, unternommen werde."

Die Tendenz war klar: Zuerst wurde die Behauptung vom „brutalen Druck am 12. Februar" aufgestellt. Dann wurde Schuschnigg zur illegalen Volksabstimmung ermutigt. Die Reaktion darauf wurde als „gewaltsames Vorgehen" Deutschlands gebrandmarkt, obwohl schließlich der Anschluß ohne jegliches Blutvergießen und unter dem Jubel der österreichischen Bevölkerung verwirklicht wurde.

Von deutscher Seite wurde am selben Tage, dem 11. März, versucht, Schuschniggs Wahlmanöver in eine ordnungsgemäße Volksabstimmung zu ändern. Seyß-Inquart erhielt von Hitler den Auftrag:

„Die Volksbefragung sei innerhalb einer Stunde abzuberaumen; dafür in vierzehn Tagen eine allgemeine Abstimmung nach dem Muster des Saarplebiszits und gemäß des seinerzeitigen Saarstatuts auszuschreiben" (Schuschnigg II S. 69).

Diese Tatsache war Ribbentrop noch nicht bekannt, als wir uns zum Abschiedsfrühstück begaben, das der Premierminister am 11. März in Downing Street 10 für uns gab. Mir ist dieses Frühstück noch gut im Gedächtnis. Daß der Unterstaatssekretär Cadogan während des Essens hinausgerufen

wurde, schien mir in einem pohtischen Haushalt nichts Außergewöhnliches zu sein. Auch nicht, daß entgegen der englischen Sitte der Kaffee gemeinsam eingenommen wurde, wobei jeder der Gäste sich einige Minuten mit uns unterhalten konnte, was der Zweck dieses Abschiedsessens war. Dann trat plötzlich Mr. Chamberlain mit sorgenvoller Miene auf mich zu und bedauerte unendlich, „Herrn von Ribbentrop noch zurückhalten zu müssen, da sehr ernste Dinge vorgefallen seien, die eine Aussprache mit ihm unerläßlich machten". Der Premierminister brachte mich sehr höflich an unser Auto, und ich fuhr in etwas ungemütlicher Stimmung allein weg, grübelnd, was geschehen sein könne (vgl. Ribbentrop S. 135).

Über diese Aussprache Chamberlain-Ribbentrop im Anschluß an das Frühstück ist in den ADAP eine Aufzeichnung Ribbentrops veröffentlicht. Der Inhalt des Gespräches wurde am Nachmittag dem Staatssekretär Mackensen telefonisch nach Berhn durchgegeben (ADAP I Dok. 150 Anm. 2 S. 227).

Ribbentrop berichtet, daß „im Augenblick des Aufbruchs" Chamberlain einige Telegramme erhielt:

„Er bat mich darauf in sein Arbeitszimmer. An der Besprechung nahmen noch Lord Halifax, Sir Alexander Cadogan und Gesandter Woermann teil. Chamberlain verlas zwei Telegramme, die soeben von der Britischen Gesandtschaft in Wien eingegangen waren. In dem ersten war gesagt, daß Glaise-Horstenau gegenüber dem Bundeskanzler die Forderung auf Aufschiebung der Volksabstimmung und auf Vornahme unter anderen Bedingungen zu einem späteren Zeitpunkt gedrängt habe. Das zweite Telegramm besagte, daß Schuschnigg die Volksabstimmung unter der Bedingung abgesagt habe, ‚daß sichergestellt sei, daß sich die Nazis ruhig verhielten'. Darauf sei Seyß-Inquart im Auftrage des Führers bei Schuschnigg erschienen und habe mit einstündiger Frist ein Ultimatum gestellt, daß Schuschnigg zurücktreten und der Innenminister sein Nachfolger werden solle. Später lief noch eine telefonische Mitteilung über Sir Alexander Cadogan ein, daß die Frist dieses Ultimatums um Uhr nachmittags ablaufe" (ADAP I Dok. 150).

Zu Chamberlains Feststellung, daß durch die in dem Telegramm von der britischen Gesandtschaft in Wien erwähnte Drohung eine „außerordentlich ernste Lage geschaffen worden sei", konnte Ribbentrop keine Stellung nehmen, da er bis jetzt „keinerlei derartige Nachrichten" aus Berhn erhalten hatte. Halifax erklärte „erregt", daß dieses „Drohen mit der Gewalt eine unerträgliche Methode sei" und schlug von sich aus vor, „in Osterreich zu einem späteren Zeitpunkt eine Volksabstimmung nach dem Vorbild der Saarabstimmung" abzuhalten. Chamberlain sprach sich entschieden gegen diesen Vorschlag aus und betonte, daß „ja in dem zweiten Telegramm nur von einer Absage der Volksabstimmung, aber nicht mehr von einer Anberaumung auf einen späteren Zeitpunkt die Rede sei". Darüber hinaus sah Halifax „es als außerordentlich ernst an, daß Schuschnigg unter die Drohung eines Einmarsches gesetzt worden sei". Ribbentrop erwiderte darauf, daß dies „doch gar nicht in den hier verlesenen Telegrammen stehe", was Chamberlain sofort zugab. Ribbentrop bemerkte in seiner Aufzeichnung über die Aussprache im Anschluß an das Frühstück, daß die Unterredung „in einer gespannten Atmosphäre stattfand, wobei der sonst ruhige Lord Halifax erregter war als Chamberlain, der jedenfalls nach außen Ruhe und Besonnenheit zeigte". Auch Taylor zitiert den von Halifax erhobenen „Protest", dessen Effekt aber durch Chamberlains Eingreifen abgeschwächt worden sei. Er sei weiterhin eingedämmt worden, als Henderson am gleichen Tag mit Göring in Berhn dahin übereinstimmte, daß „Dr. Schuschnigg in überstürzter Torheit gehandelt habe" (Taylor S. 147). Ribbentrop schloß die Unterhaltung mit den englischen Staatsmännern, indem er wiederholte, in keiner Weise offiziell Stellung nehmen zu können, ehe er von Berlin Authentisches über die Lage in Österreich erfahren habe. Da er Lord Halifax zum Tee in der deutschen Botschaft erwarte, könnte man sich dann erneut über die Dinge unter-

halten. Aber bis zum Nachmittag des 11. März war es Ribbentrop noch nicht gelungen, Verbindung mit Hitler aufzunehmen. Er konnte deshalb Lord Halifax gegenüber nur feststellen, daß die Ereignisse in Österreich eine völlig andere Wendung angenommen hätten, als es bei der Unterredung mit Schuschnigg auf dem Obersalzberg gedacht war. Erst am 13. März erfuhr Ribbentrop durch ein Telefongespräch mit Göring die Einzelheiten der Ereignisse in Österreich. In dem Nürnberger Prozeß wurde behauptet, daß Ribbentrop noch danach mit Vertretern der englischen Regierung über die Österreich-Frage gesprochen habe, woraus die Anklage eine „Doppelzüngigkeit" ableitete (IMT II S.468). Das ist unrichtig. Ribbentrop hat nach dem Telefongespräch mit Göring keine Gespräche in London mehr geführt.

Es ist interessant, daß Schuschnigg am 11. März, wohl zur selben Zeit, als das Frühstück bei Chamberlain stattfand, bei Hahfax anfragte, wie er sich gegenüber dem deutschen Vorschlag, die Volksabstimmung für den 13. März abzusagen und ein späteres Plebiszit nach dem Muster der Saar anzuberaumen, verhalten solle. Diese Anfrage macht deutlich, daß Schuschnigg schon vorher mit Lord Hahfax in Verbindung gestanden hatte, und es ist erklärlich, daß bei dem Gespräch Chamberlain-Ribbentrop nicht alle aus Wien vorhegenden Telegramme verlesen wurden. Schuschnigg war nun offenbar bereit, den ihm von Hitler angebotenen Ausweg aus der Sackgasse zu beschreiten und wünschte dazu nur noch die britische Zustimmung. Während sich Hahfax zu Ribbentrop ganz erregt über die „unerträgliche Situation" äußerte, lehnte er es ab, nach Wien eine positive Antwort zu dem von Hitler vorgeschlagenen ordnungsgemäßen Plebiszit zu erteilen. Schuschnigg erhielt statt der erbetenen Zustimmung zum Kompromiß nur die orakelhafte Antwort, die britische Regierung könne es „nicht verantworten, dem Kanzler zu Handlungen zu raten, die möglicherweise zum Kriege führen würden" (TansillS.418).

Ein österreichisches Plebiszit nach dem Saar-Vorbild hätte gewiß nicht zum Kriege geführt, aber eine solche Lösung paßte offenbar nicht in das Konzept Chamberlains, wie er dies im Gespräch mit Ribbentrop deutlich zum Ausdruck brachte (vgl. S. 164). Andererseits ging aus der Antwort aus London auch hervor, daß man ein mihtärisches Eingreifen Hitlers in Kauf nehmen würde, ohne für Österreich selbst in den Krieg zu ziehen.

Nach dieser britischen Stellungnahme entschloß sich Schuschnigg zum Rücktritt. Er hatte zunächst das Risiko eines Bürgerkrieges übernommen, weil er glaubte, damit die Intervention der Westmächte zu erzwingen. Nach der Aussage des Staatssekretärs Skubl war noch unmittelbar vor dem Rücktritt Schuschniggs

„der Gedanke erwogen worden, ob man dem Druck der nationalen Elemente etwa mit der Mobilisierung der Arbeiterschaft begegnen könne. Insbesondere Schmitz hatte sich in dieser Hinsicht bemüht. Die linksgerichteten Kreise wären wohl unter bestimmten Umständen bereit gewesen, mitzutun. Praktisch allerdings hätte eine Mitarbeit von Elementen außerhalb der Exekutive das zu erwartende Blutbad nur vergrößert. Schmitz richtete noch am Abend desselben Tages die Frage an mich, ob ich imstande sei, den in Ausbreitung begriffenen Aufstand niederzuwerfen. Ich bejahte dies, fügte aber sogleich hinzu, ich könne nicht verhindern, daß nach dem ersten Zusammenstoß die bereitstehenden deutschen Truppen über die Grenze marschieren" (Schmidt-Prozeß S. 326).

Schuschnigg trat zurück, weil sich ihm angesichts der Lage kein Ausweg mehr zeigte. Die britische Regierung mußte als Ergebnis ihrer Österreich-Politik zwar feststellen, daß die Achse Berlin-Rom statt zerbrochen nur noch gefestigt worden war, aber sie mag es als Erfolg gebucht haben, daß schon bei der Lösung der Österreich-Frage Hitler gezwungen war, Soldaten marschieren zu lassen. Eifrig telegrafierte Lord Halifax bereits am 11. März 1938 an den amerikanischen Präsidenten Roosevelt:

„Ihre (der verantwortlichen Deutschen) brutale Mißachtung jedes Arguments außer dem der Gewalt zeigt, wie schwierig es ist, mit ihnen zu sprechen" (Tansill a.a.O. S. 418).

Nicht unerwähnt kann bleiben, daß auch bei Schuschniggs Berechnungen bereits die innerdeutsche Opposition eine Rolle gespielt hat. Über den deutschen Militärattache in Budapest Frederici war man im Herbst 1937 in Wien von einer oppositionellen Generalstabskonferenz unterrichtet worden, die auf eine Rückversicherung gegenüber Rußland tendierte. Der frühere österreichische Innenminister und Vizekanzler Baar-Baarenfels machte „von dieser Neuigkeit auch den Tschechen Mitteilung" (Schmidt-Prozeß S. 321). Man schloß daraus, daß Hitler-Deutschland nicht so stark sei, wie es schien. Schuschnigg schreibt dazu in seinen Erinnerungen:

„Unsere Informationen, daß Hitler mit erheblichen Schwierigkeiten im Innern rechnen mußte, waren durchaus nicht aus der Luft gegriffen. Wir hatten tatsächlich die Chance, daß Hitler keine Zeit blieb für die Verwirklichung seiner aggressiven außenpolitischen Pläne. Aber der Versuch mißlang. Weil maßgebliche militärische Stellen zum Handeln nicht bereit und weil auf das jüngere Offizierscorps kein Verlaß war" (Schuschnigg II S. 493).

Selbst die Ankläger im Schmidt-Prozeß haben erklärt, daß Schuschnigg eine Verständigung mit Deutschland nur suchte, um „Zeit zu gewinnen, bis sich die Lage in Deutschland selbst oder aber die internationale Lage etwa doch ändern und eine für Österreich günstigere Situation eintreten würde" (Schmidt-Prozeß S. 7).

Das sind Argumente und Überlegungen, die dann bald auch die britische Politik beherrscht haben.

BURCKHARDT UND WEIZSÄCKER

Der Hohe Kommissar und die große Politik

Nach dem Anschluß Österreichs blieben zwei bekannte Forderungen Hitlers übrig: Die in Paris dekretierte Einbeziehung von dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen in den neugeschaffenen tschechoslowakischen Staat sowie die Danzig- und Korridorfrage.

Hier stellte sich wieder das gleiche Problem: War die Revision ohne Krieg möglich? Bekanntlich ist die sudetendeutsche Frage schließlich auf dem Verhandlungswege geregelt worden, während das Danzig- und Korridorproblem zum Kriege führte, obwohl hier Hitler bis zum letzten Tag zu Kompromissen bereit war und nicht auf voller Revision des Versailler Diktates bestanden hat.

Man kommt bei dieser so schicksalsschweren Frage nur dann zu einleuchtenden Antworten, wenn man ein Kulissenspiel in die Beobachtung einbezieht, das erst nach 1945 in seiner vollen Bedeutung erkennbar wurde.

Als am 24. April 1946 der Zeuge Gisevius in Nürnberg wortreich von den untergründigen Beziehungen erzählte, die in den entscheidenden Jahren zwischen dem Berliner Regierungsviertel und der Londoner Downing Street bestanden, waren die Angeklagten verblüfft und sie vermuteten zunächst, einen unglaubwürdigen Zeugen vor sich zu haben. Inzwischen gibt es keine Zweifel mehr über die Wahrheit seiner Äußerungen

in diesem Fall. Freiherr von Weizsäcker, die Gebrüder Kordt, der Dolmetscher Schmidt u.a., haben durch ihre Prozeßaussagen und Veröffentlichungen verdeutlicht, daß in den Jahren 1938 und 1939 ein reger Kontakt zwischen oppositionellen Kreisen Berlins und dem Foreign Office stattgefunden hat. Daß es sich dabei um mehr als um Machenschaften einzelner gehandelt hat und daß die nach dem Kriege darüber mitgeteilten Tatsachen nicht aus augenblicklichen Privatinteressen übertrieben dargestellt worden waren, wurde endgültig bestätigt, als der einstige Hohe Kommissar für Danzig, Carl J. Burckhardt, seine Erinnerungen aus den Jahren 1937-39 der Öffentlichkeit übergab (Carl J. Burckhardt: Meine Danziger Mission, München 1960). Burckhardt, der als Professor für Geschichte an der Baseler Universität tätig war, bevor er sein damaliges diplomatisches Amt übernahm, schildert, was er erlebte und tat, mit der Gewissenhaftigkeit des geschulten Historikers. Sein Buch wurde dadurch zu einer Geschichtsquelle besonderer Art. Es muß mit aller Sorgfalt herangezogen werden, wenn die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges in ihrer Wirklichkeit erkannt werden soll.

Im Sommer 1936 wurde ein sog. „Dreierkomitee" vom Völkerbund eingesetzt, das sich mit den „Danziger Angelegenheiten" befassen sollte. „Dieses Komitee bestand aus den Außenministern Englands, Frankreichs und Portugals, später trat dann an Portugals Stelle Schweden" (Burckhardt S.30). Diese Institution war von ausschlaggebender Wichtigkeit, da der Hohe Kommissar von Danzig seine Instruktionen direkt von den Außenministern der Westmächte erhielt, und dadurch, daß er selbst über jede Angelegenheit, die in Danzig vorfiel und auch über jedes Gerücht, das in den verschiedensten Kreisen zirkulierte, an die englischen und französischen Vertreter des Völkerbundes berichtete. Da

diese Delegierten gleichzeitig Beamte des Foreign Office bzw. des Quai d'Orsay waren, bot sich die Stellung des Danziger Hohen Kommissars geradezu an, auch für weiterreichende Beziehungen verwendet zu werden. Die Bedeutung des Danziger Postens war freilich in den 30 er Jahren schon fast verbraucht. Übrig gebheben war jener enge Kontakt vor allem mit der englischen Regierung — der britische Außenminister war Vorsitzender des „Dreier-Komitees". Mit ziemlicher Offenheit erörtert Burckhardt die Motive, die ihn im Februar 1937 veranlaßten, den ihm nach Rücktritt des bisherigen Hohen Kommissars Seán Lester angebotenen Danziger Posten anzunehmen:

„Jedermann hatte, wie es innerhalb solcher Vorgänge die Regel ist, Hintergedanken. Wen konnte man in diesem Zeitpunkt mit dem abgebrauchten, jeder Autorität verlustig gegangenen Amt betrauen, und wie schien es überhaupt möglich, Hitler, der die Freie Stadt durch seinen Gauleiter regierte, in jenem Zeitpunkt noch einen Vertreter des Völkerbundes überhaupt annehmbar zu machen? Diese Schwierigkeit schien in der Tat unüberwindlich zu sein" (Burckhardt S. 50).

Dennoch nahm Burckhardt schließlich an. Ausschlaggebend für ihn war - wie er schreibt - die Auffassung seiner

„französischen Freunde aus dem Quai d'Orsay, vor allem René Massigiis positive Zusprache, der Gedankenaustausch zwischen dem Quai und dem Foreign Office und ferner die Zustimmung Polens" (Burckhardt S. 68).

Hinsichtlich der Berliner Stellungnahme vermerkt Burckhardt, daß Ernst von Weizsäcker interveniert und zu seinen Gunsten eine „zähe vorsichtige psychologische Vorbereitung Hitlers und seines Kreises" bewirkt habe. Der damalige Ministerialdirektor, der seit vielen Jahren in freundschaftlichen Beziehungen zu Burckhardt stand, suchte ihn auf und beschwor ihn, den Posten anzunehmen. Burckhardt wiederholt dabei: „Jedermann hatte ... Hintergedanken. Auch Ernst von Weizsäcker hatte sie" (Burckhardt S. 66).

Burckhardt entfaltete vom Beginn seiner Tätigkeit an eine lebhafte diplomatische Aktivität, die zunächst davon bestimmt war, mit Warschau, Paris und London persönliche Kontakte aufzunehmen. Die deutsche Reichsregierung ließ er jedoch zunächst links hegen, „da Freiherr von Neurath, der Reichsaußenminister, sich nicht in Berlin befand, was ich auf der Durchreise von Weizsäcker in Bern erfuhr" (Burckhardt S. 74). In Paris besuchte er den französischen Außenminister Delbos, der ihm u.a. sagte, daß es sich bei seiner „Tätigkeit kaum mehr um Einwirkung auf innerpolitische Vorgänge handeln kann, dafür ist die Lage zu weit fortgeschritten. Die Aufgabe des Vertreters des Völkerbundes in der Freien Stadt wird von heute an vor allem wieder darin bestehen müssen, möglichst auf den Ausgleich zwischen den Interessen Danzigs und Polen einzuwirken." Die deutschen Interessen wurden nicht erwähnt und Burckhardt selbst sollte lediglich „eine gewisse Möglichkeit inoffizieller Kontaktnahme mit Berlin offenstehen" (Burckhardt S. 70). Von Paris aus fuhr Burckhardt nach London zu seinem ersten amtlichen Besuch bei dem Präsidenten des Dreierkomitees, Außenminister Eden. Über diese Unterredung berichtet Burckhardt :

„In London aber sagte mir Mr. Anthony Eden, in Danzig handele es sich darum, Zeit zu gewinnen. Auch er betrachtete die innerpolitische Lage der Freien Stadt als zugunsten des Nationalsozialismus entschieden. Er hielt sich auf derselben Linie wie Delbos und gab mir die Instruktion, keine formalen Proteste zu erheben. Ich habe später bedauert, nicht um eine schriftliche Fixierung dieser Anweisung gebeten zu haben" (Burckhardt S.70).

Dieselben Instruktionen hatte Burckhardt von dem Generalsekretär und dem politischen Direktor des Völkerbundsekretariats, Frank Walters, erhalten. Damit will Burckhardt die Verantwortung für die zukünftigen Vorgänge in Danzig ablehnen, die weitgehend von dem Hohen Kommissar auf das Dreierkomitee des Völkerbundes übergegangen war, das von

England, Frankreich und - damals - Schweden gebildet wurde. Burckhardt erklärt dazu:

„Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß, als im Januar 1937 beschlossen wurde, den Posten des Hohen Kommissars aufrechtzuerhalten, dies hauptsächlich unter Berücksichtigung des Standpunktes der polnischen Regierung geschah" (Burckhardt S. 69).

Die von vorneherein antideutsche Note von Burckhardts Danziger Mission zeigt sich am deutlichsten in einem Gespräch mit Winston Churchill, der ihm Anfang 1937 in London erklärte :

„Deutschland werde wieder zu stark, den Deutschen imponiere nur die Kraft; wenn es zu einer Auseinandersetzung komme, würden die maßlosen Übergriffe des Nationalsozialismus England zu einem starken Allianzsystem verhelfen. In fortgeschrittener Stunde aber erklärte er, falls ich in Danzig Schwierigkeiten haben sollte, möchte ich ihm nur berichten, er würde sich die Sache dort gelegentlich selbst anschauen und zum Rechten sehen" (Burckhardt S. 70).

Wie erinnerlich, sagte Churchill ein halbes Jahr später genau dasselbe in etwas anderer Formulierung auch zu Ribbentrop in der Londoner Deutschen Botschaft. In Zukunft sollte nicht nur jede deutsche Handlung in Danzig, sondern auch jedes herumschwirrende Gerücht als „maßlose Übergriffe" ausgelegt werden, um England weitere Bündnispartner zu verschaffen und um die Achsen-Freunde „zu sich hinüberzuziehen" (vgl. S. 27).

Als Burckhardt sein Amt in Danzig antrat, hatte die NSDAP bereits 45 von den 72 Parlamentssitzen der Freien Stadt inne. Im Mai 1934 war dort die kommunistische Partei für illegal erklärt worden, und am 14. Oktober 1936 wurde die sozialdemokratische Partei aufgelöst. Burckhardt schildert, daß das Deutsche Reich auf die Danziger sehr anziehend wirkte. Er selbst aber ermutigte die Angehörigen der Minderheitsfraktionen, den Kontakt mit ihm aufzunehmen und ließ sich schon bald nach seinem Amtsantritt in seinem

Amtsgebäude die Beschwerden führender Danziger Oppositioneller vortragen. Er tat dies, obwohl ihn der polnische Staatssekretär Szembek selbst gebeten hatte,

„die Wichtigkeit der Minoritätsparteien in Danzig nicht zu übertreiben. Diese hätten besser sich selbst verteidigen sollen, andere politische Minoritäten in der Welt können ihre Klagen auch nicht vor den Völkerbund bringen" (Burckhardt S. 72).

Noch in seinen Erinnerungen führt Burckhardt die Briefe von Gegnern Deutschlands ebenso wie eine Bede des Gauleiters Forster an, die von einem „Vertreter der politischen Opposition stenographisch" aufgenommen worden war. Burckhardt übermittelte den Inhalt der Forster-Rede, dessen Richtigkeit er gar nicht nachprüfen konnte, an Avenol, den französischen Delegierten im Völkerbund, und damit an das Dreierkomitee bzw. der englischen und französischen Regierung:

Erst am 20. September 1937, also sieben Monate nach seinem Amtsantritt, stattete der Hohe Kommissar Hitler einen Besuch in Berlin ab. Burckhardt berichtete über das ausführliche Gespräch noch am gleichen Tage dem Präsidenten des Dreierkomitees, dem britischen Außenminister Eden,

„und teilte ihm alle diejenigen Äußerungen des Kanzlers mit, die sich auf die allgemeine Politik und vor allem auf das deutsch-englische Verhältnis in Hitlers höchst subjektiver Perspektive bezogen" (Burckhardt S. 97).

Nach dem Kriege besaß Burckhardt von diesem Bericht keine Kopie. Sie wurde ihm aber „abschriftlich in zuvorkommender Weise von dem Archivar des Foreign Office am 9. April 1958 zur Verfügung gestellt" (Burckhardt S.97 Anm.). Burckhardt legt Wert darauf, aus seinem Brief an Eden auszugsweise zu zitieren, obwohl ihm auch sein Schreiben an Avenol über dieselbe Unterhaltung mit Hitler zur Verfügung stand, weil er glaubt, daß der Eindruck in der nach England

gegebenen Information „unmittelbarer wiedergegeben ist". Nur einige der vielen subjektiven Impressionen des Hoben Kommissars sollen als Beispiele angeführt werden:

„Hitler zeigt auf ein Kanapee und sagt mit leiser Stimme: ‚Bitte'." „H. (plötzlich nervös, schließt die Faust und trommelt auf die Armlehne. Sein Gesicht, eben noch entspannt, verzerrt sich zu plötzlicher Härte ..." - „H. (unterbricht, aber ruhiger) ... (nun heftig) ... (mit bitterer Verachtung)" - „H. (reckt sich empor, hebt die Fäuste, schüttelt sie auf Schulterhöhe, schreit beinah)" - „(nach einer Stille, während welcher Hitler seine Arme sinken läßt und sich mit Mühe beruhigt)" - „H. (freundlicher, wirft einen mißtrauischen Blick auf B., dann lächelnd, fast etwas gequält) ... (er überlegt dann) ... (mit einer Stimme, die wieder bis zum Geschrei anschwillt)" - „H. (erbittert, als hielte er eine Volksrede, ins Leere starrend) ..." (Burckhardt S. 97ff.).

Solche illuminierende Bemerkungen verwendet Burckhardt fast ausschließhch für die Schilderung von Gesprächen mit deutschen Staatsmännern. Nur eine Unterhaltung mit dem polnischen Außenminister Beck, mit dem Burckhardt nicht immer zufrieden war, wird mit ähnlichen Ausschmückungen bedacht.

Das Gespräch Hitler-Burckhardt begann mit dem Danziger Problem. Der Hohe Kommissar erklärte, daß diese Frage im Völkerbundsrat nicht behandelt wurde und daß er „nur vor dem Dreierkomitee Bericht erstattet habe" (Burckhardt S. 97). Hitler fragte darauf:

„Warum widersetzen sich die Engländer der Danziger Verfassungsänderung ?"

In seiner Antwort bezog sich Burckhardt auf seine Mitteilung an den Senatspräsidenten Greiser und den Gauleiter Forster im Frühjahr 1937, wonach England „die Methoden, durch welche man im Volkstag die nationalsozialistische Mehrheit erreicht hatte", kritisiere. Burckhardt meinte damit den Übertritt einiger Abgeordneter zur NSDAP. Obwohl

Eden wörtlich zu Burckhardt gesagt habe: „Danzig interessiert England nicht unmittelbar",

„hatte Mr. Eden - nicht als Außenminister, aber als Präsident des Dreierkomitees - festgestellt, daß es ihm unmöglich sein würde, eine durch die derzeitige Volkstagsmajorität abgeänderte Konstitution anzuerkennen."

Hitler fragte darauf:

„Wie könnte eine Verfassungsänderung sich anders durchführen lassen?" (d.h., als durch die Mehrheitsentscheidung des Volkstages. D. Verf.) „Sie muß stattfinden."

Burckhardts Antwort lautete:

„Aber nur durch das in der Verfassung vorgesehene Mittel, eine Neuwahl des Volkstages, die 1939 stattfinden könnte."

Burckhardts spätere Berichte machen freilich deutlich, daß gerade durch sein Verbleiben auf dem Danziger Posten und durch die Instruktionen, die er vom Dreierkomitee des Völkerbundes erhielt, die Neuwahl des Volkstages im Jahre 1939 verhindert wurde, obwohl sie legal festgesetzt war.

Auf Hitlers weitere Frage, was denn dem englischen Parlament, das alles „innerhalb der deutschen Sphäre" kritisiere, der Danziger Volkstag bedeuten könne, will Burckhardt geantwortet haben, daß das englische Interesse

„an den parlamentarischen Vorgängen des Kontinents begreiflich ist, denn England hat der Welt das parlamentarische System verliehen."

Nach Burckhardts Bericht hat Hitler daraufhin festgestellt, daß auch seine Partei auf dem „parlamentarischen, einem absolut legalen Weg" an die Regierung gekommen sei. Hitler erklärte es für absurd, „daß durch ein Verbot der legislativen Funktion des Parlaments" den Danzigern das einzig natürliche Recht, das „Selbstbestimmungsrecht", weiterhin vorenthalten würde.

Burckhardt antwortete, daß niemand „an eine solche Beeinflussung denkt" und wiederholte, daß die Engländer die

„Zweidrittelmehrheit im jetzigen Parlament" nicht anerkennen, da die Mittel, die dazu geführt haben, nach ihrer Ansicht „nicht einwandfrei" gewesen seien. Es handelte sich um die erwähnten Übertritte aus den Minoritätsparteien, d.h., von den Deutschnationalen und Sozialdemokraten zur NSDAP.

Ahnlich wie man es bei Beck und Szembek in ihren Erinnerungen nachlesen kann, erklärte auch Hitler, daß das „künstliche Gebilde" der Freien Stadt Danzig nur mit der

„bösen Absicht ausgeheckt worden ist, um zu verhindern, daß wir mit den Polen im guten Einvernehmen leben. Die Deutschnationalen ... haben die Polen schlecht behandelt. ... Ich habe versöhnliche Politik, Politik des Zusammenhaltens gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Bolschewismus, gemacht. ... Englands Freundschaft habe ich gesucht" (Burckhardt S. 100/101).

Nachdem das Gespräch schon eine ganze Weile allgemeine politische Themen berührt hatte, fragte Hitler, warum man sich 1936 im spanischen Nichteinmischungsausschuß bei Zwischenfällen für deutsche Schiffe viel weniger interessierte als für englische, antwortete Burckhardt „als Angehöriger eines neutralen Kleinstaates" reserviert:

„Exzellenz werden verstehen, daß ich nicht berechtigt bin, über allgemeine Politik zu reden. Ich darf mich nur zu meinem beschränkten Gegenstand äußern" (Burckhardt S. 101).

In seinen Gesprächen mit anderen Staatsmännern aber ließ Burckhardt keine Gelegenheit vorbeigehen, sich über „allgemeine Politik" zu verbreiten. Am gleichen Tage noch berichtete er Eden alles, was Hitler über allgemeine Politik geäußert hatte. Daraufhin verfertigte er weitere Berichte über sein Gespräch mit Hitler für seinen Völkerbundskollegen Walters und für den Franzosen Avenol.

Auch einem hohen Beamten des Auswärtigen Amtes in Berlin teilte der Hohe Kommissar den Verlauf des Gespräches mit. In einer Nachschrift vom selben Tag berichtet Burckhardt an Eden über die Aussprache mit einem „Herrn X.", die Burckhardt (S. 102) wie folgt wiedergibt:

„X.: ‚Nun, wie lief die Sache?'
B.: ‚Eher beunruhigend.'
X.: ‚Ausbrüche gegen England?'
B.: ‚Mir scheint so, aus unglücklicher Liebe'..."

In seinen jetzt erschienenen Erinnerungen fügt Burckhardt die Erläuterung hinzu: „Es handelt sich um Freiherrn von Weizsäcker."

Der Hohe Kommissar schildert sein laufendes Zusammenspiel mit Weizsäcker in erstaunlicher Offenheit. Er bewundert den „beständigen Equilibrismus" seines Freundes und seinen

„unvorstellbaren Aufwand an scheinbarer Zustimmung, scheinbarem Nachgeben und geschickter Tarnung" (Burckhardt S. 145 ff.).

Das sei „am deutlichsten in Weizsäckers Gesprächen mit den fremden Botschaftern zum Ausdruck" gekommen, wofür ihn die „Italiener bewunderten", da sie „sein gefährliches Spiel kannten". Der Hohe Kommissar in Danzig unterstützte die Oppositionstätigkeit des Staatssekretärs dadurch, daß er durch „private Emissäre" Kontakt mit ihm hielt und durch Briefe, für die beide „einen Code zugrunde" gelegt hatten.

Einer der Emissäre — Graf Ulrich Wilhelm Schwerin-Schwanenfeld — forderte Burckhardt im Auftrage Weizsäckers sogar auf,

„diesem hin und wieder durch die Post übermittelte und somit ‚ad usum delphini' für die Polizei bestimmte Briefe zu schreiben... Geschrieben wurden sie von meiner Seite im Fall momentaner Beruhigung der Danziger Frage im Ton der Verlautbarungen Greisers, im Falle starker politischer Spannungen aber im Stil des Gauleiters Forster ‚Köpfe werden rollen, nieder mit den Marxisten' etc., für den Fall einer gegen meine Person gerichteten Absicht der Machthaber sollte ich in die nationalsozialistische Beanstandung der Presse einstimmen" (Burckhardt S. 146).

In den ADAP sind sowohl eine Anzahl Briefe und Berichte Burckhardts wiedergegeben, als auch seine Gespräche mit den Danziger Vertretern. Die Zeugnisse über die Tätigkeit

des Hohen Kommissars müssen heute zweifellos unter der Perspektive der von ihm selbst beschriebenen Tarnungen und des von ihm und Weizsäcker aufgestellten Code gelesen werden.

Die Tschechenkrise

In seinem Bestreben, ein vollständiges Bild der Entwicklung vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zu geben, behandelt Burckhardt auch die außerhalb seines Wirkungskreises stehende tschechoslowakische Frage und widmet ihr fast hundert Seiten. Er leitet diesen Abschnitt seines Buches mit der Bemerkung ein:

„Die Kenntnis, welche 1918 die Siegermächte von den ethnischen Voraussetzungen im böhmischen Raum besaßen, war nicht immer sehr genau" (Burckhardt S. 135).

Burckhardt führt auch an, daß man in England von der Tschechoslowakei als von einem „Polizeistaat" sprach, „in welchem die Minoritäten mit Härte behandelt würden" (S. 138). Er zitiert den britischen Botschafter Henderson, der am 1. April 1938 aus Berlin nach London berichtete,

„daß das durch die Gründung der Tschechoslowakei entstandene Problem auch durch eine zweite deutsche Niederlage in einem zweiten Weltkrieg nicht gelöst werden könne" (Burckhardt S. 138).

Burckhardt wußte auch, daß man in Deutschland die Tschechoslowakei „als eine französische, durch strategische Überlegungen bedingte Schöpfung betrachtete", die durch das französisch-sowjetische Bündnis 1935 explosiv geworden war, denn er schreibt:

„Dieser Staat bildete für Stresemann genau so sehr wie für Hitler das Einfallstor Rußlands nach Mitteleuropa und die verwundbarste deutsche Flanke. Kein wacher politischer Beobachter der Zwischenkriegszeit war sich im unklaren darüber, daß mit dem Wiedererstehen deutscher Macht der Konflikt zwischen Prag und Berlin unvermeidlich werden müsse" (Burckhardt S. 139).

Ebenso sieht Burckhardt die inneren Verhältnisse in der damaligen Tschechoslowakei durchaus realistisch, wenn er erklärt, daß

„1918 die Sudetendeutschen zu schwach gewesen waren, um gegen ihre Einfügung in den neuen tschechoslowakischen Staat Widerstand zu leisten. ... Seit 1935 (richtig 1934, Anm. der Verf.) gab es die starke ‚Sudetendeutsche Partei' unter Konrad Henlein. Auf ihr überraschend schnelles Anwachsen hatte die Wirtschaftskrise eingewirkt. Von 800 000 Arbeitslosen waren 500 000 Sudetendeutsche" (Burckhardt S. 143 f.).

Burckhardt referiert damit über Verhältnisse, mit denen in den Jahren 1937—38 jedermann vertraut war.

Der österreichische Staatspräsident Renner hatte schon 1919 in einem Memorandum an Clemenceau einen Protest gegen die Abtrennung des sudetendeutschen Gebietes an die Tschechoslowakei gerichtet. Er erklärte damals:

„Die alliierten Mächte ... beschließen, indem sie im gleichen Atemzug das Selbstbestimmungsrecht der Völker verkünden, das Todesurteil gegen eine Bevölkerung, die zahlreicher ist als die Norwegens und Dänemarks. 3,5 Millionen Deutsche würden der Souveränität von 6 Millionen Tschechen unterworfen werden. Nie wird die unterworfene Nation diese Herrschaft dulden können. Nie wird die herrschende Nation der Aufgabe gewachsen sein, die daraus entsteht. Auf diese Weise wird im Herzen Europas ein Herd des Bürgerkrieges geschaffen werden, dessen Blut für die Welt und ihren sozialen Aufschwung noch gefährlicher werden könnte, als es die beständige Gärung auf dem Balkan war" (Freund Band I S. 3).

Alle Eingaben und Proteste der deutschstämmigen Bevölkerungsteile blieben ohne Erfolg und Clemenceau erreichte das Ziel, das auch Benesch und Masaryk in ihren Denkschriften empfohlen hatten,

„einen kontinentalen Bund von Satelliten-Staaten zu bilden, die sowohl in wirtschaftlicher wie in militärischer Hinsicht Frankreichs Vasallen waren und im Gegensatz zu Deutschland standen" (Wilson: Memoiren und Dokumente).

Als Chamberlain im Frühjahr 1938 dem tschechisch-slowakischen Problem konfrontiert wurde, war man sich in England der verzweifelten Lage im sudetendeutschen Gebiet durchaus bewußt. Keith Feiling schreibt in seiner Chamberlain-Biographie, daß die Grenzen des tschechoslowakischen Staates „dem Prinzip und den Versprechungen" der Siegermächte „Hohn sprachen":

„Man hatte den Deutschen die Selbstbestimmung verweigert, ebenso wie den Anspruch der Slowaken auf einen Staat von gleichberechtigter Nationalität, der ihnen versprochen worden war. Die wirtschaftlichen Beziehungen der Ukrainer mit den Ungarn wurden erschwert. Alles dies war gefährlich und kränkend für den Stolz der Sudetendeutschen, die die besten Regimenter der alten österreichischen Armee gestellt hatten. ... Man hörte nichts mehr von dem ‚Vorbild der Schweiz' und des liberalen Regiments, die Benesch der Friedenskonferenz vorgegaukelt hatte. Es entstand ein zentralisierter Staat unter Zwang und Terror, der einem Polizeistaate sehr ähnelte. Es traten Konflikte auf über die Verteilung der Beamten, die Zuweisung der Schulen und über die Volkszählung. Diese Auseinandersetzungen erstreckten sich bis in die Zeit, als die schwere Wirtschaftskrise die deutschen Gebiete heimsuchte und die am stärksten industrialisierten Teile des Landes wurden in plötzliche Armut versetzt. Diese Depression dauerte noch an, als die Nationalsozialisten allen Deutschen die Vereinigung und die Vollbeschäftigung versprachen. ...

Im gleichen Monat Mai 1935, als die Tschechoslowakei das Militärbündnis mit Bußland abschloß, gewann Henleins Sudetenpartei 44 Sitze bei den Wahlen und damit 70% aller deutschen Stimmen, mehr als jede andere Partei in diesem Staate. Alarmierende Warnungen über diesen explosiven Zustand erreichten London sowohl vor als auch nach Hitlers Machtergreifung. ... Man könne sich nicht auf alle Teile der Armee verlassen. Durch den Volkstumskampf sei ein System der Spionage unerläßlich. Die Deutschen dürften nur selten in anderen Regimentern oder in der Luftwaffe dienen. Weder Deutsche noch Slowaken könnten sich vor Gericht in ihrer Muttersprache verteidigen. Die Arbeitslosigkeit sei in den deutschen Gebieten eine chronische Erscheinung, fast doppelt so groß als im übrigen Lande. Die Arbeitslosenunterstützung für Deutsche sei völlig unzureichend und zudem viel

niedriger als für die Tschechen. Drakonische Gesetze stellten die tschechische Vorherrschaft in den Jahren 1935 bis 1936 in allen Regierungsstellen sicher. Tschechische Polizei wurde in deutschen Gebieten eingesetzt und willkürliche Verhaftungen häuften sich. Unzählige lokale Wahlen waren seit fünf bis sechs Jahren vertagt worden. Die Staatsvertragsklausel mit der Karpatho-Ukraine wurde nicht durchgeführt. Die katholischen Slowaken beschwerten sich über die Angriffe auf ihre Religion und über den Bruch der Vereinbarungen, die ihnen als Partner die Gleichberechtigung garantieren sollten. ...

Das waren die Gründe für die wiederholten Warnungen an die britische Regierung. ... Die Zeit drängte aufs äußerste und wenn keine Abhilfe geschaffen würde, konnte dieses Problem in einem zweiten dreißigjährigen Krieg enden. ... In diesem Lande stießen alle Schwierigkeiten Europas aufeinander. ... Nichts konnte die internationale Isolierung der Tschechen im ersten Halbjahr 1938 verbergen. Alle die mühevollen Anstrengungen der Franzosen konnten kein vernünftiges Verhältnis zwischen den Tschechen und den Polen herbeiführen, da die Polen die Tschechen nicht als Ehrenmänner ansahen. Sie verlangten die Kohlenfelder von Teschen zurück, die die Tschechen geraubt hatten. Auch der ungarische Regent Horthy verabscheute die Tschechen und die Jugoslawen waren bereits halb auf der Seite der Achse. Man beklagte in London, daß die Tschechen nicht wenigstens um russische Hilfe bitten wollten, wozu nicht alle bereit waren, weil sie angesichts der russischen Säuberungsaktionen und der Geschehnisse in Spanien ihren eigenen Vorteil in einem Zusammengehen mit Rußland bezweifelten.

Während entlassene Sudetenarbeiter neben ihren stillgelegten Fabriken halb verhungerten und junge Heißsporne in schwarzen Kniehosen und weißen Strümpfen demonstrierten, beschleunigte der Anschluß Österreichs 1938 den Zusammenbruch der Tschechoslowakei, die auf drei Seiten von deutschen Truppen flankiert wurde. Die böhmischen Festungen konnten lahmgelegt werden, die Handelsstraßen waren abgeschnitten" (vgl. Feiling S. 343 ff.).

In dieser Lage erklärte Chamberlain am 20. März 1938, sechs Tage nach dem Anschluß Österreichs, daß er der Tschechoslowakei keine Garantie geben könne. Er schrieb an seine Schwestern:

„Man braucht nur die Karte anzusehen, um zu erkennen, daß weder Frankreich noch wir das Geringste tun können, um die Tschechoslowakei davor zu erretten, von den Deutschen überrannt zu werden, wenn sie dies tun wollten. Die österreichische Grenze ist praktisch offen; die großen Skoda-Munitionswerke liegen bequem innerhalb der Reichweite deutscher Bombenflugzeuge, alle Eisenbahnen gehen durch deutsches Gebiet, Rußland liegt hundert Meilen weit weg. Deshalb könnten wir der Tschechoslowakei nicht helfen - sie wäre einfach ein Vorwand, um den Krieg mit Deutschland zu beginnen. Daran konnten wir nicht denken, solange wir keine vernünftige Aussicht hatten, es in einer vernünftigen Zeitspanne auf die Knie zu zwingen und ich sehe keine solche Aussicht. Deshalb habe ich jeden Gedanken aufgegeben, der Tschechoslowakei Garantien zu geben, wie auch den Franzosen bezüglich ihrer Verpflichtungen gegenüber diesem Land" (Feiling S. 347).

„Deutschland auf die Knie zu zwingen" war also Chamberlains Gedanke; er sah nur damals — im Gegensatz zum Sommer 1939 - keine „vernünftige Aussicht", dieses Ziel „in einer vernünftigen Zeitspanne" zu erreichen. Deshalb verlangte er von Benesch, Konzessionen in Richtung einer Autonomie für die Sudetendeutschen zu machen und veranlaßte auch die Franzosen, diesen Druck zu unterstützen. Denn es war, wie Feiling schreibt, „kurz vor zwölf Uhr". Der tschechoslowakische Ministerpräsident Hodza aber widersetzte sich den Vorschlägen des französischen Außenministers.

Er erklärte, daß eine „territoriale Autonomie" für die Sudetendeutschen die gleichen Ansprüche der Karpatho-Ukraine, der Slowaken und der Ungarn zur Folge haben würde. Das bedeute, daß

„bei der Gewährung von Autonomien 71/2 Millionen Tschechen einer Gruppe von autonomen Minderheiten gegenüberstehen würden, die zusammen ebenso stark wären. In kritischen Zeiten würde der Staat in Stücke zerfallen; die Befestigungen lägen ausnahmslos in den autonomen Grenzgebieten. Dies ist der tschechische Standpunkt" (vgl. ADAP II Dok. 38).

Der deutsche Gesandte Eisenlohr bemerkte zu seinem Bericht, man müsse diese tschechische Auffassung kennen, um zu verstehen, „daß eine Autonomie hier niemals mit friedlichen Mitteln durchzusetzen sein wird" (ADAP II Dok. 38). Sie mußte die „Auflösung" der Tschechoslowakei bedeuten!

Während Chamberlain die schwache Grundlage des tschechoslowakischen Staates erkannt hatte, die auf verschiedenen Nationalitäten beruhte, „die gegeneinander eine tiefe Abneigung hatten" und der deshalb „langsam zerfiel" (Tansill S. 452), sah der französische Botschafter in Moskau, Robert Coulondre, in der tschechischen Krise die Möglichkeit, das französisch-russische und französisch-tschechische Militärbündnis zu aktivieren (vgl. Freund I Dok. 1).

Die erste akute Tschechenkrise brach am 20. Mai 1938 aus, als Benesch eine Teilmobilmachung durchführen ließ, weil Deutschland angeblich Truppen gegen die Tschechoslowakei zusammengezogen habe.

Am Tage zuvor hatte Weizsäcker — inzwischen Staatssekretär geworden - ein langes Gespräch mit Henderson. Darüber besteht eine Aufzeichnung, die aber nur drei Sätze enthält (ADAP II Dok. 171). Der Staatssekretär bezeichnet in diesem amtlichen Dokument die angebliche Zusammenziehung deutscher Truppen in Sachsen als „baren Unsinn". Schon am Tage darauf wurde aber in einer Reutermeldung das Gespräch zwischen Weizsäcker und Henderson ausführlich wiedergegeben, obwohl „keine Abrede über eine Presseveröffentlichung zwischen Henderson und dem Staatssekretär erfolgt" war (ADAP II Dok. 184). Henderson entschuldigte sich beim deutschen Außenminister und nannte auch die tschechische Mobilmachung eine „unbedachte Maßnahme von Prag". Er bat weiter, die deutsche Regierung möge trotz des Zwischenfalls von Eger, „bei dem zwei Deutsche aus dem Hinterhalt erschossen worden" waren,

„Geduld haben, denn es sei doch immerhin besser, wenn einige Menschen, so schlimm es sei, dort ihr Leben ließen, als wenn Millionen fallen müßten" (ADAP II Dok. 184).

Am gleichen Tage suchte Henderson erneut den Reichsaußenminister auf und erklärte - unter Bezugnahme auf die angeblichen deutschen „Truppenbewegungen", die in Wirklichkeit niemals stattgefunden hatten* - im Namen seiner Regierung:

„Frankreich -würde gezwungen sein, im Falle eines deutschen Angriffs zu intervenieren und England könnte auch ohne vertragliche Bindung durch die Umstände bzw. aus politischer Notwendigkeit gezwungen werden, einzugreifen. ... Man wäre in London erregt über die ganze Situation, und hoffe sehr, daß Deutschland nun ruhig bliebe" (ADAP II Dok. 186).

In seiner mündlichen Antwort wies Ribbentrop die englisch-französischen Drohungen zurück, denn

„auf den wahren Nenner gebracht und auf die wahre Situation übertragen, könnte eine solche Drohung ja nur bedeuten, daß Frankreich und England Deutschland den Krieg erklären wollten, wenn es sich nicht bereitfände, stillschweigend zuzusehen, wie tagtäglich das Blut wehrloser Deutscher an seinen Grenzen vergossen werde.... Deutschland würde unter keinen Umständen die Vernichtung des deutschen Volkstums mitansehen. Die Tschechen spielen mit dem Feuer, wenn sie sich auf fremde Hilfe verließen, denn ehe eine solche Hilfe käme, würde es in diesem Staate bestimmt kein Lebewesen mehr geben, darüber müßten sich die Herren Tschechen klar sein. Wenn dann aber wirklich Frankreich so wahnsinnig sein sollte, uns anzugreifen, so würde dies vielleicht

* Auch Weizsäcker schreibt noch in seinen Erinnerungen:
„In Wirklichkeit hatten die Tschechen mobilisiert und dies mit angeblichen deutschen Truppenbewegungen begründet. ... Hitler hatte militärisch nichts unternommen, also auch nichts zurückzunehmen" (Weizsäcker S. 164 und 165).
Freund erklärt zum 20. Mai 1938 bezüglich der
„Agentennachrichten, daß deutsche Truppen auf dem Marsch gegen die Tschechoslowakei seien. Die Nachrichten waren falsch. Das steht heute jenseits allen Zweifels fest" (Freund I S. 36).

die größte Niederlage Frankreichs in der Weltgeschichte werden, und wenn England sich dem anschlösse, dann würde man eben nochmals bis aufs Messer kämpfen müssen" (ADAP II Dok. 186).

In London hatte Außenminister Halifax dem deutschen Botschafter noch drohendere Erklärungen abgegeben. In einer schriftlichen Weisung an Dirksen erteilte Ribbentrop die folgende Instruktion (ADAP II Dok. 204):

„Wenn Lord Halifax Ihnen gesagt hat, daß im Falle eines deutschen Einmarsches in die Tschechoslowakei unter gleichviel welchen Umständen, auch im Falle schwerer tschechischer Provokationen, die Franzosen gegen uns marschieren würden, so muß eine solche französische Absicht, besonders aus englischem Munde uns mitgeteilt, uns sehr befremden. Von einer vertraglichen Verpflichtung Frankreichs zur Hilfeleistung an die Tschechoslowakei kann bekanntlich nur gesprochen werden im Falle eines unprovozierten Angriffs eines dritten Staates gegen dieses Land. Die von Halifax geschilderte französische Absicht und das in Aussicht gestellte britische Verhalten hierzu würden aber nur den vergeblichen Versuch bedeuten, Deutschland durch Drohungen, die weit über die französische Vertragspflicht hinausgehen, so sehr einschüchtern zu wollen, daß es jegliche Provokation der Tschechoslowakei ohne Gegenwehr hinnähme. Umgekehrt würde diese Absicht auf tschechische Provokationen den höchsten Preis setzen, den Frankreich bezahlen kann, und England würde sich zum willenlosen Gefolgsmann einer solchen steuerlosen europäischen Politik machen.

Ich bitte Sie daher, bei Ihrem nächsten Gespräch mit Halifax dieses Thema noch einmal aufzunehmen. Es wäre Halifax zu sagen, wir können uns nicht denken, daß dieses wirklich der Sinn seiner Äußerungen Ihnen gegenüber gewesen sei. Ich bitte ihn vielmehr zu fragen, ob er seine frühere Äußerung richtigstellen wolle. Anderenfalls würden wir sie der Öffentlichkeit nicht vorenthalten können. R(ibbentrop)"

Schließlich bestätigt Henderson in seinen Memoiren, daß Montag, den 23. Mai 1938,

„am Morgen bereits alle, außer den Halsstarrigsten, überzeugt waren, daß die Geschichten über deutsche Truppenzusammenziehungen tatsächlich unwahr waren" (Henderson S. 137).

Zu den „Halsstarrigsten" gehörte — wie wir heute wissen auch Premierminister Chamberlain, der noch am 28. Mai 1938 trotz der Berichterstattung des Berhner Botschafters seinen Schwestern mitteilte, er sei überzeugt,

„1. daß die deutsche Regierung alle Vorbereitungen für einen Coup gemacht hatte, 2. daß sie (die Deutschen) nach unseren Warnungen die Risiken für zu groß hielten, 3. daß sie nach dem allgemeinen Urteil sich bewußt wurden, daß sie durch das Geschehene ihr Prestige verloren hatten und 4. daß sie ihre Bosheit an uns auslassen, weil sie fühlen, daß wir ihnen Schach bieten können. ... Aber der Zwischenfall zeigt, wie völlig unzuverlässig und unehrenhaft die deutsche Regierung ist.... Eins ist uns völlig klar, obwohl wir nichts darüber sagen können. Der ‚Anschluß' und die englisch-italienischen Vereinbarungen haben zusammen der Achse Rom-Berlin einen häßlichen Knacks versetzt" (Feiling S. 354).

Die Notiz läßt darauf schließen, daß der britische Premierminister damals in Prag die Lieblingsidee weiterzuverfolgen versuchte, die einige Wochen vorher in Wien Schiffbruch erlitten hatte. Ribbentrop hatte erklärt: „Vor allem wird England immer bemüht bleiben, die Achse Berlin-Rom zu schwächen" (vgl. „Schlußfolgerungen" S. 122).

Für diese kritischen Tage Ende Mai 1938 betont Weizsäcker in seinen Erinnerungen besonders die Doppeholle, die er zu spielen begonnen hatte. Schon die Reutermeldung über sein Gespräch mit Henderson ist verdächtig. Dazu kommt, daß er in seinen Erinnerungen eine Notiz vom 22. Mai, dem Tag der britischen Demarche, wiedergibt: „Ich wurde ihm (Ribbentrop) heute sehr grob, als er sagte, man müsse die Tschechen provozieren. ‚Ich muß Ihnen auf das bestimmteste widersprechen', brüllte ich ihn auf dem Flugplatz Tempelhof an" (Weizsäcker S. 165). In seiner offiziellen Aufzeichnung vom selben Tag dagegen gibt er Hendersons Bestätigung wieder, daß die deutschen Truppenzusammenziehungen eine reine Erfindung gewesen seien (ADAP II Dok. 189). Natürlich

hat der Staatssekretär seinen Außenminister nicht in aller Öffentlichkeit angebrüllt, auch im geheimen ist es nicht geschehen*.

Trotz der starken Worte, die Weizsäcker offiziell gegenüber dem britischen Botschafter gebrauchte, schreibt er in seinen Erinnerungen:

„Aus dieser Zeit stammt das Vertrauensverhältnis zwischen Henderson und mir, das dann bis zum Tag der Abreise Hendersons nach Ausbruch des Krieges 1939 angehalten hat" (Weizsäcker S. 165).

Ein weiteres Beispiel für des deutschen Staatssekretärs Rolle ist die Geschichte seines Informationsbriefes vom 1. Juni 1938 an den deutschen Botschafter in London, von Dirksen. Im Text dieses Schreibens kritisiert der Staatssekretär ganz korrekt „die britische Methode der Einwirkung auf Prag" mit den Worten:

„Man kann ja dem Baby nicht gut sagen, ,sei artig' und ihm gleichzeitig ein Bonbon versprechen für den Fall, daß es ganz ausartet. Henderson, der eben wieder bei mir war, bestritt mir nicht, daß tschechische Extremisten sich durch dieses Verfahren geradezu ermutigt gefühlt haben" (ADAP II Dok. 230).

Diesen offiziellen Brief aber ließ der Staatssekretär durch Dr. Erich Kordt persönlich nach London bringen und teilte mit, daß Dirksen durch diesen Mittelsmann „Interpretationen" erhalten könne und zwar „mit Vergnügen und ausgezeichnet" (ADAP II Dok. 230).

* Ribbentrop erklärte in Nürnberg ausdrücklich, daß Weizsäcker ihm gegenüber niemals „offen opponiert" habe. Auf Weizsäcker und Kordt bezieht sich Ribbentrops Feststellung, daß ihm diese Mitarbeiter

„bei unendlich vielen Gelegenheiten stets von neuem ihre Ergebenheit und Zufriedenheit mit den Ereignissen zum Ausdruck gebracht haben. Es gab kaum jemand, der mir bei außenpolitischen Erfolgen herzlicher gratuliert hätte, als diese beiden. ... Wenn er (Weizsäcker) mit dem Gang der deutschen Außenpolitik nicht einverstanden war, dann hat er das jedenfalls niemals in einer Aussprache mir gegenüber zum Ausdruck gebracht" (Ribbentrop S. 278 f.).

Roennefarth (Bd.I S.315ff.) nennt diesen Brief „Weizsäckers ‚zweideutige' Orientierung" und widmet dem Dokument fünf volle Seiten. Er betont, daß dazu „auch die für Ribbentrop zusammengestellte Aufzeichnung der Unterredung Henderson-Weizsäcker vom 21. Mai 1938 gehört". Er ist der Ansicht, es sei nie zu ermitteln,

„was zwischen den Zeilen stand und auf solche Art zwischen dem Staatssekretär und dem Botschafter (Henderson) zur Sprache kam, ohne aufgeschrieben zu werden" (Boennefarth I S. 318).

Roennefarth hält in dem Schreiben an den Botschafter von Dirksen für bedeutsam,

„daß Weizsäcker durch den neutralen Gebrauch des ‚Wir' ohne eine nähere Erklärung dafür zu geben, wer gemeint sei, jeden Argwohn abwehrte, der vielleicht von **Seiten** Ribbentrops aufkommen konnte. ‚Wir' bedeutete nach Weizsäckers Auffassung die Opposition gegen Hitler und Ribbentrop; ‚Wir', nach Ribbentrops Interpretation, die Berliner Machthaber, d. h. entweder die Vertreter einer Friedens- oder die einer Angriffspolitik. So ist also dieser Brief mit ein Anfangsglied in der Kette jener Handlungen, die mit dem Tage begannen, da Dr. Theo Kordt, versehen mit den Verhaltungsmaßregeln für seinen neuen Posten in London, sich bei Weizsäcker abmeldete" (Roennefarth Bd. I S. 320).

Burckhardts nächtliches Gespräch mit Oberst Beck

Im Sommer 1938 liefen die polnischen Interessen noch parallel mit der Forderung der Sudetendeutschen auf Selbstbestimmung und standen damit im Gegensatz zu den Völkerbundsbestrebungen. Der polnische Außenminister Oberst Beck hoffte, mit der Bückgliederung dieser Gebiete an Deutschland auch das ehemalige polnische Teschen zurückzugewinnen. Er begab sich am 13. Juli nach Riga und erklärte vor den lettischen Journalisten,

„daß seine Regierung jeden ‚Automatismus' des Völkerbundes mißbillige, Polen werde zwar noch nicht aus der Genfer Organi-

sation austreten, aber aufs deutlichste würde man schwerwiegende polnische Vorbehalte formulieren" (Burckhardt S. 163).

Fünf Tage später, am 22. Juli, „traf Beck überraschend in Danzig ein, er stieg bei Chodacki ab". Der Hohe Kommissar war von seiner Ankunft nicht offiziell benachrichtigt worden. Aber spät in der Nacht wurde er von einem Diner bei dem General Regulski auf der Halbinsel Hela von Chodacki abgeholt und unauffällig auf ein polnisches Kriegsschiff gebracht, wo der polnische Außenminister ihn erwartete und ein allgemeines Gespräch begann:

,, ,Danzig', erklärte er, ,ist zum Prüfstein geworden. Von der Art, wie man in Berlin die Danziger Frage behandelt, wird weitgehend unsere eigene Politik abhängen. Ich bin jederzeit bereit, mit Hitler weiterhin zu reden. Aber es muß ihm klar gemacht werden, welchem Potential Deutschland gegenübersteht und daß schon bald der Moment gekommen sein wird, an dem es gilt einzuhalten. Hitler schließt von den Erfolgen, die er und seine Partei im Innern eines durch den letzten Krieg geschwächten Landes gegenüber einer politisch unerfahrenen, äußerst suggerierbaren Bevölkerung errungen hat, auf unbegrenzte Erfolgsmöglichkeiten in der Außenpolitik. Auf einen Ausgleich mit Rußland kann er nicht rechnen. Rußland wird niemals gestatten, daß das Reich die polnische Integrität antastet, Rußland hat kein Interesse an einer gemeinsamen Grenze mit Deutschland. Das Element des Wahnsinns (cet élément de folie), das die empirisch denkenden Engländer in Hitlers überstürzten Entschlüssen zu erkennen glauben, wirkt sehr stark auf die öffentliche Meinung der Briten im antideutschen Sinn, und die stärksten antideutschen Propagandisten, die Refugianten, tun in England, wie in Amerika, das ihre. In Frankreich gibt es wegen der Kommunistenangst im Bürgertum leichte faschistische Tendenzen, aber die Angst vor den Deutschen ist größer als die Angst vor den Bolschewiken, - die sind weit weg. Wird Polen angegriffen, so marschiert die französische Armee. Einen Zweifrontenkrieg könnte Hitler nicht führen. Die Wehrmacht ist mit der kaiserlichen Armee von 1914 nicht zu vergleichen. Unsere eigenen Streitkräfte aber sind auf einen elastischen, hinhaltenden Bewegungskrieg eingerichtet. Man wird große Überraschungen erleben.'

,Wenn Hitler aber von gleich zu gleich reden und Beweggründe annehmen will, so gibt es gemeinsame polnisch-deutsche Interessen. Auf dem Weg eines Austausches unter Gleichberechtigten, ohne Druck und Drohimg, werden wir mit dem Reich noch über manche aus dem Versailler Vertrag übrig gebliebene Schwierigkeiten reden können. Die hybride Gründung (la création hybride) der Freien Stadt hat 1918 mit der Absicht stattgefunden, zwischen Polen und Deutschland dauernde Unstimmigkeiten zu schaffen. Wie der große Marschall habe ich immer alles getan, um diesen versteckten Absichten entgegenzuwirken. Aber Hitler muß unsere Ehre respektieren. Setzt er seinen Druck fort, so werde ich Druck mit Gegendruck erwidern' " (Burckhardt S. 163/164).

Beck war sich bei diesen Eröffnungen der internationalen Rolle Burckhardts bewußt; zweifellos waren seine Erklärungen an die Adresse Englands gerichtet. Genau wie er selbst im Frühjahr 1936 Frankreich freiwillig die polnische Hilfe zu einem Präventivkrieg gegen Deutschland angeboten hatte (vgl. S. 253), wollte Beck sich jetzt vergewissern, ob die Westmächte ihm zu Hilfe eilen würden, wenn er es zu keinem Ausgleich mit Deutschland kommen lasse.

In der Öffentlichkeit allerdings stand für Polen noch die Teschen-Frage im Vordergrund. Am 17. Juli 1938 brachte die polnische Presse „scharfe Auslassungen über die Mißhandlung von Polen in der Tschechoslowakei" und im Gegensatz zu Benesch, der mit allen Mitteln daran gearbeitet hat, „Rußland in das westliche System als bestimmenden Faktor einzugliedern", protestierte Beck am 27. Juli „gegen die Umtriebe tschechischer Kommunisten in Polen" (Burckhardt S. 166f.).

Nicht nur François-Poncet nannte Danzig den „Zankapfel", der durch die Siegermächte zwischen Deutschland und Polen geworfen worden sei, den aber Hitler und Pilsudski 1934 unschädlich gemacht hätten; in der französischen Kammer hatte auch Marcel Sembat schon 1919 erklärt, „daß Danzig den Keim für einen neuen Krieg in sich trage". Beck glaubte mit vielen Polen ebenfalls von allem Anfang an,

„es habe sich bei der künstlichen Abtrennung Ostpreußens durch den Korridor und bei der Schaffung der ‚freien' und doch von Polen abhängigen Stadt Danzig um die versteckte Absicht gehandelt, auf die Dauer einen friedlichen Ausgleich zwischen Polen und dem Deutschen Reich unmöglich zu machen" (Burckhardt S. 24).

Obwohl sich Beck dieser Betrachtungsweise auch noch rückblickend erinnert (Beck S. 13f.), ging seine außenpolitische Konzeption im Sommer 1938 wohl schon dahin, gerade in Danzig Hitler entgegenzutreten. Zuerst sollte Teschen mit Hilfe des Reiches an Polen fallen. Dann werde die polnische Armee mit der militärischen Unterstützung Frankreichs und dank der antideutschen Propaganda in England und Amerika einen Waffengang gegen Deutschland nicht mehr zu fürchten brauchen. Burckhardt kritisiert diese Gedankengänge Becks:

„Er hatte falsche Vorstellungen von der Schlagkraft der polnischen Armee, ihre Möglichkeiten hat er überschätzt, seinem Irrtum soll er auf der Flucht nach Rumänien beredten und tragischen Ausdruck gegeben haben. ... Alles, was von Hitler ausging, hielt er für Täuschungsmanöver. An die gewaltige Schlagkraft der Wehrmacht glaubte er nicht" (Burckhardt S. 166).

Nach Burckhardts Darstellung hat jedenfalls Beck schon im Juli 1938 in aller Ausführlichkeit einen künftigen polnisch-deutschen Krieg erörtert, in dem er mit einem polnischen Sieg rechnete.

Burckhardt vergißt allerdings hinzuzufügen, daß sich der wohl wichtigste Gesichtspunkt des polnischen Außenministers, der Vormarsch der französischen Armee nach Deutschland zur Unterstützung Polens im Herbst 1939 nicht verwirklichte und daß auch England und Amerika sich zunächst völlig zurückhielten, als es um aktive Hilfe für Polen ging.

Ewald von Kleist-Schmenzin im Foreign Office

Am 16. August 1938 erhielt das britische Außenministerium eine Mitteilung des Botschafters Henderson aus Berlin, daß

„ein Herr von Kleist" „als Abgesandter der Gemäßigten im Generalstab" nach London reisen würde, um im Foreign Office vorzusprechen. Zwei Tage später flog der pommersche Gutsbesitzer Ewald von Kleist-Schmenzin „unter dem Deckmantel eines Vertreters der alten deutschen konservativen Partei" nach London,

„um Churchill und Lord Lloyd zu sehen, nachdem auch das »German War Office', d. h. wohl nicht das OKW, sondern das OKH (Beck, Oster, evtl. auch Canaris) jenem Besuch seine Zustimmung nicht versagte. Offiziell wollte das Foreign Office davon keine Kenntnis nehmen, den Besucher aber andererseits auch nicht abweisen, wenn er bei den entsprechenden Stellen des Außenamtes empfangen zu werden wünschte. Chamberlain wurde von Kleists Aufenthalt in Kenntnis gesetzt" (Boennefarth Bd. I S. 402 nach Documents on British Foreign Policy, Serie III).

Kleist erörterte nach Boennefarths Darstellung vor allem mit Vansittart, dem Hauptberater der britischen Regierung, „in aller Offenheit" die Frage: „Krieg oder kein Krieg gegen die tschechische Republik". Kleist erklärte, er und sein Kreis wüßten genau, daß für Hitler der Krieg nunmehr eine beschlossene Sache sei, wenn die britische Regierung ihn „nicht stoppte". Kleist-Schmenzin behauptete weiter:

„Alle Generale der Wehrmacht, die meine Freunde sind, wissen es und sie allein wissen es gewiß und kennen das Datum, an dem die Bombe platzt; alle ausnahmslos. ... Nach dem 27.September wird es zu spät sein" (Vansittart an Chamberlain am 18. 8. 1939; zitiert nach Boennefarth Bd. I S. 402f.; Sperrung bei Vansittart).

Kleist versicherte Vansittart, daß Hitler gestürzt werden müsse und er erwartete „das Vorspiel für das Ende des Regimes", falls, „wie es im Mai gewesen ist", Hitler zum Zurückweichen gezwungen würde. Er sprach natürlich davon, den „Krieg bei dieser Gelegenheit zu vermeiden", worunter er verstand, die sudetendeutsche Frage ungelöst zu lassen.

Kleist-Schmenzin wurde von Vansittart zurückhaltend behandelt und mußte sich hinsichtlich Deutschlands sagen lassen, daß

„jeder Versuch von außen, das Land offenbar zu entzweien, eher geeignet sein würde, es zu einigen" (Rönunshaken cirailnefarth Bd. I S. 404).

Vansittart fertigte daraufhin eine ausführliche Aufzeichnung über sein Gespräch mit Kleist-Schmenzin an und übersandte die Information dem Premierminister Chamberlain. Dieser hatte schon durch den englischen Generalmajor Lord Hutchinson of Montrose (Rönnefarth Bd. II S. 201) ähnliche Nachrichten erhalten. Er hielt diese Berichte für wichtig genug, um dem Außenminister Lord Halifax am 19. August 1938 eine ausführliche Aktennotiz darüber zuzuleiten :

„Ich nehme an, daß von Kleist stark gegen Hitler eingestellt und er außerordentlich ängstlich ist, seine Freunde in Deutschland aufzurütteln, einen Versuch zu machen, Hitler zu stürzen. Er erinnert mich an die Jakobiten am französischen Hofe zur Zeit König Wilhelms, und ich denke, daß wir einen guten Teil abziehen müssen von dem, was er sagt. Nichtsdestoweniger gebe ich zu, ein Gefühl von Unbehagen zu haben, und ich bin nicht sicher, daß wir nichts tun sollten. Sein zweites Heilmittel - daß jemand von un s eine Rede halten oder ein Interview geben sollte, in welchem wir, um Vansittarts Wendung zu gebrauchen ‚klarer' sein sollten als im Mai, weise ich zurück. Auf jeden Fall in diesem Augenblick. Das erste Heilmittel ist weniger bindend, und es gibt verschiedene Wege, auf welchen wir Hitler überzeugen könnten, daß die Lage nicht weniger ernst ist als sie es im Mai war" (zitiert nach Rönnefarth S. 404. Der in der zweiten Zeile enthaltene Ausdruck „ängstlich" beruht vermutlich auf einem Übersetzungsfehler Rönnefarths. Das englische „anxious" bedeutet in diesem Zusammenhang „eifrig bestrebt").

Der von Chamberlain gebrauchte Vergleich mit den „Jakobiten" war nicht schmeichelhaft, denn die Anhänger des 1688 aus England vertriebenen katholischen Königs Jakob II. hatten trotz der Unterstützung durch Ludwig XIV. weder politischen noch militärischen Erfolg. Für Chamberlain

erschien auch der von den deutschen Oppositionellen erteilte tagespolitische Rat nicht überzeugend; er erachtete es offenbar als zu riskant, nochmals — wie im Mai - vorzugeben, England wolle wegen der Tschechoslowakei einen Krieg beginnen. Das von Kleist-Schmenzinbenannte „erste Heilmittel" allerdings, von dem Chamberlain nur indirekt spricht, gab ihm offenbar zu denken: Hinsichtlich eines möglichen Sturzes Hitlers war er „nicht sicher, daß wir nichts tun sollten"!

Kleist-Schmenzin hatte also der britischen Regierung alles Wissenswerte über die Bestrebungen, Hitler zu beseitigen, mitgeteilt, aber in London nichts erhalten, womit er seine Verschworenen in Deutschland hätte ermutigen können.

Zwar hielt Sir John Simon — damals britischer Schatzkanzler — am 27. August 1938 „seine berühmte Rede in Lanarck", aber anstatt zu drohen, sprach er von einem gefährlichen Krieg, dessen Beginn „wie der Anfang eines Feuers beim Sturm ist", aber dessen Ende man nicht kenne (Rönnefarth Bd. I S. 403).

Nur Winston Churchill — damals ohne Amt — gab Kleist-Schmenzin einen Brief mit, der besagte, „wie man in England die Lage ansah und zu welchen Schritten man sich im Falle einer deutschen Aktion gegen die Tschechoslowakei veranlaßt sehen könnte". Der deutsche „Emissär" erhielt von Churchill den Auftrag, diesen Brief „mehreren Generalen in den Oberkommandos, insbesondere Beck, zu zeigen" (Rönnefarth Bd. I S. 402). Dieser Brief Churchills wurde nach dem 20. Juli 1944 in Schmenzin von der Pohzei gefunden (Rönnefarth Bd. II S. 200).

Eine Weizsäcker-Aufzeichnung zur Tschechenkrise

Als „Aufzeichnung aus dem Auswärtigen Amt" ist mit Dokument 374 in den ADAP II eine höchst seltsame Niederschrift wiedergegeben — sie wird bemerkenswerterweise auch

von Burckhardt sehr wichtig genommen. In Nürnberg wurde sie als Beweismaterial nicht herangezogen. Der Text lautet:

„In einem Gespräch mit Reichsminister von Ribbentrop am 19. August setzte mir dieser auseinander, der Führer sei fest entschlossen, die tschechische Angelegenheit mit Waffengewalt zu regeln. Mitte Oktober bezeichnete er aus flugtechnischen Gründen als den letzten angängigen Termin. Die anderen Mächte würden sich bestimmt nicht rühren und wenn doch, so würden wir es auch mit ihnen siegreich aufnehmen. Ich widersprach, wie schon früher dieser ganzen Theorie und bemerkte, wir müßten in das politische Stadium englischer Interessenabnahme von der tschechischen Sache und englischer Toleranz kommen, ehe wir die Sache ohne unzulässiges Risiko anfassen könnten. Herr von Ribbentrop wollte die Verantwortungsfrage so darstellen, daß ich nur ihm, er nur dem Führer und der Führer allein dem deutschen Volk verantwortlich sei, während ich behauptete, in dem Gedanken einer solchen Politik verwurzelt sein zu müssen, um sie optimal auszuführen. Herr von Ribbentrop erklärte, der Führer habe sich noch nie geirrt, seine schwersten Entschlüsse und Handlungen (Rheinlandbesetzung) lägen bereits hinter ihm. Man müsse an sein Genie glauben so wie er, R., es aus langjähriger Erfahrung tue. Hätte ich mich zu einem solchen blinden Glauben in der vorliegenden Frage noch nicht durchgerungen - wie ich das Ribbentrop ausdrücklich sagte -, so wünsche er mir, freundschaftlich und dringend, daß ich dahin käme. Ich würde es sicher später bereuen, wenn mir das nicht gelänge und die Tatsachen dann gegen mich sprächen.

Das Gespräch, das Ribbentrop mit vielen mihtärischen Gesichtspunkten zu bekräftigen suchte, verlief im übrigen ruhig und wie zwischen nah Vertrauten.

Bemerkenswert wäre noch, daß gemäß Ribbentrops Darstellung der Führer an der Spitze der ersten Panzerdivision selbst in die Tschechei einrücken will. Der Außenminister habe ihn ins Feld zu begleiten. Anstelle von Herrn von Neurath, dem der Führer anscheinend die Vertretung in der Heimat übergeben möchte, will Ribbentrop mich diese Geschäfte führen lassen."

Über die Vermerke auf diesem Papier werden in den ADAP folgende Mitteilungen gemacht:

1. Ohne Unterschrift. Es dürfte sich jedoch wohl um eine Aufzeichnung Weizsäckers handeln. Das in Bleistift hinzugefügte Datum läßt seine Handschrift erkennen. Die Aufzeichnung befand sich in einem versiegelten Umschlag mit folgenden Bemerkungen:

In der Handschrift von Kessels (Büro St. S.): Aufzeichnung über Gespräch mit Reichsminister betr. Vorgehen gegen Tschechoslowakei 20. August.

In der Handschrift Reifegerstes (Büro St. S.): Eingegangen 20. August 1938. St.S. No. 24/38 „geheime Reichssache" (ADAP II Dok. 374).

Das zunächst Bemerkenswerte an diesem Text ist vor allem, daß es sich wieder um eine Niederschrift handelt, die von dem Beteiligten nicht bestätigt wird. Es steht — im Gegensatz zum sog. Hoßbach-Protokoll - nicht einmal fest, wann die Aufzeichnung gemacht worden ist; es wäre denkbar, daß sie zu einem ganz anderen Zeitpunkt angefertigt wurde.

Da jedoch die Mission Kleist-Schmenzin nach London in die gleichen Tage fiel, kann das Datum auch zutreffen. Sicher ist nur, daß die Aufzeichnung nicht dazu bestimmt sein konnte, jemals Hitler oder Ribbentrop vorgelegt zu werden. Schon der Umstand, daß mehrmals einfach von „Ribbentrop" bzw. von „R." gesprochen wird, macht das deutlich.

Völlig sicher ist, daß am 19. August 1938 ein Gespräch solchen Inhaltes zwischen Ribbentrop und Weizsäcker nicht stattgefunden haben kann, weil die politische Lage in diesen Tagen unter ganz anderen Aspekten stand. Zu diesem Zeitpunkt war nämlich die Tschechenkrise fast abgeflaut, nachdem am 4. August 1938 der englische Lord Runciman seine berühmte Erkundungs- und Vermittlungsmission in der Tschechoslowakei begonnen hatte und dabei auch von der deutschen Presse „nicht unfreundlich begrüßt" worden war, wie Lord Halifax selbst an Ribbentrop schrieb (ADAP II Dok. 323).

Nach der Benesch-Mobilmachung vom 20. Mai 1938 hatte zwar der deutsche Generalstab am 30. Mai den neuen Even-

tualplan „Grün" ausgearbeitet, aber die diplomatische Lösung des sudetendeutschen Problems blieb das Ziel der deutschen Politik, für das weitere vier Monate mit Erfolg verhandelt wurde. Die deutsche Opposition dagegen sah „in der Bedrohung des Friedens eine willkommene Gelegenheit", eine „breite Front der Unterstützung" für die Beseitigung Hitlers aufzubauen (vgl. S. 81). So wird auch aus Weizsäckers Erinnerungen deutlich, daß er es gerade zu dem Zeitpunkt, an dem sich durch die Entsendung Lord Runcimans eine friedliche Entwicklung abzeichnete, für nötig hielt, „London zu warnen und aufzuwecken" und dafür Sorge trug, daß „Runciman über die Gefährlichkeit der Absichten Hitlers nicht im Dunkeln blieb" (Weizsäcker S. 177).

Das so seltsame Dokument sollte wahrscheinlich zeigen, wie sehr der Frieden bedroht sei. Deshalb wird vermutlich darin behauptet, „der Führer sei fest entschlossen, die tschechische Angelegenheit mit Waffengewalt zu regeln". Verschiedene Einzelheiten, wie z.B., daß „aus flugtechnischen Gründen" Eile geboten sei, daß Deutschland es auch mit dem Westen „siegreich aufnehmen" werde und daß das Gespräch „wie zwischen Vertrauten" verlaufen sei, sollte die Aufzeichnung wohl für Dritte als glaubwürdiger erscheinen lassen. Der groteske Schlußsatz der Niederschrift, wonach Hitler, vom Reichsaußenminister flankiert, an der Spitze der ersten Panzerdivision in die Tschechoslowakei einziehen wollte, scheint von der Haltung des polnischen Außenministers Beck inspiriert zu sein, der 1936 in einem französischen Präventivkrieg ein „Regiment" zu übernehmen gedachte (vgl. S. 253).

Burckhardt findet an diesem so merkwürdigen Text ein ganz anderes Moment wichtig. Er schreibt: Wenn Weizsäcker geraten habe, abzuwarten, bis ein „hoher Grad von Toleranz und gutem Willen in England erreicht sei", so habe der Staatssekretär sich so geäußert, „indem er gleichzeitig das Gegenteil erhoffte" (Burckhardt S. 175).

Nach Kleist-Schmenzins Rückkehr von seiner Londoner Reise unternahm

„Ende August die Oppositions-Gruppe des Auswärtigen Amtes den ersten Schritt, als sie den Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Brauchitsch,voll ins Bild setzte" (Roennefarth S. 393).

Brauchitsch soll alle Pläne zur Kenntnis genommen, aber kein Verständnis dafür gezeigt haben, daß

„die Wehrmacht die Kohlen aus dem Feuer holen sollte, während sich das Auswärtige Amt aber im Hintergrund hielt" (Rönnefarth S. 394).

Es war offenkundig, daß der Vorstoß des Mittelsmannes von Kleist-Schmenzin allzu unbefriedigend verlaufen war, man mußte in London überzeugender auftreten. Roennefarth hat diese Phase gründlich studiert und berichtet darüber auf Grund von Aussagen im späteren sog. Wilhelmstraßen-Prozeß (Nürnberg 1948-49):

„Auf Empfehlung seines Bruders Erich, auf Veranlassung Weizsäckers ,und gewissermaßen im Auftrage des Generalobersten Beck, der von den oppositionellen Kreisen als das mögliche deutsche Staatsoberhaupt der Zukunft angesehen würde', fand Botschaftsrat Dr. Theodor Kordt sich ,in die Notwendigkeit versetzt', ,dem britischen Außenminister einzig dastehende Eröffnungen im Sinne der Erhaltung des Friedens zu machen'. Er sollte das den Landesverrat streifende, u. U. lebensgefährliche Risiko auf sich nehmen und seinen Gesprächspartnern eröffnen, ,daß er nicht im Namen der Regierung Hitlers, sondern im Namen der deutschen Opposition spreche'. Er sollte die Britische Regierung ,dringend' ersuchen, ,eine unmißverständliche Erklärung abzugeben, daß es ihr Ernst sei'" (Rönnefarth S. 394f.).

Weizsäcker scheint von dieser Aktivität der Gebrüder Kordt nicht voll überzeugt gewesen zu sein, denn er unternahm gleichzeitig einen noch drastischeren Schritt, über den auch der Danziger Kommissar Burckhardt in seinen Erinnerungen ausführlich berichtet.

Ende August 1938 erhielt Burckhardt eine Einladung des Danziger Gauleiters Forster, ihn in seinem Landhaus zu besuchen. Im Laufe des Gesprächs habe — so berichtet Burckhardt (S. 176ff.) - Forster u. a. gesagt, daß Deutschland in diesem Herbst die sudetendeutsche Frage lösen werde. Die sudetendeutsche Frage wurde tatsächhch im Herbst gelöst, aber nicht so, wie Burckhardt es heute dem Gauleiter Forster in den Mund legt, der gesagt haben soll, „es werde nicht lange gefackelt, sondern sogleich mit brutaler Gewalt vorgegangen werden. Gleich zu Beginn würden tausend Flugzeuge über Prag gesandt und Prag werde dem Erdboden gleichgemacht." Forster soll weiter behauptet haben, diesesmal wollten die Deutschen den Krieg und „würden ihn daher gewinnen". Er „kenne die geheimsten Gedanken des Führers, er habe sogar jederzeit Zutritt zum Schlafzimmer" - eine Darstellung, die in Wirklichkeit nicht zutreffend ist. Forster gehörte nicht zu den engeren Vertrauten Hitlers und nicht einmal diese hatten Zugang zu seiner privaten Sphäre.

Burckhardt nahm diese Zusammenkunft mit Forster nicht nur zum Anlaß eines Berichtes an das Foreign Office nach London, sondern auch zu einer Beise nach Berlin, wo er den Staatssekretär Weizsäcker aufsuchte.

Weizsäcker empfing den Hohen Kommissar „nur wenige Minuten im Auswärtigen Amt". Er schlug vor, „ihn eine halbe Stunde später an einer bestimmten Stelle des Tiergartens zu treffen", wo sie dann „ungestört reden könnten" (Burckhardt S. 181).

Hier bei diesem ungewöhnlichen Zusammentreffen des deutschen Staatssekretärs mit dem Hohen Kommissar des Völkerbundes unterrichtete Weizsäcker seinen Besucher über „alle Schritte", die er „bis jetzt in London unternommen hatte, um dort Hitlers wahre Absichten deutlich zu machen". Er erklärte, daß es sich bei seinen Handlungen in England

„durchaus um Konspiration mit dem potentiellen Gegner zum Zwecke der Friedenssicherung handelte, ein doppeltes Spiel von äußerster Gefährlichkeit. Weizsäcker sprach damals mit der Offenheit eines Verzweifelten, der alles auf die letzte Karte setzt, er erwähnte die geheime Mission, die der Bruder Dr. Erich Kordts, sein engster Vertrauter im Amt, Theo Kordt, bei Chamberlain und Lord Halifax unternommen hatte" (Burckhardt S. 182).

Weizsäcker bestätigt in seinen Erinnerungen mit fast denselben Worten seine „ständige Arbeit in der außenpolitischen Obstruktion" während des Sommers 1938 (Weizsäcker S. 177 f.).

Im Verlauf des Tiergartengespräches am 1. September 1938 bat der Staatssekretär den Hohen Kommissar, sich

„raschestens in die Schweiz zu verfügen und dort die nächstbeste sichere Gelegenheit zu ergreifen, um dem Foreign Office mitzuteilen, man müsse Hitler gegenüber eine unzweideutige Sprache führen, nur davor würde er zurückweichen. Er sprach von einem ‚unbefangenen, undiplomatischen Engländer, etwa einem General mit dem Reitstock, der bei Hitler auftauchen sollte, nur so würde dieser vielleicht aufhorchen'" (Burckhardt S. 182; vgl. Weizsäcker „Erinnerungen" S. 179).

Weizsäcker enthüllte Burckhardt

„in vollster Offenheit und ohne jede Vorsichtsmaßregel, wie weit er selbst in die Verschwörimg verstrickt war. Er deutete an, daß er mit Canaris in Verbindung stehe. Von Canaris sagt er in seinen Memoiren: ‚Er gehörte zu den sehr Wenigen, zu denen ich ohne Rückhalt sprach' ... Es ist vollkommen der Wahrheit entsprechend, wenn Weizsäcker schreibt: ‚Meine Ratschläge lauteten seit Spätsommer 1938 nie mehr anders, als daß Hitler zu beseitigen sei' " (Burckhardt S. 182, vgl. Weizsäcker S. 176 f.).

Das Hauptthema zwischen Burckhardt und Weizsäcker war bei diesem Tiergartentreffen das „Ausheben des Hitlernestes" (Burckhardt S. 182). Weizsäcker berichtet in seinen Erinnerungen, daß

„wegen der Beseitigung Hitlers Canaris mit General Haider in reger Verbindung war. Ohne das Militär wäre ein Umschwung in

Deutschland unmöglich. Mit unseren auswärtigen Akten könne man nicht schießen, pflegte ich zu sagen" (Weizsäcker S. 176).

Kosthorst erklärt die „Tätigkeit" des Staatssekretärs als „Obstruktion der offiziellen Außenpolitik mit Hilfe des ‚indirekten Schießverfahrens' und vertrauliche politische Unterrichtung Halders, dessen Pläne ihm bekannt waren". Er gab z. B. der „diplomatischen Widerstandsgruppe den Start frei und deckte deren Tätigkeit unter dem Mantel offizieller Aufträge" (Kosthorst S. 78f.).

Im Verlauf jenes Gespräches im Berliner Tiergarten berichtete Weizsäcker dem Hohen Kommissar außerdem

„von seiner Unterredung mit Generaloberst Ludwig Beck, welcher, sein Entlassungsschreiben schon in der Tasche, Hitler die volle Wahrheit sagen wollte. Aber Hitler nahm das Entlassungsgesuch Becks ohne weiteres an und verschloß sich seinen Argumenten" (Burckhardt S. 182).

Auch er - Weizsäcker - habe selbst versucht,

„so oft er dazu Gelegenheit fand, dem Reichskanzler seine Auffassung mit größter Vorsicht durch Umschreibungen und unter Anwendung psychologischer Überredungsmittel beizubringen, wurde aber augenblicklich angeherrscht und niedergeschrieen" (Burckhardt S. 182).

So richtig Weizsäckers Berichte über seine Konspiration nach allem, was seither darüber bekannt geworden ist, gewesen waren, die letztere Bemerkung ist sicher unzutreffend. Als Staatssekretär hatte Weizsäcker nur in seltenen Fällen Zutritt bei Hitler und er gab dabei gewiß keinen Anlaß, „niedergeschrieen" zu werden.

Nachdem Burckhardt im Berliner Tiergarten über alles unterrichtet worden war, was kurz darauf der Geschäftsträger Theo Kordt im Auftrage des deutschen Staatssekretärs dem englischen Außenminister in London sagen sollte, beeilte sich Burckhardt, die Mission, die ihm von Weizsäcker ans Herz gelegt worden war, in der Schweiz zu erfüllen. Er berichtet darüber:

„Sofort nach meinem Gespräch mit Weizsäcker fuhr ich dann durch die Nacht über Hitlers Autobahnen nach Karlsruhe und weiter nach Bern, wo ich am Vormittag des 2. September eintraf. Ich verfügte mich augenblicklich zum englischen Gesandten, Sir George Warner, der mit einem Gichtanfall zu Bett lag. Alle diese Vorgänge sind genau wiedergegeben in einem Brief, den Balph Skrine Stevenson von Genf aus am 8. September 1938 an Mr. Strang schrieb" (Burckhardt S. 183).

Die Dringlichkeit, mit der Burckhardt seine Nachrichten der englischen Regierung übermitteln wollte, beschreibt er mit den Worten:

„Schon von der Gesandtschaft aus war ich telefonisch in Verbindung mit Lord Halifax' damaligem parlamentarischen Sekretär getreten. Ich richtete ihm Weizsäckers Wunsch und Batschlag in der Weise aus, wie dies bei abgehörten Telefongesprächen möglich ist" (Burckhardt S. 187).

Aus den „Documents of British Foreign Policy 1919-39" zitiert Professor Burckhardt die Aufzeichnung, die Balph Skrine Stevenson — ein Beamter der enghschen Gesandtschaft in Bern — über seine Mitteilungen an das Foreign Office gab (Burckhardt S. 183ff.):

1. Schon einen Tag nach dem Forster-Gespräch, am 1. September, sei Burckhardt in Berlin gewesen und habe den ganzen Vorgang mit jemandem, „dessen Namen er nicht nennen möchte", diskutiert. Stevenson erkannte jedoch, daß „die fragliche Person Herr von Weizsäcker war". Als Burckhardt seinem Gesprächspartner in Berlin erklärte, er habe „im übrigen Forster zu verstehen gegeben, daß er seine Behauptungen für Unsinn halte, weil sie ganz und gar nicht den Ideen des Führers entsprächen", habe Weizsäcker ihn „mit einer resignierten Handbewegung unterbrochen" und behauptet, daß „dies aber leider ja gerade die Ideen des Führers sind,... Der Führer stehe heute völlig im Banne Ribbentrops", der ihm einredete, „daß er von England nichts und von Frankreich kaum etwas zu befürchten habe".

2. „General Beck habe seinen Mut in beide Hände genommen" und habe „Hitler die Wahrheit gesagt und ihm anschließend seinen Rücktritt angeboten", der „angenommen worden sei". Weizsäcker sei ebenfalls bestrebt gewesen, „Hitler die Augen zu öffnen", aber „nun sei seine eigene Stellung erschüttert". Trotzdem wolle er nicht „resignieren". - Auch Admiral Horthy habe versucht, „mit Hitler deutlich zu reden", aber er hätte sich „als Staatsoberhaupt" nicht gefallen lassen können, daß Hitler „mitten im Satz brüllte: Unsinn! Schweigen Sie!"

3. Durch alle diese „Tatsachen" und vor allen Dingen, weil „Hitler in bezug auf Großbritannien durch Ribbentrop so verhängnisvoll irregeführt worden sei", sehe Weizsäcker „jetzt keine andere Möglichkeit mehr, um Hitler die Augen zu öffnen", als den britischen Außenminister zu einem „persönlichen Schreiben" an den Kanzler zu veranlassen. Aus diesem solle unmißverständlich hervorgehen, daß ein deutsch-tschechischer Konflikt „einen Krieg auslösen müsse, in welchem Großbritannien unweigerlich gegen Deutschland zu kämpfen haben werde. Ein derartiges Schreiben müsse durch einen persönlichen Kurier überbracht werden, der darauf zu achten hätte, daß der Führer eine genaue Übersetzung des Textes zu lesen bekäme."

Weizsäcker habe „die äußerste Dringlichkeit der Sache" betont und da er aus „begreiflichen Gründen" sich nicht an Henderson selbst wenden könne, habe er Burckhardt gebeten, „sich als Mittelsmann einzuschalten".

4. Burckhardt habe Weizsäcker zu bedenken gegeben, „daß das ein sehr schwerwiegendes Ansinnen an den britischen Premierminister bedeute", der lange zögern würde, „sein Land in der vorgeschlagenen Weise zu verpflichten". Darauf habe Burckhardt Stevenson dringend gebeten, absolutes Stillschweigen über die ihm von Weizsäcker anvertraute Mission zu wahren.

5. Von italienischer Seite habe auch General Balbo mit Hitler offen gesprochen und dabei erklärt, daß Deutschland „keinerlei aktive Unterstützung von italienischer Seite zu erwarten hätte". Inzwischen aber wisse Burckhardt durch General von Küchler, daß Mussohni jetzt beginne, Hitler „zu seinem Vorhaben" in der Tschechoslowakei „zu ermutigen". Küchler habe außerdem von den Italienern erfahren, daß die Japaner „eine sehr schwache Meinung vom Kampfwert der russischen Truppe" im Fernen Osten hätten. Burckhardt hielt es sogar für nötig, der britischen Regierung mitzuteilen, daß „dieser Bericht Hitler umgehend durch Ribbentrop unterbreitet wurde".

6. „General Göring als auch alle Minister" und der „Generalstab einschließlich General Keitel hätten sich einstimmig gegen einen Angriff auf die Tschechoslowakei ausgesprochen". Auf Stevensons Frage, ob denn „die Armee marschieren würde, wenn Hitler das Zeichen gebe", habe Burckhardt geantwortet, daß sie das „zweifellos tun würde ... doch würde seiner Ansicht nach das Regime nach der ersten Niederlage zusammenbrechen".

7. Da Stevenson fürchtete, daß man in London der „sehr kurz" gefaßten Depesche Sir George Warners vom 2. September zu wenig Beachtung geschenkt hatte, schickte er seinen Brief „auf Grund seiner Wichtigkeit und Eile" noch in der Nacht vom 8. September durch Sonderkurier ab, damit „ein wesentlicher Teil der Hintergründe" und „nähere Einzelheiten" der britischen Regierung rechtzeitig bekannt würden. Denn „die Tatsache, daß ein hoher Beamter von der Gesinnungstreue des Burckhardtschen Gesprächspartners einen derartigen Schritt unternimmt, ist immerhin noch nie dagewesen" (vgl. Burckhardt S. 183 ff.).

Es erübrigt sich, diese Darstellung in allen Einzelheiten zu besprechen. Natürlich hat Hitler den ungarischen Reichsverweser nicht „angeschrieen" und selbst-

verständlich hat Ribbentrop Hitler nie erklärt, er habe „von England nichts und von Frankreich kaum etwas zu befürchten". Ribbentrop hatte im Gegenteil während der Maikrise auf die britische Drohung Henderson geantwortet, daß, wenn England „auch im Falle schwerer tschechischer Provokationen gegen Deutschland marschieren werde, dann würden eben beide Länder nochmal bis aufs Messer kämpfen" (vgl. S. 185). Diese für Hitler bestimmte deutliche Aufzeichnung Ribbentrops war Weizsäcker ebenso bekannt wie dessen „Schlußfolgerungen", gegen die er „nichts zu bemerken" gehabt hatte (ADAP I Dok. 100); er wußte daher, daß nach Ribbentrops Ansicht England immer ein erstarktes Deutschland bekämpfen werde, wenn es und seine Verbündeten sich mächtig genug dazu fühlen würden. Dagegen wußte Ribbentrop naturgemäß nichts von dem Beck-Oster-Auftrag an von Kleist-Schmenzin, der am 18. August 1938 in London erklärte, daß die englisch-französischen Demarchen vom 21. Mai und 24. März 1938 „nicht genug" gewesen seien und daß er deshalb in London eine schärfere Sprache gegen Deutschland forderte (Rönnefarth Bd. I S. 403). Was Weizsäckers Absicht betrifft, Hitler „die Augen zu öffnen", so hätte es sich nur darum handeln können, ihn über die geheime Opposition und ihre Fühlungnahme mit dem Foreign Office zu unterrichten. Diese Wahrheit konnte Weizsäcker allerdings Hitler nicht sagen.

Die Weizsäcker-Botschaft vom 7. September 1938

Als es durch die Mission des Lord Runciman offenkundig geworden war, daß zumindest England für die Tschechoslowakei nicht in den Krieg ziehen wolle, zeigte sich Weizsäcker beunruhigt; er sah darin ein Anzeichen, daß „man in England wieder einmal zu zweifeln schien, ob Hitler nicht nur Theatergetöse mache" (Weizsäcker S. 177). Statt den Dingen, die sich

offenkundig im deutschen Interesse entwickelten, ihren Lauf zu lassen, legte der Staatssekretär eine lebhafte Aktivität an den Tag, die die britische Regierung weitaus stärker in die Krise verwickeln sollte, als es Chamberlain erwünscht war. Weizsäcker unternahm jenen geheimen Schritt, von dem er Burckhardt in dem Tiergartengespräch bereits unterrichtet hatte und verfaßte eine „Botschaft", deren Wortlaut eine Kusine Erich Kordts auswendig lernte und dem damaligen Geschäftsträger in London, Erichs Bruder Theo Kordt, überbrachte :

„Nach einer Fühlungnahme mit Sir Horace Wilson, dem nächsten Berater Chamberlains, bat Theo Kordt, vom Außenminister insgeheim empfangen zu werden. In der Nacht des 7. September betrat er Downing Street 10 durch den Garteneingang. Er legte Lord Halifax eine von Staatssekretär von Weizsäcker formulierte Erklärung vor" (Bothfels S. 74).

Nachdem Weizsäcker „schon im August" Chamberlain „von der Existenz der Opposition unterrichtet und ein ‚Bündnis'" angeregt hatte (Rothfels S. 74), sagte Theo Kordt zu Halifax „unter vier Augen" (Rönnefarth Bd. I S. 503):

„Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Mittel. Heute komme ich zu Ihnen nicht in meiner Eigenschaft als deutscher Geschäftsträger, sondern als Sprecher politischer und militärischer Kreise in Berlin, die mit allen Mitteln wünschen, einen Krieg zu verhindern.

Nach unserer genauen Kenntnis plant Hitler einen Angriff auf die Tschechoslowakei und nimmt an, daß der daraus entstehende Krieg lokalisiert werden könnte, das heißt, daß Frankreich seine Bündnisverpflichtungen der Tschechoslowakei gegenüber nicht erfüllen werde. Die politischen und militärischen Kreise, für die ich spreche, widersetzen sich auf das schärfste dieser Politik. Wir glauben, daß, wenn man Hitlers Gewaltpolitik in diesem Augenblick freie Bahn läßt, dies bedeutet, daß endgültig der Weg versperrt wird für eine Bückkehr zu den Begriffen von Ehre und Anstand unter europäischen Nationen. Nach dem Weltkriege erklärte Lloyd George, daß die Völker und Regierungen in Wirklichkeit in ihn ‚hineingeschliddert' seien. Die Männer, für die ich

spreche, sind der Ansicht, daß die Lage im Juli 1914 nicht so ausweglos geworden wäre, wenn Sir Edward Grey im Namen der britischen Regierung es ganz klar gemacht hätte, daß im Falle eines französisch-deutschen Krieges Großbritannien seinen Beistand leisten würde. Diese Warnung zur rechten Zeit würde einen mäßigenden Einfluß auf die Entscheidung der kaiserlichen Regierung gehabt haben. Wenn daher Frankreich willens ist, seine Verpflichtungen gegenüber seinem tschechoslowakischen Verbündeten zu erfüllen, und wenn die Versicherungen des Premierministers ernst gemeint sind, daß das britische Reich in einem solchen Falle nicht beiseitestehen könne, so betrachten es meine Freunde als notwendig, daß die britische Regierung diesen entscheidenden Tatbestand klar hervortreten läßt. Die Erklärung, die wir vorschlagen, kann nicht unzweideutig und fest genug sein für den Zweck, den wir im Auge haben. Hitler und Ribbentrop werden wahrscheinlich gar nicht wagen, einen Krieg zu beginnen, wenn eine offene britische Erklärung es dem deutschen Volke klar vor Augen führt, daß ein großer Krieg im Falle eines Angriffs unvermeidlich ist. Sollte gleichwohl Hitler auf seiner kriegerischen Politik bestehen, so bin ich in der Lage, zu versichern, daß die politischen und militärischen Kreise, für die ich spreche, ‚sich wappnend gegen eine See von Plagen durch Widerstand sie enden' (Zitat aus dem Hamlet-Monolog). In der deutschen öffentlichen Meinung ebenso wie in verantwortlich denkenden Kreisen der Armee ist Hitlers Krieg unpopulär und wird als ein Verbrechen gegen die Zivilisation angesehen. Wenn die erbetene Erklärung gegeben wird, sind die Führer der Armee bereit, gegen Hitlers Politik mit Waffengewalt aufzutreten. Eine diplomatische Niederlage würde einen sehr ernst zu nehmenden Rückschlag für Hitler in Deutschland bedeuten und würde tatsächlich das Ende des nationalsozialistischen Regimes herbeiführen" (Hohlfeld IV S. 446 f.).

Nach Rönnefarth (Bd. I S. 504) versicherte Lord Halifax ,,dem oppositionellen Geschäftsträger" Theo Kordt:

„die Informationen streng vertraulich behandeln, lediglich dem Premierminister und einen Teil seiner Kollegen darüber unterrichten zu wollen."

Die Reaktion Chamberlains war nach wie vor zurückhaltend, dagegen war die Auswirkung auf die tschechische Regierung,

der die Londoner Vorgänge nicht unbekannt bheben, beträchtlich :

„Die Berichte der deutschen Opposition sind am 25. September (1938) auf der Dritten Londoner Ministerkonferenz debattiert worden. Chamberlain soll darauf geantwortet haben: ‚Wer aber garantiert uns dafür, daß Deutschland nicht nachher bolschewistisch wird?'Auch die maßgebenden Männer in Prag wußten um die Oppositionspläne über Dr. Ripka und Dr. Otto Strasser. Dieser erfuhr anläßlich seines Aufenthaltes in der Schweiz (August 1938) von einem höheren deutschen Offizier die Einzelheiten des Aktionsplanes, u.a. auch, daß General Höppner der ‚Leibstandarte SS Adolf Hitler' den Weg von München nach Berlin in Thüringen verlegen sollte. Dr. Ripka informierte sofort Präsident Dr. Benes und Außenminister Krofta, die ihrerseits, wie Jan Masaryk bestätigte, auch die Gesandtschaften unterrichteten" (Rönnefarth Bd. I S. 505).

Diese Hinweise zeigen, wie rasch die „streng vertraulichen Informationen" der deutschen Oppositionellen damals in den europäischen Regierungskanzleien die Runde machten. Weizsäcker selbst nennt seine Botschaft nach London eine „Konspiration mit dem potentiellen Gegner" (Weizsäcker S. 178). In Zukunft sollte sie noch größte Bedeutung erhalten, da sie auch in Rom und Warschau bekannt werden mußte.

Ihre unmittelbare Wirkung war für die Verschwörer zunächst enttäuschend. Chamberlain war im September 1938 mit Rücksicht auf den Stand der britischen Rüstungs- und Bündnispolitik entschlossen, noch nicht einzugreifen. Wie Kordt selbst urteilt*, zielte die Weizsäcker-Botschaft darauf

* Erich Kordt, der damals „die Lage eingehend mit Canaris und Oster" besprach und auch „die Auffassung der Generale Beck und Halder" hatte „sondieren lassen", kam ähnlich zu dem Ergebnis:

„Alle stimmten darin überein, ohne eine offene und eindeutige Erklärung der britischen Regierung über ihre Haltung bei einem deutsch-tschechischen Krieg werde das Volk und die Truppe die Gefahren, in denen sich Deutschland befand, nicht sehen und die Notwendigkeit eines Staatsstreiches nicht begreifen. Volk und Armee würden also nicht die erforderliche Unterstützung gewähren" (Kordt II S. 244).

ab, daß die britische Regierung gegenüber Hitler eine „klare, wenn auch unenglische Sprache" führen sollte (Kordt II S. 246). Das ließ man sich in Downing Street aber nicht vorschreiben.

Die „Botschaft" des Staatssekretärs Weizsäcker wird sich dennoch in Chamberlains Gedächtnis festgesetzt haben — sie sollte kurz nach München geradezu sein Programm werden. Die Hoffnung auf einen durch eine britische Machtdemonstration ausgelösten deutschen Militärputsch wurde ab Winter 1938/39 der Eckpfeiler der Chamberlainschen Deutschland-Politik (vgl. Kosthorst S. 89 ff.).

Die Aktivität des geheimen deutschen Widerstandes kam seit der Weizsäcker-Botschaft der Wirkung einer weiteren feindlichen Großmacht gleich, die um so gefährlicher war, als sie fortlaufend „hinter dem Rücken der deutschen Staatsleitung" operierte (Weizsäcker S. 178). Wenn auch die britische Regierung im September 1938 nicht daran dachte, offiziell eine provozierende Erklärung an die Reichsregierung zu senden, die den Intentionen der deutschen geheimen Opposition entsprochen hätte, so war es doch für sie von größter Bedeutung, im Rücken der Reichsregierung einen neuen, mächtigen Bundesgenossen zu wissen, der bereit war, die eigene Regierung zum gegebenen Zeitpunkt von innen heraus zu Fall zu bringen und damit die deutsche Kraftentfaltung zu treffen. Für Chamberlain hatte sich damit eine „vernünftige Aussicht" aufgetan, Deutschland „in einer vernünftigen Zeitspanne auf die Knie zu zwingen". Diese Aussicht hatte dem Premierminister einige Monate zuvor noch gefehlt, als er am 20. Mai 1938 eine Garantie für die Tschechoslowakei ablehnte und auch die Franzosen veranlaßte, sich von diesem Staat zu distanzieren, wie Keith Feiling berichtet (vgl. S. 182).

Die Wahrheit über die Handlungen der deutschen Verschwörer ist schon lange vor dem Erscheinen des Burck-

hardtschen Buches von dem ehemaligen Regierungsrat Gisevius als Zeuge im Nürnberger Prozeß aufgedeckt worden. Seine ausführliche eidliche Aussage ist im IMT XII auf den Seiten 185 bis 330 nachzulesen. Gisevius gehörte zu den Berliner Beamten, die seit dem Spätsommer 1937 bestrebt waren, gemeinsam mit der „Opposition in der Wehrmacht" (Kordt I S. 126) die Regierung Englands und Frankreichs zu Verbündeten ihrer Pläne zu machen. Dr. Schacht - im Jahre 1938 Reichsbankpräsident - bestätigt, daß die Nürnberger Aussagen von Gisevius „in jedem einzelnen Punkt zutreffend" seien (IMT XII S. 597). Gisevius berichtete dem Tribunal insbesondere über die militärischen Putschpläne, die mit der Weizsäcker-Botschaft koordiniert waren. Er erklärte u.a.:

„Haider suchte Schacht persönlich Ende Juli 1938 in seiner Wohnung auf und teilte ihm mit, die Dinge stünden unmittelbar vor einem Kriege; er, Halder, wollte dann putschen, und fragte Schacht, ob er bereit sei, ihm dann politisch in führendem Posten zu helfen." -

„Schacht antwortete, wie er mir unmittelbar anschließend an diesen Besuch versicherte, er sei zu allem bereit, wenn die Generale sich entschließen würden, Hitler zu beseitigen." -

„Ich hatte ein langes Gespräch in dunkler Nacht mit Halder über diesen Putsch. ... Zunächst versicherte mir Halder, daß für ihn kein Zweifel sei im Gegensatz zu vielen anderen Generalen, daß Hitler den Krieg wolle" (IMT XII S. 234).

Da es aber nach Gisevius unendlich schwer war, „den Generalen und vor allem dem jungen Offizierskorps klarzumachen, was Hitlers eigentliche Absichten seien", glaubte Halder,

„es sei unbedingt nötig, auch dem letzten Hauptmann den Beweis zu führen, daß Hitler nicht bluffe, sondern tatsächlich den Befehl zum Krieg gegeben habe. Halder war also damals entschlossen, um der Unterrichtung des deutschen Volkes und der Offiziere Willen sogar den Ausbruch des Krieges in Kauf zu nehmen. Auch dann fürchtete Halder den Hitler-

Mythos. Deswegen schlug er mir vor, man solle am Tage nach Kriegsausbruch Hitler durch ein Bombenattentat beseitigen und dem deutschen Volke möglichst erzählen, Hitler sei durch einen feindlichen Bombenangriff in seinem Führerzuge umgekommen" (IMT XII S. 234).

Da der spätere Generalstabschef einige Zeit nichts von sich hören heß, entschloß sich Schacht, „Halder noch einmal in seiner Wohnung aufzusuchen, und ihn bei seinem Worte zu nehmen". Gisevius, der als Zeuge bei diesem Gespräch zugegen war, berichtete weiter, daß Halder immer noch „hart entschlossen" war, einen „Putsch auszulösen", aber erst nach einem „endgültigen Kriegsbefehl" Hitlers. Es gelang Schacht, Halder von den „unerhörten Gefahren eines solchen Experiments" zu überzeugen, so daß dieser sich schließlich bereiterklärte,

„den Putsch nicht nach offiziellem Kriegsausbruch, sondern in dem Augenblick auszulösen, wo Hitler den endgültigen Befehl an die Armee zum Marsch gegeben hätte" (IMT XII S. 235).

Auf die Bedenken von Schacht und Gisevius, „ob er dann der Dinge noch mächtig sei", erwiderte Halder „wörtlich":

„Nein, mich kann er nicht betrügen. Ich habe meine Generalstabspläne so angelegt, daß ich es 48 Stunden vorher wissen muß."

Gisevius hielt diese Aussage für wichtig, „weil im späteren Ablauf der Dinge die Frist zwischen Marschbefehl und endgültigem Marsch erheblich verkürzt wurde". Halder hatte „außer der Berliner Aktion auch noch eine Panzerdivision in Thüringen bereitgestellt unter dem Kommando des Generals Höppner, die eventuell die Leibstandarte, die in München war, auf dem Marsch nach Berlin aufzuhalten habe".

Später - im Entnazifizierungsverfahren des ehemaligen Generalstabschefs - erklärte sein Verteidiger:

„Das Verhalten Halders 1938 war jedenfalls vollendeter Hoch- und Landesverrat" (Dr. Martin Horn, „Haider - Schuld oder Tragik", München 1948 S. 37).

Trotz aller Zusicherungen waren aber im Sommer 1938 Schacht und Gisevius der Meinung, „daß Halder vielleicht im letzten Augenblick ausbrechen könnte". Deshalb sei nunmehr der spätere Generalfeldmarschall von Witzleben in den „Verschwörerkreis" einbezogen worden. Dieser habe zuerst Bedenken gehabt, weil angeblich „Hitler und Ribbentrop vertrauhch den Generalen immer wieder sagten, es bestehe ein stillschweigendes Agreement mit den Westmächten, daß Deutschland freie Hand im Osten habe" (IMT XII S. 236). Schacht und Gisevius aber konnten Witzleben und den Divisions-General von Brockdorf nach einer „stundenlangen Besprechung" im Landhaus Schachts davon überzeugen, „daß die Westmächte auf keinen Fall Deutschland den Weg nach Osten freigeben würden". Daraufhin „entschloß sich Witzleben, unabhängig von Halder, alle Vorbereitungen zu treffen". Er gab Gisevius „falsche Papiere" und ließ ihn und Brockdorf im Auto alle Örtlichkeiten in Berlin abfahren, die „Brockdorf mit seiner Potsdamer Division zu besetzen hatte". Als „Touristen" verkleidet machten sie „genaue Feststellungen, was im einzelnen nötig sei". Daraufhin entwarf Gisevius schriftlich, was im Falle eines Putsches „dem deutschen Volke innerpolitisch zu sagen" wäre. Über die außenpolitischen Maßnahmen der geheimen deutschen Opposition sagte Gisevius in Nürnberg nur widerstrebend aus, denn er wußte, daß man ihr „vorwerfen würde, mit dem Auslande zu konspirieren" (IMT XII S.239). Er erklärte vor Gericht:

„Die Kette dieser Schritte begann mit einer Reise Gördelers im Frühjahr 1938 nach London, wo er von dem Vorhandensein einer solchen oppositionellenGruppe Mitteilung machte, die zum Letzten entschlossen sei. Es wurde dann im Namen dieser Gruppe die englische Regierung fortlaufend unterrichtet, was sich anbahnte,

und daß es unbedingt nötig sei, Klarheit zu schaffen vor dem deutschen Volke und vor den Generalen, daß jeder Schritt über die tschechische Grenze für die Westmächte ein Kriegsgrund sei. Als die Krise sich dem Höhepunkt näherte, und als wir unsere Putschvorbereitungen bis ins Letzte vorbereitet hatten, unternahmen wir einen nach Form und Inhalt ungewöhnlichen Schritt und ließen die englische Regierung wissen, daß es in den kommenden diplomatischen Verhandlungen nicht, wie Hitler behauptete, um die Sudetenlande ginge, sondern daß Hitler die gesamte Tschechoslowakei mit Krieg zu überziehen gedenke, und daß, wenn die englische Regierung ihrerseits fest bleibe, wir die Zusicherung geben könnten, es würde nicht zum Kriege kommen" (IMT XII S. 240).

Inzwischen wissen wir, welche Form und welchen Inhalt der „ungewöhnliche Schritt" gehabt hat, von dem Gisevius so zurückhaltend berichtete - es war die Weizsäcker-Botschaft!

Chamberlain und die Weizsäcker-Botschaft

Am 9. September 1938 erhielt Erich Kordt - er nahm in diesen Tagen am Nürnberger Reichsparteitag teil - „endlich die Nachricht..., daß der erbetene Schritt bei der britischen Regierung erfolgt sei", wie ihm sein Bruder aus London mitteilen ließ. Aber es vergingen „wiederum 48 Stunden", in denen noch immer „keine energische Stellungnahme von britischer Seite" eintraf. Es ging im Gegenteil

„am 10. September ein Telegramm aus London ein, wonach die Franzosen, wie aus gut unterrichteter Quelle verlautete, zu weitgehenden Konzessionen in der tschechischen Frage bereit seien, falls eine friedliche Regelung erfolge" (Kordt II S. 254).

Bereits ungeduldig verabredete Kordt noch am gleichen Abend mit einem englischen Mittelsmann, daß dieser „am nächsten Morgen nach London fahren und versuchen sollte, bis zum Premierminister vorzudringen". Da endlich erhielt Kordt ein Telegramm aus London, das, wie er schreibt,

„die Warnung enthielt - wenn auch in einer etwas verklausulierten Form - um die wir gebeten hatten. Bei näherem Zusehen handelte es sich allerdings um zwei verschiedene Mitteilungen, von denen nur die eine eine britische Regierungserklärung darstellte. Die andere Mitteilung war ein Kommentar der Presseabteilung des Foreign Office. Nur der Kommentar war so klar und scharf abgefaßt, wie wir es gewünscht hatten. ... Ich bat Schmidt*, die beiden Texte sogleich zu übersetzen und sie dann zusammen auf einem Blatt abschreiben zu lassen, ohne daß der Unterschied äußerlich in Erscheinung trete. Dann sorgte ich sofort für Verbreitung unter den im Grand Hotel versammelten Würdenträgern. Die Wirkung der klaren Sprache des Kommuniques war unverkennbar" (Kordt II S. 256).

Kordt beschreibt dann, wie sich alle „Würdenträger" um ihn gedrängt hätten, ihn um Abschriften baten und „sich den Inhalt erklären ließen", in dem es „schwarz auf weiß" stand, „daß die britische Regierung nicht zusehen werde, wenn Hitler gegen die Tschechoslowakei Gewalt anwende". Plötzlich aber habe er hinter sich eine Stimme gehört, die sagte:

„Aber das sind ja zwei verschiedene Erklärungen. Die zweite stammt gar nicht von der britischen Regierung, sondern ist ein belangloser Kommentar eines Pressefritzen aus dem Foreign Office. Damit sollen wir wohl geblufft werden."

Kordt erkannte in dem Sprecher „denselben Beamten", der ihm kurz zuvor „lauernd davon gesprochen hatte", daß in Kordts Zimmer „wohl die Zentrale des Widerstands gegen

* Gemeint ist der damalige Chefdolmetscher des Auswärtigen Amtes Dr. Paul Otto Schmidt, der nach Rothfels (S. 77) für die Oppositionsgruppe „von besonderer Wichtigkeit" war. Kordt berichtet über seine Zusammenarbeit mit Schmidt:

„Jahrelang hat mich Schmidt danach häufig zehn und mehr Male am Tage angerufen oder in meinem Büro aufgesucht, um die ‚Lage zu peilen'. Wir spielten uns hierdurch so aufeinander ein, daß kürzeste Andeutungen genügten, um uns auch über komplizierte Angelegenheiten zu unterrichten. Wir haben unsere Verständigungsmethoden später so vervollkommnet, daß wir uns auch, wenn einer von uns im Ausland war, fernmündlich sogleich über alles Wissenswerte informieren konnten" (Kordt II S. 96).

Ribbentrop sei". Darauf zeigte sich Erich Kordt gebührend entrüstet über den englischen „Bluff'" da „das Ansehen Großbritanniens auf dem Spiel steht". Obwohl er in diesem Augenblick von seinem „Freund Albrecht von Kessel" unterstützt wurde, berichtet Kordt, daß durch den „Zwischenrufer" die Wirkung seiner „Mitteilung zum großen Teil verpufft war" (Kordt II S. 257).

Diese von Kordt so lebhaft geschilderte Szene verdeutlicht ziemlich genau Chamberlains Stellungnahme zur Weizsäcker-Botschaft: In seiner offiziellen Politik heß sich der Premierminister nicht so in die tschechoslowakische Frage verstricken, wie die deutschen Ratgeber es gewünscht hätten. Er war aber von den Nachrichten aus Berlin doch so stark angetan, daß er wenigstens auf dem für ihn unverbindlichen Weg über die Presse die geheime Opposition in Deutschland ermutigen ließ.

Die deutsche Botschaft in London konnte am 10. September recht drastische Erklärungen der weniger wichtigen britischen Zeitungen nach Berlin und Nürnberg berichten. Die Presse beurteile „offenbar auf amtliche Information" die politische Lage „als überaus ernst":

„Sie äußert durchweg Vermutung, daß Führer über Einstellung englischer Regierung und Öffentlichkeit nicht richtig informiert ist, und daß Regierung über geeigneten Weg berate, englische Haltung Deutschland gegenüber noch klarer als bisher zu präzisieren. Zahlreiche Blätter, insbesondere der Linken, fordern sofortige dahingehende Erklärung. ... Auch ‚Daily Mail' und ‚Daily Express' haben bisherige abweichende Haltung aufgegeben. ‚Daily Mail' erklärt in heutigen Leitartikel, daß ganzes Land fest hinter Regierung stehe. Die englische Öffentlichkeit rechnet demnach mit der Möglichkeit eines Krieges. Sie ist davon überzeugt, daß England nach schweren Prestigeverlusten letzter Jahre einseitiges gewaltsames deutsches Vorgehen gegen Tschechoslowakei nicht zulassen kann. Sie hält die Sicherheit und Freiheit Empires bedroht, falls England in diesem Fall nicht aktiv Tschechoslowakei und Frankreich beisteht" (ADAP II Dok. 452).

Aus diesem Bericht des Botschaftsrats von Selzam, der nach Rothfels und Kosthorst zu den Verschwörern gehörte, geht hervor, daß Weizsäckers These, Hitler sei durch Ribbentrop über die englische Haltung nicht richtig informiert worden, von der britischen Presse fast wörtlich übernommen wurde.

Zum 11. September 1938 berichtet der damals erschienene „Schulthess' Europäischer Geschichtskalender" über die Vorgänge in London. In einer Konferenz zwischen dem Premierminister, dem Außenminister und dem Schatzkanzler

„wird die gespannte internationale Lage eingehend erörtert. Zu den Beratungen werden auch der diplomatische Hauptberater der Regierung und der Ständige Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes zugezogen. Den Ministern hegt, wie verlautet, ein Bericht des britischen Botschafters Neville Henderson aus Nürnberg vor. Zu den Besuchern im Foreign Office gehörten wiederum der Innenminister, der amerikanische Botschafter und der ehemalige Außenminister Eden. Chamberlain empfängt ferner Lord Brocket, der bei dem Nürnberger Tee-Empfang am Samstag zu den ausländischen Gästen gehört hat, zu einer Unterredung. Die Regierung wird vor allem von der Linken unter Hinweis auf den ‚Fehler von 1914' zu einer eindeutigen Erklärung gedrängt, daß Großbritannien im Falle eines wegen der Tschechoslowakei ausbrechenden Krieges an die Seite Frankreichs treten werde. Die leitenden Staatsmänner aber möchten keinen politischen ‚Automatismus' schaffen, der der britischen Politik in zukünftigen Lagen die Möglichkeit der eigenen freien Entscheidung nehmen könnte."

Man kann annehmen, daß dieser Ministerkonferenz, an der auch Vansittart teilnahm, weniger ein Nürnberger Bericht Hendersons als die Weizsäcker-Botschaft zugrundelag. Die pohtische Entscheidung aber richtete sich damals gegen den „Automatismus" eines zu drastischen Eingreifens in die tschechoslowakische Angelegenheit. Man verfügte zwar eine Teilmobilmachung der englischen Marine, obwohl „ein ähnlicher Schritt der deutschen Kriegsmarine nicht erfolgt sei" (ADAP II Dok. 451), aber statt dem von Weizsäcker herbei-

gewünschten,, General mit dem Reitstock" reiste am 15. September 1938 Chamberlain selbst zu Hitler.

In einem offenbar gleich nach der Ministerbesprechung am 11. September geschriebenen Brief an seine Schwestern verdeutlicht Chamberlain seine Gedankengänge:

„Wir sind gewiß nicht in der Lage, in welcher sich unsere militärischen Berater wohlfühlen würden, die Feindseligkeiten zu beginnen, ohne daß wir dazu gezwungen werden. Es gibt noch eine andere Überlegung, die unsere Kritiker natürlich nicht wissen können, und das ist der Plan, dessen Eigenart Ihr wohl richtig erraten habt. Der Zeitpunkt dafür ist noch nicht gekommen und es ist immer möglich, daß Hitler so überraschend handelt, daß er ihm zuvorkommt. ... Wenn er gelingen sollte, so würde er weit über die gegenwärtige Krise hinaus Bedeutung erlangen und könnte die günstige Gelegenheit zur totalen Veränderung der internationalen Lage ergeben" (Feiling S. 360/61).

Die „andere Überlegung" und der „Plan", der eine „totale Veränderung der internationalen Lage" versprach, war in Weizsäckers Botschaft angekündigt. Chamberlain entschloß sich zwar nicht, das von den Berliner Verschworenen gewünschte Stichwort jetzt gleich zu geben, aber wie sehr er sich vom Gedanken eines durch britisches Eingreifen zu bewirkenden deutschen Umsturzes angezogen fühlte, geht nicht nur aus seinem Privatbrief an die Schwestern hervor. Der amerikanische Botschafter Kennedy (Vater des derzeitigen amerikanischen Präsidenten), der an jenem 11. September ebenfalls von Chamberlain empfangen wurde, hatte — wie er dem deutschen Botschaftsrat von Selzam am nächsten Tag versicherte - in Chamberlains Augen einen „neuen Glanz" entdeckt, „den ich früher nie bemerkt hatte" (ADAP II Dok. 460). Es stellte sich bald heraus, daß es gewiß nicht die Sudetenangelegenheit war, die Chamberlains Augen aufleuchten heß. Es war die Hoffnung auf eine künftige „totale Veränderung der internationalen Lage", die Chamberlain aus der Weizsäcker-Botschaft glaubte schöpfen zu können.

Ohne Kenntnis der wirklichen Einstellung Chamberlains fühlten sich in Berlin die „Verschworenen", ermutigt durch die Teilmobilmachungen der Westmächte und durch die drohende Haltung der britischen Presse, sicher und man hatte den

„Termin für den Staatsstreich provisorisch für die Zeit zwischen dem 14. und 16. September festgelegt" (Kordt I S. 129).

Wie Kordt zu berichten weiß, veranlaßte Halder, der sein Amt als neuer Generalstabschef inoffiziell schon am 1. September 1938 angetreten hatte, von sich aus am 13. September,

„daß auch noch ein Offizier nach England reise, um der britischen Regierung auch von militärischer Seite nahezulegen, eine energische Haltung einzunehmen" (Kordt I S. 128 und II S. 158).

Chamberlain aber gedachte der vorsichtigen Politik eines Canning, der „wieder und wieder" geraten hatte, man solle nie drohen, ohne die Drohung verwirklichen zu können.

Der versprochene Umsturz in Deutschland wäre im September 1938 für den englischen Zeitplan verfrüht gewesen. Darin bestand der wichtige Differenzpunkt zwischen den Absichten der deutschen Verschwörer und denen der englischen Regierung. Für London war in diesem Jahr die Zeit noch nicht reif. Polen gehörte noch zum deutschen Allianzsystem, weil es mit Hilfe des Reiches seine Teschener Gebiete von der Tschechoslowakei zurückerhalten wollte. Auch die Achse Berlin-Rom war noch intakt. An ernsthafte britische Drohungen war nicht zu denken. Deshalb telegrafierte Chamberlain am gleichen Tage, an dem Halder einen Offizier als Emissär der Verschwörer nach London schickte, an Hitler:

„Ich schlage infolge der sich zuspitzenden kritischen Lage vor, sofort hinüberzukommen, um Sie zu sehen, und zu versuchen, eine friedliche Lösung zu finden. Ich schlage vor, zu fliegen und bin bereit, morgen zu starten. Ich bitte Sie, den frühesten Zeitpunkt zu bestimmen, an welchem Sie mich sehen können und den Treffpunkt vorzuschlagen. Für eine sehr baldige Antwort wäre ich dankbar" (Feiling S. 363).

Chamberlain handelte damit nicht nur gegen Weizsäckers Botschaft, sondern auch ohne den französischen Ministerpräsidenten Daladier verständigt zu haben, der ihm „anscheinend in dieser Nacht vorgeschlagen hatte, zusammen mit dem Premier an Hitler heranzutreten" (Feihng S. 363). Am Dienstag, den 13. September 1938, hatte das französische Kabinett bereits beschlossen,

„nicht zu mobilisieren, sondern öffentliche Versammlungen über internationale Fragen zu verbieten und eine Konferenz anzustreben. Bonnet hat offensichtlich betont, daß jede Lösung besser sei als Krieg, sogar eine sudetendeutsche Volksabstimmung; Frankreich sei nicht bereit, 10 Millionen Männer zu opfern, um 3 Millionen Deutsche daran zu hindern, sich dem Reich anzuschließen" (Feiling S. 363).

Dem britischen Kabinett teilte Chamberlain erst am nächsten Morgen, dem 14. September, mit, was er getan hatte; am Nachmittag desselben Tages wurde er durch Hitlers positive Antwort von seiner „Angst befreit", wie er am 19. September an seine Schwestern schrieb. In diesem Brief heißt es u. a.:

„Zwei Dinge waren wesentlich, erstens, daß der Plan in dem Augenblick ausprobiert werden mußte, wenn die Dinge am schwärzesten aussahen, und zweitens, daß er eine vollständige Überraschung sein müßte ... in der Nacht am Dienstag sah ich, daß der Augenblick gekommen war und ergriffen werden mußte, wenn ich nicht zu spät kommen sollte. ...

Hitler stand vollkommen zu meiner Verfügung und fragte an, ob Mrs. Chamberlain nicht auch kommen würde! Später hörte ich von Hitler selbst, was mir auch von anderen, die bei ihm waren, bestätigt wurde, daß er ganz verblüfft ausgerufen habe, ‚ich kann unmöglich einen Mann seines Alters die lange Reise machen lassen; ich muß selbst nach London gehen'. Nach einiger Überlegung erkannte er natürlich, daß das nicht ginge und es wäre mir in der Tat sehr ungelegen gekommen, denn es hätte meinem Coup viel von seiner dramatischen Schlagkraft genommen. Aber es zeigt eine Seite Hitlers, die viele Leute in diesem Lande erstaunen würde" (Feiling S. 363/64).

Chamberlain beurteilt Hitler hier als „verläßlich, wenn er einmal seinWort gegeben hatte" (Feiling S. 364 und 367). Später aber behauptete er öffentlich, daß er sich bei diesem Besuch „mit einem Mann verglichen habe, der mit einem Gangster Poker spielen sollte, ohne Trümpfe in der Hand zu haben, und daß er vor allem wegen des totalen Mangels an Vertrauen in Frankreich sehr verzagt gewesen sei" (Feiling S. 364).

Als Chamberlain von seinem Überraschungsbesuch auf dem Berghof heimgekehrt war, akzeptierten am 18. September 1938 Chamberlain-Halifax und Daladier-Bonnet auf einer gemeinsamen Konferenz in London das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen, nachdem sie die von Hitler angestrebte Volksabstimmung

„abgelehnt hatten, da sie zu gefährlichen Ansprüchen der andern führen könnte" (Feiling S. 368).

Sir Samuel Hoare erklärt über diese Entscheidung,

„gerade mit Volksabstimmung würde man Hitler ein willkommenes Werkzeug für künftige Umwälzungen in die Hand geben. Wir beschlossen daher, alle Verhandlungen strikte auf das Sudetenland zu beschränken und die Frage einer direkten Gebietsübertragung anstelle der von Hitler vorgeschlagenen Volksabstimmung mit dem Kabinett zu beraten" (Hoare „Neun bewegte Jahre", Düsseldorf 1955 S. 280).

Damit war - im Gegensatz zu den Erwartungen der Berliner Verschwörer — die politische Linie der Westmächte im Sinne friedlicher Einigung mit Hitler festgelegt. Sie führte zwölf Tage später zur Konferenz von München.

Für die geheime deutsche Opposition war diese politische Entwicklung eine herbe Enttäuschung. Erich Kordt schreibt zu dem für ihn so unverständlichen Entschluß Chamberlains, Hitler aufzusuchen: „Das hatte ich nicht erwartet" (Kordt II S. 258). Bei dem darauffolgenden zweiten Besuch Chamberlains in Deutschland sahen Kordt und sein Kreis in der Krise, die durch die verschärften Mobilmachungsmaßnahmen der

Tschechen während der Godesberger Konferenz entstanden war,

„eine neue Chance, Hitler den entscheidenden Schlag zu versetzen, auf den viele von ihnen seit fünf Jahren vergeblich hingearbeitet und gewartet hatten" (Kordt I S. 130).

Kordt wurde von dem Gedanken verfolgt:

„Wie konnte vor allem die erlahmende Fronde gegen Hitler wieder aufgerüttelt werden?" (Kordt II S. 260).

Als dann acht Tage später, am 28. September 1938, die Konferenz von München beschlossene Sache war, war die Enttäuschung der Verschwörer vollkommen. Kordt berichtet offenherzig:

„Bei meinen Freunden und mir löste sich die Spannung des Vormittags. Aber ich konnte keine Freude empfinden. Nach zwei Uhr rief ich in London an und teilte meinem Bruder mit, die Kriegsgefahr sei für den Augenblick vorüber. Dann beging ich eine mindestens ebenso große Unvorsichtigkeit wie er am Vormittag, indem ich hinzufügte: ‚Die zweitbeste Lösung'. Ich hatte die Empfindung, daß mir die Stimme im Halse stecken blieb" (Kordt II S. 272).

Zusammenfassend schreibt Kordt im Rückblick auf den Sommer 1938:

„Tatsächlich schwebten Hitler und sein ganzes Regime in den Tagen, die der Münchner Konferenz voraufgingen, in der unmittelbaren Gefahr, durch einen von der Opposition in der Wehrmacht und in Teilen der Beamtenschaft vorbereiteten Gewaltstreich beseitigt zu werden. Dieser, rückschauend betrachtet, wohl aussichtsreichste Umsturzplan der Gegner Hitlers mußte zunächst infolge Chamberlains Flug nach Berchtesgaden verschoben werden" (Kordt I S. 126).

Und Dr. Schacht erklärte dem Nürnberger Gerichtshof:

„Ich habe trotz des außenpolitischen Erfolges es auf das lebhafteste bedauert und meine engeren Freunde mit mir, daß durch dieses Eingreifen der alliierten Politik unser Versuch, das Regime zu beseitigen, auf eine lange Zeit hinaus gescheitert war; aber wir mußten selbstverständlich in diesem Augenblick resignieren" (IMT XII S. 580).

Wer Chamberlains jahrelange Rüstungs- und Bündnispolitik gegen die erstarkende Kontinentalmacht in Rechnung stellt, mag erstaunt sein, daß er im September 1938 den Weg nach München einschlug. Er ist aus diesem Grunde in England oft kritisiert worden und es ist deshalb angezeigt, die Argumente zur Kenntnis zu nehmen, die er selbst für seine damalige Politik geltend gemacht hat. Seinem Amtsvorgänger Sir Stanley Baldwin schrieb er im Oktober 1939 rückblickend:

„Niemals habe ich auch nur einen Augenblick an der Richtigkeit dessen, was ich in München getan habe, gezweifelt, noch glaube ich, daß ich hätte mehr tun können, um nach München das Land für den Krieg vorzubereiten, denn ich hatte während der ganzen Zeit gegen die heftigste und hartnäckigste Opposition zu kämpfen. ... Im September 1938 hatten wir in London nur 60 Löschwagen, die innerhalb einer Woche ausgebrannt wären" (Feiling S. 456).

In den Tagen des französischen Zusammenbruchs - am 25. Mai 1940 — schrieb Chamberlain:

„Was auch kommen mag, eines ist sonnenklar, daß die Resultate weitaus schlimmer geworden wären, wenn wir 1938 hätten kämpfen müssen. Es wäre voreilig, den Urteilsspruch der Geschichte zu prophezeien. Aber wenn einmal alle Dokumente zugänglich sein werden, so wird man einsehen, daß ich von Anfang an unsere militärische Schwäche erkannt hatte und daß ich mein Bestes getan habe, den Krieg, sofern ich ihn nicht verhindern konnte, zu verschieben" (Feiling S. 446).

Chamberlains Biograph stellt diese Motive ebenso deutlich in den Vordergrund:

„Viele haben es in Wort und Schrift so dargestellt, als ob es Chamberlains Hauptziel in München gewesen sei, Zeit zu gewinnen, um für einen unvermeidlichen Krieg aufzurüsten. Er wäre in der Tat ungeeignet für seinen Posten gewesen, wenn er das nicht im Sinne gehabt hätte. Wie wir aus seinen zitierten Briefen wissen, war das aber schon lange der Fall" (Feiling S. 359).

Chamberlains Rolle nach München schildert Feiling mit den Worten:

„Er mußte eine Hoffnung so ausbeuten, als ob er ganz und gar an sie glaube, er mußte eine Niederlage ableugnen, ohne mit einem Siege zu prahlen, er mußte eine starke Position durch Aufrüstung befestigen und trotzdem keinen Kriegsgrund liefern, und er mußte jeder Provokation ausweichen, um eines höheren Zieles Willen, bis die Zeit auf seiner Seite sein würde" (Feiling S. 382).

Nachdem das „schreckliche Jahr 1938 endlich zu Ende gegangen war", wie Feiling schreibt (S. 392),

„beruhte Chamberlains zunehmendes Vertrauen zum Teil auf dem, was wir seit München für die Aufrüstung getan hatten: ‚sie könnten uns jetzt lange nicht mehr so zusammenschlagen, wie sie es damals hätten tun können, während es uns jetzt möglich wäre, sie in ein viel größeres Verderben zu stürzen' " (Feiling S. 394).

Feiling bestätigt die — sowohl durch amerikanische Vorgänge als auch durch die Kontakte des geheimen Widerstandes mit dem Foreign Office — nicht mehr zweifelhafte Tatsache, daß in Wirklichkeit die Konferenz von München für die Kriegsbereitschaft der Westmächte ausschlaggebend war. Er stellt fest, daß

„die Weltmeinung sich seit München auf unsere Seite geschwenkt hatte. ... Daladier hatte das müde Haupt Frankreichs emporgerichtet und unsere Rüstung war gut fundiert. Chamberlain glaubte immer noch, daß Mussolini gegen den Krieg eingestellt war und daß Hitler die Flut versäumt hatte" (Feiling S. 409).

In das nächste entscheidende Jahr 1939 führt Feilings Bemerkung über Chamberlains Verhalten in der polnischen Krise. Die Danzigfrage war gebietsmäßig mit der Sudetenangelegenheit nicht vergleichbar. Trotzdem war - nach Feiling - Chamberlain niemals bereit, „ein ‚polnisches München' einzugehen, wie es der russische Argwohn und amerikanische Journalisten zu fürchten vorgaben" (Feiling S. 407).

Nach allem, was Kleist-Schmenzin, Weizsäcker und andere deutsche Emissäre London haben wissen lassen, war Chamberlain überzeugt:

„Hitlers Militärs würden ihm nicht erlauben, das verhängnisvolle Wagnis wegen einer solchen geringfügigen Sache wie Danzig einzugehen" (Feiling S. 409).

Dieser Satz ist gewiß ein Schlüssel zur sonst kaum begreiflichen Politik Chamberlains insbesondere in den Tagen, in denen über den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges endgültig entschieden wurde, und zwar gerade wegen „einer solchen geringfügigen Sache wie Danzig"!

Mit Weizsäckers Botschaft vom 7. September 1938 — vierzehn Tage nach München —, daß Hitler und die deutsche Regierung bei Kriegsausbruch beseitigt werde, war die Bündnisfähigkeit der Reichsregierung stark angeschlagen! Denn was auf der Dritten Londoner Ministerkonferenz bereits am 25. September 1938 „debattiert" und auch den maßgebenden Männern in Prag über die deutschen „Oppositionspläne" bekannt geworden war (vgl. S. 206 ff.), konnte weder dem italienischen Regierungschef, noch dem polnischen Außenminister unbekannt geblieben sein. Wie sollte Mussolini auf die Länge der Zeit hin zu seinem Achsenpartner stehen, wenn er jederzeit zu gewärtigen hatte, daß dieser durch einen „Gewaltstreich" beseitigt werde (vgl. S. 221)! Für Oberst Beck war die Lage noch weit gefährlicher. Er wußte durch Lipski, daß die deutsche Verschwörergruppe die Nachfolgeregierung Hitlers anstrebte und daß die Anhänger dieser Gruppe eine antipolnische und prorussische Außenpolitik Deutschlands vertraten (S. 514). Es sollte sich zeigen, daß Beck in dieser Lage einen Ausweg suchte, nämlich sich rechtzeitig mit England zu verbünden.

DAS DEUTSCH-POLNISCHE PROBLEM

Zur Vorgeschichte

In seinem Buch „Meine Danziger Mission 1937 bis 1939" geht Burckhardt eingangs kurz auf die Entstehungsgeschichte des neuen polnischen Staates ein und schreibt dazu:

„Im ersten der beiden großen Weltkriege haben die Mittelmächte, Deutschland und Österreich, aus politisch-strategischen Gründen, eine Wiederherstellung des polnischen Staates angestrebt; diese Aufgabe wurde dann von der siegreichen Entente verwirklicht" (Burckhardt S. 7).

Diese Aussage des ehemaligen Völkerbundskommissars der Freien Stadt Danzig wird den geschichtlichen Tatsachen nicht gerecht. Denn ohne die im Ersten Weltkrieg gegen Rußland erfochtenen deutschen Siege wäre es den Entente-Mächten nicht gelungen, ein selbständiges Polen zu errichten, das bereits am 5. November 1916 als „Königreich Polen" durch die Zentralmächte proklamiert worden war. Ein noch mit dem Westen verbündetes siegreiches zaristisches Rußland hätte das ihm angeschlossene polnische Gebiet gewiß niemals für selbständig erklärt, sondern die russischen Grenzen weiter nach Mitteleuropa vorgeschoben, wenn auch wahrscheinlich nicht so weit, wie es das stalinistische Rußland 1945 mit Hilfe Roosevelts erreichen konnte. Polens staatliche Selbständigkeit war im Dezember 1917 durch das Deutsche Reich im Frieden von Brest-Litowsk zum ersten

Male seit 1795 wieder hergestellt worden. Der zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits unterzeichnete Friedensvertrag bestimmte u.a. im Artikel III:

„Die Gebiete, die westlich der zwischen den vertragschließenden Teilen vereinbarten Linien hegen und zu Rußland gehört haben, werden der russischen Staatshoheit nicht mehr unterstehen. ... Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse dieser Gebiete" (Hohlfeld Band 2 S. 374).

Ein ungeschlagenes Rußland hätte solche Zugeständnisse nie gemacht und eine noch so siegreiche Triple-Entente hätte deshalb niemals die Aufgabe der „Wiederherstellung des polnischen Staates" verwirklichen können, wie Burckhardt es darstellt.

Nach der Niederlage Deutschlands 1918 forderten die polnischen Chauvinisten nicht nur das von der deutschen Regierung bereits zugestandene polnische Gebiet, sondern auch Teile von Ostpreußen, Westpreußen, der Provinz Posen und Oberschlesien sowie die Stadt Danzig. Frankreich unterstützte alle polnischen Forderungen, da es sich von der Gründung der kleinen von ihm abhängigen Staaten im Rücken Deutschlands eine Garantie zu seiner Niederhaltung Deutschlands erhoffte.

Bekanntlich erklärte der damalige britische Premierminister Lloyd George am 25. März 1919 in seinem berühmten Memorandum:

„Der Vorschlag der polnischen Kommission, 2100000 Deutsche der Aufsicht eines Volkes von anderer Religion zu unterstellen, das noch niemals im Laufe seiner Geschichte die Fähigkeit zu stabiler Selbstregierung bewiesen hat, muß meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen".

Das Selbstbestimmungsrecht wurde der Bevölkerung der früheren deutschen Gebiete im sog. polnischen Korridor verweigert und stattdessen am 28. Juli 1919 ein Minderheiten-

schutzvertrag zwischen Polen und den Alliierten abgeschlossen; die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung wurde den deutschen Volksgruppen zu keiner Zeit zugestanden.

Besonders schwierig war die Lage in der Stadt Danzig, die die Alliierten auf der Pariser Botschafterkonferenz am S.November 1920 gegen den Willen der deutschen Bewohner zum Freistaat erklärten und der Überwachung eines Völkerbundskommissars unterstellten. Burckhardt zitiert Robert Coulondre, französischer Botschafter in Moskau und Berlin in den Jahren 1936 bis 1939, der ausführt, daß sich das deutsche Volk zwar mit der „Rückkehr des Elsaß an Frankreich abgefunden habe", aber daß es Deutschland

„unmöglich gewesen sei, die Verstümmelung seiner Ostgebiete anzuerkennen. In diesem Punkt und zugleich auch in den militärischen Klauseln müsse es das ‚Diktat' um so bitterer empfinden, als es in ihm mehr das Ergebnis eines Verrates als seiner Niederlage empfunden habe" (Burckhardt S. 26 nach Coulondre, „De Staline à Hitler" S. 260).

Auch Burckhardt weiß, „daß man bei der Entstehung der sogenannten ‚Freien Stadt' scheinbar vergessen" hat,

„daß es eine Danziger Bevölkerung gab, bestehend aus 96% Deutschen und nur 4% Polen, über welche man, entgegen allen Grundsätzen, einfach verfügte. Immer wieder hat sie ihr Recht auf Abhaltung eines Plebiszits verlangt, wie es im Falle der Saar, am 13. Januar 1935, Anwendung finden sollte, - vergeblich! Die um ihre Meinung nicht befragte Danziger Bevölkerung hat dann auch Polen von Anfang an passiven Widerstand geleistet" (Burckhardt S. 26).

Der Freistaat wurde durch eine Zollunion mit Polen verbunden, das einschneidende Vorrechte im Danziger Hafen erhielt. Die „Außenpolitik" dieses Zwergstaates wurde der polnischen Kontrolle unterworfen. Der amerikanische Historiker Tansill schreibt dazu:

„Diese ausgedehnte polnische Kontrollgewalt über Danzig war für die Deutschen tief aufreizend. ... Wirtschaftlich hatte sie die

ernstesten Folgen. Durch Änderung des Zolltarifes konnte Polen den Handel der Freien Stadt beeinträchtigen, und die Kontrolle über die Eisenbahn ermöglichte es ihm, den Konkurrenzhafen Gdingen zu begünstigen" (Tausill S. 42).

Der Völkerbund hatte die

„militärische Verteidigung der Freien Stadt an Polen übertragen, und der Hohe Kommissar konnte theoretisch bewaffnete Intervention Polens verlangen, aber ohne einen besonderen Beschluß des Völkerbundsrates war dies wiederum nicht möglich" (Burckhardt S. 25).

Diese Bestimmung hat im deutsch-polnischen Verhältnis zwischen 1920 und 1939 eine wichtige Bolle gespielt.

Wie Burckhardt berichtet, „setzte die deutsch-polnische Spannung unmittelbar nach den Friedensschlüssen ein" und wurde bereits im Jahre 1925 infolge wirtschaftlicher Differenzen bedrohlich, d.h. wegen des Danziger Im- und Exports und der hohen Frachten durch den Korridor. Schon im Locarno-Vertrag vom 16. Oktober 1925 hob Stresemann, während er einen Ausgleich mit Frankreich suchte, „unzweideutig die deutschen Revisionsansprüche gegenüber seinem östlichen Nachbarstaat" hervor:

„In einem Brief an den einstigen deutschen Kronprinzen erklärte Stresemann die Korrektur der Ostgrenzen, die Wiedergewinnung Danzigs und des Korridors sowie die Veränderung der oberschlesischen Grenze als ein Hauptziel seiner Politik" (Burckhardt S. 8).

Burckhardt führt auch an, daß sich gewisse polnische Kreise in den Jahren 1923 und 1931 „mit dem Gedanken eines Präventivkrieges trugen", da sie damals die „militärische Schwäche" Deutschlands in Rechnung stellen konnten.

Aber Polen war gehemmt durch seine Furcht vor Rußland. Wohl hatte Pilsudski die Rote Armee im August 1920 kurz vor Warschau siegreich zurückgeschlagen, was als „Wunder an der Weichsel" in die Geschichte eingegangen ist, aber er hatte kein Vertrauen in den „Frieden von Riga". Andererseits erkannte er auch die Einstellung der Weimarer Republik

mit ihrer „Reichswehrkonzeption eines deutsch-sowjetischen Zusammengehens gegen Polen" (Breyer S. 68). Seeckt soll schon am 11. September 1922 dem Reichspräsidenten Ebert gegenüber erklärt haben:

„Mit Polen kommen wir nun zum Kern des Ostproblems. Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muß verschwinden und wird verschwinden, durch eigene innere Schwäche und durch Rußland - mit unserer Hilfe. Polen ist für Rußland noch unerträglicher als für uns; kein Rußland findet sich mit Polen ab. Mit Polen fällt eine der stärksten Säulen des Versailler Friedens, die Vormachtstellung Frankreichs. Dieses Ziel zu erreichen, muß eines der festesten Richtpunkte der deutschen Politik sein, weil er ein erreichbarer ist, erreichbar nur durch Rußland oder mit seiner Hilfe. Die Wiederherstellung der Grenze zwischen Rußland und Deutschland ist die Voraussetzung beiderseitiger Erstarkung. Rußland und Deutschland in den Grenzen von 1914 sollte die Grundlage einer Verständigung zwischen beiden sein" (Zitat bei Berndorff, „General zwischen Ost und West", Hamburg 1951, S. 125/26).

Am 16. April 1922 wurde in Rapallo eine deutsch-russische Verständigung eingeleitet, wie Burckhardt sagt: die Zusammenarbeit der beiden, durch den Versailler Vertrag „Ausgestoßenen der Völkergemeinschaft". Am 24. April 1926 wurde in Berlin zwischen den Sowjets und Deutschland ein Vertrag abgeschlossen, der „weitgehend gegen Polen gerichtet war" und mit dem die „intensive militärische Zusammenarbeit zwischen Moskau und Berhn begonnen hat" (Burckhardt S. 10/11).

Allerdings hatte Pilsudski im Jahre zuvor am 16. Oktober 1925 einen Garantievertrag mit Frankreich abgeschlossen, der „mit Klarheit nur den Fall eines deutsch-polnischen Konfliktes einschloß". Aber

„für den Fall eines Krieges mit Deutschland wurde die Beistandspflicht mit dem Artikel 16 der Völkerbundssatzung verknüpft. Die Verpflichtung zum augenblicklichen Handeln wurde

hierdurch für Frankreich aufgehoben. Die Feststellung, wer fortan als Angreiferstaat zu gelten habe, wurde von nun an dem Ermessen des Völkerbundrates anheimgegeben" (Burckhardt S. 14).

Daraufhin zeigten sich in Polen „Symptome des Zweifels gegenüber dem französischen Bündnis", da im Konfliktsfalle „Frankreich von nun an Zeit" gewinnen würde (Burckhardt S. 14).

Nach Graf Szembek erzählte Laval dem polnischen Außenminister Beck 1935 in Genf:

„Im Jahre 1931 hätte er eine Entente zwischen Frankreich und Deutschland zustande gebracht. Das einzige Hindernis dieser Entente sei die Frage des ‚Korridors' gewesen. Der Reichskanzler Brüning hätte erklärt, daß eine Regierung in Deutschland, die auf den Korridor verzichten würde, sich nicht länger als 24 Stunden an der Macht halten könnte" (Szembek S. 72).

Auch das deutsche Auswärtige Amt und fast die gesamte deutsche Öffentlichkeit teilte diese Auffassung (vgl. S. 79). Bekanntlich aber verfolgte Hitler eine gegenteilige Politik, die durch seine grundsätzlich antibolschewistische Einstellung bedingt war. Schon im Januar 1935 sagte Göring zu Szembek, „daß er eine gemeinsame Grenze mit Rußland für höchst gefährlich halte. Deshalb benötige Deutschland ein starkes Polen, um mit ihm zusammen ein Bollwerk gegen Rußland zu bilden" (Szembek S. 32). Der polnische Unterstaatssekretär berichtet weiter, daß ihm Göring bei diesem Besuch in Warschau über den Regierungsantritt Hitlers erzählte:

„Als im Jahre 1933 General Schleicher sein Amt an Hitler abgab, erklärte ihm Schleicher die Politik, die Deutschland Polen gegenüber einschlagen müsse. Schleichers Konzeption bestand in einer Entente Deutschlands mit Frankreich und Rußland, durch die man zu einer ‚Liquidation' Polens gelangen könne. Nach der Darstellung Görings hatte Hitler während dieses Vortrages Schleichers keinen Ton geäußert, aber, nachdem er das Arbeitszimmer seines Vorgängers verlassen hatte, zu Göring gesagt: ‚Und ich werde das Gegenteil machen.' " (Szembek S. 33. Der letzte Satz wird bei Szembek in deutscher Sprache wiedergegeben.)

Auf Mussolinis im April 1933 an den früheren polnischen Ministerpräsidenten und berühmten Pianisten Paderewski erteilten Rat, „den deutschen Korridor zurückzugeben, damit ein militärischer Konflikt vermieden werde" (Breyer S. 79), antwortete die offiziöse „Gazeta Polska" am 15. April 1933 kategorisch:

„Über das Küstengebiet kann Polen nur die Kanonen sprechen lassen. Niemals wird irgendeine polnische Regierung irgendwelche Verhandlungen in irgendwelcher Form über irgendwelche polnischen Grenzen mit irgendwem führen" (Breyer S. 80).

AlsPilsudski 1933, beunruhigt über die Zukunft seines Landes, versuchte, „Frankreich zu einem Präventivkrieg gegen Deutschland zu bewegen" (Breyer S. 84), ließ sich Hitler weder durch die Besetzung der Danziger Westerplatte, noch durch Pilsudskis aggressive Einstellung gegenüber der deutschen Forderung auf Gleichberechtigung provozieren, sondern war entschlossen, eine beschleunigte Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen zu erreichen. Pilsudski, enttäuscht über die Absage der Westmächte, die damals wegen Polen noch keinen Krieg gegen Deutschland führen wollten, ging auf den Hinweis in einer Rede Hitlers ein, in der dieser erklärte, mit allen Nachbarn einen „Ausgleich" finden zu wollen. Pilsudski Heß seinen Botschafter Wysocki bereits am 2. Mai 1933 die erste Unterredung mit dem Reichskanzler führen und dabei auch das kritische Danziger Problem anschneiden. Hitler entgegnete u.a., „daß er zunächst ein besonderes Recht Polens auf Danzig zurückweisen müsse" und daß sich Deutschland durch die „Vorgänge in Oberschlesien, durch Zusammenziehung von Militär an der Grenze und durch die Besetzung der Westerplatte in Danzig" „dauernd bedroht" fühle. Anschließend erklärte Hitler dem polnischen Gesandten jedoch:

„Die Grenze zwischen Polen und Deutschland sei durch die Kurzsichtigkeit der Staatsmänner, durch Unverstand und durch

Übelwollen in einer Weise gezogen, daß ein ruhiges Nebeneinanderleben der zwei Nationen, solange diese Grenzziehung bestehe, so gut wie undenkbar sei. Er achte jede Nationalität und er betrachte Polen als eine Realität, die er als solche berücksichtige. Allerdings verlange er, daß auch polnischerseits Deutschland als eine Realität behandelt würde. Wenn zur Zeit des Abschlusses des Vertrages von Versailles die Gemüter nicht völlig verwirrt gewesen wären, so hätte polnischerseits der Errichtung eines Korridors durch das deutsche Gebiet niemals zugestimmt werden dürfen, denn es sei klar, daß dadurch eine dauernde Spannung zwischen Deutschland und Polen entstehen mußte. Es wäre wesentlich klüger gewesen, den Zugang zum Meer, von dem der Gesandte als von einem unerläßlichen Recht der Polen gesprochen habe, auf der anderen Seite von Ostpreußen zu suchen. In diesem Falle würde wohl schon längst ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und Polen bestehen und auch die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Verständigung gegeben sein" (IMT XLI S. 95/96).

In seiner Reichstagsrede vom 17. Mai 1933 wandte sich Hitler wiederum in verständnisvollem Ton an Polen und sagte:

„Die geistige Mentalität des vergangenen Jahrhunderts, aus der man glaubte, vielleicht aus Polen oder Franzosen Deutsche machen zu können, ist uns genau so fremd, wie wir uns leidenschaftlich gegen jeden umgekehrten Versuch wenden" (DDP I S. 96 f.).

Der deutsch-polnische Nichtangriffspakt Januar 1934

Zweifellos belastete Danzig die deutsch-polnischen Beziehungen noch schwer. Anfang 1933 lagen dem Völkerbund nicht weniger als 35 unerledigte Streitfälle der Freien Stadt vor und in der nächsten Sitzung des Völkerbundsrates sollte das Thema Danzig zum 106ten Male behandelt werden. Die Schwierigkeiten bestanden also schon vor der nationalsozialistischen Regierung. In Danzig erbrachten dann die Wahlen vom 27. September 1933 über 50 Prozent nationalsozialistische Stimmen; 38 der 72 Mandate des Danziger Volkstages fielen der NSDAP zu.

Schon vorher waren Rauschning als Präsident und Greiser als Vizepräsident des Danziger Senats von Pilsudski in Warschau nicht unfreundlich empfangen worden, aber der Marschall hatte immerhin drohend darauf hingewiesen, daß Danzig genau so wie die Westerplatte behandelt, d.h. von Polen militärisch besetzt werden könne. Am 5. August 1933 hatte Rauschning unter Mitwirkung des damals amtierenden Völkerbundskommissars mit Papée, dem polnischen Vertreter in Danzig, ein „Hafenabkommen" über die Häfen Gdingen und Danzig unterzeichnet, ebenso ein Abkommen über die Stellung der polnischen Minderheit in der Freien Stadt. Dadurch erhielt sie die „Kulturautonomie" und somit das, was der deutschen Minderheit in Polen immer verweigert worden war. Breyer ist der Ansicht:

„Daß dieser beispielhafte Minderheitenvertrag gerade von einem nationalsozialistischen Regime geschaffen worden war, mußte auf die Nationalitäten Ost- und Mitteleuropas werbend wirken" (Breyer S. 92).

Damit war von deutscher Seite die Danziger Senatsverfassung sogar noch zugunsten Polens modifiziert worden. Über diese Verfassung urteilte der polnische Außenminister Beck selbst, sie sei „zweifellos die bizarrste und komplizierteste Erfindung des Versailler Vertrages" gewesen.

Beck war noch rückblickend der Ansicht,

„daß diese Verfassung einzig und allein auf die Art und Weise festgelegt worden ist, um eine dauernde Quelle des Konfliktes zwischen Deutschland und Polen offenzuhalten, oder zumindest um sich dadurch ein Handelsobjekt dort zu reservieren, wo die polnischen Interessen zugunsten Deutschlands geopfert werden könnten" (Beck S. 13).

Im Herbst 1933 erklärte Beck während der Genfer Völkerbundstagung in einem Interview, daß die abstrakten Methoden des Völkerbundes durch den persönlichen Kontakt der verantwortlichen Politiker ersetzt werden müßten. Der neue pol-

nische Botschafter in Berlin, Lipski, wurde von Pilsudski persönlich instruiert, Hitler mitzuteilen, daß er einen Weg suche, um die Sicherungen des Völkerbundes, den Deutschland gerade verlassen habe, durch andere Wege auszugleichen. Hitler betonte in seinem ersten Gespräch mit dem neuen Botschafter, Polen sei für ihn ein „Vorposten gegen Asien". Am 28. November 1933 trug der deutsche Botschafter in Warschau dem Marschall Pilsudski den Entwurf eines Nichtangriffspaktes vor.

Oberst Beck gibt die Gedankengänge des Marschalls wieder, die ihn schließlich zum Abschluß dieses Vertrages mit Deutschland bewegten:

„Hitler selbst ist ganz und gar Österreicher und in keinem Falle Preuße. Es ist frappierend, festzustellen, daß unter seinen Mitarbeitern sich kein Preuße befindet. Das schafft eine neue Lage. Denn die preußischen Traditionen waren immer ganz entschieden antipolnisch. Die Hitler-Bewegung ist der letzte Akt in der nationalen Einigung des deutschen Volkes, die aber nicht wie seine Vorstufe, die Bismarcksche Einigung, eine preußische Hegemonie zur Folge hatte" (Beck S. 29).

Beck selbst erklärte in einem Presseinterview vom 6. Januar 1934, er bedauere

„den bisherigen Standpunkt der Weltöffentlichkeit, welche die deutsch-polnischen Streitigkeiten als unabdingbares Programm jeder internationalen Zusammenkunft betrachtet hatte" (Breyer S. 105).

Ehe sich Pilsudski aber endgültig entschloß, den vorgeschlagenen Vertrag am 26. Januar 1934 abzuschließen, ließ er während der Tagung des Völkerbundsrates vom 15. bis 20. Januar durch Beck dem damaligen französischen Außenminister Paul-Boncour noch einmal die Frage vorlegen, „ob Frankreich zu einer Intervention gegenüber Deutschland bereit sei" (Breyer S. 106). Erst nach dessen ablehnendem Bescheid wurde der deutsch-polnische „Nichtangriffspakt" in Form einer „Erklärung" unterzeichnet. Der gekürzte

Wortlaut des Vertrages wird im Vertrags-Ploetz (S. 324/25) wie folgt wiedergegeben:

Nichtangriffspakt und Verständigungsabkommen
26. Januar 1934

Abgeschlossen zu Berlin zwischen Deutschland (Freiherr von Neurath) und Polen (Lipski).

Das Übereinkommen ist in Form einer Erklärung gehalten, in der beide Mächte ausdrücken, „durch eine unmittelbare Verständigung von Staat zu Staat eine neue Phase in den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen einzuleiten. Sie haben sich deshalb entschlossen, durch die gegenwärtige Erklärimg die Grundlage für die künftige Gestaltung dieser Beziehungen festzulegen."

Die Partner kommen über Folgendes überein:

„... ihre gegenseitigen Beziehungen auf die im Pakt vom 27. August 1928 enthaltenen Grundsätze zu stützen, und wollen, insoweit das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen in Betracht kommt, die Anwendung dieser Grundsätze genauer bestimmen;

daß die (von beiden Regierungen) bisher schon nach anderer Seite hin übernommenen internationalen Verpflichtungen die friedliche Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen nicht hindern, der jetzigen Erklärung nicht widersprechen und durch diese Erklärung nicht berührt werden; sich in den ihre gegenseitigen Beziehungen betreffenden Fragen, welcher Art sie auch sein mögen, unmittelbar zu verständigen. Sollten etwa Streitfragen zwischen ihnen entstehen und sollte sich deren Bereinigung durch unmittelbare Verhandlungen nicht erreichen lassen, so werden sie in jedem besonderen Fall auf Grund gegenseitigen Einvernehmens eine Lösung durch andere friedliche Mittel suchen, unbeschadet der Möglichkeit, nötigenfalls diejenigen Verfahrensarten zur Anwendung zu bringen, die in den zwischen ihnen in Kraft befindlichen anderweitigen Abkommen für solchen Fall vorgesehen sind. Unter keinen Umständen werden sie jedoch zum Zweck der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten."

Die Erklärung, in doppelter Urschrift, in deutscher und polnischer Sprache ausgefertigt, soll nach Ratifizierung für einen Zeitraum von 10 Jahren, gerechnet vom Tage des Austausches der Urkunden ab, gelten.

Der ehemalige britische Premierminister Lloyd George, der sich 1919 so skeptisch über Polen geäußert hatte, erklärte zum Abschluß des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes:

„Hitlers Pakt mit Polen ist ein bemerkenswertes Ereignis. Es ist die Tat eines kühnen Politikers" (Rühle II S. 48).

Der französische Botschafter in Berlin, Francois-Poncet, befaßt sich in seinen Erinnerungen ausführlich mit dem für Frankreich überraschenden Ereignis. Er schreibt zunächst:

„Zwischen Deutschland und Polen hatte das Versailler Diktat einen Zankapfel geworfen, der jeden Verständigungsversuch unmöglich machte. Hier lag der wunde Punkt, der gefährlichste für die Aufrechterhaltung des Friedens, und wenn ein neuer Krieg ausbrechen sollte, so hätte jeder geschworen, daß er durch die Frage des Korridors und die deutsch-polnische Feindschaft hervorgerufen würde" (Fran?ois-Poncet S. 163).

Dann schildert Francois-Poncet, daß er sofort nach dem Abschluß des Paktes ins Auswärtige Amt geeilt sei, um sich beim zuständigen Ministerialdirektor zu erkundigen:

„Ich sagte ihm, daß das deutsch-polnische Abkommen eine ganz andere Bedeutung, eine viel gesündere Wirkung gehabt hätte, wenn Paris als dritte Macht daran beteiligt gewesen wäre. Er antwortete: ‚Sie haben recht. Wir waren auch dieser Ansicht. Aber die Polen wollten es nicht.'

Da gab es keinen Zweifel: Wir standen einer klassischen und typischen Extratour gegenüber. Aus welchem Beweggrund hatte Polen gehandelt? Es steht fest, daß wir es verletzt hatten. Zu viele Franzosen wiederholten leichthin, daß sie keine Lust hätten, an den Ufern der Weichsel zu sterben" (Francois-Poncet S. 168/69).

Hitlers Motiv beim Abschluß des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes interpretiert Francois-Poncet folgendermaßen:

„Da er andererseits entschlossen war, das Reich von den Ketten von Versailles zu befreien, war es für ihn von Wert, die Widerstandskraft der Schranken, mit denen der Vertrag Deutschland umgeben hatte, zu prüfen und zu versuchen, das System der miteinander verbundenen Staaten, die mehr oder weniger von Frankreich abhingen und die Ostgrenze des Reiches bildeten, zu sprengen" (Francois-Poncet S. 164/65).

Über die französische Reaktion auf den Vertragsabschluß bemerkt Graf Szembek ironisch, Frankreich habe vor dem Abkommen dauernd gewarnt,

„daß die Frage des ‚Korridors' und unsere Beziehungen zu Deutschland einen neuen Krieg in Europa hervorrufen könnten. Nachdem wir unser Verhältnis normalisiert und geregelt hatten, wirft man uns vor, unsere Allianz mit Frankreich verlassen und gebrochen zu haben" (Szembek S. 26).

Hitler selbst erklärte, als er 1936 Szembek in Berlin empfing, dem polnischen Unterstaatssekretär u.a.:

„Von größerer Warte aus gesehen sei die Danziger Frage nichts im Verhältnis zur Fülle der Probleme, welche die Harmonie der deutschen und der polnischen Politik belasten. Im selben Augenblick, als er seine treuen Danziger angewiesen hatte, die Differenzen mit Polen zu beenden, wäre er den allerheftigsten Attacken der Konservativen, der Kommunisten und der Sozialisten ausgesetzt worden sowohl in Danzig als auch im Reich. Man hätte ihn des Verrats am Deutschtum angeklagt. Trotzdem habe er diese Attacken unbeachtet gelassen und sei nicht einen Schritt von dem Wege zurückgewichen, den er gewählt hatte: Verständigung mit Polen" (Szembek S. 197).

Staatssekretär Meißner, Chef der Präsidialkanzlei — Hindenburg lebte damals noch -, bestätigt ebenfalls, daß damals sehr einflußreiche konservative Kreise in Deutschland durch ihre Eingaben an den Reichspräsidenten den Nichtangriffspakt mit Polen heftig bekämpften. Demgegenüber habe Hitler Hindenburg die Auffassung vorgetragen, durch den Nichtangriffspakt allmählich die „verhetzende Propaganda auszuschalten" und durch „unmittelbare Verhandlungen" eine Lösung der Danzig- und Korridorfrage und einen besseren „Schutz der Minderheiten" zu erreichen (Meißner S. 345).

Pilsudskis Motiv war vermutlich strategischer Art. Nach Breyer hielt der polnische Marschall die Sowjetunion für den Feind Nr. 1; er sah in der russischen Aufrüstung den „systematischen Ausbau der Aufbaustellung einer Offensive gegen

Europa" (Breyer S. 132). Offenkundig erkannte er in dieser Lage die Notwendigkeit, sich mit Deutschland zu verständigen, da die französische Unterstützung zweifelhaft geworden war.

Hitler äußerte sich zu dem Übereinkommen mit Polen in einem Interview, das er am 22. November 1933 im Beisein Ribbentrops dem Franzosen de Brinon für den „Matin" gab:

„Es gibt ein von vaterländischem Geist beseeltes Polen und ein nicht weniger an seinen Traditionen hängendes Deutschland. Zwischen ihnen bestehen Differenzen und Reibungspunkte, die auf einen schlechten Vertrag zurückgehen, aber nichts was wert wäre, Blut zu vergießen" (Breyer S. 101).

Englisch-französisch-amerikanische Interventionen

Die deutsch-polnische Verständigung beunruhigte die Westmächte und verlieh dem polnischen Staat dadurch erhöhte politische Bedeutung.

Am 22. und 23. April 1934 besuchte der französische Außenminister Barthou in Begleitung von Berthelot den polnischen Marschall, um ihm zu erklären, daß Polen von nun an keine weiteren „Konzessionen" an Deutschland machen dürfe. Pilsudski aber betonte, daß die zwischen Warschau und Berlin

„angewandten Methoden große und wichtige Veränderungen zum Guten ergeben hätten. Die kleinen Schikanen, die Grenzzwischenfälle, die Presseattacken etc., die früher an der Tagesordnung gewesen waren, haben vollkommen aufgehört" (Szembek S. 6).

Barthous Vorschlag, den General Petain nach Warschau zu entsenden, wurde von Pilsudski abgelehnt, da er, wie Beck berichtet, keinen General wünschte, dem nur „die Bedeutung eines militärischen Agenten Frankreichs in Osteuropa zukam" (Beck S. 60). Trotz seines Mißtrauens gegenüber Rußland suchte sich Pilsudski auch im Osten weiterhin diplomatisch

abzusichern. Am 5. Mai 1934 wurde ein zwischen Polen und Rußland im Juli 1931 abgeschlossener Nichtangriffspakt ausdrücklich erneuert. In einer internen Konferenz im Warschauer Belvedere erklärte der Marschall seinen Mitarbeitern:

„Die unterschriebenen Verträge mit unseren zwei großen Nachbarn haben Polen in eine außergewöhnlich günstige Lage versetzt. Beispiellos in seiner Geschichte. ... Früher hatten wir jahrhundertelang Schwierigkeiten mit dem einen oder dem anderen und ihr Zusammengehen hat im gegebenen Moment die Katastrophe unseres Landes herbeigeführt" (Beck S. 61).

Mit ähnlichen Worten erläuterte Außenminister Beck gegenüber Laval ein Jahr später in Genf das entscheidende Motiv, das Pilsudskis neue Außenpolitik bestimmt hatte:

„Die Geschichte lehrt uns: Erstens, daß die größte Katastrophe, der unsere Nation zum Opfer fiel, das Ergebnis des gemeinsamen Handels der zwei Länder - Deutschland und Rußland - war, und zweitens, daß in dieser verzweifelten Situation sich keine Macht der Welt zu unserer Unterstützung bereitfand" (Beck S. 283).

Barthou versuchte auf seiner zweiten Osteuropareise vom 18. bis 26. Juni 1934 wiederum vergeblich, Polen in einen französischen „Ostpakt" einzuschließen, durch den er das deutsch-polnische Bündnis zu lockern hoffte. Ein solcher Pakt hätte eine „Aufhebung" des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes bedeutet, da er allen Signatarmächten das Recht gegeben hätte, sich in die deutsch-polnischen Beziehungen einzumischen, wie der deutsche Botschafter Moltke Szembek erklärte (vgl. Szembek S. 13). Beck stimmte dieser Auffassung der deutschen Regierung zu und schreibt noch in seinen Erinnerungen über den französischen Vorschlag:

„In Wirklichkeit handelt es sich darum, die Länder Osteuropas und vor allem uns selbst und die Tschechoslowakei in die Arme Rußlands zu treiben, um dann diese ganze Gruppierimg dem politischen System Frankreichs wieder anzuschließen. Unter diesen Umständen weiß man im voraus, daß sich Deutschland an

einer derartigen Kombination nicht beteiligen wird, deren einzig mögliches Resultat doch nur eine Art Pseudo-Koabtion sein würde, die sich unter der Führung Frankreichs gegen Deutschland richtet..." (Beck S. 73).

Selbst der französische Botschafter Noel hatte Verständnis für die polnische Weigerung, denn

„die Polen sahen voraus, daß, wenn die russischen Truppen, selbst als Verbündete, in ihr Gebiet eindringen würden, sie nicht nur die Revolution und den Kommunismus mit sich bringen, sondern wie am Ende des 18. Jahrhunderts, einmal im Lande, nicht mehr hinausgehen würden" (vgl. Breyer S. 153).

Was das Verhalten Polens zu England betraf, so war Warschau durch das Abkommen mit Deutschland auch für das Foreign Office interessanter geworden. In seinen Erinnerungen beschwert sich Beck wiederholt über den bis dahin üblichen unfreundlichen Ton der britischen Staatsmänner in Genf und drückt noch 1935 sein negatives Urteil über die polnisch-britischen Beziehungen mit folgenden Worten aus:

„England betrachtet uns einfach als einen Kunden oder einen Satelliten Frankreichs, und die englische Regierung hat nie besonderen Wert auf einen direkten Meinungsaustausch mit Warschau gelegt" (Beck S. 87).

Als Szembek seinen Außenminister auf „die großen politischen Vorteile" hinwies, die Polen „einzig und allein durch die deutsch-polnische Einigung gewonnen" hätte,

„stellte Beck fest, daß die Entspannung, die wir erreicht hatten, der größte und wertvollste Sieg unserer Außenpolitik sei. Er fügte hinzu, ‚welches Ansehen hätten wir heute, wenn wir die Erklärung des polnisch-deutschen Nichtangriffspaktes nicht hätten? Es ist ganz klar, daß man uns ... in London für 2 Pfund und 13 Schillinge verkauft hätte'" (Szembek S. 41).

Das bisherige britische Desinteressement an Polen wurde bereits im Frühjahr 1935 revidiert. Damals unterließ es der britische Minister Eden nicht, auch Polen in sein Programm aufzunehmen, als er eine europäische „Erkundungsreise"

unternahm; Eden war zuerst in Berlin und Moskau gewesen und gab nun in Warschau seine Urteile ab.

Obwohl in diesem April 1935 Deutschland mit seiner Aufrüstung noch kaum begonnen hatte, das Rheinland noch entmilitarisiert und jeder einzelne Nachbar dem Reich militärisch weit überlegen war, machte Eden bereits Hitler, wenn er so „weiter rüste", für den zukünftigen Krieg verantwortlich, wie auch Massigli zur gleichen Zeit im Völkerbund erklärte, „man müßte ein Tor sein, wenn man nicht sähe, daß der Krieg sich nähert" (Szembek S. 58). Die Sowjetunion dagegen habe in ihm — so versicherte Eden dem polnischen Außenminister — den Eindruck eines „sehr schwachen Organismus" erweckt, von dem „zumindest für die nächsten fünfzig Jahre kein Angriff zu befürchten sei" (Szembek S. 55).

Auch Marschall Pilsudski empfing den enghschen Minister im Beisein von Beck und Szembek; dieser berichtet darüber:

„In erster Linie wollte er (Pilsudski) Eden klarmachen, daß man sich über Bußland kein Urteil erlauben könne, ohne es von Grund auf und in seinem innersten Wesen zu kennen. Andererseits zeigte er eine gewisse Überraschung darüber, daß Großbritannien, das so ausgedehnte und weitzerstreute Interessen auf der ganzen Erde habe, sich auch direkt in Angelegenheiten mische, die einzig und allein Osteuropa betreffen. Die Skepsis des Marschalls gegenüber der aktiven Bolle Englands in diesem Teil Europas hat auf Seiten Edens eine Beaktion ausgelöst, die ihn zu folgender in nachlässigem Ton gestellten Frage veranlaßte: ‚Glauben Sie, monsieur le maréchal, wir müßten auf unserer kleinen Insel bleiben?" (Szembek S. 54.)

Auf Edens Angebot, die Sicherheit Osteuropas garantieren zu wollen, erklärte Pilsudski dem englischen Besucher mit aller Deutlichkeit: „Auf keinen Fall will ich Ihnen dabei helfen" (Szembek S. 54). Seine eigene damalige Stellungnahme gegenüber Eden beschreibt Szembek präzise:

„Jedenfalls stimmen wir den Versicherungen Edens nicht zu, der vorgibt, Sowjetrußland werde mindestens in den nächsten 50 Jahren ganz von seinen inneren Schwierigkeiten absorbiert sein,

und daß dadurch von seiner Seite für lange Zeit kein Angriff zu befürchten wäre. Wir stimmen mit Eden ebensowenig überein in seiner Beurteilung des sowjetischen Heeres. Entgegen seiner Auffassung stellten wir, nach einer sehr eingehenden Untersuchung, fest, daß diese Armee sehr stark ist und potentiell eine große Macht verkörpert" (Szembek S. 55).

Szembek sprach mit Eden auch über das deutsch-polnische Abkommen und sagte:

„Es steht außer Zweifel, daß für die Polen jedenfalls das gegenwärtige Hitler-Regime von allen in Deutschland möglichen Regimen das am meisten zufriedenstellende ist. Das wird dadurch bewiesen, daß es uns gelungen ist, uns mit Deutschland zu verständigen. Ein sozialistisches oder kommunistisches Regime würde unvermeidlich zu einer Rückkehr zur Politik von Rapallo führen; was die Deutsch-Nationalen anbetrifft, welche die sogenannten Junker repräsentieren, so würden sie, wenn sie zur Macht kämen, abgesehen von ihrer russenfreundlichen Tendenz, den Beginn der stärksten Feindschaft gegen Polen bedeuten. Hitler ist der einzige deutsche Staatsmann, der sich mit uns verständigen wollte und konnte. Aus diesen Gründen ist es uns unmöglich, oder zumindest sehr schwer, eine Aktion mitzumachen, deren Spitze sich gegen Hitler und gegen die von ihm vertretene Politik richtet" (Szembek S. 55 f.).

Der damalige Schatzkanzler Neville Chamberlain hatte sich von Edens Reise nach Moskau und Warschau einen „Gegenstoß gegen Hitler" versprochen und ihn „zweimal vorgeschlagen" (Feiling S. 256).

Der italienische Außenminister Bastianini fällte wohl das richtige Urteil über die Absicht des Eden-Besuches; dieser habe „in Warschau die russische Realität" nur deshalb „so rosig hingestellt, um naiverweise zu versuchen, Polen und Italien von Deutschland abspenstig zu machen" (Szembek S. 59).

Sogar die entfernten Vereinigten Staaten von Nordamerika bedrängten Polen nach seiner Verständigung mit dem Deutschen Reich. Als am 16. März 1935 das „Gesetz über den Aufbau der deutschen Wehrmacht" verkündet wurde, for-

derte der amerikanische Botschafter Cudahy den polnischen Unterstaatssekretär Szembek auf, sich dem Protest der USA anzuschließen, weil Deutschland die 100000-Mann-Grenze überschritten hatte und appellierte dabei, ohne eine Antwort abzuwarten, an die „Würde Polens", die „verlangt, daß Sie protestieren werden" (Szembek S. 46).

Auch der wenige Jahre später so gewichtige amerikanische Botschafter in Paris, William C. Bullitt, meldete sich schon frühzeitig zu Wort und führte am 14. Mai 1935 mit Szembek ein energisches Gespräch:

„Die politische Situation ist seiner Ansicht nach augenblicklich schlecht und muß deshalb in einem Krieg enden. Die politische Konstellation in Europa erinnert an jene von 1914. Heute wie damals besteht eine französisch-russische Allianz und die Gewißheit, daß England Frankreich in jedem Falle folgen wird. Was Italien anbetrifft, wird es England folgen, da es vollständig von diesem abhängt" (Szembek S. 59).

Im Gegensatz zu Eden hielt Bullitt aber Sowjetrußland damals schon für „sehr stark" und betonte dessen „große Entwicklungsmöglichkeiten", da man nicht vergessen dürfe,

„daß die russische Bevölkerung sich in jedem Jahr um 4 Millionen vermehrt, und das bedeutet, daß sie in zwanzig Jahren die imponierende Zahl von 250 Millionen erreicht haben wird ..." (Szembek S. 60).

Widerstände in Warschau und Berlin

Pilsudskis antisowjetische Einstellung war eine Tatsache, ebenso wie Hitler eine grundsätzlich sowjetfeindliche Haltung einnahm. Gemeinsam mit Polen wollte er dem russischen Drängen nach Westeuropa Einhalt gebieten. Sowohl Pilsudski wie Hitler sahen schon allein in der Existenz ihres Bündnisses die Möglichkeit, das bolschewistische Rußland von Europa zurückzuhalten.

Trotz der starken Stellung in ihren Ländern hatten sich die beiden Staatsmänner doch mit ernsten innerpolitischen Widerständen auseinanderzusetzen.

In Polen gab es einflußreiche Gruppen, die schon immer antideutsch und frankophil eingestellt waren, vor allem in der Armee und in der Beamtenschaft. Hier rechnete man stets mit französischen, englischen und amerikanischen Hilfeleistungen und hatte niemals aufgehört, sich auf einen Krieg gegen Deutschland einzustellen:

„Polnische Militärkreise, die bisher Anhänger eines Präventivkrieges gegen Deutschland waren, blieben auch weiterhin Feinde einer Annäherung. Sie sahen ‚die Möglichkeit eines Konfliktes einzig und allein mit Deutschland"' (Breyer S. 109).

Wie die polnischen Chauvinisten Pilsudskis Konzeption bekämpften, so hatten auch in Deutschland - wie bereits erwähnt (vgl. S. 237) — konservative Kreise Hitlers Politik zu durchkreuzen versucht. Breyer berichtet, daß „der Widerstand" gegen die Polenpolitik Hitlers in diesen Gruppen „sehr stark war".

Insbesondere lehnte der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Bülow, Hitlers Kompromißpolitik ab und sprach von dem „Phantom" einer Verständigung mit Polen. Kordt berichtet von einer „beachtlichen Minderheit" im Auswärtigen Amt, bei der „wohl mehr oder weniger klar der Gedanke, daß eine Beseitigung des polnischen Korridors gegebenenfalls auch mit Gewalt herbeigeführt werden sollte, eine Rolle gespielt" habe (Kordt II S. 298).

Szembek weiß im Zusammenhang mit Wirtschaftsverhandlungen, bei denen es im August 1935 zu Schwierigkeiten gekommen war, von einer „großen Intrige" zu berichten,

„orchestriert durch den Kreis um Bülow, der sich Hitlers Polenpolitik widersetzt. Diese Kreise haben die Abwesenheit Hitlers und Görings dazu ausgenützt, um zu handeln. Man hat Hitler einen gefälschten Bericht des Lipski-Bülow-Gesprächs gegeben

und sogar gesagt, der Botschafter habe im Laufe der Unterhaltung Drohungen gebraucht. Die Unterhaltungen Lipskis in Berchtesgaden haben erwiesen, daß hochstehende deutsche Persönlichkeiten ihre Haltung in bezug auf Polen nicht geändert haben; nur in untergeordneten Zirkeln versucht man die guten polnisch-deutschen Beziehungen zu stören. In Berlin ist eine Untersuchung angeordnet worden, um zu ermitteln, wer der Anstifter und Agent dieser antipolnischen Intrigen gewesen ist. Man glaubt zu wissen, daß aus diesem Grunde sowohl Bülow als auch Meyer aus der Wilhelmstraße entlassen werden. ... Im Laufe der Unterhaltungen in Berchtesgaden sind wir durch den Kanzler und Göring unterstützt worden, die keineswegs die Haltung Danzigs gebilligt haben. Hitler hat festgestellt, daß England durch die Gründung der „Freien Stadt Danzig" zwischen Polen und Deutschland einen Zankapfel geworfen hat. Hitler hat gleichzeitig erklärt, daß man in den Beziehungen zwischen Polen und Danzig zu den Bestimmungen des Vertrages von Versailles zurückkehren müßte. ... Es ist klar, daß nicht die deutsche Regierung die Differenz verursachte, sondern eine gegen Hitlers Polenpolitik gerichtete Intrige, in die Bülow, Meyer und die Reichsbank verwickelt waren" (Szembek S. 109 f.).

Der Streit war entstanden, als Polen wirtschaftliche Maßnahmen gegen die Freie Stadt anordnete und Danzig als Gegenmaßnahme seine Grenze nach Ostpreußen öffnete. Es kam mit Einschaltung des Hohen Kommissars Seán Lester zur Einigung, aber Lipski sah den damaligen zollpolitischen Zwischenfall in Danzig als von

„großer Wichtigkeit an, weil er zeigte, daß es sowohl in Polen als auch in Deutschland noch ernstzunehmende Leute gab, die die deutsch-polnische Politik der Verständigung zu kompromittieren suchten.... Man beabsichtigt in den Büros der Wilhelmstraße und in den anderen Ministerien Revanche an uns und unserem Botschafter zu nehmen, weil wir den Danziger Konflikt beseitigt haben" (Szembek S. 112).

Darauf erklärte Szembek dem Botschafter,

„daß seiner Ansicht nach die Politik des deutsch-polnischen Zusammengehens auf einer zu schmalen Basis beruhe; es genüge nicht, daß sie auf der einen Seite durch Hitler, Göring und andere

gestützt würde und auf der anderen durch Beck, Lipski und ihn selbst. Man müßte die wichtigsten Repräsentanten der öffentlichen Meinung von ihrem Wert überzeugen."

Bemerkenswerterweise zeigte sich bei dieser Gelegenheit auch Botschafter Lipski dem Unterstaatssekretär gegenüber als persönlicher Gegner einer ernsthaften deutsch-polnischen Verständigung — er sprach sich zu Ende des Gesprächs mit Szembek nachdrücklich für die Allianz mit Frankreich aus, „die er für unentbehrlich hielt" (Szembek S. 112). Am gleichen Tage führte Szembek ein Gespräch mit seinem Kollegen, dem polnischen Unterstaatssekretär Schätzel, der ihm sagte:

„Viele Personen sind daran interessiert, die polnisch-Danziger Differenz zu vertiefen. Das sind die polnischen Nationalisten und die deutschen Hitler-Gegner in Danzig, die Juden, ebenso wie die Geschäftsmänner des Hafens von Gdingen" (Szembek S. 112).

Pilsudskis Tod

Anfang Mai 1935 näherte sich Marschall Pilsudskis Leben dem Ende. Er wußte, wie gefährdet die deutsch-polnische Verständigung war. Seine letzte Direktive soll gelautet haben:

„Ich sterbe, und nach meinem Tode wird es von allen Seiten einen ungeheuren Druck gegen Euch geben, um unseren Nichtangriffspakt mit Deutschland zu vernichten. Sie werden weder vor Verächtlichmachungen noch selbst vor Anschlägen auf Euer Leben zurückschrecken. Ihr müßt Euch solchem Druck unbedingt widersetzen. ... Bemüht Euch um jeden Preis, den Pakt mit Deutschland so lange wie möglich zu erhalten. Vertieft aber gleichzeitig stetig unsere Beziehungen mit dem Westen, nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit England" (vgl. Breyer S. 133).

Pilsudski wollte sich im Westen vor allem deshalb rückversichern, weil seine Hauptsorge der Gefahr aus dem Osten galt — und vor allem dem französischen Bündnis mit Rußland. Gerade in den Tagen vor Pilsudskis Tod war Laval nach Moskau gefahren, um den Ostpakt zu festigen.

Eine der letzten Fragen Pilsudskis an Beck war: „Habt Ihr dieses Schaf Laval gefragt, warum er nach Moskau gefahren ist? Habt Ihr ihm gesagt, daß das nicht gut enden wird?"

Beck antwortete: „Ja, sicherlich, mein Kommandant. Ich habe es ihm gesagt und mich klar und formell von dieser ungesunden Allianz distanziert. Wir werden es in einem offiziellen Kommunique bekanntgeben."

Pilsudski: „Und nun, mein Sohn, wäre es am besten, eine Zeitlang die Arme zu kreuzen und zu sehen, was sie alle machen werden."

Beck: „Ich werde sicher alle wesentlichen Instruktionen ausführen."

Darauf sagte der Marschall: „Ich danke Euch, dann ist alles in Ordnung" (vgl. Beck S. 93).

Am 12. Mai 1935 starb Pilsudski; Lipski berichtete aus Berlin, „daß der Tod des Marschalls Hitler ernstlich beunruhigt, aber auch tiefbewegt habe". In Polen wurde der Tod Pilsudskis als ein großes Unglück empfunden und man sprach von der „kaiserlosen Zeit", die der spätere Ministerpräsident Slawoj mit den Worten beschreibt:

„Es entstand eine Verwirrung, als der Marschall fehlte, wie auf dem Meere ein gefährlicher Strudel entsteht, wenn ein gewaltiges Schiff versinkt" (Breyer S. 134).

Nach dem Tode Pilsudskis kam Beck am 5. Juli 1935 nach Berlin. Hitler betonte ihm gegenüber die grundlegende Bedeutung sowohl Polens wie Englands für die deutsche Außenpolitik, hinter der „nicht nur der staatliche Apparat, sondern auch der überwiegende Teil der Bevölkerung stehe". Hitler glaubte damals, auch dem polnischen Außenminister versichern zu können, die „höheren militärischen Chefs seien davon ebenso eingenommen wie die Armee und die Partei". Szembek berichtet in seinem „Journal" über diese Unterredung weiter:

„Hitler unterstrich dann, daß sein Wunsch einer Entente mit England immer die Basis seiner Politik gebildet habe. Er schloß jeden Versuch aus, mit England zu rivalisieren oder es zu überrunden. Er bemühe sich, England davon zu überzeugen, daß Deutschland die Interessen des britischen Empires respektiere und daß es nichts wünsche, als sich im Vergleich zu diesem Imperium nur ein Minimum vitaler Interessen zu sichern" (Szembek S. 105).

Demgegenüber versicherte Beck,

„daß Marschall Pilsudski von Anfang an die Verhandlungen mit der Regierung des Kanzlers als einen Versuch betrachtet hat, ein grandioses Werk zu realisieren und nicht ein vorübergehendes taktisches Manöver. Das politische Testament des Marschalls werde als das kostbarste Gut der polnischen Nation betrachtet. Der Kanzler könne darauf zählen, daß die Frage der polnisch-deutschen Beziehungen nach den gleichen Methoden behandelt werden wird wie zu Lebzeiten Pilsudskis. ... Was Rußland betrifft, müsse Polen seinem Nachbarn, mit dem es eine gemeinsame Grenze von 1000 km habe, immer eine große Aufmerksamkeit widmen. ... Er könne kategorisch versichern, daß wir niemals ein Instrument der russischen Politik werden würden, und daß wir jedem, wer es auch sei, der uns einreden wollte, daß wir dies seien, stets entschieden Widerstand entgegensetzen werden" (Szembek S. 104 ff.).

Sehr bald nach dem Tode Pilsudskis geriet Oberst Beck bereits in andersgeartete Einflußsphären.

In London war Sir John Simon als Außenminister zurückgetreten. Unter seinem Nachfolger Sir Samuel Hoare änderte sich die britische Haltung Polen gegenüber „ganz offen", wie Beck schreibt, der „die erste Unterhaltung mit ihm in Genf als den frühesten Schritt in der Richtung einer künftigen englisch-polnischen Allianz" betrachtete (Beck S. 89). Auch Eden - der bald Sir Samuel Hoare als britischer Außenminister ablöste - suchte engeren Kontakt mit Beck. Szembek berichtet über das Zusammentreffen der beiden Minister im Oktober 1935 in Genf, wo Eden als erster Beck „einen kurzen Besuch abstattete" und dabei vorschlug, „mit ihm tête-à-tête zu dinieren"; aus einem einfachen „Höflichkeitsakt" sei eine Unterredung

von „großer Bedeutung" geworden. Zu Anfang des Gesprächs sprach sich Beck gegenüber dem englischen Minister sehr drastisch aus; er stellte fest, daß

„England viele Jahre lang auf der internationalen Ebene Polen gegenüber eine Politik unfreundlicher Bosheiten verfolgt hat. Während der 150 Jahre der Unterwerfung hatte England selbst die Existenz des polnischen Elementes in Europa vergessen, England hatte es sich sozusagen abgewöhnt, daß es überhaupt noch ein Polen gab, nicht mehr mit ihm gerechnet und es als eine quantité négligeable behandelt" (Szembek S. 120).

Nach Szembek haben diese historischen Reminiszenzen

„auf Eden einen sehr starken Eindruck gemacht. Er antwortete: ‚Inzwischen haben wir gelernt, Euch zu schätzen und mit Euch zu rechnen'" (Szembek S. 120).

Die britische Regierung begann damals tatsächhch, „auf Polen zu zählen" und Eden schnitt bereits im Dezember 1935 die Frage der Freien Stadt Danzig an, den neuralgischen Punkt in den deutsch-polnischen Beziehungen. Aus Edens Vorschlägen folgerte Beck, daß man Danzig aus den Schutzbestimmungen des Völkerbundes lösen könne, um die Freie Stadt unter das Protektorat Polens zu stellen. Er glaubte, wie Szembek schreibt, es müsse ihm in Genf gehngen, „einen Polen als Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig einzusetzen". Er wurde von Lipski in dieser Ansicht bestärkt (Szembek S. 143 und 146).

Der einzig skeptische polnische Staatsmann scheint damals Szembek gewesen zu sein, der dazu am 8. Januar 1936 notierte :

„Der aktuelle Konflikt zwischen dem Senat und dem Völkerbund gab England eine Gelegenheit, Beck die angedeuteten Vorschläge zu machen. - Ich persönlich hatte den Eindruck, daß die Aktion Edens durch den Wunsch motiviert ist, uns von Deutschland zu trennen. Das beste Mittel, eine solche Isolierung zu erreichen, ist die Provozierung eines Konfliktes zwischen Polen und Deutschland durch die Danziger Frage" (Szembek S. 149).

Während Szembek „sich bedeutend enger an Deutschland anzulehnen wünschte" (Breyer S. 189), weil er die „Interessen Polens und Deutschlands im Frontabschnitt Rußland als parallel laufend" ansah (Szembek S. 207), war Beck im Gegensatz zu Pilsudskis Vermächtnis nun zu der Ansicht gelangt, nur dadurch „der Gefahr eines Konfliktes entgehen zu können", daß Polen sich „nach keiner bestimmten Seite engagiere" (Szembek S. 182).

Der deutsche Historiker Richard Breyer beurteilt den Unterschied der polnischen Außenpolitik vor und nach Pilsudskis Tod dahingehend:

„Für einen Zweifrontenkrieg hielt sich Pilsudski auf alle Fälle für zu schwach. Ihn zu verhindern war Aufgabe der Politik. Gewiß drückten Pilsudskis letzte Worte an Beck, daß es ‚eine Zeitlang besser sein werde, seine Arme zu kreuzen und zuzusehen, was die anderen machen werden', die für Polen wünschenswerte Situation aus. Es war aber doch die Frage, ob eine solche Einstellung zwischen zwei revolutionären Mächten möglich war, ob nicht trotzdem früher oder später von Polen eine Entscheidung, eine Option gefordert werden würde. Zunächst scheint Beck die Worte Pilsudskis ernst, vielleicht zu ernst genommen zu haben. Er konnte dabei den Schwierigkeiten der polnischen Lage zwischen Deutschland und Sowjetrußland wohl zeitweilig ausweichen, eine Entscheidung hinausschieben, aber nicht die Bedrohung aus der Welt schaffen, daß ein Konflikt zwischen den Nachbarn Polen zum Schlachtfeld, ein Zusammengehen zwischen Deutschland und Rußland Polen aber zum Teilungsobjekt machen mußte. Es bestand kein Anhaltspunkt für die phantastische Vorstellung, beide Mächte geschlagen zu sehen.

Eine Situation von 1917/1918, der Polen seine Wiedergeburt verdankte, wiederholte sich nicht alle zwanzig Jahre. Gab es eine dritte Möglichkeit? Beck glaubte an sie. Es war der Gedanke an eine Gleichgewichtspolitik in einer von Polen geführten Staatengruppe vom finnischen Meerbusen bis zur Donau, in der polnischen geopolitischen Region'. Daß Pilsudski eine solche Politik für eine dauerhafte Möglichkeit hielt, ist wenig wahrscheinlich, Beck aber sollte sie zu seiner Lieblingsidee entwickeln" (Breyer S. 133).

Im militärischen Bereich vollzog sich der Wandel nach Pilsudskis Tod noch rascher. Der alte Marschall hatte kurz vor seinem Ahleben die polnischen Generale gewarnt:

„Stolpert ohne mich in keinen Krieg hinein. Ihr werdet ihn ohne mich verlieren" (Breyer S. 137).

Sein militärischer Nachfolger aber, General Rydz-Smigly, erwartete ständig, wie Szembek schreibt, „daß eines Tages der Krieg zwischen uns und den Deutschen ausbrechen werde" (Szembek S. 203), und ließ schon Ende 1935,

„ohne daß dafür ein unmittelbarer Anlaß vorhanden gewesen wäre, ‚die Vorbereitungsarbeiten für einen Kriegsplan im Westen' anlaufen, die später in den ‚Studien des Generalinspekteurs der Streitkräfte - GISZ' - vom Jahre 1936 mündeten. Unabhängig vom GISZ legte auch der Generalstab im Juni 1936 eine ‚Studie Deutschland' vor" (Breyer S. 139).

Wenn auch solche Generalstabsstudien allgemein üblich sind, so ist doch der Zeitpunkt dieser neuen Aktivität des polnischen Generalstabs aufschlußreich. Es ist heute bekannt, daß Rydz-Smigly sich bereits einseitig auf ein Zusammengehen mit Frankreich festgelegt hatte, als Beck und vor allem Szembek sich noch nicht voreilig aller politischen Mittel begeben wollten. Als sich der französische Botschafter Noël um die Jahreswende 1935/36 bei Szembek über die häufigen „Manifestationen der polnisch-deutschen Kollaboration" beschwerte, und den Rat gab, sich wegen der Gefahr einer neuen deutschen Rapallo-Politik lieber Rußland anzuschließen, antwortete Szembek,

„daß es für Frankreich leicht sei, eine solche Politik zu verfolgen, da es durch seine entfernte Lage von Rußland gewissen Konsequenzen nicht ausgesetzt sei, die die unmittelbaren Nachbarn der Sowjets immer bedrohen können" (Szembek S. 117).

Auch Beck sagte Anfang 1936 zu Noël:

„Wir haben keine Illusionen und wissen sehr genau, daß unser Bündnis Ihnen gegenüber einseitig ist. Sollten Sie durch Deutsch-

land angegriffen werden, würde Polen zu Hilfe eilen, denn es wäre in seinem Interesse. Das Gegenteil ist aber nicht der Fall" (vgl. Breyer S. 154).

Eine Bewährungsprobe des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes ergab sich im März 1936. Damals erklärte Hitler angesichts der Ratifizierung des französisch-sowjetischen Militärpaktes die in Versailles angeordnete Entmilitarisierung des Rheinlandes als beendet und heß deutsche Truppen in die Rheinprovinzen verlegen. Während der Unterstaatssekretär Szembek einen „casus foederis" im Sinne der polnisch-französischen Verpflichtungen nicht als gegeben ansah (Szembek S. 163), reagierte Außenminister Beck in anderer Weise.

Als ihm der deutsche Botschafter Moltke am 7. März 1936 das Memorandum der deutschen Regierung überreichte mit der Erklärung, daß, nachdem der Locarno-Pakt durch das französisch-russische Militärbündnis außer Kraft gesetzt worden war, „schwache Truppen ins Rheinland einmarschiert seien" (Breyer S. 157), und von der Verlängerung der deutsch-polnischen Erklärung vom 26. Januar 1934 sprach, ging Beck nicht darauf ein. Er ließ im Gegenteil sofort den französischen Botschafter Noël zu sich kommen, um sich aus eigener Initiative für Frankreich und gegen Deutschland festzulegen. Über diesen bedeutungsvollen Schritt schreibt Beck in seinen Erinnerungen:

„Die Gelegenheit bot sich mir, den Wert der französisch-polnischen Beziehungen zu erproben; nach telefonischer Rücksprache mit Rydz Smigly und dem Präsidenten der Republik entschloß ich mich, eine französische Demarche bei uns nicht abzuwarten, sondern im Gegenteil die Initiative zu ergreifen und den französischen Botschafter zu bitten, mich um 9.00 Uhr morgens zu besuchen. Ich erklärte ihm sodann, daß ich soeben den Einmarsch deutscher Truppen ins Rheinland erfahren hätte, was unter Umständen einen französisch-deutschen Konflikt zur Folge haben könnte. Ich bäte ihn deshalb, seine Regierung zu informieren, daß, sollte dieser Konflikt unter den Bedingungen ausbrechen, die mit

dem Geist unserer Allianz übereinstimmen, Polen nicht zögern wird, seine Pflicht als Verbündeter zu erfüllen.

Der Botschafter war sehr gerührt, diese wichtige Erklärung zu hören, vor allem, weil sie von solcher Spontaneität war, und, unabhängig von ihrem praktischen Wert, das tatsächliche Verhältnis präzisierte, das zwischen dem polnisch-deutschen Nichtangriffspakt und der Allianz mit Frankreich existierte. Ich weiß, daß diese Erklärung zugleich einen tiefgehenden Eindruck auf eine große Zahl der wichtigsten politischen Persönlichkeiten Frankreichs gemacht hat.

Unglücklicherweise gab es in diesem Moment niemand im Quai d'Orsay, der der Größe der Situation gewachsen gewesen wäre. Außenminister war damals M. Flandin, die traurigste Figur unter meinen ehemaligen französischen Kollegen; er war weit davon entfernt, die Bedeutung unserer Entscheidung zu erfassen, und die Büros vom Quai d'Orsay, an ihrer Spitze M. Léger, taten nichts, um mir meine Aufgabe zu erleichtern. Frankreich konnte sich nicht aufraffen, einen Beweis der Entschlossenheit zu liefern" (Beck S. 113 f.).

Am gleichen Tage erklärte Beck auch dem

„belgischen Gesandten Paternotte de Vaillée :, Wenn Belgien marschiert, marschieren sofort auch wir' und bat den Gesandten, diese Erklärung sofort seiner Regierung zu übermitteln" (Beck S. 114).

Der polnische Außenminister Beck hat sich also zur Unterstützung eines französischen Angriffskrieges gegen Deutschland angeboten und damit bereits im Frühjahr 1936 dem deutsch-polnischen Nichtangriffspakt zuwidergehandelt. Daß Beck damals mit Krieg rechnete, geht aus einer Äußerung Noëls hervor, wonach der polnische Außenminister

„seinen Mitarbeitern nicht verhehlte, daß er große Dinge erwarte und daß er im Kriegsfalle das Ministerium verlassen würde, um den Befehl eines Regimentes zu übernehmen" (Breyer S. 158).

Becks leidenschaftliche Beistandserklärung wurde der französischen Öffentlichkeit verheimlicht und selbst General Gamehn ist von der Bereitschaft Polens, zu marschieren, erst unterrichtet worden, als alles vorüber war, wie Paul Reynaud in seinen Erinnerungen schreibt (vgl. Breyer S. 159).

Der damalige polnische Botschafter in Paris, Lukasiewicz, gibt die Erklärung, warum Beck mit seinem Übereifer Frankreich unbequem geworden war; er schreibt:

„Würde Beck seine Erklärung nicht gemacht haben, so hätte Flandin wie auch der Quai d'Orsay den Politikern und der Öffentlichkeit erklärt, daß Frankreich die Besetzung des Rheinlandes nicht mit einer militärischen Aktion beantworten konnte, weil sie nicht sicher waren, ob Polen seinen Verpflichtungen als Verbündeter nachkommen würde" (Zitiert bei Beck S. 114).

Der französische Botschafter in Warschau, Noël, bemerkt in seinen Erinnerungen:

„Die französischen Regierungskreise wußten Beck für seine Erklärung vom 7. März keinen Dank, bewahrten zu Recht oder zu Unrecht aus dieser Episode die Erinnerung eines polnischen Doppelspiels, und die offiziellen Beziehungen zwischen Paris und Warschau erfuhren keine Besserung" (zitiert bei Breyer S. 161).

Becks „Doppelspiel", das natürlich das Mißtrauen der deutschen Regierung noch weit mehr erregen mußte, wird von Breyer damit erklärt, daß gerade das Rheinland

„der Angelpunkt der polnisch-französischen Militärkonvention war. ... Nur aus dem Rheinland und von den besetzten Rheinbrücken her konnte eine offensive Hilfestellung Frankreichs für Polen wirksam werden. Die Besetzung der Rheinbrücken war schon in Versailles als ‚unerläßlicher Schutz für die neuen Staaten, die die Alliierten im Osten und Süden Deutschlands ins Leben gerufen hatten', erschienen" (Breyer S. 162 - Franz. Gelbbuch, Basel 1940, S. 15).

Nach der Rheinlandkrise begab sich Beck Ende März 1936 zur Völkerbundstagung nach London, wo er Flandin besuchte. Der polnische Außenminister erinnerte an seine Erklärung vom 7. März, erhielt aber eine Abfuhr von dem französischen Ministerpräsidenten, über dessen „Mangel an elementarster Höflichkeit" Beck sich in seinen Erinnerungen ausläßt (Beck S. 115).

Im Gegensatz dazu fand der polnische Außenminister „bei den Engländern viel mehr Verständnis" für den Standpunkt

seines Landes. Er besuchte auch König Eduard VIII., der durch Eden „viel Gutes über die polnische Außenpolitik gehört hatte" (Beck S. 116).

Auf der anschließenden Völkerbundssitzung, die in London zur Beurteilung der Wiederherstellung der Wehrhoheit im Rheinland einberufen worden war, fand Beck sich bereit, gegen Deutschland zu stimmen. In seinen Erinnerungen gibt er die Erklärung des Pariser polnischen Botschafters Lukasiewicz zu dieser Sitzung wieder:

„Herr Flandin und die anwesenden hohen Funktionäre des Quai d'Orsay in London richteten in den Wandelgängen des Völkerbundsgebäudes eine heftige Attacke gegen Herrn Beck. Dieselben Politiker, die zehn Tage zuvor es unterlassen hatten, die Erklärung bekanntzugeben, durch die die polnische Regierung bekräftigte, daß sie bereit sei, ihre militärischen Verpflichtungen Frankreich gegenüber zu erfüllen, beschuldigten jetzt den polnischen Außenminister der Unsolidarität und bestanden darauf, daß er eine außergewöhnlich schwere Verurteilung der Hitlerschen Handlung im Rheinland unterstütze. Das Spiel war durchsichtig. Trotz der schönen Phrasen des Völkerbundsbeschlusses bedrohte die deutsche Gefahr direkt die Grenzen Frankreichs und, was noch ernster war, es wurde bei dieser Gelegenheit klar, daß man wenig auf die Hilfe Englands und Italiens rechnen konnte, eine Hilfe, die **immerhin in** den Verträgen vorgesehen war. Man entschloß sich deshalb zu dem Versuch, die Gefahr nach dem Osten abzulenken, indem man Herrn Beck zwang, die guten Beziehungen Polens mit Berlin selbst zu schädigen (nuire)" (Zitat nach Beck S. 116).

So war schon ein Jahr nach Pilsudskis Tod sein pohtisches Testament bereits außer Wirkung.

Hitlers Vorschläge vom 7. März 1936

Der Hintergrund der Auseinandersetzungen um die sog. Rheinlandbesetzung, mit denen der deutsch-polnische Nichtangriffspakt zu zerbrechen begann, muß ebenfalls kurz erörtert werden.

Hitler ließ nach der Ratifizierung des französisch-russischen Militärpaktes nicht nur das Rheinland wiederbesetzen, er machte auch konstruktive Verständigungsvorschläge. Durch den Außenminister von Neurath ließ er am 7. März 1936 den Botschaftern Englands, Frankreichs und Italiens ein Memorandum übermitteln, in dem ein neues politisches System in Europa vorgeschlagen wurde, um die „von Rußland drohende rote Flut" einzudämmen. Außer dem Wiedereintritt Deutschlands in den Völkerbund schlug Hitler vor:

1. einen Vertrag über eine neue beiderseitige entmilitarisierte Zone entlang den Grenzen Belgiens, Frankreichs und Deutschlands,
2. einen auf 25 Jahre abzuschließenden Nichtangriffspakt zwischen Belgien, Frankreich, Deutschland und den Niederlanden,
3. einen Luftpakt, der Westeuropa gegen einen Überraschungsangriff sichern würde,
4. eine Reihe zweiseitiger Nichtangriffsverträge mit den Ländern an der deutschen Ostgrenze.

Mit diesen Vorschlägen führte Hitler seine von ihm oft angegebene Linie fort. Seit dem Jahre 1933 hatte er immer wieder Vorschläge für eine friedliche Bereinigung der europäischen Lage gemacht. Ribbentrop wiederholte sie in seiner Rede am 27. März 1936 vor dem Völkerbundsrat in London:

„Das Angebot zur absoluten Abrüstung: Es wurde abgelehnt. Das Angebot eines allgemein gleichen 200000-Mann-Heeres: Es wurde abgelehnt.

Das Angebot eines 300000-Mann-Heeres: Es wurde abgelehnt. Das Angebot eines Luftpaktes wurde abgelehnt mit der Begründung, es könne ein solcher Pakt nur im Zusammenhang mit der von Deutschland geforderten Unterzeichnung eines Ostpaktes stattfinden.

Das Angebot zu einer großzügigen Befriedung Europas vom 21. Mai 1935: Es wurde einfach übergangen, ausgenommen jene Proposition, die dann später der englisch-deutschen Flottenabmachung zugrunde gelegt wurde" (WdG 3 S. 391).

Das Memorandum vom 7. März 1936 wurde ebenso unbeachtet gelassen wie der deutsche Friedensplan vom 31. März 1936, der den Wunsch ausdrückte,

„durch eine neue Völkerordnung einen besseren und dauerhaften Frieden aufzubauen. Er sollte im weitesten Umfange dem Selbstbestimmungsrecht gerecht werden und zwar ohne Rücksicht auf Sieger oder Besiegte" (WdG 3 S. 430).

Als wichtigsten Punkt erörterte die Reichsregierung die Regelung eines zukünftigen Luftkrieges und schlug zunächst vor:

„1. Verbot des Abwurfes von Gas-, Gift- und Brandbomben.
2. Verbot des Abwurfes von Bomben jeglicher Art auf offene Ortschaften, die sich außerhalb der Reichweite der mittleren schweren Artillerie der kämpfenden Fronten befinden.
3. Verbot der Beschießung von Ortschaften mit weittragenden Kanonen außerhalb einer Gefechtszone von 20 Kilometern.
4. Abschaffung und Verbot des Baues von Tanks schwerster Art.
5. Abschaffung und Verbot schwerster Artillerie.

Sowie sich aus solchen Besprechungen und Abmachungen die Möglichkeiten der weiteren Begrenzung der Rüstungen ergeben, sind diese wahrzunehmen.

Die deutsche Regierung erklärt sich schon jetzt bereit, jeder solchen Regelung, soweit sie international gültig wird, beizutreten" (WdG 3 S. 436).

England beantwortete die deutschen Vorschläge mit dem sogenannten „Fragebogen". Die britische Regierung, die im Jahre zuvor mit Deutschland den Flottenvertrag abgeschlossen hatte, hielt es z.B. für angebracht, als ersten „Punkt, dessen Klarstellung wünschenswert sei", die Frage zu stellen,

„ob sich nunmehr das Deutsche Reich in der Lage sieht, wirkliche Verträge' abzuschließen" (WdG 3 S. 455).

Der amerikanische Historiker Tansill urteilt kurz und bündig:

„Die britische Politik hatte sich plötzlich von der Verständigung zur Drohung gewendet. Eine baldige Antwort auf diese Heraus-

forderung wurde nicht erwartet. ... Eden vollzog die politische Wendung gegen Deutschland trotz der wohlbekannten Tatsache, daß die deutsche militärische Stärke das Hauptbollwerk gegen den Bolschewismus war, der dauernd Europa zu überfluten drohte" (Tansill S. 352f.).

Frankreich beantwortete den deutschen Plan mit Gegenvorschlägen, die der englische Botschafter in Warschau, Kennard, „stupid" nannte (Tansill S. 353). Das Selbstbestimmungsrecht wurde von der französischen Regierung durch die Forderung praktisch abgelehnt, daß der status quo „nur mit Einverständnis aller" geändert werden und daß ein „Verlangen auf Abänderung" nicht „vor Ablauf von 25 Jahren vorgebracht werden" dürfe (WdG 3 S. 448).

Der amerikanische Botschafter in Berlin, Dodd, berichtete damals nach Washington:

„Frankreich war auf die britische Unterstützung bei wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen gegen Deutschland versessen und Rußland drängte darauf, die weitere Einkreisung Deutschlands durch entschlossenstes Handeln des Völkerbundes zu fördern" *(Tansill S. 348).*

Dodd fügte hinzu:

„Der Völkerbund wurde unter der französischen Regierung Partei, legte Gewicht nur auf die Fortdauer des diktierten Friedens von Versailles und teilte Europa in gegnerische Lager" (Tansill S. 354).

Die östlichen und südöstlichen Randstaaten dagegen erkannten die Gefahr des französisch-sowjetischen Bündnisses für die Freiheit ihrer Länder und waren

„nicht minder beunruhigt über den Wiedereintritt Rußlands in die europäische Politik. In Budapest hegte man besondere Befürchtungen wegen ‚der Errichtung von Luftstützpunkten in der Tschechoslowakei, vor allem wegen einer solchen Basis nahe der ungarischen Grenze'" (Tansill S. 348).

Dies berichtete u. a. der amerikanische Gesandte Montgomery aus Budapest an den Außenminister Hull am 14. März 1936.

Damals haben die Westmächte dem Bolschewismus das „Fenster nach Europa geöffnet", lange ehe Hitler einen Pakt mit Stalin schloß, zu dem er „durch den Vernichtungswillen der Westmächte gezwungen" wurde, wie er sich am 23. August 1939 dem englischen Botschafter Henderson gegenüber ausdrückte (vgl. S. 434 und ADAP VII Dok. 200).

Das polnisch-deutsche Verhältnis 1937/38

Obwohl die Handlungsweise des polnischen Außenministers Beck im März 1936 Hitler kein Geheimnis geblieben war, zog die deutsche Politik keine antipolnische Konsequenz.

Auch in Warschau gab es zufriedene Stimmen. So äußerte sich der polnische Staatspräsident Moscicki gegenüber dem Danziger Hohen Kommissar im März 1937:

„Unsere Beziehungen zum Deutschen Reich sind zur Zeit zufriedenstellend, es herrscht ein gewisses Gleichgewicht. Die deutsche Ideologie setzt sich der russischen entgegen" (Burckhardt S. 71).

Ähnlich interpretierte der Unterstaatssekretär Graf Szembeck das deutsch-polnische Verhältnis:

„Das jetzige Regierungssystem in Deutschland hat für uns Vorzüge gegenüber den Tendenzen der alten preußischen Konservativen und des Zentrums, die uns immer mit Ansprüchen und Reklamationen bedachten. Im weiteren äußerte er dieselben Gedanken wie Präsident Moscicki und betonte, ein kommunistisches Deutschland, mit Bußland gemeinsame Sache machend, würde eine tödliche Gefahr für Polen, aber auch für den europäischen Westen darstellen" (Burkhardt S. 72).

Der polnische Außenminister Beck machte kein Hehl daraus, daß er „vom Völkerbund wenig halte", dessen Vertreter er in Danzig zwar „zur Zeit noch wünsche", daß er sich aber

„jede Freiheit in bezug auf Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich vorbehalte, Danzig sei für ihn ein wichtiges Pfand, und

zur Zeit denke er nicht daran, auf dem Wege bilateraler Regelung dieses Pfand preiszugeben. Im übrigen seien die Beziehungen zu Berlin im Augenblick sehr zufriedenstellend" (Burckhardt S. 74).

Als die Sudetenkrise im Sommer 1938 akut wurde, bot sich der polnischen Regierung Gelegenheit, ihre alte Rechnung mit Prag bezüglich des Teschener Gebietes zu bereinigen. Die Tschechen hatten sich dieses Grenzlandes im Jahre 1920 - als Polen von den Russen bedroht war - angeeignet. Nun konnte — am 30. September 1938, einen Tag nach der Münchener Konferenz — die Warschauer Regierung ihre wichtige Revision durchsetzen, und zwar mittels eines auf zwölf Stunden befristeten polnischen Ultimatums an die Prager Regierung. Es waren allerdings nicht nur diese aktuellen Voraussetzungen, die Hitler veranlaßten, die deutsch-polnischen Beziehungen mit den Nachfolgern des Marschalls Pilsudski neu zu erörtern. Auch die britische Haltung nach München zwang Hitler, eine Klärung mit dem polnischen Nachbarn zu suchen.

Ribbentrop schreibt in seinen Erinnerungen (S. 146) : „Groß war unsere Enttäuschung, als Chamberlain schon drei Tage nach der Münchener Erklärung im Unterhaus die Aufrüstung um jeden Preis verkündete. ... Gleichzeitig wurde von der britischen Regierung eine Politik noch engerer Verbindung mit Frankreich eingeleitet, und auch die USA wurden in nicht mißzuverstehender Weise aufgefordert, sich einer Koalition gegen Deutschland anzuschließen. Der neu eingeschlagene Weg der britischen Politik zielte ganz offensichtlich auf eine Einkreisung Deutschlands."

Hitler und Ribbentrop wären über Chamberlain vermutlich nicht so „enttäuscht" gewesen, wenn sie den engen Kontakt der deutschen Oppositionellen mit dem Foreign Office und die Weizsäcker-Botschaft vom September 1938 gekannt hätten, die sich jetzt wohl auszuwirken begann.

Die internationalen Folgen der Konferenz von München waren in der Tat dramatisch: Am 10. Oktober verkündete

der britische Kriegsminister Hore-Behsha die Aufstellung von 16 britischen Heeresdivisionen, am 13. Oktober kündigte der Innenminister Sir John Simon die Einführung einer nationalen Dienstpflicht an, am 14. Oktober ließ Präsident Roosevelt durch seinen Berater Baruch ein riesiges amerikanisches Marine- und Flugzeugbauprogramm der Öffentlichkeit mitteilen, am 15. Oktober wurde durch Pressemeldungen die Lieferung von 400 amerikanischen Militärflugzeugen an England bekannt usw.

Hitler brauchte nur die Zeitungen zu lesen, um zu wissen, daß eine bedrohliche englisch-amerikanische Aktivität gegen Deutschland in Gang gesetzt worden war. Heute weiß man aus den Potocki-Berichten (vgl. S. 318ff.), daß auf der Gegenseite schon damals danach gestrebt wurde, Polen in die antideutsche Front einzubeziehen.

Ribbentrop-Lipski am 24. Oktober 1938

Unter dem Eindruck dieser neuen weltpolitischen Konstellation beauftragte Hitler Reichsaußenminister von Ribbentrop, mit dem polnischen Botschafter über eine Generalbereinigung aller zwischen Deutschland und Polen schwebenden Fragen zu verhandeln. Für den 24. Oktober 1938 bat Ribbentrop den polnischen Botschafter in Berlin, Lipski, zu einer ersten Aussprache nach Berchtesgaden.

In dieser vertraulichen Unterredung trug der polnische Botschafter zunächst einige Wünsche seiner Regierung vor, die sich auf die Karpatho-Ukraine bezogen und deren Prüfung Ribbentrop zusagte. Dann erklärte der Reichsaußenminister, daß es der Wunsch der deutschen Regierung sei, „eine Bereinigung aller bestehenden Reibungspunkte" zwischen Deutschland und Polen vorzunehmen, genau so, wie es durch den „Verzicht auf Südtirol mit Italien" und durch den „Verzicht

auf Elsaß-Lothringen mit Frankreich" geschehen sei. Eine Lösung im großen denke er sich wie folgt:

„1. Die Freie Stadt Danzig kehrt zum Deutschen Reich zurück. Danzig sei deutsch - sei immer deutsch gewesen und werde deutsch bleiben.

2. Durch den Korridor werden eine Deutschland gehörige, exterritoriale Reichsautobahn und ebenso eine exterritoriale mehrgleisige Eisenbahn gelegt.

3. Polen erhält im Danziger Gebiet ebenfalls eine exterritoriale Straße oder Autobahn und Eisenbahn und einen Freihafen.

4. Polen erhält eine Absatzgarantie für seine Waren im Danziger Gebiet.

5. Die beiden Nationen erkennen ihre gemeinsamen Grenzen an, gegebenenfalls könne man zu einer Garantie der Territorien kommen.

6. Der deutsch-polnische Vertrag wird auf 25 Jahre verlängert.

7. Die beiden Länder fügen eine Konsultativklausel in den Vertrag ein" (Ribbentrop S. 155 und vgl. ADAP V Dok. 81).

Bei einem Vergleich dieser Wünsche und Vorstellungen mit den erklärten politischen Zielen der Weimarer Republik in der Danzig- und Korridorfrage ist unschwer festzustellen, daß die Ansprüche Hitlers an Polen maßvoller und begrenzter waren. Noch Stresemann und Brüning hatten jeden Gedanken an einen Verzicht auf den Korridor zurückgewiesen.

Der Gedanke, den „Korridor" als Verkehrshindernis durch eine Autobahn zu überbrücken, war der polnischen Regierung bereits früher gelegentlich nahegebracht worden.

In einer für den Vortragenden Legationsrat Schnurre bestimmten Aufzeichnung des Botschafters von Moltke vom 22. Oktober 1937 „in Sachen der Autostraße Ostpreußen-Danzig" heißt es u.a.:

„Bereits im Jahre 1935 war die Frage aufgetaucht, wie sich Polen zu dem geplanten Bau einer Autobahn zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reichsgebiet durch den Korridor stellen würde. Ich habe damals, etwa im Mai 1935, den polnischen Außenminister Beck darauf angesprochen, der mir eine Prüfung dieser Frage in Aussicht stellte. Trotz wiederholter Erinnerungen hat er jedoch

niemals eine klare Antwort erteilt, was erfahrungsgemäß als ein sicheres Zeichen für eine ablehnende Haltung der Regierung anzusehen ist.

Im September 1935 hat dann Herr Todt während eines Aufenthaltes in Warschau gelegentlich der polnischen Straßenbauausstellung hier mit dem Vizeminister im Verkehrsministerium, Herrn Piasecki, gesprochen. Dabei ist von der Möglichkeit die Rede gewesen, daß sich zu gegebener Zeit Sachverständige der beiden Seiten zu einer Besprechung zusammensetzen sollen. Ich glaube, daß es unter diesen Umständen zweckmäßig wäre, wenn Herr Todt diesen Gedanken unter Bezugnahme auf das Gespräch in einem Privatbrief an Herrn Piasecki wieder aufgreifen würde" (ADAP V Dok. 14).

Lipski verhielt sich gegenüber den deutschen Vorschlägen „sehr zurückhaltend", wie Ribbentrop in seiner Aktenaufzeichnung über dieses Gespräch schreibt; der Botschafter behauptete, „daß Danzig keineswegs - wie z.B. das Saargebiet - ein Produkt von Versailles sei".

Ribbentrop ging auf diese Bemerkung nicht weiter ein, sondern betonte, daß er „jetzt keine Antwort" erwarte, aber immerhin darauf hinweisen wolle, daß auch für Hitler „der endgültige Verzicht auf den Korridor innerpolitisch nicht leicht sei". Damit antwortete der Außenminister auf die Erklärung des polnischen Botschafters über Danzig, „einen Anschluß hielt er ... nicht für möglich, auch schon und hauptsächlich aus innerpolitischen Gründen. Beck könne das dem Volk gegenüber nie durchsetzen".

Lipskis „Hauptbitte" im Laufe dieses Gespräches aber war der von Polen gewünschte Anschluß der tschechoslowakischen Karpatho-Ukraine an Ungarn, worüber ein „Volksentscheid herbeizuführen" sei. Ribbentrop antwortete darauf, daß,

„wenn man zwischen Deutschland und Polen zu einer Globallösung käme, auch sicher für dieses Problem ein günstiges Arrangement gefunden werden könne" (ADAP V Dok. 81).

Burckhardt, der diese Unterredung in seinem Buch ebenfalls erwähnt, bezeichnet die Anregungen Ribbentrops un-

erklärlicherweise als eine „bedrohliche Mitteilung über Danzig und den Korridor" (Burckhardt S. 247), obwohl er zuvor mehrere Erklärungen Hitlers wiedergibt, die deutlich den Wunsch nach einer Verständigung mit Polen zum Ausdruck brachten, so u.a. aus der Sportpalast-Rede vom 26. September 1938:

„Wir sehen ein, daß hier zwei Völker sind, die nebeneinander leben müssen und von denen keines das andere beseitigen kann. Ein Staat von 33 Millionen Menschen wird immer nach einem Zugang zum Meere streben. Es mußte daher ein Weg der Verständigung gefunden werden. Er ist gefunden worden und wird immer weiter ausgebaut."

Hoggan stellt in seiner Untersuchung fest, daß Berichte über das vertrauliche Gespräch zwischen Ribbentrop und Lipski in den europäischen Hauptstädten unverzüglich verbreitet wurden:

„Kennard informierte Halifax am 25. Oktober 1938 ,von gut unterrichteter Seite', daß Deutschland und Polen in Verhandlungen begriffen seien über Bedingungen eines allgemeinen Abkommens und dazu einer gemeinsamen ungarisch-polnischen Grenze. Kennard wiederholte die am Tage zuvor von Ribbentrop angeschnittenen Punkte mit peinlicher Genauigkeit. Er setzte hinzu, daß er diese Informationen aus verschiedenen Quellen in Warschau erhalten habe" (Brit. For. Pol. III, Bd. 3, Dok. 223; zitiert nach Hoggan S. 199).

Es ist eine interessante Tatsache, daß eine exterritoriale Verbindung zwischen dem Reich und Ostpreußen schon einige Jahre vorher Gegenstand internationaler Diskussion gewesen war. Der italienische Graf Gravina - ein Vorgänger Burckhardts als Hoher Kommissar in Danzig - hatte bereits 1932 eine gründliche territoriale Revision nach folgenden Gesichtspunkten vorgeschlagen:

1. Die derzeitigen Grenzen der Freien Stadt sollten nach Westen bis zur deutschen Grenze erweitert werden, so daß die beiden Bahnlinien, die Deutschland mit Ostpreußen verbinden, durch Danziger Territorium führen würden.

2. Das in dieser Weise erweiterte Territorium der Freien Stadt sollte einen wirklichen freien Staat bilden, der unter dem Schutze des Völkerbundes stehen würde. ...
3. Die Freie Stadt sollte die Kontrolle über ihre auswärtigen Beziehungen, ihre Zölle und ihre Bahn selbst ausüben.
4. ... die Stadt Gdynia und das umliegende Gebiet, das zu 100% polnisch besiedelt ist, sollte polnisch bleiben.
5. Polen sollte unter der Garantie des Völkerbundes über den freien Zugang zum Danziger Hafen verfügen.

Die Verbindungslinien zwischen Deutschland und Ostpreußen würden über das Territorium des freien und neutralisierten Staates führen, dasselbe wäre der Fall für die Verbindungslinien zwischen Polen und Gdynia. ... (Burckhardt S. 27).

Da aus Danzig nur deshalb die „Freie Stadt geschaffen worden war, weil Polen einen Hafen benötigte", war Gravina der Ansicht, daß nach Entstehung des polnischen Hafens Gdingen „der Zeitpunkt zu einer Revision des gefährlichen Danziger Status gekommen sei" (Burckhardt S. 27). Es kann nicht übersehen werden, daß Gravinas Empfehlung von Polen größere Opfer forderte als der deutsche Verhandlungsvorschlag vom 24. Oktober 1938.

Polens erstes „Nein" am 19. November 1938

Heute sind die Instruktionen bekannt, die Außenminister Beck am 31. Oktober 1938, wenige Tage nach dem Ribbentrop-Lipski-Gespräch, seinem Botschafter hatte zukommen lassen:

„Angesichts der Tendenz der Reichsregierung, die Sie mir melden, die polnisch-deutschen Beziehungen entsprechend dem Grundsatz guter und freundschaftlicher Nachbarschaft - wie er in der Unterredung mit Herrn von Ribbentrop in Berchtesgaden vom 24. Oktober zum Ausdruck kam - durch ein Gesamtarrangement zu stabilisieren, bitte ich Sie, Herr Botschafter, den führenden Persönlichkeiten des Reichs unsere nachfolgende Meinung zur Kenntnis zu bringen:

1. Obwohl die jüngste Krise zu unserer aufrichtigen Genugtuung nicht in einen bewaffneten europäischen Konflikt ausgeartet ist, so hat sich in den Augen der polnischen Regierung die Bedeutung guter polnisch-deutscher Beziehungen für das Werk der allgemeinen Stabilisierung des Friedens doch nicht vermindert; sie hat im Gegenteil an Gewicht und Aktualität gewonnen angesichts des sich immer mehr verbreiternden, allgemeinen politischen Chaos.

2. Auf dem Gebiet der nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland wurde, trotz gewissen lokalen Schwierigkeiten, ein merklicher Fortschritt erzielt. Es ist uns nicht entgangen, daß alles, was Reichskanzler Hitler über die Beziehungen zu Polen in seinen öffentlichen Äußerungen erklärt hat, immer genauer und unzweideutiger formuliert wurde.

3. Das polnisch-deutsche Abkommen von 1934 hat sich im Augenblick der größten Störungen, welche das Nachkriegseuropa erfahren hat, bewährt. Deshalb ist es vernünftig, Vorteil daraus zu ziehen und in der öffentlichen Meinung der beiden Länder den Gedanken zu stärken, daß dieses Abkommen kein Arrangement taktischer und provisorischer Natur ist, sondern im Gegenteil dem Willen Ausdruck verleiht, einer durch die geschichtliche Entwicklung geschaffenen Lage zu begegnen, die - ohne Nutzen für das eine oder das andere unserer beiden Länder - manche Kämpfe und Konflikte hervorgerufen hat.

4. Nach Auffassung der polnischen Regierung sollte sich das etwaige Abkommen, welches die Festigung der guten Nachbarschaft beabsichtigt, zum Ziel setzen:

a) sowohl in bezug auf die Form als auf die Dauer eine gewisse Vervollkommnung des Abkommens von 1934 als Grundlage für die Beziehungen zwischen den beiden Staaten;

b) eine solche Regelung der Frage der Freien Stadt Danzig, daß in Zukunft die unaufhörlichen Schwierigkeiten technischer und psychologischer Natur verhindert werden, wie sie sich aus den auf dem Boden Danzigs entstandenen Reibungen ergeben. Die Frage der Freien Stadt wird akut, denn beim gegenwärtigen Zustand, wo sich der Völkerbund recht weitgehende Vorrechte vorbehält und keine Möglichkeiten bietet, seine Aufgabe in einer der Freien Stadt und den polnischen Belangen nützlichen Weise zu erfüllen, zeigt sich die Notwendigkeit einer freien und offenen Prüfung dieses Problems durch die polnische und die deutsche Regierung.

5. Für Polen wird die eine Tatsache immer maßgebend sein, nämlich, daß einem so bedeutenden Staat der Zugang zum Meer bis aufs äußerste eingeschränkt worden ist, und das in einem Zeitpunkt, wo sich der Seehandel und die Handelsflotte Polens in natürlicher Weise und in sehr breitem Maßstabe entwickelt. Die Entwicklungsmöglichkeiten des polnischen Seeverkehrs sind dank dem Ausbau des Hafens von Gdynia erweitert worden. Indessen gibt die Lage der Freien Stadt an der Mündung der Weichsel, welcher Strom - besonders seit der Schaffung des Zentralen Industriegebiets - eine der wichtigsten Verkehrsadern geworden ist, Danzig in der Gesamtheit der polnischen Seeschiffahrtsinteressen eine ganz besondere Bedeutung. Man kann in Gdynia noch eine große Zahl von Hafenbassins ausheben, aber das vermöchte doch nicht den Charakter des natürlichen Hafens zu ersetzen, der an der Mündung des Stromes hegt, welcher die Hauptsache des polnischen Flußverkehrs bildet. Andererseits ist die Verwendung des Hafens unter normalen wirtschaftlichen Bedingungen nur unter der Voraussetzung möglich, daß dieser Hafen sich innerhalb des sein Hinterland bildenden Zollgebietes befindet. Deshalb befand sich die Freie Stadt Danzig, unabhängig von der lokalen Autonomie, die sie wegen des ethnischen Charakters ihrer Bevölkerung besaß, einst trotzdem unter polnischer Oberhoheit. Es ist angebracht, darauf hinzuweisen, daß die Danziger Delegation am Wiener Kongreß als Hauptaufgabe hatte, die Bindungen zwischen Danzig und dem polnischen Staat, welche Form der Kongreß ihm auch geben möge, aufrechtzuerhalten. Diese geschichtlichen Betrachtungen dienen nur als Illustration und ergänzende Bemerkung. Die Realitäten von heute liefern genug Unterlagen, welche die Bedeutung der ausgedehnten polnischen Interessen in der Freien Stadt klar nachzuweisen erlauben.

6. In dieser Lage und wie es die polnische Regierung auffaßt, wird das Danziger Problem durch zwei Grundelemente bestimmt: die der deutschen Bevölkerung der Freien Stadt zugesicherte Freiheit und die Aufrechterhaltung der Bindungen zwischen Polen und allen andern Elementen, welche der Freien Stadt den Charakter eines Hafens verleihen. Außer dem Nationalcharakter der Bevölkerungsmehrheit ist sozusagen alles in Danzig mit Polen unmittelbar verbunden. Beim gegenwärtigen Stand der Dinge garantieren Polen die Satzung und die Abkommen, die bestehen:

a) unbeschränkten Zugang zum Meer auf dem Land- und dem Flußweg;

b) den Besitz der Eisenbahnen, welche den Hafen von Danzig oder von Gdynia bedienen;

c) die Zugehörigkeit der Freien Stadt zum polnischen Zollgebiet;

d) die Rechte der polnischen Minderheit.

Die andern Rechte ergeben sich aus diesen vier Hauptbedingungen. Die Satzung enthält noch eine fünfte Bedingung, die trotz den durch den Senat mehrfach, zuletzt im Jahre 1932, abgegebenen Erklärungen niemals erfüllt worden ist. Weil diese Bedingung nicht erfüllt wurde, ergaben sich übrigens die ungünstigsten Auswirkungen für die Wirtschaftslage der Freien Stadt.

7. Indem sie alle diese Faktoren in Rechnung stellt, und vom Wunsche beseelt ist, auf dem Wege freundschaftlicher Verständigung mit der Reichsregierung eine Stabilisierung der Verhältnisse herbeizuführen, schlägt die polnische Regierung vor, die Garantien und Vorrechte des Völkerbundes durch ein bilaterales, polnisch-deutsches Abkommen zu ersetzen. Dieses letztere würde den Bestand der Freien Stadt Danzig in der Form garantieren, daß die Freiheit des nationalen und kulturellen Lebens ihrer deutschen Mehrheit gesichert und alle bestehenden polnischen Rechte gewährleistet wären. Trotz der Kompliziertheit eines solchen Systems sieht sich die polnische Regierung gezwungen, festzustellen, daß jede andere Lösung und besonders die einer Einverleibung der Freien Stadt ins Reich, unweigerlich zu einem Konflikt führen müßte. Dieser würde nicht nur in lokalen Schwierigkeiten seinen Ausdruck finden, sondern auch die polnisch-deutsche Verständigung in ihrer Gesamtheit in Frage stellen. Schon im Jahre 1933, als die Verhandlungen eingeleitet wurden, die im Abkommen 1934 ihren Abschluß fanden, hatte Marschall Pilsudski die Danziger Frage zum Prüfstein gemacht, welcher erlauben sollte, die deutschen Absichten gegenüber Polen zu beurteilen. Die Erklärung darüber wurde sowohl auf diplomatischem Wege abgegeben, wie auch - wenn ich mich recht erinnere - in einer Unterredung von Marschall Pilsudski mit Herrn Goebbels. Ich betrachte diese Auffassung als bindend für Polen.

8. Angesichts der Bedeutung und der Aktualität dieser Fragen lehne ich es nicht ab, persönlich an Schlußbesprechungen mit den führenden Reichsbehörden teilzunehmen. Aber ich erachte es als wichtig, daß Sie, Herr Botschafter, von vornherein unseren grundsätzlichen Standpunkt derart darlegen, daß die persönliche Fühlungnahme, die aufzunehmen ich etwa veranlaßt werden

könnte, nicht zu einem für die Zukunft gefährlichen Bruch zu führen vermag" (zitiert nach Burckhardt S. 247 f.).

Aus diesen — der deutschen Regierung damals noch nicht bekannten — Instruktionen wird zunächst ersichtlich, wie sehr sich einerseits der polnische Außenminister der unhaltbaren Lage in Danzig bewußt war und wie wenig er sich andererseits auch nur zum geringsten Entgegenkommen bereitfand. Schon im Frühjahr 1937 hatte Beck dem Hohen Kommissar Burckhardt gegenüber die Freie Stadt als ein wichtiges Pfand für Polen bezeichnet und so sprach er jetzt nur von Aufrechterhaltung der fragwürdigen polnischen Vorrechte, nicht aber von einer Verständigung mit beiderseitigen Verzichtleistungen.

Ziemlich auffällig ist, daß diese Instruktionen, die vom 31. Oktober 1938 datiert sind, vom polnischen Botschafter Lipski erst am 19. November bei seinem zweiten Gespräch mit Ribbentrop verwendet worden sind. Auffällig ist ferner, daß Außenminister Beck in der Zwischenzeit in einem Interview dem Vertreter der amerikanischen Hearst-Presse zu verstehen gab, daß seine Einstellung zur Danziger Frage „eine negative sei" (vgl. Burckhardt S. 252).

Am 19. November 1938 übermittelte Lipski dem deutschen Außenminister die Antwort der polnischen Regierung auf die Anregung Ribbentrops vom 24. Oktober und las ihm Teile seiner Instruktionen vor, die oben zitiert wurden.

Ribbentrop stimmte mit Lipski überein, daß die polnische Haltung vor und während der Münchner Konferenz die Lage Deutschlands erleichtert habe, durch die aber auch Polen die Möglichkeit gegeben wurde, „das Olsa-Gebiet zu gewinnen und eine Anzahl sonstiger Grenzwünsche zu befriedigen". Auf die polnischen Vorschläge in bezug auf Danzig erwiderte Ribbentrop, daß er

„den Standpunkt von Außenminister Beck bedaure. Die Anregimg für eine säkulare Lösung des deutsch-polnischen Problems,

bei der Danzig zu Deutschland kommen solle, möge wohl eine innerpolitische Belastung für Herrn Beck mit sich bringen, andererseits sei aber nicht zu verkennen, daß auch der Führer es nicht leicht haben werde, eine Garantie des polnischen Korridors vor dem deutschen Volke zu vertreten. Daß eine solche Lösung ... das deutsch-polnische Verhältnis gefährden könne, überrasche mich sehr. Meiner Anregung habe die Absicht zugrunde gelegen, das deutsch-polnische "Verhältnis auf eine eherne Dauer-Basis zu stellen und alle nur denkbaren Reibungspunkte zu beseitigen. Ich hätte nicht die Absicht gehabt, ein kleines diplomatisches Gespräch zu führen. Wie er, Lipski, aus den Reden des Führers ersehen könne, behandele dieser die deutsch-polnische Frage stets von einer hohen Warte. Vor der internationalen Presse hätte ich noch kürzlich in seinem Beisein ausgeführt, daß das deutsch-polnische Verhältnis mit zum Fundament der deutschen Außenpolitik gehöre" (ADAP V Dok. 101).

Ribbentrop konnte zu dem neuen Vorschlag des polnischen Außenministers wegen eines zweiseitigen Vertrages über Danzig nicht abschließend Stellung nehmen und fragte Lipski, wie sich Beck zu der deutschen Anregung einer exterritorialen Autobahn und einer doppelgleisigen Eisenbahn durch den Korridor stelle. Obwohl diese Frage zu den Hauptpunkten des Gesprächs vom 24. Oktober gehört hatte, erklärte sich Lipski für nicht autorisiert, sich offiziell dazu zu äußern. In Becks „Instruktionen" war dieser wichtige Vorschlag tatsächlich unerwähnt gebheben! Persönlich glaubte Lipski, daß sich hier „vielleicht Lösungsmöglichkeiten ergeben könnten". Im weiteren Laufe des Gesprächs wies Ribbentrop darauf hin, daß es der Mühe wert sei, die deutschen Vorschläge zu dem Gesamtkomplex der deutsch-polnischen Beziehungen ernsthaft zu überlegen, „um eine wirkliche Stabilität herbeizuführen". Da das sicher „nicht von heute auf morgen geschehen könne", bat Ribbentrop, der polnische Außenminister möge die deutschen Anregungen „in Ruhe überlegen" und lud Beck zu einem Besuch bei Hitler nach Berlin ein.

Professor Michael Freund gibt dieser Antwort Polens, für die es sich fast vier Wochen Zeit gelassen hatte, die Überschrift: „Das Nein Polens" (Freund I Dok. 137).

In Berlin erkannte man, daß in Warschau antideutsche Kräfte wirkten; dennoch wurde die unbefriedigende Antwort noch lange nicht als endgültiges „Nein" bewertet - in Wirklichkeit blieb Hitler gegenüber Polen bis Ende August 1939 verhandlungsbereit — genauer gesagt: bis zur englischen Kriegserklärung am 3. September 1939.

Burckhardt führt an, Hitler habe am 24. November 1938 - also fünf Tage nach Polens erstem „Nein" - militärische Weisungen für einen von Ostpreußen aus gegebenenfalls durchzuführenden „Handstreich" auf Danzig erteilt. Er beruft sich (S.252) auf ein Dokument, das bei Freund im Band I „Nr. 140" ohne genaue Quellenangabe wiedergegeben wird. Es ist sehr fraglich, ob es sich um eine authentische Anweisung handelt. Vom Korridor oder gar von einem Krieg gegen Polen war jedenfalls in Hitlers militärischen Überlegungen damals noch nicht die Rede. Freund erklärt in seinem Kommentar (Freund I S. 330), daß Hitler Ende 1938 „darauf eingestellt zu sein schien, Danzig und den Korridor sozusagen ,en passant' beim Verfolg einer größeren Politik zu nehmen", um es auf diese Weise den polnischen Machthabern zu ersparen, „förmlich zu etwas zustimmen zu müssen, dem man sich nur unter Protest fügt".

Freund irrt, wenn er in seinem Kommentar außer von Danzig auch vom Korridor spricht. Diesen konnte Hitler bestimmt nicht „en passant" nehmen. Im Gegenteil — der Sinn des deutschen Vorschlags an Polen war und blieb: endgültiger Verzicht auf die Grenzen von 1914 — auch in Oberschlesien — als Gegenleistung für die Rückkehr der deutschen Stadt Danzig!

Im Gegensatz zum britischen Gesandten in Warschau, Kennard, erfuhr Burckhardt nichts über die deutschen Vor-

schläge. Vergeblich versuchte er sowohl von Chodacki als auch von Lipski Auskunft über das Gespräch mit Ribbentrop in Berchtesgaden zu erhalten. Statt von den deutschen Angeboten zu sprechen, erzählte Lipski „in sehr interessanter Weise von der inneren deutschen Krise" (Burckhardt S. 228). Etwas deutlicher sah Burckhardt erst, als er am 2. Dezember in Warschau mit dem amerikanischen Botschafter Biddle gesprochen hatte. Dieser erzählte ihm „mit merkwürdiger Genugtuung, die Polen seien bereit, wegen Danzig Krieg zu führen. Der motorisierten Kraft der deutschen Armee würden sie mit Wendigkeit begegnen" (Burckhardt S. 225).

Zwischenspiel in Paris

Knapp drei Wochen nach dem zweiten Lipski-Gespräch, am 6. Dezember 1938, war Ribbentrop in Paris, um eine deutsch-französische Erklärung zu unterzeichnen, die ein Gegenstück zu dem deutsch-englischen Zusatzprotokoll von München bilden sollte. In den vorausgegangenen Besprechungen schnitt der französische Außenminister Bonnet die französisch-italienischen Beziehungen an und fragte Ribbentrop, ob Deutschland „eine Gebietsforderung Italiens gegen Frankreich unterstützen werde" (Bonnet S. 134). Ribbentrop antwortete, er werde heute abend

„im Rundfunk dem deutschen und dem französischen Volk erklären, daß Deutschland feierlich *auf Elsaß-Lothringen* verzichte. Wie können Sie nur einen Augenblick vermuten, daß es bereit wäre, Krieg zu führen, damit Dschibuti oder Korsika italienisch werden?"

Deutschland hat bekanntlich auch nach der französischen Niederlage weder spanische noch italienische Ansprüche gegenüber Frankreich unterstützt.

Nach der Unterzeichnung bat Ribbentrop den französischen Außenminister, nicht daran zu zweifeln, daß diese Verzichtserklärung für Deutschland ein Opfer sei, das

„unser nationales Selbstgefühl und unsere Verbundenheit mit diesen Provinzen, die uns so lange gehört haben, auf eine empfindliche Probe stellt. Aber wir wissen sehr wohl, daß, würden wir nach einem glücklichen Kriege Ihnen Elsaß-Lothringen wieder abnehmen, dieses Land eines Tages zur Ursache eines neuen Krieges zwischen Frankreich und Deutschland würde" (Bonnet S. 136).

Bonnet erkannte damals die Bedeutung der deutschen Erklärung vom 6. Dezember 1938. Er gibt seine Überlegungen zur Mission Ribbentrops in seinen Memoiren wieder:

„Wie oft hatte Deutschland zwischen 1870 und 1914 von Frankreich gefordert, anzuerkennen, daß es Elsaß-Lothringen unwiderbringlich verloren habe? Nie war Frankreich hierzu bereit gewesen. Wie groß wäre Bismarcks oder Bülows Freude gewesen, wenn sich ein französischer Minister bereitgefunden hätte, nach Berlin zu kommen, um öffentlich zu den Franzosen mit solchen Worten zu sprechen? ... Heute, zwanzig Jahre nach Abschluß des Vertrages von Versailles, kam freiwillig und ohne, daß es uns etwas kostete, der Außenminister des Reiches nach Paris, um anzuerkennen, daß Elsaß und Lothringen französisch sind und französisch bleiben sollen. War das für Frankreich eine belanglose Geste? Mußten wir uns nicht beglückwünschen? Stellte die Erklärung nicht auf vorteilhafte Weise das durch die Erklärung Hitlers und Chamberlains vom 1. Oktober 1938 gestörte diplomatische Gleichgewicht wieder her? Stärkte sie nicht im Elsaß selbst die Stellung der Patrioten gegen die Anhänger der Autonomie? Machte dieses freiwillige feierliche Versprechen einen deutschen Angriff nicht schwieriger und verabscheuungswürdiger? Ließ dieses freiwillige Versprechen nicht endlich eine neue Hoffnung auf eine europäische Verständigung entstehen?" (Bonnet S. 137).

Über Polen wurde — wie die Aufzeichnungen zeigen — nicht gesprochen, da beide Außenminister annahmen, „daß Danzig ohne europäische Krise ruhig geregelt würde" (Taylor S. 199).

In London allerdings zeigte man sich über diese deutsch-französische Annäherung beunruhigt. Die Briten waren zwar seit dem deutschen Zusammenbruch von 1918 — getreu der These von Sir Eyre Crowe - darauf bedacht, daß Frankreich

in Osteuropa nicht zu stark würde. Aber sie wollten auch nicht, daß es an Gewicht gegenüber Deutschland verhere. Taylor nennt das ein „peinliches Dilemma". Denn

„wenn Deutschland frei wäre, seine Ziele in Osteuropa ohne französische Einmischung zu verfolgen, könnte es so stark werden, daß die Sicherheit Frankreichs unter einer ‚eminenten Bedrohung stände'. Wenn andererseits die französische Regierung entschiede, daß Deutschland in Osteuropa nicht beliebig handeln dürfe, könnte Großbritannien in einen Krieg zur Unterstützung Frankreichs gezogen werden" (Sargant zu Phipps, 22. 12. 1938, Brit. For. Pol. III, Dok. Nr. 385, Fußnote; zitiert nach Taylor S. 199).

Daß Bonnet tatsächlich auf das französische Interesse in Osteuropa verzichtet hatte, wird vom polnischen Botschafter in Paris, Lukasiewicz, bestätigt. Er berichtete am 17. Dezember 1938 nach Warschau, Bonnet habe ihn davon unterrichtet, daß er dem deutschen Außenminister gegenüber „die Sinnlosigkeit sowohl des Bündnisses mit uns wie des Paktes mit Sowjetrußland festgestellt habe" (vgl. S.290 und Polnische Dokumente I Dok. 5).

Nach Ribbentrops erster Unterredung mit Bonnet am 6. Dezember 1938 schaltete sich Chamberlain ein. Er verlangte von Daladier, daß Bonnet die sog. Flüchtlingsfrage mit Ribbentrop besprechen solle, die sich nach der Ermordung vom Raths durch Grynspan aus der Situation der Juden in Deutschland ergeben hatte*.

*** Hoggan verweist darauf, daß zur Vorgeschichte der unerfreulichen Novemberereignisse 1938 auch Warschauer Regierungsmaßnahmen beachtet werden müssen. Bekanntlich waren die Eltern und Schwestern Grynspans Ende Oktober 1938 als polnische Staatsangehörige aus Deutschland ausgewiesen worden, worauf er sich nach seiner Tat berief. Diese polnische Regierungsaktion hatte, wie Hoggan berichtet, eine lange Vorgeschichte:**

„Die russische Regierung hatte den polnischen und russischen Juden 1885 Schwierigkeiten gemacht, als diese aus Deutschland nach Polen zurückkehren wollten. Reichskanzler Bismarck beharrte zu einer Zeit, als Deutschland keine antijüdische Politik verfolgte, darauf, polnische und russische Juden in steigendem Maße zu deportieren, bis die Russen

Als Bonnet nach Abschluß der offiziellen Besprechungen am 7. Dezember die Flüchtlingsfrage unter vier Augen anschnitt, fragte Ribbentrop, welches Interesse Frankreich an diesem Problem habe. Der französische Außenminister antwortete,

„erstens wolle man keine Juden aus Deutschland mehr aufnehmen, und ob wir nicht irgendwelche Maßnahmen treffen könnten, damit sie nicht mehr nach Frankreich kämen, und

ihre Beschränkungen aufheben würden. Er machte geltend, daß, wenn er nicht so reagiere, Deutschland stillschweigend das Recht eines Staates anerkennen würde, einen benachbarten Staat mit riesigen Zahlen unerwünschter Bürger zu überschwemmen.

Polen versuchte, einen Teil seiner jüdischen Minderheit auf deutsche Kosten loszuwerden.... Sie beschlossen (1938), polnische Juden, die Deutschland auszuweisen trachtete, an der Grenze mit Hilfe von Bajonetten anzuhalten. Mit diesem Vorgehen überraschten sie die Deutschen vollständig, denn diese hatten niemals vermutet, daß Polen so weit gehen würde.

Das deutsche Auswärtige Amt machte verschiedene Anstrengungen, die Polen zur Aufhebung ihres Erlasses zu bewegen, hatte jedoch keinen Erfolg. Moltke unternahm einen letzten Versuch am 26. Oktober 1938. Die Zeit drängte, da die polnischen Pässe der Juden nach dem 29. Oktober 1938 automatisch verfielen, zwei Wochen nach der Veröffentlichung des Erlasses.

Den Deutschen wurde klar, daß sie keinen Ansatzpunkt zur weiteren Verhandlung hatten. Die deutschen Behörden gaben sich große Mühe, so behutsam und rücksichtsvoll wie möglich vorzugehen. Sie organisierten den Transport der polnischen Juden mit großer Umsicht und vergewisserten sich, daß die Reisenden gut versorgt wurden, auch räumlich und mit reichlicher und guter Verpflegung. Die ersten Züge gelangten über die Grenze zu polnischen Bahnstationen, ehe sich die Polen vorbereitet hatten, Halt zu gebieten. Aber danach geschah das Unglaubliche. Obwohl der letzte Tag der Paßstempelung der 29. Oktober war und der neue Ausschluß vom Bürgerrecht erst mit dem 30. Oktober in Kraft treten sollte, versuchte die polnische Grenzschutzpolizei, die Juden am Eintritt nach Polen zu hindern. ..."

Hoggan berichtet abschließend:

„Nach dem Zweiten Weltkrieg lebte Grynspan noch in Paris. Die Geschichte seines Prozesses, seiner Gefangenschaft bei den Franzosen und seiner Verhaftung durch die Deutschen bildet ein interessantes Kapitel der Rechtsgeschichte" (Hoggan S. 208 ff.).

zweitens müßte man in Frankreich zehntausend Juden irgendwie loswerden. Man denke hierbei tatsächlich an Madagaskar" (ADAP IV Dok. 372).

Der Außenminister konnte sich zu dieser innerdeutschen Frage nicht äußern, erklärte aber, daß die jüdische Auswanderung aus Deutschland „nach der praktischen Seite hin" bereits geprüft werde. In seinen Erinnerungen schildert Bonnet dieses private Gespräch, das er auf Chamberlains Veranlassung mit Ribbentrop hatte führen müssen, wie folgt:

„Ich versuchte dann noch auf die jüdische Frage zu kommen und ihm die Erregung zu beschreiben, welche die Judenverfolgungen in Deutschland hervorgerufen hatten. Doch Ribbentrop schnitt mir das Wort ab. ‚Dies ist', sagte er, ‚eine Frage der deutschen Innenpolitik. Ich bin nicht ermächtigt, sie in offizieller Weise zu behandeln, und ich könnte über sie nur als Privatmann sprechen.' Da ich jedoch weiter diese Frage besonders betonte, versprach der Minister schließlich, daß Deutschland sich auf einer Konferenz der europäischen Staaten durch einen Beobachter vertreten lassen werde. Diese Konferenz sollte in nächster Zeit in den Niederlanden zusammentreten, um sich mit dem Los der unglücklichen Flüchtlinge zu befassen" (Bonnet S. 136).

Mit diesem Thema sind die deutsch-französischen Verhandlungen gestört worden. Es schalteten sich auch unbekannte Zwischenträger ein. In einem im Nürnberger Prozeß vorgelegten Bericht des US-Botschafters in London, JosephP. Kennedy, wird über das zweite unter vier Augen geführte Ribbentrop-Bonnet-Gespräch auf Grund von Informationen „unseres deutschen Kontaktes" bestätigt, daß Bonnet sich zu finanziellen Beiträgen in der Flüchtlingsfrage bereiterklärt habe. Weiterhin wurde auf Grund eines „Anrufs aus dem Büro von Berenger in Paris" — Präsident des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Senat - eine offenkundig frei erfundene Darstellung über Ribbentrops angebliche Äußerungen nach Washington weitergegeben (IMT XXXVIII Dok. ,,205-L" S. 33). Nach diesem Schriftstück habe Ribben-

trop am 7. Dezember zum französischen Außenminister gesagt, „daß die Juden in Deutschland ohne Ausnahme Taschendiebe, Mörder und Diebe seien. Sie hätten ihren Besitz auf unrechtmäßige Weise erworben. Deshalb habe die deutsche Regierung beschlossen, sie mit kriminellen Elementen der Bevölkerung zu assimilieren" usw. Zweifellos hat sich Ribbentrop dem französischen Außenminister gegenüber nicht so geäußert, sonst hätte dieser sich in seinen nach dem Krieg erschienenen Memoiren gewiß daran erinnert - um so mehr, als er sich dort bemüht, seine Erklärung vom Dezember 1938 über das Desinteressement Frankreichs an Osteuropa abzustreiten.

Die Episode ist — abgesehen von dem Umstand, daß der monströse, auf unprüfbaren Quellen basierende Kennedy-„Bericht" dem Nürnberger Tribunal als „Beweismittel" diente - deshalb von einiger Bedeutung, weil sie zeigt, mit welchen Mitteln damals gearbeitet wurde, um die deutsch-französische Verständigung zu durchkreuzen.

Der Vertrag vom 6. Dezember 1938 sollte auch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich verbessern; ebenso stand eine gemeinsame Wirtschaftshilfe für Spanien zur Debatte. Aber überall zeigte es sich, daß Sand ins Getriebe gestreut wurde. Auch die Flüchtlingsfrage blieb ungelöst, obwohl Schacht im Dezember 1938 auf Vorschlag Ribbentrops offiziell nach London gereist ist, um dort einen Plan für eine geordnete Auswanderung der deutschen Juden unter Mitnahme eines Teiles ihres Vermögens zu besprechen (vgl. Tansill S. 480).

Weitere deutsch-polnische Gespräche

Am 15. Dezember 1938 suchte Botschafter Lipski den deutschen Außenminister erneut auf und überbrachte ihm eine Einladung des Außenministers Beck, nach Polen zu

kommen. Ribbentrop nahm die Einladung nach Warschau an, da der offizielle Besuch des polnischen Außenministers in Berlin vom Jahre 1935 noch nicht erwidert worden war; er gab dabei seiner Hoffnung Ausdruck, daß man bis dahin durch vorherige diplomatische Besprechungen zu konkreten Resultaten kommen werde, denn ein deutscher Besuch in Warschau müsse wohl im Zusammenhang mit der ins Auge gefaßten großen Regelung zwischen den beiden Ländern stehen. Für diese Ansicht zeigte Lipski „volles Verständnis".

Bei dem Gespräch wies Ribbentrop außerdem darauf hin, daß die Zustände in dem von Polen neuerworbenen Olsa-Gebiet für die deutschen Minderheiten „unhaltbar seien". In München sei Hitler in der „Gebietsregelung mit Polen großzügig gewesen". Er müsse erwarten, daß die dort lebenden Deutschen nicht das Gefühl hätten, „aus dem Regen in die Traufe gekommen zu sein". Lipski versprach, direkt mit Beck hierüber zu sprechen. Ribbentrops Erwähnung der Danziger Frage überging Lipski „in seiner Antwort völlig und zeigte eher sogar eine ablehnende Haltung". Dagegen deutete er wieder an, daß man über die „zweigleisige Eisenbahn und die Reichsautobahn sprechen wollte". Ribbentrop erklärte dem polnischen Botschafter,

„es sei der Wunsch Deutschlands, ein gesundes Polen als Nachbar zu haben. Deutschland sei antirussisch und begrüße schon aus diesem Grunde ein starkes Polen, welches seine eigenen Interessen gegen Kußland verteidigen würde" (ADAP V Dok. 112).

Dabei bezeichnete Ribbentrop den polnisch-russischen Vertrag als „dieser Tendenz nicht widersprechend"; Lipski stimmte dem zu. Ferner erwähnte Ribbentrop, daß im Rahmen der großen Lösung auch die Minderheitenfrage ausführlich aufgegriffen werden solle. Abschließend berührte Lipski die „Memelfrage" und teilte mit, daß Polen wegen gewisser Schiffahrtsverhandlungen an Litauen herangetreten sei. Hier-

zu warf Ribbentrop ein, es handle sich dabei wohl nur um wirtschaftliche Fragen, „denn Memel sei rein deutsch und sei es immer gewesen ... und habe selbstverständlich Anspruch auf Selbstbestimmung" (ADAP V Dok. 112).

Ausgangspunkt dieser letzten Bemerkungen war die vier Tage vorher, am 11. Dezember, durchgeführte Memeler Landtagswahl; dabei hatte die deutsche Vertretung 25 von den insgesamt 29 Mandaten erhalten. Die deutsche Parteiliste erhielt über 87 Prozent der abgegebenen Stimmen (ADAP V S. 416).

Am gleichen 15. Dezember 1938, an dem Lipski erneut beim Reichsaußenminister war, bat der polnische Außenminister Beck den deutschen Botschafter in Warschau, von Moltke, zu sich, um auch ihm den Wunsch nach einem Zusammentreffen mit Ribbentrop auszusprechen. Im Gegensatz zu Lipski erwähnte er die Danziger Frage und sagte: „Über kurz oder lang müßte diese Erörterung ja wohl wieder aufgenommen werden" (ADAP V Dok. 113).

Wenig später teilte Beck dem deutschen Botschafter mit, er verbringe die Weihnachtstage in Monte Carlo und könne auf der Rückreise von dort - etwa am 5. oder 6. Januar 1939 — zur Vorbesprechung des Ribbentrop-Besuches in Warschau mit ihm in Berlin oder „an einem anderen Ort" „inoffiziell" zusammentreffen. Diese Anregung Becks führte dazu, daß Hitler den polnischen Außenminister am 5. Januar in Anwesenheit Ribbentrops sowie der Botschafter von Moltke und Lipski zu einer Aussprache empfing.

Das Hitler-Beck-Treffen am 5. Januar 1939

In seinem Gespräch *mit Hitler* am 5. Januar *1939 schnitt* Beck sofort das Problem der Freien Stadt an. Vieldeutig wies er daraufhin, es handele sich hier um eine der Schwierigkeiten, die nicht nur Polen und Deutschland angingen, sondern auch

noch „dritte Parteien". Beck fragte betont, was geschehen solle, „falls sich der Völkerbund aus seiner Danziger Rolle einmal zurückzöge". Seine Bemerkung, daß sich die deutsch-polnischen Beziehungen nicht mehr „auf dem hohen Niveau der Septembertage" während der Münchener Konferenz bewegten und seine Frage, wann die Garantie-Erklärung für die neue polnisch-tschechisch-slowakische Grenze erfolgen solle, deuteten ebenfalls auf neue Einflüsse hin, denen die polnische Regierung in der letzten Zeit ausgesetzt worden war.

Demgegenüber stellte Hitler fest, daß sich für ihn seit dem Nichtangriffspakt von 1934 in dem „Verhältnis zu Polen nicht das Geringste geändert" habe:

„Deutschland werde unter allen Umständen an der Erhaltung eines starken nationalen Polen interessiert sein, ganz unabhängig von der Entwicklung der Dinge in Rußland. ... Rein militärisch bedeute die Existenz einer starken polnischen Armee für Deutschland eine erhebliche Entlastung; die Divisionen, die Polen an der russischen Grenze zu stehen hätte, ersparten Deutschland eine entsprechende militärische Mehrausgabe" (ADAP V Dok. 119).

Hitler wies die Unterstellungen der Weltpresse, als ob Deutschland Absichten auf die Ukraine habe, zurück und erklärte, „daß Polen in dieser Hinsicht von Deutschland nicht das Geringste zu befürchten hätte", da das Reich „jenseits der Karpathen keine Interessen" habe. Er erstrebe „ausgedehnte Handelsbeziehungen" mit Polen, das von Deutschland alle Industrieerzeugnisse im Austausch für Lebensmittel und Rohstoffe beziehen könne.

Hitler ging dann auf gewisse Mißverständnisse ein, die im Zusammenhang mit dem Wiener Schiedsspruch in Polen entstanden sein könnten. Die polnische Regierung war seit langem nachhaltig für die Ansprüche Ungarns eingetreten. Hitler wies auf die unentschlossene zögernde Haltung der Budapester Regierung während der Septemberkrise hin. In verschiedenen Besprechungen habe er den Ungarn dringend geraten, so schnell wie möglich selbst die Initiative zu er-

greifen, wenn sie eine politische Lösung ihres Gebietsstreites wünschten; er habe jedoch bei den Ungarn nur geringes Verständnis gefunden. Deutschland habe dem Schiedsspruch-Ersuchen „nur sehr ungern stattgegeben" und sich erst „nach Anhörung beider Parteien, der Tschechoslowakei und Ungarn", dazu bereiterklärt. Wegen der ungarischen „Nachforderung" größerer Teile der Karpatho-Ukraine wäre es fast zu einem Krieg zwischen diesen beiden Staaten gekommen*. Da aber Deutschland nicht tatenlos hätte zusehen können, daß Ungarn von der Tschechoslowakei besiegt würde, hätten Italien und das Reich den Streit geschlichtet (ADAP V Dok. 119).

Auf Becks Frage nach Danzig antwortete Hitler, er halte eine Regelung für denkbar,

„nach der diese Stadt politisch wieder, dem Willen ihrer Bevölkerung entsprechend, der deutschen Gemeinschaft zugeführt würde, wobei selbstverständlich die polnischen Interessen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, voll und ganz gewahrt werden müßten. ... Danzig könne auch wirtschaftlich ohne Polen nicht leben, und so dächte er an eine Formel, nach der Danzig politisch zur deutschen Gemeinschaft gelange, wirtschaftlich aber bei Polen bleibe. Danzig sei deutsch, wird stets deutsch bleiben und wird früher oder später zu Deutschland kommen. Er könne jedoch versichern, daß in Danzig kein ‚fait accompli' geschaffen würde."

Der Korridor sei „für Deutschland ein schweres psychologisches Problem". Ebenso wie „Polen den Zugang zum Meere" benötige, bestehe auch „für Deutschland eine Notwendigkeit

*** Nach dem Münchner Abkommen stellte auch Ungarn territoriale Ansprüche an die Tschechoslowakei, denen gegenüber die Reichsregierung zunächst ablehnend eingestellt war. Erst auf italienisches Drängen kam es am 29. Oktober 1938 zu einer Konferenz zwischen Deutschland, Italien, Ungarn und der Tschechoslowakei in Wien, bei der der italienische Außenminister Ciano für die ungarischen, Ribbentrop mehr für die tschechoslowakischen Ansprüche eintrat. Schließlich fällten Ribbentrop und Ciano auf Ersuchen der ungarischen und tschechoslowakischen Regierung einen Schiedsspruch, durch den ein Gebiet, das die bis dahin tschechoslowakischen Städte Neuhäusl, Lewenz, Lutschenetz, Kaschau, Uzhorod und Munkatsch umfaßte, dem Königreich Ungarn zugesprochen wurde (Vertrags-Ploetz Ausgabe 1959, Bd. 4, Teil II, S. 158f.).**

der Verbindung mit Ostpreußen". Hitler glaubte, durch „neue Lösungsmethoden" beiden Seiten gerecht werden zu können und

„die mehr negative Erklärung für 1934 in einem positiven Sinne, ähnlich den Abmachungen mit Frankreich, dadurch zu ergänzen, daß nunmehr von deutscher Seite eine klare vertraglich festgelegte Grenzgarantie an Polen gegeben würde. Polen würde dann den großen Vorteil erhalten, seine Grenze mit Deutschland einschließlich des Korridors vertraglich gesichert zu bekommen. Es sei für ihn nicht ganz einfach, eine derartige Garantie des Korridors zu geben, und er würde deshalb sicherlich, besonders von der bürgerlichen Seite, ziemlich kritisiert werden. Aber als Realpolitiker glaube er doch, daß eine derartige Lösung die beste wäre. Genau so wenig, wie man heute von Südtirol oder von Elsaß-Lothringen spreche, würde man vom Polnischen Korridor hören, wenn Deutschland einmal seine Garantie gegeben hätte" (ADAP V Dok. 119).

Zur Kolonialfrage führte Hitler aus, daß er bei mehr Verständnis für die deutschen Forderungen ein Territorium in Afrika für die „Ansiedlung nicht nur der deutschen, sondern auch der polnischen Juden" zur Verfügung gestellt hätte. Die Spannungen, die durch die ungelöste Kolonialfrage entstanden seien, hätten außerdem die Kosten für die Rüstungen sowohl der westlichen Mächte als auch Deutschlands erheblich gesteigert.

Beck dankte für die umfassende Darlegung des deutschen Standpunktes und erklärte, „daß auch Polen an seiner bisherigen Einstellung Deutschland gegenüber festhalte". Bezüglich Rußland führte der polnische Außenminister aus, daß im September 1938 „eine außerordentlich starke Spannung" bestanden habe und daß die Sowjets mehrere Armeekorps an der polnischen Grenze in Stellung gebracht hätten. Jetzt bemühe man sich um einen tragbaren „modus vivendi", aber

„Polen würde sich nie in eine Abhängigkeit zu Bußland begeben und würde die Linie der unabhängigen Politik weiter verfolgen,

die es bereits in früheren Jahren geübt hätte, als man Polen dazu veranlassen wollte, sich auf dem Wege über einen Ostpakt näher mit Rußland zu verbinden" (ADAP V Dok. 119).

Für die Karpatho-Ukraine fürchtete Beck, daß sie sich möglicherweise einmal zu einem „Herd der Beunruhigung" für Polen entwickeln könne, der ein „Einschreiten" der polnischen Regierung erforderlich mache. Dafür strebe Polen nach einer „gemeinsamen Grenze mit Ungarn". Beck betonte, daß er selbst auch vor München der ungarischen Regierung wegen ihrer Gebietsforderungen „zum energischen Handeln geraten hätte".

Zum deutsch-polnischen Verhältnis erklärte Beck abschließend, er habe von den Wünschen des Kanzlers Kenntnis genommen. Die Danziger Frage erscheine ihm jedoch „außerordentlich schwierig", besonders im Zusammenhang mit der öffentlichen Meinung in Polen. „Er wolle jedoch das Problem gern einmal in Ruhe überlegen." Bezeichnenderweise erwähnte Beck mit keinem Wort den deutschen Verzicht auf die Korridor-Gebiete, wie aus der Aufzeichnung des Dolmetschers, Gesandter Schmidt, hervorgeht, in der es heißt:

„Auf die übrigen vom Führer aufgeworfenen deutsch-polnischen Fragen ging Oberst Beck nicht näher ein, sondern beschloß seine Ausführungen mit der erneuten Bekräftigung, daß in der allgemeinen Einstellung Polen nach wie vor der seit 1934 gefolgten Linie treu bleiben würde" (ADAP V Dok. 119).

Am darauffolgenden Tag, dem Ö.Januar 1939, besprachen Ribbentrop und Beck noch einmal den Komplex der deutsch-polnischen Probleme. Über die etwa anderthalbstündige Aussprache machte der deutsche Außenminister eine Aufzeichnung, aus der sich ergibt, daß Beck sofort wieder auf das Danziger Problem zu sprechen kam. Obwohl Hitler ausdrücklich versichert hatte, daß in Danzig ein fait accomph nicht geschaffen werde, stellte Beck eine solche Möglichkeit nun in den Mittelpunkt der Diskussion und betonte, daß Polen

gezwungen sei, „Stellung zu nehmen", wenn der Völkerbund das Danziger „Kommissariat aufgeben würde". Er wolle Ribbentrop „nicht verhehlen, daß er die Lage mit einer gewissen Unruhe betrachte.... Er habe dies dem Führer gestern nicht so geradeheraus sagen wollen" (ADAP V Dok 120).

Beck stellte wiederum Danzig als den „Prüfstein für die deutsch-polnischen Beziehungen dar". Über das tatsächhch sehr schwierige Problem „habe er sich schon den Kopf zerbrochen, wie man eine Lösung finden könne, aber bisher ohne Resultat". Ribbentrop erwiderte ihm, daß auf deutscher Seite der ernste Wunsch „nach einer endgültigen und umfassenden, großzügigen Konsolidierung des gegenseitigen Verhältnisses" bestehe. Er faßte die deutschen Vorschläge erneut zusammen:

„Rückgliederung Danzigs an Deutschland. Dagegen Sicherstellung aller wirtschaftlichen Interessen Polens in dieser Gegend, und zwar in großzügiger Weise. Verbindung Deutschlands zu seiner Provinz Ostpreußen durch eine exterritoriale Auto- und Eisenbahn. Hierfür als Gegenleistung seitens Deutschlands Garantierung des Korridors und des gesamten polnischen Besitzstandes, also endgültige und dauernde Anerkennung der gegenseitigen Grenzen" (ADAP V Dok. 120).

Zur tschechisch-ukrainischen Frage wiederholte Ribbentrop, „daß in München ethnographische Grenzen" festgesetzt worden seien, aber wenn

„hier von irgend einer Seite das Prinzip der politischen Grenzen aufgeworfen werden sollte, könne Deutschland sich natürlich nicht desinteressieren. ... Wo heute in Europa eine Kanone losginge, könne Deutschland grundsätzlich nicht desinteressiert sein. Der Wiener Schiedsspruch müsse eingehalten werden, und unsere Grundauffassung sei es, daß, wenn andere Wünsche irgendwie hier aufkämen, solche mit den deutschen Interessen in Übereinstimmung gebracht werden müßten."

Beck kam dann „auf die großukrainische Frage zu sprechen und sagte, die Versicherung des Führers, daß wir hier des-

interessiert seien, habe ihn sehr befriedigt". Ribbentrop betonte, „unsere negative Einstellung zur Großukraine" und war der Ansicht, daß wegen der dortigen polnischen Minderheit Polen und Deutschland in jeder Beziehung zusammenarbeiten sollten. Dabei machte Ribbentrop folgende Ausführungen:

„Ich könnte mir vorstellen, daß bei einer allgemeinen großzügigen Regelung aller Probleme zwischen Polen und uns wir durchaus dafür zu haben seien, die ukrainische Frage als ein Privilegium Polens zu betrachten und Polen in jeder Beziehung bei der Behandlung dieser Frage zu unterstützen. Dies wiederum setze allerdings auch eine immer klarere antirussische Einstellung Polens voraus" (ADAP V Dok. 120).

In diesem Zusammenhang fragte Ribbentrop, ob Polen „nicht eines Tages dem Antikominternabkommen beitreten wolle". Der polnische Außenminister lehnte zwar einen „politischen Vertrag" gegen Rußland ab, stellte aber „immerhin in Aussicht, daß die polnische Politik vielleicht in Zukunft hier in unserem Sinne entwicklungsfähig sei". Zum Schluß versprach Beck, „Grazynskis dauernde antideutsche Machenschaften" im Olsa-Gebiet in ruhigere Bahnen zu bringen. Ribbentrop nahm die polnische Einladung nach Warschau an. Es wurde vereinbart, daß beide Außenminister sich „den Komplex eines möglichen Vertragswerkes" zwischen Polen und Deutschland noch einmal „eingehend durch den Kopf gehen lassen wollten". Zwischenzeitlich solle durch Lipski und Moltke weiter verhandelt werden (ADAP V Dok. 120).

Der Inhalt der Besprechungen vom 5. und 6. Januar 1939 wurde von der polnischen Regierung streng geheim gehalten, wie Burckhardt bestätigt. Diese Geheimhaltung ging so weit, daß Beck noch nach Abschluß der britisch-polnischen Garantie in seinem Gespräch mit Chamberlain und Halifax am 4. April 1939 über die deutschen Vorschläge

nicht die volle Wahrheit sagte (vgl. Freund II S. 114 und S. 201 f.). Der Grund dieser Schweigsamkeit ist kaum einzusehen. Schon damals war das polnische „Nein" zu diesen Vorschlägen unverständlich ; es läßt sich nur erklären, wenn man davon ausgeht, daß die polnische Regierung von der Hoffnung auf ein wirksames Eingreifen der Westmächte oder auf einen baldigen Sturz Hitlers erfüllt war.

Die Stellung Burckhardts in Danzig

Obwohl der Danziger Hohe Kommissar aus Warschau nichts Genaues über die deutsch-polnischen Gespräche erfahren hat, sah er doch, daß sich seine persönliche Situation in Danzig „sehr verschlechtert habe" (Burckhardt S. 216). Natürlich mußte jede deutsch-polnische Verständigung über Danzig der Tätigkeit des Völkerbundskommissars ein Ende setzen und so tauchte der Gedanke einer vorherigen Demission Burckhardts auf. Diese Idee wurde vor allem vom schwedischen Mitglied des „Dreierkomitees", dem Außenminister Sandler, vertreten. Bei der Völkerbundstagung am 14. Januar 1939 in Genf hegte auch der französische Delegierte Arnal

„Befürchtungen, daß entweder ein Handstreich in Danzig oder eine direkte Einigung zwischen Polen und Deutschland den Hohen Kommissar und den Völkerbundsrat in eine peinliche Lage bringen würden" (Burckhardt S. 258).

Eine friedliche Einigung zwischen Berlin und Warschau wurde also in Genf ähnlich befürchtet wie ein militärischer Zwischenfall! Burckhardt hatte den Völkerbund davon unterrichtet, daß die Danziger durch die für 1939 angesetzten Wahlen glaubten, „eine auf legale Weise erlaubte Majorität werden ihnen gestatten, in Fragen der Verfassung nach Belieben zu handeln". Daraufhin habe der Generalsekretär betont,

„daß Wahlen und eine anschließende Änderung der Verfassung den Völkerbundsrat in eine sehr schwierige Situation bringen würden. Er würde genötigt sein, diese Änderungen genehmigen zu müssen, diese Änderungen würden ihm aber kaum genehm sein können. Unter diesen Umständen ergebe sich die peinliche Notwendigkeit, die Zustimmung zu verweigern" (Burckhardt S. 259).

Auch Arnal und Sandler hielten den Ausgang der Wahlen für „gefährlich" und Burckhardt sah es für „verfrüht" an, seinen Rücktritt anzubieten. Schließlich stimmten alle

„darin überein, daß viel von der Haltung Polens abhänge. Wenn die Polen den gegenwärtigen Zustand aufrechterhalten wollten, müssen sie den Völkerbund unterstützen ... nach dem Eintreffen des polnischen Delegierten müsse man ihm mitteilen, daß, wenn der Hohe Kommissar auf seinem Posten bleiben sollte, entsprechende Garantien geleistet werden müßten" (Burckhardt S. 259).

Burckhardt erklärte, daß die Polen „ohne ihn mit den Deutschen verhandelten" und ihn nur in Fragen des Danziger Senats „zuzögen".

Burckhardt selbst war sich seiner schwierigen Lage bewußt, denn

„zur Verteidigung der internationalen Position, das heißt der Anwesenheit des Völkerbundes an der Weichselmündung, waren gegenüber den deutschen Machthabern nicht viel Argumente anzuführen. Das einzige, was wirken könnte, bestand nach Weizsäckers Ansicht darin, daß dem Reichsaußenminister und Hitler klar gemacht werde, meine Demission entspreche in erster Linie als symbolische Protesthandlung dem Wunsch der ausgesprochenen Gegner Deutschlands" (Burckhardt S. 257).

Burckhardt folgte der Empfehlung des deutschen Staatssekretärs und schrieb ihm im Sinne des zwischen ihnen verabredeten Code (vgl. S. 177) am 22. Januar 1939 aus der Schweiz einen handschriftlichen Brief. Dieses Schreiben ist in den ADAP V als Dokument 124 wiedergegeben. In der dazu gehörenden Anmerkung 3 heißt es:

„ ‚Streng vertraulich!' Von Weizsäcker auf Burckhardts handschriftlichen Brief eingefügt, bevor er Schreibmaschinenabschriften davon anfertigen ließ, die in den Geschäftsgang des Auswärtigen Amtes gegeben wurden."

Burckhardt beklagt sich in seinem Brief über die letzten

„wahrhaft widerlichen zehn Tage, die ich in der Stadt Calvins verbrachte. Von der Linken wurde nichts unversucht gelassen, um mich zur Demission zu zwingen. ... Nun, wir haben bis auf weiteres die Sache durchgefochten. Außer dem ebenso blassen und verwässerten als törichten Communiqué und den idiotischen Gesängen der schweizerischen Presse passierte nichts. Lord Halifax half mir durch dick und dünn. ... Zuletzt versuchten die edeln NachfahrenGustavAdolfs noch einen direktenStreich, indem sie... ein Telegramm aus Danzig produzierten, wonach ich den Danzigern von dem Gegensatz Sandler-Halifax gesprochen hätte. ... Herr Sandler erklärte dem Präsident des jüdischen Weltkongresses, Goldmann, er stehe in schärfster Opposition zu den Engländern und er werde meine Rückkehr nach Danzig verhindern. ... Westmann erklärte den Journalisten ... er garantiere dafür, daß Schluß gemacht werde. Am Abend des letzten Tages erschien Butler bei mir, sichtlich verärgert, und er sagte mir: ‚Sandler soll eben zurücktreten, nur besser, er tut es in Stockholm als hier, die beste Lösung wäre dann, alles nach Einvernehmen mit den interessierten Mächten in London oder Paris dadurch zu lösen, daß man sich aus allen inneren Angelegenheiten Danzigs zurückzieht und sich für eine eventuell noch nötige Mittlerrolle zur Verfügung stellt. Aber wollen das die Polen?' ... Anfang Dezember da sprachen sie in Warschau davon, jetzt äußerte sich der etwas reichlich großspurige Komarnicki sehr abfällig über Neuwahlen, neue Verfassung und Aufgabe der Kontrolle. Aber sie werden sicher Vernunft annehmen, man muß ihnen da wohl ein deutliches Wort sagen, sie daran erinnern, daß Beck selbst immer erklärte, das ‚deutsche Leben' der Danziger nicht stören zu wollen.

Nun bin ich also in Urlaub. Um nach Danzig zurückzukehren, muß ich die Erlaubnis des Dreierkomitees einholen. Ein reizender Zustand. Meine Anfrage beim Komitee würde wohl am besten dadurch provoziert, daß Herr Präsident Greiser mir einen Brief schriebe, er hätte das und das mit mir zu besprechen, Chodacki könnte eventuell nach Besprechung mit Greiser dasselbe tun. Paris und London würden mich autorisieren', Stockholm würde

zurücktreten, die zweite und dritte Internationale würden knirschen, und ich könnte dann alles weitere in Berlin und Warschau besprechen und die Intentionen kennenlernen. ... Jetzt bin ich, offen gestanden, in einer Kampfstimmung und, was mich anbelangt, möchte ich diesen Marxisten nicht nachgeben ..." (ADAP V Dok. 124).

Burckhardt schließt seinen Brief mit dem Hinweis auf „frei erfundene, angeblich von ihm geäußerte Kritiken" an der Reichsregierung, die nur verbreitet würden, um ihn „in Deutschland bei der Partei zu kompromittieren". Er gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß sie bei dem „Herrn Reichsführer" richtiggestellt würden.

Die mit diesem erstaunlichen Brief — den Burckhardt in seinen Erinnerungen nicht wiedergibt — verfolgte Absicht wurde erreicht. Burckhardt blieb bis zum 1. September in Danzig. Er wurde noch am 11. August 1939 von Hitler empfangen.

Die Potocki-Berichte

Die für Hitler und Ribbentrop damals noch schwer durchschaubare Frage, aus welchen Gründen die polnische Regierung unzugänglich blieb, wurde inzwischen dokumentarisch geklärt. Im Herbst 1939 wurden nach der Besetzung Warschaus durch die deutschen Truppen die Berichte der polnischen Botschafter in Washington, London und Paris aufgefunden, die seither nach dem erstgenannten Botschafter als sog. „Potocki-Akten" in die Geschichte eingegangen sind. Sie sind wichtige Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges. Der Nürnberger Gerichtshof lehnte die Potocki-Berichte — obwohl ihre Echtheit unbestritten ist — als Beweismittel zu dem gegen Ribbentrop erhobenen Vorwurf der „Verschwörung gegen den Frieden" ausdrücklich ab (vgl. Ribbentrop S. 166).

Aus diesen Dokumenten ergibt sich u.a.:

Bereits vier Wochen nacb der ersten Unterredung Ribbentrop-Lipski berichtete der polnische Botschafter in Washington, Graf Jerzy Potocki, am 21. November 1938 über die Politik des Präsidenten Roosevelt. Der amerikanische Botschafter in Paris, Bullitt, der sich zu dieser Zeit in Washington aufhielt, habe ihm in einer ausführlichen Unterredung gesagt, Roosevelt spreche davon,

„daß nur Gewalt, schließlich ein Krieg, der wahnsinnigen Expansion Deutschlands in Zukunft ein Ende machen kann. ... Wenn der Augenblick reif ist, wird man zu der letzten Entscheidung schreiten" (Polnische Dokumente I Dok. 4).

Auf Potockis Frage, wie es denn überhaupt zu einer solchen „Auseinandersetzung" kommen könne, „da Deutschland vermutlich nicht England und Frankreich als erster angreifen" werde, erwiderte ihm Bullitt:

„daß vor allem die Vereinigten Staaten, Frankreich und England gewaltig aufrüsten müßten. ... In der Zwischenzeit würde Deutschland vermutlich mit seiner Expansion in östlicher Richtung vorwärtsschreiten. Es würde der Wunsch der demokratischen Staaten sein, daß es dort im Osten zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Reich und Rußland komme.... Es könne sein, daß sich Deutschland zu weit von seiner Basis entferne und zu einem langen und schwächenden Krieg verurteilt werde. Dann erst würden die demokratischen Staaten Deutschland attackieren und es zu einer Kapitulation zwingen."

Auf die weitere Frage Potockis, „ob die Vereinigten Staaten an einem solchen Krieg teilnehmen würden", antwortete Bullitt:

„Zweifellos ja, aber erst dann, wenn England und Frankreich zuerst losschlagen!"

Ein nicht minder bedeutendes Zeitdokument ist der Bericht Potockis aus Washington vom 12. Januar 1939 (Polnische Dokumente I Dok. 6). Darin heißt es u.a.: Das amerikanische Publikum sei „vollständig unwissend und hat keine

Ahnung von der Lage in Europa". Hitler und der Nationalsozialismus werden als das „größte Übel und die größte Gefahr, die über der Welt schweben" hingestellt, um durch die „verschiedensten Verleumdungen das Publikum aufzuhetzen". Interessanterweise würde in der „sehr gut durchgedachten Kampagne ... Sowjetrußland fast ganz ausgeschaltet". Man erwähne es in „freundlicher Weise" und „als ob es mit dem Block der demokratischen Staaten zusammenhinge", wodurch die amerikanische „Sympathie ganz auf Seiten des roten Spaniens" sei. Eine „Kriegspsychose wird künstlich geschaffen", wodurch Roosevelt das amerikanische Volk veranlassen wolle, „das enorme Aufrüstungsprogramm anzunehmen", das weit „über die Verteidigungsbedürfnisse" der USA hinausgehe. Um das zu erreichen, habe Roosevelt als erster „den Haß gegen den Faschismus" gepredigt.

Über Roosevelts Zwecke äußert sich der polnische Botschafter:

„1. Er wollte die Aufmerksamkeit des amerikanischen Volkes von den innerpolitischen Problemen ablenken, vor allem vom Problem des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit.

2. Durch die Schaffung einer Kriegsstimmung und die Gerüchte einer Europa drohenden Gefahr wollte er das amerikanische Volk dazu veranlassen, das enorme Aufrüstungsprogramm Amerikas anzunehmen, denn es geht über die Verteidigungsbedürfnisse der Vereinigten Staaten hinaus.

Zu dem ersten Punkt muß man sagen, daß die innere Lage auf dem Arbeitsmarkt sich dauernd verschlechtert, die Zahl der Arbeitslosen beträgt heute schon 12 Millionen. Die Ausgaben der Reichs- und Staatsverwaltung nehmen täglich größere Ausmaße an. Nur die großen Milliardensummen, die der Staatsschatz für die Notstandsarbeiten ausgibt, erhalten noch eine gewisse Ruhe im Lande. Bisher kam es nur zu den üblichen Streiks und lokalen Unruhen. Wie lange aber diese Art staatlicher Beihilfe durchgehalten werden kann, kann man heute nicht sagen. Die Aufregung und Empörung der öffentlichen Meinung und die schweren Konflikte zwischen den Privatunternehmungen und enormen Trusts einerseits und der Arbeiter-

Schaft andererseits haben Roosevelt viele Feinde geschaffen und bringen ihm viele schlaflose Nächte.

Zum zweiten Punkt kann ich nur sagen, daß der Präsident als geschickter politischer Spieler und als Kenner der amerikanischen Psychologie die Aufmerksamkeit des amerikanischen Publikums sehr bald von der innerpolitischen Lage abgelenkt hat, um es für die Außenpolitik zu interessieren. Der Weg war ganz einfach, man mußte nur von der einen Seite die Kriegsgefahr richtig inszenieren, die wegen des Kanzlers Hitler über der Welt hängt, andererseits müßte man ein Gespenst schaffen, das von einem Angriff der totalen Staaten auf die Vereinigten Staaten faselt. Der Münchener Pakt ist dem Präsidenten Roosevelt sehr gelegen gekommen. Er stellte ihn als eine Kapitulation Frankreichs und Englands vor dem kampflustigen deutschen Militarismus hin."

Potocki schließt damit, daß Roosevelt die „jüdische Internationale" in seinen Kampf gegen die totalen Staaten eingeschaltet habe, „ein genialer Schachzug", um einen „sehr gefährlichen Herd für Haß und Feindseligkeit" in Amerika zu schaffen, der die Welt in „zwei feindliche Lager" teile. Die mysteriöse Axt der Bearbeitung des ganzen Problems gelte dem Ziel, „die kolossalen mihtärischen Vorräte für den künftigen Krieg zu schaffen" und die Bevölkerung „von dem in Amerika immer zunehmenden Antisemitismus abzulenken, indem man von der Notwendigkeit spricht, Glauben und individuelle Freiheit vor den Angriffen des Faschismus zu verteidigen".

Zu diesem mit polnischen Augen gesehenen Stimmungsbild aus dem damaligen Washington verdient ergänzend ein nicht weniger aufschlußreicher Bericht des damaligen deutschen Geschäftsträgers Thomsen vom 27. März 1939 herangezogen zu werden (ADAP VI Dok. 107). Es heißt darin:

„Die Kundgebungen und Maßnahmen der Amerikanischen Regierung in den letzten Wochen lassen immer deutlicher erkennen, daß der Führungsanspruch des Präsidenten Roosevelt in weltpolitischen Angelegenheiten in das Ziel einmündet, das nationalsozialistische Deutschland mit allen zur Verfügung stehenden

Mitteln zu vernichten und damit die neue Ordnung in Europa wieder rückgängig zu machen. ...

Niemand kann verkennen, daß sich Amerika auf einem Wege bereits gefährlich weit vorgewagt hat, der dazu führen muß, dem Kriegswillen im eigenen Lande sowie in anderen Ländern Vorschub zu leisten.

Gegen Deutschland ist mit fadenscheinigen Argumenten ein Wirtschaftskrieg vom Zaun gebrochen worden. Das eigene wirtschaftliche Interesse ist dabei bewußt unberücksichtigt gebheben. Den westlichen ‚Demokratien' ist weitgehende Unterstützung gegen Deutschland teils zugesagt, teils schon gewährt worden. Das Neutralitätsgesetz soll entweder ganz fallen oder zugunsten Frankreichs und Englands abgeändert werden. Die latein-amerikanischen Republiken werden mit allen Mitteln, nicht zuletzt dem der Lieferung von Kriegsmaterial zum Selbstkostenpreis, umworben. Amerikanisches Gold und amerikanische Kredite arbeiten in Südamerika nur zu dem Zweck, Deutschlands Export zu treffen. Die eigenen Rüstungen werden sprunghaft erhöht.

Man muß von der Annahme ausgehen, daß Roosevelt Realpolitiker genug ist, um die Gefahren eines neuen Weltkriegs zu erkennen, und daß seine aufreizende Haltung, seine den Demokratien gewährte Hilfsstellung und seine absichtlichen Beleidigungen der totalitären Mächte nicht allein auf die scheinheiligen demokratischen Grundsätze zurückzuführen sind, die er bei jeder Gelegenheit im Munde führt. Roosevelt ist in seinem Innern davon überzeugt, daß Deutschland der Feind ist, der vernichtet werden muß, weil er das Gleichgewicht der Kräfte und den status quo derart empfindlich gestört hat, daß auch Amerika die Folgen zu spüren haben wird, wenn es nicht gelingt, das Prävenire zu spielen. ... Er glaubt nicht an die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens und rechnet mit einer Auseinandersetzung zwischen den totalitären Mächten und den Demokratien. Diese sind Amerikas erste Verteidigungslinie; sollte sie wegfallen, ist Amerikas Rolle als Großmacht nach Ansicht Roosevelts ausgespielt. ...

Die Erfahrungen des Weltkriegs haben gelehrt, daß Jahre dazu gehören, um die Industrie Amerikas auf Kriegsbedarf umzustellen. Dieser Fehler soll unter Roosevelts Führung nicht wiederholt werden. Darum wird das amerikanische ‚Kriegs-Potential' schon jetzt allmählich auf den Ernstfall umgestellt. Die Rüstungs-Industrie erhält ‚Lehr-Aufträge'; Kriegsmaterial, besonders Flugzeuge, werden an England und Frankreich geliefert, um die Fabri-

kation auf Touren zu bringen, kriegswichtige Rohstoffe, die im eigenen Lande nicht erhältbch sind, werden vorsorglich bezogen und eingelagert; der Aufbau einer Rüstungs-Industrie in Canada wird gefördert; und den Manövern der Wehrmacht zu Land, Wasser und in der Luft werden Aufgaben zugrundegelegt, die weit über die Erfordernisse der Landesverteidigung hinausgehen. In diesem Stadium der Vorbereitungen ist an die Entsendung von Truppen nach außer-amerikanischen Kriegsschauplätzen nicht gedacht, weil die öffentliche Meinung darauf zur Zeit nicht eingestellt ist. Auch dürften Roosevelt und seine Ratgeber der Ansicht sein, daß unter den heutigen Verhältnissen die Entsendung von Truppen nach Europa nach Ausbruch eines Krieges weniger entscheidend für seinen Ausgang sein würde als die rechtzeitige Zurverfügungstellung der gesamten wirtschaftlichen Macht Amerikas.

Um diese Politik zu fördern, bedient sich Roosevelt der rücksichtslosesten Propaganda, wobei ihm die Kräfte zu Hilfe kommen, die in der Vernichtung Deutschlands sowohl ihren Triumph wie ihr Geschäft sehen..."

In den Tagen, in denen in Berlin Ribbentrops Warschauer Besuch vorbereitet wurde, rüstete sich in Washington Botschafter Bullitt, der sich dort seit Mitte Oktober 1938 aufgehalten hatte, zur Rückreise nach Paris.

Vor seiner Abreise sprach er nochmals eindringlich mit dem polnischen Botschafter. Potocki berichtete darüber am 16. Januar 1939 nach Warschau. Botschafter Bullitt werde mit einem

„ganzen ‚Koffer' voll Instruktionen, Unterredungen und Direktiven vom Präsidenten Roosevelt, vom Staatsdepartement und von den Senatoren reisen, um dieses Material am Quai d'Orsay vorzutragen und soll auch in seinen Unterredungen mit europäischen Staatsmännern davon Gebrauch machen" (Polnische Dokumente I Dok. 7, Text auch bei Ribbentrop S. 313 f.).

Nochmals machte er dem Grafen Potocki den Standpunkt der USA in der „heutigen europäischen Krise" deutlich; wörtlich nennt Potocki die folgenden Punkte:

„1. Eine Belebung der Außenpolitik unter Führung des Präsidenten Roosevelt, der scharf und unzweideutig die totalitären Staaten verurteilt.

2. Die Kriegsvorbereitungen der Vereinigten Staaten zur See, zu Lande und in der Luft, die in beschleunigtem Tempo durchgeführt werden und die kolossale Summe von Dollar 1250000000 verschlingen.

3. Die entschiedene Ansicht des Präsidenten, daß Frankreich und England jeder Kompromißpolitik mit den Totalstaaten ein Ende machen müssen. Sie sollen auf keine Diskussion mit ihnen eingehen, die irgendwelche Gebietsveränderungen bezwecken.

4. Eine moralische Versicherung, daß die Vereinigten Staaten die Isolierungspolitik verlassen und bereit sind, im Falle eines Krieges aktiv auf Seiten Englands und Frankreichs einzugreifen. Amerika ist bereit, sein ganzes Material an Finanzen und Rohstoffen zu ihrer Verfügung zu stellen" (Poln. Dok. I Dok. 7).

Botschafter Bullitt reiste am 21. Januar mit seinem „Koffer voll Instruktionen" nach Paris.

Burckhardt schreibt über diese ereignisreichen Tage:

„Joachim von Bibbentrops Reise nach Warschau ließ bereits einen leider nicht unbeträchtlichen Teil der damaligen westlichen Meinung befürchten, es **könnte** doch noch eine Einigung über Danzig und das Korridor-Problem **Zustandekommen"** (Burckhardt S. 326).

Dieser Möglichkeit wurde durch Bullitts „Instruktionen" entgegengewirkt. Als Bibbentrop sich vom 25. bis 27. Januar 1939 zum Staatsbesuch in Warschau aufhielt, sollte er bereits deutlich auf Roosevelts Spuren stoßen.

Ribbentrop-Beck in Warschau

Am 26. Januar 1939 fuhr Ribbentrop nach Warschau, um jenen Staatsvertrag zu besprechen, auf dessen Vorbereitung sich die beiden Außenminister am 6. Januar geeinigt hatten. Die Besprechungen in Warschau begannen in freundschaftlicher Atmosphäre. Am ersten Abend wurden Reden ausgetauscht, in denen das endgültig gutnachbarliche Verhältnis der beiden Staaten betont wurde. Bereits am zweiten Tage allerdings zeigte sich, daß Oberst Beck noch keine konkre-

ten Vorstellungen zu den deutschen Vorschlägen (vgl. S.262) entwickelt hatte. Nach Ribbentrops Aufzeichnung erklärt Beck über das Danzig-Korridor-Problem,

„daß stärkste innerpolitische Widerstände zu erwarten seien, weshalb er die Angelegenheit nicht optimistisch beurteilen kann, immerhin wolle er sich unsere Anregung weiterhin reiflich überlegen" (ADAP V Dok. 126).

Laut Becks eigenem Bericht will er bereits in dieser Unterredung „den Vorschlag einer exterritorialen Autobahn entschieden abgelehnt" haben (ADAP V Anm. zu Dok. 126).

Diese Aufzeichnung Becks ist kaum zutreffend. Falls nämlich der polnische Außenminister im Gegensatz zu den Andeutungen Lipskis auch das Autobahnprojekt ausdrücklich abgelehnt hätte, so würde dies für Ribbentrop gewiß auffällig gewesen sein.

So offen sprach Beck bei dieser Gelegenheit noch nicht. Aber es war klar, daß auch er Zeit gewinnen und sich keinesfalls auf der deutschen Seite festlegen wollte.

Mit aller Deutlichkeit wurde dies am 26. Januar abends bemerkbar: Für das für diesen Abend angesetzte Gala-Diner waren bereits sehr freundlich gehaltene politische Ansprachen über das gutnachbarliche deutsch-polnische Verhältnis festgelegt und die Texte ausgetauscht worden. Unmittelbar vor dem Staatsessen erklärte Beck überraschend, er habe sich erkältet und könne deshalb nur kurz sprechen. Seine Worte waren im Gegensatz zu dem übergebenen Text kühl und nichtssagend.

Vermutlicher Grund für diesen plötzlichen Stimmungsumschwung war eine nach Ankunft des amerikanischen Botschafters Bullitt in Paris gehaltene Rede des französischen Außenministers Bonnet, in der dieser am 26. Januar - also während des Ribbentrop-Aufenthaltes in Warschau - demonstrativ von einer französischen „présence im Osten" sprach (vgl. ADAP IV Dok. 383). Dieser überraschende Zwischenruf

aus Paris veranlaßte Ribbentrop, noch in Warschau mit dem dortigen französischen Botschafter Noël zu sprechen und ihm zu sagen, „daß diese Art von Reden leicht zu Mißverständnissen führen könne und ihn merkwürdig berühre" (ADAP IV Dok. 383).

Nach seiner Rückkehr in Berlin unterstrich Ribbentrop auch dem dortigen französischen Botschafter Coulondre gegenüber, daß sich Bonnet Anfang Dezember 1938 in Paris „an den östlichen Fragen desinteressiert habe und daß daher eine Abweichung von dieser Linie nicht ratsam sein dürfte". Er betonte, daß

„Deutschland, welches die französischen Interessensphären respektiere, eine Bückkehr zu irgendwelcher ‚Benesch-Politik' für das deutsch-französische Verhältnis als völlig unerträglich ansehe" (ADAP IV Dok. 383).

Coulondre widersprach nicht. Er erklärte nur,

„daß es für Frankreich schwer sei, im Osten Verzicht zu leisten und gleichzeitig im Mittelmeer Konzessionen zu machen. Frankreich werde aber selbstverständlich keinerlei Politik im Osten betreiben, die Deutschland störe" (ADAP IV Dok. 383).

Damit bestätigte Coulondre, daß der Ribbentrop-Bonnet-Pakt Deutschland für seine Revisionsbestrebungen in der Danzig-Korridor-Frage freie Hand gegeben habe. Erst Roosevelts Eingreifen machte die französische Zusage rückgängig.

Für Oberst Beck muß die Bonnet-Rede (die vermutlich auch von vertraulichen Eröffnungen auf diplomatischem Wege begleitet war und die ihm vor allem durch die Washingtoner Potocki-Berichte erläutert wurde) als Signal gewirkt haben.

Noch Mitte Dezember 1938 hatte ihn der Pariser polnische Botschafter Lukasiewicz im Sinne des zwischen Ribbentrop und Bonnet vereinbarten französischen Desinteressements unter-

richtet. Bekanntlich hatte Bonnet dem polnischen Botschafter in Paris, „spontan betont... er habe dem deutschen Partner gegenüber die Sinnlosigkeit sowohl des Bündnisses mit uns wie des Paktes mit Sowjetrußland festgestellt" (vgl. S. 274). Lukasiewicz urteilte damals zusammenfassend:

„Wenn man die gegenwärtige Situation vom rein politischen Standpunkt aus analysiert, muß man leider mit ganzer Entschiedenheit konstatieren, daß weder in der Haltung der von Minister Bonnet vertretenen Regierung noch in den Äußerungen der Parlamentspolitiker oder auch in der Presse irgendetwas zum Ausdruck gekommen ist, was auf die Absicht hinweisen könnte, dem Bündnis mit uns irgendwelche Lebenskraft zu geben oder es heute als Instrument der französischen Außenpolitik zu behandeln" (Polnische Dokumente I Dok. 5).

Knapp sechs Wochen später hatte sich das durch den Einfluß Roosevelts auf England und Frankreich grundlegend geändert. Polen wurde benötigt, um den Einkreisungsring gegen Deutschland zu schließen; es war wieder interessant geworden. Ribbentrop mußte den Mißerfolg seiner Warschauer Reise erkennen. Er äußerte sich bereits dem Botschafter von Moltke gegenüber, daß Polen ein schwieriger Verhandlungspartner sei und daß man „in diesem Falle wahrscheinhch die Reihenfolge der Angelegenheiten ändern und damit beginnen müsse, andere Probleme zu regeln" (Beck S. 186). Auf der Rückfahrt nach Berlin sagte Ribbentrop seinen Mitarbeitern: „Jetzt bleibt nur der Ausweg, uns mit Rußland zu einigen, wenn wir nicht völlig eingekreist werden wollen" (vgl. Ribbentrop S. 160).

Daß diese deutsche Annäherung an Rußland erst durch den Zwang der Verhältnisse eingeleitet wurde, bestätigt auch Beck, der in seinen Erinnerungen schreibt, er habe in Warschau eine von Ribbentrop vorgeschlagene „antirussische Kombination" mit den Worten abgelehnt,

„daß wir, Polen, unseren Nichtangriffspakt mit Rußland sehr ernst nehmen und als dauernde Lösung betrachten" (Beck S. 188).

ZUR VORGESCHICHTE DER BRITISCHEN POLENGARANTIE

Die tschechoslowakische Frage nach München

Die Lage der Tschechoslowakei war auch nach Abtrennung des Sudetenlandes durchaus nicht geklärt, da die anderen nationalen Minderheiten in diesem Vielvölkerstaat nun ebenfalls nach staatlicher Selbstverwaltung strebten. Unter Leitung des katholischen Geistlichen Dr. Tiso hatte sich bereits am 6. Oktober 1938 eine autonome slowakische Regierung gebildet, die von der Prager Zentralregierung unter dem unmittelbaren Eindruck des Münchener Viermächteabkommens zunächst anerkannt wurde. Kurze Zeit darauf bildete sich auch in der Karpatho-Ukraine eine gleichfalls von Prag anerkannte autonome Regierung.

Polen hatte bekanntlich unmittelbar nach dem Münchener Abkommen durch ein Ultimatum an die Tschoslowakei die Abtretung des Teschener Gebietes erzwungen. Zwischen Ungarn aber und der Tschechoslowakei kam es hinsichtlich der von Horthy beanspruchten Gebiete nicht zu einer Einigung und dadurch auch nicht zu der von den Großmächten in München vorgesehenen Garantieerklärung über den Bestand der Rest-Tschechoslowakei. Sie wurde auch nicht abgegeben, als Ungarn am 2. November 1938 durch den Wiener Schiedsspruch die ihm ethnographisch zustehenden Gebiete zurückgegeben wurden.

Auch die britische Regierung zeigte sich an dieser Garantie nicht interessiert, obwohl sie durch eine Klausel des Münchener Abkommens vorgesehen war; Feiling berichtet darüber:

„Chamberlain war sehr unglücklich über die Garantie des künftigen tschechischen Staates. Er lehnte es ab, sie in einer Form zu akzeptieren, die England zu selbständigem Handeln gezwungen hätte" (Feiling S. 378).

Nach Hoggan (S. 189) berichtete der britische Gesandte in Prag, Newton, seiner Regierung, daß

„Hitler sich zu Chwalkowsky über die deutsche Bereitschaft geäußert habe, gemeinsam mit den anderen Mächten den tschechischen Staat zu garantieren, sobald die Streitigkeiten zwischen der Tschechei, Polen und Ungarn beigelegt seien. Die Tschechen versuchten mit allen Mitteln, die Engländer für die Garantie-Frage zu interessieren".

Angesichts der ablehnenden Haltung Chamberlains hatte die tschechische Regierung damit keinen Erfolg.

Der polnische Außenminister Beck wollte sich die Zurückhaltung der Westmächte zunutze machen. Er reiste am 18. Oktober 1938 nach Rumänien, um in „persönlichem Kontakt mit König Carol ...

1. in Anbetracht unserer Annäherung die aktuelle Isolierung Rumäniens zu sondieren, die aus der unvernünftigen Politik seiner Regierung resultiert,
2. Rumänien für die Realisierung unserer wichtigsten Ziele vorzubereiten, die auf der Auflösung der Tschechoslowakei beruhen" (Szembek S. 358).

Beck rechnete, wie Hoggan es ausdrückt, damit, „daß infolge der Unvermeidlichkeit der slowakischen Selbstbestimmung mit dem Ende der tschechischen Herrschaft in der Slowakei für den König der direkte Weg durch tschechisches Hoheitsgebiet zu den Skoda-Werken entfalle". Das polnische Außenministerium erklärte ausländischen Diplomaten nach Becks Abreise, daß „das Ziel seiner Mission die Regelung der Ruthenen-Frage sei. Eine gemeinsame Grenze mit Ungarn sei für Polen lebenswichtig' geworden". Der rumänische

Außenminister gewann sogar den Eindruck, Beck wolle „Rumänien in einen Angriffskrieg gegen die Tschechei verwickeln" (Hoggan S. 191 f.).

Die Lage in der Tschechoslowakei gestaltete sich nicht zuletzt deshalb immer schwieriger, weil nunmehr dem übrig gebliebenen Staatsgebilde wirtschaftlich wesentliche Teile fehlten und auch die Slowaken lebhafte Bestrebungen zeigten, ihre pohtische Zugehörigkeit zu Prag vollständig zu lösen. Schon im Februar 1939 wandte sich der Slowakenführer, Professor Tuka, an Hitler und erklärte in einer von ihm erbetenen Unterredung, daß ein weiteres Zusammenleben der Slowaken mit den Tschechen wirtschaftlich und moralisch unmöglich sei. Tuka sagte wörtlich: „Ich lege das Schicksal meines Volkes in Ihre Hände; mein Volk erwartet seine volle Befreiung von Ihnen" (ADAP IV Dok. 168).

Anfang März 1939 beschloß die Prager Regierung-es wurde bisher nicht geklärt, welche Einflüsse dabei auf sie wirkten* -, die innerpolitischen Zügel wieder straffer anzuziehen: Staatspräsident Hacha entsetzte den slowakischen Ministerpräsidenten Tiso und zwei seiner Minister ihrer Ämter, ließ mehrere slowakische Politiker, darunter auch Professor Tuka, verhaften, und ernannte eine neue slowakische Regierung, die auf

*** Der inzwischen verstorbene damalige deutsche Generalkonsul in Preßburg, Ernst von Druffel, hat in der Zeitschrift „Das historisch-politische Buch" (Göttingen 1962, Heft 1) an die Historiker die Anregung gerichtet, sich auf folgenden Fragenkomplex zu konzentrieren:**

> **„Was ereignete sich im Prager Ministerrat vom 9. März 39, der den verblendeten Beschluß faßte, die slowakische Regierung mit Gewalt abzusetzen? Wußte die Prager Regierung nicht, daß diese mit militärischen Bewegungen im Vorfeld von Wien verbundene Maßnahme auf die Reichsregierung als schroffe Provokation wirken mußte ? Welcher Einfluß setzte es durch, trotzdem dieses Risiko einzugehen, obwohl die Hauptträger der Verantwortung, Hacha, Beran und Chwalkowsky, als ruhige Politiker bekannt waren ? Fühlte man sich durch das geringe Aufsehen ermutigt, das wenige Tage zuvor eine ähnliche Aktion in der Karpatho-Ukraine in Deutschland und in der Weltöffentlichkeit erregt hatte ? War die Aktion auf längere Sicht geplant ?"**

entschiedenen Widerstand der national-slowakischen „Hlinka Garde" stieß. Es kam zu Gewaltakten und Verhaftungen. Daraufhin flog am 13. März der abgesetzte bisherige Ministerpräsident Tiso nach Berlin und wurde von Hitler empfangen. Nach der Rückkehr Tisos nach Preßburg verkündete der slowakische Landtag am 14. März vormittags die Unabhängigkeit der Slowakei und am 15. März richtete Tiso an Hitler das Ersuchen, den Schutz des slowakischen Staates zu übernehmen. Dieser Schutzvertrag wurde am 23. März 1939 ratifiziert.

Am gleichen 14. März, an dem die slowakische Unabhängigkeit proklamiert wurde, besetzten ungarische Truppen die Karpatho-Ukraine. Damit waren vom tschechoslowakischen Staatsgebiet alle nicht tschechischen Gebietsteile abgefallen.

In dieser Lage fragte der tschechische Außenminister Chwalkowski, der in den vergangenen Monaten wiederholt mit Ribbentrop verbandelt hatte, bei ihm an, ob Hitler dem Staatspräsidenten Hacha Gelegenheit zu einer Unterredung geben wolle. Diese Zusammenkunft wurde zugesagt. Am 14. März abends um 22.40 Uhr traf Staatspräsident Hacha im Sonderzug in Berlin ein. Noch vor seinem Zusammentreffen *mit Hitler erklärte Hacha dem Reichsaußenminister,* er wisse, daß das Schicksal der Tschechoslowakei in den Händen Hitlers hege und er glaube, es sei in seinen Händen gut aufgehoben. Es kam dann zu der bekannten (Ribbentrop S. 150) vielstündigen Besprechung zwischen Hitler und Hacha, deren Ergebnis die Schaffung des Protektorats Böhmen und Mähren war (ausführliches Protokoll siehe ADAP IV Dok. 228). Hacha Heß sich noch vor der Unterzeichnung des Abkommens telefonisch das Einverständnis seiner Regierung versichern. Hacha gab die Weisung, die deutsche Armee freundlich zu empfangen, deren Einmarsch sich ohne irgendwelche Zwischenfälle am 15. März 1939 vollzog. Ribbentrop berichtet über den Kommentar, den ihm Hitler zu den Ereignissen gab:

„Die Notwendigkeit der Besetzung von Böhmen und Mähren erklärte mir Adolf Hitler vor allem mit strategischen Gründen. Er zitierte den früheren französischen Luftfahrtminister Pierre Cot, der die Tschechoslowakei als das ‚Flugzeugmutterschiff' gegen Deutschland bezeichnet hatte, und er erwähnte Nachrichten, die besagten, daß russische Flieger auf tschechischen Flugplätzen eingetroffen seien. Der Führer erklärte mir, er dürfe diesen feindlichen tschechischen Pfahl im deutschen Fleisch nicht dulden. Man könne mit den Tschechen gut auskommen, aber es sei notwendig, daß Deutschland den Schutz dieser Länder in der Hand behalte" (Ribbentrop S. 151).

Man hat Hitler im Zusammenhang mit der Besetzung der Rest-Tschechei einen Bruch des Münchener Abkommens vorgeworfen. Der britische Historiker Taylor nennt dagegen die Einrichtung des „Protektorats" ein „unvorhergesehenes Nebenprodukt der Entwicklungen in der Slowakei" und schreibt dazu:

„Hitler handelte mehr gegen die Ungarn als gegen die Tschechen. Das Protektorat über Böhmen war auch nichts Schlimmes oder Vorherbedachtes. Hitler, der angebliche Revolutionär, war lediglich in die konservativsten Beispiele der früheren Jahrhunderte zurückgefallen. Böhmen war immer ein Teil des Heiligen Römischen Reiches gewesen; es war ein Teil der deutschen Konföderation zwischen 1815 und 1866; dann wurde es mit Deutsch-Österreich bis 1918 verbunden. Unabhängigkeit, nicht Unterordnung, war die Neuheit in der tschechischen Geschichte" (Taylor S. 202).

Im letzten Satz seines Kommentars sagt Taylor das Entscheidende: „Er (Hitler) handelte erst, als die Ereignisse das Münchener Abkommen bereits zerstört hatten." Es gab im März 1939 wohl kaum einen Zweifel mehr über die politisch-militärischen Einkreisungsmaßnahmen der Westmächte. In der Ausschaltung Prags als einen möglichen Partner der bereits sichtbaren deutsch-feindlichen Koalition sah Hitler eine Verteidigungsmaßnahme.

Die erste britische Reaktion auf die Prager Ereignisse konnte vom deutschen Standpunkt aus als positiv bezeichnet werden:

Chamberlain erklärte am 15. März 1939 im Unterhaus, daß kein Bruch des Münchener Abkommens vorliege. Die britische Regierung sei nicht mehr an ihre der Tschechoslowakei gegenüber abgegebene Verpflichtung gebunden, weil „der Staat, dessen Grenzen wir zu garantieren beabsichtigten, von innen her zerbrach und so ein Ende fand" (Freund II Dok. 4).

Auch der britische Außenminister Halifax äußerte sich am 15. März in einer Weisung an Botschafter Phipps in Paris ganz sachlich; er sah in dem Prager Ereignis sogar einen „ausgleichenden Vorteil", „daß es die etwas peinliche Verpflichtung einer Garantie zu einem natürlichen Ende brachte, in die wir und die Franzosen verwickelt waren" (zitiert bei Taylor S. 203).

Nach diesen Erklärungen erfolgte in London eine „unterirdische Explosion", wie sich Taylor ausdrückt (S. 203). Er meint, sie sei in der „öffentlichen Meinung" erfolgt. Obwohl auch der Schatzkanzler Sir John Simon die Garantie eines Staates, „der zu existieren aufgehört hatte", ablehnte, änderte sich Chamberlains Einstellung innerhalb von zwei Tagen. Am 17. März hielt er in Birmingham eine Rede, in der er polemisch Hitlers Vorgehen als „Versuch zur Weltherrschaft durch Gewalt" bezeichnete.

Am gleichen Tage war in Washington mit Billigung des amerikanischen Präsidenten eine amtliche Erklärung veröffentlicht worden, in der das Protektorat Böhmen-Mähren nur als „zeitweilige" Institution bezeichnet wurde.

Am 18. März wurde sodann von der britischen und französischen Regierung gegen die angebliche Unrechtmäßigkeit des Hitler-Hacha-Vertrages Protest erhoben, obwohl der britische Premierminister drei Tage vorher im Unterhaus festgestellt hatte, daß kein Bruch des Münchener Abkommens vorliege! Mit den englischen und französischen Protesten, die von der Reichsregierung zurückgewiesen wurden, trat die seit Herbst 1938 begonnene Einkreisung Deutschlands in eine neue Phase.

England und Frankreich riefen ihre Botschafter zur Berichterstattung zurück. Die deutsche Regierung antwortete mit den gleichen Schritten.

Blick auf Rumänien

An dem ereignisreichen 17. März 1939, an dem übereinstimmend von Birmingham als auch von Washington aus zum Sturm geblasen wurde, gab es in London ein merkwürdiges politisch-propagandistisches Zwischenspiel. Das Foreign Office gab eine Demarche des rumänischen Gesandten Tilea bekannt, der behauptete, im Zusammenhang mit den in Bukarest stattfindenden deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen sei ein deutsches „Ultimatum" an die rumänische Regierung gerichtet worden und deutsche Truppen könnten „jeden Augenblick in Rumänien eindringen" (Taylor S. 206). Dieser merkwürdige Alarm, der zu aufgeregten Rundtelegrammen führte und vor allem in der britischen und amerikanischen Presse sensationell aufgebauscht wurde, beruhte — wie auch Freund (II S. 47) schreibt — auf einer „Legende".

„Der Gesandte der Britischen Regierung in Bukarest, Hoare, meldet am 18. März, daß sich die Verhandlungen Rumäniens mit den Deutschen hinsichtlich des Wirtschaftsvertrages auf normalen wirtschaftlichen Linien bewegten. Was aber die Panikmeldung des 17. März in Gang gesetzt hatte, ließ sich so schnell nicht wieder aufhalten ..."

Zu dem aufsehenerregenden Schritt des Gesandten Tilea ist damals schon bekannt geworden, daß er von seiner Regierung in Bukarest nicht beauftragt worden war, sondern auf Grund eines Anrufes aus Paris gehandelt haben soll — ein weiterer mysteriöser Punkt in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges!

Inzwischen wissen wir von Hoggan, daß „Tilea mit aller Sorgfalt von Sir Robert Vansittart, dem fanatischen Deut-

schenhasser und diplomatischen Chefberater Seiner Majestät Regierung, auf seine Rolle vorbereitet worden war". Es gehörte zu Tileas Aufgabe in London, eine britische Anleihe für Rumänien zum positiven Abschluß zu bringen. Tilea erklärte Halifax bereits am 14. März 1939, „er würde ein feindliches Vorgehen Englands gegen die erwartete deutsche Besetzung Prags begrüßen". Es wurde ihm versichert, daß London sich bereits dafür entschieden habe, eine geplante Handelsmission in Deutschland fallen zu lassen und daß man bereit sei, Rumänien die erbetene „Anleihe zu gewähren und die britische Gesandtschaft in Bukarest zur Botschaft zu erheben" (Hoggan S. 401). Nach längeren Besprechungen des rumänischen Gesandten im Foreign Office gab Tilea schließlich

„am 17. März eine sorgsam formulierte Bekanntmachung heraus, in der Deutschland angeschuldigt wurde, Rumänien ein Ultimatum gestellt zu haben. Sir Robert Vansittart meldete diese ‚big story' eilenst der Londoner Times und dem Daily Telegraph, und zwar noch vor der Rede des Premiers in Birmingham" (Hoggan S. 402).

Freund beschreibt die Tragweite gerade dieses Zwischenfalls wie folgt:

„Eine folgenschwere Wende zeichnet sich ab, da der britische Außenminister diese Nachrichten an den Britischen Botschafter in Moskau weitergibt mit dem Auftrag, bei der Sowjetregierung anzufragen, ob sie bereit wäre, auf Ersuchen der rumänischen Regierung beizutragen, einer deutschen Aggression Widerstand zu leisten. Zum erstenmal wird also die Sowjetunion ins Spiel gebracht. Mit dem Blick auf das rumänische Öl werden die kommenden Abmachungen mit Polen abgeschlossen" (Freund II S. 45/46).

Die rumänische Haltung gegenüber Deutschland war vom Außenminister Gafencu in Bukarest schon am 27. Februar 1939 dem deutschen Gesandten Fabricius dahingehend erläutert worden,

„daß Deutschlands ‚Drang nach dem Osten' ein natürlicher sei, der um so stärker werde, je mehr Kolonialfragen nicht gelöst werden. Balkan aber müsse diesem Drang damit begegnen, daß man eng mit Deutschland, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet, zusammenarbeite. Das sei Auffassung Rumänischer Regierung und auch von Markowitsch, Metaxas und Saracoglu hätten sich dieser Auffassung angeschlossen.

Russischer Vorschlag eines Schwarzen Meer-Paktes sei niemals erörtert worden und Rumänien wie die Türkei dächten nicht daran, solchen Pakt zu besprechen" (ADAP V Dok. 304).

Nach Abschluß des deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrages berichtete Fabricius, daß es nicht

„um die Unabhängigkeit Rumäniens an sich geht, sondern um die Angst der Westmächte, daß Deutschland ... zum Hauptabnehmer des rumänischen Öls werden könnte. Darum wird jetzt statt des ukrainischen das rumänische Kriegsgespenst vor die Weltöffentlichkeit gestellt".

Am 23. März 1939 wurde der Vertrag vom Gesandten Fabricius und dem deutschen Wirtschaftsbevollmächtigten Wohlthat einerseits, von Gafencu und Bujoiu andererseits unterzeichnet; er sollte bis 31. März 1944 in Kraft bleiben (ADAP VI Dok. 78). Wohlthat berichtete anschließend über den „ungewöhnlichen Druck der Westmächte auf Rumänien, um den Abschluß eines Vertrages mit Deutschland zu verhindern" (ADAP VI Dok. 131).

Es muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß sich in jenen Tagen auch der polnische Außenminister an Bukarest wandte. Am 16. März 1939 berichtete der deutsche Gesandte Fabricius aus Bukarest, daß „Polen gestern Rumänien angeraten hat, rumänische Dörfer und Eisenbahnlinien in Karpatho-Ukraine zu besetzen" (ADAP VI Dok. 6). Der polnische Ratschlag wurde abgelehnt, da die rumänische Regierung „nichts ohne deutsche Zustimmung" machen wollte.

Gleichzeitig berichtete der deutsche Gesandte aus Budapest, daß die „ungarische Armee Befehl erhalten habe, Rumä-

nien hinauszuwerfen, falls sie in Karpatho-Ukraine eindringen" (ADAP VI Dok. 7). Der ungarische Außenminister habe die Ratschläge Becks, „Rumänien durch territoriale Konzessionen zu beruhigen, freundschaftlich abgelehnt" (ADAP VI Dok. 7). Immerhin hatten die polnischen Ratschläge die Wirkung einer gegen Ungarn gerichteten rumänischen Mobilmachung. Im Bericht Wohlthats heißt es darüber:

„Die zu den Fahnen einberufene Landbevölkerung erschien in Massen in Bukarest und anderen Städten. Das Verkehrswesen war teilweise lahmgelegt. In den Banken wurden Milliarden Lei abgehoben. Die politischen führenden Kreise waren überzeugt, daß von Ungarn ein Einmarsch in Siebenbürgen drohte und von Bulgarien in der Dobrudscha. Es hieß, daß die Russen Kräfte an der bessarabischen Grenze konzentrierten ..." (ADAP VI Dok. 131).

Der Vertragsabschluß mit Deutschland hatte nach Wohlthat die positive Wirkung, daß das rumänische Volk „von dem Alpdruck der Mobilmachung und der Bedrohung seiner Grenzen" befreit wurde.

Chamberlains „Vierer-Pakt"

Obwohl Chamberlain spätestens am 18. März 1939, einen Tag nach seiner Birmingham-Rede erfuhr, daß die Geschichte vom „deutschen Ultimatum an Rumänien" ein Märchen war, hielt er am Gedanken fest, daß die britische Regierung berufen sei, „eine sofortige Demonstration gegen weiteres deutsches Vordringen zu machen", wie Taylor sich ausdrückt (S. 207). Er schreibt weiter:

„Am 19. März entwarf Chamberlain selbst eine Erklärung für die kollektive Sicherheit, zu deren Unterzeichnung die französische, sowjetische und polnische Regierung eingeladen wurden. Sie wollten etwas unternehmen, um ‚sofort zusammen zu beraten, welche Schritte zu einem gemeinsamen Widerstand gemacht werden sollten gegen irgendeine Handlung, die eine Drohung gegen die politische Unabhängigkeit irgendeines europäischen Staates bedeute.' Trotz der vagen und verwirrten Phraseologie war der

Vorschlag tatsächlich gegen die angebliche Drohung an Rumänien in fieberhafter Eile aufgesetzt worden - daher die Auswahl der vorgeschlagenen Unterzeichnungen. Die Franzosen stimmten sofort zu. Sie waren schon dazu verurteilt, Großbritannien wegen fast jeder Sache zu konsultieren. Weitere Konsultationen würden ihnen nicht schaden; im Gegenteil, sie würden ihnen die Last ihres Bündnisses mit Rumänien erleichtern, das immer noch theoretisch bestand. Auch die Russen stimmten zu: das war die kollektive Sicherheit, die sie immer empfohlen hatten. Aber sie waren entschlossen, sich nicht dahin manövrieren zu lassen, daß sie selbst Deutschland Widerstand leisten müßten. Die Friedensfront' müßte feststehen, ehe sie ihr beitreten würden. Sie fügten deshalb eine Bedingung hinzu: Frankreich und Polen müssen zuerst unterzeichnen. Frankreich war kein Hindernis. Beck jedoch wurde mit einem Vetorecht beschenkt: und er benutzte es" (Taylor S. 207).

Im Hinblick auf die weiteren Geschehnisse des Frühjahrs und Sommers 1939 verdient der Umstand Beachtung, daß sich Chamberlain ernstlich darüber Gedanken machte, wie die von ihm beabsichtigte Eindämmung des deutschen Vordringens bewirkt werden könne, falls Hitler nicht zu den Waffen greifen würde. Feiling beschreibt diese Gedankengänge Chamberlains:

„Wir könnten eines Tages, weit eher als flagranten kriegerischen Aktionen, einer deutschen wirtschaftlichen Durchdringung gegenüberstehen, wie sie bereits in Rumänien versucht wird und die alle Folgen einer Eroberung hätte. Wie aber sollen wir unterscheiden zwischen einem solchen Prozeß und der natürlichen Vorherrschaft Deutschlands auf den südöstlichen Märkten, und wie können wir Deutschland durch ein Ultimatum stoppen oder mit anderen Worten, durch einen präventiven und prekären Krieg, für den er sich, wie er schrieb, ‚niemals persönlich verantwortlich machen wollte' " (Feiling S. 402).

Diese Bemerkungen sind sehr vieldeutig; aus den Ereignissen, die nun folgten, lassen sie sich auch dahin begreifen: Hitler sollte an einer weiteren „Durchdringungs"-Politik gehindert und zu „flagranten kriegerischen Aktionen" ver-

anlaßt werden, um der britischen Regierung das Odium des „Ultimatums" und des „Präventivkrieges" zu ersparen.

Damit war nicht nur von russischer, sondern auch von englischer Seite Polens Rolle hochbedeutsam geworden.

Am 21. März trafen sich Bonnet und Halifax. Sie waren sich darüber einig, daß die „Teilnahme Polens an einer ‚Friedensfront' lebenswichtig" sei. Polen dürfe sich nicht wieder „enger an Deutschland anschließen, wie es 1938 geschehen war". Bonnet legte sich mit Halifax' Zustimmung ganz deutlich fest und erklärte:

„Es war absolut wesentlich, Polen miteinzubeziehen; Rußlands Hilfe würde nur dann effektiv werden, wenn Polen kollaboriere. Wenn Polen kollaboriere, so würde Rußland sehr große Unterstützung leisten; wenn nicht, könnte Rußland viel weniger geben" (zitiert bei Taylor S. 207).

Ribbentrop-Lipski am 21. März 1939

Am 21. März 1939, dem gleichen Tag, an dem Chamberlains Paktvorschlag veröffentlicht wurde und Halifax-Bonnet miteinander sprachen, führte Ribbentrop in Berlin ein Gespräch mit dem polnischen Botschafter Lipski, bei dem er ihm mitteilte, er habe den deutschen Botschafter in Warschau beauftragt, Außenminister Beck über die Entwicklung der tschechoslowakischen Frage ins Bild zu setzen.

Trotz aller Warnungen an Chwalkovsky „habe die Prager Regierung versucht, diktatorisch in der Karpatho-Ukraine und in der Slowakei vorzugehen". Die Regelung der karpatho-ukrainischen Frage, durch die in Warschau die erwünschte gemeinsame polnisch-ungarische Grenze geschaffen wurde, habe doch sicherlich die „größte Zufriedenheit in Polen ausgelöst". Die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren „bedeute eine endgültige Befriedung dieses Raumes" nach historischen Grundsätzen.

Da Polen als Folge der Auflösung der Tschechoslowakei einen selbständigen slowakischen Staat innerhalb der Interessensphäre Warschaus angestrebt hatte, äußerte sich Lipski in bezug auf die Übernahme des Schutzes der Slowakei durch Deutschland:

„Diese Mitteilung habe in Polen stark eingeschlagen, denn der Mann auf der Straße könne einen solchen Schritt nur als in erster Linie gegen Polen gerichtet betrachten ... rein realpolitisch müsse man zugeben, daß die Erklärung des Schutzverhältnisses nur als ein Schlag gegen Polen empfunden werden könne".

Ribbentrop wies auf die Tatsache hin,

„daß die unabhängige slowakische Regierung Deutschland um seinen Schutz angerufen habe. Sicherlich sei die Erklärung des Schutzverhältnisses nicht gegen Polen gerichtet".

Ribbentrop deutete dabei an, daß man die slowakische Frage

„einmal gemeinsam beraten könne, falls das allgemeine deutsch-polnische Verhältnis eine befriedigende Entwicklung nähme."

Außerdem sei Deutschland, wie er schon am 26. Januar dem polnischen Außenminister in Warschau

„versichert hätte, bereit, die ukrainische Frage in rein polnischem Sinne aufzufassen" (ADAP VI Dok. 61).

Ribbentrop ging dann auf das deutsch-polnische Verhältnis ein und erwähnte dabei die „merkwürdige Haltung Polens in der Minoritätenkommission", die durch „polnische Studenten provozierten Danziger Zwischenfälle", die „deutschfeindlichen Demonstrationen anläßlich des Ciano-Besuches" vom 25. Februar bis 1. März 1939 und die zur Zeit bestehende „offene Pressefehde". Bisher sei die deutsche Presse von ihm Polen gegenüber „zurückgehalten" worden, wie Lipski sich selbst habe vergewissern können. Auf die Dauer sei das aber nicht möglich. Ribbentrop hielt es deshalb für „richtig und zweckmäßig", wenn bald „eine persönliche Aussprache zwischen deutschen und polnischen

Staatsmännern stattfände"; auch Hitler würde das begrüßen.

Im Laufe der Unterhaltung gab der deutsche Außenminister dem polnischen Botschafter zu bedenken, daß Deutschland immerhin

„an der Schaffung und der heutigen Existenz Polens nicht unbeteiligt sei. Wenn nämlich Deutschland in Brest-Litowsk eine andere Politik mit Rußland eingeschlagen hätte, dann gäbe es heute kein Polen. Auch während der Schleicher-Regierung habe die Möglichkeit bestanden, daß sich ein marxistisches Deutschland mit der Sowjetunion verbündet hätte. Auch dann würde Polen heute kaum mehr existieren. Die Basis, auf der eine deutsch-polnische Verständigung beruhen könne, werde lediglich durch die deutschen und polnischen Nationalisten gegeben" (ADAP VI Dok. 61, vgl. S. 225 und 230).

Am Schluß dieses Gespräches versuchte Ribbentrop, den polnischen Botschafter davon zu überzeugen, daß es für Polen keinen „Mittelweg" gebe. Entweder müsse Polen auf ein „vernünftiges Verhältnis zu Deutschland" hinarbeiten oder aber es werde

„eines Tages eine marxistische polnische Regierung da sein, die alsdann vom bolschewistischen Rußland absorbiert werden würde. ... Für Deutschland werde allgemein die Korridorregelung als die schwerste Belastung des Versailler Vertrages empfunden. Keine frühere Regierung sei in der Lage gewesen, auf die deutschen Revisionsansprüche zu verzichten, ohne daß sie nicht innerhalb von 48 Stunden vom Reichstag fortgefegt worden wäre. Der Führer denke anders über das Korridorproblem. Er erkenne die Berechtigung des polnischen Anspruchs auf einen freien Zugang zum Meer an. Er sei der einzige deutsche Staatsmann, der einen endgültigen Verzicht auf den Korridor aussprechen könne. Voraussetzung hierfür sei aber die Rückkehr des rein deutschen Danzig zum Reich, sowie die Schaffung einer exterritorialen Bahn- und Autoverbindung zwischen dem Reich und Ostpreußen. Nur hierdurch würde für das deutsche Volk der Stachel beseitigt, der in der Existenz des Korridors liege" (ADAP VI Dok. 61).

Ribbentrop schlug Lipski vor, „zur mündlichen Berichterstattung nach Warschau" zu fahren, da „es darauf ankäme,

daß Hitler nicht den Eindruck erhalte, Polen wolle einfach nicht".

Er wiederholte dabei die bereits in Warschau ausgesprochene Einladung an den polnischen Außenminister, Berlin offiziell zu besuchen. Aber Beck fuhr nicht nach Berlin — er fuhr nach London!

Warschau 24. März 1939

Lipski fuhr tatsächlich nach diesem Gespräch mit Ribbentrop sofort nach Warschau, wo er am 22. März dem Unterstaatssekretär Szembek über den Inhalt der Unterredung berichtete. Szembek notierte darüber u.a.:

„Der deutsche Außenminister hat die Formen der Höflichkeit gewahrt, aber im Grunde war sein Vorbringen verletzend; er hat z.B. erklärt, daß Deutschland zur Entstehung Polens beigetragen habe. Er ist u.a. auf die Frage einer Reise Becks nach Berlin zurückgekommen, die unter den aktuellen Bedingungen natürlich absolut unmöglich ist. Der Botschafter hält es nicht für ausgeschlossen, daß Deutschland seine Forderungen in der Form eines Ultimatums aussprechen wird. Das III. Reich will uns einfach einkreisen. Lipski wird in Warschau bleiben, bis er Instruktionen von Beck erhält. Ich nehme aber an, daß sich die Mühe tatsächlich nicht lohnt, mit den Deutschen zu sprechen" (Szembek S. 433).

Daß ein bis dahin so nüchterner Beobachter wie Graf Szembek zu der Schlußfolgerung kommen konnte, Deutschland wolle Polen „einkreisen", da doch offensichtlich zu diesem Zeitpunkt des englischen Viererpakt-Vorschlags mit Einbeziehung Rußlands von einem „Kreis" um Polen nicht die Rede sein konnte, wohl aber von einem feindlichen Ring um Deutschland, bleibt solange unverständlich, als man nicht die Bemühungen der Westmächte und ihren Einfluß auf die Warschauer Betrachtungsweise in Rechnung stellt.

Ribbentrops Hinweis auf die historische Entstehung des neuen Polen hielt Szembek für einen ebensolchen Affront wie

die Einladung Becks nach Berlin! Szembek übernahm auch Lipskis Unterstellung eines angeblich bevorstehenden deutschen „Ultimatums". Im Gegensatz zu solchen Behauptungen hatte Ribbentrop am 21. März noch in völliger Ruhe mit dem polnischen Botschafter verhandelt, obwohl die Verzögerungstaktik Becks gegenüber den deutschen Vorschlägen vom Oktober 1938 die deutsche Geduld auf eine ernste Probe stellte.

Über die weitere Entwicklung jener entscheidenden Tage in Warschau hegen mehrere aufschlußreiche Berichte vor.

Am 22. März 1939 führte Szembek - außer mit Lipski — noch ein ausführliches Gespräch mit dem Unterstaatssekretär Arciszweski:

„Er hat mich davon unterrichtet, daß England uns einen Vierervertrag mit Frankreich und den Sowjets vorgeschlagen hat. Dieser Vorschlag bedeutet gewisse verführerische Aussichten, aber Beck überlegt sich dieselben sehr. Unsere Zustimmung an eine solche Gruppe könnte sofort einen Angriff Deutschlands provozieren. Der Minister neigt daher zu der Konzeption eines bilateralen Vertrages mit England, der Frankreich und die Sowjets außerhalb ließe, um nicht den Anschein zu geben, einen großen Einkreisungsplan um Deutschland mitzumachen. Ein Kurier fährt heute nach London mit Instruktionen in diesem Sinne. In Polen ist die Stimmung ruhig und beständig. Andererseits hört man sehr schwere Kritiken über unsere Außenpolitik" (Szembek S. 433 f.).

Botschafter von Moltke berichtete am 24. März aus Warschau nach Berlin, daß wegen der

„weiteren englischen Anregungen wiederholte Besuche des englischen Botschafters, Kennard, im hiesigen Außenministerium stattgefunden haben" (ADAP VI Dok. 79).

Im gleichen Telegramm meldete Moltke Äußerungen, die Unterstaatssekretär Arciszewski in diplomatischen Kreisen getan hatte. Es seien „abfällige Bemerkungen über England und Frankreich" gewesen,

„die immer wieder, ohne eigenes Risiko einzugehen, Polen für fremde Zwecke mißbrauchen wollen, daß Polen für eigene Interessen jederzeit die Waffen ergreifen und selbst einen aussichtslosen Kampf führen würde; niemals aber werde es sich lediglich für die Interessen anderer Mächte schlagen" (ADAP VI Dok. 79).

Zusammenfassend geht aus Szembeks Tagebuch hervor, daß der deutschen Regierung weder auf ihre erneuten Vorschläge noch auf die Einladung an Beck eine Antwort gegeben werden sollte, daß aber bereits am 22. März polnische Antwort-Vorschläge über einen zweiseitigen Vertrag mit Großbritannien, anstelle des vorgeschlagenen Vier-Mächtepaktes nach London gesandt wurden.

Deshalb erklärte auch Chamberlain am 23. März auf eine Anfrage im Unterhaus:

„Ich bin noch nicht in der Lage, einen Bericht über die Konsultationen zu geben, die mit anderen Regierungen als Ergebnis der kürzlichen Ereignisse stattgefunden haben."

Am 24. März sprach der französische Botschafter Noël im Warschauer Außenministerium vor und verbreitete sich Szembek gegenüber über die polenfreundliche Haltung nicht nur Frankreichs, sondern auch Bußlands und Italiens! Die letzte Bede Mussohnis sei „gemäßigt" gewesen und sowohl der italienische König als auch der Vatikan wünschten eine französisch-italienische Verständigung. Hinsichtlich der Sowjetunion erklärte Noël, Verständnis für die Sorge Polens zu haben, daß sein Beitritt zu dem von den Briten vorgeschlagenen Viererpakt einschließlich Bußlands einen Konflikt mit Deutschland heraufbeschwören könne. Er teilte deshalb im Namen des französischen Generalstabs und der französischen Regierung dem polnischen Unterstaatssekretär mit,

„wenn der französisch-sowjetische Pakt effektiv werden solle, so läge es an Polen, das Ausmaß der Beteiligung der Sowjets zu bestimmen: ‚Sie selbst werden die Art und Weise, die Ausdehnung, die Bedingungen und die Modalitäten der sowjetischen Hilfe

fixieren.' Er interpretierte das in dem Sinne, daß wir uns darauf beschränken könnten, von den Russen die nötigen Rohstoffe, Kriegsmaterial etc. zu erhalten. ... Er fügte hinzu, daß wir überzeugt sein könnten, ‚Sowjetrußland wird nichts gegen Euch machen'. Es scheint, daß Litwinow die französische Regierung zu der Erklärung an die polnische Regierung autorisiert hat, daß er nichts gegen Polen unternehmen werde, solange sich dieses nicht auf die deutsche Seite stellt" (Szembek S. 437).

Noel unterstützte das russische Anerbieten dadurch, daß er „auf die finanzielle Hilfe Englands für Polen" anspielte, falls Warschau sich gegen Berlin stelle. Er erklärte weiter, daß man seit einiger Zeit ein Ereignis von „größter Wichtigkeit als tatsächlich bestehend" beobachtet habe, nämlich den

„Entschluß Englands, a k t i v in Osteuropa zu intervenieren. Die Garantie Belgiens, Hollands und der Schweiz ist schon entschieden. Die Teilnahme Englands an der Verteidigung Osteuropas präzisiert sich sehr schnell" (Szembek S. 436).

Am gleichen 24. März 1939 fand beim polnischen Außenminister eine interne Konferenz statt, in der Beck zur Lage erklärte,

„sie resultiere daraus, daß eines der zwei Elemente, das immer die Position unseres Staates schicksalhaft bestimmt hat, d.h. Deutschland den Sinn der Verantwortung verloren hat, welchen es, selbst in schweren Fällen, bis jetzt bewahrte. ... Unser grundsätzlicher Kurs ist gemeinsam mit den höchsten Autoritäten des Staates festgelegt worden. Dieser Weg ist gerade und klar. Wir haben die Grenze unserer direkten Interessen genau fixiert. ... Über diese Linie hinaus steht das polnische non possumus. Es ist sehr einfach: wir w e r d e n u n s s c h l a g e n. ... Es handelt sich um unser Territorium, aber nicht nur darum, sondern gleichfalls um die Unmöglichkeit für den polnischen Staat, in bezug auf das heikle, sensible Problem Danzigs, irgendwelchen einseitigen Vorschlag anzunehmen. Danzig ist ein Symbol" (Szembek S.434f.).

Aus diesen präzisen Auslassungen Becks wird klar, daß am 24. März die Würfel bereits gefallen waren. Die spätere

Erklärung Chamberlains vor dem Unterhaus am 3. April 1939, Englands Garantie für Polen sei erst am 31. März gegeben worden, nachdem die Warschauer Regierung bereits am 26. März die deutschen Forderungen verworfen habe, entsprach nicht dem historischen Ablauf der Geschehnisse.

In Wirklichkeit waren die Weichen zwischen dem 22. und 24. März 1939 gestellt worden. Der dann folgende Warschauer Schritt in Berhn war das Ergebnis eines Kulissenspiels zwischen Warschau, London, Paris und Washington.

Um sofort deutlich zu machen, welchen Sinn die neuen Freundschaften Polens haben sollten und welchen Gebrauch die polnische Regierung von der bevorstehenden „Garantie" zu machen beabsichtige, wurden alsbald auffällige militärische Maßnahmen ergriffen. Am Abend des 24. März 1939 mußte Botschafter Moltke nach Berlin telegraphieren:

„Kurzfristige Reservisteneinziehung, drei bis vier Jahrgänge, und zwar 1911 bis 1914, ferner 1906 und 1907, örtlich verschieden, sicher bestätigt. Beservistenoffiziere technischer Truppen eingezogen" (Freund II Dok. 29).

Der Chef der deutschen Abwehr, Admiral Canaris, meldete am nächsten Tage, am 25. März, Genaueres:

„1. Bei Gdingen seien 4000 Mann polnische Truppen zusammengezogen.

2. Die Truppe einer Garnison, die bisher im südlichen Korridor stationiert gewesen sei, sei in die unmittelbare Nähe der Danziger Grenze verlegt worden.

3. Polen habe drei Jahrgänge mobil gemacht - alle diese Maßnahmen bezögen sich nur auf den nördlichen Teil Polens, in den anderen Gebieten des Landes sei militärisch nichts zu verzeichnen. General Keitel glaube an keine aggressiven Absichten der Polen.... Im Generalstab sei man dagegen geneigt, die Lage etwas ernster anzusehen" (ADAP VI Dok. 90).

Es stellt sich die Frage, worauf die polnische Regierung am 24. März 1939 ihren Entschluß gründete, durch Mobilmachungsmaßnahmen vor aller Welt kundzutun, daß sie mit einem Krieg gegen Deutschland rechne. Die Antwort ergibt sich vor allem aus den Eröffnungen, die der polnischen Regierung in den vorhergegangenen Monaten von amerikanischer Seite zuteil geworden waren.

Bereits Anfang Februar 1939 führte der polnische Botschafter in Paris, Lukasiewicz, zwei lange Unterredungen mit dem amerikanischen Botschafter Bullitt, der gerade eine Woche zuvor aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt war (vgl. S. 295). Lukasiewicz berichtete kurz nach Ribbentrops Warschauer Reise über Bullitts Äußerungen an Außenminister Beck:

1. In den USA könne die amerikanische Außenpolitik wegen der unverändert isolationistisch eingestellten öffentlichen Meinung nicht unmittelbar an der Entwicklung der Verhältnisse in Europa teilhaben. Andererseits fürchteten die offiziellen Kreise, daß bei einem möglichen Krieg zwischen Deutschland und Italien auf der einen und England und Frankreich auf der anderen Seite die Westmächte „eine Niederlage erleiden könnten", wodurch der amerikanische Kontinent gefährdet werde. Deshalb sei „von vorneherein" erkennbar, daß die USA „auf Seiten Frankreichs und Englands" stehen würden, was Bullitt wie folgt ausdrückte:

„Sollte ein Krieg ausbrechen, so werden wir sicherlich nicht zu Anfang an ihm teilnehmen, aber wir werden ihn beenden" (Polnische Dokumente I, Dok. 9, Text auch bei Ribbentrop S. 314f.).

Und zwar, wie der US-Botschafter hinzusetzte, „nicht aus ideologischen Gründen", sondern „ausschließlich aus der Notwendigkeit, die realen Interessen der Vereinigten Staaten zu verteidigen". Bullitt erklärte, man sage Roosevelt zwar zu

Unrecht nach, er habe den Rhein als „Grenze" der Vereinigten Staaten bezeichnet, aber er habe

„bestimmt gesagt, er verkaufe Frankreich Flugzeuge, da die französische Armee die erste Verteidigungslinie der Vereinigten Staaten sei."

2. Italien gegenüber „kann und darf" Frankreich „nicht einmal scheinbare Zugeständnisse machen", die die „Unterhöhlung seines Prestiges in Afrika bedeuten" würden. Theoretisch bestehe die Befürchtung, England und Deutschland könnten Paris einen „Kompromiß" aufzwingen. In diesem Falle jedoch wird Frankreich auf die kräftige Unterstützung Washingtons rechnen können. Denn

„die Vereinigten Staaten verfügen England gegenüber über verschiedene und ungeheuer bedeutsame Zwangsmittel. Allein die Drohung ihrer Anwendung dürfte genügen, England vor einer Kompromißpolitik auf Kosten Frankreichs zurückzuhalten."

Man sei sich dabei bewußt, wieviel England, dessen Prestige in den USA „sehr stark gesunken" sei, heute an einer „Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und ihrer Unterstützung gelegen ist".

3. Auch gegenüber Deutschland und Italien verfügten die Vereinigten Staaten

„über verschiedene Zwangsmittel, die heute schon sehr ernstlich geprüft und aufgestellt werden. Diese überwiegend wirtschaftlichen Mittel sind derart, daß sie ohne die geringste Befürchtung eines innerpolitischen Widerstandes angewandt werden können.... Das Verhältnis der maßgebenden amerikanischen Faktoren zu Italien und Deutschland ist negativ hauptsächlich deshalb, weil sie der Ansicht sind, daß die neuen Erfolge der Achse Rom-Berlin, die das Prestige wie die Autorität Frankreichs und Englands als Imperialmächte unterhöhlten, fast schon immittelbar die realen Interessen der Vereinigten Staaten bedrohen."

Bullitt war sich „des rücksichtslosen Widerstandes Frankreichs gegen die italienischen Ansprüche gewiß" und schloß daher

„eine eventuell mögliche Vermittlung englischerseits bzw. englisch-deutscherseits, deren Ziel ein Kompromiß auf Kosten Frankreichs wäre, aus."

Lukasiewicz faßte seine eigene Überzeugung Anfang Februar 1939 dahin zusammen, daß es das Ziel der Pohtik Roosevelts sein werde,

„den Widerstand Frankreichs zu unterstützen, den deutsch-italienischen Druck zu hemmen und die Kompromiß-Tendenzen zu schwächen."

Die polnische Regierung war also erneut und nachdrücklich darüber unterrichtet worden, daß das mächtige Amerika nicht nur im Falle eines europäischen Konfliktes auf der Seite der Westmächte stehen werde, sondern daß Präsident Roosevelt Vereinbarungen über europäische Probleme — wenn nötig mit Zwangsmitteln — verhindern wolle.

Auch aus London wurde der polnische Außenminister Beck in den entscheidenden Tagen gewiß ähnlich unterrichtet wie das deutsche Auswärtige Amt, dem der Geschäftsträger Kordt am 20. März 1939 berichtete:

„Der hiesige amerikanische Botschafter Kennedy spielt eine Hauptrolle. Er soll mit sämtlichen Vertretungen der in Frage kommenden Staaten in persönlicher Verbindung stehen und versuchen, sie zu einer festen Haltung zu ermutigen, mit dem festen Versprechen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika sie in jeder Weise (short of war) unterstützen würden. Die Franzosen arbeiten auf das engste mit den Engländern zusammen" (ADAP VI Dok. 48).

Am entscheidenden 24. März 1939 führte Lukasiewicz in Paris wiederum ein überaus aufschlußreiches Gespräch mit dem US-Botschafter Bullitt. Zunächst sprach sich der polnische Botschafter mit Entrüstung über den britischen Vorschlag vom 21. März aus, mit dem Warschau aufgefordert worden war, sich mit London, Paris und Moskau „über gemeinsame Maßnahmen des Widerstandes" zu besprechen.

Lukasiewicz erklärte Bullitt zum britischen Viererpakt-Vorschlag :

„Es ist kindisch naiv und gleichzeitig unfair, einem Staat, der sich in einer solchen Lage wie Polen befindet, vorzuschlagen, er solle seine Beziehungen zu einem so starken Nachbarn wie Deutschland kompromittieren und die Welt der Katastrophe eines Krieges aussetzen, nur um den Bedürfnissen der Innenpolitik Chamberlains willfährig zu sein. ... Es ist weiterhin im höchsten Grade unvorsichtig, eine Aktion zu unternehmen, wie sie von der englischen Regierung öffentlich angeregt wurde, und in ihr die Teilnahme Rußlands in den Vordergrund zu schieben, die ebenso das politische Gesicht der Staaten verunstaltet, die solidarisch handeln sollen, wie das Ziel ihrer Aktionen. Das ostentative Streben nach einer Zusammenarbeit mit Rußland in einer Form und einem Bereich, der lediglich den Bedürfnissen der Innenpolitik Chamberlains entspricht, läßt die unbillige Vermutung aufkommen, als handele es sich hier nicht nur um die Verteidigung derjenigen Staaten, die durch die neuen Methoden der deutschen Politik bedroht sind, sondern auch um einen ideologischen Kampf mit dem Hitlerismus und daß das Endziel der Aktionen nicht der Friede ist, sondern die Hervorrufung eines Umsturzes in Deutschland. Wer die seit langem feststehenden Grundsätze der polnischen Politik kennt, kann nicht annehmen, die polnische Regierung werde sich zu so leichtsinnigen und gefährlichen Schachzügen des Herrn Chamberlain positiv einstellen" (Polnische Dokumente I, Dok. 11).

Weiter erklärte der polnische Botschafter dem Vertrauten Roosevelts wörtlich:

„Nach den Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre, in deren Verlauf England und Frankreich nicht nur keine einzige internationale Verpflichtung gehalten haben, sondern auch niemals imstande waren, ihre eigenen Interessen auf gehörige Weise zu verteidigen, ist es völlig unmöglich, zu glauben, irgendein Staat in Mittel- oder Osteuropa — wie ebenso auf der entgegengesetzten Seite Berlin-Rom —, könnte auch nur einen einzigen englischen Vorschlag ernst nehmen, es sei denn, England schwingt sich zu Taten auf, die zweifellos und unabweisbar seinen Entschluß bestätigen, die Beziehungen zu Deutschland aufzugeben.... Die unvorsichtige, in der Form leichtsinnige, im Inhalt lückenhafte englische Initiative läßt die polnische Regierung zwischen der Kompromittierung der Beziehungen zu Deutschland oder dem Scheitern der Verhandlungen mit London wählen. Im ersten Fall kann Hitler

sich gezwungen sehen, uns gegenüber die Anwendung von Zwang zu versuchen, worauf wir nicht anders werden antworten können als bewaffnet. Hierdurch wird ein allgemeiner europäischer Konflikt entstehen, in dessen erster Etappe wir den Druck der ganzen deutschen Macht werden aushalten müssen. ..

Im zweiten Fall wird das Scheitern der Verhandlungen mit London für Hitler ein Beweis der Unaufrichtigkeit und Schwäche der Politik Englands und Frankreichs sein und ihn zu neuen Expansionsunternehmungen in Ost- und Mitteleuropa aufmuntern ..., die früher oder später zur Katastrophe eines Krieges führen müssen. Bei diesem Stand der Dinge ist es ebenso kindisch wie verbrecherisch, Polen für Krieg oder Frieden verantwortlich machen zu wollen. Es muß ein für allemal festgestellt werden, daß die Verantwortung zum größten Teil bei Frankreich und England liegt, deren unsinnige oder lächerlich schwache Politik zu der Situation und den Ereignissen führte, in denen wir leben. ..."

Angesichts dieser kritischen Bemerkungen des polnischen Botschafters stellte Bullitt die entscheidende Frage,

„ob wir (Polen) ein gemeinsames Bündnis annehmen würden, wenn England und Frankreich uns morgen ein solches vorschlagen sollten."

Lukasiewicz konnte dieses Angebot natürlich nur nach Warschau weitergeben. Zunächst sagte er zu Bullitt, daß für die polnischen Entscheidungen der Schwerpunkt bei den Maßnahmen hege, die „in erster Linie England ergreifen müsse". Mit diesen Maßnahmen bezeichnete Lukasiewicz eine Mobilisierung der Kriegsflotte und die Einführung der militärischen Dienstpflicht durch die britische Regierung.

Beck wußte nun genug: Es war klar, daß er nicht nur die Engländer, sondern vor allem auch den Präsidenten Roosevelt hinter sich haben werde, wenn er einen Krieg mit Deutschland riskiere. Er ließ sich am 25. März den amerikanischen Botschafter Biddle kommen, um ihn über die getroffenen Entscheidungen zu unterrichten. Befriedigt telegrafierte Biddle nach Washington: „Polen heute auf dem Kriegsfuß. Hat dieses rasch und ohne viel Aufhebens erreicht" (Foreign Relations of US 1939 I S. 101, zitiert bei Hoggan S.431f.).

Unterdes hatte Bullitt in Paris am 25. März 1939 dem Botschafter Lukasiewicz bereits mitgeteilt, daß er auf Grund einer von Roosevelt erhaltenen Vollmacht seinen Kollegen Kennedy in London beauftragt habe,

„sich am heutigen Sonnabend zum Ministerpräsidenten Chamberlain in seine Residenz zu begeben und ihm dies alles unter kategorischer Betonung der Verantwortlichkeit der enghschen Regierung zu wiederholen" (Polnische Dokumente I, Dok. 11).

Am Sonntag, den 26. März, so berichtete Lukasiewicz nach Warschau weiter,

„erhielt Botschafter Bullitt in meiner Gegenwart von Botschafter Kennedy einen telefonischen Bericht über die Unterredung, die dieser mit Ministerpräsident Chamberlain gehabt hat. Hierüber habe ich Herrn Minister in einem Telegramm Bericht erstattet, das sofort nach meinem Aufenthalt bei Botschafter Bullitt aufgegeben war."

Zum Schluß teilte Lukasiewicz dem Außenminister Beck mit, daß seiner Ansicht nach Bullitt zu einer weitgehenden „loyalen, freundschaftlichen Zusammenarbeit" mit Polen bereit sei. Er selbst habe übrigens, um „die Aktion des amerikanischen Botschafters in London noch zu verstärken", Bullitt auf die Möglichkeit hingewiesen, „daß die Engländer den Schritt der Vereinigten Staaten ... zwar mit gut verborgener, aber dennoch mit Geringschätzung behandeln" könnten. Bullitt antwortete darauf, daß die

„Vereinigten Staaten im Besitz von Mitteln seien, mit denen sie einen wirklichen Zwang auf England ausüben könnten. An die Mobilisierung dieser Mittel werde er ernstlich denken." (Polnische Dokumente I Dok. 11).

Weizsäcker während der Märzkrise 1939

Außenminister Beck erklärte dem amerikanischen Botschafter Biddle am 25. März 1939, Hitler habe eine Regelung der Danzigfrage „bis Ostern" gefordert (Foreign Relations

of the United States 1939,1, 101; zitiert nach Hoggan S.431). Das war, was Hitler und Ribbentrop betraf, nicht zutreffend. Nach seinem Gespräch mit Lipski am 21. März hatte Ribbentrop „den Botschafter von Moltke, der sich gerade in Berlin aufhielt, eingehend informiert und ihn beauftragt", Außenminister Beck über den Protektoratsvertrag und die Selbständigkeitserklärung der Slowakei ins Bild zu setzen (ADAP VI Dok. 61).

Bekanntlich hat die ruhig geführte Unterhaltung zwischen Rippentropund Lipski starke Ablehnung im Warschauer Außenministerium gefunden (vgl. S.316). In diesem Zusammenhang ist ein Berliner „Telegrammentwurf" von Interesse, der weder numeriert noch datiert noch signiert ist. Die Herausgeber der ADAP reihen ihn zu den Dokumenten vom 23. März 1939 ein und geben ihm die Überschrift: „Der Reichsaußenminister an die Botschaft in Warschau". Dieses anonyme Schriftstück enthält den Bandvermerk: „Entwurf. Cessat! Auf Weisung des Führers". Das Dokument schließt mit der ungewöhnlichen Bezeichnung „BAM" und wird z.B. auch von Michael Freund nicht Ribbentrop zugeschrieben, sondern als „Weisung des Auswärtigen Amtes" bezeichnet (Freund II Dok. 30). In diesem „Telegrammentwurf" heißt es u.a., der Reichsaußenminister lasse durch den Botschafter von Moltke

„Herrn Beck noch einmal dringend nahelegen, demnächst zu einem Besuch nach Berlin zu kommen ... Der Führer lege entscheidenden Wert darauf, daß die Danziger Frage jetzt bald einer Lösung zugeführt werde. Sowohl die Entwicklung der allgemeinen politischen Lage als auch die Entwicklung der Verhältnisse in Danzig selbst drängten auf eine solche baldige Lösung hin. Ein längeres Aufschieben könne die Vertiefung der deutsch-polnischen Beziehungen zumindest sehr erschweren, wenn nicht unmöglich machen ... Nachdem wir der polnischen Regierung nur eine Lösung auf den vorstehend aufgeführten Grundlagen schon zu wiederholten Malen angeboten hätten, ohne darauf

ein positives Echo zu hören, könnten wir dieses Angebot selbstverständlich nicht ad infinitum wiederholen. Vielmehr sei der Führer entschlossen, falls sich die polnische Regierung auch jetzt rein passiv oder ausweichend verhalten sollte, sein Angebot ein- und für allemal zurückzuziehen, da wir eine solche Haltung Polens nur als eine grundsätzlich gegen das Dritte Reich gerichtete Einstellung interpretieren könnten" (ADAP VI Dok. 73).

Am Abend des 23. März beauftragte Weizsäcker den Botschafter von Moltke telefonisch, „sich vorsorglich beim Minister Beck anzusagen". Dabei kündigte er ihm für den 24. März jenen „Telegrammentwurf" als „ausführliche Instruktion" an, die sich auf das Gespräch „am 21. März zwischen dem Herrn Reichsaußenminister und dem Botschafter Lipski" beziehe und „wegen dessen sich Lipski zur Zeit in Warschau aufhält" (Anm. 1 zu Dok. 73 ADAP VI).

Ribbentrop selbst aber hatte Moltke beauftragt, Beck über sein Gespräch mit Lipski zu orientieren. Allerdings hatte er ihn nicht instruiert, in Warschau zu drängen, geschweige denn bei einer ausweichenden polnischen Haltung zu drohen, daß das deutsche Angebot „ein- und für allemal" zurückgezogen werde. Der aggressive Ton dieses „Telegrammentwurfs" widerspricht auch der Form, in der Ribbentrop Lipski unterrichtet und gebeten hatte, zur Berichterstattung nach Warschau zu fahren. Nach der für Hitler bestimmten Aufzeichnung hatte Ribbentrop z.B. gesagt:

„Ich würde mich freuen, wenn Außenminister Beck demnächst einen Besuch in Berlin abstatten würde. Wie mir der Führer gesagt habe, würde auch er eine solche Aussprache begrüßen" (ADAP VI Dok. 61).

Da Ribbentrop selbst Moltke eingehend über alle schwebenden Fragen mündlich informiert hatte, ist es höchst unwahrscheinlich, daß er unmittelbar danach völlig veränderte Weisungen schriftlich durch die Vermittlung des Staatssekretärs an Moltke gelangen lassen wollte. Es fällt weiterhin auf, daß der Verfasser des „Telegrammentwurfs"

Ribbentrop wiederholt von sich selbst als „wir" sprechen läßt. Es scheint daher, als müsse dieses Schriftstück nach dem von Rönnefarth entschlüsselten Code gelesen werden, wonach das neutrale „Wir" nach „Weizsäckers Auffassung die Opposition gegen Hitler und Ribbentrop" bedeutete und immer dann gebraucht wurde, wenn ein möglicher „Argwohn" des Außenministers abgewehrt werden mußte (vgl. S. 188).

Der Staatssekretär schrieb am folgenden Tag, dem 24. März 1939, in einer weiter verschärften Sprache mit der gleichen Tendenz jenes „Telegrammentwurfs" „streng persönlich" an Moltke. Weizsäcker erklärt eingangs, Moltke solle seine „angesagte Unterhaltung bei Minister Beck" wieder absagen. Diesen Auftrag habe er von Ribbentrop, „nachdem er den Entwurf des Erlasses an Sie dem Führer unterbreitet hatte" erhalten. Weizsäcker fährt wörtlich fort:

„Tatsächlich war der Inhalt des an Sie zu richtenden Erlasses nicht weit ab von dem Gespräch vom 21. d. M., er war nur etwas schärfer formuliert und stellte die Polen sozusagen vor die Option: Feind oder Freund. Unsere Freundschaft hätten sie in der bewußten Weise zu bezahlen gehabt, gleichzeitig aber auch das Ihnen geläufige Geschenk einer Grenzanerkennung auf 25 Jahre erhalten. Ich enthalte mich in dieser Abendstunde einer weiteren Auseinandersetzung, vermute aber, daß Herr Beck sich nach Kräften der erwähnten Option zu entziehen suchen wird. Über die Folgen eines solchen Ausweichens kann ich nur Kombinationen anstellen, die Herr von Scheliha Ihnen mündlich von mir übermittelt..." (ADAP VI Dok. 88).

Weizsäcker behauptet, daß Ribbentrop die polnische Regierung „vor die Option: Feind oder Freund" habe stellen wollen. Gerade das versuchten aber sowohl Hitler wie Ribbentrop zu vermeiden. In seinen Erinnerungen erwähnt Weizsäcker weder den „Erlaß" noch seinen streng persönlichen Brief an Moltke, sondern notiert lediglich für diese Zeit seine Ansicht, „die Danziger Frage zu lösen, sei nicht mehr möglich" (Weizsäcker S. 221).

Auffallend ist ferner, daß der „Telegrammentwurf" und der Weizsäcker-Brief zwischen dem 22. und 24. März 1939 verfaßt wurden, also zu dem Zeitpunkt, als Beck mit der britischen Regierung über einen zweiseitigen Garantiepakt verhandelte und Bullitt den entscheidenden Vorschlag eines englisch-französisch-polnischen Bündnisses unter Ausschluß Rußlands machte. Am gleichen 24. März fiel die Entscheidung in Warschau, daß der deutschen Regierung nicht mehr geantwortet werden solle, daß Beck nicht nach Berhn kommen und daß sich Polen für Danzig schlagen werde. Auch die Teilmobilmachung wurde an diesem Tage in Warschau angeordnet (vgl. S. 316, 317, 322).

Aus den heute verfügbaren Dokumenten ist nicht zu ersehen, ob sich Moltke am 24. März 1939 bei Beck angesagt hat. Fest steht aber, daß er von Szembek empfangen wurde und Einspruch gegen antideutsche Ausschreitungen erhob. Die Art, in der sich Moltke seines Auftrages entledigte, hat keinen herausfordernden Eindruck gemacht. Der polnische Unterstaatssekretär schildert im Gegenteil, daß sich der deutsche Botschafter am 24. März geradezu „resigniert" geäußert habe (Szembek S. 438). Daraus geht hervor, daß Außenminister Beck nicht auf offiziellem Wege darüber unterrichtet wurde, „Hitler habe eine Regelung der Danziger Frage ‚bis Ostern' gefordert" (vgl. S. 323).

In diesem Zusammenhang fällt der Schlußsatz in Weizsäckers Brief auf. Denn genau so wie er am 28. Mai 1938 Dr. Erich Kordt mit einem Brief zu Botschafter von Dirksen nach London geschickt hatte, um ihm mündlich eine „zweideutige Orientierung" zukommen zu lassen (Rönnefarth Bd. I S. 315 ff.), entsandte der Staatssekretär während der Märzkrise 1939 den Legationsrat von Scheliha nach Warschau, damit „mündlich" übermittelt werde, was er selbst über die möglichen „Folgen" einer Pression auf Polen dachte oder wünschte.

Eine Aufzeichnung Schehhas oder Material, aus dem auf den Inhalt der von Weizsäcker an Moltke übermittelten „Kombinationen" geschlossen werden könnte, ist von den Herausgebern der deutschen Akten nicht aufgefunden worden (vgl. ADAP VI, Anm. 3 zu Dok. 88). Wohl aber ist - was Weizsäcker damals nicht wissen konnte - heute bekannt, daß Schehha als Legationsrat der deutschen Botschaft in Warschau vom sowjetischen Nachrichtendienst angeworben und für diesen jahrelang tätig war.

In seinem bekannten sachkundigen Buch über die Sowjetspionage berichtet der Amerikaner David J.Dallin ausführlich über diesen Fall:

„In Warschau konnte sich der sowjetische ND an den deutschen Gesandtschaftsrat Budolf von Scheliha heranmachen, einem nichtkommunistischen Karrierediplomaten. Scheliha gehörte einer alten schlesischen Adelsfamilie an, hatte als Offizier am Ersten Weltkrieg teilgenommen, dann die diplomatische Laufbahn eingeschlagen und seit 1929 in Warschau gedient, wo er sich allmählich zum Rang eines Botschaftsrats emporarbeitete. Ob der britische Intelligence Service oder der sowjetische ND als erster die Quelle auftat, kann heute nicht mehr gesagt werden, es scheint jedoch, als seien die Sowjets zuerst auf der Bildfläche erschienen" (Dallin S. 151).

Dallin berichtet weiter, daß Rudolf Herrnstadt, ehemaliger Mitarbeiter des „Berliner Tagblatt", der als Korrespondent in Prag und Warschau mit der „sowjetischen Botschaft in Verbindung" stand,

„sich mit Schehha angefreundet hatte, und als der Gesandtschaftsrat sich über seine finanziellen Schwierigkeiten beklagte, schlug Herrnstadt ihm einen Handel mit einem sowjetischen Agenten in Warschau vor. Der Handel kam zustande. Dieser Vorfall fiel in das Jahr 1937. ..

Schehha belieferte unter dem Decknamen ‚der Arier' die Sowjets mit Informationen über die deutsch-polnischen Verhandlungen in Warschau, den Dreimächtepakt, die erwartete Aufteilung kleinerer Nationen in der von Deutschland geführten Koalition usw. Moskau sah ein, daß man Schehhas Interesse an dem

Geschäft nur durch ein gutes Gehalt wachhalten konnte, und zahlte ihm im Februar 1938 eine Summe von 6500 Dollar - eine für das Budget des sowjetischen ND ungewöhnlich hohe Summe.
Am Vorabend des deutsch-polnischen Krieges wurde Scheliha nach Berlin versetzt, wo er einen Posten im Auswärtigen Amt übernahm. Auch hier hielt er seine Beziehungen zum sowjetischen Apparat aufrecht" (Dallin S. 152).

Allen Welsh Dulles, der während des Krieges Chef des amerikanischen Nachrichtendienstes in Europa war, wurde ebenfalls auf Schehha aufmerksam. Er berichtet in seinem bekannten Buch „Verschwörung in Deutschland" (S. 129), Schehha habe die Verbindung des Auswärtigen Amtes zu Schulze-Boysen, dem Leiter der kommunistischen Spionagegruppe „Rote Kapelle", unterhalten. Schehhas Spionagetätigkeit wurde im Jahre 1941 von den deutschen Behörden aufgedeckt. Sie führte 1942 zu seiner Verurteilung.

Polens zweites „Nein"

Botschafter Lipski befand sich — wie erinnerlich — am entscheidenden 24. März 1939 noch in Warschau. Für den 26. März meldete er sich bei Ribbentrop an und wurde an diesem Tag um 12.30 Uhr vom Reichsaußenminister empfangen. Nachdem Ribbentrop das von Lipski übergebene Memorandum durchgelesen hatte, erklärte er, nach seiner persönlichen Ansicht könne „die polnische Stellungnahme keine Basis für eine deutsch-polnische Lösung darstellen" (ADAP VI Dok. 101). Er schreibt rückblickend, es habe für ihn eine „völlige Überraschung" bedeutet, als Lipski
„ein - in Nürnberg bezeichnenderweise nicht zugelassenes - Memorandum der polnischen Regierung überreichte, in dem in brüsker Weise die deutschen Vorschläge bezüglich der Rückkehr Danzigs und der exterritorialen Verkehrswege durch den Korridor abgelehnt wurden." (Ribbentrop S. 162.)

Aus der Aufzeichnung, die Ribbentrop über dieses Gespräch anfertigte, geht hervor, daß er den Botschafter mit ernsten

Worten auf die polnischen Truppenzusammenziehungen im Räume Danzig hingewiesen und ihn vor möglichen Konsequenzen gewarnt hat, ohne jedoch einen Vergleich mit der tschechischen Krise im Jahre zuvor anzustellen.

Um die Verhandlungen nicht abzubrechen, fragte Ribbentrop, ob nach einer eingetretenen Beruhigung die polnische Regierung

„den deutschen Vorschlag nicht erneut erwägen wolle, damit man auf der von uns vorgeschlagenen Basis ... zu einer Lösung kommen könne" (ADAP VI Dok. 101).

Auf Lipskis ausweichende Bemerkungen betonte Ribbentrop wiederum, es komme ihm

„vor allem darauf an, zu vermeiden, daß beim Führer der Eindruck entstehe, Polen wolle einfach nicht."

Lipski bemühte sich nicht ernstlich, diesen Eindruck zu verwischen - im Gegenteil, er machte schließhch noch eine persönliche Bemerkung, die bald durch öffentliche Erklärungen von polnischer und britischer Seite bestätigt werden sollte:

„Lipski verschärfte die Situation noch dadurch, daß er auf meinen erneuten Versuch, ihm die Notwendigkeit zur Rückkehr Danzigs zum Reich klar zu machen, erklärte, ‚jede weitere Verfolgung dieser deutschen Pläne, insbesondere soweit sie die Rückkehr Danzigs zum Reich betreifen, bedeuten den Krieg mit Polen'!" (Ribbentrop S. 162ff.)

Ribbentrop antwortete darauf,

„daß z.B. eine Verletzung des Danziger Hoheitsgebietes durch polnische Truppen von Deutschland in der gleichen Weise wie eine Verletzung der Reichsgrenzen betrachtet würde" (ADAP VI Dok. 101).

Als Ribbentrop die „Erklärung, um nicht zu sagen: Drohung Lipskis, die auch im vollen Widerspruch zum Vertrag von 1934 stand", Hitler berichtete, nahm dieser sie

„sehr ruhig auf, er beauftragte mich aber, dem polnischen Botschafter mitzuteilen, daß eine Lösung natürlich nicht gefunden werden könne, wenn hier von Krieg gesprochen werde." (Ribbentrop S. 162 f.)

Trotzdem glaubte Ribbentrop, wie aus seiner Aufzeichnung hervorgeht, immer noch daran, daß die deutschen Vorschläge eines Tages mit Warschau erörtert werden könnten. Er schlug Hitler vor, die polnischen Presseangriffe in der deutschen Presse zwar „allmählich" beantworten zu lassen, „ohne jedoch die Dinge auf die Spitze zu treiben" und er regte an, den polnischen Botschafter „nach einiger Zeit" erneut zu empfangen, um über eine „Lösung" auf der von Deutschland vorgeschlagenen Verhandlungsgrundlage zu sprechen.

Botschafter von Moltke sandte am 28. März 1939 einen ausführlichen Bericht über die polnische Mobilmachung und über

„das Entstehen einer Kriegsstimmung, die durch die Presse, durch antideutsche öffentliche Kundgebungen — besonders in der Provinz -, die bereits vielfach zu Zwischenfällen geführt haben, und zum Teil auch durch eine säbelrasselnde offiziöse Propaganda gefördert wird. In weiteren Kreisen glaubt man heute, daß der Krieg unvermeidlich geworden sei und unmittelbar bevorstehe. Die praktischen Maßnahmen der Regierung tragen dazu bei, die vorhandene Kriegspsychose zu steigern" (ADAP VI Dok. 115).

Moltke führte einen für die offizielle Propaganda typischen Artikel des Militärblattes „Polska Zbrojna" an, der die Überschrift trug: „Wir sind bereit". In einer „verbürgten Äußerung" habe der Vizekriegsminister Gluchowski die deutsche Wehrmacht als großen „Bluff" bezeichnet, „denn Deutschland fehlten die ausgebildeten Reserven, um seine Einheiten auszufüllen". Der Vizekriegsminister hielt es für „selbstverständlich ... daß Polen im Ernst Deutschland militärisch überlegen sei".

Am gleichen Tage, dem 28. März 1939, drohte auch der polnische Außenminister Beck dem Botschafter von Moltke damit, daß in jedem Versuch, den status quo in Danzig abzuändern, Polen

„den casus belli sehen würde. Das Gleiche gelte auch, wenn etwa der Danziger Senat einen solchen Versuch unternehmen würde" (ADAP VI Dok. 118).

Moltke erwiderte darauf, daß die Verschärfung nicht durch Deutschland,

„sondern lediglich durch die polnischen Mobilmachungsmaßnahmen hervorgerufen worden sei, die jeder Berechtigung entbehrten und überdies einen in seiner Auswirkung höchst bedenklichen Schritt darstellten".

Zum Schluß erinnerte Moltke den polnischen Außenminister an die Besprechung von Berchtesgaden am 5. Januar 1939, in der Hitler in bezug auf Polen

„die Aufrechterhaltung der Verständigungspolitik in den Vordergrund gestellt hätte und legte dar, daß die jetzigen Vorschläge gerade das Ziel verfolgten, die deutsch-polnischen Beziehungen auf eine gesunde und dauerhafte Grundlage zu stellen, wobei wir allerdings auch etwas Einsicht von polnischer Seite erwarten müßten" (ADAP VI Dok. 118).

Ribbentrop beurteilte die polnische Mobilmachung zurückhaltend; sein Rat an Hitler lautete:

„Falls nach einer gewissen Beobachtungsfrist die polnischen militärischen Maßnahmen nicht abgebaut werden, wäre Herr Lipski erneut auf die hierdurch entstehende schwierige Lage aufmerksam zu machen und darauf hinzuweisen, daß die Entwicklung, falls sie so weiterginge, schlecht enden würde" (ADAP VI Dok. 101).

Die Motive Chamberlains

Ribbentrop nimmt (S. 161 f.) mit Recht an, daß Beck die ablehnende Instruktion an Lipski erst erteilt hat, nachdem er der Zusage der britischen Regierung auf seinen Gegenvorschlag gegen den „Viererpakt" sicher war. Dieser Gegenvorschlag bestand bekanntlich darin, daß Beck statt des „Vierer"-Paktes einschließhch der Sowjetunion eine unmittelbare britisch-polnische Allianz wünschte, die dem polnischen Staat außer der militärischen Unterstützung Englands das Ansehen einer Großmacht einbringen würde.

Daß die britische Regierung einer so weitgehenden und allen Traditionen widersprechenden Forderung nachgegeben und Verpflichtungen übernommen hat, die sie aus eigener Kraft nicht erfüllen konnte, erklärt Ribbentrop mit dem Rückhalt, den die englischen Staatsmänner in Amerika gefunden hatten:

„Ich behaupte - und nicht nur die Potocki-Akten beweisen es -, daß diese besonderen Sicherungen für England in einer Zusage Roosevelts gelegen haben, daß die Vereinigten Staaten an dem kommenden Kriege teilnehmen würden, wenn England und Frankreich zuerst losschlügen.

England konnte von sich aus einen Krieg gegen Deutschland nicht beginnen, ohne einen Anlaß, der vom englischen Volke verstanden würde. Ein solcher Grund, der als Berechtigung erscheinen konnte, Deutschland den Krieg zu erklären, war zweifellos die Erfüllung eines verpflichtenden Versprechens Polen gegenüber, ihm im Falle eines Angriffs Hilfe zu leisten. Damit trat die Ehre Großbritanniens und ihre Wahrung in den Vordergrund.

Die Wendung in der britischen Politik war so bedeutend, daß England sie nicht von einer unklaren Haltung Polens abhängig machen konnte. Die britische Regierung hat sich deshalb zu dem von Polen gewünschten Bündnis zweifellos erst dann bereitgefunden, nachdem der polnische Außenminister die bindende Erklärung abgegeben hatte, gegenüber den deutschen Forderungen bewaffneten Widerstand zu leisten.

Diese polnische Erklärung war die Voraussetzung für die Garantie Englands, das sich seinerseits wieder auf die USA stützte; die Folge des britischen Blankoschecks aber war das polnische ‚Nein' gegenüber Deutschland.

Aus diesen Zusammenhängen aber geht deutlich hervor, daß letzten Endes der amerikanische Präsident Roosevelt das polnische ‚Nein' veranlaßt und damit den europäischen Konflikt hervorgerufen hat" (Ribbentrop S. 167).

Die inzwischen bekannt gewordenen Dokumente und Aussagen der Beteiligten haben allerdings zusätzliche Umstände beleuchtet, die Ribbentrop in Nürnberg, als er seine Aufzeichnungen niederschrieb, noch nicht kennen konnte.

Chamberlain war - trotz der „Druckmittel", von denen der USA-Botschafter Bullitt so häufig sprach — nicht geneigt, die britische Politik von den Entschließungen des amerikanischen Präsidenten völlig abhängig zu machen. Der Premierminister erwartete die totale Veränderung der internationalen Lage nicht etwa infolge eines langdauernden Krieges, der nur mit Hilfe der USA gewonnen werden konnte und der das Empire ruinieren mußte, er setzte vielmehr seine Hoffnungen auf die Beseitigung Hitlers und den „Kollaps seines Systems" (Feiling S. 418).

Zu den in amtlichen Aktenpublikationen nicht verzeichneten und dennoch historisch wichtigen Dokumenten zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges gehört der nachstehende, erstmals im Londoner Sunday Expreß vom 8. November 1953 veröffentlichte Bericht des im Jahre 1939 in Berlin tätigen britischen Journalisten Jan Colvin:

„ Warum Churchill zu mir sagte:
‚Sie gaben den Startschuß zum Krieg'"

Als britischer Reporter in Berlin in der Vorkriegszeit unterhielt ich durch Leute des geheimen Widerstandes besondere Beziehungen zum Deutschen Generalstab.

Anfang März 1939, unmittelbar vor der Besetzung von Prag, sagten diese Männer einen Versuch zur Abschneidung des polnischen Korridors gegen Ende des Monats voraus.

Am 26. März beschloß ich, nach London zu fliegen. Denn ich glaubte nicht, daß Sir Neville Henderson, der britische Botschafter, die Neuigkeit so weitergab, wie ich ihren Tatbestand kannte. Und ich war sicher, daß der Einfluß des Schatzamtes in Downing Street schlechte Nachrichten entweder unterdrückte oder bagatellisierte, bevor sie das Kabinett erreichten.

In London suchte ich unverzüglich Mr. Winston Churchill in seiner Wohnung in Westminster-Gardens auf. Mr. Churchill betonte sofort mit Nachdruck, daß ich mit Lord Halifax sprechen und dabei nichts auslassen sollte.

Im Foreign Office waren die ersten Leute, die ich traf, Mr. Rex Leeper, Leiter der Nachrichtenabteilung des Foreign Office und Sir Alexander Cadogan, der Unterstaatssekretär. Sie arrangierten es für mich, daß ich bei Lord Halifax Tee trinken sollte.

In der Zwischenzeit ging ich rasch ins Schatzamt hinüber, um den Finanzminister zu sehen.

Sir John Simon legte die Fingerspitzen aneinander.

‚Entsinnen Sie sich des letzten Krieges, Colvin?' (Ich war 26.)

‚Nein, Sir.'

‚Richtig, richtig; Sie verstehen, worauf ich hinaus will; aber, wie wollen Sie heute Deutschland aufhalten?'

‚Blockade, Sir.'

‚Sie wissen, daß das Krieg bedeutet?'

‚Ja, Sir.'

‚Welche Entscheidung auch getroffen werden wird', sagte Sir John Simon, ‚Sie können versichert sein, daß völliges Einverständnis zwischen dem Premierminister, Lord Halifax und mir bestehen wird.'

Von Sir Johns Büro wurde ich durch einen unterirdischen Gang zum Foreign Office geleitet, der vom Schatzamt direkt zum Foreign Office führte. Es war die mit Lord Halifax verabredete Zeit.

Lord Habfax forderte mich auf, neben ihm auf einem alten abgeschabten Ledersofa Platz zu nehmen. Er schien an diesem 29. März 1939 von einer stolzen und entschlossenen Idee getragen zu sein. Ich legte die tragische Geschichte des September 1938 dar, in der - nach meiner Ansicht - größere Festigkeit von Seiten Englands dazu geführt hätte, daß Hitler von seinem eigenen Generalstab gestürzt worden wäre.

Ich erzählte ihm von dem drohenden Angriff auf Polen*. Sofort nahm er den Telefonhörer auf.

‚Den Premierminister bitte.' ...‚Ich möchte gerne, daß Sie Herrn Chamberlain sagen, was Sie soeben mir gesagt haben.'

Mit aufgeschlagenen Mantelkrägen eilten Lord Halifax und ich nach Whitehall hinüber und erreichten Mr. Chamberlains Zimmer im Unterhaus.

Es ist immer ein unfreiwilliger Schock, einem berühmten Manne zu begegnen und wahrzunehmen, wie er immer er selbst ist.

*** Zu dieser unzutreffenden Information vgl. S. 317 und 332.**

Mr. Neville Chamberlain trug einen schwarzen Rock und Hosen mit dünnen Streifen, einen hohen Kragen und einen dick geknoteten Schlips. Eine schwere goldene Kette schmückte seine dunkle Weste. Lord Dunglass kam in den düsteren, grauen, gotischen Raum. Sir Alexander Cadogan hatte uns vom Foreign Office begleitet. Außerdem war ein kleiner, ruhiger, unbekannter Mann anwesend, der einen bedeutenden Posten im Secret Service einnahm.

Ich setzte mich und wurde ersucht, meinen Bericht über die Situation in Deutschland zu wiederholen, was ich so sorgfältig wie möglich tat, wobei ich abermals die bevorstehende Bedrohung des polnischen Korridors und Danzigs betonte.

Mr. Chamberlain starrte in seiner unpersönlichen Art vor sich hin und rieb mit Finger und Daumen die weiche Haut seines Halses. ‚Erzählen Sie dem Premierminister, was Sie mir vorher erzählten über die Männer in Deutschland, die gegen Hitler sind', sagte Lord Halifax freundlich, ängstlich darauf bedacht, daß ich ja meine ganze Geschichte wiederhole.

Ich fand es nicht ganz einfach, eine Geschichte zu erzählen, die auf den kapitalen Fehler Chamberlains hinwies, daß er überhaupt nach Berchtesgaden gegangen war.

So taktvoll als möglich sprach ich von den Plänen, die in Berlin zum Sturze Hitlers gefaßt worden waren, wenn Deutschland in einen Krieg auf allen Fronten im September 1938 verwickelt werden sollte und von der Schatten-Regierung, die die Revolution geleitet haben würde.

‚Welches sind die Namen?' wurde ich gefragt. Und so nannte ich zwei von ihnen: Ewald von Kleist und Herbert von Bismarck, den früheren preußischen Unterstaatssekretär des Innern, sowie den General Ludwig Beck, den zurückgetretenen Generalstabschef des Generalstabes und General von Witzleben. (Von diesen lebt nur noch Bismarck.)

Plötzlich fragte Sir Alexander Cadogan:

‚Was würde die Wirkung sein, wenn wir Polen garantierten?'

Dies war das erste Wort, das ich je von einer Garantie an Polen gehört hatte.

‚Es würde die Lage in Deutschland erleichtern' (it would help the Situation in Germany) sagte ich.

Neville Chamberlain saß da und starrte und fingerte an seinem Hals herum.

Dann fragte er:
,Was haben diese anderen Deutschen uns anzubieten?'
Meine Antwort war, daß ich darüber nur dann berichten könnte, wenn ich abermals mit ihnen gesprochen hätte.
Ich versuchte den Premierminister dahin zu beeindrucken, daß Hitler nicht wirklich ein Schutzdamm gegen den russischen Bolschewismus sei und sagte, ,Deutschland wird nicht dem Bolschewismus verfallen, wenn Hitler fällt. Wenn wir ihn nicht aufhalten, wird er sich nach Osten ausbreiten und uns in zwei Jahren angreifen.'
Chamberlain nickte.
,Würde es einen guten Eindruck in Deutschland machen', fragte Sir Alexander, ,wenn Mr. Chamberlain sein Amt an Lord Halifax abträte?'
Sofort wurde eine gewisse Spannung im Raum fühlbar. Nur Chamberlain und Halifax schienen in diesem Augenblick gelassen. In der Tat, ich glaube nicht, daß eine solche Frage oft an einen so jungen Menschen gestellt wurde.
Aber ich antwortete, daß Mr. Chamberlain die Achtung und Zuneigung vieler Deutscher besäße. So lange er im Amte sei, könne eine starke politische Linie verfolgt werden, ohne Hitler die Möglichkeit zu geben, daß er sagen könne, Deutschland werde ,eingekreist'. Chamberlain nickte und zog an der Haut seines Halses. ,Seien Sie vorsichtig', sagte Sir Alexander, als ich das Zimmer des Premierministers verließ.
Kurz danach war Mr. Chamberlain mit sich im klaren, und Lord Halifax sandte ein Telegramm an Sir Howard Kennard in Warschau, das ihn anwies, dem Oberst Beck eine Anglo-Polnische Garantie vorzuschlagen, die sofort im Unterhaus verkündet werden sollte*.
Als ich am 31. März 1939 wieder nach Berlin zurückkam, war die Garantie an Polen bereits verkündet. Die Nazis waren zuerst

*** Diese Vermutung Colvins wird von der amtlichen Aktenpublikation nicht bestätigt. Vor allem geht aus der Unterredung des US-Botschafters Bullitt mit Lukasiewicz vom 24. März hervor, daß bereits an diesem Tage Polen ein englisch-französischer Garantiepakt durch die Vermittlung Roosevelts angeboten wurde — vgl. S. 322 —. Am 29. März waren die Verhandlungen mit Polen bereits nahezu abgeschlossen. Es handelte sich nur noch um kleine Textkorrekturen; die offizielle Verkündigung der Polengarantie erfolgte am 31. März 1939.**

wie vor den Kopf geschlagen und wütend. Unter den Linden traf ich den britischen Geschäftsträger Sir George Olgilvie-Forbes.

,Ich habe eine Nachricht für Sie von Lord Halifax', sagte er. ,Sagen Sie Colvin, er soll niemandem den Eindruck geben, als sei die Britische Regierung an Unterhandlungen mit irgendjemandem interessiert, außer mit der ordentlichen Regierung von Deutschland.'

Das war die letzte Verbindung zwischen mir und Lord Halifax.

Später schien Chamberlain - nach meiner Beurteilung - es bereut zu haben, die polnische Garantie gegeben zu haben. Sie kennzeichnete das Ende der Beschwichtigung, aber nicht den Beginn einer Politik der Stärke. Denn er ratifizierte sie erst fünf Monate später. Und zu dem Zeitpunkt war Hitler davon überzeugt, daß England sie keineswegs einhalten werde.

Bei Kriegsende besuchte ich Mr. Churchill, der in seinem Bett aufsaß. Seine Gedanken waren bereits neuen Problemen zugewandt. Aber als er sich der Vergangenheit erinnerte, sagte er schmunzelnd: ,So, Sie haben den Krieg überlebt. Und Sie waren es, der ihn begann mit jener Garantie an Polen."'

Auch der britische Historiker Taylor hat diesen journalistischen Bericht mit Recht zur Beurteilung der Motive Chamberlains in der so mysteriösen Angelegenheit der Polen-Garantie herangezogen. Taylor schreibt über diese Märztage 1939:

„Gerüchte von deutschen Truppenzusammenziehungen an der polnischen Grenze tauchten auf, genau so, wie es ähnliche Gerüchte deutscher Truppenzusammenziehungen gegen dieTschechoslowakei am 21. Mai 1938 gegeben hatte. Diese neuen Gerüchte waren wiederum grundlos. Sie scheinen von den Polen ausgestreut worden zu sein. Sie wurden aber dabei von einigen deutschen Generalen unterstützt, die behaupteten, Gegner von Hitler zu sein. Diese Generale ,warnten' die britische Regierung. Mit welcher Absicht? Um es Großbritannien zu ermöglichen, Hitler dadurch abzuschrecken, daß es ihn mit einem Krieg bedrohte? Oder daß es ihn um seinen Krieg betrügen könnte, indem es die Polen dazu brachte, wegen Danzig nachzugeben? Vielleicht war es eine Kombination von beiden mit einer Neigung zum zweiten. Auf jeden Fall informierten diese Generale den Korrespondent der ,News Chronicle', der gerade aus Deutschland ausgewiesen wurde; er seinerseits

alarmierte das Foreign Office. Er fand willige Zuhörer. ... Es ist wahr, daß kein Alarm vom britischen Botschafter in Berlin kam. Aber das Foreign Office war von ihm bei früheren Gelegenheiten irregeführt worden, oder glaubte es zu sein; jetzt zog es die Berichte der Journalisten vor" (Taylor S. 210f.).

Die Behauptung von einem Ende März 1939 angeblich unmittelbar bevorstehenden deutschen Angriff auf Polen und einem Handstreich auf Danzig, die in allen diesen Dokumenten immer wieder auftaucht, obwohl sie zu Hitlers damaligen tatsächlichen Weisungen im Widerspruch steht, gehört zu den Unwahrheiten, die Geschichte gemacht haben. Was Colvin dem britischen Premierminister davon erzählte (vgl. S. 335), was Beck dem amerikanischen Botschafter erklärte (vgl. S. 323), stimmt überein mit dem Tenor des von der Opposition im deutschen Auswärtigen Amt irgendwann im März 1939 ausgearbeiteten „Telegrammentwurfs" und Weizsäckers Brief an Botschafter von Moltke (vgl. S. 326). Es wurden hier vermutlich die gleichen Ziele verfolgt wie im September 1938 — der Ausbruch eines Konfliktes sollte nicht vermieden werden, vielmehr als Startschuß zum Sturze Hitlers dienen.

Man hätte erwarten können, daß Hitler auf die polnische Herausforderung zwischen dem 22. und 28. März 1939 mit einer Revision seiner politischen Absichten gegenüber Warschau reagiert hätte. Das war jedoch nicht der Fall. Hoggan urteilt über Hitlers Motive:

„Die polnische Freundschaft war nach seiner Auffassung für das Wohl des deutschen Reiches eine Notwendigkeit. Darum blieb Hitler auch angesichts der polnischen Provokation in der Woche nach der Teilmobilisierung am 23. März 1939 ruhig... Große Ziele waren nach seiner Ansicht nicht mühelos zu erreichen, und darum weigerte er sich, die Lage als tragisch anzusehen. Hitler blieb bei der Hoffnung, ein Abkommen zwischen Beck und Habfax würde sich zerschlagen. Dann hätte Deutschland neue Möglichkeiten, seine Beziehungen zu beiden Mächten zu verbessern" (Hoggan S. 443).

DER BRITISCH-POLNISCHE GARANTIEVERTRAG UND SEINE FOLGEN

Chamberlains Erklärung

Am 30. März 1939 entwarf der britische Premierminister Chamberlain eigenhändig eine Zusicherung an die polnische Regierung: Wenn

„irgendeine Aktion getätigt werden sollte, die eindeutig ihre Unabhängigkeit bedrohe und der die polnische Regierung deshalb mit ihren nationalen Streitkräften widerstehen zu müssen glaube, so würde ihr die Regierung Seiner Majestät und die französische Regierung sofort jede in ihren Kräften stehende Unterstützung leihen" (Taylor S. 211).

Noch am gleichen Nachmittag las der britische Botschafter in Warschau Chamberlains Garantie-Zusicherung dem polnischen Außenminister vor. Taylor (S. 211) schreibt dazu:

„Beck akzeptierte sie ‚zwischen zwei Zigarettenzügen'. Zwei Zigarettenzüge, und britische Grenadiere würden für Danzig sterben. Zwei Zigarettenzüge, und das illusorische große Polen, im Jahre 1919 gegründet, unterzeichnete sein Todesurteil. Die Zusicherung war bedingungslos; es war allein dem polnischen Urteil überlassen, ob sie abgerufen werden sollte."

Taylor kritisiert Chamberlains „Anmaßung", denn sie setzte nach seiner Ansicht von nun an voraus, daß

„Hitler weiter fortfahren würde, sich mit den Zuständen in Danzig, die die meisten Engländer seit langem als unerträglich angesehen hatten, zufriedenzugeben und daß Stalin sich zu einer Zusammenarbeit bereitfände, die offensichtlich auf Ungleichheit beruhte."

Chamberlain hatte seine Zusicherung zwar im Namen Frankreichs abgegeben, jedoch ohne die französische Regierung vorher um ihr Einverständnis zu befragen. Es blieb ihr nun keine Wahl, als nachträglich zuzustimmen, allerdings mit der Bemerkung, daß „sich nach ihrer Ansicht Polen in keiner direkten Gefahr befand".

Chamberlain hatte, wie Taylor unterstreicht, von Warschau keine Gegenleistung erhalten:

„keine Bedingung, daß sich Polen in Danzig vernünftig verhalten werde, kein polnisches Versprechen zur Unterstützung Rumäniens; keine Aussicht dafür, daß Polen mit Sowjetrußland zusammenarbeiten würde" (Taylor S. 212).

An Botschafter Kennard in Warschau richtete Lord Halifax einen Erlaß, den Hoggan (S. 451) aus den British Documents anführt. Darin wird sogar ausdrücklich betont, daß man sich in London entschieden hatte, „die Frage des Aggressors zu ignorieren". Man wolle die Hilfszusage an Polen „nicht nur auf Fälle unprovozierter Aggression beschränken". Auch wenn die Polen es wären, die „Deutschland zum Kriege zwängen", wünsche die englische Regierung nicht, „daß Großbritannien neutral bleibe".

Am 3. April 1939 gab Premierminister Chamberlain im Unterhaus eine offizielle Erklärung über die Garantie an Polen ab, in der er ihre außergewöhnliche Bedeutung mit starken Worten unterstrich:

„Soweit von unseren traditionellen Ideen in dieser Hinsicht abgewichen zu sein, wie ich es im Auftrage Seiner Majestät Regierung am Freitag getan habe, bildet in der Tat einen so wichtigen Markstein in der britischen Politik, daß ich mit Sicherheit sagen zu können glaube, daß dieser Entschluß ein Kapitel für sich erhalten wird, wenn es einmal zum Schreiben der Geschichtsbücher kommt. ... Wenn die Unabhängigkeit des polnischen Staates bedroht sein sollte - und wenn sie bedroht sein würde, so habe ich keinen Zweifel, daß das polnische Volk jedem Versuch hierzu Widerstand leisten würde dann besagt die Erklärung, die ich

abgegeben habe, daß Frankreich und wir selbst Polen unverzüglich zur Hilfe kommen würden" (Freund II Dok. 48).

Der damalige französische Ministerpräsident Daladier erklärte dazu: „Die Engländer sind jetzt bereit, ihre Grenzen nicht mehr am Rhein, sondern an der Weichsel zu sehen" (Freund II S. 102).

Der rumänische Außenminister Gafencu äußerte sich rückblickend noch schärfer: „Polen eignete sich weniger als jedes andere Land dazu, den Brennpunkt europäischer Solidarität darzustellen" (Freund II S. 102). Und der heutige Zeitgeschichtler Professor Freund stellt sogar fest: „Das britische Beistandsversprechen an Polen ist der Wendepunkt der europäischen Dinge. England hat den Würfel geworfen. ... Es ist keine gute Sache, die sich jetzt Großbritannien ausgesucht hat, um sie als Vorwand für die Niederschlagung der drohenden deutschen Hegemonie zu verwenden" (Freund II S.102).

Beck in London: „Bündnis im Zwielicht"

Am 4. April 1939, einen Tag nach Chamberlains Unterhausrede über den englisch-polnischen Garantiepakt, traf Oberst Beck in London ein, um mit Chamberlain und Hahfax die gegenseitige Beistandserklärung, die seit dem 22. verhandelt und am 31. März in London öffentlich verkündet worden war, vertraglich zu fixieren. Das Protokoll über die Verhandlung des polnischen Außenministers mit den englischen Staatsmännern überschreibt Michael Freund mit dem Titel: „Bündnis im Zwielicht" (Freund II Dok. 49).

Beck hatte seinen britischen Gesprächspartnern gegenüber, die in ihrer Argumentation von einer deutschen Expansionspolitik ausgingen, keinen leichten Stand. Er betonte für Polen und England die „Gegenseitigkeit der Verpflichtung". Die britischen Staatsmänner legten jedoch den Schwerpunkt

der Unterhaltung auf die Sowjetunion, worauf Beck erklärte, wie „gefährlich" es angesichts der großen Spannung zwischen Moskau und Berlin sei, „Rußland in irgendeine Diskussion einzubeziehen". Denn

„zwei Dinge seien für Polen unmöglich, nämlich seine Politik von Berlin oder von Moskau abhängig zu machen."

Da Polen bis jetzt lediglich verpflichtet war, Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs zu Hilfe zu kommen, erklärte Halifax,

„daß es für England lebenswichtig sei, zu wissen, ob Polen an Englands Seite stehen würde, wenn es (England) von Deutschland angegriffen würde. ... Oberst Beck antwortete, daß dies ganz eindeutig so sein würde."

Auf die Frage des englischen Außenministers, ob England

„dasselbe Maß der Unterstützung durch Polen erhalten könnte, wenn Deutschland Holland, Belgien, die Schweiz oder Dänemark angreife",

versprach Beck, diese Frage zu diskutieren. Hinsichtlich der englischen Forderung, daß ein Angriff in Westeuropa genau so zu behandeln sei wie ein Angriff in Osteuropa, zeigte sich Beck zurückhaltend. Er führte aus, daß

„Polen selber wenig Verpflichtungen dieser Art übernommen habe, und es eine sehr ernste Sache für das Land sein würde, neue derartige Verpflichtungen auf sich zu nehmen."

Auf die weitere Frage von Lord Halifax, ob

„ein Abkommen zwischen Polen und Großbritannien über einen gegenseitigen Beistand eine provokative Wirkung auf Deutschland haben werde, sagte Oberst Beck, daß er keine definitive Antwort geben könne. Solch ein Abkommen würde eine sehr wichtige Sache für Deutschland sein, wenn auch nicht so wichtig wie ein Abkommen zwischen Polen und Rußland. Er glaube, daß der polnisch-französische Vertrag eine gute Analogie sei, und er erinnerte sich, daß Hitler selbst gesagt habe, er habe nichts gegen diesen Vertrag einzuwenden, da er keine Absicht habe, Polen oder Frank-

reich anzugreifen. Er habe daher auch nichts gegen einen wechselseitigen Vertrag dieser Länder. Dasselbe könnte für einen polnischen Vertrag mit Großbritannien gelten."

Halifax kam dann auf das Hauptanliegen Englands, nämlich

„wie man ein Höchstmaß von Mitwirkung der Sowjetunion erreichen könne, ohne daß sich gefährliche Konsequenzen daraus ergeben."

Der britische Außenminister wußte um die Tragweite seiner Frage und ging deshalb von der Hypothese aus,

„daß Polen, Großbritannien und Frankreich zusammen in Schwierigkeit gerieten und daß es dann wichtig wäre, daß Polen die russische Route für den Nachschub von Kriegsmaterial gebrauchen könnte."

Beck erklärte demgegenüber,

„daß das Ziel der Anstrengungen, die man jetzt mache, auf die Aufrechterhaltung des Friedens gerichtet sein müsse. Es müsse daher darauf geachtet werden, die Gefahr des Krieges nicht näherzubringen. Polen sei seinerseits bereit, seine Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern, aber nicht zu erweitern. Es sei wichtig, einen Konflikt nicht zu provozieren."

An diesem neuralgischen Punkt schaltete sich Chamberlain ein und zeigte Verständnis für die

„Schwierigkeiten von Herrn Beck, die Sowjetunion in eine Diskussion hineinzubeziehen, weil das mit Wahrscheinlichkeit einen Konflikt heraufbeschwören könnte. Er stimme zu, daß man vorsichtig sein müsse."

Die Frage der Einbeziehung der Sowjetunion war schon vor Becks Reise auf diplomatischem Wege erörtert und im Sinne der polnischen Wünsche vorerst entschieden worden. Bereits am 27. März 1939 hatte Halifax den britischen Botschafter Kennard in Warschau dahin unterrichtet, Polen hätte sich „aus Gründen, welche ich zu schätzen weiß", geweigert, mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten. Halifax erwartete, daß sich „später" doch noch eine Möglichkeit ergäbe, an die Sowjetunion heranzutreten (Hoggan S. 450).

Chamberlain gab dem polnischen Außenminister gegenüber der Hoffnung Ausdruck, den Frieden erhalten zu können. Aber da Hitler, ein „Individuum", das, „milde ausgedrückt, starken Emotionen unterworfen" sei, könne er

„einen Konflikt heraufbeschwören mit der alleinigen Begründung, daß Großbritannien und Polen ein Abkommen geschlossen hätten. Es sei notwendig, auf eine solche Eventualität vorbereitet zu sein."

Beck aber, der zuvor betont hatte, daß in den deutsch-polnischen Beziehungen „im Augenblick eine Art von Windstille" eingetreten sei, daß sich Polen also nicht bedroht fühle, betrachtete im Gegensatz zu England als die „ernsteste Frage die Kolonialfrage". Nun stellte Chamberlain an den polnischen Außenminister die entscheidende Anfrage:

„Einmal angenommen, Großbritannien, Frankreich und Polen befänden sich im Kriege mit Deutschland, wie wolle Polen diesen Konflikt durchfechten? Es habe eine schöne Armee und einige Luftstreitkräfte, aber er höre, daß seine Artillerie nicht sehr stark sei und daß auch seine Befestigungen nicht mit denen an der Westfront vergleichbar seien. Polens Streitkräfte würden ohne Zweifel einen tapferen Kampf liefern, aber wenn seine Munition ausgehe, wo könne es diese ergänzen außer von der Sowjetunion her, einmal angenommen, daß eine Belieferung durch die Sowjetunion möglich wäre?"

Mit anderen Worten: Die mangelnde britische Unterstützung sollte durch den fraglichen Beistand Rußlands wettgemacht werden, der von Beck wiederholt abgelehnt worden war und über den Chamberlain selbst gesagt hatte, daß er „mit Wahrscheinlichkeit einen Konflikt mit Deutschland heraufbeschwören könnte". Beck durchschaute die britischen Gedankengänge und erinnerte seine Gesprächspartner an die katastrophale Lage Polens während des Ersten Weltkrieges. Er erklärte, daß er sich nicht „aller verfügbaren Argumente berauben" lassen wolle, einen Konflikt „so lange als möglich" zu verhindern. Außerdem habe er

„aus seinen Unterhaltungen mit Deutschland die Überzeugung mitgenommen, daß es Deutschland sehr schwerfallen würde, einen Krieg gegen Polen anzufangen. Jegliche Assoziation zwischen Polen und Rußland könnte diese Entscheidung näherbringen."

Chamberlain ließ nicht locker, er wolle zwar nicht drängen,

„Rußland offen hereinzubringen. Aber es sei notwendig, der praktischen Frage ins Gesicht zu sehen. Wenn trotz aller Anstrengungen Krieg ausbräche, was dann?

Beck mußte daraus erkennnen, daß Polen trotz seiner Einwände an Rußland gebunden werden sollte. Dennoch heß er in diesem entscheidenden Augenblick dem Schicksal seinen Lauf und erklärte lediglich:

„Polen werde sich bei allen Unterhaltungen fernhalten, die möglicherweise Seiner Majestät Regierung mit der Sowjetregierung pflegen wolle. Polen werde sich nicht dabei beteiligen und die Angelegenheit dem Urteil Seiner Majestät Regierung anheimstellen, obwohl es weiterhin skeptisch bleibe."

Der Premierminister stellte daraufhin eine weitere Frage, indem er bemerkte,

„daß die Gefahr einer Einbeziehung Rußlands nicht länger bestehen würde, wenn Deutschland und Polen bereits im Kriege miteinander wären. Wenn in diesem Falle die Regierimg Seiner Majestät es zustandebringen würde, daß die Sowjetunion eine Unterstützung durch Kriegsmaterial gewähre, würde dieser Beistand Polen willkommen sein?"

Nochmals antwortete Beck ausweichend:

„Er sei nicht in der Lage, irgendeine Vereinbarung anzunehmen, die zur Wirkung haben könnte, Polen mit der Sowjetunion - und sei es auch nur mittelbar - in Verbindung zu bringen. ... Er könne seine Haltung durch folgendes veranschaulichen: Für Polen seien zwei Dinge wesentlich: 1. daß es nicht abhängig von Deutschland sei und 2. nicht abhängig von der Sowjetunion".

Die vorangegangenen Gespräche mußten Beck indes klar gemacht haben, daß dies ein Wunschtraum bleiben würde. Polens Abhängigkeit von England sollte schließlich in der Tat in der Abhängigkeit von der Sowjetunion enden.

Chamberlain ging auch auf die rumänische Frage ein, die ihn bekanntlich wegen des neuen Wirtschaftsabkommens mit Deutschland beunruhigte. Obwohl es über den Tilea-Schwindel (vgl. S. 305 f.) keinen Zweifel mehr gab, stellte Chamberlain es als möglich hin, „daß Rumänien der Schauplatz des nächsten deutschen Anpralls" sein werde. Er fragte Beck:

„Wenn Deutschland die Kontrolle über Rumäniens Quellen an öl und Weizen erlange, ob das nun direkt oder indirekt geschehe, würde das für Deutschland einen großen Machtzuwachs bedeuten und eine Schwächung der anderen Seite? ... Was wäre in einem solchen Falle zu tun?"

Der polnische Außenminister wies diese Möglichkeit als rein „theoretisch" zurück und schlug vor, daß Großbritannien selbst den Rumänen „wirtschaftlich" helfen solle. Er lehnte die Forderung Chamberlains ab, Rumänien den polnischen Beistand zuzusichern, gab aber zu, daß Polen „die Rüstungsindustrie Rumäniens organisiere".

Chamberlain wollte weiter wissen, „ob Deutschland je eine Autobahn gefordert habe". Beck antwortete ausweichend,

„daß nichts, was geschehen sei, über das Stadium von Gesprächen hinausgedrungen sei. Keine geschriebenen Forderungen seien je der polnischen Regierung überreicht worden. ... Er zweifle, ob Deutschland einen Konflikt mit Polen wegen lokaler Dinge dieser Art riskieren würde. Er füge privat und vertraulich hinzu, daß es möglich sei, daß Herr von Ribbentrop der Erfinder einiger dieser Ideen sei, aber er zweifle, ob sie die Zustimmung seines Chefs gefunden hätten. ... Wenn Polen eine feste Haltung wegen Danzig einnehme und besonders ein fait accompli nicht dulden werde, dann geschehe das nicht wegen Danzig an sich, sondern aus Prinzip. ...Danzig sei eine Art Symbol geworden" (Alle vorangegangenen Zitate über diese Besprechung siehe Freund II Dok. 49).

Beck hatte also die deutschen Forderungen „nicht wegen Danzig an sich" abgelehnt und trotzdem erhob er diese deutsche Stadt zum „Symbol" Polens. Durch Kennard kannte

die britische Regierung die deutschen Vorschläge vom 24.Oktober 1938, über die nicht nur Ribbentrop, sondern auch Hitler mit Oberst Beck im Januar 1939 verhandelt hatten, ganz genau (vgl. S. 279). Offiziell aber gab Beck erst Ende April 1939 dem britischen Botschafter in Warschau Kenntnis von den Vorschlägen der deutschen Regierung und teilte ihm mit, daß er sie zurückgewiesen habe. In einer britischen Aktennotiz ist dazu vermerkt:

„Oberst Beck ließ es an Offenheit fehlen, als er versäumte die Tatsache zu offenbaren, daß diese Forderungen ihm durch die Deutschen vorgelegt wurden und daß er sie zurückwies. ... Oberst Beck ist auf jeden Fall dafür bekannt, daß er mit der Wahrheit haushälterisch umgeht" (Documents on British Foreign Policy, Serie III, Band V, Dok. 268 Anm. 3, Freund II S. 201).

Als Ergebnis des Beck-Besuches in London wurde ein Kommunique veröffentlicht, in dem es hieß:

„Die Gespräche mit Herrn Beck haben sich über ein weites Gebiet erstreckt und gezeigt, daß die beiden Regierungen sich über gewisse allgemeine Grundsätze in völliger Übereinstimmung befinden. Man ist übereingekommen, daß die beiden Länder bereit sind, ein Abkommen abzuschließen, das bleibend und gegenseitig sein und das die gegenwärtige, vorübergehend gültige und einseitige Zusicherung der britischen an die polnische Regierung ersetzen soll. Herr Beck versicherte der britischen Regierung, daß die polnische Regierung sich bis zum Abschluß des dauernden Abkommens für verpflichtet erachte, der britischen Regierung Beistand zu leisten, unter denselben Bedingungen, die in der von der britischen Regierung gegenüber Polen bereits abgegebenen vorläufig gültigen Zusicherung enthalten sind" (Freund II Dok. 50).

Freund schreibt dazu, daß Oberst Beck „in London weitergegangen ist, als er beabsichtigt hatte und als er ermächtigt war". Der polnische Außenminister habe „nur Vollmacht gehabt, ein Geheimbündnis zwischen England und Polen abzuschließen", aber er sei dann doch „einen öffentlichen Pakt mit Großbritannien" eingegangen (Freund II S. 123).

Beck selbst bestätigt in seinen Erinnerungen,

„er sei sich sehr wohl bewußt gewesen, daß dieses Bündnis die schon bestandenen Beziehungen zu Deutschland noch weiter verschärfen mußte. Es sei dies aber das letzte wirksame oder wenigstens ein wirksames Mittel gewesen, um Polen einen mächtigen Verbündeten zu sichern" (Beck S. 191).

Hoggan urteilt zusammenfassend (S. 201):

„Der Versuch Englands zur Entfaltung eines deutsch-polnischen Konflikts ... hatte den denkbar schlimmsten Einfluß auf die polnische Politik. Der Glanz eines kommenden englisch-polnischen Bündnisses machte die polnische Führung blind gegen die praktischen Vorteile einer Verständigung mit den Deutschen. Ein Bündnis mit England mußte die Feindschaft Deutschlands und der Sowjetunion gegenüber Polen unvermeidlich machen, ohne Polen den geringsten militärischen Vorteil zu bieten. Ein Bündnis mit England mußte gleichbedeutend mit einem Todesurteil für den neuen polnischen Staat werden."

Es wird noch davon zu berichten sein, daß sich die polnische Regierung sogar zu einem geheimen Zusatzabkommen bereit fand, in dem festgelegt wurde, daß das britische Hilfeversprechen nur gegenüber Deutschland, nicht aber gegenüber Rußland gelten solle (vgl. S. 442).

Hitlers Antwort an England und Polen am 28. April 1939

Angesichts der polnischen Teilmobilmachung und des neuen britisch-polnischen Bündnisses, das ausschließlich gegen Deutschland gerichtet war, revidierte Hitler sowohl seine bisherige England- wie seine Ostpolitik. Hoggan schreibt über dieses Problem:

„Es wäre verständlich gewesen, wenn Hitler... die Schlußfolgerung gezogen hätte, daß eine deutsch-polnische Verständigung unmöglich sei. Das war nicht seine Art. Man hatte ihm auch im Juni 1934 nach seinen fruchtlosen Gesprächen mit Mussolini in Venedig gesagt, es bestehe keine Aussicht auf eine deutsch-italienische Verständigung, und schon damals hatte er sich gewei-

gert, das zu glauben. Er blieb geduldig und später gelang es ihm, die Freundschaft Mussolinis zu gewinnen. Nach seiner Ansicht mußte man auch mit Beck und den übrigen polnischen Führern Geduld haben, weil die Freundschaft Polens ein bedeutendes Ziel war. Genau so entschlossen war er, mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten Geduld zu üben, in der Hoffnung, daß die deutschen Beziehungen zu diesen beiden Mächten eines Tages auf eine feste und befriedigende Grundlage gestellt werden könnten. Man hätte erwarten können, durch die von Halifax am 20. März 1939 begonnene Einkreisung wäre Hitler in seinen Hoffnungen auf ein dauerhaftes Abkommen zwischen England und Deutschland eines Besseren belehrt. Doch war das keineswegs der Fall. Große Ziele waren nach seiner Ansicht nicht mühelos zu erreichen, und darum weigerte er sich, die Lage als tragisch anzusehen. Hitler blieb bei der Hoffnung, ein Abkommen zwischen Beck und Halifax würde sich zerschlagen. Dann hätte Deutschland neue Möglichkeiten, seine Beziehungen zu beiden Mächten zu verbessern. Die Herausforderung Polens vom 23.-26. März 1939 veranlaßte Hitler keineswegs zur Revision seiner politischen Absichten" (Hoggan S. 443).

Zunächst ließ Hitler sich Zeit. Erst am 28. April 1939 nahm er in einer Reichstagrede Stellung zur neuesten internationalen Entwicklung. Er antwortete dem britischen Premierminister auf dessen Behauptungen, die Auflösung der Tschechoslowakei habe dem von ihm und Chamberlain unterzeichneten Zusatzabkommen von München widersprochen.

„Diese Abmachung", so sagte Hitler u.a., habe sich nicht auf das Problem der Tschechoslowakei bezogen,

„sondern ausschließlich auf Fragen, die das Zusammenleben Englands und Deutschlands betreffen. Das geht auch eindeutig hervor aus der Feststellung, daß solche Fragen im Sinne des Münchener Abkommens und des deutsch-englischen Flottenvertrages, in Zukunft also freundschaftlich, behandelt werden sollten, und zwar auf dem Wege der Konsultierung. Wenn sich aber dieses Abkommen auf jede künftige deutsche Betätigung politischer Art bezogen haben würde, dann dürfte auch England keinen Schritt mehr unternehmen, sei es z.B. in Palästina oder woanders, ohne sich mit Deutschland erst zu konsultieren. Es ist selbstverständlich, daß wir dies nicht erwarten, ebenso aber lehnen wir jede ähn-

liche Erwartung, die an uns gestellt wird, ab. Wenn nun Herr Chamberlain daraus folgert, daß diese Münchener Abmachung damit hinfällig sei, weil sie von uns gebrochen worden wäre, so nehme ich nunmehr diese Auffassung zur Kenntnis und ziehe daraus die Konsequenzen" (zitiert nach Schulthess 1939, S. 100).

Trotzdem betonte Hitler auch in dieser Rede seinen immer gleichbleibenden Wunsch nach einer „engen deutsch-englischen Freundschaft und Zusammenarbeit". Er nannte den Bestand des britischen Weltreichs „einen unschätzbaren Wertfaktor für die ganze menschliche Kultur und Wirtschaft" und erkannte an, daß das angelsächsische Volk „ohne Zweifel eine unermeßliche kolonisatorische Arbeit auf dieser Welt vollbracht habe", die niemals zerstört werden dürfe. Er erinnerte daran, daß er in Verfolg seiner unentwegten Freundschaftspolitik gegenüber England von sich aus den Vorschlag einer freiwilligen Begrenzung der deutschen Seerüstung gemacht hatte.

„Diese Begrenzung setzte allerdings eines voraus, nämlich den Willen und die Überzeugung, daß zwischen England und Deutschland niemals mehr ein Krieg möglich sein würde. Diesen Willen und die Überzeugung besitze ich auch heute noch. Ich muß aber nunmehr feststellen, daß die Politik Englands inoffiziell und offiziell keinen Zweifel darüber läßt, daß man in London diese Überzeugung nicht mehr teilt, sondern im Gegenteil der Meinung ist, daß, ganz gleich, in welchen Konflikt Deutschland einmal verwickelt werden würde, Großbritannien stets gegen Deutschland Stellung nehmen müßte. Man sieht also dort den Krieg gegen Deutschland als etwas Selbstverständliches an. Ich bedauere dies tief, denn die einzige Forderung, die ich an England stellte und immer wieder stellen werde, ist die nach Rückgabe unserer Kolonien. Ich ließ aber keine Unklarheit darüber, daß dies niemals der Grund für eine kriegerische Auseinandersetzung sein würde. ... Ich habe mich immer nur im Rahmen jener Forderungen bewegt, die auf das engste mit dem deutschen Lebensraum zusammenhängen. ... Wir wollen nichts, was uns nicht einst gehört hat. ... Wenn nun England heute in der Publizistik und offiziell die Auffassung vertritt, daß man gegen Deutschland unter allen Umständen auftreten müßte und dies durch die uns bekannte

Politik der Einkreisung bestätigt, dann ist damit die Voraussetzung für den Flottenvertrag beseitigt. Ich habe mich daher entschlossen, dies der britischen Regierung mit dem heutigen Tage mitzuteilen."

Chamberlain hatte am 4. April gegenüber Beck für den Fall des englisch-polnischen Paktabschlusses die Wahrscheinlichkeit eines deutschen Angriffs auf England betont (vgl. S. 345), Hitler aber antwortete nur mit einer formalen Vertragskündigung, der er überdies noch die Bemerkung hinzufügte:

„Sollte die Britische Regierung aber Wert darauf legen, mit Deutschland über dieses Problem noch einmal in Verhandlungen einzutreten, dann würde sich niemand glücklicher schätzen als ich, um vielleicht doch noch zu einer klaren und eindeutigen Verständigung zu kommen."

Chamberlain hat darauf niemals reagiert, während die Reichsregierung genau vier Monate später, am 25. August 1939, noch einmal die Initiative ergriff, um im Zuge einer Lösung des deutsch-polnischen Problems zu einer endgültigen Einigung mit London zu kommen.

In seiner Rede vom 28. April wandte sich Hitler auch an Polen. Er habe 1934 den Nichtangriffspakt mit dem verstorbenen Marschall Pilsudski geschlossen, um das für Deutschland schmerzlichste Problem zu entgiften. Offen sei noch die Frage der deutschen Stadt Danzig geblieben, „die zu Deutschland will". Er habe jedoch „unentwegt die Auffassung vertreten, daß die Notwendigkeit eines freien Zugangs zum Meer für den polnischen Staat nicht übersehen werden kann", genau so wie Deutschland nicht für immer auf eine Verbindung mit Ostpreußen verzichten könne. Hitler gab dann erstmalig dem Reichstag und damit der Weltöffentlichkeit die deutschen Angebote an Polen vom 24. Oktober 1938 zur Kenntnis:

„1. Danzig kehrt als Freistaat in den Rahmen des Deutschen Reiches zurück.

2. Deutschland erhält durch den Korridor eine Straße und eine Eisenbahnlinie zur eigenen Verfügung mit dem gleichen exterritorialen Charakter für Deutschland, als der Korridor ihn für Polen besitzt. Dafür ist Deutschland bereit: 1. sämtliche 'wirtschaftlichen Rechte Polens in Danzig anzuerkennen, 2. Polen in Danzig einen Freihafen in beliebiger Größe und bei vollständigem freien Zugang sicherzustellen, 3. damit die Grenzen zwischen Deutschland und Polen endgültig als gegebene hinzunehmen und zu akzeptieren, 4. einen 25jährigen Nichtangriffspakt mit Polen abzuschließen, also einen Pakt, der weit über mein eigenes Leben hinausreichen würde und 5. die Unabhängigkeit des slowakischen Staates durch Deutschland, Polen und Ungarn gemeinsam sicherzustellen, was den praktischen Verzicht auf jede einseitige deutsche Vormachtstellung in diesem Gebiet bedeutet.

Die polnische Regierung hatte dieses mein Angebot abgelehnt und sich 1. nur bereiterklärt, über die Frage des Ersatzes des Völkerbundskommissars zu verhandeln und 2. Erleichterungen für den Durchgangsverkehr durch den Korridor zu erwägen" (Schultheß 1939 S. 105).

Das Schlimmste von allem sei, daß Polen unter dem Druck der Welthetze - ähnlich wie die Tschechoslowakei im Jahre zuvor — eine Mobilmachung angeordnet habe, „obwohl Deutschland seinerseits nicht einen einzigen Mann eingezogen hat und nicht daran dachte, irgendwie gegen Polen vorzugehen". Hitler fuhr fort:

„Die Deutschland nunmehr von der Weltpresse einfach angedichtete Angriffsabsicht führte in der Folge zu den Ihnen bekannten sogenannten Garantieangeboten und zu einer Verpflichtung der polnischen Regierung für einen gegenseitigen Beistand, der also Polen unter Umständen zwingen würde, im Falle eines Konfliktes Deutschlands mit irgendeiner anderen Macht, durch den wieder England auf den Plan gerufen würde, nun seinerseits gegen Deutschland militärisch Stellung zu nehmen. Diese Verpflichtung widerspricht der Abmachung, die ich seinerzeit mit dem Marschall Pilsudski getroffen habe. Denn in dieser Abmachung ist ausschließlich Bezug genommen auf bereits, also damals bestehende Verpflichtungen, und zwar auf die uns bekannten Verpflichtungen Polens Frankreich gegenüber. Diese Verpflichtungen nachträglich zu erweitern, steht im Widerspruch zur deutsch-pol-

nischen Nichtangriffspakterklärung. ... Ich sehe deshalb damit das von mir und dem Marschall Pilsudski seinerzeit geschlossene Abkommen als durch Polen einseitig verletzt an und damit als nicht mehr bestehend! Ich habe dies der polnischen Regierung mitgeteilt."

Auch in diesem Falle betonte Hitler ausdrücklich, daß dies keine Änderung seiner „grundsätzlichen Einstellung" zu den deutsch-polnischen Problemen bedeute:

„Sollte die polnische Regierung Wert darauf legen, zu einer neuen vertraglichen Regelung der Beziehungen zu Deutschland zu kommen, so werde ich das nur begrüßen, allerdings unter der Voraussetzung, daß eine solche Regelung dann auf einer ganz klaren und gleichmäßig beide Teile bindenden Verpflichtung beruht. Deutschland ist jedenfalls gerne bereit, solche Verpflichtungen zu übernehmen und dann auch zu erfüllen."

Diese immer noch versöhnliche Einstellung Hitlers gegenüber London und Warschau entsprach seiner Grundkonzeption. Sein Einvernehmen mit England und seine Partnerschaft mit Polen waren ja die Voraussetzungen für Deutschlands Frontstellung gegen den östlichen Bolschewismus. Oberst Beck aber war in London aufgefordert worden, im Notfalle russische Kriegshilfe anzunehmen, denn England hielt es „für wünschenswert, sich Rußland nicht zu entfremden, sondern es immer im Spiel zu halten" - so drückte sich Lord Halifax gegenüber dem rumänischen Außenminister Gafencu am 26. April 1939 aus, zwei Tage vor Hitlers Reichstagsrede (British Foreign Policy Serie III, Band V, Dok. 280, zitiert nach Taylor S. 227). Nach Taylors Ansicht glaubte die britische Regierung, „jeweils die russische Hilfe wie einen Wasserhahn nach Beheben an- und abdrehen" zu können (Taylor S. 227).

Jedenfalls war durch das britisch-polnische Bündnis die russische Frage aufgeworfen worden — und zwar durch die englische Regierung.

DANZIG

Die Lage im Mai-Juni 1939

Nach Hitlers Reichstagsrede folgten weitere Monate deutschen Abwartens in der Danzig-Korridor-Frage. Hitler ließ die Tür für neue Verhandlungen sowohl mit England wie mit Polen offen und versuchte seinerseits Zwischenfälle zu vermeiden.

Jeder Blick in die Weltpresse und alle Berichte, die ihn aus Danzig und Polen erreichten, mußten ihm allerdings zeigen, daß die Gegenseite die von ihm gewünschte Beruhigung der Lage nicht zuließ. Nach Hoggan (S. 475)

„steigerten sich die polnischen Provokationen derartig ins Extreme, daß Hitler, entsprechend den traditionellen Praktiken der Staaten untereinander, sehr bald mehr als ausreichend berechtigt war, mit Polen Krieg zu führen."

Hitler hatte sich nach dem Garantie-Pakt darauf beschränkt, am 11. April 1939 interne Weisungen an die Wehrmacht zu erteilen, in denen er im sog. „Fall Weiß" von der Erklärung ausging: „Das deutsche Verhältnis zu Polen bleibt weiterhin von dem Grundsatz bestimmt, Störungen zu vermeiden" (ADAP IV Dok. 185). Sollte allerdings Polen seine Politik „gegenüber Deutschland umstellen und eine das Reich bedrohende Haltung einnehmen", so könne eine Abrechnung erforderlich werden, um „eine den Bedürfnissen der Landesverteidigung entsprechende Lage im Osten zu schaffen". Da die polnische Teilmobilmachung vom 24. März 1939 nicht rückgängig gemacht wurde, stellte Hitler in der Bespre-

chung vom 23. Mai 1939 zwar den kommenden Konflikt in Rechnung, jedoch erst für 1943/44 (ADAP VI Dok. 433). Dieser sog. „Kleine Schmundt-Bericht", der in Nürnberg als „Beweisstück USA 27" Dokument „79-L" vorlag und die Gedankengänge Hitlers wiedergeben soll, ist allerdings ähnlich zweifelhaft wie das Hoßbach-„Protokoll". Feldmarschall Keitel z. B. hat die Niederschrift über die Besprechung vom 23. Mai 1939 zwischen Hitler und den obersten militärischen Befehlshabern erstmals in Nürnberg zu sehen bekommen (IMT X S. 577).

Hitlers Haltung angesichts der militärischen Einkreisung Deutschlands in jenen Wochen war riskant. Das erfaßte der britische Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, als er am 14. Mai 1939 an den Unterstaatssekretär Cadogan im Foreign Office in London schrieb. „Manche Deutsche", so meinte Henderson, befürchteten,

„daß wir in jedem Falle darauf abzielen, Deutschland anzugreifen, sobald wir uns dazu stark genug fühlen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Hitler sich letzten Endes sagt, daß seine Chancen heute günstigere sind, als wenn wir erst einmal noch besser gerüstet sein werden. ... Ja, es gibt viele Deutsche, die glauben, daß in England Kräfte vorhanden sind, die den Krieg für unvermeidlich halten, und wenn, dann lieber heute als morgen. Ich selbst frage mich voller Bedauern, ob nicht die letztere Ansicht vielleicht die richtige sei. Wird in fünf oder zehn Jahren Deutschland nicht immer noch und weit mehr zu fürchten sein, als das heute schon der Fall ist? Wenn dem wirklich so wäre, wäre es dann nicht besser heute als morgen, wenn schon der Krieg unausweichlich ist" (British Documents Serie III, Band V, S. 804, zitiert nach Burckhardt S. 281).

In der berechtigten Sorge, daß die moralische Position der englischen Regierung in der Danziger Streitfrage schwach sei, schrieb Henderson einige Tage später - am 23. Mai 1939 - an seinen langjährigen Mitarbeiter Kirkpatrick:

„Hat die Regierung Seiner Majestät irgendwelche Vorschläge zu einer richtigen Lösung der Danziger Frage? Es genügt nicht,

dem Diktator einfach Nein zu sagen in einem Fall, wo Grund zur Beschwerde vorliegt. Man muß auch die entsprechende Abhilfe finden, sonst hat das Nein nur ephemere Bedeutung" (British Documents Serie III, Band V, Dok. 605, zitiert nach Burckhardt S. 281).

Hier wurde der Kern des Problems angesprochen. Die britische Politik hatte sich in Wirklichkeit darauf festgelegt, über eine „entsprechende Abhilfe" für Danzig nicht mehr zu debattieren.

Burckhardt wieder im Spiel

Nach langer Abwesenheit kehrte der Hohe Kommissar, Professor Burckhardt, Anfang Juni 1939 wieder nach Danzig zurück, nachdem er sich am 21. Mai mit Lord Halifax in Genf getroffen und anschließend Berlin und Warschau besucht hatte.

Dem Völkerbund hatte er bereits im Mai 1939 berichtet, daß nach seiner Ansicht

„es für Polen keine Möglichkeit gebe, die Eingliederung Danzigs ins deutsche Reichsgebiet hinzunehmen. Die Erhebung aber Danzigs zur freien Reichsstadt könnte von unabsehbarer Nachwirkung sein, eine Vertretung dieser ‚freien Reichsstadt' im deutschen Reichstag würde eine ständige Belastung der deutsch-polnischen Beziehungen bedeuten."

Er führte zwar an, daß

„es zur Entspannung der Lage entscheidend beitragen könnte, wenn Polen und Deutschland sich über die Erstellung einer Ostpreußen mit dem Reichsgebiet verbindenden Autostraße einigen könnten, der exterritoriale Charakter dieser Straße aber sei für Polen ebenfalls untragbar" (Burckhardt S. 279).

Burckhardt sah eine „mögliche positive Lösung des Danziger Problems" lediglich in einer „effektiven Demilitarisierung des Danziger Gebiets", die eine „entsprechende Sicherung für Polen wäre".

Burckhardt hatte sich damit dem Völkerbund gegenüber eindeutig gegen die Rückgliederung der deutschen Stadt Danzig

und gegen eine internationale Verbindung durch den Korridor ausgesprochen. Trotzdem behauptet er, „die einzige noch vorhandene Entspannungsmöglichkeit" in direkten deutsch-polnischen Verhandlungen gesehen zu haben. Er hielt es für

„wertvoll, wenn man Berlin mitteilen könnte, das Dreierkomitee stelle sich positiv zu bilateralen Verhandlungen. Lord Halifax stimmte zu, daß es gut wäre, wenn, wenigstens auf der Oberfläche, die Lösung eine deutsch-polnische wäre" (Burckhardt S. 280).

Mit dieser dehnbaren „Instruktion" des britischen Außenministers trat Burckhardt wieder in Erscheinung. Seine Reise nach Warschau und Danzig unterbrach er in Berlin, wo er einen Abend mit dem Staatssekretär von Weizsäcker verbrachte. Über das Gespräch, das bei dieser Gelegenheit geführt wurde, gibt es nur kurze Berichte. Burckhardt teilte mit, nach Weizsäckers Ansicht sei es die beste Chance für den Frieden,

„daß England eine geschlossene Front, ‚ein drohendes Schweigen' wahre. Sonst würde Herr von Ribbentrop abermals mit seiner These Recht behalten, daß die Briten nicht marschieren würden. Er meinte, daß die Tür zu Verhandlungen offengehalten werden sollte, aber nur einen Spaltbreit" (Burckhardt S. 286).

Diese folgenschwere Aufforderung des deutschen Staatssekretärs, England solle „eine geschlossene Front, ein drohendes Schweigen" wahren, damit sein vorgesetzter Minister nicht noch einmal Recht behielte, muß für das Verständnis der weiteren Entwicklung ebenso im Gedächtnis behalten werden, wie der Umstand, daß dieser Bericht Burckhardts damals der britischen Regierung offiziell übermittelt wurde; der englische Außenminister war Präsident des Dreierkomitees des Völkerbundes für Danzig.

Nicht minder schwerwiegend war Weizsäckers Absage auf Burckhardts Frage nach der Präzisierung der deutschen Wünsche, indem er antwortete, „dafür sei es wohl zu spät"

(Burckhardt S. 286). Weizsäcker war sich aber darüber klar, wie Hitler hinsichtlich Polens verfahren wollte und daß es deshalb keineswegs „zu spät" war.

Burckhardt traf sich in Berhn auch mit dem polnischen Botschafter Lipski, der ihm seine Ansicht dahin äußerte: „Die Deutschen verlangten von uns, daß wir die Achse verlängerten'. ... Wir wären Satelliten gewesen wie die Italiener". Italien sei „verloren", ob Deutschland den Krieg gewinne oder nicht. Italien müsse sich „mit dem Westen" verbinden. „Italien wird der Achse treu bleiben, um Deutschland in eine ausweglose Lage zu treiben. Später wird es Deutschland preisgeben" (Burckhardt S. 296). Diese „klugen und hellsichtigen Worte" gab Burckhardt ebenso nach London weiter wie den Hinweis, daß Lipski „nunmehr fast nur noch durch die Italiener mit den Deutschen Kontakt habe", d. h. durch Botschafter Attolico, den Freund Weizsäckers (Burckhardt S. 286).

Auch mit Attolico traf sich Burckhardt; er nennt ihn einen

„der bestorientierten Botschafter im damaligen Berlin, niemand kannte die ewig wechselnde Konstellation unter den führenden Persönlichkeiten des Dritten Reiches so wie er" (Burckhardt S. 304).

Mit Attolico führte Burckhardt offene Gespräche. Der italienische Botschafter beklagte sich u. a., daß es in Deutschland keine Verschwörer gebe. Auf Burckhardts Einwand, daß doch die „Widerstandskräfte im Innern Deutschlands mächtig" seien, meinte Attohco, das seien „vereinzelte Konservative, Offiziere, bisweilen auch Sozialisten, aber sie haben keinen Zusammenhang, keine Methode, sie sind unvorsichtig, leichtsinnig". Er fragte: „Wo finden Sie zwischen Rosenheim und Eydtkuhnen einen Talleyrand?" Es gebe nur einen Mann, den Staatssekretär von Weizsäcker, der

„versucht, dieses schwerste Spiel zu spielen, er ist ein deutscher Patriot und auch in seiner Weise ein Europäer, er tut alles mit bewundernswerter Anspannung, um den Krieg zu verhindern, niemand kann ihn bei irgend etwas behaften, keiner kann ihn

überführen, das einzige, was für ihn gefährlich werden kann, ist der Leichtsinn, die Naivität und die Indiskretion der sogenannten Verschwörer. Nehmen Sie beispielsweise einen Mann wie Hassel, er redet und schimpft drauflos, er will immer alles den Engländern sagen und meint, sie hätten nur ein einziges Interesse, eine starke, konservative, mit Ideen von Tirpitz durchsetzte nationale Regierung in Deutschland, womöglich eine Monarchie, einer solchen Regierung hätte dann England volle Sympathie entgegenzubringen, Sympathie aufgebaut auf einen gemeinsamen ‚Gentleman-Begriff'; all das ist dumm wie Vorstellungen von Kadettenschülern. ... Weizsäcker, er steht mit Fritsch, mit Beck, mit Witzleben in Verbindung, auch mit Hassel, aber wenn er erreichen will, was sein Ziel ist, wird er gezwungen sein, unter Umständen den einen oder den anderen preiszugeben, das ist unvermeidlich" (Burckhardt S. 306f.).

Attolico betonte, daß Weizsäcker der einzige sei, mit dem er ,,im vollsten Vertrauen zusammenarbeite". Burckhardt drückte auch bei dieser Gelegenheit seine eigenen Wünsche klar aus; es sollte kein Mittel unversucht bleiben, die

„deutsche Opposition zu stärken; es ist die falsche Nachgiebigkeit der Westmächte, die diese Opposition zugrunde richtete" (Burckhardt S. 308).

Hier ist sie wieder - die These vom September 1938, die auch Burckhardt damals unterstützte (vgl. S. 202): das Verlangen der deutschen Oppositionellen nach britischer Unnachgiebigkeit!

In einen Bericht an den Völkerbund ließ Burckhardt die Formel aufnehmen, er (Burckhardt) habe

„über einen bestmöglichen Ausweg aus der gegenwärtigen Sackgasse nachgedacht, sah ihn aber nur in einer Sinnesänderung der deutschen Führerschicht und eventuell in einem Wechsel der Führung" (Burckhardt S. 292).

Einem Politiker, der mit solchen persönlichen Ansichten im Juni 1939 erneut sein Amt als „Hoher Kommissar" in Danzig antrat, konnte die Vermittleraufgabe, die ihn dort erwartete, nicht leicht fallen.

In Danzig eingetroffen, sah Burckhardt seine Aufgabe zunächst im Sammeln von Informationen, die er nach London weitergab. Die in Berlin angeknüpfte Verbindung mit dem italienischen Botschafter Attolico wurde auf geheimnisvolle Weise weitergepflegt. In einem Brief an Mr. Makins im Foreign Office berichtete Burckhardt (S.310ff.) am 5. Juli 1939:

„Um mich über die wirklichen Motive Forsters (des Danziger Gauleiters) zu orientieren, habe ich drei Maßnahmen ergriffen:

Erstens habe ich den italienischen Vizekonsul gebeten, sich im Flugzeug nach Berlin zu begeben und sich dort durch seinen Botschafter unterrichten zu lassen, anstatt täglich in großer Aufregung in meinem Bureau nach Nachrichten zu fragen. Ich bat ihn, mich Herrn Attolico zu empfehlen und ihm zu sagen, daß ich oft an unser letztes Gespräch dächte. Herr Prati verreiste hierauf und suchte mich nach seiner Bückkehr am nächsten Tage auf. Der Botschafter hat ihn beauftragt, mir zu sagen, daß zur Zeit nichts geschehen würde, es handle sich nur um Versuche und Provokation, und der Wille, einen allgemeinen Konflikt zu vermeiden, herrsche in Berlin immer noch vor. Prati setzte aus eigenem Antrieb hinzu, der Botschafter sei erstaunt gewesen über den Mangel an Begeisterung, der bei der Danziger Bevölkerung für den Anschluß vorhanden sei. Als er mich verließ, sagte er mir: ‚Der Botschafter bat mich, Ihnen zu sagen, er sei überzeugt, daß die Situation nicht gefährlicher sei als vor vier Wochen und weniger gefährlich als vor 14 Tagen'; er habe hinzugesetzt: ‚Angenommen, daß man mir in Berlin die Wahrheit sagt, in bezug auf diesen Punkt scheine er einige Bedenken zu hegen.'

Mein zweiter Schritt bestand darin, mich beim Polizeipräsidenten (Froboess) zu informieren. Er leugnete die Berechtigung meiner Befürchtungen nicht und mit Heftigkeit bezeichnete er Forsters Maßnahmen als unreif und unsinnig. Er desolidarisierte sich völlig vom Gauleiter. Ich gebe diese Information weiter, indem ich um die Vorsicht bitte, die das Vertrauen, das mir Herr Froboess in vielen Fällen schon bewiesen hat, verdient.

Dritter Schritt: ich begab mich nach Ostpreußen, wo ich den Gauleiter dieser Provinz, Koch, gesehen habe. Bevor ich diesen persönlichen Gegner und Konkurrenten Forsters sah, hatte ich zwei Gespräche, die recht interessant waren, das eine mit einem hohen Offizier, das andere mit einem Großgrundbesitzer. Der erste

sagte mir, vor einiger Zeit habe der General von Reichenau zu einem schwer erkrankten Kameraden gesagt, ‚wir können und wollen in diesem Sommer keinen Krieg riskieren'. Der andere (der Großgrundbesitzer) erwähnte hauptsächlich die Neuigkeiten, die er aus der Umgebung Görings erhielt und die besagten, daß die offiziell und offiziös so guten Beziehungen zu Italien in Wirklichkeit, aus Gründen, auf die ich zurückkomme, recht schwierig seien. Ich erwähne hier nur eine sehr bezeichnende Anekdote ... Gauleiter Koch begann mit der üblichen Phrase, niemand wünsche den Krieg. ... Er erklärte: .Dieser polnisch-deutsche Konflikt ist wohl nur ein Vorwand für anderes. Ich weiß, daß der Führer bereit wäre, jedes Vorgehen in dieser Richtung zu stoppen und eine Zeitlang den status quo zu dulden, wenn er nicht annehmen müßte, daß die gewonnene Zeit durch England für eine politische und strategische Vorbereitung ausgenützt werde, wenn er annehmen könnte, daß England imstande wäre, gewisse Expansionsnotwendigkeiten nach Osten, die für Deutschland nötig seien, zuzugeben.' Ich fragte: ‚Nach Osten?', ‚meinen Sie nicht Südosten?' Er nickte mit einem vielsagenden Blick, dann zu anderem übergehend erklärte er: ‚Der Führer hat im letzten September (München) gar kein Vertrauen gehabt, er war überzeugt, daß es sich nur um ein Manöver handele, einzig des Zeitgewinnes wegen. Der Tag aber, an dem er jedes Vertrauen verloren hat, war der 21. Mai 1938. (Burckhardts Anmerkung: Mobilisation durch die Tschechen von 170000 Mann und vor allem ein Fortissimo der Presse, man habe Hitler gezwungen, nachzugeben, die kollektive Sicherheit habe gesiegt.) Er ist völlig überzeugt, daß England das Deutsche Reich wieder niederschlagen will und daß alles, was er selbst unternimmt, infolgedessen Defensivcharakter hat und doch hat er, es ist nicht sehr lang her... auf dem Obersalzberg geäußert: ‚Ein europäischer Krieg könnte das Ende all unserer Bestrebungen sein, sogar wenn wir siegen sollten, denn das Verschwinden des britischen Reiches wäre ein nicht wieder gutzumachendes Unglück.'"

Koch habe hinzugefügt, daß Hitler aber alle Mittel, die ihm zur Verfügung stehen, anwenden werde, wenn man ihn „zum Kriegführen zwingen" wird. Der Gauleiter habe betont:

„Ich habe in letzter Zeit mit Engländern gesprochen, ich habe ihnen gesagt, was man in London wissen muß, sie werden es ausgerichtet haben. Es ist nötig, daß wir zusammenarbeiten, jeder

an seinem Platz unter der Bedingung, daß, wenn wir sie nicht mit ihren Angelegenheiten stören, sie sich nicht in die unsrigen einmischen."

Hier warf Burckhardt die an das Pilsudski-Eden-Gespräch 1935 (vgl. S.241) erinnernde Bemerkung ein:

„Man spricht mir immer vom englischen Weltreich, ich weiß nicht recht, was das heißen soll. England ist eine kleine Insel, und es ist naturgegeben, daß sie sich nicht erweitern kann."

In dem Gespräch habe Koch weiterhin vorgeschlagen, ein Zusammentreffen des Hohen Kommissars mit Hitler zu arrangieren, wobei Burckhardt wiederum nicht versäumt, eine angebliche Bemerkung des Gauleiters nach London weiterzugeben, daß dies allerdings „schwierig sein wird, weil Ribbentrop nicht will, daß man sich ihm (Hitler) nähere". Burckhardt wies darauf hin, daß eine deutsch-polnische Einigung immer noch möglich sei; er „höre aus guter Quelle, daß Beck durch einen Mittelsmann versucht hat, mit Ribbentrop wieder Kontakt aufzunehmen", und zwar wegen der Danziger „Zollfrage".

Burckhardts Beziehungen zu Attolico entstammten offenbar seine Hinweise auf die deutsch-italienischen Beziehungen. Sie waren, wie sich herausstellen sollte, noch verfrüht und bestätigten sich erst im August 1939. Den Bericht an Makins beendet Burckhardt mit einem Hinweis auf dieses Problem.

„In diesem privaten Brief, in der Absicht, Sie persönlich zu informieren, erlaube ich mir, einige Eindrücke wiederzugeben, die sich mir aus der jetzigen italienisch-deutschen Spannung ergeben haben" (Burckhardt S. 316).

Burckhardt schließt aus den „etwas sibyllinischen Aussprüchen des Gauleiters Koch" auf den „Kurswechsel" in den Zielen der jetzigen Politik Hitlers, die

„sich nicht hier (Danzig) befinden, sondern, wie ich nie aufgehört habe zu sagen, im Osten und Südosten. Es ist wegen dieser Tendenz, daß Rom in bezug auf die Politik Hitlers so nervös ist."

So wie der Nationalsozialismus „die Tschechoslowakei liquidiert" habe, „möchte er Polen einkreisen, schwächen, wehrlos machen, um dann vollkommen freie Hände zu haben". Aber da nach Burckhardts wiederholter Behauptung die wirklichen Ziele Deutschlands „im Osten und Südosten hegen", sieht er

„in dieser Tatsache einen der Gründe, die es möglich machen könnten, außerhalb von jedem ideologischen Amateurismus sich mit Italien zu verständigen. Man muß nicht vergessen, daß die Besetzung Albaniens, dieser zweischneidige Akt, gegen die deutschen Balkanaspirationen gerichtet sein konnte."

Diese Meinung des Hohen Kommissars Burckhardt zeigt, daß er sich mit England identifizierte und im gleichen Maße wie Chamberlain wünschte, die Achse am Rom-Ende gebogen zu sehen. Ihm erschien es leichter, „mit Italien zu verhandeln als mit Hitler". Ein Erfolg in Rom würde „eine stärkere Friedensgarantie bedeuten als ein westliches Abkommen mit Rußland", das - nach der Behauptung Kochs - „Hitler veranlassen könnte, augenblicklich durch einen Angriff zu reagieren". Die britische Regierung wird weiter darauf hingewiesen, daß

„die derzeitige deutsche Tendenz, Frankreich polemisch zu schonen, in Rom Anlaß zum Nachdenken gibt."

„Deutschland ohne seinen Achsenpartner würde selbst zugänglicher, es ließe sich sogar eine gewisse Veränderung seiner inneren Struktur denken. Jedoch, um dies zu erreichen, müßte man sich von ideologischen Vorurteilen in derselben Weise freimachen, wie man es Rußland gegenüber beständig tut."

„Jetzt natürlich hält sich der Faschismus als solcher für bedroht, und das kann ihn veranlassen, auf Seiten Deutschlands zu kämpfen, falls der Krieg ausbrechen sollte, ohne daß eine genügende diplomatische Vorbereitung Zeit gehabt hätte, sich in Rom auszuwirken. Es scheint mir, daß man im Begriffe steht, in bezug auf Italien denselben Fehler zu wiederholen, den man in Spanien gemacht hat" (alle vorstehenden Zitate bei Burckhardt S. 315f.).

Wieder zeigt Burckhardt hier seine wirkliche Auffassung: Indem er erneut auf einen möglichen Umsturz in Deutschland hinweist, empfiehlt er London, das britische Vorurteil gegen den Faschismus zu begraben, um sich mit Italien gegen das Reich zu verständigen.

Die britische Regierung nahm Burckhardts „privaten Brief" an Makins über die vermutete italienisch-deutsche Spannung so ernst, daß sie ihren Botschafter Percy Loraine zwei Tage später, am 7. Juli 1939, zu Mussohni schickte. Der britische Botschafter legte ihm „im Auftrage Chamberlains nachstehend skizzierte Gedankengänge" dar, die sich wiederum mit einem angeblich bevorstehenden deutschen Angriff auf Danzig befaßten:

„Es seien höchst merkwürdige Vorbereitungen im Gange; Menschen und Waffen, erstere als Touristen getarnt, kämen aus dem Reich nach Danzig, und dies sei Auftakt zur AnSchlußerklärung Danzigs an Reich durch Danziger Behörden, die begleitet würde von Entfaltung militärischer Machtmittel und Zusicherung militärischen Beistands durch deutsche Regierung für den Fall polnischer Gegenmaßnahmen. ...

Diese Entwicklung würde unzweifelhaft unmittelbar zu europäischem Kriege führen, da Großbritannien in seinem Entschluß, Verpflichtung Polen gegenüber einzuhalten, absolut einig sei, und für Frankreich das gleiche zuträfe. ...

Deutscher Anspruch auf Danzig könne mit Unterdrückung deutscher Bevölkerung nicht begründet werden, da Verwaltung Danzigs rein deutsch.

Wohlergehen Deutscher in Danzig abhänge vom polnischen Handel. Andererseits Polens wirtschaftliche Existenz abhänge von dem durch Danzig beherrschten freien Zugang zur See. Gegenwärtiges Danziger Regime trage, wenn es auch nicht vollkommen sei, doch diesen Tatsachen weitgehend Rechnung.

Anschluß Danzigs an Reich könne nicht hingenommen werden, da 1. Folge von Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung sein würde und 2. nach polnischer Auffassung Wunsch deutscher Regierung nach Anschluß nicht gefühlsmäßig, sondern durch Absicht bestimmt sei, Danzig als Waffe gegen Polen auszunutzen.

Abgesehen von schweren Sorgen für ihr Wirtschaftsleben, fürchtete Polen, mit dem Beispiel Tschechoslowakei vor Augen, daß Danzig als Teil des Reiches militärische Ausgangsstellung gegen Polen mit Zweck der schließlichen Vernichtung seiner Unabhängigkeit sein würde. Wenn diese Beurteilung ... richtig sei, dann sei es sicher, daß Anschluß Krieg bedeute, in den Italien, Großbritannien und manches andere Land, ohne daß sie heute untereinander Anlaß zum Streit hätten, hineingezogen würden" (ADAP VI Dok. 629).

Mussolinis scharf gehaltene „für Chamberlain bestimmte Antwort" vom 7. Juli 1939 auf die britische Falschmeldung eines angeblich direkt bevorstehenden „Handstreichs auf Danzig" ist im Hinblick auf die Ende August 1939 eingetretene Änderung der italienischen Haltung interessant und aufschlußreich. Mussolini erwiderte nach London:

„1. Wenn, wie Chamberlain feststelle, Danzig de facto deutsch wäre, so sähe er, Mussolini, keinerlei Grund, warum es nicht auch de jure deutsch werden solle.

2. Die polnische These, daß Danzig für den polnischen Handel usw. unentbehrlich, sei in dieser Form unhaltbar, denn Polen habe selbst sich in Gdingen einen eigenen Hafen geschaffen, zudem würde Danzig auch nach Rückkehr ins Reich Polen jederzeit für wirtschaftliche Ausnutzung zur Verfügung stehen. Er erinnere nur an die glückliche Lösung, die hinsichtlich des Hafens von Memel jetzt mit Litauen getroffen worden sei.

3. Militärisch ändere eine Rückkehr Danzigs ins Reich nichts, verbessere insbesondere nicht die strategische Position des Reiches, das über Ostpreußen und über die Slowakei verfüge.

4. Man dürfe nicht vergessen, daß die Politik der Annäherung zwischen Reich und Polen und der zehnjährige Pakt das ganz persönliche Werk des Führers seien, dieser daher durch den jetzigen Ablauf der Dinge persönlich getroffen und auf das schwerste enttäuscht sei.

5. Polen sei der Letzte, der sich auf die Entwicklung in der Tschechoslowakei berufen dürfe, denn Polen habe im entscheidenden Moment der schon am Boden liegenden Tschechoslowakei, ohne selbst noch irgendein Risiko zu laufen, den Gnadenstoß versetzt und sich mit einer Handlungsweise, die er nur als malhonnête bezeichnen könne, gleichsam zum Leichenräuber gemacht.

6. Was die gewünschte Abkühlung anlange, so sei in allererster Linie erforderlich, damit aufzuhören, die Polen noch weiter in ihre Kriegspsychose hineinzusteigern, statt sie auf dem Wege zu direkten polnisch-deutschen Verhandlungen vorwärtszutreiben.

7. Eine Rückkehr Danzigs ins Reich berühre in keiner Form die Integrität und Unabhängigkeit Polens, wohl aber würde im Falle eines Krieges das Schicksal Polens zum mindesten ungewiß sein, ja, darüber hinaus könne man wohl sagen, wie auch ein solcher Krieg für die Übrigen verlaufe, Polen würde von der Landkarte verschwinden.

8. Wenn die Engländer erklärten, unter allen Umständen bereit zu sein, die polnische These mit der Waffe in der Hand zu unterstützen, so dürfe nicht der leiseste Zweifel darüber obwalten, daß Italien in der gleichen Weise an der Seite Deutschlands stände" (ADAP VI Dok. 629, Sperrungen wie dort).

Diese Antwort Mussolinis wurde am gleichen Tage zusammen mit dem britischen „Aide-Mémoire" dem deutschen Botschafter von Mackensen durch Ciano übergeben. Der italienische Außenminister bemerkte dabei, daß er auf Anordnung Mussolinis dem britischen Botschafter die Bedeutung des Punktes 8 „noch einmal mit aller Deutlichkeit" betont habe. Das war die Haltung Mussolinis am 7. Juli 1939 und er setzte sich auch noch weitere sechs Wochen dafür ein, daß Polen freiwillig auf Danzig verzichten müsse.

Notenkrieg über die polnischen Zollinspektoren

In seinem bereits erwähnten Bericht vom 5. Juli 1939 hatte Burckhardt nach London geschrieben:

„Es ist bedauerlich, daß die Widerstandsfront gegen die deutschen Aggressionen sich um einen Punkt herum hat fixieren müssen, an dem gerade die moralischen Voraussetzungen Deutschlands relativ stark sind; da diese Fixation aber nun erfolgt ist, sollte man, scheint es mir, versuchen, das Problem mit Festigkeit anzupacken; unterstützt man frei formulierte und vernünftige polnische Vorschläge, so bringt man Hitler um die Initiative" (Burckhardt S. 316).

Burckhardt meinte mit diesen Andeutungen die inzwischen akut gewordene Danziger Zollfrage, zu deren Beilegung — nach Burckhardt — Außenminister Beck mit Ribbentrop Verbindung aufnehmen wollte. Die Zahl der auf Danziger Gebiet tätigen polnischen Zollinspektoren war seit Ende Mai stetig vermehrt worden, was zu örtlichen Zwischenfällen und Beunruhigungen führte.

Zunächst hatte Ende Mai 1939 wegen der berüchtigten „Kalthof-Affäre" — ein Deutscher war im Beisein polnischer Beamter erschossen worden - ein „Notenkrieg" zwischen dem Danziger Senat und dem polnischen Vertreter der Freien Stadt begonnen.

Aus den ADAP geht hervor, daß der Danziger Senatspräsident Greiser bereits am 16. und 24. Mai an den polnischen Gesandten Chodacki in Danzig wegen des Kalthof-Zwischenfalles schrieb, ohne Antwort zu erhalten, und daß er sich deshalb am 3. Juni 1939 erneut an Chodacki wandte

> „betreffend der Grenzzwischenfälle an der Liessau-Tczewer-Brücke ... und bei Liessau und bei Kohling sowie wegen weiterer Grenzüberschreitungen und Überfliegen der Danziger Grenze" (ADAP VI Dok. 470).

In diesem Schreiben hatte Greiser seiner Erwartung Ausdruck gegeben, „von der polnischen Regierung zumindest einen Ausdruck des Bedauerns" wegen der Ermordung des Danziger Max Grübnau zu erhalten und daß „die drei kompromittierten Beamten", Legationsrat Perkowski, Rat Dr. Sziller und Zollinspektor Swida abberufen würden. In einem zweiten Brief vom gleichen Tage (ADAP VI Dok. 470) stellte Greiser fest, daß „jetzt weit über hundert polnische Zollinspektoren auf Danziger Gebiet tätig sind", was nicht mehr mit dem „Abkommen von Paris 1920 und Warschau 1921 und dem polnisch-Danziger Übereinkommen vom August 1934" im Einklang stehe. Das Verhalten dieser polnischen Zollbeamten innerhalb und außerhalb des Dienstes gebe „zu

sich häufenden Klagen Anlaß". Obwohl er dafür Sorge getragen habe, daß die polnischen Beamten „ihren Dienst wie bisher völlig gesichert und ungehindert ausüben können", seien sie trotzdem „gefährdet". Er halte es deshalb „für notwendig, die Tätigkeit der polnischen Zollinspektoren mit sofortiger Wirkung auf die vertragsmäßige Grundlage einer generellen Kontrolle zu beschränken". Deshalb sollten in Zukunft die polnischen Beamten ihre „Amtshandlungen nicht mehr außerhalb des Dienstgebäudes" erledigen und auch den Danziger Zollbeamten keine „Anweisungen" mehr erteilen. Er habe nunmehr der Finanzabteilung des Senates die bisher auf polnischen Wunsch zurückgestellte Vereidigung der Danziger Zollbeamtenschaft „freigestellt". — Greiser hatte bereits fünf Monate zuvor in einem Schreiben vom 3. Januar 1939 Chodacki gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß die Zollbeamten „ebenso wie die anderen Danziger Beamten nur der Regierung der Freien Stadt Danzig Gehorsam schuldig seien" (ADAP VI Dok. 471 und Anm. 3).

Am 10. Juni 1939 wies die polnische diplomatische Vertretung in Danzig in einer Note die Vorwürfe gegen das Verhalten ihrer Zollinspektoren generell zurück und bezeichnete deren augenblickliche Zahl sogar „noch als unzureichend". Jede „Beschränkung" ihrer Rechte wurde abgelehnt: Im Falle einer Vereidigung der Danziger Zollbeamten werde erwogen, die Zahl der Inspektoren noch zu verstärken, da die Danziger Beamten nach Vereidigung angeblich „dann eine geringere Gewähr der Respektierung und der entsprechenden Anwendung der polnischen Zollvorschriften als bisher bieten werden" (ADAP VI Dok. 515).

Am 19. Juli 1939 griff Chodacki diese Frage erneut in einer Note auf, in der er sich beschwerte, daß auf die polnischen Schreiben vom 6. und 10. Juni „keine Antwort erteilt" worden sei. Chodacki verlangte in seiner neuen Note eine „unzweideutige Äußerung" des Danziger Senats, die „vertrags-

mäßige Tätigkeit der polnischen Zollinspektoren im Gebiete der Freien Stadt sicherzustellen" und kündigte „mit Wirkung vom 1. August 1939" an, daß die

„Kontrolle der polnischen Zollbeamten bei der Danziger Firma ‚Amada-Unida' eingestellt wird und die von dem Danziger Zollamt für den Veredlungsverkehr ausgestellten Bescheinigungen für Fettsendungen dieser Firma nach Polen nicht mehr anerkannt werden" (ADAP VI Dok. 702).

Dieses ultimative Schreiben übermittelte der Generalkonsul von Janson dem Auswärtigen Amt am 22. Juli und bemerkte dazu, daß das „gesamte Aktienkapital der Fabrik in holländischen Händen ist" und daß der holländische wie auch der englische Generalkonsul „mit der Angelegenheit befaßt werden", da sich ein Teil der Verwaltung „in England befindet". Der Senat sei sich über die zu erteilende Antwort „noch nicht schlüssig geworden" (ADAP VI Dok. 702).

Burckhardt teilte zu dem Zollinspektorenstreit mit, daß die „Anzahl dieser Beamten vertraglich durch keinen Text festgelegt war". Da aber im Laufe des Jahres 1939 das „Kontingent" der polnischen Inspektoren erhöht wurde, sei das Problem „plötzlich akut" geworden. Die Danziger hielten „die erreichte Zahl für unberechtigt" und behaupteten, „diese Leute trieben Spionage" (Burckhardt S. 326 f.). Als Folge davon habe der Senat versucht, die Polen „an der Ausübung einer wirksamen Einfuhrkontrolle zu verhindern".

Gegen die „vorerst inoffiziellen Störungsversuche" habe Chodacki am 19. Juli die schweren Vergeltungsmaßnahmen angedroht, die eines der „hauptsächlichsten Produktionsgebiete der Freien Stadt" betrafen. Die Unternehmungen für künstliche Fette, „Amada, Unida und Oleo führten für einen Gesamtbetrag von 15 Millionen Gulden im Jahr nach Polen aus", aber, wie Burckhardt fortfährt, hielten jetzt „die Polen in Dirschau sämtliche Produkte dieser modernen Industrien, auf welche die Danziger stolz waren, zurück". Burckhardt

war sich über die Vertragswidrigkeit der Maßnahmen Chodackis im klaren, denn er schreibt wörtlich:

„Wenn man die Summe von 15 Millionen mit den 120 Millionen der Gesamtexportziffer Danzigs vergleicht, so sieht man, in welchem Ausmaß die finanzielle und ökonomische Lage der Freien Stadt betroffen wurde. Dabei war am 22. Mai 1937, beim Abschluß der wirtschaftlichen Besprechungen, eine Konvention unterschrieben worden, welche den Zweck hatte, den Export der ‚Amada'-Produkte zu fördern, indem die von polnischen Inspektoren durchgeführte Kontrolle weitgehend erleichtert werden sollte" (Burckhardt S. 327).

Am 19. Juli hatte Polen gedroht, „den Vertrag zu kündigen, falls die polnischen Zollinspektoren in der Ausübung ihrer Dienstpflichten" behindert würden. Byrckhardt nennt es eine umstrittene Frage, „ob die bedingte Kündigung tatsächlich den Vertrag aufgehoben" hätte. Aber ohne Rücksicht auf diesen Rechtsbruch Polens wurden alle Lieferungen der Amada, deren Formulare nur die „Danziger Zollbeamten und nicht auch die polnischen Funktionäre ausgefüllt hatten", an der polnischen Grenze in Dirschau angehalten. „Da es sich um leicht verderbliche Ware handelte", schreibt Burckhardt, „waren große Verluste gewiß."

Die weiteren „Vergeltungsmaßnahmen" Chodackis bestanden darin, außerdem die „Heringstransporte" an der polnischen Grenze mit der Behauptung anzuhalten, die aus Danzig eingetroffenen Heringe stammten nicht aus Fängen der „Danziger Fischereiflotte in der Ostsee". Da es keine „spezielle Regelung" über diese Heringsfänge gab, betrachteten die Danziger die „Maßnahmen Polens als unfreundlichen Akt" (Burckhardt S. 327 f.). Damit hatte der „Margarine- und Heringskrieg" zwischen Danzig und Polen begonnen (vgl. ADAP VII Dok. 72).

Wegen dieser neuen wirtschaftlichen Sperrmaßnahmen bat der Vizepräsident des Senates, Huth, den Hohen Kommissar, bei der polnischen Vertretung zu intervenieren. Huth erklärte

sich bereit, die wirtschaftliche Frage „in einer wohlwollenden und endgültigen Weise zu lösen", wenn eine bestimmte Zahl der polnischen Inspektoren „abberufen werde, da die Danziger Polizei sie als Vertreter des polnischen Nachrichtendienstes betrachte". Aber die Polen lehnten es ab, auch nur einen ihrer Inspektoren zurückzuziehen, ebenso wie sie den Standpunkt des Senats verwarfen, der den „Zusammenhang der Angelegenheit der polnischen Zollinspektoren und der wirtschaftlichen Repressalien" nicht anerkannte. Chodacki stellte die Forderung, daß „Danzig nachgäbe". Burckhardt gibt keine Erklärung, warum seine „Intervention" ergebnislos blieb; er berichtet lediglich:

„Der Senat erwartete die Ergebnisse der Intervention, zu der Herr Huth mich aufgefordert hatte, aber die Zeit schritt fort. Die in Dirschau zurückgehaltene Ware ging zugrunde; der Senat ging also aufs neue vor und verlangte durch eine weitere Note die sofortige Aufhebung der Sanktionen, ansonsten er seine Maßnahmen gegen die Inspektoren verschärfen werde" (Burckhardt S. 329).

Schließlich kündigte Chodacki am 19. Juli die völlige Sperrung der Ausfuhr Danziger Fette nach Polen für den 1. August 1939 an.

Das war der Stand der Dinge, als Hitler durch den Gauleiter Forster an Burckhardt mit einer entscheidenden Bitte herantrat, die auf lange Sicht die ganze Lage in Danzig hätte ändern können.

Hitler will das Danzig-Problem vertagen

Am 19. Juli 1939 mittags 12 Uhr erhielt Burckhardt den Besuch des Danziger Gauleiters Forster, der kurz vorher von einer Reise zu Hitler nach Danzig zurückgekehrt war und ihm eine wichtige Eröffnung machte.

In einer Aufzeichnung, die der Danziger Senator Dr. Böttcher auf Grund von Mitteilungen Burckhardts zu den Akten gab (ADAP VI Dok. 693), heißt es darüber:

„Der Gauleiter habe ihm dann gesagt, daß Deutschland von seinen Forderungen wegen Danzig nicht ablasse, daß die Entwicklung jedoch noch ein oder zwei Jahre Zeit habe. Jedenfalls solle alles in ein ruhigeres Fahrwasser geleitet werden. Er werde allerdings den Zeitungsartikel, den er bereits vorher Herrn Burckhardt gezeigt habe, mit Einwilligung des Führers noch erscheinen lassen, dann aber würde die Danziger Presse den Auftrag erhalten, die Danziger Frage ruhen zu lassen und auch der Notenwechsel solle eingeschränkt werden. Deshalb wolle man den Hohen Kommissar mehr als bisher einspannen. ..."

Nach Burckhardts eigenem Bericht spielte sich diese Szene folgendermaßen ab:

„Forster erschien bei mir in großer Uniform mit weißer Mütze und weißen Handschuhen. In feierlicher Weise erklärte er mir: ‚Ich bringe Ihnen die neuesten Nachrichten vom Kanzler. Sein Standpunkt in bezug auf Danzig ist derjenige, den er in seiner Reichstagsrede formuliert hat, er ist unverändert. Mein Führer ist der Ansicht, alles müsse auf friedliche Weise gelöst werden, es sei nicht der Mühe wert, wegen Danzig einen Konflikt zu provozieren... Das Danziger Problem kann warten.' ‚Für wie lange?' fragte ich. ‚Drei Wochen, einen Monat oder mehr?' ‚Ein Jahr' antwortete er, ‚auch länger, nichts pressiert, wenn die Polen keine Dummheiten machen"' (Burckhardt S. 320).

Forster erklärte weiter:

„Man ist in Berlin unzufrieden mit der Art, in welcher der Senat mit Polen verhandelt hat. Dieser Notenkrieg war sehr ungeschickt. Mit diesen wahnsinnigen Polen riskiert man jeden Augenblick eine böse Überraschung. Sie müssen uns helfen. Schon als Sie zurückkamen, herrschte die Meinung vor, wir könnten mit diesen Kerlen nicht zu zweit an einem Tische sitzen. Sie werden im Sinne der Befriedung den größten Dienst leisten, wenn Sie jetzt die Funktionen wieder aufnehmen würden, die Ihre Vorgänger ausgeübt haben. Um uns zu helfen, seien Sie unser Vertreter bei den Polen und der polnische Vertreter bei uns" (Burckhardt S. 321, Sperr, i. Orig.).

In einer „dritten Besprechung", wenige Tage später, wiederholte Forster:

„alles, was er während der zweiten gesagt hatte, und zwar noch nachdrücklicher. Er sprach sogar von drei Jahren, während welcher hier nichts passieren sollte" (Burckhardt S. 325).

Hitler war also in jenen Tagen zu dem Ergebnis gelangt, daß seine Forderung auf Rückkehr Danzigs zum Reich auf sehr lange Sicht zurückgestellt werden und der Danziger Völkerbundskommissar als Mittelsmann eines „modus vivendi" tätig werden sollte.

Dies hätte die große Stunde Burckhardts sein können, die Gelegenheit, von seiner örtlich begrenzten Stellung aus eine entscheidende Wirksamkeit zur Beruhigung der europäischen Lage und damit zur Erhaltung des Weltfriedens zu entfalten. Burckhardt erfaßte die Bedeutung der ihm mitgeteilten Stellungnahme Hitlers. Er äußerte sich Dr. Böttcher gegenüber zustimmend, „wie richtig es sei, daß die Danziger Frage vorläufig zurückgestellt werde" (ADAP VI Dok. 693).

Aber es blieb bei dieser Bemerkung. In den entscheidenden zwei Wochen, die nun folgten, sollte sich herausstellen, daß der Hohe Kommissar untätig blieb, während die Polen die Danziger Situation zur Siedehitze verschärften, statt sie zu erleichtern. Burckhardt schildert kurz das Gespräch, in dem er Chodacki über Hitlers Schritt unterrichtete:

„Von Anfang an sah ich bei dem polnischen Vertreter, daß er sowohl erleichtert als auch überrascht war. Er stellte die Frage, die ich mir selbst gestellt hatte: ‚Sollte es sich um einen getarnten Rückzug handeln?' Dann seine zweite Frage: ‚Was bedeutet dieses Manöver?' Ich antwortete, für den Fall, daß es sich um einen Rückzug handeln sollte, müßte man es vor allem nicht sagen. Chodacki schien dann laut zu denken: ‚Es ist ein Manöver, um uns von unseren Alliierten zu trennen, man muß sich in acht nehmen'" (Burckhardt S. 322).

Das Burckhardt-Chodacki-Gespräch wandte sich dann einer Aufzählung aller „Verfehlungen der Danziger gegenüber der polnischen Minorität" zu. Chodacki habe aber schließlich erklärt, die damals umstrittenen polnischen Militärtransporte zur sog. Westerplatte im voraus anmelden und in dieser Transportfrage „nachgeben" zu wollen. In diesem Augenblick sei ihm telefonisch ein Zwischenfall gemeldet worden, bei dem angeblich einer seiner „treuen Grenzwächter unter den Augen seiner Frau ermordet" worden sei. Chodacki benutzte die Gelegenheit augenblicklich zu dramatischen Ausrufen: „Nein, nein, nein, ich werde nicht nachgeben, in nichts werde ich nachgeben, sie sollen haben, was sie verdienen. Mit diesen Leuten gibt es nur eines, Krieg!" Es geht aus Burckhardts Bericht nicht hervor, daß er den polnischen Bevollmächtigten angesichts dieser Drohungen zurechtgewiesen, oder daß er irgend einen ernsthaften Schritt im Sinne von Hitlers Vermittlungswunsch unternommen habe.

Mit der Rücknahme der Zusage Chodackis in der „Transportfrage" scheint sich Burckhardt abgefunden zu haben. Die Angelegenheit war örtlich von nicht geringer Bedeutung. Auf der Westerplatte war eine kleine polnische Garnison untergebracht. Nach der geltenden Regelung durfte

„gemäß einer Vereinbarung zwischen Polen und Danzig vom 22. Juni 1921 das polnische Kontingent 2 Offiziere, 20 Unteroffiziere und 66 Mann nicht überschreiten. Diese Bestimmung wurde von einer Ratssitzung des Völkerbundes vom 9. Dezember 1925 sanktioniert. Verstärkungen bedurften der Genehmigung des Völkerbundskommissars" (Burckhardt S. 28).

Der strittige Punkt bestand darin, daß die Polen in jenen Wochen ihre Garnison auf der Westerplatte durch unangemeldete Transporte laufend verstärkten — und zwar, wie sich später herausstellte, beträchtlich über das zulässige Kontingent hinaus. Eine ähnliche Situation war im Frühjahr 1933 aufgetreten; damals hatte der stellvertretende Hohe Kommissar

Rosting eingegriffen und den Abtransport der unzulässigen Verstärkung der Westerplatte-Besatzung durchgesetzt.

Inzwischen ging der „Notenkrieg" wegen der polnischen Zollinspektoren weiter. In zwei Noten vom 29. Juli 1939 stellte sich der Danziger Senat unter Anführung der entsprechenden Vertragsbestimmungen auf den Standpunkt, daß weder der Waren- noch der Grenzpersonenverkehr, noch die „Zahl der Danziger Zollbeamten eine Erhöhung der Zahl der polnischen Zollinspektoren in Danzig in irgend einer Weise rechtfertigen" (ADAP VI Dok. 749), da der Warenaustausch nicht größer, sondern geringer war als vor zehn Jahren (vgl. Hoggan S. 547). Außerdem wurde klargestellt, daß die polnischen Zollinspektoren „lediglich die ihnen Danzigerseits nie bestrittene Befugnisse hätten, eine generelle Kontrolle auf den Zolldienststellen auszuüben", aber keineswegs „in uneingeschränkter Freiheit auch außerhalb der Danziger Zolldienststellen spezielle Kontrollen" vornehmen dürften. Die zweite Danziger Note vom gleichen Tage bezeichnet die polnische Androhung, den Produkten der Amada-Unida den Export zu verweigern, als eine „unzulässige action directe", die den Senat zu „wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen" zwingen könnte (ADAP VI Dok. 749).

Angesichts der offenen polnischen Drohung mit den Ausfuhrsperren ab 1. August 1939 mußte der Senat auf Klärung drängen — jetzt entschied sich, ob ein „modus vivendi" in Danzig gefunden werden konnte, wie Hitler ihn wünschte.

Zunächst antwortete Chodacki auf die Noten des Senats nicht völlig negativ. Obwohl der polnische Minister die Feststellung des Danziger Senats über die vertragswidrig überhöhte Zahl der Zollinspektoren nicht anerkannte, erklärte er sich bereit, „weiterhin Möglichkeiten" für ein Zusammenleben Polens und der Freien Stadt Danzig zu suchen. Das sollte durch unmittelbare Besprechungen geschehen,

„sobald die Sachlage im Bereich sowohl der Tätigkeit der Danziger Zolldirektion als auch der Aufsicht über ihre Tätigkeit, die von der polnischen Regierung durch die dem Danziger Personal zugeteilten polnischen Zollinspektoren ausgeübt werden, zu dem normalen Zustand zurückkehrt" (ADAP VI Dok. 765).

Inzwischen hatte sich auch Burckhardt auf die Bitte Forsters „offiziell" in den Zollinspektoren-Konflikt eingeschaltet, woraus sich jedoch eine Verschärfung der politischen Lage ergab. Aus den Akten kann nur noch bruchstückweise rekonstruiert werden, was sich damals in Danzig und Warschau ereignete. Jedenfalls traf am 4. August 1939 in Berlin eine telefonische Durchsage des Generalkonsuls von Janson über das Chodacki-Burckhardt-Gespräch ein, in der es — anders als bei Burckhardt - heißt:

„Herr Burckhardt habe sich daraufhin mit dem polnischen Vertreter in Danzig, Chodacki, in Verbindung gesetzt, von dem er sehr unfreundlich empfangen worden sei (wohl im Hinblick auf Burckhardts Ansicht in der Zollinspektoren-Frage, die den Polen im wesentlichen unrecht gibt). In der Unterhaltung habe Herr Burckhardt, der Abrede mit dem Gauleiter entsprechend, Herrn Chodacki von dem Wunsch des Führers nach Entspannung in der Danziger Frage Kenntnis gegeben und erklärt, daß, wenn Polen in der Zollinspektoren-Frage nicht einlenke, Danzig Gegenmaßnahmen ergreifen werde. Chodacki habe zunächst lächelnd gefragt, was denn Danzig schon für Gegenmaßnahmen ergreifen könne; auf die Antwort Burckhardts, daß unter Umständen die Danziger Grenze nach Ostpreußen geöffnet werden würde, sei er ernst geworden und habe betont: Das bedeutet für Polen Krieg. Er werde sich nunmehr sofort mit Außenminister Beck in Verbindung setzen, um neue Informationen einzuholen. (Chodacki befindet sich zur Zeit in Warschau.)" (ADAP VI Dok. 771).

Diese Mitteilung des deutschen Generalkonsuls über Burckhardts Gespräch mit Chodacki wurde noch am 4. August 1939 dem Reichsaußenminister nach Fuschl telefonisch durchgegeben, „namentlich wegen der Grenzöffnung nach Ostpreußen", die Burckhardt zur Diskussion gestellt

hatte, ohne von deutscher Seite dazu aufgefordert worden zu sein (Anm. 3 zu Dok. 771 ADAP VI).

Was Chodacki in Warschau zu hören bekam, wissen wir nicht. Bekannt ist nur, daß er sofort nach Rückkehr jenes herausfordernde Ultimatum an den Danziger Senat richtete, das als einer der Ausgangspunkte für den Kriegsausbruch 1939 historisch geworden ist.

Das polnische Ultimatum vom 5. August 1939

Der Vorgang, um den es ging, ist fast grotesk. „Einer der polnischen Zollinspektoren" behauptete, von dem Präsidenten des Danziger Volkstages, Beyl, einen Brief des Inhalts erhalten zu haben, daß er und seine Kollegen vom Ö.August ab an der Ausübung ihrer Amtstätigkeit gehindert werden würden. „Der betreffende Inspektor übergab den Brief", der nicht von Beyl stammte, sondern „von einem unverantwortlichen subalternen Beamten, dessen Name zufällig dem des Volkspräsidenten ähnlich" war (Burckhardt S. 330), an Minister Chodacki. Dieser übersandte infolge des „Mißverständnisses", wie Burckhardt es nennt,

„in der Nacht vom 4. auf den S.August um 1 Uhr morgens dem Senatspräsidenten eine Note, die die Freie Stadt mit schwerwiegenden Druckmaßnahmen bedrohte, wenn der auf die Zollinspektoren bezügliche Befehl des Senates am 5. August vor 18 Uhr nicht widerrufen werde. Nach einem mündlichen Kommentar soll es sich um die Schließung der polnischen Zollgrenze gegen Danzig für alle Lebensmittelsendungen gehandelt haben" (Burckhardt S. 329).

Die polnische Note enthielt noch die Warnung:

„daß alle polnischen Zollinspektoren den Befehl erhalten haben, ihren Dienst in Uniform und mit der Waffe am 6. August d. J. und den nachfolgenden Tagen an allen Grenzpunkten auszuüben, die sie für die Kontrolle als notwendig erachten. Alle Versuche,

ihnen die Ausübung des Dienstes zu erschweren, alle Überfalle oder Interventionen der Polizeibehörden, wird die polnische Regierung als einen Gewaltakt gegen die amtlichen Bediensteten des polnischen Staates während der Ausübung ihres Dienstes betrachten. Falls die oben erwähnten Mißbräuche angewandt werden sollten, wird die polnische Regierung unverzüglich Vergeltung (Retorsion) gegen die Freie Stadt anwenden, für die die Verantwortung ausschließlich auf den Senat der Freien Stadt fallt. Ich hoffe, bis zu der erwähnten Zeit eine zufriedenstellende Aufklärung zu erhalten" (ADAP VI Dok. 774 Anlage).

Chodacki unterrichtete „am frühen Morgen des 5. August" den Hohen Kommissar von seinen Maßnahmen und erklärte, daß „er die Frauen und Kinder seiner Beamten evakuiere". Burckhardt betonte ihm gegenüber die „äußerst schwere Folge, die eine solche Note und die Evakuationsmaßnahmen nicht nur bei den führenden Parteikreisen der Freien Stadt, sondern auch auf die persönliche Reaktion Hitlers ausüben würden". Dann setzte sich Burckhardt mit Greiser in Verbindung. Der Senatspräsident teilte ihm mit,

„die dem Volkstagpräsidenten zugeschriebene Absicht, die Zollinspektoren an der Ausübung ihrer Dienstpflicht zu verhindern, habe nie bestanden; ein solcher Befehl sei nie erteilt worden. ... ,Der Ton des Ultimatums, die kurze Befristimg und der Inhalt der Drohung machen jede Antwort unmöglich, und ich warte nun den weiteren Verlauf der Ereignisse ab'" (Burckhardt S. 330).

Die Veranlassung zu dieser Verschärfung der polnischen Haltung in Danzig war wohl keinesfalls ein mysteriöser Brief. In Wirklichkeit hatte Chodacki auf Grund seiner letzten Aussprache mit Burckhardt eine Reise nach Warschau unternommen, dort sicherlich Hitlers Absicht besprochen, das Danzig-Thema zurückzustellen, und daraufhin vermutlich die Weisung erhalten, die nächstliegende Gelegenheit zu „starkem Auftreten" wahrzunehmen. Chodacki hat 1948 in einem Gespräch mit Professor Hoggan erklärt, das Ultimatum sei ein „ernsthafter taktischer Fehler gewesen" und habe „keineswegs auf irgendeinem besonderen Vorfall oder einem feind-

seligen Akt der Danziger Regierung" beruht (Hoggan S. 548). Chodackis „wütendes Ultimatum" war — wie Hoggan ebenfalls feststellt — vom Außenminister Beck persönlich genehmigt worden, der sich über die möglichen Folgen dieses Schrittes klar war. Bereits am 3. August hatte er ihn durch Lukasiewicz in Paris dem amerikanischen Botschafter Bullitt ankündigen lassen (Hoggan S. 547f.).

Warum man in Warschau damals nicht geneigt war, Hitlers Vertagungsvorschlag anzunehmen, erklärt sich u.a. aus folgenden Ereignissen:

In den gleichen Tagen, in denen Hitler in seinen Gesprächen mit Forster zu dem Ergebnis kam, die Dienste Burckhardts zur Beruhigung der Danziger Atmosphäre zu erbitten, war in Warschau der britische General Ironside eingetroffen und hatte — wie Szembek berichtet - im Beisein des Grafen Potocki, des polnischen Botschafters inWashington,

„in sehr kategorischem Ton erklärt ..., daß jetzt alle Bedenken (hesitation) beseitigt wären. England hat die Lage erkannt und Chamberlain wird nicht wiederum mit seinen Irrtümern von München beginnen. Er sprach mit größter Bewunderung von der Ruhe und der nicht vorhandenen Nervosität der polnischen Bevölkerung, was die Engländer erstaune, die unsere Nation als ein leicht erregbares Volk betrachteten. ... Was die militärische Frage betreffe, so bestehe eine verpflichtende Bindung zwischen England und Frankreich. Die Situation von 1914 werde sich nicht erneuern. Die Franzosen werden den strategischen Oberbefehl übernehmen. Ironside selbst wird General Gamelin subordiniert sein. ... Ägypten sei das Zentrum des Empires geworden. Die britischen Armeen werden sich dort konzentrieren und werden mit ihren Hilfsmitteln aus Indien unabhängig von der Armee, die in Europa kämpft, vorgehen. ... Danzig ist nichts als der Vorwand des zukünftigen Konfliktes. ... Die englische Regierung verstehe die Wichtigkeit der Danziger Frage" (Szembek S. 484).

Außenminister Beck glaubte sich vermutlich aufgefordert, den „Vorwand des zukünftigen Konfliktes" bald zu liefern.

Dem britischen Botschafter Kennard versicherte Beck am 4. August im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Ultimatum, die polnische Regierung sei darauf eingerichtet, militärische Maßnahmen gegen Danzig zu ergreifen, wenn die Chodacki-Bedingungen dort nicht angenommen würden (vgl. Hoggan S. 548).

Greiser hatte auf die Drohung hin „Chodacki persönlich und telefonisch" über den polnischen Irrtum aufgeklärt. Trotzdem wurde von ihm noch eine „schriftliche Anwort" verlangt. Erst dann wollte Chodacki an der siebzehnstündigen Frist nicht festhalten, die für 18 Uhr des 5. August 1939 festgesetztworden war (Burkhardt S.330). Am 7. August antwortete daraufhin Senatspräsident Greiser nach Fühlungnahme mit der deutschen Regierung in verbindlichem Ton — wenn auch mit dem Ausdruck des Erstaunens —, daß der Vertreter Polens grundlos gedroht habe, Danzig von den Lebensmittelzufuhren abzuschneiden. Wegen der Bewaffnung der polnischen Zolhnspektoren begnügte sich Greiser mit einem Protest. Über die Folgen des polnischen Ultimatums notiert Burckhardt :

„Die Weltpresse verbreitete, indem sie diesen Vorgang kommentierte, Danzig und der Nationalsozialismus hätten unter dem Druck der Androhung polnischer Repressalien auf der ganzen Linie nachgegeben" (Burckhardt S. 330).

Auch die Motive Polens sind ihm nicht entgangen:

„Sie hatten die Absicht, einen gefährlichen Erfolg zu erringen und sie haben nicht aufgehört, diesen Erfolg zu betonen" (Burckhardt S. 347).

Über die unausbleiblichen Folgen der gezielten Warschauer Herausforderung urteilt Burckhardt, daß

„die an den Danziger Senat gerichtete polnische Note vom 4. August eine entscheidende Einwirkung auf die weitere Entwicklung der Lage und auf die Einstellung des deutschen Reichskanzlers hatte" (Burckhardt S. 330).

Alle inzwischen festgestellten Quellen geben übereinstimmend darüber Auskunft, daß das polnische Ultimatum vom 5. August 1939 Hitler erstmals veranlaßt hat, sich unmittelbar in die Danziger Vorgänge einzuschalten. Den polnischen Schritt beurteilte er olfenbar als eine drastische Zurückweisung seines Beruhigungsangebotes.

Hitler berief zunächst den Gauleiter Forster nach Berchtesgaden, um mit ihm zwischen dem 7. und 9. August die entstandene Lage zu besprechen. Erstes Ergebnis der Beratungen war ein diplomatischer Schritt, mit dem das unmittelbare Interesse der deutschen Regierung an den Danziger Vorgängen klargestellt wurde.

Am 9. August empfing Staatssekretär von Weizsäcker den polnischen Geschäftsträger in Berlin, Fürst Lubomirski, da sich Lipski in Warschau aufhielt. Er verlas ihm einen Text, den er - laut ADAP VII Dok. 5 - von Ribbentrop aus Berchtesgaden am 8. August um 23 Uhr 15 telefonisch erhalten hatte: Die Reichsregierung nimmt eingangs Bezug auf die „unwahren Gerüchte", denen zufolge die polnische Regierung „die Zurücknahme einer angeblichen Anordnung des Senates", die in Wirklichkeit gar nicht erlassen worden war, in ultimativer Form gefordert und im Falle einer Weigerung „Vergeltungsmaßnahmen" angedroht hatte. Wörtlich heißt es in der deutschen Erklärung vom 9. August 1939:

„Die Reichsregierimg sieht sich veranlaßt, die polnische Regierung darauf hinzuweisen, daß eine Wiederholung solcher ultimativer Forderungen an die Freie Stadt Danzig und die Androhung von Vergeltungsmaßnahmen eine Verschärfung in den deutsch-polnischen Beziehungen herbeiführen würde, für deren Folgen die Verantwortung ausschließlich auf die polnische Regierung fallen würde und für die die Reichsregierung schon jetzt jede Verantwortung ablehnen muß.

Die Reichsregierung lenkt fernerhin die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf die Tatsache, daß die von der polnischen

Regierung getroffenen Maßnahmen zur Verhinderung der Einfuhr gewisser Waren aus der Freien Stadt Danzig nach Polen geeignet sind, schwere wirtschaftliche Schädigungen für die Bevölkerung Danzigs hervorzurufen.

Sollte die polnische Regierung auf der Aufrechterhaltung derartiger Maßnahmen beharren, so bliebe nach Auffassung der Reichsregierung nach Lage der Dinge der Freien Stadt Danzig keine andere Wahl, als sich nach anderen Ausfuhr- und damit auch Einfuhrmöglichkeiten umzusehen." (ADAP VII Dok. 5).

Beachtlich an dieser deutschen Erklärung ist, daß sie zwar ein Interesse anmeldet, aber doch keine Drohungen enthält. Der Hinweis auf eine mögliche Öffnung der Grenze zwischen Danzig und Ostpreußen im Falle einer Sperrung der Lebensmitteleinfuhr nach Danzig bezeichnete einen Ausweg, der bereits einmal beschritten worden war. Im Juli 1935 war es zwischen Danzig und Polen schon einmal zu einem „Zollkonflikt" gekommen, „in dessen Verlauf der Danziger Senat die Grenze nach Deutschland öffnete" (ADAP VII Dok. 72, Anm. 4). Auch damals antwortete die polnische Regierung mit Gegenmaßnahmen, aber dann wurde unter Mitwirkung des damaligen Hohen Kommissars, des Iren Seàn Lester, der „Konflikt nach einem Notenwechsel am 8. August 1935 durch ein Abkommen beigelegt". Daß es auch jetzt nur darum ging, den „Margarine- und Heringskrieg" zu liquidieren und den Lebensmittelimport für die Danziger Bevölkerung sicherzustellen, zeigt die ausführliche Besprechung Greisers mit Chodacki am 16. August 1939, die aber mangels einer Vollmacht für Chodacki ergebnislos verlief (ADAP VII Dok. 72).

Während Lipski noch in Warschau weilte, war der deutsche Botschafter von Moltke am 9. und 10. August in Berlin und konnte deshalb der Aufforderung des Außenministers Beck, ihn „am Nachmittag des 10. August" im polnischen Außenministerium aufzusuchen, keine Folge leisten. Berlin fragte in Warschau an, ob der Besuch Moltkes auf den 11. August verschoben werden könne. Aber bereits am 10. August nach-

mittags wurde der deutsche Botschaftsrat von Wühlich von dem polnischen Unterstaatssekretär Arciszewski empfangen, der ihm eine „Erklärung der polnischen Regierung von sehr ernstem Charakter" übergab; in ihr wurde erklärt:

„Die polnische Regierung kann in der Tat keinen legalen Grund sehen, der Deutschlands Intervention in den Beziehungen Polens zu der Freien Stadt Danzig berechtigt.

Wenn der Gedankenaustausch über das Danziger Problem zwischen der polnischen Regierung und dem Deutschen Reich überhaupt hat stattfinden können, so beruhte das ausschließlich auf dem guten Willen der polnischen Regierung und entsprang keinerlei Verpflichtung.

Die polnische Regierung sieht sich in ihrer Antwort auf die diesbezügliche Erklärung der Reichsregierung gezwungen, die Reichsregierung darauf hinzuweisen, daß sie fortfahren wird, wie bisher, jedem Versuch entgegenzutreten, den die Regierung der Freien Stadt unternimmt, um die Rechte und Interessen, die Polen auf Grund seiner Vereinbarung hier genießt, zu schmälern und wird dies mit allen Mitteln und Maßnahmen tun, die sie selbst für passend erachtet und daß sie jedwede Intervention der Reichsregierung zum Nachteil dieser Rechte und Interessen als einen Akt der Aggression ansehen wird" (ADAP VII Dok. 10).

Ein Vergleich der deutschen Erklärung mit der polnischen zeigt, daß Warschau eine Verschärfung der Lage auch mit diplomatischen Mitteln betrieb. Die polnischen Rechte in Danzig waren durch das Chodacki-Ultimatum dahin ausgelegt worden, daß die polnische Regierung nun Danzig auch von seiner Lebensmitteleinfuhr abschneiden könne. Die von der Reichsregierung in Aussicht genommene Gegenmaßnahme im Interesse der Danziger Bevölkerung aber sollte als „Aggression" gelten! Beck konnte sich auf die „ausdrückliche Billigung" der britischen Regierung für alle „polnischen Maßnahmen der letzten Zeit in Danzig" stützen (Raczynski an Beck am 13. 8. 1939 lt. Hoggan S. 550). Jedenfalls mußte jetzt auf deutscher Seite der Eindruck entstehen, daß weder England noch Frankreich die pol-

nische Regierung von willkürlichen Schritten abhalten würden und auch der Hohe Kommissar hatte sich gegenüber Hitlers Bestrebungen, die explosive Danziger Frage zurückzustellen, nicht genügend interessiert gezeigt.

Burckhardt bei Hitler am 11. August 1939

Als Gauleiter Forster vom Obersalzberg zurückgekehrt war, unterrichtete er zunächst Burckhardt, Hitler

„sei an den letzten Grenzen der Geduld angelangt und verlange zu wissen, welche Gründe einen so vollkommenen Mißerfolg seiner seit Ende Juli unternommenen Versuche einer lokalen Entspannung verursacht hätten. Bei dem Gauleiter, der möglicherweise die Auffassung Hitlers wiedergab, überwog der Gedanke, die polnische Haltung sei wahrscheinlich unter dem Druck von London und Paris entstanden. Auch jetzt wieder versicherte ich, daß die Kabinette der beiden Großmächte im allgemeinen wie im besonderen Fall nicht aufgehört hatten, in mäßigendem Sinn einzuwirken." (Burckhardt S. 331.)

Es mag offen bleiben, inwieweit Burckhardt die Entwicklungsgeschichte der polnischen Herausforderung gekannt oder abgewehrt hat. Jedenfalls wird er über Hitlers Zähigkeit verblüfft gewesen sein, als ihm Forster am 10. August 1939 die Einladung zu einem sofortigen Besuch auf dem Obersalzberg überbrachte. In den ersten Augusttagen hatte Burckhardt bereits seine Papiere verbrannt und den Deutschen deutlich genug zu verstehen gegeben, daß er nicht vermitteln könne. Nun sollte er von Hitler nochmals dazu aufgefordert werden!

Burckhardt hielt sich zur Annahme der Einladung nur berechtigt, nachdem er die Zustimmung der Außenminister Polens und Englands erhalten hatte. Er flog erst ab, nachdem sowohl Beck wie Lord Halifax sich einverstanden erklärt hatten. Der französiche Außenminister Bonnet und der schwedische Minister Sandler dagegen wurden von der Reise

des Hohen Kommissars nach Berchtesgaden lediglich „verständigt" (Burckhardt S. 338).

Am 11. August 1939 war Burckhardt bei Hitler. Über das Gespräch besteht in den deutschen Akten keine Aufzeichnung. Dagegen erstattete der Hohe Kommissar „am 13. August in Basel den beiden Vertretern von Lord Halifax und von Minister Georges Bonnet, Roger Makins und Minister Piere Arnal", einen ausführlichen Bericht über seinen „Besuch und das mit dem Diktator geführte Gespräch" (Burckhardt S. 339). Diese beiden Diplomaten fungierten — laut Burckhardt — am 13. August 1939 in Basel als „Redaktoren" seines Rapports (Burckhardt S. 348), der schon aus diesem Grunde mit Skepsis gelesen werden muß.

Hitler ist nach diesem Burckhardt-Makins-Arnal-Bericht sofort auf die kritische Lage in Danzig eingegangen; er betonte, er selbst habe Forster instruiert, den Hohen Kommissar um seine Vermittlung zu bitten, denn er wisse, daß Burckhardt „objektiv" sei. Forster habe trotz Chodackis „wirtschaftlicher Repressalien und Drohungen nicht in übertriebener Weise gehandelt". Statt das polnische Ultimatum am 4. August zu schicken, hätte ein Telefonanruf Chodackis bei Burckhardt genügt, denn „die Polen wußten, daß Gespräche möglich waren". Hitler habe es für sehr beklagenswert gehalten, daß Chodacki auf „Anweisung von Beck" in einem solchen ernsten Augenblick dem Senatspräsidenten „eine grobe telefonische Botschaft" schickte und daß Beck selbst „alles in der Presse ausposaunte".

Teils „zornig", teils „ruhig", teils mit „hysterischem Gelächter" habe sich Hitler über die Kampfstärke seiner Gegner ausgelassen, um dann aber zu sagen:

„Dieses ewige Gerede über den Krieg ist Narrheit und macht die Völker wahnsinnig. ... Ein und für allemal: Ich bin bereit, zu verhandeln und darüber zu sprechen. Aber der Punkt, an dem für mich jede Möglichkeit einer Verhandlung aufhört, ist

da, wo man mich beschimpft und mich durch Ultimaten herausfordert" (Burckhardt S. 341 f.).

Da bis jetzt allein Polen in Danzig Gewalt angewandt und mit Krieg gedroht habe, verwies Hitler auf sein „annehmbares Angebot" an Warschau und auf die „akute Gefahr", die er im Jahre zuvor in der Tschechoslowakei beseitigt habe. Bei jedem Schritt, den er tue, finde er England und Frankreich auf seinem Wege. Schließlich habe er von den polnischen Generalstabsplänen gesprochen, „die alle Visionen Alexanders und Napoleons weit übertreffen".

Dann habe Hitler betont — Burckhardt hat hier bestimmt besonders aufgehorcht - daß er seine Generale, die 1938 noch „vorsichtig" gewesen seien, jetzt in der Polenkrise „zurückzuhalten habe". Nach seiner Reichstagsrede vom 28. April 1939 hätten sie zu ihm gesagt:

„Gott sei Dank haben die Polen nicht angenommen. Das wäre keine Lösung gewesen. Aber für mich ist es wahr, wenn ich sage, daß es eine Lösung gewesen wäre, nämlich mein Beitrag für die Sache des Friedens. Später hätte ich versucht, die Frage unserer Agrarbedürfnisse durch eine Konferenz zu regeln. Wie sehr hätten die Polen in diesem Bereich mitarbeiten können! Durch die exterritoriale Straße wäre den Polen kein Stein aus der Krone gefallen. Die exterritoriale Autobahn und die polnische Straße würden durch Brücken und Tunnels gegenseitig überbrückt worden sein. Sie hätten einander nicht behindert. Unsere abgetrennten Länder würden natürliche Verbindungswege mit dem Reich gehabt haben. Das ist wesentlich für mich" (Burckhardt S. 344).

Zum Kern seines Anliegens soll Hitler nach dem Bericht Burckhardts gesagt haben:

„Aber sicherlich sollte man einen vernünftigen Ausweg finden. Wenn die Polen Danzig absolut in Ruhe lassen, wenn sie nicht versuchen, mich mit falschen Karten zu überstechen, dann kann ich warten. Aber eine Bedingung ist, daß die Leiden unserer Minderheit in Polen aufhören. Man glaubt mir hier nicht. Aber ich habe befohlen, daß die sensationellen Fälle in der Presse nicht erwähnt werden (Kastrierung usw.). Sie regen die

öffentliche Meinung zu sehr auf. Aber ich kann nun die Wahrheit nicht mehr länger zurückhalten. Die Grenze der Duldsamkeit ist erreicht" (Burckhardt S. 344 f.).

Das war noch nicht alles, was Hitler Burckhardt, den er für einen geeigneten Mittelsmann hielt, nach dessen Bericht in dieser Stunde anvertraute. Nachdem Forster den Raum verlassen hatte und Hitler mit Burckhardt allein war, machte er ihm eine Andeutung, in der die deutsche Verhandlungsbereitschaft auch über zurückhegende Probleme zum Ausdruck kam: „Das Protektorat (Böhmen-Mähren) ist für den Augenblick eine Notwendigkeit." Eine weitere wichtige Bemerkung Hitlers fiel beim Abschluß des Gespräches: „Ich möchte, bevor es zu spät ist, nochmals mit einem Engländer reden, der deutsch kann."

Burckhardt schreibt (S. 346), er habe geantwortet:

„Sir Nevile Henderson spricht, wie ich höre, fließend deutsch. Hitler aber schüttelte den Kopf: ‚Das hat keinen Sinn', sagte er, ‚das ist ein Diplomat mit einer Nelke im Knopfloch, ich möchte mit einem Mann sprechen wie Lord Habfax einer ist, er kann selbst nicht mehr kommen, aber - wie wäre es mit dem Marschall Ironside, ich höre Gutes von ihm? Können Sie das den Engländern sagen?"'

Es ist nicht ganz geklärt, was Burckhardt den Engländern wirklich gesagt hat. In seinen Memoiren teilt er eine umständliche Geschichte mit. Während er in Basel ganz geheim mit den englischen und französischen Diplomaten konferierte, sei zu seinem größten Erstaunen Minister Arnal „mitten in meinem Referat" zum Telefon gerufen worden:

„Ich erschrak und fragte: ‚Was soll das heißen? Es ist doch Vorbedingung, daß niemand von unserem Zusammentreffen etwas erfahrt !' Arnal beruhigte : ‚Der einzige, der es weiß, ist unser Botschafter in Bern, nur er kann mich hier anrufen', und Arnal verließ den Raum. Während seiner Abwesenheit erzählte ich Mr. Makins von Hitlers Wunsch, Marschall Ironside zu treffen. Aber jetzt kehrte Arnal zurück, und was er uns mitteilte, machte die Übermittlung des Wunsches nach einem letzten Kontakt mit einem Engländer gegenstandslos. ‚Der Botschafter', so erklärte Arnal,

‚teilt mir mit, daß die ganze Sache von Ihrem Besuch auf dem Obersalzberg durch ‚Paris Soir' veröffentlicht wurde und daß der Nachricht ebenso sensationelle als unwahre Einzelheiten beigefügt wurden, unter anderem die Behauptung, Hitler habe Ihnen einen Brief an Chamberlain ausgehändigt, in welchem der englische Premierminister aufgefordert wurde, sich einem deutschen Vorgehen gegen Bußland anzuschließen!'" (Burckhardt S. 346/47.)

Für Burckhardt war bei diesem Pressezwischenfall das „Schlimmste", daß der junge Franzose

„in diese leichtsinnige und eitle Geschichte den Namen Mr. Chamberlains hineingebracht hat, das ist sehr bedenklich".

Burckhardt behauptet, diese Falschmeldung des „Paris-Soir" habe seine ganzen Hoffnungen „zunichte gemacht":

„Diese Hoffnungen, gegen meine bessere Einsicht gehegt, waren tatsächlich der ganze Inhalt meiner Danziger Mission gewesen, jetzt waren sie zusammengebrochen" (Burckhardt S. 347).

Burckhardt bleibt uns für diese schwerwiegenden Bemerkungen jede Erklärung schuldig. In jenen Tagen wurden in der Weltpresse die unsinnigsten Nachrichten kolportiert. Noch in seinem Gespräch in Berchtesgaden hatte er selbst Hitler aufgefordert, er solle nicht „diesen Journalisten zuviel Ehre geben". Gewiß konnte der „Paris-Soir" unschwer berichtigt werden und keinesfalls war ein solcher nebensächlicher Zwischenfall ausreichend, um den erneuten Vermittlungswunsch, den Hitler ihm anvertraut hatte, wiederum unbeachtet zu lassen. In einem Schreiben an den damaligen Generalsekretär des Völkerbundes Frank Walters vom 19. August 1939 spricht Burckhardt sogar von einer „Piraterie des Journalisten X", die „Brücken abgebrochen habe, die noch im letzten Moment hätten dienen können" (Burckhardt S. 348). Wie belanglos in Wirklichkeit der von Burckhardt so wichtig genommene Pressezwischenfall gewesen ist, hat Walters in seiner Antwort vom 21. August 1939 ausdrücklich betont:

„Natürlich war es unvermeidlich, daß die gesamte Weltpresse sich über die Geschichte Ihres Interviews mit Hitler ziemlich erregen würde, aber soviel ich beurteilen kann, sind keine gravierenden Indiskretionen begangen worden" (Burckhardt S. 349).

Es mag ein Zeichen später Gewissensregung sein, daß Burckhardt in seinen Erinnerungen immer wieder auf das „Unglück" der französischen Indiskretion zurückkommt, die sowohl die Entspannungsmöglichkeit, die noch vor „drei bis vier Wochen" bestanden hätte, als auch die Rückkehr zum früheren Zustand „zerstört" habe. In dem ominösen Pressevorgang sieht Burckhardt die Absicht, „das deutsche Zurückweichen, das sich schon abzeichnete, nicht zu erleichtern" (Burckhardt S. 349). Hätte der Hohe Kommissar die Unvoreingenommenheit seiner Vorgänger Gravina, Rosting und Seän Lester gehabt, so wäre es ihm gewiß möglich gewesen, das deutsche Nachgeben zu unterstützen und Hitlers Vermittlungswünschen nachzukommen. So aber beklagt er nur, daß er wegen der „außerhalb seiner Initiative" stattgefundenen Demarche in der polnischen Presse angegriffen und von Beck für einen „englisch-französischen Agenten" gehalten worden sei. Deshalb blieb ihm, als er von Basel nach Danzig zurückkehrte, „keine Hoffnung mehr"! Diesmal erschien ihm „der Kriegsausbruch völlig unvermeidlich" (Burckhardt S. 350).

Einer der Gründe, warum der Kriegsausbruch tatsächlich unvermeidlich wurde, war auch Burckhardts Unterlassung, als neutraler Makler zu fungieren. In seiner letzten Bilanz, die Burckhardt über das Gespräch mit Hitler zieht, gibt er die Ansicht seiner „polnischen Freunde" wieder, die Einladung auf den Obersalzberg hätte „vor allem eine taktische Vorkehrung bedeutet, um noch Zeit für den strategischen Aufmarsch im Westen wie im Osten zu gewinnen" (Burckhardt S. 350f.). Burckhardt, der selbst am besten weiß, weshalb die

Einladung zustandegekommen war, schließt sich dieser Ansicht nicht an, sondern stimmt deutlich der Auffassung seines Freundes Weizsäcker zu, der ihm kurz nach Kriegsausbruch sagte, Hitler hätte in jenen Augusttagen „plötzlich Angst" bekommen und gerne „noch den Kopf aus der Schlinge gezogen" (Burckhardt S. 351). Das „nicht zu erleichtern" war wohl ein Anliegen, das in jenen Tagen manche Gegner Hitlers bewegte.

RUSSLAND

Die VorStadien des deutsch-sowjetischen Paktabschlusses

Ribbentrop, der auf der Rückreise von seinem erfolglos verlaufenen Warschau-Besuch Ende Januar 1939 zu seinen Mitarbeitern gesagt hatte: „Jetzt bleibt uns nur der Ausweg, uns mit Rußland zu einigen, wenn wir nicht völlig eingekreist werden wollen" (vgl. S. 298), berichtet in „Zwischen London und Moskau" (S. 171):

„Einen Ausgleich mit Rußland zu suchen, war meine ureigenste Idee; ich habe sie beim Führer vertreten, weil ich einerseits die deutsche Außenpolitik im Hinblick auf die Haltung des Westens entlasten wollte, andererseits aber auch, um für den Fall eines deutsch-polnischen Konfliktes die russische Neutralität für Deutschland zu sichern.

Im März 1939 glaubte ich aus einer Rede Stalins dessen Wunsch herauszuhören, die sowjetisch-deutschen Beziehungen zu verbessern. Er hatte davon gesprochen, daß Bußland nicht beabsichtige, für gewisse kapitalistische Mächte ,die Kastanien aus dem Feuer zu holen'.

Die Bede Stalins legte ich dem Führer vor und bat dringend um die Ermächtigung zu den erforderlichen Schritten, um festzustellen, ob hinter dieser Bede wirklich ein ernsthafter Wunsch Stalins stehe. Adolf Hitler zeigte sich zunächst abwartend und zögernd. Als aber die bis dahin eingefrorenen Verhandlungen über einen deutsch-sowjetischen Handelsvertrag in Gang kamen, sondierte ich doch in Moskau, ob die Möglichkeit einer Überbrückung der politischen Gegensätze und eine Bereinigung der zwischen Berlin und Moskau bestehenden Fragen zu erreichen sei. Die Handelsvertragsverhandlungen, die der Gesandte Schnurre sehr

geschickt führte, kamen nach verhältnismäßig kurzer Zeit in Gang."

Dokument 530 in den ADAP Band VI enthält eine interessante Aufzeichnung Schnurres vom 15. Juh 1939, in der zu bedenken gegeben wurde, daß, obwohl der deutsche Bedarf an sowjetischen Rohstoffen fast unbegrenzt groß sei, im Falle seiner Entsendung nach Moskau

„wir aus wirtschaftlichen und politischen Gründen auch dann mit den Russen abschließen müssen, wenn eine wesentliche Erhöhung des letzten Februarangebots der Russen nicht erreicht werden sollte, es sei denn, daß die politische Situation sich in der Zwischenzeit durch eine etwaige Unterzeichnung des englisch-sowjetischenBündnispaktes entscheidend verändern würde" (ADAP VI Dok. 530).

Hitler rechnete so ernstlich mit dieser politischen Konstellation, daß er noch am 29. Juni 1939 entschied, man solle den Russen eine deutliche Absage erteilen; die von ihnen vorgeschlagene Basis sei „für uns nicht tragbar" und an einer Wiederaufnahme der Wirtschaftsbesprechungen mit Rußland sei Deutschland „zur Zeit nicht interessiert" (ADAP VI Dok. 583).

Am gleichen Tage sprach Botschafter Graf Schulenburg in Moskau mit Molotow und führte mit ihm anscheinend ein verhältnismäßig freundliches Gespräch (ADAP VI Dok. 579). Daraufhin aber erhielt er aus Berlin folgende Instruktion:

„Reichsaußenminister hat von Ihrem Drahtbericht betreffend Unterredung mit Molotow Kenntnis genommen. Er ist der Ansicht, daß auf politischem Gebiet nunmehr bis auf weitere Weisung genügend gesagt sei, und daß im Augenblick das Gespräch von uns nicht wieder aufzunehmen wäre.

Wegen der etwaigen Wirtschaftsverhandlungen mit der russischen Regierung sind die hiesigen Überlegungen noch nicht abgeschlossen. Auch auf diesem Gebiet bitte zunächst nichts weiter zu veranlassen, sondern Instruktionen abzuwarten" (ADAP VI Dok. 588).

Hitlers Weigerung, die von Ribbentrop seit Januar gewünschte Annäherung an Rußland zu billigen, wurde - wie

alle Dokumente zeigen - erst in den ersten Augusttagen 1939 überwunden. Hitler hatte in den Wochen vorher den vergeblichen Versuch unternommen, das kritische Danzig-Thema zu vertagen, und sich in der ersten Augusthälfte in seinem Gespräch mit Burckhardt nochmals bemüht, die ihm persönlich so unerwünschte Annäherung an die Sowjetregierung durch neue Kontaktaufnahme zu vermeiden (Burckhardt S. 348).

Für seinen Entschluß, Ribbentrops Ratschläge nun doch zu befolgen, dürften außer den Danziger Ereignissen auch Nachrichten aus London von Bedeutung gewesen sein. Dort hatte am 31. Juli Premierminister Chamberlain im Unterhaus die sofortige Entsendung einer britischen und französischen Militärmission in die Sowjetunion angekündigt. In der Debatte hatten Oppositionsredner wegen der Verzögerung der Unterhandlungen in Moskau Kritik geübt:

„Die Verhandlungen könnten nur beschleunigt werden, wenn sich entweder Lord Halifax persönlich nach Moskau begebe, um dort mit Stalin zu verhandeln, oder wenn die Regierung eine Einladung an Molotow richte, nach London zu kommen. ... Anschließend nimmt Premierminister Chamberlain das Wort. Einleitend betont er, daß er sich mit Zurückhaltung äußern werde, weil die schwebenden Verhandlungen ‚delikat' seien. An die beiden Redner der Opposition richtet er den Appell, die nationale Einheit nicht durch unnötige Angriffe auf die Regierung zu gefährden. Nichts hörten unsere potentiellen Feinde lieber als die Andeutung, daß der Premierminister weniger entschlossen sei als der Außenminister, die verkündete Außenpolitik auszuführen. Dann erklärt er über die Verhandlungslage in Moskau: ‚Ich kann Ihnen heute keinen historischen Abriß über die Verhandlungen in Moskau geben, da ich sehr gut weiß, daß es Völker in anderen Ländern gibt, die eifersüchtig auf den Fortgang dieser Verhandlungen blicken und äußerst froh wären, Handhaben zu besitzen, um die sowjetrussische oder unsere Regierung niederzureiten. Ich möchte ihnen diese Geschosse nicht zur Verfügung stellen.' Die Hauptschwierigkeiten bei den Moskauer Verhandlungen lägen in der Differenzierung des Begriffes, indirekter Angriff', obgleich bei dem englisch-französischen wie bei dem sowjetrussischen Partner Über-

einstimmung darüber herrsche, daß ein indirekter Angriff das gleiche Maß von Gefahr bedeute wie ein direkter. ... In Moskau habe man es vorgezogen, nicht zu unterzeichnen und keinen Vorschlag anzunehmen, bevor nicht das endgültige Abkommen fertiggestellt sei. Chamberlain wiederholt dann die Ankündigung über die Entsendung der Militärmission und knüpft daran die Bemerkung: ‚Bei der Sowjetunion handelt es sich um ein Land, das in weiter Entfernung liegt und mit dem wir seit langer Zeit keine Verhandlungen geführt haben. Wir zeigen durch die Entsendung der Mission ein großes Maß an Vertrauen und damit auch den aufrichtigen Wunsch, die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Ende zu führen ..."' (Schulthess 1939 S. 370f.).

Hitler ersah aus diesen Tatsachen, die auch der deutsche Botschafter in London bestätigte (ADAP VI Dok. 752 und 753), daß es noch eine Chance gab, das von ihm bisher als fast abgeschlossen beurteilte englisch-französisch-sowjetische Bündnis zu durchkreuzen.

Am 2. August 1939 empfing Ribbentrop zum erstenmal den sowjetischen Botschaftsrat Astachow, um die Handelsbeziehungen wieder aufzunehmen und eine „Normalisierung der deutsch-russischen Beziehungen" anzuregen. Dabei brachte Ribbentrop den deutschenWunsch nach einer „Neugestaltung unserer Beziehungen" zum Ausdruck, die „unter zwei Voraussetzungen möglich" sei:

„a) Nichteinmischung in die inneren Dinge des anderen Staates, diese glaubt Herr Astachow ohne weiteres zusagen zu können.

b) Verzicht auf eine gegen unsere Lebensinteressen gerichtete Politik. Hierauf wußte Astachow keine ganz eindeutige Antwort zu geben, meinte aber, daß seine Regierung den Wunsch habe, eine Verständigungspolitik mit Deutschland zu führen" (Ribbentrop S. 173).

Als Zusatz für den Botschafter Graf Schulenburg fügte Ribbentrop hinzu, daß er das Gespräch mit Astachow geführt habe, „ohne irgendwelche Eile zu zeigen". Der russische Geschäftsträger habe mehrfach versucht, das Gespräch

zu konkretisieren", worauf Ribbentrop seine Bereitschaft dazu in Aussicht gestellt habe, „sobald grundlegender Wunsch Sowjetregierung nach Neugestaltung offiziell mitgeteilt wird" (ADAP VI Dok. 760).

Obwohl Molotow daraufhin mit dem deutschen Botschafter in Moskau am 4. August 1939 „ungewöhnlich aufgeschlossen" sprach und sich zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereiterklärte, entstand bei Schulenburg der Gesamteindruck, „daß die Sowjetregierung gegenwärtig entschlossen ist, mit England und Frankreich abzuschließen, falls diese sämtliche sowjetischen Wünsche erfüllen". Er fügte seinem Bericht hinzu, daß

„es erheblicher Anstrengungen unsererseits bedürfen wird, um einen Umschwung bei der Sowjetregierung herbeizuführen" (ADAP VI Dok. 766).

Kurz zuvor hatte Schulenburg angeregt, die Mitglieder der russischen Botschaft in Berlin „ein wenig freundlicher" zu behandeln als bisher (ADAP VI Dok. 648). Weizsäcker antwortete am 7. August und verwies auf die auch Schulenburg

„bekannte Verfügung des Herrn Reichsaußenministers, wonach jeder Verkehr auf das dienstlich erforderliche Mindestmaß beschränkt bleiben soll. Ich glaube kaum, daß der Zeitpunkt schon gekommen ist, dem Herrn Reichsaußenminister die einfache Aufhebung dieser Verfügung vorzuschlagen, wohl aber soll in Zukunft in einzelnen Fällen eine jeweils besonders zu entscheidende Lockerung stattfinden" (ADAP VI Dok. 778).

Weizsäcker betonte abschließend, daß es sich bei diesen Lockerungen um „den ersten Schritt zur leichteren Handhabung der Beziehungen zur hiesigen sowjetrussischen Botschaft" handele.

Aus diesem Privatbrief Weizsäckers, der in Moskau erst am 11. August eintraf, wird klar, daß es noch am 7. August 1939 - als Gauleiter Forster zur Berichterstattung nach Berchtesgaden gerufen wurde (vgl. S. 382) — zu keiner ernsthaften Kontaktaufnahme zwischen Berlin und Moskau gekommen war. Hitler zögerte noch immer.

Taylors Kommentar zu der deutsch-russischen Annäherung anhand der offiziellen Ribbentrop-Schulenburg-Dokumente lautet:

„Wenn Beweisstücke überhaupt einen Wert haben, so zeigen sie, daß die Aussöhnung zwischen Sowjetrußland und Deutschland weit davon entfernt war, lange Zeit geplant gewesen zu sein. Sie war im Gegenteil eine absolute Improvisation sowjetischerseits, wie dies auch seitens Deutschlands fast genau so der Fall war" (Taylor S. 242).

Der Tag, an dem sich Hitler endlich zu dieser „Improvisation" entschloß, ist aus den Akten leicht festzustellen: Am 10. August war Forster von Berchtesgaden nach Danzig zurückgekehrt, am gleichen Tag erhielt die deutsche Botschaft in Warschau die polnische Erklärung, in der das deutsche Interesse für Danzig als ein Akt der „Aggression" bezeichnet wurde (vgl. S. 384) und an diesem Tag wurde der deutsche Legationsrat Schnurre beauftragt, dem russischen Geschäftsträger Astachow eine konkrete politische Frage zu stellen. Die amtliche Aufzeichnung berichtet über Schnurres Sondierung:

„Wir hätten mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß der Sowjet-Regierung daran gelegen sei, das Gespräch über die Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen fortzuführen. Wir hätten gewünscht, daß Molotow uns seine grundsätzliche Auffassung über die sowjetischen Interessenlage mitteilte, um weitere Gespräche besser in Gang zu bringen, und hätten geglaubt, daß es unsererseits verfrüht wäre, konkrete Fragen zu erörtern, solange wir nicht wüßten, wie sich die sowjetischen Interessen darstellten. Nun wäre aber immerhin eine Frage recht aktuell, und zwar Polen. Der polnische Größenwahnsinn, der von England gedeckt werde, triebe Polen zu immer neuen Provokationen. Wir hofften nach wie vor, daß Polen irgendwie Vernunft annehme, so daß eine friedliche Lösung erreicht werden könnte. Wenn dies nicht geschehe, so sei es möglich, daß gegen unseren Willen und gegen unsere Wünsche auch eine kriegerische Lösung erfolgen müßte. Wenn wir uns, wie wir dies nunmehr verschiedentlich getan hätten, Moskau gegenüber zu einem großzügigen Interessenausgleich bereit erklärt

hätten, so sei es für uns wichtig zu wissen, wie sich die Sowjetregierung zu der Frage Polen stelle." (ADAP VII Dok. 18.)

Bereits am 12.August erschien der russische Geschäftsträger wieder bei dem Vortragenden Legationsrat Schnurre und erklärte unter Bezugnahme auf Instruktionen, die er von Molotow erhalten habe,

„daß man sowjetischerseits an einer Erörterung der einzelnen, bisher zur Sprache gekommenen Fragegruppen interessiert sei. Als solche Fragen bezeichnete Astachow außer den schwebenden Wirtschaftsverhandlungen unter anderem Pressefragen, kulturelle Zusammenarbeit, das polnische Problem, Frage der alten politischen deutsch-sowjetischen Verträge. Eine solche Erörterung könne aber nur stufenweise vorgenommen werden ... (ADAP VII Dok. 50).

Da der sowjetische Botschaftsrat davon sprach, daß die genannten Probleme „etappenweise" behandelt werden sollten, fragte Schnurre, „in welcher Stufe man sowjetischerseits die Frage Polen eingruppiere"; Astachow erwiderte, „daß er über die Reihenfolge besondere Anweisungen nicht erhalten habe, daß aber das Schwergewicht seiner Instruktion auf dem Wort stufenweise hege" (ADAP VII Dok. 50).

Am gleichen Tage empfing Molotow die Führer der britisch-französischen Militärmissionen in Gegenwart der Botschafter Englands und Frankreichs und des stellvertretenden russischen Außenkommissars Potemkin, wobei „freundschaftliche Trinksprüche gewechselt wurden" (ADAP VII Dok. 39).

Am 14. August, drei Tage nach Hitlers fruchtlosem Gespräch mit Burckhardt auf dem Obersalzberg, ging Ribbentrop in einer ausführlichen Instruktion an Botschafter Graf Schulenburg auf die Antwort Moskaus ein und ergriff die entscheidende Initiative (ADAP VII Dok. 56). Ribbentrop erklärte in sechs Punkten u.a.:

„Reale Interessengegensätze zwischen Deutschland und Rußland bestehen nicht. Deutschlands und Rußlands Lebensräume

berühren sich, aber in ihren natürlichen Bedürfnissen überschneiden sie sich nicht. Hiermit fehlt von vornherein jede Ursache einer aggressiven Tendenz eines Landes gegen das andere"

Ribbentrop nahm dann darauf Bezug, daß die westlichen Mächte - wie sich das inzwischen in den Potocki-Akten (vgl. S. 290) bestätigt hat - erneut versuchten,

„durch Abschluß eines Militärbündnisses Rußland gegen Deutschland in den Krieg zu hetzen. 1914 ist das russische Regime an dieser Politik zerbrochen. Es ist das zwingende Interesse beider Länder, daß ein Zerfleischen Deutschlands und Rußlands im Interesse der westlichen Demokratien für alle Zukunft vermieden wird.

Die durch die englische Politik hervorgerufene Zuspitzung der deutsch-polnischen Beziehungen sowie die englische Kriegstreiberei und die damit verbundenen Bündnisbestrebungen machen eine baldige Klärung des deutsch-russischen Verhältnisses erforderlich. Die Dinge könnten sonst ohne deutsches Zutun einen Verlaufnehmen, der beiden Regierungen die Möglichkeit abschneidet, die deutsch-russische Freundschaft wieder herzustellen und gegebenenfalls auch territoriale Fragen Osteuropas gemeinsam zu klären. Die Führung in den beiden Ländern sollte daher die Dinge nicht treiben lassen, sondern zur rechten Zeit zupacken. Verhängnisvoll würde es sein, wenn aus gegenseitiger Unkenntnis der Auffassungen und Absichten die beiden Völker endgültig auseinandertreiben würden.

Bei der Sowjetregierung bestehe, wie uns mitgeteilt wurde, ebenfalls der Wunsch nach einer Klärung des deutsch-russischen Verhältnisses. Da aber nach den bisherigen Erfahrungen diese Klärung durch den üblichen diplomatischen Kanal nur langsam herbeigeführt werden kann, bin ich bereit, zu einem kurzen Besuch nach Moskau zu kommen, um namens (des) Führers Herrn Stalin die Auffassung des Führers auseinanderzusetzen. Nur durch eine solche unmittelbare Aussprache ist nach meiner Auffassung eine Änderung herbeizuführen, und es sollte nicht unmöglich sein, hierbei das Fundament für eine endgültige Bereinigung der deutsch-russischen Beziehungen zu legen" (ADAP VII Dok. 56).

Neben einer Aussprache mit Molotow machte Ribbentrop eine „eingehende Unterredung mit Stalin" zur Voraussetzung

seines Besuches. Am Tage zuvor hatte er Hitler vorgeschlagen, Göring als Bevollmächtigten nach Moskau zu entsenden, da er sich selbst durch den Antikominternpakt, seine japanischen Verbindungen und durch seine Londoner Tätigkeit im Nichteinmischungsausschuß während des spanischen Bürgerkrieges für diese Mission als „allzu sehr antikommunistisch festgelegt" betrachtete (vgl. Ribbentrop S. 177).

Hitler hatte sich erst im letzten Augenblick zu Verhandlungen mit Stalin entschlossen. Da alle seine Verständigungs- und Vertagungsversuche auf Ablehnung gestoßen waren, sah er sich einer offenbar zum Handeln entschlossenen Koalition gegenüber, von der er die starke Militärmacht Rußland - wenn möglich - abtrennen wollte. Daß es sich ernstlich um den letzten Augenblick handelte, darüber wurde er vom deutschen Geschäftsträger in London unterrichtet, der noch am 14. August - also eine Woche vor dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Paktes — berichtete:

„Erfahre aus bester Quelle, daß der von Strang erstattete Bericht über Moskauer Verhandlungen optimistisch lautet: Sowjetregierung habe soviel Zeichen für ihren Willen zum Abschluß des Vertrages gegeben, daß an endgültigem Zustandekommen nicht mehr gezweifelt werden könne" (ADAP VII Dok. 55).

Drei Tage später, am 17.August 1939, wurde von der Londoner Botschaft nach Berlin berichtet:

„Die englisch-französisch-sowjetrussischen Militärverhandlungen sind soweit fortgeschritten, daß in Besprechungen mit dem polnischen Generalstab eingetreten werden kann. Polen, das bisher gegenüber Versuchen, ihm sowjetrussische Hilfe anzubieten, Zurückhaltung gezeigt, erklärte sich nunmehr bereit, die Besprechungen aufzunehmen. Die Verhandlungen, die sehr geheim behandelt werden, werden durch den Französischen Militärattache in Warschau geführt, der für diese Aufgabe besonders befähigt sein soll. Der polnische Militärattache in Moskau ist bisher über alle Phasen der militärischen Besprechungen unterrichtet worden" (ADAP VII Dok. 99).

In Wirklichkeit ergab sich hier ein entscheidender Konflikt zwischen den Westmächten und Polen. Die polnische Regierung wurde immer heftiger bedrängt, die sowjetische Militärhilfe anzunehmen, die Beck im April 1939 abgelehnt hatte. Mitglieder der britischen Militärmission in Moskau äußerten sich recht offen darüber, daß Deutschland „im kommenden Kriege im Westen defensiv bleiben, Polen mit überlegenen Kräften angreifen und voraussichtlich im Verlauf von ein bis zwei Monaten überrennen" würde (ADAP VII Dok. 27).

Das Dilemma bestand jedoch darin, daß Polen die Hilfe Rußlands wegen der Befürchtung ablehnte, sowjetische Truppen würden ihr Land niemals mehr verlassen. Vor die Wahl gestellt, Polen oder Rußland auf der englischen Seite zu haben, neigte Chamberlain dazu, die polnischen Bedenken zu respektieren, wissend, daß im umgekehrten Fall Beck unweigerlich in die Arme Deutschlands getrieben und es zu einer friedlichen deutsch-polnischen Einigung kommen werde.

Die französische Regierung nahm einen anderen Standpunkt ein und wird deshalb von dem englischen Historiker Taylor scharf kritisiert. Er schreibt, daß die Franzosen

„lediglich daran interessiert waren, die Rote Armee in einen Konflikt mit Hitler zu verwickeln und sich nicht darum kümmerten, wenn dieses auf Kosten Polens geschehe. Allein gelassen hätten sie gern die Polen über Bord geworfen, wenn sie im Austausch dafür die sowjetische Mitarbeit gewonnen hätten. ... Bonnet glaubte, einen Ausweg zu sehen: Die Russen bestanden auf der Vereinbarung einer militärischen Kollaboration mit den Polen, ehe der Krieg begann; die Polen sollten sowjetische Hilfe nur dann annehmen, *nachdem* der Krieg ausgebrochen war. ... Diese Spekulation schlug fehl. Beck war halsstarrig. ‚Man verlangt unsere Unterschrift zu einer neuen Teilung Polens.' Am 21. August verloren die Franzosen die Geduld. Sie beschlossen, die polnische Ablehnung zu ignorieren und weiter vorzubrechen, hoffend, sich die Polen wohl oder übel zu verpflichten" (Taylor S. 258).

An diesem Tage führte der französische Ministerpräsident Daladier ein ultimatives Gespräch mit Lukasiewicz in Paris „über das sowjetische Durchmarschrecht in Polen". Er erklärte,

„der Durchmarsch der russischen Truppen durch den Wilna-Korridor könnte durch eine französisch-britische Militärkommission beaufsichtigt oder doch zumindest kontrolliert werden, die sich sofort nach Warschau begeben und darüber wachen könnte, daß dieser Durchmarsch tatsächlich nichts anderes als eben ein Durchmarsch wäre und die russische Armee, entgegen den Befürchtungen der polnischen Regierung, sich nicht im Wilna-Gebiet und den örtlichen Provinzen niederlassen, sondern Polen gegen eine deutsche Aggression zur Hilfe eilen würde" (Freund III Dok. 31).

Abschließend wies Daladier den polnischen Botschafter darauf hin, daß er

„das Telegramm an den General Doumenc mit der Vollmacht zur Unterzeichnung der Militärkonvention absenden werde, wenn er keine negative Antwort von dem polnischen Botschafter erhalte. Da er keine Antwort erhielt, schickte er das Telegramm um 16.15 Uhr nach Moskau ab" (Freund III S. 111).

Freund gibt dieser Forderung Daladiers die Überschrift: „Französisches Ultimatum an Polen" (Freund III Dok. 31) und Taylor fügt hinzu, „daß England zumindest nicht dagegen protestierte" (Taylor S. 258).

Bei den heftigen französisch-polnischen Auseinandersetzungen jener Tage gab der französische Außenminister seinem Unmut über die polnische Renitenz offen Ausdruck (vgl. Bonnet S. 254ff.).

In der Nacht vom 21. zum 22. August wurde in Berlin die bevorstehende Reise des Reichsaußenministers nach Moskau öffentlich angekündigt. Daraufhin telegrafierte der Außenminister Bonnet am 22. August an den französischen Botschafter in Warschau, daß er mit „äußerster Dringlichkeit unmittelbar einen Druck" auf die polnische Regierung ausüben solle,

„damit sie dem General Doumenc eine Blankovollmacht erteilt, die es ihm gestattet, sich im Namen Polens im Hinblick auf die Möglichkeit eines Krieges, in dem Rußland Polen zur Hilfe kommt, stark zu machen" (Freund III Dok. 34).

Oberst Beck gab nun am 23. August dem britischen und französischen Botschafter in Warschau gegenüber die folgende vorsichtige „Formel" ab:

„General Doumenc wird ermächtigt, zu erklären: ‚Wir haben die Gewißheit erlangt, daß im Falle einer gemeinsamen Aktion gegen eine deutsche Aggression eine Zusammenarbeit zwischen Polen und der UdSSR unter technischen Bedingungen, die später festgelegt werden sollten, nicht ausgeschlossen sei'" (Freund III S. 123).

Während die englischen und französischen Militärs in Moskau saßen, „um mit den Sowjets über eine gemeinsame Kriegsführung gegen das Deutsche Reich zu beraten", wie Freund kommentiert (Bd. III S. 124), versuchten der englische und französische Botschafter in Warschau, Beck von der Notwendigkeit des russischen Durchmarschrechts durch polnisches Gebiet zu überzeugen. Beck aber blieb „unerschütterlich" und war lediglich zu überreden,

„am Vorabend des Besuches Herrn von Ribbentrops in Moskau alles zu tun, um die Aufgabe der alliierten Militärmissionen zu erleichtern" (vgl. Freund III Dok. 35).

Die britische Regierung allerdings hatte die Bekanntgabe des bevorstehenden Ribbentrop-Besuches damit beantwortet, daß sie weiterhin auf den Abschluß eines englisch-französischen Bündnisses mit der Sowjetunion drängte. Kennard wurde noch am 22. August mitgeteilt, „die westlichen Verhandlungen in Moskau schritten voran und die Briten seien entschlossener denn je, die Franzosen in der Frage russisch-militärischer Operationen in Polen zu unterstützen". (Brit. For. Pol. III Bd. 7 Dok. 150 und 152 zitiert nach Hoggan S. 627). General Doumenc unterrichtete Marschall Woroschilow,

„Daladier habe ihm Vollmachten erteilt, vorbehaltlos einen Pakt zu unterzeichnen, der auch die übrigen russischen Interessen und Wünsche einschlösse" (Nach Hoggan S. 627).

Der deutsche Außenminister war bereits in Moskau, als der dortige britische Botschafter Seeds noch den Standpunkt vertrat, es sei für die alliierte Militärmission wichtig, in Bußland zu bleiben, „falls der Sowjet und Ribbentrop in Streit miteinander geraten". Lord Halifax antwortete Seeds am 22. August mit der Weisung, den Russen zu versichern, er teile ihre Ansicht über die Unerläßlichkeit russisch-militärischer Operationen in Polen und sei bereit, sie bei solchen Operationen im vollen Umfang zu unterstützen. Hoggan urteilt darüber (S. 628):

„Das war gleichbedeutend mit einer Zusage, sich hinter einen russischen Einfall in Polen zu stellen, und das zu einer Zeit, in der England dabei blieb, mit Deutschland einen Krieg Danzigs wegen anzufangen, das den Polen gar nicht gehörte."

Auch das weitere Urteil Hoggans über die Gesamtzusammenhänge der Ereignisse des August l939 verdient Beachtung:

„Die Franzosen und Briten waren ... bereit, in der Förderung der bolschewistischen Westexpansion noch weiterzugehen als Ribbentrop. Als Preis verlangten sie allerdings die Bereitschaft der Bussen, sich an einem Krieg gegen Deutschland von Anfang an zu beteiligen" (Hoggan S. 627).

Ribbentrop in Moskau

Ribbentrop traf am 23. August 1939 zwischen 16 und 17 Uhr auf dem Moskauer Flughafen ein. Er begab sich um 18 Uhr in Begleitung des Botschafters Graf von der Schulenburg in den Kreml, wo ihn Stalin in seinem Arbeitszimmer im Beisein Molotows erwartete. Der deutsche Botschafter, obwohl schon seit 1934 in Moskau, hatte Stalin persönlich noch nie gesprochen. Bei der Unterredung waren als Dolmetscher der deutsche Botschaftsrat Hilger und der Russe Pawlow

anwesend. Die Verhandlungen führten ungewöhnlich rasch zu einem Ergebnis. Innerhalb weniger Stunden wurde ein „deutsch-sowjetischer Nichtangriffsvertrag" sowie ein „geheimes Zusatzprotokoll" vereinbart und ausgearbeitet. In diesem Zusatzprotokoll wurden „Interessensphären" abgegrenzt. Finnland, Estland, Lettland (jedoch nicht Litauen) sowie Bessarabien wurden als zur sowjetischen Interessensphäre gehörend erklärt. „Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete" wurde ebenfalls eine Abgrenzung der Interessensphären vereinbart. Diese Demarkationslinie wurde ungefähr durch die Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt. (ADAP VII Dok. 229).

Obwohl Ribbentrop uneingeschränkte Vollmacht für den Abschluß eines Vertrages hatte, wollte er den sowjetischen Wünschen in der baltischen Frage und insbesondere in bezug auf den Libauer Hafen nicht ohne Rückfrage bei Hitler stattgeben. Nachdem er die Zustimmung telefonisch erhalten hatte, wurden der Nichtangriffspakt und das geheime Zusatzprotokoll paraphiert* und bereits vor Mitternacht des 23. August 1939 unterzeichnet. Staatsverträge, die dritte

*** Der Text des Nichtangriffsvertrages hat folgenden Wortlaut (ADAP VII Dok. 228):**

Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Die Deutsche Reichsregierung und
die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
geleitet von dem Wunsche die Sache des Friedens zwischen Deutschland und der UdSSR zu festigen und ausgehend von den grundlegenden Bestimmungen des Neutralitätsvcrtrages, der im April 1926 zwischen Deutschland und der UdSSR geschlossen wurde, sind zu nachstehender Vereinbarung gelangt:

Artikel I.

Die beiden Vertragschließenden Teile verpflichten sich, sich jeden Gewaltakts, jeder aggressiven Handlung und jedes Angriffs gegen einander, und zwar sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Mächten, zu enthalten.

Länder berühren, werden üblicherweise durch einen Geheimvertrag festgelegt. Das deutsch-russische Zusatzprotokoll wurde auch deshalb geheim abgeschlossen, weil

„die deutsch-russische Vereinbarung gegen ein Abkommen zwischen Rußland und Polen und gegen den Vertrag verstieß, der

Artikel II.

Falls einer der Vertragsschließenden Teile Gegenstand kriegerischer Handlungen seitens einer dritten Macht werden sollte, wird der andere Vertragsschließende Teil in keiner Form diese dritte Macht unterstützen.

Artikel III.

Die Regierung der beiden Vertragsschließenden Teile werden künftig fortlaufend zwecks Konsultation in Fühlung miteinander bleiben, um sich gegenseitig über Fragen zu informieren, die ihre gemeinsamen Interessen berühren.

Artikel IV.

Keiner der beiden Vertragsschließenden Teile wird sich an irgend einer Mächtegruppierung beteiligen, die sich mittelbar oder unmittelbar gegen den anderen Teil richtet.

Artikel V.

Falls Streitigkeiten oder Konflikte zwischen den Vertragsschließenden Teilen über Fragen dieser oder jener Art entstehen sollten, werden beide Teile diese Streitigkeiten oder Konflikte ausschließlich auf dem Wege freundschaftlichen Meinungsaustausches oder nötigenfalls durch Einsetzung von Schlichtungskommissionen bereinigen.

Artikel VI.

Der gegenwärtige Vertrag wird auf die Dauer von 10 Jahren abgeschlossen mit der Maßgabe, daß, soweit nicht einer der Vertragsschließenden Teile ihn ein Jahr vor Ablauf dieser Frist kündigt, die Dauer der Wirksamkeit dieses Vertrages automatisch für weitere fünf Jahre als verlängert gilt.

Artikel VII.

Der gegenwärtige Vertrag soll innerhalb möglichst kurzer Frist ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt sofort mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift, in deutscher und russischer Sprache.

Für die Deutsche Reichsregierung: **In Vollmacht der Regierung der UdSSR:**

v. Ribbentrop **W. Molotow**

1936 zwischen Frankreich und Rußland geschlossen worden war und ein konsultatives Vorgehen bei Vertragsabschlüssen mit anderen Staaten voraussah" (Ribbentrop S. 181 f.).

Es handelte sich dabei um die französisch-sowjetische Militärallianz, die den Locarno-Vertrag außer Kraft gesetzt und Hitler veranlaßt hatte, die deutsche Wehrhoheit auch im Rheinland wiederherzustellen (vgl. S. 252 ff.).

Das Geheime Zusatzprotokoll hat in der Endfassung vom 23. August 1939 folgenden Wortlaut (ADAP VII Dok. 229):

Geheimes Zusatzprotokoll

Aus Anlaß der Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben die unterzeichneten Bevollmächtigten der beiden Teile in streng vertraulicher Aussprache die Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa erörtert. Diese Aussprache hat zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSB. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt.

2. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt.

Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden.

In jedem Falle werden beide Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen.

3. Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteressement an diesen Gebieten erklärt.

4. Dieses Protokoll wird von beiden Seiten streng geheim behandelt werden.

Moskau, den 23. August 1939

Für die Deutsche Reichsregierung:	**In Vollmacht der Regierung der UdSSR:**
v. Ribbentrop	**W. Molotow**

Bei Ribbentrops Abreise nach Moskau war, wie er schreibt, „von militärischen Schritten auf unserer Seite nicht die Rede" und er war der Auffassung, daß Hitler zwar einen starken Druck auf Polen ausüben, aber schließlich das Problem doch auf diplomatischem Wege lösen wollte. Ribbentrop hatte auch Stalin während des Paktabschlusses darauf hingewiesen, daß deutscherseits alles versucht werde, die deutsch-polnischen Differenzen in friedlicher Form beizulegen. In Ribbentrops Überlegung spielte dabei vermutlich der Gedanke eine Rolle, daß Hitler gerade auf Grund der Bestimmungen des geheimen Zusatzprotokolls beber den polnischen Staat erhalten, als die Russen zur Weichsel vordringen lassen werde, wozu er im Fall des Untergangs Polens sich verpflichtet hatte.

Als es dann doch zum Krieg und zum Zusammenbruch des polnischen Staates kam, entsandte Hitler am 27. September 1939 Ribbentrop nochmals nach Moskau, um das Zusatzprotokoll in einem wichtigen Punkt abändern zu lassen. Nicht die Weichsel, sondern eine fast zweihundert Kilometer weiter östlich verlaufende Linie wurde als westbche Grenze des sowjetischen Interessengebietes ausgehandelt. Nicht Warschau, sondern Brest-Litowsk war bis zum 22. Juni 1941 die Grenzstation. Es ist von Interesse, daß die damalige deutsch-sowjetische Demarkationslinie fast mit der sog. Curzon-Linie von 1919 und damit der seit Jalta-Potsdam geltenden heutigen polnisch-sowjetischen Grenzziehung übereinstimmt.

Ribbentrop wußte natürlich, daß bei seinem ersten, knapp zwanzigstündigen Aufenthalt in Moskau die Mitglieder der englischen und französischen Militärmissionen noch anwesend waren, um über eine englisch-russische Militärallianz einschließlich Polens zu verhandeln. Er war später noch der Ansicht, daß der vertrauliche Kontakt zwischen den westlichenund russischen Staatsmännern nie ganz aufgehört hatte. Das war auch nicht die britische Absicht (vgl. S. 344,

Halifax an Kennard). Ribbentrop glaubte aber, daß der Wunsch Stalins und Molotows, zu einer dauernden Verständigung mit Deutschland zu kommen, im damaligen Zeitpunkt aufrichtig war. Auch von Hitler hatte Ribbentrop nach seiner Rückkehr den Eindruck, daß diesem ernstlich an einem Ausgleich mit Rußland gelegen sei. Ribbentrop schreibt dazu in seinen letzten Aufzeichnungen:

„Die Abmachungen waren von uns auf längste Sicht und als dauernder Ausgleich gedacht. Der Pakt mit Rußland war zweifellos nicht nur vom realpolitischen Gesichtspunkt aus ein außerordentlicher Erfolg, er konnte auch der Zustimmung des deutschen Volkes sicher sein. Trotz des jahrelangen ideologischen Kampfes zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus war die Bedeutung eines befreundeten Rußland für die deutsche Politik nicht vergessen worden. Das Aufgeben der Bismarckschen Rußland-Politik hatte die Einkreisung Deutschlands eingeleitet, die zum Ersten Weltkrieg führte. In der Lage von 1939 bedeutete die Wiederaufnahme der historischen Beziehungen aus realen Gründen einen politischen Sicherheitsfaktor ersten Ranges.

Ich persönlich, der ich diesen Ausgleich mit der Sowjetunion dem Führer vorgeschlagen hatte, erhoffte mir im einzelnen folgendes:

1. Allmähliche Beseitigung eines der gefährlichsten Konfliktstoffe, die den europäischen Frieden bedrohen konnten, durch außenpolitische Überbrückung der weltanschaulichen Gegensätze zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus;

2. Herbeiführung eines wirklich freundschaftlichen deutsch-russischen Verhältnisses als eines der Fundamente deutscher Außenpolitik;

3. für die damalige besondere Lage im August 1939: die Möglichkeit einer diplomatischen Lösung des Danzig-Korridor-Problems im Sinne der Vorschläge Adolf Hitlers" (Ribbentrop S. 184 f.).

Als Ribbentrop am 24. August nach Deutschland zurückflog, war vorgesehen, daß er Hitler in Berchtesgaden Bericht erstatten sollte. Er wollte ihm eine europäische Konferenz zur Bereinigung der Polenfrage vorschlagen. Überraschend aber wurde sein Flugzeug durch Funkspruch nach Berlin

umdirigiert, wohin Hitler am gleichen Tage geflogen war, da sich die Krise durch ein Schreiben Chamberlains (vgl. S.428) zugespitzt hatte. Polen hatte begonnen, deutsche Verkehrsmaschinen zu beschießen; deshalb konnte Ribbentrops Flugzeug bei seiner Rückkehr nicht den Korridor überfliegen, sondern mußte einen weiten Umweg über die Ostsee machen.

Verschwörer in Verwirrung

Staatssekretär von Weizsäcker hatte „Hitler von Anfang Mai bis Mitte August 1939 nicht gesehen, auch nicht aus der Ferne", aber er verließ sich auf seine „orientierten Freunde beim Militär", die ihm sagten, „im Herbst komme unweigerlich der Einmarsch in Polen" (Weizsäcker S. 234).

Als in Berchtesgaden am 14. August beschlossen wurde, den Außenminister nach Moskau zu entsenden, fürchtete Weizsäcker, es könne „passieren, daß Hitler die Westmächte überflügelte und daß er im Rennen um Stalins Gunst schließlich Sieger blieb". Um das zu verhindern, willigte er ein,

„daß - wieder wie im September 1938 - die Brüder Kordt in London insgeheim in Aktion traten. Sie gaben englischen Freunden einen Hinweis, daß Hitler im Begriff sei, sie in Moskau zu überrunden. Als Antwort bekamen sie, ebenso vertraulich, die Versicherung, das werde nicht passieren. Die britische Regierung werde Hitler die Chance nicht geben, ihr zuvorzukommen. Das war beruhigend. Denn die Zusammenballung einer Triple-Entente London-Paris-Moskau war für den Frieden immer noch minder bedenklich als ein Pakt Berlin-Moskau mit dem Hintergedanken einer neuen Teilung Polens" (Weizsäcker S. 235).

Diese Hinweise Weizsäckers wurden in einem Schreiben bestätigt, das Theo Kordt nach dem Kriege am 29. Juli 1947 an Lord Halifax richtete und in dem Kordt feststellte:

„Während der Jahre 1938 und 1939 war ich in engem (manchmal täglichem) Kontakt mit dem ersten diplomatischen Ratgeber der Regierung Seiner Majestät, Sir Robert Vansittart. Mein Bru-

der fuhr mehrmals persönlich nach London, trotz der offenbaren Gefahr für seine Sicherheit, um Sir Robert Vansittart persönlich von der am Himmel der internationalen Politik drohenden Gefahr zu unterrichten. Sir Robert versicherte mir, daß er diese Mitteilungen sofort an Sie weitergeben werde; sie betrafen z.B. Hitlers Pläne für ein Abkommen mit der Sowjetunion, die Bündnisverhandlungen zwischen Hitler und Mussolini und den Rat der deutschen Widerstandsbewegung, auf Mussolini einen Druck auszuüben" (Wilhelmstraßen-Prozeß S. 18).

Lord Habfax antwortete Kordt darauf am 9. August 1947:

„Ich entsinne mich natürlich sehr gut der Mitteilungen, die mir in den Tagen vor Kriegsausbruch durch Lord Vansittarts Vermittlung zugingen und die er, wie er mir erklärte, von Ihrem Bruder erhalten hatte. Sie werden sich zweifellos direkt mit Lord Vansittart in Verbindung gesetzt haben."

Der Bischof von Chichester unterstrich ebenfalls in einer Nachkriegserklärung, daß sogar weitere britische Führungskreise über die Verhältnisse im Berliner Auswärtigen Amt unterrichtet waren:

„Tätige Schritte zur Durchkreuzung von Hitlers und Ribbentrops Politik sind nicht nur von den Brüdern Kordt, sondern auch von dem Staatssekretär Weizsäcker unternommen worden" (Wilhelmstraßen-Prozeß S. 18).

Die Bedeutung, die diese geheimen Informationen aus der Berliner Wilhelmstraße für die Politik des Foreign-Office besaßen, hat Hoggan in einem Abschnitt seines Buches ausführlich erörtert, in dem er gleichzeitig Roosevelts Haltung Mitte August 1939 kennzeichnet:

„Halifax würde, das erkannte Roosevelt genau, seinen liebevoll gehegten Plan eines Krieges gegen Deutschland aufgeben, wenn es ihm nicht gelänge, sich den militärischen Beistand der Sowjetunion oder Frankreichs zu sichern. Für Amerikas Präsidenten war der Gedanke, daß der Frieden vielleicht doch noch gerettet werden könnte, geradezu quälend, denn ihm sollte ein europäischer Krieg dazu dienen, seinen Traum von der Verewigung seiner Amtszeit und der Erhöhung seines Ansehens zu verwirklichen. In dieser schwierigen Lage war Halifax bedeutend im Vorteil. Während des

ganzen August 1939 wurde er ausführlich über die Verhandlungen der Deutschen mit den Russen durch Theo Kordt, den deutschen Geschäftsträger in London, unterrichtet. Theo Kordt und sein Bruder Erich, der in Ribbentrops Amt in Berlin eine Schlüsselstellung innehatte, waren Mitglieder einer Verschwörergruppe, in der man Bemühungen, Hitlers diplomatische Unternehmungen zunichtezumachen, keineswegs als Verrat ansah. Halifax wußte also, daß die Bussen einen Pakt mit Deutschland erwogen und daß die englisch-französischen Verhandlungen mit Bußland jeden Augenblick mit einem Fehlschlag enden konnten. Das gab ihm die Möglichkeit, einen Plan vorzubereiten, um Frankreich ohne russische Hilfe in einen Krieg gegen Deutschland hineinzuziehen. Auch machte ihn diese Kenntnis gegen die psychologische Schockwirkung eines deutsch-russischen Abkommens gefeit. Erst am 18. August 1939 erhielt er eine Vorwarnung von amerikanischer Seite, und zwar als Unterstaatssekretär Sumner Welles ihm verschiedene Gerüchte übermittelte, daß Bußland und Deutschland möglicherweise einen Pakt miteinander abschließen würden. Zu diesem Zeitpunkt war Halifax das schon nicht mehr neu" (Hoggan S. 584f.).

Die Bedeutung Weizsäckers als Faktor der damaligen Politik ist infolge dieser besonderen Verhältnisse weniger in den offiziellen deutschen, sondern mehr in den britischen Maßnahmen zu suchen. Jedenfalls muß man bei der Betrachtung und Beurteilung von Weizsäckers Briefen und Aufzeichnungen stets in Rechnung stellen, ob bzw. wieweit sie in konspirativer Absicht geschrieben worden sind. Es kam dem Staatssekretär darauf an, „Sand ins Getriebe" der deutschen Außenpolitik zu werfen (Kosthorst S. 80). Weizsäckers Vertrauter Burckhardt erklärt, niemand sei „so weit gegangen wie er", aber auch

„keiner hatte, um innerhalb des herrschenden Systems mitwirken zu können, so teuer mit Schweigen, mit Hinnehmen und mit Verstellung bezahlen müssen." (Burckhardt S. 305.)

In den Akten jener Monate sind die Spuren von Weizsäckers „ständiger Arbeit in der außenpolitischen Obstruk-

tion" (Weizsäcker S. 177) oft nur in Nebenbemerkungen zu entdecken.

Eine der Kontroversen, in denen Weizsäcker sich weit vorwagte, betraf die wichtige Frage, ob die deutsche Regierung für die Lösung der polnischen Angelegenheit eine zeitliche Frist gesetzt habe. Bekanntlich hatte der deutsche Staatssekretär bereits in seinem undatierten und unsignierten „Telegrammentwurf" und in seinem Brief vom 23. März 1939 an den Botschafter von Moltke nach Warschau von einer begrenzten Frist gesprochen (vgl. S. 324 ff.), innerhalb deren der polnische Außenminister Beck für oder gegen Deutschland optieren müsse. Ähnlich hatte sich auch Graf Welczeck, der deutsche Botschafter in Paris, im Juni 1939 dem französischen Außenminister gegenüber geäußert: In Berlin erwarte man eine Regelung der polnischen Angelegenheit noch für 1939 (vgl. ADAP VI Dok. 552, Anm. 2). Ribbentrop ließ daraufhin am 21. Juni 1939 dem Botschafter sofort telegrafisch mitteilen, daß es „politisch verfehlt wäre, für Lösung unserer Differenzen mit Polen Termine zu nennen und etwa auszusprechen, daß die Lösung innerhalb des Jahres 1939 im Guten oder Bösen erfolgen werde" (ADAP VI S. 631). Der Außenminister ließ den Botschafter wenige Tage später nach Berlin kommen und erteilte ihm mündlich und schriftlich eine ausführliche Instruktion, in der hervorgehoben wurde, es sei nicht beabsichtigt, den auf Polen lastenden Druck „durch Nennung präziser deutscher Forderungen oder Befristungen *ultimativ* zu gestalten". Weizsäcker legt dieser klaren Weisung eine Nachschrift bei, aus der deutlich wird, daß die verschärften Thesen Welczecks offenbar von ihm selbst gestammt haben, denn er fügt — zweifellos im Gegensatz zum Sinn der Instruktion - hinzu, daß der bei Bonnet „hervorgerufene Eindruck einer geplanten polnischen Lösung im Jahre 1939" *nicht* dementiert werden solle. Auch Hoggan ist diese Angelegenheit aufgefallener schreibt darüber:

„Dieser Vorgang illustriert die Eigenmächtigkeit, mit der von Weizsäcker häufig Ribbentrops Instruktionen an deutsche Botschafter modifiziert hat. Weizsäcker wußte, daß Welczeck Ribbentrop wegen seiner positiven Stellung zum nationalsozialistischen System abgeneigt war, desgleichen, daß der deutsche Botschafter in Paris die ihm gegebene Gelegenheit voll ausnützen würde, einen Widerruf seiner Äußerung zu Bonnet zu vermeiden. Das deutsche Staatsschiff besaß 1939 viele Möchtegern-Kapitäne" (Hoggan S. 537 f.).

Hoggan kritisiert die Einsatzfreude der vor allem dem Einfluß des Staatssekretärs unterstellten deutschen Botschafter. Sie hätten sich „als Staatsdiener ständig der Verantwortung für die offiziellen Schritte der Regierung zu entziehen" gesucht:

„Das wirkte sich als schwerwiegende Behinderung der deutschen Außenpolitik in einem äußerst schwierigen Zeitabschnitt aus" (Hoggan S. 473).

Taylor behauptet heute noch:

„Henderson sah Ribbentrop niemals, geschweige denn Hitler, und seine wenigen Unterhaltungen mit Weizsäcker führten nicht weiter, denn Weizsäcker wagte nicht, sie weiterzugeben. Ribbentrop bildete ein fast unüberwindliches Hindernis."

Taylor glaubt auch noch an die in „Tokio-Moskau-London" verbreitete Behauptung Dirksens, Ribbentrop habe ihn nicht ausreichend unterstützt:

„Als Botschafter in London hatte er (Ribbentrop), bevor er Außenminister wurde, mit großen Prahlereien verkündet, er werde eine englisch-deutsche Versöhnung erreichen. Er war gescheitert und nun entschlossen, daß dort, wo er versagt hatte, kein anderer Erfolg haben sollte. Dirksen, sein Nachfolger, erhielt keine Instruktionen, und dessen Berichte wurden ignoriert oder sogar tatsächlich abgelehnt. Ribbentrop hörte nie auf, Hitler zu sagen, daß die Briten nur auf Drohungen, aber nicht auf eine Aussöhnung reagieren würden und es paßte Hitler, ihm zu glauben" (Taylor S. 243).

Die Unterstellung, Ribbentrop sei gegen England „haßerfüllt" gewesen, stammt ursprünglich, wie fast alle derartigen unwahren Behauptungen über den damaligen Außenminister,

von den innerdeutschen Gegnern der Reichsregierung. Für deren Pläne war Ribbentrop tatsächlich ein „unüberschreitbares Hindernis", nicht zuletzt deshalb, weil er bereits in London zwischen den wenigen tatsächlichen Anhängern einer deutsch-englischen Verständigung und den leider einflußreicheren antideutsch eingestellten Persönlichkeiten unterschieden hat.

Es ist dagegen eine geschichtliche Tatsache, daß sich die an der Londoner Botschaft tätigen oppositionell eingestellten Beamten vor allem an die unversöhnliche Gruppe britischer Politiker hielt. Noch aus Ribbentrops Botschafterzeit berichtet Erich Kordt:

„Es war jedesmal ein Aufatmen, wenn Ribbentrop fort war ... Man konnte wieder mit britischen Freunden normal verkehren" Kordt II S. 175f.).

Unter den englischen Persönlichkeiten, mit denen Kordt damals im Auftrage deutscher Widerstandskreise besonderen Kontakt pflegte, stand an erster Stelle Sir Robert Vansittart (Rothfels S. 78). Ihn beurteilte man als geeigneten Gesprächspartner (vgl. S. 192).

Im Jahre 1939 war es so weit, daß Vansittart zynisch feststellte:

„England braucht in Deutschland keinen Secret Service mehr; die Deutschen selbst kommen ja in Scharen zu uns und erzählen alles" (Boveri Bd. II S. 98).

Später, als der Krieg vorbei war und ihm die Gesprächspartner von 1937-39 uninteressant geworden waren, erklärte Vansittart in einer eidesstattlichen Versicherung vom 31. August 1948:

„die ganze Grundlage meiner Haltung gegenüber Deutschland war, daß es eine wirkliche oder wirksame Opposition dort niemals gab oder geben würde" (Rothfels S. 220).

Was die damalige Tätigkeit des Botschafters von Dirksen in London betraf, so ist es natürlich nicht zutreffend, daß

er keine Instruktionen erhielt oder daß Ribbentrop seinem Nachfolger in London keinen Erfolg gegönnt habe. Das Dilemma war, daß auch der Botschafter Dirksen unter dem Einfluß Weizsäckers stand und ihm des öfteren Briefe und Berichtsergänzungen sandte, die nicht für die Reichsregierung bestimmt waren. Der Unterschied zwischen Dirksens und Ribbentrops Konzeption bestand darin, daß Dirksen noch im Sommer 1939 glaubte, Chamberlain und Halifax seien tatsächlich wohlwollend gegenüber Deutschland eingestellt. Ribbentrop dagegen verfolgte die Entwicklung der englischen Politik schon seit dem Hitler-Halifax-Gespräch im Herbst 1937 mit besorgter Skepsis. Er selbst berichtete Hitler bekanntlich bereits am 2. Januar 1938 von dem Mißerfolg seiner Mission, ein deutsch-englisches Zusammengehen zu erreichen (vgl. S. 120ff.). Denn seiner Überzeugung nach werde England kämpfen, wenn es stärker dastehe als Deutschland und dafür auch versuchen, Italien und Japan in das englische Lager herüberzuziehen. Deshalb blieb Ribbentrop bestrebt, die deutsche Bündnispolitik gegenüber der britischen Einkreisungsallianz zu erhalten und zu stärken.

Als sehr ernst erwies sich allerdings jede unmittelbare Äußerung Weizsäckers, von dem die britische Regierung seit Jahresfrist wußte, daß er eigene Wege ging und im Zusammenwirken mit führenden Militärs einen innerdeutschen Umsturz plante.

Nachdem Weizsäcker am 14. August 1939 London durch die Gebrüder Kordt hatte wissen lassen, daß Hitler im Begriffe sei, engen Kontakt mit Stalin aufzunehmen, ergänzte er diese Nachricht am nächsten Tag noch durch eine weitere unmittelbare Mitteilung, über die er in seinen Erinnerungen ausführlich berichtet:

„Am 15. August hatte ich im Auftrage Ribbentrops mit Coulondre und Henderson zu reden. In diese Gespräche, die mir willkommen waren, mischte ich kräftige eigene Töne mit doppel-

tem Effekt: ich konnte in meinen Gesprächsnotizen deutlich machen, daß beide Botschafter einen isolierten deutsch-polnischen Feldzug als vollkommene Fehlspekulation bezeichneten. Und durch die Botschafter konnte ich in Paris und London das suggerieren, was ich für nötig hielt. Coulondre berichtete nach Hause ganz in meinem Sinn, Frankreich müsse gegen Hitler Festigkeit zeigen und gleichzeitig in Warschau dringend zum Maßhalten und zur Kontrolle der Provinzbehörden raten, in deren Händen die Minderheitenbehandlung lag.

Hendersons Berichterstattung nach unserem Gespräch vom 15. August und einem weiteren Gespräch drei Tage später hatte gleichfalls die gewünschte alarmierende Wirkung" (Weizsäcker S. 251).

Genau so wie im Vorjahre hat also der deutsche Staatssekretär die britische und französische Regierung jetzt erneut aufgefordert, gegenüber Deutschland „Festigkeit" zu zeigen, was im Zusammenhang mit den vorhergegangenen Informationen in London und Paris nur als Rat verstanden werden konnte, Vorschläge Hitlers abzulehnen und nicht einen Kompromiß, sondern den Bruch anzusteuern.

Es gehört zur Terminologie der deutschen Nachkriegsliteratur, dieses geheime Wirken wichtigster Wilhelmstraßen-Beamter als „Friedensaktionen" zu bezeichnen. Daß aber ihre tatsächliche Wirkung zum Ausbruch des Krieges erheblich beigetragen hat, darüber wird noch weiter zu handeln sein.

In seinen Erinnerungen zitiert Staatssekretär von Weizsäcker aus einem italienischen Buch über das „Dreieck Attohco-Henderson-Weizsäcker" das Folgende:

„Sie arbeiteten seit langem zusammen mit so starkem gegenseitigen Vertrauen, daß sie sozusagen ihre Zugehörigkeit zu verschiedenen Nationen vergaßen. Im Bewußtsein der höheren Interessen ihrer Länder verstanden sie, gegenüber ihren eigenen Chefs im rechten Augenblick zu schweigen oder sich über die Art zu verständigen, wie mit diesen zu reden wäre, um sie auf den für den Frieden günstigen Weg zu bringen" (Weizsäcker S. 181).

Weizsäcker deutet seine Motive und seine Überlegungen an einigen Stellen seiner Erinnerungen an. Er glaubte, daß das Schicksal für ibn die Rolle eines Talleyrand vorgesehen habe, der auch „in einer der höchsten Staatstellen war, als er den Kaiser verriet" (Weizsäcker S. 197). Um sich über sein Vorbild zu orientieren, las er nach der Münchener Konferenz das Buch von Emilé Dard „Napoleon und Talleyrand". Er notierte darüber:

„Es fesselte mich, nachzuprüfen, wie Talleyrand es bewerkstelligt hat, sich - nach landläufiger Auffassung - von seinem Herrn zu distanzieren, um ihm später untreu zu werden. Ich wollte wissen, wie dieser klassische, politische Deserteur es schließlich für richtig hielt, den Dingen ihren Lauf zu lassen und Frankreich dem äußeren Feind preiszugeben, um es auf diese Weise von seinem Diktator zu befreien. ... War der Vorgang, toutes proportions gardées, auf uns übertragbar? ... Durfte man einen gewaltsamen Eingriff von außen überhaupt erwägen, jetzt, im Zeitalter des totalen Krieges? Würde denn Deutschland eine solche Roßkur überleben?"

In seinem Urlaub „angesichts des mittelländischen Meeres" im Oktober 1938 - einen Monat nach seiner ersten „Botschaft" an Halifax — kam Weizsäcker zu der Überzeugung, daß das

„Talleyrand'sche Muster nur bruchstückweise anwendbar sei, nämlich: Im Dienst verbleiben - ja, den Diktator abschütteln - ja, aber aus eigener Kraft. Nie hätte ich es gebilligt, ich hätte es für völlig unentschuldbar gehalten, die Katastrophe zu begünstigen, den Krieg herbeizuführen, um ihn zu verlieren und auf diese Weise Hitler loszuwerden" (Weizsäcker S. 197 f.).

Da Weizsäcker und seine Mitverschworenen im Auswärtigen Amt selbst über keinerlei Machtmittel verfügten, um Hitler aus eigener Kraft zu stürzen, deutet Weizsäckers Bemerkung zweifellos auf die Beck-Halder-Putschpläne hin, die jedoch (vgl. S. 192 und 198) ein energisches englisches Auftreten gegen Hitler voraussetzten.

Gewiß wollte Weizsäcker keine „Roßkur", keine Niederlage Deutschlands nach einem totalen Krieg, aber spielte er

nicht doch vielleicht mit dem Wunschgedanken eines Kriegsausbruchs, der den oppositionellen Generalen den Anlaß zum Putsch* bieten würde?

Diesem Gedanken mag Weizsäckers Wunsch nach einer „Triple-Entente" — Frankreich-England-Rußland — gedient haben. Ribbentrops Moskau-Erfolg durchbrach solche Erwägungen. Erich Kordt schreibt unverblümt:

„Zu unserem Entsetzen vollzog sich nun im Gegensatz zu den Eröffnungen, die Vansittart gemacht hatte, die Einigung zwischen Hitler und Stalin" (Kordt II S. 323).

Zu den Geheimnissen der letzten Augusttage 1939 gehört der Umstand, daß der Ribbentrop-Molotow-Pakt nicht nur die Verschwörer im Auswärtigen Amt überraschte, sondern auch die oppositionelle „Generalität" offenkundig zu einer Modifizierung ihrer Umsturzabsichten veranlaßte. Der für den Fall eines Kriegsausbruches vorgesehene Sturz Hitlers wurde erst fünf Jahre später versucht.

* ProfessorTaylor äußerte sich in einem 1950 erschienen Artikel über den Staatssekretär von Weizsäcker u. a. dahin, er habe die Frage, „was Hitler und Ribbentrop vorhätten", so oft mit seinen Freunden besprochen, daß es schwer verständlich sei, „wann er noch Zeit für seine Amtsgeschäfte hatte". Taylor fiel es auf, daß in Weizsäckers Buch „sehr viel von dem ‚Kampf für den Frieden' die Rede ist, der aber meistens darin bestanden habe, die Pflichten eines Staatssekretärs mit einem redlichen Gesicht auszuführen". Er habe „seine Arbeitgeber betrogen (deceived), indem er versuchte, ihre Politik zu vereiteln oder mindestens zu lähmen ... einige dieser Täuschungen zeigen sich sogar in den offiziellen Protokollen". Nach Kriegsausbruch sei Weizsäcker im Amt verblieben, in der Erwartung, "der Friede werde ihm eines Tages in den Schoß fallen und er könne Hitler und Ribbentrop stürzen, obwohl dies unter viel günstigeren Umständen unmöglich gewesen war". Er habe es „für ein Heldenstück gehalten, die belgischen und holländischen Botschafter darüber zu informieren, daß ihre Länder überfallen werden sollten". In Rom habe er sich „für das erste Friedensangebot" - das „niemals" kam — bereitgehalten. Selbst als 1944 „die meisten seiner Freunde in Deutschland nach dem Attentatsversuch vom 20. Juli getötet wurden, traf den Staatssekretär kein Verdacht: Er wurde nicht abberufen und verbheb in Hitlers Diensten bis zum Ende" (A. J. P. Taylor in „The Manchester Guardian Weekly" 16. 11. 1950).

DIE LETZTEN ZWÖLF TAGE

Hitlers Ansprache vom 22. August 1939

Am 22. August, am gleichen Tag, an dem Ribbentrop die Generalvollmacht erhielt, um im Namen des deutschen Reiches mit bevollmächtigten Vertretern der Sowjetregierung über einen Nichtangriffspakt in Moskau zu verhandeln (ADAP VII Dok. 191), sprach Hitler in seinem Arbeitszimmer auf dem Berghof vor einem größeren Kreis höherer militärischer Führer. Über die Bede ist nur eine nachträgliche Niederschrift erhalten, die Generaladmiral Hermann Böhm am Abend des 22. August 1939 „im Hotel Vier Jahreszeiten in München niederschrieb" (IMT XLI S. 16 ff.). Sie wurde in Nürnberg als „Dokument Baeder-27" von der Verteidigung in der Form einer eidesstattlichen Erklärung Böhms vorgelegt. Aus der umfangreichen Aufzeichnung Böhms ergeben sich folgende Hinweise auf die Ausführungen Hitlers:

1. Hitler hielt „eine spätere Auseinandersetzung mit den Westmächten" auf die Dauer für „unvermeidbar", denn die englische Einkreisungspolitik habe mit ihrer Garantie an Polen ihr Ziel aufgedeckt.

2. Hitler erklärte die Auseinandersetzung mit Polen nach wie vor als unerwünscht; als Politiker müsse er jedoch „elastisch sein". Die Presse habe in der letzten Zeit das „tiefste Denken der Polen enthüllt", die den Nichtangriffspakt niemals gehalten hätten, „wenn Deutschland irgendwie sonst gebunden wäre". (Dies hatte sich bekanntlich bereits

1936 gezeigt, als Beck während der Rheinlandkrise freiwillig einen Präventivkrieg Frankreichs gegen Deutschland unterstützen wollte — vgl. S. 252f.).

3. Hitler sprach mit aufrichtiger Anerkennung von Mussolini und Franco. Hinsichtlich Stalins erklärte er, daß dieser wohl niemals „so wahnsinnig sein würde", England zuhebe „Rußland im Osten die Blutlast des Krieges tragen zu lassen" wie im Ersten Weltkriege, während der Westen wiederum eine „Art Stellungskrieg" führen würde. Dadurch, daß Deutschland den Westmächten „die Hilfe Rußlands" zur Einkreisung des Reiches „aus der Hand geschlagen habe", sei der militärische Weg gegen Polen „nach menschlichem Ermessen frei". Hitler kennzeichnete die Lage durch den Ausspruch von Lloyd George, der nach Abschluß der englisch-polnischen Garantie im Unterhaus die Frage gestellt hatte, ob die Regierung sich vor ihrer Garantie für Polen die Hilfe Rußlands gesichert hätte. Wenn dies nicht der Fall sei, dann sei „die Politik der Regierung die dümmste und die verbrecherischste, die man sich denken kann".

4. Hitler glaubte, daß die englische Regierung, in deren Schlepptau sich auch Frankreich befinde, trotz der Garantieerklärung Polen nicht beistehen werde. Denn

„England habe Polens Bitte um 8 Millionen Pfund Gold abgelehnt, trotzdem es in China in letzter Zeit eine halbe Milliarde gesteckt hatte. Als Polen dann Waffen erbat, habe man ihm lächerliche Zahlen veraltetes Material gegeben, also jede ernsthafte Hilfe abgelehnt mit der Begründung, man brauche Gold und Waffen selbst. ... ‚Es erscheint mir daher ausgeschlossen, daß ein verantwortlicher englischer Staatsmann in dieser Lage das Risiko eines Krieges für England übernimmt'" (Sperrung im Original).

5. „Vom Standpunkt einer späteren großen Auseinandersetzung im Westen, die er für unvermeidbar halte", warf Hitler die Frage auf, ob die Veränderung der untragbar gewordenen politischen Lage mit Polen „isoliert von ande-

ren Katastrophen durchzuführen" sei? Sein Verständigungsversuch hinsichtlich der Rückgliederung „Danzigs und der Herstellung eines Verbindungsweges durch den Korridor" sei durch England gestört worden, das sich in eine „Hysterie hineinsteigerte und Polen zu frechen Noten und militärischen Maßnahmen veranlaßte". Während es zwischen Deutschland und Polen „nur einen erträglichen Zustand" oder eine „unerträgliche Belastung" geben könne,

„war und ist aber für England ein dauernder labiler Zustand erwünscht, um jederzeit, wenn es selbst losschlagen will, auf der anderen Seite Polen loslassen zu können. Damit wäre aber das Gesetz des Handelns nicht mehr bei uns. So wäre es auch von diesem Standpunkt aus richtiger, zu handeln heuer, als später.

6. Wegen der wirtschaftlichen Lage Deutschlands hielt Hitler es für „zwingend", zu Entschlüssen zu kommen — der jetzige Zustand könne vielleicht „zehn bis fünfzehn Jahre" wirtschaftlich durchgehalten werden.

7. Hitler glaubte, daß die Gegner des Reiches ihre Entschlüsse „viel schwerer zu fassen" hatten, denn ihre möglichen Gewinne wären gleich nichts, der Einsatz aber „unfaßbar groß". England habe schon 1918 nur einen „Pyrrhus-Sieg" erfochten. „Maritim verlor es seine Vorherrschaft und teilte sie mit Amerika." Frankreich sei durch die Verminderung seiner Jahrgänge geschwächt. Jugoslawien stehe schwächer als 1914 da, ebenfalls Rumänien, weil Ungarn und Bulgarien an seiner Grenze aufmarschieren. Die Türkei stehe nach dem Tod des großen Atatürk jetzt weitgehend unter dem „Einfluß des Pfundes".

8. Hitler führte in ruhiger Sprache die Fälle an, in denen er entgegen der Vorschläge seiner Berater mit seiner Entschlossenheit recht behalten habe. Hitler betonte, daß „England eine ausgezeichnete Propaganda hätte", die auch einen Teil seiner eigenen Berater beeinflußt habe, was er mit folgenden Worten zum Ausdruck brachte:

„Die Haltung vieler deutscher Männer auch in prominenten Stellungen hätten diese englische Propaganda im Herbst 1938 wesentlich unterstützt. Sie hätten vor und in der Krise gesagt: ‚England wird für die Tschechei eintreten, auch durch Einsatz seiner Wehrmacht!' Als dies nicht der Fall war, sagten sie: ‚Wir geben uns geschlagen, der Führer hat Recht behalten. Er hat deswegen gewonnen, weil er die besseren Nerven hat und durchgehalten hat.' Sofort wurde dies in England aufgenommen, und es wurden die heftigsten Vorwürfe gemacht gegen die Regierung, die die Nerven verloren hätte ..., hätte sie auch die Gefahr eines Krieges auf sich genommen, so hätte der deutsche Kanzler nachgegeben. Diese Meinung, als wenn er, der Führer, nur bluffen, aber nichts wirklich einsetzen wolle, habe ihm die jetzige Lage sehr erschwert."

9. Von den Westmächten erwartete Hitler, daß sie bei einem Konflikt Deutschland-Polen „versuchen, das Gesicht zu wahren", vielleicht „Botschafter abberufen, vielleicht eine Handelssperre einrichten".

10. Bei militärischen Operationen in Polen sei zu beachten, daß „größte Schnelligkeit im Erfolg im Osten" am besten die Aussicht auf eine „Beschränkung des Konflikts" biete.

11. Jedenfalls glaubte Hitler, daß England „keinen langen Krieg" wünsche.

12. Hitler erinnerte die Generale daran, daß „auch auf der anderen Seite Menschen" seien mit ihren Sorgen und Kümmernissen. „Letzten Endes sind es nicht die Maschinen, die miteinander ringen, sondern die Menschen." Die Schnelligkeit der Operationen gelte dem Zerbrechen der gegnerischen militärischen Kraft. „Größte Härte kann bei Durchführung einer solchen Aufgabe größte Milde sein."

Wer die Geschichte der englischen Polengarantie und die Entwicklung der vorangegangenen Wochen — Hitlers vergeblichen Versuch, die Danzig-Frage auf Jahre zurückzustellen, seinen erfolglosen Appell an Burckhardt - mit in Betracht zieht, wird nicht erstaunt sein, daß er den Generalen gegenüber die Sprache führte, die sich in den Aufzeichnungen

Böhms zeigt. Hitler sprach auch bei anderen solchen Gelegenheiten nach dem Prinzip: „Mit den Militärs muß man reden, als wenn der Krieg hier oder dort am nächsten Tag ausbricht", wie Ribbentrop in Nürnberg erklärte.

Es sollte sich in den nächsten Tagen herausstellen, daß die Würfel in Wirklichkeit noch nicht gefallen waren und es müßte von dieser Ansprache nicht berichtet werden, wenn über sie nicht verhängnisvolle Fälschungen verbreitet worden wären.

Die Nürnberger Anklagebehörde präsentierte 1946 über Hitlers angebliche Erklärungen vom 22. August 1939 nicht weniger als drei anonyme Aufzeichnungen als „Beweisstücke USA-28, USA-29 und USA-30" und erhob zwei zu „Schlüsseldokumenten", obwohl die Niederschriften weder datiert noch signiert sind. Das Beweisstück „USA-28" mit der Kennzeichnung „L-3" wurde zwar zurückgezogen, da es nach Sprache und Inhalt offenkundig unglaubwürdig war. Aber diese Tatsache hinderte die Anklagevertretung nicht, wiederholt darauf Bezug zu nehmen (IMT XIV S. 76f.). Der Amerikaner Dodd erklärte in Nürnberg, daß das Dokument „L-3" durch die „Gefälligkeit eines Journalisten in unsere Hände gelangte". Es ist in den British Documents abgedruckt (Serie III Bd. VII No. 399). Der Wortlaut dieser anonymen Notiz ist außerdem in den ADAP VII als Fußnote auf S. 171 und 172 nachzulesen. Auch im Prozeß gegen den Generalfeldmarschall von Manstein, der im Jahre 1950 vor einem britischen Militärgericht in Hamburg stattfand, versuchte die britische Anklagebehörde dieses Schriftstück als Beweismaterial in den Prozeß einzuführen. Auf den Widerspruch des Verteidigers Dr. Laternser wurde das Dokument „USA-28" zurückgewiesen.

Die beiden anderen ebenso merkwürdigen Aufzeichnungen wurden nach dem Zusammenbruch von den „Streitkräften der Vereinigten Staaten gefunden", nachdem sie unter der

„Kontrolle des Generals Winter" aus den „OKW-Gebäuden in Berlin" weggebracht und schließlich nach Saalfelden im österreichischen Tirol verlagert worden waren. Am 21. Mai 1945 wurden sie auf Befehl Winters der „Dokumentenabteilung der III. amerikanischen Armee in München übergeben".

Im Nürnberger Prozeß erhob Rechtsanwalt Dr. Siemers als Verteidiger des Großadmirals Raeder gegen die Vorlage der undatierten und unsignierten Papiere Einspruch und versuchte zumindest festzustellen, mit welchen „anderen Papieren" diese Aufzeichnungen zusammengelegen hätten, und ob sie „einem bestimmten Adjutant gehörten". Das heißt, ob man sie zum Beispiel bei den „Hoßbach- oder Schmundt-Papieren" gefunden habe (IMT XIX S. 76ff.). Dr. Siemers führte über das Anklagedokument ,,US-30"unter anderem aus:

„Die Mängel, von denen schon bei den anderen Protokollen gesprochen wurde, sind hier noch wesentlich größer. Dieses Dokument ist nichts weiter als zwei Stücke Papier mit der Überschrift: ‚Zweite Ansprache des Führers am 22. August 1939'. Das Original hat keinen Kopf, es hat kein Aktenzeichen, keine Tagebuchnummer, keinen Vermerk, daß es geheim ist; es hat keine Unterschrift. ... Es hat kein Datum. ... Es hat keinen Vermerk, woher das Dokument stammt; es hat die Überschrift: ‚Zweite Ansprache', obwohl feststeht, daß Hitler an diesem Tage nur eine Ansprache gehalten hat. ... Es hat kein Datum, wann diese Niederschrift aufgesetzt worden ist, es hat nur das Datum, wann diese Ansprache gewesen sein soll. ... Überdies steht es fest, daß Hitler zweieinhalb Stunden gesprochen hat. Ich glaube, es ist allgemein bekannt, daß Hitler außerordentlich schnell sprach. Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß ein Protokoll eineinhalb Seiten lang ist, wenn es nur einigermaßen den Inhalt einer Rede wiedergeben soll, die zweieinhalb Stunden dauerte" (IMT XIV S. 54).

Dr. Siemers führte außerdem aus, daß beide Dokumente „auf demselben Papier und auf derselben Schreibmaschine geschrieben" sind und daß daher das Anklagedokument „US-29" über die „Ansprache des Führers" ebenso

unglaubwürdig ist wie das „US-30" über die angebliche „Zweite Ansprache des Führers" vom 22. August 1939.

Diese zweifellos gefälschten Niederschriften sind einerseits kürzer als die Böhm-Aufzeichnung und geben Hitlers politische Gedankengänge weit unvollständiger wieder, andererseits enthalten sie Ausdrücke, die bei Böhm fehlen und zu denen dieser später ausdrücklich festgestellt hat, daß Hitler sie nicht gebraucht habe. Nur mit Schwierigkeiten gelang es Dr. Siemers in Nürnberg, die beiden Anklagedokumente „US-29" und „US-30" in Vergleich zu der Aufzeichnung des Generaladmirals Böhm zu bringen. Böhm erklärte unter Eid, daß mehrere drastische Redewendungen aus den USA-Dokumenten von Hitler „teils überhaupt nicht, teils in anderer Form und in anderem Sinne gebraucht worden sind" (IMT XVII S. 445).

Die heute noch (z.B. in der Sendung der deutschen Fernsehreihe „Das Dritte Reich") weitestverbreitete Behauptung, Hitler habe damals den Generalen erklärt: „Ich habe nur Angst, daß mir im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt", ist im Dokument „US-28-L 3" enthalten, das in Nürnberg nicht aufrechterhalten wurde (vgl. oben). Die Anklagebehörde hatte ihr eigenes Beweisstück zwar zurückgezogen, aber dessen Inhalt durch die Presse der „gesamten Weltöffentlichkeit" während des Prozesses immer wieder bekanntgegeben, so daß Dr. Siemers schließlich vor dem Gericht feststellte,

„Wo man auch jemanden fragt, wurde einem diese groteske, brutale Rede vorgehalten, und daher glaube ich, liegt es im Interesse der geschichtlichen Wahrheit, daß festgestellt wird, ob Hitler in dieser entsetzlichen Weise seinerzeit gesprochen hat" (IMT XIV S. 56).

Böhms Aufzeichnung und seine spätere eidliche Aussage hat nicht nur diese Frage geklärt, sondern enthüllt auch, daß in die in Nürnberg vorgelegten Aufzeichnungen weitere Sätze

eingefügt wurden, die Hitler nicht verwendet hatte. So ist zum Beispiel der Satz

,„Danach werden wir militärische Einzelheiten besprechen' ... nicht gebraucht worden. Militärische Einzelheiten sind auch in 798-PS (US-29) nicht gefolgt. ... In Sonderheit ist die Redewendung, daß Hitler sich zunächst gegen den Westen wenden würde, auf keinen Fall gebraucht worden. ... Hitler hat auf keinen Fall eine Absicht, gegen den Westen kämpfen zu wollen, zum Ausdruck gebracht" (IMT XVII S. 446).

Dr. Siemers wandte sich insbesondere gegen „den von der Anklage etwa sechs- bis achtmal" hervorgehobenen Satz aus dem „USA-30":

,,,Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist Beseitigung der lebenden Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie.' Dazu sagt Boehm: ,Es ist nie von der Vernichtung Polens oder der Beseitigung der lebendigen Kräfte des polnischen Volkes als solchem gesprochen worden, sondern stets nur von dem Brechen der militärischen Kräfte'" (IMT XVII S. 447f.).

Von historischer Bedeutung ist nicht nur der Umstand, daß es hier um Schriftstücke geht, die dem Nürnberger Gerichtshof als „Beweismittel" für Deutschlands alleinige Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges vorgelegt wurden, sondern auch die Tatsache, daß diese dubiosen Papiere bereits Ende August 1939 in Umlauf gesetzt wurden, und ihre Wirkung auf die Geschehnisse nicht verfehlten.

Eine Rolle spielte damals der - später von der Anklagebehörde in Nürnberg indirekt zitierte - in Berlin tätige amerikanische Journalist Louis P. Lochner (vgl. S.424). Hoggan schildert, daß von Lochner

„ein Memorandum über die Sitzung vom 22. August 1939 in der amerikanischen Nachrichtenagentur Associated Press (AP) fabriziert und am 25. August 1939 britischen Diplomaten in Berlin vorgesetzt wurde. Lochners Material ist später von einer Reihe von Historikern als authentischer Konferenzbericht angesehen und verwandt worden. Diese Lochner-Version bestimmte bewußt oder unbewußt in jener Zeit das Denken der britischen Diplomaten.

Hätte man zugelassen, daß die Menschen sich über schwerwiegende Fragen vernünftige Gedanken machen, dann wäre die grobe Propaganda im Lochner-Material sofort als solche erkannt worden. … Die einzig feststehende Tatsache in diesem Lochner-Memorandum ist die, daß sich in ihm ein amerikanischer Journalist in Europa mit Kriegshetze befaßt hat… (Hoggan S. 624f.).

Natürlich konnte Lochner in Berlin sein Fabrikat nicht ohne jegliche Anhaltspunkte zustandebringen; offenkundig erhielt er Informationen aus dem Kreise der am Obersalzberg beteiligten Militärs und ergänzte sie mit journalistischen Kraftausdrücken.

Es stellt sich die Frage, warum und von wem Lochner solche Unterlagen erhielt: Diese Maßnahme läßt sich nur dahin deuten, daß einer oder mehrere Besprechungsteilnehmer nach wie vor den Gedanken eines Umsturzes nach Kriegsausbruch verfolgten und es für wünschenswert hielten, ihr beabsichtigtes Vorgehen durch die These zu rechtfertigen, Hitler habe jede Friedensvermittlung abgelehnt.

Die Wirkung des Lochner-Berichtes war zweifellos hochpolitisch: Die britische Regierung mußte sich sehr beeindruckt fühlen, daß sie so rasch über Hitlers Besprechungen mit den hohen Generalen unterrichtet wurde und daß sie erneut hoffen durfte, in ihnen geheime Verbündete zu finden.

Chamberlains Brief an Hitler

Hitler hatte am 22. August 1939 zwar die Generalität auf die Möglichkeit eines bevorstehenden Konfliktes vorbereitet, aber noch keine militärische Befehle erteilt. Vermutlich wollte er die Wirkung der deutsch-russischen Verständigung vor allem in London noch beobachten, bevor er feste Entschlüsse faßte.

Inzwischen war am 21.August der britische Premierminister Chamberlain aus Schottland nach London zurück-

gekehrt und hatte eine Kabinettssitzung für den 22. August einberufen, zu der auch der Kriegsminister Hore-Behsha, der sich in Frankreich aufhielt, nach London kam.

Nach dieser Kabinettssitzung, die sich mit der durch den deutsch-sowjetischen Pakt geschaffenen neuen Lage befaßte, veröffentlichte Downing Street eine Begierungserklärung, in der die Einberufung des Parlaments für den 24. August angekündigt wurde. Dem Unterhaus sollte ein „Notstands-Vollmachten-Gesetz" vorgelegt werden, das einem ähnlichen Gesetz von 1914 entsprach. Außerdem beschäftigten sich Chamberlain und Halifax mit einem Brief an Hitler, der am 22. abends in Berlin eintraf. Wie Henderson nach London berichtete (vgl. ADAP VII Dok. 200, Anm. 3), hat er noch am Abend dem Staatssekretär von Weizsäcker die Hauptpunkte des Briefinhalts mitgeteilt und sich zu einem dringenden Besuch bei Hitler für den nächsten Tag, den 23. August, angesagt.

Zur gleichen Zeit befand sich Ribbentrop bereits auf dem Wege nach Moskau. Für bedeutungsvolle zwei Tage lag die Leitung des deutschen Auswärtigen Amtes in der Hand des Staatssekretärs von Weizsäcker, der sich der „ständigen Arbeit in der außenpolitischen Obstruktion" verschrieben hatte (Weizsäcker S. 177).

Weizsäcker schreibt dazu:

„Mitte August ventilierte ich mit Henderson, ähnlich wie im Sommer 1938, den Plan, unter Ausschaltung Ribbentrops, einen geeigneten Engländer, am besten einen General, heranzuholen, der möglichst unter vier Augen mit Hitler ein Manneswort sprechen könnte. Als Ribbentrop gerade nach Moskau abgeflogen war, bot sich nun eine andere Chance. ... Der britische Ministerpräsident, der nicht mehr wie im Vorjahr als Friedensengel angeflogen kommen konnte, sandte am 22. August einen Brief an Hitler" (Weizsäcker S. 250 f.).

Hitler, der auch in München vom Freiherrn von Neurath dazu überredet werden mußte, ohne Ribbentrop mit

Chamberlain zu sprechen (IMT XYI S. 708), zögerte auch diesmal! Wie Weizsäcker berichtet, wurde er noch in der Nacht aus Berchtesgaden angerufen und von Hitler befragt, „ob ein Botschafter den Anspruch habe, von ihm empfangen zu werden, auch wenn der Außenminister abwesend sei". Weizsäcker „bejahte selbstverständlich" (Weizsäcker S. 251). Fast wäre sogar Weizsäckers Vorjahreswünsch nach einem „General mit dem Reitstock" in Erfüllung gegangen (vgl. S. 200). Taylor berichtet, daß es der britischen Regierung

„erste Absicht war, einen Spezial-Emissär zu schicken - diesmal nicht Chamberlain, sondern vielleicht den Feldmarschall Lord Ironside" (Taylor S. 267).

Dieser Plan konnte aber nicht ausgeführt werden, weil nach den diplomatischen Gepflogenheiten ein Sondergesandter nicht darauf hätte bestehen können, in Abwesenheit des Außenministers von Hitler empfangen zu werden.

So „mußte die Botschaft durch den Botschafter Nevile Henderson überbracht werden, der am 23. August nach Berchtesgaden flog" (Taylor S. 267). Der Inhalt des Briefes, den Chamberlain an Hitler richtete, entsprach weitgehend den Vorschlägen der Widerstandskreise, die Weizsäcker im September 1938 der britischen Regierung übermittelt hatte (vgl. S. 206f.).

Einleitend machte Premierminister Chamberlain Hitler auf die bevorstehenden militärischen Anordnungen der britischen Regierung aufmerksam:

„Euer Exzellenz werden bereits von gewissen Maßnahmen Kenntnis erhalten haben, die von Seiner Majestät Regierung getroffen und heute abend in der Presse und im Rundfunk bekanntgegeben wurden.

Diese Maßnahmen sind nach Ansicht Seiner Majestät Regierung notwendig geworden durch Truppenbewegungen, über die aus Deutschland berichtet worden ist, und durch die Tatsache, daß anscheinend die Ankündigung eines deutsch-sowjetischen Abkommens in gewissen Kreisen in Berlin als Anzeichen dafür aufgefaßt wird, daß eine Intervention seitens Großbritanniens zu-

gunsten Polens nicht mehr eine Eventualität darstellt, mit der zu rechnen notwendig ist. Kein größerer Fehler könnte begangen werden. Welcher Art auch immer das deutsch-sowjetische Abkommen sein wird, so kann es nicht Großbritanniens Verpflichtung gegenüber Polen ändern, wie Seiner Majestät Regierung wiederholt öffentlich und klar dargelegt hat und diese entschlossen ist zu erfüllen."

Diese Sprache wurde noch verschärft durch den Kernsatz des Briefes:

„Es ist behauptet worden, daß, wenn Seiner Majestät Regierung ihren Standpunkt im Jahre 1914 klarer dargelegt hätte, jene große Katastrophe vermieden worden wäre. Unabhängig davon, ob dieser Behauptung Bedeutung beizulegen ist oder nicht, ist Seiner Majestät Regierung entschlossen, dafür zu sorgen, daß im vorliegenden Falle kein solch tragisches Mißverständnis entsteht" (Freund III Dok. 86).

Die feste Haltung, die London in der Tschechenkrise 1938 nicht einnehmen konnte, weil England damals mit seinen Bündnissen noch nicht stärker dastand als Deutschland und seine Verbündeten, zeigte sich jetzt in den angekündigten militärischen Maßnahmen. Chamberlain begründet sie mit „Truppenbewegungen, über die aus Deutschland berichtet worden ist" und mit dem bevorstehenden „deutsch-sowjetischen Abkommen".

Das war die „Festigkeit", die Weizsäcker durch seine Gespräche mit Henderson und Coulondre am 15. August in Paris und London „suggerieren" konnte. Obwohl Daladier noch einen Tag vorher, am 21. August, von Polen ultimativ das russische Durchmarschrecht durch den Wilna-Korridor verlangt hatte und Beck einen Tag nach Chamberlains Brief am 23. endlich eine Erklärung abgab, die russische Hilfe im Kriegsfalle zu akzeptieren, schreibt Chamberlain, daß ein deutsches Abkommen mit den Sowjets, „welcher Art auch immer" es sei, England nicht davon abhalten werde, alle ihm „zur Verfügung stehenden Kräfte unverzüglich einzu-

setzen", um im Falle eines deutsch-polnischen Konflikts gegen Deutschland vorzugehen.

Im zweiten Teil des Briefes empfiehlt Chamberlain, „Verhandlungen in einer besseren als der heute bestehenden Atmosphäre zu führen" und erklärt sich im Namen der britischen Regierung bereit, „zu der Schaffung von Bedingungen beizutragen, in denen solche Verhandlungen stattfinden könnten". Dabei sollten dann auch größere internationale Probleme erörtert werden, die sowohl Deutschland als auch England interessierten.

Hitler empfing den britischen Botschafter in Anwesenheit des Staatssekretärs von Weizsäcker auf dem Berghof am 23. August 1939 um 13 Uhr (ADAP VII Dok. 200). Henderson leitete das Gespräch mit dem Hinweis ein, daß die „deutsch-englische Zusammenarbeit erforderlich für das Wohl Europas sei". Hitler antwortete, „daß man das früher habe erkennen müssen". Auf Hendersons Einwand, daß England seinen an Polen gegebenen Garantien „nun auch nachkommen müsse", erklärte Hitler zustimmend: „Wenn Sie einen Blankoscheck gegeben haben, dann müssen Sie ihn auch einwechseln." Nicht Deutschland trage die Verantwortung für die von England gegebenen Garantien, „wohl aber England für die aus diesen Verpflichtungen entstehenden Folgen". Der polnischen Regierung sei von Berlin mitgeteilt worden,

„daß jede weitere Verfolgung der Deutschen in Polen sofort ein Handeln seitens des Reiches nach sich ziehen werde."

Auf die Ankündigung Chamberlains, „verstärkte militärische Vorbereitungen in England" zu ergreifen, erklärte Hitler:

„Sollte ich von weiteren Maßnahmen dieser Art hören, die englischerseits heute oder morgen durchgeführt werden, so werde ich die sofortige Generalmobilmachung in Deutschland anordnen."

Auf Hendersons Bemerkung, „daß der Krieg dann unvermeidlich" wäre, führte Hitler aus, daß tatsächlich

„die Atmosphäre von England vergiftet worden sei. Wäre England nicht gewesen, so hätte er im vergangenen Jahr eine friedliche Einigung mit der Tschechosowakei erreicht, und es wäre mit Sicherheit auch dieses Jahr mit Polen in der Danzig-Frage dahin gekommen. ... Hunderttausende von Volksdeutschen würden heute in Polen mißhandelt, in Konzentrationslager verschleppt und vertrieben. Hierüber liege ihm ein umfangreiches Material vor, auf dessen Veröffentlichung er bisher verzichtet habe. Für all dieses habe England einen Blankoscheck gegeben. ... Hitler erinnerte daran, daß Deutschland früher mit Polen in einem guten Verhältnis gelebt habe, und er habe Polen ein anständiges und faires Angebot gemacht. Dieses Angebot sei von den Westmächten sabotiert worden, und zwar weitgehend, wie schon im Falle der Tschechoslowakei, durch Berichte der Militär-Attaches, die falsche Gerüchte einer deutschen Mobilmachung ausgestreut hätten" (vgl. S. 184 f.).

Zum deutsch-englischen Verhältnis erklärte Hitler, daß die Reichsregierung „niemals etwas zum Schaden Englands unternommen habe, trotzdem stelle sich England gegen Deutschland". Auch in der Frage von Danzig und Polen sei der britische Standpunkt, „lieber den Krieg, als etwas zum Vorteil Deutschlands". Die Tatsache, daß England sich in der Danzigfrage gegen Deutschland gestellt hätte, habe „das deutsche Volk tief erschüttert".

„Henderson wandte ein, man habe sich nur gegen den Grundsatz der Gewalt gestellt, worauf ihm der Führer entgegenhielt, ob etwa England für irgendeine der Versailler Idiotien jemals eine Lösung auf dem Verhandlungswege gefunden habe. ... Der Botschafter hatte hierauf nichts zu entgegnen, und der Führer stellte fest, daß nach einem deutschen Sprichwort zum Lieben immer zwei gehören" (ADAP VII Dok. 200).

Daraufhin betonte Botschafter Henderson in der Diplomatensprache, daß Chamberlain „stets für Deutschland eintrete", worauf Hitler entgegnete, „daß er das bis zum Frühjahr auch immer geglaubt habe", aber daß er jetzt „nach Taten urteilen" müsse.

Im Verlauf des Gespräches erklärte Hitler,

„daß er bei dem geringsten polnischen Versuch, noch weiterhin gegen Deutsche oder gegen Danzig vorzugehen, sofort eingreifen werde, ferner, daß eine Mobilmachung im Westen mit einer deutschen Mobilmachung beantwortet werden würde."

Zu dieser Bemerkung stellte Henderson die Frage, ob das eine „Drohung" sei, worauf Hitler antwortete: „Nein, eine Schutzmaßnahme!" Er stellte dann fest, „daß die britische Regierung alles andere einer Zusammenarbeit mit Deutschland vorgezogen habe. Sie hätte sich an Frankreich, an die Türkei, an Moskau gewandt."

Auf Hendersons Einwand, „daß ja jetzt Deutschland mit Moskau paktiere", entgegnete Hitler:

„dazu sei er durch den Vernichtungswillen der Westmächte gezwungen gewesen. Der Botschafter bestritt dies und beteuerte, daß England Deutschland nicht vernichten wolle. Der Führer entgegnete, daß er dennoch der festen Überzeugung sei; darum habe er für 9 Milliarden einen Westwall gebaut, um Deutschland vor dem Angriff von Westen zu schützen" (ADAP VII Dok. 200).

Nach einer mehrstündigen Pause empfing Hitler den britischen Botschafter am Nachmittag des 23. August nochmals, um ihm persönlich eine schriftliche Antwort an den Premierminister Chamberlain zu übergeben, die Henderson „mit Bedauern" durchlas. Auf Hendersons Bemerkung, „daß England und Deutschland schließlich ebenbürtig seien und gleiche Rechte hätten", entgegnete Hitler, daß die britische Regierung „dann nicht gegen Deutschland eingreifen dürfe, wenn dieses klar seine eigenen Rechte wahre. Er habe schon einmal der Regierung Baldwin einen klaren Vorschlag überreicht, mit dem er nicht auf Gegenhebe gestoßen sei" (vgl. S. 108).

In seinem Brief an Chamberlain (ADAP VII Dok. 201) führte Hitler u. a. aus:

„1. Deutschland hat niemals Konflikte mit England gesucht und sich nie in englische Interessen eingemischt. Es hat sich im

Gegenteil ... jahrelang bemüht, die englische Freundschaft zu erwerben. Es hat aus diesem Grunde freiwillige Begrenzungen seiner eigenen Interessen in einem großen Gebiet Europas vorgenommen, die ansonst nationalpolitisch nur sehr schwer tragbar wären.

2. Das Deutsche Reich besitzt aber - wie jeder andere Staat - bestimmte Interessen, auf die Verzicht zu leisten unmöglich ist. Sie liegen nicht außerhalb des Rahmens der durch die frühere deutsche Geschichte gegebenen und durch wirtschaftliche Lebensvoraussetzungen bedingten Notwendigkeiten. ... Zu ihnen gehören die deutsche Stadt Danzig und das damit im Zusammenhang stehende Problem des Korridors. Zahlreiche Staatsmänner, Geschichtsforscher und Literaten, auch in England, waren sich wenigstens noch vor wenigen Jahren dessen bewußt. ..

3. Deutschland war bereit, die Frage Danzig und die des Korridors durch einen wahrhaft einmalig großzügigen Vorschlag auf dem Wege von Verhandlungen zu lösen. Die von England ausgestreuten Behauptungen über eine deutsche Mobilmachung gegenüber Polen, die Behauptung von Aggressionsbestrebungen gegenüber Rumänien, Ungarn usw. usw., sowie die später abgegebenen sogenannten Garantieerklärungen hatten die Geneigtheit der Polen zu Verhandlungen auf einer solchen auch für Deutschland tragbaren Basis beseitigt.

4. Die von England Polen gegebene Generalzusicherung, ihm unter allen Umständen beizustehen, ganz gleich, aus welchen Ursachen ein Konflikt entstehen könnte, konnte in diesem Lande nur als Ermunterung aufgefaßt werden, nunmehr - gedeckt durch einen solchen Freibrief - eine Welle furchtbaren Terrors gegen die eineinhalb Millionen zählende deutsche Bevölkerung, die in Polen lebt, anlaufen zu lassen. . . . Der Freien Stadt Danzig gegenüber hat Polen zahlreiche Rechtsverletzungen begangen, Forderungen ultimativen Charakters geschickt und mit der wirtschaftlichen Abdrosselung begonnen.

5. Die Deutsche Reichsregierung hat der Polnischen Regierung nun vor kurzem mitteilen lassen, daß sie nicht gewillt ist, diese Entwicklung stillschweigend hinzunehmen, daß sie nicht dulden wird, daß weitere ultimative Noten an Danzig gerichtet werden, daß sie nicht dulden wird, daß man die Verfolgungen des deutschen Elements fortsetzt, daß sie ebenso nicht dulden wird, durch wirtschaftliche Maßnahmen die Freie Stadt Danzig umzubringen, das heißt, durch eine Art von Zollblockade der Danziger Bevölkerung die Lebensgrundlagen zu vernichten und daß sie auch nicht

dulden wird, daß sich sonstige weitere Provokationsakte gegen das Reich ereignen. Unabhängig davon müssen und werden die Fragen des Korridors und von Danzig ihre Lösung finden."

6. Daß die britische Regierung „in jedem solchen Fall des Einschreitens Deutschlands gezwungen sein" wird, „Polen Beistand zu leisten", nimmt die Reichsregierung zur Kenntnis, ohne ihre „Entschlossenheit "zu ändern, „die Interessen des Reiches in dem im Punkt 5 mitgeteilten Sinne wahrzunehmen. Ihre Versicherung, daß Sie in einem solchen Fall an einen langen Krieg glauben, teile ich ebenfalls. Deutschland ist - wenn es von England angegriffen wird - darauf vorbereitet und dazu entschlossen", lieber, „als seine nationalen Interessen oder sogar seine Ehre preiszugeben."

7. „Die britische Regierung beabsichtigt, Mobilmachungsmaßnahmen durchzuführen, deren eindeutiger Charakter nach den eigenen Erklärungen in Ihrem Schreiben an mich, Herr Ministerpräsident, als nur gegen Deutschland gerichtet feststeht. Dies soll auch für Frankreich zutreffen. Da Deutschland niemals die Absicht hatte, ... und auch für die Zukunft nicht beabsichtigt, England oder Frankreich anzugreifen, kann es sich in dieser Ankündigung ... nur um einen in Aussicht genommenen Akt der Bedrohung des Reiches handeln.

Ich teile daher Euer Exzellenz mit, daß ich im Falle des Eintreffens dieser militärischen Ankündigungen die sofortige Mobilmachung der deutschen Wehrmacht anordnen werde (Sperrung nach dem Original).

8. Die Frage der Behandlung der europäischen Probleme im friedlichen Sinn kann nicht von Deutschland entschieden werden, sondern in erster Linie von jenen, die sich seit dem Versailler Diktat jeder friedlichen Revision beharrlich und konsequent widersetzt haben." Hitler schließt den Brief mit den Worten: „Ich habe Zeit meines Lebens für eine deutsch-englische Freundschaft gekämpft, bin aber durch das Verhalten der britischen Diplomatie - wenigstens bisher - von der Zwecklosigkeit eines solchen Versuches überzeugt worden. Wenn sich dies in Zukunft ändern würde, könnte niemand glücklicher sein als ich." (ADAP VII Dok. 201)

Die Bedeutung dieses harten Meinungsaustausches zwischen dem britischen Premierminister und dem deutschen Reichskanzler am 23. August 1939 wird durch die Tatsache unterstrichen, daß Hitler am gleichen Tag den militärischen Befehl

erteilte, zu dem er sich am 22. August noch nicht entschlossen hatte. Mit dem 23. August ist seine Weisung datiert, als„ Y-Tag" für „Fall Weiß (Polen)" Sonnabend, den 26. August 1939, vorzusehen (ADAP VII, Halder-Tagebuch S. 470). Es wird noch zu berichten sein, daß Hitler diesen Befehl auf Bat des am 24. August aus Moskau zurückgekehrten Außenministers später widerrief — Tatsache aber ist, daß er offenkundig am 23. zur Ansicht gekommen war, ein isolierter Angriff auf Polen könne und müsse riskiert werden.

Wer die Tatsachen nüchtern prüft, kann an der Feststellung nicht vorübergehen, daß an diesem entscheidungsreichen Tag der Staatssekretär von Weizsäcker in Berchtesgaden als außenpolitischer Berater Hitlers fungiert hat. Weizsäcker selbst hat eine knappe Darstellung der Gespräche dieses Tages hinterlassen, an dem er als alleiniger Repräsentant des Auswärtigen Amtes Hitler gegenübertrat. In Weizsäckers „Erinnerungen" ist darüber zu lesen:

„Henderson hatte seine Sache nicht schlecht geführt; vielleicht hätte er sich besser des anwesenden Dolmetschers bedient, statt deutsch zu sprechen, das er doch nicht voll beherrschte. Im Auto vom Flugplatz zum Berghof hatte ich Henderson noch gewisse Ratschläge gegeben; er war aber auch mit diesen nicht imstand, gegen Hitlers Gemeinplätze, seine vorgefaßte Ansicht und gegen sein Toben aufzukommen, wie das auch mir nachher mißlang.

Hitlers Absicht schien darauf gerichtet, die britische Regierung durch Brutalität von ihren Garantiepflichten gegen Polen abzudrängen. Erst nachdem Henderson aus dem Zimmer war, merkte ich, daß Hitlers Erregung eine vorbedachte, eine gespielte war. Kaum hatte sich die Tür hinter dem Botschafter geschlossen, als Hitler sich lachend auf den Schenkel klatschte und mir sagte: ‚Dieses Gespräch überlebt Chamberlain nicht, sein Kabinett wird heute abend stürzen.'

Hitler glaubte also, sein hysterisches Gehabe in Verbindung mit dem Coup von Moskau könne Chamberlain aus dem Sattel werfen. Ich bestritt ihm das, denn die Engländer seien die Gefangenen ihrer Politik, sie kämen von ihrer Garantie für Polen nicht los, Chamberlain werde nicht stürzen, er werde vielmehr morgen mit

der Kriegsparole das ganze Parlament hinter sich haben. Das waren Worte in den Wind. Es war offensichtlich, daß Hitler direkt auf den Krieg hinarbeitete und nur noch unsicher darüber war, ob er lokalisiert werden könne....

Am nächsten Morgen, den 24. August, hatte ich mit Hitler noch ein Gespräch zu zweien. Er war ruhiger und schien einem Gespräch zugänglicher. Hitler äußerte gewisse Zweifel an Italien. Ich bekräftigte diese Zweifel und sagte, die Italiener verhielten sich so, als gehe das Ganze sie nichts an. ... Ich erklärte, England werde Polen beispringen, Italien aber nicht uns. Hitler fand den Gedanken, mit dem Westen anzubinden, peinlicher als am Tag vorher. Er glaubte wieder an das Einlenken der Polen, an eine etappenweise, friedliche Lösung; nach der ersten Etappe würde England, wie bei der Tschechei, die Polen fallen lassen. ...

Mein Widerspruch auf dem Berghof hatte bei Hitler wenig Reaktion hervorgerufen. Er schwankte, und machmal konnte ich glauben, ich hätte ihn überzeugt" (Weizsäcker S. 252 ff.).

In Gegensatz zu diesen Schilderungen steht die bereits hervorgehobene Tatsache, daß Hitler — unzweifelhaft nach Anhörung Weizsäckers — den Brief Chamberlains dahin mißdeutete, er könne ein Eingreifen Englands doch noch verhindern. Daß Hitler mit Chamberlains Sturz gerechnet und ihn erhofft habe, ist gewiß nicht zutreffend - eine Regierungsübernahme durch Churchill, die einzige damalige Alternative zur Regierung Chamberlain, war sicherhch kein Wunsch Hitlers.

Welches aber waren die Wünsche und Ziele Weizsäckers an diesem Tage, an dem er glaubte, das Ohr Hitlers zu besitzen?

Die Beteiligten sind tot. Außer den knappen Zeilen, die Weizsäcker hinterließ, ist nicht bekannt geworden, was zwischen dem oppositionellen Staatssekretär und Hitler damals gesprochen worden ist. Sicher ist nur, daß Hitler an diesem Tag einen Fehlschluß zog und daß er ihn erst nach Ribbentrops Rückkehr aus Moskau wieder berichtigte.

Nachdem Rußland im Einkreisungsring ausgefallen war, schien es für Hitler am 23. August 1939 ausgemacht, daß

Chamberlain das Risiko eines großen Krieges nicht eingehen und schließlich den entscheidenden Druck auf Polen ausüben werde, wenn es keinen anderen Ausweg gebe. Der Staatssekretär kannte das Geheimnis jener Tage und wußte genau, weshalb die britische Regierung in ihrer Rechnung einen Kriegsausbruch in Kauf zu nehmen bereit war, ohne ihn mit einem wirklich auszutragenden Krieg gleichzusetzen.

Was auch immer Weizsäcker in jenen 24 Stunden seines Aufenthaltes in Berchtesgaden Hitler gesagt haben mag, seine wichtigste Kenntnis hat er ihm offensichtlich nicht mitgeteilt und naturgemäß auch nicht mitteilen können.

Die polnische Haltung zwischen dem 22. und 25. August 1939

Am 22. August wurde Botschafter Lipski in Warschau von Außenminister Beck angewiesen,

„Görings Einladung zur Jagd anzunehmen und sich auch auf den Parteitag nach Nürnberg zu begeben, sofern die Botschafter Englands und Frankreichs dort sein sollten. Er solle den Kongreß nur dann ostentativ verlassen, wenn er eine Beleidigung gegenüber dem Regierungschef oder der polnischen Nation wahrnähme. Dagegen dürfe er keine Reaktion zeigen, wenn man lediglich unsere Politik kritisiere" (vgl. Szembek S. 490).

Der Botschafter sollte außerdem in Berlin um ein Gespräch mit dem Staatssekretär nachsuchen. Beck würde dann,

„sofern er Herrn von Weizsäckers Haltung nicht unbefriedigend fände, versuchen, alle strittigen Punkte zu prüfen mit der Absicht, festzustellen, ob irgend etwas zur Lockerung der gegenwärtigen Spannung getan werden könne" (Freund III Dok. 96).

Freund bezeichnet diesen Auftrag an Botschafter Lipski als das „Unbestimmteste vom Unbestimmtesten" und kommentiert die „Sinnlosigkeit" der Schritte des polnischen Außenministers dahin, daß sie lediglich „der Form halber und für die Chronik getan wurden" (Freund III S. 265).

Bekanntlich hat Beck am folgenden Tage, am 23. August, seinen Widerstand gegen die Generalstabsbesprechungen mit Rußland aufgegeben. In dieser Nacht wurde in Warschau beschlossen „einige zwanzig Divisionen" zu mobilisieren, worüber der Unterstaatssekretär Szembek aber vor dem „Mittag" des folgenden Tages zu niemandem sprechen durfte, wie aus seiner Tagebuchnotiz vom 23. August hervorgeht (Szembek S. 491).

Lipski konnte seinen Auftrag, Weizsäcker aufzusuchen, nicht ausführen, da der Staatssekretär mit Henderson nach Berchtesgaden geflogen war. Dadurch kam es in diesen Tagen zu keinem deutsch-polnischen Gespräch, geschweige denn zu Verhandlungen, wofür Lipski auch keine „wirkliche Anstrengung" unternommen hatte (Freund III S. 266). Am 24. August war Lipski jedoch auftragsgemäß bei Göring und berichtete telefonisch nach Warschau, dieser habe ihn

„sehr herzlich empfangen und seinem Bedauern Ausdruck gegeben, daß sich die deutsch-polnischen Beziehungen verschlechtert hätten. Gleichzeitig habe er betont, daß es sich in Wirklichkeit nicht um Danzig, sondern um die Beziehungen Deutschlands mit England handele. Göring habe sich darüber hinaus enthalten, den geringsten Vorschlag zu formulieren, so daß diese Unterhaltung vom politischen Standpunkt aus keinerlei Resultat ergeben hat" (Szembek S. 491).

Beck hatte zuvor dem britischen Botschafter Kennard erklärt, daß er „für den Augenblick nicht beabsichtige, die Verhandlungen hinsichtlich der Zollinspektoren usw. tatsächlich abzubrechen", obwohl er die Lage als „äußerst ernst betrachte" (Freund III Dok. 96). Aber nun nahm er Görings beiläufige, aber zutreffende Bemerkung, daß nicht Danzig, sondern Englands feindliche Einstellung zu Deutschland das „entscheidende Hindernis" für eine deutsch-polnische Freundschaft sei, „für so wichtig", daß er sofort eine Rücksprache mit dem Präsidenten und dem Marschall Rydz-Smigly anberaumte. Dabei wurde beschlossen und Lord Halifax mitge-

teilt, daß bei Wiederholung einer „derartigen Andeutung" die polnische Antwort an das Reich „kategorisch ablehnend sein würde". Beck bemühte sich sogar, der Reichsregierung eine „Intrige" zu unterstellen, die „alles versuchen könnte, um durch solche Methoden in Osteuropa freie Hand zu erhalten". Dies telegrafierte der britische Botschafter in Warschau am 25. August nach London (Freund III S. 266).

Es ist allerdings zweifelhaft, ob die bisher veröffentlichten Dokumente die polnisch-englischen Verhandlungen jener Tage erschöpfend aufzeigen.

Hoggan stützt sich bei der Darstellung der Wirkung des deutsch-russischen Paktes auf Warschau im wesentlichen auf Presseäußerungen:

„Die Polen reagierten auf die Bekanntgabe des deutsch-russischen Pakts mit einer Verschärfung ihres Propagandafeldzuges gegen Deutschland. Die Mißhandlungen der deutschen Minderheit erhielten weiteren Auftrieb durch die gewissenlose Behauptung, gegen die polnische Minderheit im Reich fanden Hunderte von Gewaltakten statt.... Das Begierungsorgan Gazeta Polska gab am 24. August bekannt, der Pakt sei ein nicht gelungener Bluff, der angeblich keine Wirkung auf die Nerven der Polen, Franzosen oder Engländer erzielt habe. Das konservative Blatt Czas nannte den Pakt ebenfalls einen Bluff, den die ‚neue Komödie in Berlin' inszeniert habe. ... Triumphierend verkündete der Kurjer Warszawski, das neue Abkommen liefere den schlüssigen Beweis für die Schwäche seiner beiden Partner" (Hoggan S. 632 f.).

In Wirklichkeit muß in jenen Tagen zwischen London und Warschau nachdrücklich verhandelt worden sein, denn es wurde zu dem britisch-polnischen Garantievertrag ein geheimes Zusatzprotokoll festgelegt, das es der britischen Regierung dann dreieinhalb Wochen später ermöglichte, dem sowjetischen Angriff auf Polen tatenlos zuzusehen und nicht einmal ihre diplomatischen Beziehungen zu Moskau einzuschränken, geschweige denn der Sowjetregierung eine Kriegserklärung zuzustellen.

Zu dem polnisch-englischen Abkommen, über dessen Ratifizierung am 25. August noch zu berichten sein wird, wurde ein geheimes Zusatzprotokoll vereinbart, dessen Wortlaut heute bekannt ist (Freund III Dok. 101):

Die polnische Regierung und die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland stimmen über die folgende Interpretation des am heutigen Tage unterzeichneten Abkommens über den gegenseitigen Beistand überein und erklären diese Interpretation als allein authentisch und bindend.

1. a) Durch den Ausdruck, „eine europäische Macht", wie er in dem Abkommen verwendet wird, ist Deutschland zu verstehen.

b) Im Falle einer Aktion einer anderen europäischen Macht als Deutschland, die unter den Artikel 1 oder 2 des Abkommens fällt, werden die vertragsschließenden Parteien miteinander über die gemeinsam zu ergreifenden Maßregeln beraten.

2. a) Die beiden Regierungen werden von Zeit zu Zeit durch gegenseitige Übereinstimmung die hypothetischen Fälle der Aktion durch Deutschland festlegen, die unter den Wirkungsbereich des Artikels 2 des Abkommens fallen.

b) Solange die beiden Regierungen nicht übereingekommen sind, die folgenden Bestimmungen dieses Paragraphen zu modifizieren, legen sie folgendes fest: Der Fall, der im § 1 des Artikels 2 des Abkommens ins Auge gefaßt wird, ist der der freien Stadt Danzig, und die Fälle, die durch § 2 des Artikels 2 ins Auge gefaßt werden, sind Belgien, Holland und Litauen.

c) Lettland und Estland sollen von beiden Regierungen als in die Liste der in § 2 des Artikels 2 ins Auge gefaßten Ländern einbezogen werden, sobald eine Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes zwischen dem Vereinigten Königreich und einem dritten Staat in Kraft tritt, die jene beiden Länder mit einbezieht.

d) Was Rumänien angeht, bezieht sich die Regierung des Vereinigten Königreichs auf die Garantie, die sie diesem Lande gegeben hatte, und die polnische Regierung bezieht sich auf die wechselseitigen Verpflichtungen des polnisch-rumänischen Bündnisses, das Polen nie als unvereinbar mit seiner traditionellen Freundschaft mit Ungarn angesehen hat.

3. Die Verpflichtungen, die in Artikel 6 des Abkommens erwähnt sind, müssen — sofern sie von einer der vertragschließenden Mächte mit einem dritten Staat eingegangen werden - notwendi-

gerweise so gestaltet sein, daß ihre Ausführung in keiner Zeit die Souveränität oder territoriale Unverletzlichkeit der anderen vertragschließenden Macht beeinträchtigt.

4. Das gegenwärtige Protokoll stellt einen integralen Bestandteil des heute unterzeichneten Abkommens dar und verleiht ihm keinen zusätzlichen Geltungsbereich.

Zur Bezeugung dessen haben die Unterzeichneten, mit der nötigen Vollmacht ausgestattet, das vorliegende Protokoll unterzeichnet. gez. Halifax gez. Eduard Raczynski

Die britische Regierung hat also angesichts des deutsch-russischen Paktes ihre Polen gegenüber ausgesprochene Garantieverpflichtung in ganz entscheidender Weise eingeschränkt und ihr Risiko entsprechend vermindert: Gegen ein russisches Vorgehen war Polen nicht gedeckt! Eigentlich hätte das die polnische Regierung daran erinnern müssen, daß sie noch ein knappes Jahr vorher — unmittelbar nach München - von Hitler eine deutsche Unterstützung im Falle eines Angriffs der Sowjetunion auf Polen erbeten und eine zustimmende Antwort erhalten hatte (vgl. ADAP V Dok. 55). Nun setzte die Warschauer Regierung das Schicksal Polens auf die englische Karte, obwohl ihr ausdrücklich versichert wurde, daß gegenüber einem sowjetischen Vordringen ein Eingreifen Englands nicht zu erwarten sei.

Wahrscheinlich glaubte Beck ebenso wie die westlichen Staatsmänner, nur mit einem Kriegsausbruch und nicht mit einem Krieg rechnen zu müssen. Das dürfte die einzige Erklärung für die sonst unverständliche Haltung der Warschauer Regierung in den letzten Tagen des August 1939 sein.

Die italienische Haltung

Bekanntlich war es für die Konferenzlösung in der tschechischen Frage im September 1938 von beträchtlicher Bedeutung gewesen, daß die britische Regierung trotz ihrer Bemühungen, die Achse „vom Rom-Ende her" aufzubrechen,

mit einem entschiedenen politischen Zusammenwirken zwischen Hitler und Mussolini zu rechnen hatte.

Bis Mitte August 1939 schien diese Situation im wesentlichen unverändert fortzubestehen. Vom 11. bis 13.August hatte der italienische Außenminister Graf Ciano einen Besuch bei Hitler und Ribbentrop in Berchtesgaden abgestattet, der noch in Übereinstimmung verlief.

Auffällig war und ist - auch für den heutigen Beobachter daß der italienische Botschafter Attohco, der an den Berchtesgadener Besprechungen teilgenommen hatte und anschließend mit Ciano nach Rom fliegen wollte, zunächst wieder nach Berlin reiste, um nach einem nur 48 stündigen Aufenthalt sich dann doch nach Rom zu begeben. Welchem Zweck diese Berlin-Reise des italienischen Botschafters gedient hat, ist ungeklärt. Es kann dabei nicht übersehen werden, daß der deutsche Staatssekretär an den Berchtesgadener Gesprächen nicht teilgenommen, aber am 15. August seine „alarmierenden Gespräche" mit dem englischen und französischen Botschafter geführt hatte (vgl. S. 417 und ADAP VII Dok. 90). Hoggan schreibt über den Reiseeifer Attolicos:

„Ciano hatte Hitler sein Wort gegeben, daß die italienisch-deutsche Solidarität gewahrt bleiben werde. Doch sträubte sich der italienische Botschafter Attolico, diese Sachlage hinzunehmen. Nach seiner Auffassung sollte sich Italien von Deutschland distanzieren, wenn es sich weigere, vor den polnischen Ansprüchen zurückzuweichen. Er fühlte sich von den Meldungen in der deutschen Presse vom 15. August 1939, in denen die deutsch-italienische, von Ciano verbürgte Solidarität bestätigt wurde, beunruhigt. Wenn es nach ihm gegangen wäre, hätte Ciano dieses Versprechen nicht geben dürfen. Deshalb nahm er sich vor, mit allen Mitteln einen Kurswechsel Italiens herbeizuführen.

Attohco bat um die Erlaubnis, am 15. August zum persönlichen Vortrag nach Rom zu kommen, was ihm auch gewährt wurde.... Weizsäcker wußte, daß Attohco nur zu diesem Zweck nach Bom gefahren war, um Mussolini zu einer Auffassung der Krise zu bewegen, die von der Hitlers und Cianos bei ihren Besprechungen auf dem Obersalzberg abwich" (Hoggan S. 604 und 606).

Welche Argumente entscheidend waren — ob Attohcos Vorstoß oder, wie Hoggan (S. 606) außerdem vermutet, ,,die Furcht Itahens vor einem möghchen britischen Angriff" —, für die Entwicklung der Ereignisse wurde vor allem die Tatsache wichtig, daß schon am 18. August der britische Botschafter Sir Percy Loraine aus Rom nach London berichten konnte, Ciano habe ihm vertraulich mitgeteilt, daß Itahen nicht die Absicht habe, Deutschland im Kriegsfall zu unterstützen (Documents on British Foreign Policy Serie III, Band VII, zitiert nach Hoggan S. 607).

Hoggan mißt den Auswirkungen dieser Mitteilung Cianos große Bedeutung bei:

„Cianos Indiskretion wirkte in London geradezu wie ein elektrischer Schlag und schwächte den Hieb, den Hitler mit seinem unerwarteten Rußlandabkommen auszuteilen gedachte, außerordentlich ab. Noch entscheidender war die Auswirkung auf Frankreich. In der Tat kann es als sicher gelten, daß Frankreich und dementsprechend auch England Deutschland ohne diese verräterische Indiskretion Cianos gegenüber Loraine nicht angegriffen hätten. Die französischen Befehlshaber haben später erklärt, sie hätten ihrer Regierung niemals zu dem Wagnis eines deutsch-französischen Krieges geraten, wenn Italiens Zusage, in einem solchen Konflikt neutral zu bleiben, nicht vorgelegen hätte. Mit Leichtigkeit hätte Bonnet seine Friedenspolitik fortsetzen können, wenn das französische Oberkommando erklärt hätte, ein Krieg mit Deutschland sei nicht durchführbar. Italiens fester Stand an der Seite Deutschlands, wie Hitler es geraten und Ciano am 13. August akzeptiert hatte, wäre dem Frieden in Europa und den Interessen Itahens sehr viel dienlicher gewesen als der Fußfall Itabens vor der militärischen Drohung Englands am 18. August 1939" (Hoggan S. 607).

Der Kontakt London-Rom verstärkte sich. Das zeigte sich unter anderem darin, daß Chamberlains Brief an Hitler vom 22. August 1939 der italienischen Regierung sofort „im vollen Wortlaut" mitgeteilt wurde, während Paris lediglich eine „Zusammenfassung" erhielt (Freund III S. 262).

Am 23. August konnte der britische Botschafter in Rom, Sir Percy Loraine, erneut nach London berichten, daß nach seiner Überzeugung „Italien sich nicht Deutschland anschließen wird", wenn es zu einem Konflikt mit Polen kommen sollte. Allerdings telegrafierte er warnend an Halifax:

„Es kann nicht genug betont werden, daß irgend eine Andeutung im Parlament, in der Presse oder im Rundfunk, daß wir zu diesem Schluß gelangt wären, nur dazu angetan ist, alles zum Scheitern zu bringen" (Freund III Dok. 93).

Der Botschafter übernahm jedoch die Verantwortung dafür, daß die englischen „militärischen Autoritäten ihre Dispositionen" auf die Voraussetzung

„einer italienischen Nichtkriegsführung - natürlich unter dem Schleier der absoluten Geheimhaltung - gründen können."

Sir Percy Loraine beendete sein Telegramm mit der Feststellung :

„Es ist lebenswichtig, daß Signor Mussolini und Graf Ciano absolut freie Hand bekommen und die Zeit haben, sich auf ihre Weise aus dem Schlamassel zu befreien."

Ungeklärt ist nach den bisher veröffentlichten Dokumenten, wann Mussolini selbst sich zu der von seinem Schwiegersohn Ciano vertretenen Kursänderung entschlossen hat. Später äußerte er jedenfalls rückblickend zu Ribbentrop: „er sei niemals von jemandem so belogen worden — und zwar Jahre hindurch - wie von Ciano" (Ribbentrop S. 290).

Immerhin hat Mussolini selbst noch am 23. August auf London mit dem Argument einzuwirken versucht, daß Polen einem Anschluß Danzigs an Deutschland zustimmen solle (vgl. Freund III S. 263). Halifax antwortete darauf am 25. August 1939 in seiner Instruktion an Botschafter Loraine:

„Signor Mussolini wird, dessen bin ich gewiß, einsehen, daß es für Seiner Majestät Regierung nicht möglich ist, der polnischen Regierung anzuraten, daß sie aus freiem Entschluß das Recht der Freistadt Danzig zur Wiedervereinigung mit dem Reich anerkenne, und es würde nach meiner Auffassung nutzlos sein, sie zu bitten, irgendeine Regelung anzunehmen, die nicht a) völlig die

Unabhängigkeit und die vitalen wirtschaftlichen Rechte Polens sicherstellt und b) eine internationale Garantie für die Regelung gewährt.

Wenn daher Signor Mussolini von Herrn Hitler irgendeine Zusicherung erlangen könnte, daß die von ihm ins Auge gefaßte Regelung solche Sicherungen vorsieht, und wenn er andeuten würde, daß er die Idee einer internationalen Garantie annähme, dann könnte hierin eine mögliche Basis für ein Herantreten an die polnische Regierung liegen. Signor Mussolini hat vielleicht Vorschläge zu machen hinsichtlich einer anderen Form, in der dieser Vorschlag vorgelegt werden könnte. Wenn dem so ist, würde ich sie natürlich gerne prüfen" (Freund III Dok. 94).

Am gleichen Tag ging Halifax mit einer weiteren Weisung an den britischen Botschafter in Rom auf die Angelegenheit ein, auf die es der englischen Regierung ankam:

„1. Ich verstehe die Schwierigkeiten vollkommen, die Signor Mussolini erfahren würde, wenn er sich von der Achse loslöste, selbst wenn er nur erwägt, es zu tun.

2. Eine dieser Schwierigkeiten - obwohl ich nicht weiß, welches Gewicht das in seinen Augen hat - würde sein, daß er fürchten müßte, in diesem Fall das Ressentiment, wenn nicht die Feindseligkeit des Reiches auf sich zu ziehen und nachher in der Luft zu hängen.

3. Halten Sie es für möglich oder wünschenswert, in irgendeiner Weise Signor Mussolini nahezubringen, daß wir bereit sein werden, unsererseits ihm unsere Mitarbeit und Unterstützung zu gewähren, falls wir uns im Kriege mit Deutschland befänden und er Schwierigkeiten deshalb hätte, weil er es unterläßt, an die Seite Deutschlands zu treten?" (Freund III Dok. 95).

Damit hatte England Mussolini politischen Beistand und militärische Unterstützung versprochen, „falls er Schwierigkeiten mit dem Reich wegen seiner ‚Untreue' habe" - so lautet der Kommentar Freunds zur zweiten Hahfax-Note vom 25. August (Freund III S. 264). Habfax erörterte in dieser Mitteilung nicht mehr die Möglichkeit deutsch-polnischer oder deutsch-englischer Verhandlungen über das Danzig-Korridor-Problem, sondern setzte im Gegenteil schon einen Kriegszustand zwischen England und Deutschland voraus.

In seiner bereits erwähnten Erklärung nach dem Krieg (vgl. S. 410) bescheinigte Lord Halifax den Brüdern Kordt, daß sie der englischen Regierung Mitteilungen zukommen heßen, die

„die Bündnisverhandlungen zwischen Hitler und Mussolini betrafen und den Bat der deutschen Widerstandsbewegung, einen Druck auf Mussolini auszuüben, daß er seinen Partner von der Verfolgung seiner kriegerischen Politik zurückhalten solle."

Auch Freund (III S. 262) erkennt, daß es sich hier nicht um die Erhaltung des Friedens gehandelt hat:

„Die Gewißheit, daß Italien sich aus dem Kriege heraushalten werde und daß die Westmächte nicht Krieg in Italien suchen würden, hat die Heraufkunft des Zweiten Weltkrieges eher begünstigt."

Der 25.August 1939

Ribbentrop fand bei seiner Rückkehr aus Moskau am Abend des 24. August die Situation in Berlin wesentlich gespannter vor als bei seinem Abflug. Der polnische Druck auf Danzig und die deutschbesiedelten Korridorgebiete war weiter verstärkt worden, Grenzzwischenfälle waren hinzugetreten. Die Krise erreichte am Tage nach seiner Bückkehr, am 25. August, ihren ersten Höhepunkt. Ribbentrop schreibt dazu:

„Ich erfuhr erst jetzt, daß Adolf Hitler während meiner Abwesenheit auf dem Obersalzberg ein sehr ernstes Gespräch mit dem britischen Botschafter Henderson gehabt hatte, der einen Brief des britischen Premierministers überbrachte" (Ribbentrop S. 186).

Der Außenminister hörte auch erst in Berlin, daß Hitler der britischen Regierung am 23. August geantwortet hatte, er müsse in den englischen militärischen Maßnahmen einen Akt der Bedrohung Deutschlands sehen und werde im Falle ihrer Verwirklichung die sofortige Mobilmachung der deutschen Wehrmacht anordnen.

Als Ribbentrop am Vormittag des 25.August den Brief Chamberlains mit Hitler besprach, schien die Situation völlig festgefahren. Obwohl Hitlers Antwort an Chamberlain in London bereits übergeben war, schlug Ribbentrop vor, Hitler möge „noch einmal einen Versuch mit England machen". Daraufhin wurde Henderson in die Reichskanzlei gebeten (Ribbentrop S. 186). Ribbentrop schreibt in seinen letzten Aufzeichnungen, daß Hitler ihn von den seit dem 23. August 1939 angelaufenen militärischen Vorbereitungsmaßnahmen gegen Polen erst am 25. August — Ribbentrop war am 24. August abends aus Moskau zurückgekehrt — unterrichtet hat.

Als Hitler am 25. August Henderson einlud, ließ er um 12 Uhr das OKW bei Halder anfragen, welches der letzte Termin für den Aufschub der Entscheidung sei. Halder antwortete: 15 Uhr. Er erhielt dann um 13.30 Uhr die Mitteilung des OKW, daß von der Aufschubfrist Gebrauch gemacht werde.

Die ersten Notizen in Halders persönlichem stenografischem Tagebuch vom 25. August 1939 lauten:

„12.00 Uhr Anfrage von OKW: Aufschub der Entscheidung. Was ist letzter Termin? Antwort: 15.00 Uhr.

13.30 Uhr Mitteilung OKW: Von der Aufschubfrist wird Gebrauch gemacht (Henderson)" (ADAP VII S. 470).

Hitler empfing Henderson um 13.30 Uhr im Beisein Ribbentrops und begründete zunächst seinen erneuten Schritt:

„Der Führer erklärte einleitend, daß der Britische Botschafter am Schluß der letzten Unterredung der Hoffnung Ausdruck gegeben habe, daß doch noch eine Verständigung zwischen Deutschland und England möglich sein wird. ... Auch die gestrige Unterhaussitzung bzw. die Reden Chamberlains und Lord Halifax' hätten den Führer veranlaßt, noch einmal mit dem Britischen Botschafter zu sprechen" (ADAP VII, Dok. 265).

Der Kern der anschließenden Ausführungen Hitlers wurde dem Botschafter Henderson am Nachmittag auch schriftlich übermittelt. Die wichtigsten Sätze waren:

„Die polnischen Akte der Provokation sind unerträglich geworden, gleich, wer verantwortlich ist. Wenn die Polnische Regierung die Verantwortung bestreitet, so beweist dies nur, daß sie selbst keinen Einfluß mehr auf ihre militärischen Unterorgane besitze. In der letzten Nacht seien wieder 21 neue Grenzzwischenfälle erfolgt, auf deutscher Seite habe man größte Disziplin gewahrt. Alle Zwischenfälle seien von der polnischen Seite hervorgerufen worden. Außerdem wurden Verkehrsflugzeuge beschossen. Wenn die Polnische Regierung erkläre, nicht verantwortlich dafür zu sein, so beweise dies, daß es ihr nicht mehr möglich sei, ihre eigenen Leute im Zaume zu halten. ...

Deutschland sei unter allen Umständen entschlossen, diese mazedonischen Zustände an seiner Ostgrenze zu beseitigen, und zwar nicht nur im Interesse von Ruhe und Ordnung, sondern auch im Interesse des europäischen Friedens. ... Der britische Ministerpräsident habe eine Rede gehalten, die nicht im geringsten geeignet sei, einen Wandel in der deutschen Einstellung herbeizuführen. Aus dieser Rede könne höchstens ein blutiger und unübersehbarer Krieg zwischen Deutschland und England entstehen.

Der Führer erklärt, daß das deutsch-polnische Problem gelöst werden müsse und gelöst werden würde. Er ist aber bereit und entschlossen, nach der Lösung dieses Problems noch einmal an England mit einem großen umfassenden Angebot heranzutreten. Er ist ein Mann großer Entschlüsse und wird auch in diesem Fall zu einer großen Handlung iahig sein. Er bejaht das Britische Imperium und ist bereit, sich für dessen Bestand persönlich zu verpflichten und die Kraft des Deutschen Reiches dafür einzusetzen, wenn

1. seine kolonialen Forderungen, die begrenzt sind, und auf friedlichem Wege ausgehandelt werden können, Erfüllung finden, wobei er hier zu einer weitesten Terminbestimmung bereit ist;

2. wenn seine Verpflichtungen Itaben gegenüber nicht tangiert werden, d.h. mit anderen Worten: Er fordert von England nicht die Preisgabe seiner französischen Verpflichtungen und könnte sich seinerseits auch nicht von den italienischen Verpflichtungen entfernen.

3. Er wünscht, ebenso den unverrückbaren Entschluß Deutschlands zu betonen, nie mehr mit Rußland in einen Konflikt einzutreten. Der Führer ist bereit, dann mit England Abmachungen zu treffen, die, wie schon betont, nicht nur die Existenz des Britischen Weltreichs unter allen Umständen deutscherseits garan-

tieren würden, sondern auch, wenn es nötig wäre, dem Britischen Reich die deutsche Hilfe sicherten, ganz gleich, wo immer eine derartige Hilfe erforderlich sein sollte. Der Führer würde dann auch bereit sein, eine vernünftige Begrenzung der Rüstungen zu akzeptieren, die der neuen politischen Lage entsprächen und wirtschaftlich tragbar wären. Endlich versichert der Führer erneut, daß er an den westlichen Problemen nicht interessiert sei und daß eine Grenzkorrektur im Westen außerhalb jeder Erwägung stehe; der mit Milliarden Kosten errichtete Westwall sei die endgültige Reichsgrenze nach Westen.

Wenn die Britische Regierung diese Gedanken erwägen würde, so könnte sich daraus ein Segen für Deutschland und auch für das Britische Weltreich ergeben. Wenn sie diese Gedanken ablehnt, wird es Krieg geben. Auf keinen Fall würde Großbritannien aus diesem Krieg stärker hervorgehen; schon der letzte Krieg habe dies bewiesen" (ADAP VII Dok. 265).

Henderson berichtete nach London, Hitler habe vorgeschlagen.

„daß ich persönlich nach London fliegen solle, um Seiner Majestät Regierung die Sache vorzulegen. ... Er habe kein Interesse daran, England zum Wortbruch gegenüber Polen zu veranlassen; er habe nicht den Wunsch, in irgendeine Abmachung mit Polen engherzig zu sein, und alles, was er zu einem Abkommen mit Polen brauche, sei eine Geste Großbritanniens, die zeige, daß es nicht unvernünftig sein würde.

Nachdem ich gegangen war, schickte später Herr von Ribbentrop Dr. Schmidt auf die Botschaft mit dem Text der mündlichen Erklärung und auch mit einer Botschaft von ihm des Inhalts, daß Herr Hitler immer ein Abkommen mit Großbritannien gewünscht habe und noch immer wünsche und daß er mich bitte, Seiner Majestät Regierung dringend nahezulegen, das Angebot sehr ernst zu nehmen" (Freund III Dok. 98).

Aus dem Bericht des britischen Botschafters geht auch hervor, daß er Hitlers Schritt richtig verstanden hatte:

„Welche Auffassung Seiner Majestät Regierung auch immer über diesen Schritt haben mag, ich fasse ihn wenigstens als eine Andeutung auf, daß Herr Hitler noch immer wünscht, einen Weltkrieg zu vermeiden.

Ich sehe es als wesentlich an, daß Seiner Majestät Regierung das Angebot Herrn Hitlers sehr ernst nimmt und nicht durch

eine Ablehnung aus der schlanken Hand einen Grund für berechtigte Bitterkeit gibt. ...

Wir könnten darüber hinwegsehen, daß Hitler durch dieses Angebot versucht, die Verantwortung für den Krieg uns aufzubürden. Aber dem muß man ins Auge sehen, und in der Zwischenzeit können vielleicht die Polen dazu gebracht werden, zu begreifen, was für sie auf dem Spiele steht" (Freund III S. 272).

In London wurden unterdes die letzten Arbeiten am englisch-polnischen Beistandsvertrag einschließlich des Geheimzusatzes (vgl. S. 442 f.) abgeschlossen. Hoggan referiert kritisch über den Inhalt dieses Dokumentes:

„Die beiden Mächte boten sich gegenseitig vollen Beistand gegen deutsche Angriffshandlungen. Auch einigten sie sich auf volle militärische Unterstützung gegen ‚jede Aktion einer europäischen Macht (d.h. Deutschlands), welche direkt oder indirekt die Unabhängigkeit einer der vertragsschließenden Parteien offensichtlich bedroht und so geartet ist, daß die betreffende Partei den bewaffneten Widerstand als von lebenswichtiger Bedeutung betrachtet'. In diesem Artikel verschrieben sich die Briten der gleichen Formel indirekter Aggression, die gerechterweise so außerordentlich starke Kritik erfahren hatte, als sie von der Sowjetunion vorgeschlagen worden war. Die Bussen hatten sich für die These sogenannter indirekter Aggression stark gemacht, weil sie einen Freibrief zur Intervention gegen benachbarte Mächte begehrten. Die Briten erneuerten ihren bedingungslosen Blankoscheck für Polen mit dem Versprechen, es unter ähnlichen Umständen zu unterstützen" (Hoggan S. 672).

Die Ratifizierung des Vertrages mit Polen fand in London am 25.Augustl939 um 17.36 Uhr statt, also mehrere Stunden, nachdem Henderson Hitlers neue Vorschläge zur Abgrenzung der europäischen Interessen zur Kenntnis genommen hatte.

In den gleichen Nachmittagsstunden waren auch in Rom die bedeutsamen Entscheidungen sichtbar geworden, die der dortige britische Botschafter seiner Regierung bereits seit Tagen angekündigt hatte.

Um 15.20 Uhr empfing Mussohni den deutschen Botschafter Mackensen, der sich zur Übergabe eines Briefes Hitlers an den

Duce angemeldet hatte. Hitler unterrichtete Mussolini darin sowohl über den Pakt mit Rußland als auch über die Zuspitzung der Lage:

„Die von Polen betriebene zollpolitische Abwürgung Danzigs, die schon seit Wochen zur vollkommenen Stillegung des gesamten Handels führt, wird bei einer zeitlich auch nur sehr beschränkten Fortdauer die Stadt vernichten. ... Seit gestern ist Danzig von polnischen Truppen zerniert, ein an sich unhaltbarer Zustand. Niemand kann unter diesen Umständen voraussagen, was die nächste Stunde bringt."

Hitler erklärte abschließend, daß der seit Wochen bestehende Alarmzustand an der polnischen Grenze zur Folge gehabt habe, „daß sich steigend mit der polnischen Mobilmachung selbstverständlich auch die deutschen Maßnahmen entwickelten" und daß er „im Falle unerträglicher polnischer Vorgänge augenblicklich handeln werde" (ADAP VII Dok. 266).

Angesichts der bereits seit Tagen in London bekannten Tatsache, daß sich Italien zu einem Beiseitestehen entschlossen hatte, liest sich die Aufzeichnung des Botschafters von Mackensen über seinen Empfang im Palazzo Venezia erstaunlich. Mussolini habe in Gegenwart von Ciano den Brief Hitlers in „gelassenste* Ruhe" durchgelesen und seinem Schwiegersohn gleichzeitig den Text „vollkommen korrekt" übersetzt und unter anderem folgende Bemerkungen dazu gemacht:

„Mit dem Nichtangriffspakt von Moskau sei er in jeder Hinsicht einverstanden ... und habe schon im Frühjahr dem Generalfeldmarschall Göring gegenüber eine solche Anregung gegeben. ... Trotz dieser Anregung sei und bleibe er selbst natürlich unbeirrter Antikommunist. ... Es sei jetzt nicht mehr der Augenblick, über Möglichkeiten nachzudenken, den Konflikt zu verhindern, denn die polnische Mentalität, gestützt auf die Haltung Englands, sei vernünftigem Zureden, von welcher Seite es auch komme, nicht mehr zugänglich. Andernfalls hätte er sich z.B. denken können, daß die Polen in richtiger Würdigung der ihre Existenz bedrohen-

den Gefahr eine unmittelbare Verständigung mit dem Reich gesucht und zur einwandfreien Dokumentierung ihrer Verständigungsbereitschaft dem Führer zunächst vorbehaltlos und ohne irgendwelche Besprechungen oder Verhandlungen Danzig auf den Tisch gelegt hätten" (ADAP VII Dok. 280).

Mussolini führte weiter aus, er glaube, nach einer auf diese Weise erfolgten Rückgliederung Danzigs hätten alle weiteren Streitpunkte durch direkte Besprechungen aus der Welt geschafft werden können, um durch eine anschließende allgemeine Konferenz die „italienisch-französischen Differenzpunkte", das Kolonialproblem, die Rohstoffverteilung und die Rüstungsfrage einer Lösung zuzuführen, die Europa einen „Frieden von 15 bis 20 Jahren" gesichert hätte. Da solche Erwägungen aber überholt seien, habe er sich darauf eingestellt, „daß der Ausbruch einer allgemeinen Konflagration nicht nur unvermeidlich sei, sondern unmittelbar bevorstehe".

Mussolini habe „auf das lebhafteste" den genauen Zeitpunkt des Konfliktes erfahren wollen, aber Mackensen konnte ihn nur auf die „betreffenden Stellen" des Briefes von Hitler verweisen, wonach niemand „im Augenblick mehr sagen" könne. Dies schien Mussolini einzusehen.

„Schließlich ausführte er noch einmal, daß und warum ihm der offene Konflikt in etwa zwei bis drei Jahren lieber gewesen wäre und meinte, diese Gründe träfen, insbesondere wenn er an unsere Flotte denke, auch zu. Die Entwicklung zwinge uns ja nun aber in eine andere Richtung. Jedenfalls - so betonte er nachdrücklich — stehe er unbedingt und mit allem neben uns."

Ciano, der Mackensen aus dem Zimmer Mussohnis hinausbegleitete, erklärte dem deutschen Botschafter, daß

„jede Diskussion über Möglichkeiten, den Frieden zu erhalten, durch die Ereignisse überholt sei. Für sein Handeln sei nicht mehr das Wort ‚Friede', sondern das Wort ‚Sieg' maßgebend" (ADAP VII Dok. 280).

In krassem Gegensatz zu diesem Gespräch in Rom mit Mackensen steht der Brief Mussolinis, den Botschafter Attohco

wenige Stunden später (ADAP vermerkt ungenau: etwa 18 Uhr) Hitler in Berlin überreichte. Mussolini antwortete unmittelbar, nachdem der deutsche Botschafter ihn verlassen hatte, denn er bestätigt einleitend, daß der Brief des Kanzlers ihm „in diesem Augenblick vom Botschafter Mackensen ausgehändigt worden sei". Aber im Widerspruch zu seinem gerade mündlich abgegebenen Unterstützungsversprechen an Deutschland enthält Mussolinis Schreiben an Hitler eine entgegengesetzte Stellungnahme. Obwohl er, was Polen betrifft, nochmals sein „volles Verständnis für die deutsche Haltung" betont, gibt er „die praktische Haltung Italiens im Falle einer militärischen Aktion" (Sperrung in den ADAP) wie folgt bekannt:

„Wenn Deutschland Polen angreift und der Konflikt lokalisiert bleibt, wird Italien Deutschland jede Form von politischer und wirtschaftlicher Hilfe, nach der verlangt wird, angedeihen lassen.
Wenn Deutschland Polen angreift und dessen Bundesgenossen einen Gegenangriff gegen Deutschland eröffnen, gebe ich Ihnen im voraus zur Kenntnis, daß es opportun ist, wenn ich nicht die Initiative von kriegerischen Handlungen ergreife angesichts des gegenwärtigen Standes der italienischen Kriegsvorbereitungen, die wir wiederholt und rechtzeitig Ihnen, Führer, und von Ribbentrop mitgeteilt haben.
Unsere Intervention kann indessen unverzüglich stattfinden, wenn Deutschland uns sofort das Kriegsmaterial und die Rohstoffe liefert, um den Ansturm auszuhalten, den die Franzosen und Engländer vorwiegend gegen uns richten werden" (ADAP VII Dok. 271; Sperrungen in den ADAP).

Es war Mussolini auch jetzt noch klar, daß die polnische Frage in Wirklichkeit eine englische Frage war und daß gerade dieser Umstand die deutsch-polnische Verständigung erschwert hatte. Er wußte auch, daß seine Absage, wenn sie in London bekannt würde - was längst der Fall war - die von Hitler angestrebte politische Lösung der Danzig-Polen-Frage gefährden, wenn nicht unmöglich machen werde. Welche Motive, welche Befürchtungen, welche Informationen

Attolicos, welche Verlockungen oder Drohungen Großbritanniens ihn in diesen wichtigen Stunden bewogen haben, den Schritt zu tun, der die britische Haltung noch weiter versteifen mußte - kein Dokument oder Zeuge gibt über dieses Rätsel Auskunft!

Vergeblich wurde schon damals von Berlin aus versucht, den „absoluten Widerspruch" zwischen dem Gespräch Mackensens mit dem unmittelbar anschließenden negativen Brief Mussolinis aufzuklären (ADAP VII Dok. 298 und 302). Hoggan berichtet (S. 667), Ciano habe den Brief an Hitler formuliert und Mussolini beraten, „wie er den Kreis quadrieren könne".

In Berlin waren inzwischen die Londoner Nachrichten von der Ratifizierung des britisch-polnischen Paktes eingetroffen.

Ribbentrop begab sich daraufhin erneut zu Hitler:

„Ich eilte mit der Meldung sofort in die Reichskanzlei, um den Führer zur Einstellung der getroffenen militärischen Maßnahmen zu veranlassen - mit den Worten, daß die Ratifizierung des englisch-polnischen Garantievertrages ‚den Krieg mit England' bedeute, wenn er gegen Polen vorgehe und daß deshalb der (Marschbefehl sofort abgestoppt werden' müsse ...

Adolf Hitler befahl, sofort seinen militärischen Adjutanten Oberst Schmundt herbeizurufen. Schmundt war nicht zu erreichen. An seiner Stelle erschien nach kurzer Zeit der damalige Generaloberst Keitel. Der Führer fragte Keitel, ob es noch möglich sei, die militärischen Maßnahmen anzuhalten. Keitel bejahte das. Darauf gab der Führer Keitel den entsprechenden Befehl mit dem Hinweis, daß ich soeben bei ihm gewesen sei, ihm von der RRatifizierung des englisch-polnischen Vertrages Mitteilung gemacht habe und daß er ‚Zeit zum Verhandeln' brauche" (Ribbentrop S. 187 f.).

Hinsichtlich der „militärischen Maßnahmen" gibt das Halder-Tagebuch - wie erwähnt — darüber Auskunft, daß um 13.30 Uhr Hitler „von der Aufschubfrist Gebrauch gemacht" habe. Eine Eintragung über eine weitere Benachrichtigung

bei Ablauf der auf 15 Uhr festgesetzten Frist enthält das Tagebuch nicht. Da am 23. August 1939 der „Y-Tag" auf den 26. August 1939 festgelegt worden war mit der Bestimmung, daß „kein Befehl mehr" gegeben werde, ist im OKW bzw. OKH um 15 Uhr wohl vermutet worden, daß der „Fall Weiß" nunmehr weiterlaufe. Die weitverbreitete Behauptung, Hitler habe am 25. August um 14 Uhr 50 - nach Hendersons Besuch - den Angriffsbefehl erteilt, kann nach den bisher veröffentlichten Dokumenten nicht zutreffend sein. Dieser Befehl war nach Halder am 23. August gegeben worden (vgl. S. 437). Hitler ließ die militärischen Maßnahmen am 25. August mittags zunächst aufschieben, dann aber offenbar wieder weiterlaufen bis er sie endgültig widerrief. Haider notiert dies für 19.30 Uhr mit dem Vermerk: „Vertrag zwischen Polen und England ratifiziert. Keine Eröffnung der Feindseligkeiten. Truppenbewegungen anhalten, wenn nicht anders möglich auch in Grenznähe" (ADAP VII S.470).

Zu Ribbentrop sagte Hitler in jener bedeutsamen Stunde, er sei der Überzeugung,

„daß die italienische Stellungnahme aus Rom nach London mitgeteilt worden sei und die Ratifizierung des englisch-polnischen Paktes herbeigeführt habe" (Ribbentrop S. 187).

Das war bekanntlich richtig, aber es spielte gewiß auch der englisch-polnische Geheimvertrag eine Rolle, in dem die polnische Regierung auf britische Hilfe im Falle eines Eingreifens der Sowjetunion verzichtete (vgl. S. 442 und 452).

Zwischen dem 25. und 28. August

Am 26. August 1939 vormittags wurde Henderson Hitlers Privatflugzeug zur Verfügung gestellt, das den britischen Botschafter nach London brachte. Dort sprach er nicht nur in Downing Street vor, er wurde auch in einer vierstündigen Audienz vom König empfangen.

In der Zeit vom 26. bis 28. August 1939 beriet das britische Kabinett die neuen deutschen Vorschläge. Trotz der äußerst angespannten militärischen Lage im Osten, aber gemäß dem Bestreben Hendersons, „den schrecklichen Tag hinauszuschieben" (Freund III S.272), nahm sich Chamberlain fast drei Tage Zeit, ehe er den polnischen Außenminister um sein Einverständnis für eine britische Vermittlung bitten ließ. Am 28. August telegrafierte Halifax an den britischen Botschafter Kennard in Warschau die folgende Weisung:

„1. Unsere geplante Antwort an Reichskanzler Hitler macht einen klaren Unterschied zwischen der Methode, wie ein Abkommen über die deutsch-polnischen Divergenzen erreicht werden kann, und der Natur der zu erstrebenden Lösung. Hinsichtlich der Methode wünschen wir unsere unmißverständliche Ansicht mitzuteilen, daß direkte Besprechungen auf der Basis der Gleichberechtigung zwischen den Parteien das geeignete Mittel seien.

2. Die polnische Regierung genießt den Schutz durch den englisch-polnischen Vertrag.

3. Die Regierung Seiner Majestät hat bereits klargemacht und wiederholt heute in ihrer Antwort an Herrn Hitler, daß jede Regelung der deutsch-polnischen Divergenzen Polens wesentliche Interessen schützen und durch eine internationale Garantie gesichert werden muß.

4. Wir haben natürlich von Herrn Hitlers Antwort an Herrn Daladier Kenntnis genommen, aber wir betrachten eine Anregung von Seiten der polnischen Regierung, wonach sie bereit sei, direkte Besprechungen abzuhalten, keineswegs als eine stillschweigende Annahme von Herrn Hitlers Forderungen, die, wie oben klar dargestellt, auf Grund von uns aufgeführten Prinzipien zu untersuchen wären.

5. Da die polnische Regierung, ihrer Antwort an Präsident Roosevelt nach zu schließen, die Idee direkter Unterhandlungen anzunehmen scheint, hofft die Regierung Seiner Majestät ernstlich, daß die polnische Regierung gemäß den in den vorangehenden Paragraphen angestellten Überlegungen uns ermächtigen werde, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß Polen bereit ist, sofort in direkte Unterhandlungen mit Deutschland einzutreten.

6. Bitte, bemühen Sie sich, Herrn Beck sofort zu sehen, und melden Sie mir telephonisch seine Antwort" (Freund III Dok. 112, Brit. Blaubuch Dok. Nr. 73).

Mit dieser Rückfrage in Warschau hatte die britische Regierung - wie es schien - gerade das unternommen, was Hitler erwartete; sie hatte den Polen eine „Geste" gemacht und sie, wenn auch zurückhaltend und mit retardierenden Hinweisen, zu Vernunft und direkter Verhandlung mit Berlin aufgefordert.

Es sollte sich in den darauffolgenden Tagen herausstellen, daß die polnische Regierung keineswegs bereit war, „sofort in direkte Unterhandlungen mit Deutschland einzutreten" und daß die britische Regierung sie auch nicht nachdrücklich dazu aufgefordert hatte.

Zunächst traf am 28. August 1939 (Uhrzeit unbekannt) bei der polnischen Botschaft in London ein Telegramm ein, in dem Beck mitteilte:

„Der britische Botschafter hat mich über die Antwort, die Herrn Hitler erteilt werden soll, zu Rate gezogen. Ich habe zugestimmt, daß die Reichsregierung benachrichtigt werde, Polen sei zu Verhandlungen bereit. Gleichzeitig habe ich nähere Angaben darüber gewünscht, was die britische Regierung unter dem Ausdruck ‚internationale Garantie' verstehe. Ich ersuche Sie, die ganze Frage dieser Beratung als streng vertraulich zu behandeln" (Freund III Dok. 114; Poln. Weißbuch Nr. 196).

Es kann dem kritischen Beobachter nicht entgehen, wie gewunden diese Mitteilung ist und daß in ihr insbesondere der frühere Ausdruck „sofort" fehlt. Beck erklärt auch nicht, daß Polen zu Verhandlungen mit Deutschland bereit sei, sondern lediglich, daß man diesen Bescheid der deutschen Regierung weitergeben könne. Dies war eine Mitteilung an den polnischen Botschafter in London. Es ist unbekannt, ob Beck der britischen Regierung offiziell zustimmte. Kennard telegrafierte lediglich eine ähnliche mündliche Antwort Becks Freund lII Dok. 113). Ribbentrop schreibt dazu (S.189f.):

„In dem von der britischen Regierung nach Kriegsausbruch veröffentlichten ‚Blaubuch' fehlt auffallenderweise die erwähnte Zusicherung der polnischen Regierung. Sie muß, da die Anfrage am 28. August um 14 Uhr und der Abflug Hendersons von London um 17 Uhr erfolgte, zwischen diesen beiden Zeitpunkten in London eingetroffen sein. Der bis heute geheimgehaltene Wortlaut der Antwort der polnischen Regierung ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Beurteilung der weiteren Entwicklung der Ereignisse.

Der britische Premierminister Chamberlain erklärte am 1. September feierlich, daß ‚alle einschlägigen Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich' gemacht worden seien - trotzdem fehlt gerade dieses wichtige Dokument. Diese auffallende Tatsache kann nur damit erklärt werden, daß die polnische Regierung ein klares ‚Ja' eben nicht ausgesprochen hat, das heißt ein ‚Ja', das auch praktisch sofortige Verhandlungen bedeutete, und nicht jenes berüchtigte ‚Diplomaten-Ja', das nur tarnende Umschreibung von ‚Nein' ist. Die polnische Haltung am 30. und 31. August 1939 berechtigt zu der Annahme, Polen habe sich im Gegensatz zur Behauptung des britischen Memorandums am 28. August nicht für die tatsächliche Aufnahme sofortiger direkter Verhandlungen ausgesprochen.

Meine Verteidigung im Nürnberger Prozeß hat die Vorlage der Antwortnote Polens vom 28. August durch die britische Regierung beantragt. Diesem Antrag wurde vom Gericht nicht entsprochen!"

Die britische Entgegnung vom 28. August 1939

Erst am Abend des 28. August überbrachte Henderson um 22.30 Uhr Hitler im Beisein Ribbentrops die britische Note als Entgegnung auf die deutschen Vorschläge vom 25. August. Das britische Memorandum ging mit den folgenden Gedanken auf die deutsche Initiative ein:

„1. Auch die britische Regierung teile den Wunsch des Kanzlers, zu einem vollständigen und dauernden Einvernehmen' zwischen Deutschland und England zu kommen, was einen unsagbaren Segen für beide Völker bringen würde'.

2. Die britische Regierung stimmt mit ihm überein, daß seine Vorschläge für eine Verständigung mit dem Britischen Empire

nach der friedlichen Lösung der deutsch-polnischen Differenzen' besprochen werden könnten.

3. Aber alles hinge von der ,Art der Lösung der zwischen Deutschland und Polen bestehenden Streitfrage ab'. Die britische Regierung könne nicht zu ihrem eigenen Vorteil eine ,Regelung annehmen, durch welche die Unabhängigkeit eines Staates in Frage gestellt würde, dem sie ihre Garantie gegeben habe'.

4. Eine Vereinbarung zwischen Deutschland und Polen sollte die ,vitalen Interessen Polens sicherstellen', wie der ,deutsche Kanzler sie in seiner Rede vom 28. April' anerkannt habe. ,Für den Erfolg der einer Vereinbarung vorausgehenden Diskussionen sei entscheidend, daß es schon zuvor feststände, daß jedwedes erfolgte Abkommen von anderen Mächten garantiert würde. Seiner Majestät Regierung wäre auf Wunsch bereit, für das tatsächliche Inkrafttreten einer solchen Garantie mitzuwirken.'

,Ihrer Ansicht nach sollte logischerweise der nächste Schritt mit direkten Verhandlungen zwischen der deutschen und polnischen Regierung auf einer Basis beginnen, die den oben erwähnten Grundsätzen entspräche, vornehmlich die Sicherstellung der vitalen Interessen Polens und die Erreichung eines Abkommens durch eine internationale Garantie.'

,Seiner Majestät Regierung hat bereits eine definitive Zusicherung der polnischen Regierung erhalten, daß sie bereit ist, auf einer solchen Grundlage in Besprechungen einzutreten und hofft, daß die deutsche Regierung ihrerseits ebenfalls bereit sein wird, einem solchen Verfahren zuzustimmen.'

5. Die britische Regierung stimmt mit dem deutschen Kanzler überein, daß eine der größten Gefahren für die deutsch-polnischen Beziehungen in den Berichten über die Behandlung der Minderheiten hegt" (ADAP VII Dok. 384, Anlage).

In den restlichen Punkten 6 bis 8 erörtert die britische Regierung noch kurz die von Hitler aufgeworfenen Themen, wie z.B. das der Rüstungsbegrenzung und bittet abschließend die deutsche Regierung, nicht daran zu zweifeln, daß sie „ihren ganzen Einfluß aufbieten wird, um zu dem Abschluß

einer Vereinbarung zu kommen, die sowohl Deutschland wie Polen zu empfehlen ist".

Hitler hatte sowohl am 23. wie am 25. August bereits klargestellt, daß er England nicht zum Wortbruch gegenüber Polen veranlassen wolle. Nun teilte die britische Regierung mit, daß Warschau die definitive Zusicherung gegeben habe, zu direkten Besprechungen bereit zu sein und daß „ihrer Ansicht nach logischerweise der nächste Schritt in direkten Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung" bestehe. Die Fragwürdigkeit der polnischen Zusage war der Reichsregierung damals nicht bekannt. Für den heutigen Beobachter fällt auf, daß der in Halifax' Mitteilung nach Warschau gebrauchte Hinweis auf „sofortige" Verhandlungen in dem in Berlin übergebenen Memorandum fehlt.

Nach Kenntnisnahme des britischen Memorandums führte Hitler ein längeres Gespräch mit Henderson in Anwesenheit Ribbentrops. Der britische Botschafter schickte, außer einem kurzen Telegramm, drei Berichte über diese Unterredung nach London, den „ausführlichen" und den „ergänzenden" an das Foreign Office und einen „persönlichen" an Halifax (Freund III Dok. 116a, b, c und 117).

Zweifellos hat sich Henderson persönlich für den deutschen Standpunkt eingesetzt. Das zeigt sich in seinem privaten Brief an Halifax, der wesentlich anders klingt als sein später im Britischen Blaubuch veröffentlichter „ausführlicher" Bericht. Henderson berichtet Halifax, daß er in der Reichskanzlei durch eine Ehrengarde in vollem Glanze empfangen wurde und daß der „Kanzler vollkommen ruhig war". Er selbst habe während des Gespräches „z.B. den Korridor durch den Korridor als eine praktikable Lösung" erwähnt und bat Halifax, ihm zu glauben, daß „das ein absolutes Minimum ist":

„Ich bin nicht ganz ohne Hoffnung, daß Hitlers Antwort nicht zu unvernünftig ausfallen wird. Sie wird vermutlich zuviel ver-

langen, so wie Polen zuwenig bieten wird. Schließlich werden wir, wenn wir gegenüber Deutschland festbleiben, nicht weniger fest gegenüber den Polen sein müssen. Die Franzosen, Amerikaner und Italiener (die letzteren auf Instruktionen von Ciano hin) haben mir nach meiner Rückkehr die Tür eingerannt, aber nicht ein einziges Zeichen von dem polnischen Botschafter, trotzdem ich persönlich ganz gut mit ihm stehe. Polen muß auch seinen Beitrag für den Weltfrieden leisten, und es hat mehr Interesse als irgend jemand anders, so gründlich als nur möglich die Ursachen für die Reibungen in der Zukunft zwischen sich selbst und seinem mächtigen Nachbarn zu beseitigen. Bitte seien Sie auch hier stark - wenn Hitlers Antwort (wie ich immer noch hoffe) ein Schlupfloch für einen friedlichen Ausweg läßt. ...

Nach meiner Ansicht sollte Beck hierherkommen, wenn Hitler direkten Verhandlungen zustimmt. Wir haben - gewöhnlich - bei den Deutschen die grobe Arbeit zu tun. Es ist Sache der Franzosen, diese bei den Polen zu tun. Wenn wir erlauben, daß die letzteren die ganze Zeit über ihre amour propre, ihr Prestige und den zu vermeidenden Schein der Schwäche reden, dann sind wir nicht schuldlos an der Verantwortung für das Unglück. Wenn nur die Antwort Hitlers uns das notwendige Schlupfloch läßt!" (Freund III Dok. 117).

Henderson hatte wohl erkannt, auf was es ankam, wenn eine friedliche Regelung erzielt werden sollte: Beck mußte nach Berlin kommen !

Die deutsche Antwortnote vom 29. August 1939

Bereits am Nachmittag des 29. August 1939 wurde Henderson um 18.45 Uhr in der Reichskanzlei die deutsche Antwort auf die britischen Vorschläge in Form einer schriftlichen Erklärung übergeben (ADAP VII Dok. 421).

Einleitend wird in der deutschen Erwiderung festgestellt, die Reichsregierung habe aus dem Antwortschreiben und den mündlichen Erläuterungen des Botschafters entnommen, daß die britische Regierung bereit sei, „das deutsch-englische Verhältnis zu bessern und es im Sinne der deutschen Anregungen zu entwickeln und auszubauen". Deutscherseits

wird nochmals der Wille „nach einer aufrichtigen deutsch-englischen Verständigung" zum Ausdruck gebracht, die allerdings weder „mit dem Verzicht auf lebenswichtige deutsche Interessen" erkauft werden könne, noch durch Preisgabe von Forderungen, „die ebenso im allgemeinen menschlichen Recht wie in der nationalen Würde und der Ehre unseres Volkes begründet sind".

Da sich auch die britische Regierung überzeugt gezeigt habe, daß die „Lösung der unerträglich gewordenen deutsch-polnischen Spannung die Voraussetzung" für ein besseres deutsch-englisches Verhältnis sei, werden die Ursachen der polnisch-deutschen Krise noch einmal kurz aufgezählt:

Seit dem 24. Oktober 1938 und „zuletzt im März 1939 wurden der polnischen Regierung mündlich und schriftlich Vorschläge unterbreitet", welche die bestehende „Freundschaft" berücksichtigten und eine „für beide Teile annehmbare Lösung" ermöglichten. Die darauf erfolgte polnische Ablehnung vom 26. März sei von Warschau gleichzeitig zum Vorwand für militärische Maßnahmen genommen worden, die „seitdem eine fortgesetzte Steigerung erfuhren". Schon Mitte Juli habe Polen „tatsächlich mobilgemacht". Seitdem stehe die Freie Stadt Danzig unter zahlreichen Übergriffen und drohenden ultimativen Forderungen. Die Grenzsperre sei erst „zollpolitisch", jetzt aber auch „militärisch und verkehrstechnisch" (vom 23. zum 24. August 1939) über Danzig verhängt worden, mit dem Ziel der „politischen Zermürbung und wirtschaftlichen Zerstörung dieses deutschen Gemeinwesens". Die hinzukommenden sonstigen „Verfolgungen der großen deutschen Volksgruppe in Polen" haben Deutschland gezwungen, „nach monatelangem Zusehen nunmehr ebenfalls die notwendigen Schritte zur Wahrung der berechtigten deutschen Interessen zu ergreifen". Die deutschen Forderungen entsprechen „der von Anfang an als notwendig erkannten Revision des Versailler Vertrages in diesem Gebiet;

Rückkehr von Danzig und des Korridor zu Deutschland, Sicherung des Lebens der deutschen Volksgruppen in den restlich Polen verbleibenden Gebieten" (ADAP VII Dok.421).

Die Reichsregierung nehme mit Befriedigung davon Kenntnis, daß auch die britische Regierung im grundsätzlichen überzeugt sei, daß „die entstandene Lage einer Lösung entgegengeführt werden muß" und auch sie nicht daran zweifele,

„daß es sich hier nicht mehr um Zustände handelt, zu deren Beseitigung Tage oder gar Wochen, sondern vielleicht nur Stunden zur Verfügung stehen."

Die Britische Regierung habe mitgeteilt, daß sie zwei Momente als wichtig ansehe:

„1. daß durch direkte Verhandlungen schnellstens die vorhandene Gefahr einer drohenden Entladung beseitigt wird, und daß

2. der Existenz des im übrigen dann fortbestehenden polnischen Staates durch internationale Garantien wirtschaftlich und politisch die notwendige Sicherung gegeben wird".

Die deutsche Regierung gab dazu folgende Erklärung ab:

„Trotz ihrer skeptischen Beurteilung der Aussichten solcher direkten Besprechungen will sie dennoch den englischen Vorschlag akzeptieren und in diese eintreten. Sie tut dies ausschließlich unter dem Eindruck der ihr zugegangenen schriftlichen Mitteilung der Königlich Britischen Regierung, daß auch diese ein Freundschaftsabkommen unter Zugrundelegung der dem Botschafter Henderson gegebenen Anhaltspunkte wünscht. Die deutsche Regierung will dadurch der Königlich-Britischen Regierung und dem englischen Volk einen Beweis für die Aufrichtigkeit der deutschen Absicht, zu einer dauernden Freundschaft mit Großbritannien zu kommen, geben.

Die Reichsregierung muß die britische Regierung pflichtgemäß aber darauf hinweisen, daß sie im Falle einer Neugestaltung der territorialen Verhältnisse in Polen nicht mehr in der Lage wäre, ohne Hinzuziehung der Sowjet-Union sich zu Garantien zu verpflichten oder an Garantien teilzunehmen.

Im übrigen hat die deutsche Reichsregierung bei ihren Vorschlägen nie die Absicht gehabt, lebenswichtige Interessen Polens anzugreifen oder die Existenz eines unabhängigen polnischen

Staates in Frage zu stellen. Die deutsche Reichsregierung ist unter diesen Umständen daher damit einverstanden, die vorgeschlagene Vermittlung der Königlich-Britischen Regierung zur Entsendung einer mit allen Vollmachten versehenen polnischen Persönlichkeit nach Berlin anzunehmen. Sie rechnet mit dem Eintreffen dieser Persönlichkeit für Mittwoch, den 30. August 1939.

Die Reichsregierung wird die Vorschläge einer für sie akzeptablen Lösung sofort ausarbeiten und diese, wenn möglich, bis zur Ankunft des polnischen Unterhändlers auch der Britischen Regierung zur Verfügung stellen" (ADAP VII Dok. 421).

Hitler hatte damit den britischen Vorschlag direkter und gleichberechtigter Verhandlungen mit Warschau akzeptiert und internationalen Garantien zugestimmt. Mit der Einladung eines polnischen Bevollmächtigten ging er auf den von England empfohlenen „nächsten logischen Schritt" zur Einleitung von direkten deutsch-polnischen Verhandlungen ein. Es kam dabei angesichts der bestehenden Spannung auf unverzügliche Verhandlungen an, was man in London erkannt hatte, als am 28. August 1939 in das Telegramm nach Warschau das Wort „sofort" aufgenommen wurde, das Beck dann ignorierte und das auch im britischen Memorandum nach Berlin nicht enthalten war (vgl. S. 460ff.).

Obwohl Hitler den Zeitbegriff in die Verhandlungen wieder einführte, zeigte das deutsche Memorandum jedenfalls das „Schlupfloch", das sich Botschafter Henderson als Zeichen für Hitlers Verhandlungsbereitschaft gewünscht hatte. Hitler ging nicht so weit, eine Reise Becks nach Berlin zu erwarten, er sprach nur von einer bevollmächtigten polnischen Persönlichkeit. Schließlich brachte er zum Ausdruck, daß sich der polnische Unterhändler nach Ankunft in Berlin bei Beurteilung der deutschen Vorschläge der Mitwirkung der britischen Regierung bedienen könne. Wäre Beck oder ein anderer polnischer Bevollmächtigter nach Berlin gekommen, so hätte es ihm freigestanden, die britische Regierung bei seinen Entschlüssen einzuschalten.

Der britische Botschafter Henderson nahm das Memorandum, das seinen knapp 24 Stunden vorher geäußerten Wünschen präzise entsprach, unwillig entgegen:

Das Gespräch, das er mit Hitler am 29. August 1939 abends nach 19 Uhr im Beisein Ribbentrops führte, hat offenbar — im Gegensatz zu der ganz freundlich verlaufenen Unterredung vom 28. August - in einer ziemlich erregten Atmosphäre stattgefunden. Auch Ribbentrop berichtet, daß

„der britische Botschafter im Verlauf dieser Besprechung sehr heftig wurde und es sich sogar erlaubte, mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, ein Verhalten, das den Führer, wie er später Heß gegenüber erklärte, veranlaßt hätte, die Besprechung abzubrechen, wenn es mir nicht gelungen wäre, durch ein ablenkendes Eingreifen die Gemüter zu beruhigen und ein Scheitern der Verhandlungen zu verhindern" (Ribbentrop S.191).

Henderson beschreibt diesen Zwischenfall in verschiedenen Versionen. In seinem ersten Bericht, der bereits um 22.25 Uhr des 29. August in London einging, teilt er sachlich mit:

„Heute abend hatte das Gespräch einen stürmischen Charakter, und Herr Hitler war bedeutend weniger verständig als gestern. Eine Pressenachricht von heute abend, wonach fünf weitere Deutsche in Polen getötet wurden, sowie die Nachricht von der polnischen Mobilmachung, hatten ihn offenbar erregt" (Freund III Dok. 125a).

In einem weiteren Bericht (abgegangen in Berlin am 30. August früh 2.30 Uhr) schildert Henderson sein Benehmen geradezu dramatisch:

„Ich ließ Herrn Hitler nicht im Zweifel über meine Enttäuschung: mit Recht oder Unrecht fühlte ich, daß ich Herrn Hitler mit eigener Münze heimzahlen müsse. Er gab mir die Gelegenheit bei einem untergeordneten Punkt, als er behauptete, daß ich oder Seiner Majestät Regierung nicht einen Pfifferling danach fragten, ob Deutsche in Polen ermordet würden oder nicht. Ich ging daher dazu über, Herrn Hitler zu überschreien. Ich sagte ihm, daß ich eine derartige Rede weder von ihm noch von irgend jemand anderem anhören würde. Solch eine Behauptung wäre unerträglich und ein Beispiel seiner Übertreibung.

Ich fügte noch mehr Schreien auf dem Gipfel meiner Stimmkraft hinzu. Ich weiß nicht, was v. Rihbentrop oder Dr. Schmidt gedacht haben, denn ich starrte Herrn Hitler die ganze Zeit an. Er gab keine Antwort, und ich gebrauchte während des ganzen Interviews dieselbe heftige Sprache. Wenn er Krieg wolle, könne er ihn haben" (Freund III S. 338, Dok. 125 c).

Schließlich gab Henderson in einem Privatbrief an den britischen Außenminister Halifax noch eine zusätzliche Erklärung über sein eigenes Benehmen und über die unerwartet ruhige Reaktion Hitlers:

„Glauben Sie mir, ich wollte dadurch nicht einen lange unterdrückten Wunsch befriedigen, sondern etwas tun, was ich nach sorgfältiger vorheriger Überlegung entschieden hatte, daß es gut tun könnte. Ich muß hinzufügen, daß ich im Begriffe war, aufzustehen, nachdem das Schlimmste geschehen war, aber er rührte sich nicht" (Freund III S. 339).

Da Henderson bei seiner „vorherigen Überlegung" das deutsche Memorandum noch gar nicht kannte und dessen Inhalt ihn nur befriedigen konnte, gehört die Szene zu den echten Bätsein, wie sie sich in den Tagen vor Kriegsausbruch mehrfach stellen. Man kann nur vermuten, daß der britische Botschafter von irgendeiner Seite zu seinem Verhalten veranlaßt worden ist.

Da Henderson seinen Ton vorher geplant hatte, Hitler aber dieses Gebaren übersah, konnte der britische Botschafter nach Rückkehr aus der Reichskanzlei die deutsche Antwortnote nüchtern prüfen und richtig beurteilen. In seinem in London um 22.15 Uhr eingegangenen zweiten Bericht teilte Henderson seiner Regierung mit:

„Die Note bemerkt, daß die deutschen Vorschläge eine Einschränkung lebenswichtiger polnischer Interessen nie zum Zweck gehabt hätten, und erklärt, daß die deutsche Regierung die Vermittlung Großbritanniens annehme, in der Erwartung, daß ein polnischer Bevollmächtigter nach Berlin komme. Die deutsche Regierung, so fügt die Note hinzu, zählt auf die Ankunft eines solchen Bevollmächtigten morgen, Mittwoch, den 30. August.

Ich bemerkte, daß dieser Satz nach einem Ultimatum aussehe, aber nach einigen hitzigen Bemerkungen versicherten mir Herr Hitler und Herr v. Ribbentrop beide, daß damit bloß bezweckt sei, die Dringlichkeit des Augenblickes zu betonen, wo zwei voll mobilisierte Armeen sich Auge in Auge gegenüberstehen.

Ich sagte, daß ich diese Anregung sofort Seiner Majestät Regierung übermitteln werde, und fragte, ob, wenn ein solcher Bevollmächtigter wirklich komme, anzunehmen sei, daß er freundlich empfangen und daß die Diskussion auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung geführt werde. Herrn Hitlers Entgegnung lautete: »natürlich'" (Freund III Dok. 125b).

Zehn Minuten nach Eingang dieser Information hatte das Foreign Office den ersten Bericht des Botschafters vorhegen, in dem er dringend seine Ansichten und Empfehlungen darlegte:

„Ich habe das Wesentlichste der deutschen Antwort dem französischen Botschafter mitgeteilt und ihn sehr nachdrücklich gedrängt, der französischen Regierung zu empfehlen, daß sie der polnischen Regierung rate, eine sofortige Reise von Herrn Beck vorzuschlagen, da dies meines Erachtens die einzige Chance darstellt, den Krieg zu verhindern. Hitler blufft nicht, und ein Zusammenstoß kann sich in jedem Augenblick ereignen. Ich äußerte die Meinung, daß die polnische Regierung auf diese Weise die Welt überzeugen könnte, daß sie ihr Äußerstes getan habe und daß es darüber hinaus auch ihre Pflicht und ihr Interesse wäre, diesen äußersten Versuch zu machen, da alle anderen ja weit weniger leiden würden als sie selbst.

Der italienische Botschafter, der Hitler unmittelbar nach mir sah, suchte mich gleichfalls auf. Herr Hitler sei, so sagte er, ganz ruhig und habe ihm die Substanz der deutschen Antwort an die Regierung Seiner Majestät gegeben. Der italienische Botschafter unternahm es auch, der italienischen Regierung vorzuschlagen, daß sie Vorstellungen bei der polnischen Regierung in einem ähnlichen Sinne machen solle.

Ich vertraue, daß die Regierung Seiner Majestät sich in der Lage sehen wird, das gleiche zu tun" (Freund III Dok. 125 a).

Die britische Regierung hat übrigens bei der Veröffentlichung ihres „Blaubuches" nach Kriegsausbruch die zuletzt zitierten drei Absätze des Berichtes fehlen lassen, um nicht

bekanntgeben zu müssen, daß Henderson die „sofortige Reise" Becks nach Berlin forderte, in der er die „einzige Chance" zur Erhaltung des Friedens sah.

Statt das deutsche Memorandum unverzüglich nach Warschau weiterzuleiten, telegrafierte Lord Halifax um 23.55 Uhr des 29. August — also anderthalb Stunden nach Eintreffen der Informationen Hendersons — nach Warschau. Seine Nachricht an den dortigen britischen Botschafter enthielt nur einen Hinweis, die deutsche Antwort scheine die Tür zu Verhandlungen „nicht zuzuschlagen", aber keine Mitteilung darüber, daß in Berlin ein Unterhändler erwartet werde. Im Gegenteil, die Depesche enthielt den entscheidenden Ratschlag: „Die Regierung Seiner Majestät könnte es nicht verantworten, der polnischen Regierung von irgendeiner Aktion abzuraten, die sie für ihre Sicherheit als notwendig erachtet", aber die Polen sollten möglichst ein „öffentliches Ankündigen ihrer Generalmobilmachung vermeiden", (British Foreign Policy Serie III, Bd. VII, Dok.495; zitiert nach Freund III S. 340).

Damit hatte Halifax die Würfel geworfen: Statt eines polnischen Unterhändlers traf in Berbn am 30. August die Nachricht von der polnischen Generalmobilmachung ein, die aber nicht geheim stattfand, sondern in Warschau am 30. August ab 16.30 Uhr durch Rundfunk und Plakatanschlag verkündet wurde (ADAP VII Dok. 451; die diesbezügliche telefonische Mitteilung der Deutschen Botschaft in Warschau wurde am 30. August um 17 Uhr 30 im Auswärtigen Amt in Berlin entgegengenommen).

Zwei Stunden, nachdem Halifax der polnischen Regierung die Mobilmachung anheimgestellt und es unterlassen hatte, ihr Hitlers Einladung zur Entsendung eines Unterhändlers zur Kenntnis zu bringen, telegrafierte er um 2 Uhr morgens des 30. August nach Berlin, der Botschafter möge „sogleich auf

geeignetem Wege den richtigen Stellen bekanntgeben", es sei

„unvernünftig, von uns zu erwarten, daß wir heute in Berlin einen Vertreter Polens zur Stelle schaffen" (Freund III Dok. 126).

Henderson übermittelte diese Stellungnahme um 4 Uhr morgens dem Auswärtigen Amt und erklärte in seinem Antworttelegramm an Habfax, er hätte bereits

„gestern abend Herrn Hitler gegenüber eine ähnliche Bemerkung gemacht, worauf er entgegnete, daß man in Stunden von Warschau nach Berlin fliegen könne" (Freund III Dok. 128).

Als eigenen Kommentar fügte Henderson in seinem Telegramm an Halifax erneut hinzu, er

„empfehle noch immer, daß die polnische Regierung diesen in elfter Stunde gemachten Versuch schlucke, direkt mit Herrn Hitler in Fühlung zu treten, sei es auch bloß, um die Welt zu überzeugen, daß sie bereit ist, ihrerseits ein Opfer zur Erhaltung des Friedens zu bringen" (Freund III Dok. 128).

Die britische Regierung hat aber diese Anregung ihres Berliner Botschafters wiederum nicht aufgegriffen. Sie hat im Gegenteil die Übermittlung des deutschen Memorandums und der deutschen Verhandlungseinladung an die polnische Regierung hinausgezögert. Halifax setzte zwar den englischen Botschafter in Warschau, Kennard, noch in der Nacht vom 29. zum 30. August von der deutschen Antwort in Kenntnis, fügte jedoch ein striktes Verbot hinzu, sie Beck bekanntzugeben, bevor der Botschafter weitere Weisungen erhalten habe.

Über den britischen Botschafter in Warschau bemerkt Hoggan (S. 717):

„Kennards Deutschenhaß war so unsinnig intensiv, daß die Polen daraus schlossen, wie sie es auch bei Churchill taten, es sei bei ihm etwas nicht in Ordnung."

In dem jetzt eingetretenen kritischen Stadium aber war sogar Botschafter Kennard über die Weisung Halifax' verblüfft. Er telegrafierte nach London:

„Ich gebe natürlich der polnischen Regierung gegenüber keinen Ansichten Ausdruck, noch teile ich ihr Herrn Hitlers Antwort mit, ehe ich - wie ich hoffe, ohne Verzug - Weisungen erhalte" (Freund III Dok. 127; Brit. Blaubuch Nr. 84).

Zweifellos hat Kennard daraufhin Instruktionen erhalten, aber es gelang Ribbentrop während des Nürnberger Prozesses nicht, ihren Inhalt zu erfahren:

„Die Anweisung der britischen Regierung an ihren Botschafter in Warschau ist im englischen Blaubuch nicht enthalten und bis heute unbekannt geblieben. Meine Verteidigung in Nürnberg hat auch in diesem Falle bei dem Versuch, das fehlende Dokument von der britischen Regierung zu erhalten, keinen Erfolg gehabt.

Es ist von höchstem geschichtlichen Interesse zu erfahren, welcher Zusammenhang zwischen den Instruktionen der britischen Regierung an ihren Botschafter in Warschau und der Tatsache besteht, daß im Laufe des gleichen 30. August die polnische Generalmobilmachung angeordnet, wenn auch noch nicht bekannt gemacht wurde. Der Zeitpunkt dieser Mobilmachung, die uns noch am gleichen Tage vertraulich gemeldet wurde, ist für die Gesamtbeurteilung der Krise von größter Bedeutung. Mit der angeblichen Zusicherung Polens, zu einer direkten Verhandlung mit Deutschland bereit zu sein, steht sie im krassen Widerspruch.

Die Geschichte, an die Ministerpräsident Chamberlain in seiner Unterhausrede vom 1. September 1939 in so feierlicher Form appellierte, wird die Frage zu entscheiden haben, ob nicht die britische Regierung durch ihre in Berlin gezeigte negative Haltung zum deutschen Verhandlungswillen und durch die Verzögerung der Mitteilung des deutschen Vorschlages in Warschau ihre mit dem Angebot der ‚guten Dienste' übernommenen internationalen Pflichten in kritischer Stunde gröblich verletzte" (Ribbentrop S.192f.).

Henderson, der so dringlich nach London telegrafiert hatte, der polnische Außenminister Beck müsse nach Berlin kommen, bat noch am Abend des 29. August 1939 den polnischen Botschafter Lipski zu sich und unterrichtete ihn von der deutschen Antwort. Henderson

„flehte ihn an, seine Regierung in Polens eigenem Interesse zu drängen, ohne Verzug eine Persönlichkeit zu benennen, um die vor-

geschlagenen Verhandlungen in Berlin zu führen" (Henderson S. 267 f.).

Die polnische Regierung war also informiert; sie wird jedoch aus dem Verhalten des britischen Botschafters in Warschau ihre Schlüsse gezogen haben, der der Ansicht war, die Reise eines polnischen Bevollmächtigten nach Berlin bedeute eine „Demütigung"! Polen solle „eher kämpfen und untergehen" (Freund III Dok. 127).

Hoggan beurteilt die nach dem deutschen Memorandum eingetretene Lage wie folgt:

„Am frühen Morgen des 30. August befanden sich die Deutschen in völliger Unkenntnis über die Situation in London und Warschau. Sie hatten keine Ahnung, daß die britische Versicherung der polnischen Verhandlungsbereitschaft am 28. August ein unverzeihlicher Betrug war. Halifax hatte weder eine Andeutung von den Polen verlangt noch ein Zeichen von ihnen bekommen, daß sie zu ernsthaften Verhandlungen bereit seien. Auch konnten die Deutschen nicht wissen, daß Warschau am 29. August für den nächsten Tag die Generalmobilmachung beschlossen hatte und daß dieser Schritt ausdrücklich von Halifax gebilligt wurde. ... Hitler kam tatsächlich gar nicht auf den Gedanken, daß Halifax mit allen Mitteln den Krieg förderte und nichts unternahm, um ihn zu verhindern. Der deutsche Kanzler hätte seine letzte Hoffnung auf eine Regelung mit Polen viel eher aufgegeben, wenn ihm die wirkliche Lage klar gewesen wäre. Es war völlig aussichtslos, die polnische Regierung zum Verhandeln aufzufordern, wenn die britische Regierung sie drängte, es nicht zu tun. Das Wirken der britischen Diplomatie in Warschau am 29. und 30. August war ein unehrenhafter und verlogener Bruch der in der britischen Note vom 28. August Deutschland gegebenen Versicherung. Für einige Tage hatte die britische Regierung den falschen Eindruck zu erwecken vermocht, als fördere sie direkte Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland. ... Die glänzende Gelegenheit, zu einem friedlichen Ausgleich zwischen Deutschland und Polen zu kommen, wurde durch Halifax' Diplomatie zunichte gemacht. Damit war Polens Untergang besiegelt" (Hoggan S. 719).

Am 30. August 1939 fand in London eine Kabinettssitzung über die außenpolitische Lage statt; Botschafter Kennedy

führte eine längere Unterredung im Foreign Office. Chamberlain wurde in der Nacht zum 31. August erneut vom König empfangen und unterrichtete die Oppositionsführer (Schulthess 1939 S. 383 f.). Dokumente hierüber wurden bisher nicht veröffentlicht — sie würden vermutlich manches Rätsel lösen.

Es wurde der britischen Regierung nicht leicht gemacht, an ihrem intransigenten Standpunkt festzuhalten: Außer den offiziellen deutsch-englischen Gesprächen wurden in diesen kritischen Tagen auch noch durch den Schweden Dahlerus Verhandlungen zwischen Göring und der britischen Regierung geführt. Hitler hatte diesen zugestimmt, ohne Ribbentrop darüber zu informieren, um eventuell durch diesen privaten Kanal zu den Engländern neue Möglichkeiten zu finden. Ribbentrop selbst nennt diesen Versuch verständlich und berechtigt. Angesichts der schicksalsschweren Bedeutung des Problems wollte Hitler auch inoffiziell erforschen, ob nicht doch eine Verständigung zu erreichen sei (Ribbentrop S. 198 f.).

Noch bevor Dahlerus am 30. August in London eintraf, konnte Henderson das Foreign Office davon verständigen, daß nach Dahlerus' Ansicht „Mittwoch, der 30. August" nicht unbedingt der letzte Termin sei. Dies bestätigte sich am nächsten Tag (dem 31. August) nochmals, als Henderson — ebenfalls durch einen Gewährsmann Görings — über die weitere Verhandlungsbereitschaft von deutscher Seite unterrichtet wurde (Freund III S. 371).

Weiter war ein Gedanke von Bedeutung, den sogar Botschafter Kennard in Warschau in Betracht gezogen hatte. In seinem Telegramm vom 30. August vormittags gab er die Anregung nach London:

„Ich würde vorschlagen, daß man Verhandlungen, sofern sie zwischen Gleichberechtigten stattfinden sollen, nach einem neutralen Land oder sogar nach Itaben verlege" (Freund III Dok. 127).

Auch Henderson war auf einen ähnlichen Gedanken gekommen und legte Halifax nahe, eine Zusammenkunft auf einer schwedischen Yacht in der Ostsee vorzuschlagen (British Documents Serie III, Band VII, Dok. 501 und 509, zitiert nach Hoggan S. 718). Merkwürdigerweise hat keiner dieser Vorschläge Hitler, Göring oder Ribbentrop erreicht; die britische Regierung hat sie amtlich nicht aufgegriffen*.

Hitlers Verhandlungsvorschläge vom 30. August 1939

Hitler hatte in seiner Antwortnote an die britische Regierung angekündigt, die deutsche Regierung werde „Vorschläge einer für sie akzeptablen Lösung sofort ausarbeiten und diese, wenn möglich, bis zur Ankunft des polnischen Unterhändlers auch der britischen Regierung zur Verfügung stellen" (ADAP VII Dok. 421).

Als Dahlerus am 30. August vormittags mit einem deutschen Flugzeug in London eintraf, konnte er dem Premier-

*** Dahlems schrieb in seinem in Schweden im Juli 1945 erschienenen Buch, er habe aus dem Zimmer Cadogans im Foreign Office Göring am 30. August 1939 vormittags angerufen und ihm den Vorschlag gemacht, „daß die Verhandlungen an einen anderen Platz als Berlin verlegt werden sollten" (Dahlerus S. 104). In einer amtlichen „Aufzeichnung des Foreign Office über die Telefongespräche zwischen Birger Dahlerus und General Göring" zwischen 12 Uhr 30 bis 15 Uhr des 30. August 1939 heißt es u.a. ausdrücklich:**

> **„Herr Dahlerus warf die Frage eines neutralen Begegnungsortes nicht auf, weil er glaubte, daß der Vorschlag, den Plan durch Herrn Lipski zu übermitteln, besser wäre" (Freund III Dok. 132).**

Im Gegensatz dazu sagte Dahlerus vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg am 19. März 1946 unter Eid aus:

> **„Ich telefonierte mit Berlin, ließ mich mit Göring verbinden, um ihn zu überreden, eine Zusammenkunft von Delegierten außerhalb Deutschlands zu arrangieren" (IMT IX S. 520).**

Das war keine zutreffende Aussage; der Vorschlag einer Zusammenkunft auf neutralem Boden ist zweifellos in Berlin nicht vorgetragen worden.

minister Chamberlain und Außenminister Halifax bereits mitteilen, was Göring ihm darüber gesagt hatte:

„Er erzählte streng vertraulich, daß Hitler beschäftigt sei, ein großzügiges Angebot' an Polen auszuarbeiten. Er hatte hiermit bereits im Laufe des Tages begonnen, und deshalb sei es um so bedauerlicher, daß Hitler und Henderson am Abend in einen Wortwechsel geraten wären. Göring äußerte indessen die Hoffnung, daß Hitler seinen Plan weiterverfolgen und sein Anerbieten bereits frühzeitig am nächsten Morgen fertigstellen und offen darlegen würde. Göring war allerdings nicht berechtigt, mir den Inhalt des Plans mitzuteilen, aber in seinem Bemühen, den Wunsch der deutschen Regierung, zu einer Regelung zu gelangen, deutlich zu machen, wollte er mich in großen Zügen über den Hauptinhalt des Planes doch unterrichten.

1. Deutschland hielt - wie bereits in meinem früheren Gespräch mit Hitler erwähnt - fest an seinen Ansprüchen auf Danzig.

2. Um eine gerechte und endgültige Lösung der Frage eines Korridors zu erreichen, würde Hitler vermutlich vorschlagen, daß in den in Rede stehenden Gebieten eine Volksabstimmung stattfinden solle. Diese Abstimmung solle auf Bestimmungen ungefähr der gleichen Art wie im Fall der Saar beruhen und die Gebiete umfassen, in denen sich eine gemischt deutsch-polnische Bevölkerung befinde. Führe die Volksabstimmung dazu, daß Polen das Gebiet zufalle, dann solle Deutschland eine Verkehrszone - einen ‚Korridor durch den Korridor' - mit einer breiten Autobahn und einer viergleisigen Eisenbahnlinie erhalten. Diese Linie solle so ausgebaut werden, daß sie Polens Verkehrslinien nicht störe. Wenn dagegen die Volksabstimmung zugunsten Deutschlands ausfiele, solle Polen entsprechende Verkehrsverbindungen erhalten. Der Vertrag solle von 5 Großmächten garantiert werden.

Auf meine Frage, um welches Gebiet es sich handle, antwortete Göring, daß dies noch Gegenstand eingehenden Studiums sei, er aber auf der Basis der Diskussionen, die bereits stattgefunden hätten, das fragliche Gebiet auf eine Karte skizzieren könne. Er riß die Seite aus einem Atlas heraus und zeichnete das Gebiet in Grün ein. Mit Rot kennzeichnete er das Gebiet, das als rein polnisch betrachtet werden konnte" (Dahlems S. 97 f.).

Dahlerus berichtet in seinen Erinnerungen, daß das endgültige deutsche Dokument mit den 16 Punkten, an denen

Hitler in Erwartung eines polnischen Unterhändlers weiter arbeitete, gemäßigter gewesen sei als Görings Vorschläge:

Nach diesem Dokument sollte nämlich die Grenze von der Ostsee über die Linie Marienwerder-Graudenz-Kulm-Bromberg nach Schönlanke gehen. Ich habe diese Linie auf der Karte eingezeichnet, um deutlich zu machen, wie Hitler bei Abfassung der endgültigen Note an Polen die zuerst beabsichtigte Forderung sehr beträchtlich herabgesetzt hatte. Das in seiner Art Interessanteste des Vorschlags geht jedoch nicht aus der Karte hervor. Damit meine ich den Gedanken an einen Korridor durch den Korridor mit leistungsfähigen Verkehrswegen verschiedener Planung, eine Idee, die also auch von Hitler akzeptiert wurde, auf die aber sicherlich viel gescheite Leute vor ihm gekommen waren, und zwar als die einzige Möglichkeit, die Gegensätze zwischen Deutschland und Polen in dieser außerordentlich diffizilen Frage auszugleichen" (Dahlems S. 98).

Bekanntlich hatte der italienische Hohe Kommissar, Graf Gravina, bereits 1932 einen ähnlichen Vorschlag gemacht, wenn auch nicht so günstig für Polen, wie Hitler ihn in seinen 16 Punkten vom 30. August 1939 anbot (vgl. Seite 264f.).

Die von Dahlerus erwähnte Karte wurde in London „mit großem Interesse studiert" (Dahlerus S. 103).

Dahlerus berichtet, daß Chamberlain und Halifax, als er ihnen Hitlers Vorschläge erläuterte, den Verdacht äußerten,

„daß dies eine Finte sei, um Zeit zu gewinnen, oder daß Göring getäuscht worden sei oder mich zu täuschen suche. Ich hielt die Frage für so wichtig, daß ich vorschlug, ich wolle Göring sofort anrufen, um von ihm eine Bestätigung zu erhalten und zu erfahren, ob die Note wirklich in der Ausarbeitung sei und was sie enthalte. Ich rief also von Cadogans Zimmer und in seiner Gegenwart an und bekam nach einiger Schwierigkeit mit Göring Verbindung. Er versicherte sofort, daß die Note fertig sei und in der Tat Polen günstigere Bedingungen böte, als er mir in der Nacht erzählt habe" (Dahlerus S.102f.).

Auch Freund hat erkannt, daß der Vorschlag, den Ribbentrop in der Mitternachtsstunde des 30. August dem briti-

schen Botschafter vorlesen sollte, gemäßigter gewesen sei als das, was Göring vertraulich mitgeteilt hatte.

Der Umstand allerdings, daß die britische Regierung bereits durch Dahlerus im voraus über Hitlers noch in Arbeit befindliche Vorschläge unterrichtet war, und sich eingehend mit ihnen beschäftigt hatte (vgl. S. 476), wirft ein bezeichnendes Licht auf die späteren Londoner Behauptungen, diese Vorschläge seien dem britischen Botschafter in der ersten Morgenstunde des 31. August 1939 „zu schnell" vorgelesen worden, so daß „Sir Nevile Henderson sie nicht habe verstehen und demzufolge auch nicht habe übermitteln können" (IMT XVII S. 615).

Dahlerus wurde inzwischen in London „in keiner Weise darüber im unklaren" gelassen, „daß England den Polen schwerlich zureden werde, Verhandlungen in Berlin zu führen". Dem entsprach die telegrafische Weisung, die Henderson am Abend des 30. August aus London erhielt:

„1. Wir nehmen an, daß die deutsche Regierung darauf beharrt, daß ein polnischer Unterhändler mit Vollmachten zur Entgegennahme der deutschen Vorschläge nach Berlin kommen muß.

2. Wir können der polnischen Regierung nicht raten, auf dieses Verfahren, das völlig unverständlich ist, einzugehen.

3. Könnten Sie der deutschen Regierung nicht nahelegen, sie möge, wenn ihre Vorschläge bereit sind, das normale Verfahren anwenden und den polnischen Botschafter einladen, vorzusprechen, um ihm die Vorschläge zur Weiterleitung nach Warschau zu übergeben und um Anregungen über die Führung der Verhandlungen zu ersuchen.

4. Die deutsche Regierung hatte die Freundlichkeit, zu versprechen, daß sie ihre Vorschläge auch der Regierung Seiner Majestät mitteilen werde. Wenn diese findet, daß sie eine verständige Grundlage bieten, kann man darauf zählen, daß sie in Warschau ihr Bestes tun wird, um die Verhandlungen zu erleichtern" (Freund III Dok. 133).

Nachdem Halifax am 28. August 1939 auf Hitlers Verständigungsversuch vom 25. August als „nächsten logischen

Schritt direkte Verhandlungen" zwischen Berlin und Warschau empfohlen (vgl. S. 461) und fast zugleich Polen die Generalmobilmachung angeraten hatte, ist die Bemerkung, die Forderung der deutschen Regierung nach Entsendung eines Unterhändlers sei „völlig unverständlich", wenig überzeugend. Zu der Erklärung, die deutsche Regierung solle ihre Vorschläge über Lipski in Warschau einreichen, und um „Anregungen über die Führung von Verhandlungen" ersuchen, weist Ribbentrop (S. 194) darauf hin, daß

„doch die Reichsregierung seit dem 28. August bereits im Besitze eines britisch-polnischen Versprechens sofortiger Verhandlungsbereitschaft war und diese mit einem konkreten Terminvorschlag beantwortet hatte!"

Trotz dieser britischen Zusage sollte sich am nächsten Tag, dem 31. August 1939, noch herausstellen, daß Lipski „nicht ermächtigt würde", die deutschen Vorschläge anzunehmen, wie Beck dem englischen Botschafter Kennard in Warschau mitteilte (Freund III Dok. 153). Ein polnischer Unterhändler erschien niemals in Berlin.

Kurz nach seinem Telegramm an Henderson telegrafierte Habfax um 19 Uhr des 30. August an Kennard nach Warschau. Erst jetzt wurde der Botschafter ermächtigt, den Text der deutschen Antwort vom 29. August der polnischen Regierung offiziell mitzuteilen. Dieser Auftrag wurde von ihm aber nicht vor Mitternacht des 30. auf den 31. August ausgeführt (Freund III Dok. 137). Demnach wurde Beck die Einladung eines polnischen Bevollmächtigten nach Berlin offiziell erst bekannt, nachdem die für die deutsch-polnischen Verhandlungen bereitgestellten 24 Stunden abgelaufen waren. Die britische Regierung verfolgte damit weiter ihre „hinhaltende Taktik" (Ribbentrop S. 194). Sie empfahl Warschau Verhandlungen mit Berlin auch nur „im Hinblick auf die innere Lage" Deutschlands und auf die „öffentliche Meinung der Welt" (Freund III Dok. 137).

Das Mitternachtsgespräch Ribbentrop-Henderson am 31. August 1939

Das war die Lage, als Henderson endlich um Mitternacht des 30. auf den 31. August 1939 beim Reichsaußenminister in der Wilhelmstraße erschien, nachdem er sich mit ihm „auf 23 Uhr verabredet" hatte. Ribbentrop schreibt über diese Unterredung, sie sei von seiner Seite aus „kühl" und von Henderson „unhöflich" geführt worden (vgl. Ribbentrop S. 194 u. 197). Zu diesem Zeitpunkt kannte Henderson bereits die Hauptpunkte der neuen deutschen Vorschläge an Polen, die Dahlems auf Bitten Görings der britischen Regierung ausführlich zur Kenntnis gebracht hatte. Dahlems berichtet, daß er sich nach seiner Unterredung mit Göring am 30. August um 2 Uhr morgens noch vor seinem Abflug nach London „direkt" in die englische Botschaft zu Forbes begab, um ihm das „Ergebnis" seines Gesprächs mit Göring mitzuteilen (Dahlems S. 99).

Henderson übergab Ribbentrop eine britische Note, die in englischer Sprache abgefaßt war und erklärte als Wichtigstes, daß ein polnischer Bevollmächtigter in Berlin nicht zu erwarten sei. In den neun Punkten wurde zunächst darauf hingewiesen:

„Die britische Regierung hat zur Kenntnis genommen, daß die deutsche Regierung den britischen Vorschlag annimmt und bereit ist, in direkte Besprechungen mit der polnischen Regierung einzutreten, ... ‚daß die deutsche Regierung im Prinzip die Frage einer internationalen Garantie für jedwede Regelung annimmt', daß Deutschland die englische Haltung zugunsten der ‚vitalen Interessen Polens und seiner Unabhängigkeit anerkennt'" (ADAP VII Dok. 461, Anlage Punkt 4).

Die britische Regierung machte einen ausdrücklichen Vorbehalt in bezug auf „besondere Forderungen" Deutschlands, die „während der Diskussionen ausführlich geprüft werden". - Nach Freund soll dieser Satz erst durch ein „Telegramm

um 21.05 Uhr auf Anregung des französischen Botschafters hinzugefügt" worden sein (Freund III S. 353).

Im Punkt 7 ihres Memorandums erklärt die britische Regierung im Sinne ihrer an Henderson bereits erteilten Instruktion, die im Widerspruch zu den persönlichen Ansichten des Botschafters stand:

„Selbstverständlich müsse mit aller Dringlichkeit die Art und Weise eines Kontaktes und die Vorbereitungen zu Besprechungen zwischen der deutschen und polnischen Regierung festgelegt werden, aber nach Ansicht der britischen Regierimg sei es unausführbar (impracticable), den Kontakt schon heute herzustellen (so early as to-day)" (ADAP VII Dok. 461, Anlage).

In den frühen Morgenstunden desselben Tages hatte Halifax bekanntlich der Reichsregierung übermitteln lassen, daß es „unvernünftig" (unreasonable) sei, heute schon einen polnischen Bevollmächtigten in Berlin zu erwarten. Jetzt heißt es in der Mitternachtsnote, es sei „undurchführbar"! Allerdings war das zu diesem Zeitpunkt eine unleugbare Tatsache, weil der mit „heute" bezeichnete Tag durch die britische Verfahrensweise bereits verstrichen war. Im Gegensatz zu ihrer Note vom 28. August wünschte jetzt die britische Regierung auch keineswegs eine deutsch-polnische Diskussion über den Streit selbst, sondern nur über die „Art der Fühlungnahme und die Vorbereitungen für Besprechungen" (method of contact and arrangements for discussions). Während Deutschland noch an seiner nach London gegebenen Zusage festhielt, verwarf die britische Regierung ihre eigenen Bedingungen, die sie zwei Tage zuvor in Berlin gestellt hatte.

Seinen Instruktionen entsprechend teilte Henderson nach der Überreichung der britischen Note dem deutschen Außenminister mit, daß „Berichte im Umlauf seien, nach denen die Deutschen in Polen Sabotageakte verübten, die die schärfsten Gegenmaßnahmen seitens der polnischen Regierung rechtfertigen würden". Ribbentrop wies diese Bemerkung als polnische Propaganda zurück, die bei der „britischen Regierung

ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben scheine" (Freund III Dok. 135 a). Die zweite Weisung Hendersons bezog sich auf die deutsche Einladung eines bevollmächtigten Vertreters Polens für den 30.August in Berlin. Der Botschafter erklärte dazu im Auftrag seiner Regierung:

„Die britische Regierung sei nicht in der Lage, der polnischen Regierung zu empfehlen, auf dieses Verhandlungsverfahren einzugehen. Sie schlage der deutschen Regierung vor, auf normalem diplomatischem Wege, d.h. durch Überreichung ihrer Vorschläge an den polnischen Botschafter, die Dinge ins Rollen zu bringen, um den polnischen Botschafter in die Lage zu versetzen, im Einvernehmen mit seiner Regierung die Vorbereitungen für direkte deutsch-polnische Verhandlungen zu treffen. Wenn die deutsche Regierung diese Vorschläge auch der britischen Regierung zuleiten würde und diese der Ansicht wäre, daß die Vorschläge eine vernünftige Grundlage für eine Regelung der zur Erörterung stehenden Probleme bilden, so würde sie ihren Einfluß im Sinne einer Lösung in Warschau zur Geltung bringen. Henderson fragte unter Hinweis auf den letzten Absatz der deutschen Antwort zum Vortage, ob die deutschen Vorschläge bereits ausgearbeitet seien und ob ihm diese Vorschläge übergeben werden könnten" (Freund III Dok. 135 a).

Was den Einfluß Londons auf Warschau betraf, so führte Ribbentrop in seiner Erwiderung aus, daß

„1. die britische Vermittlung bisher nur ein klares Ergebnis gezeitigt hätte, nämlich die polnische Generalmobilmachung.

2. Man habe deutscherseits mit dem Erscheinen eines polnischen Vertreters am heutigen Tage gerechnet. Es sei dies nicht, wie der britische Botschafter irrtümlich angenommen habe, ein Ultimatum gewesen, sondern, wie der Führer bereits am Vortage auseinandergesetzt habe, es sei ein von den Zeitumständen diktierter praktischer Vorschlag gewesen. Bis Mitternacht habe man auf deutscher Seite nichts von den Polen gehört. Die Frage eines eventuellen Vorschlags sei daher nicht länger aktuell. Um aber zu zeigen, was Deutschland vorzuschlagen beabsichtigt hatte, wenn der polnische Vertreter gekommen wäre, verlas der Reichsaußenminister die in der Anlage beigefügten deutschen Vorschläge und erläuterte sie im einzelnen.

Henderson erwiderte, die Erklärung des Reichsaußenministers, daß infolge des Nichterscheinens des polnischen Vertreters bis Mittwochmitternacht die ursprünglich beabsichtigten deutschen Vorschläge nicht mehr aktuell wären, scheine seine Auslegung des Vorschlags als Ultimatum zu bestätigen.

Der Reichsaußenminister trat dieser Auffassung erneut energisch entgegen und wies auf die am Vortage vom Führer abgegebene Erklärung hin, daß die Eile durch die Tatsache bedingt sei, daß sich zwei mobilisierte Armeen in Schußweite gegenüberständen und in jeder Minute ein Zwischenfall ernste Konflikte auslösen könne.

Zum Schluß schlug Henderson vor, der Reichsaußenminister möge den polnischen Botschafter herbeirufen und ihm die deutschen Vorschläge übergeben.

Der Reichsaußenminister lehnte dieses Verfahren für seine Person ab und beendete die Unterredung, indem er dem Führer sämtliche Entscheidungen vorbehielt" (Freund III Dok. 135 a).

Ribbentrop hatte also die 16 Punkte der deutschen Verhandlungsvorschläge Henderson eingehend zur Kenntnis gebracht und Erläuterungen hinzugefügt.

Diese Punkte, an denen Hitler noch bis zum letzten Augenblick gearbeitet hatte, sind inzwischen ein historisches Dokument geworden. In den ADAP (VII Dok. 458) sind sie in folgendem Wortlaut veröffentlicht:

Vorschlag für eine Regelung des Danzig-Korridorproblems sowie der deutsch-polnischen Minderheitenfrage

Die Lage zwischen dem Deutschen Reich und Polen ist zur Zeit so, daß jeder weitere Zwischenfall zu einer Entladung der beiderseits in Stellung gegangenen militärischen Streitkräfte führen kann. Jede friedliche Lösung muß so beschaffen sein, daß sich nicht bei nächster Gelegenheit die diesen Zustand ursächlich bedingenden Ereignisse wiederholen können und dadurch nicht nur der Osten Europas, sondern auch andere Gebiete in die gleiche Spannung versetzt werden.

Die Ursachen dieser Entwicklung liegen

1. in der unmöglichen Grenzziehung, wie sie durch das Versailler Diktat vorgenommen wurde,

2. in der unmöglichen Behandlung der Minderheit in den abgetrennten Gebieten.

Die Deutsche Reichsregierung geht daher bei diesen Vorschlägen von dem Gedanken aus, eine endgültige Lösung zu finden, die die unmögliche Situation der Grenzziehung beseitigt, beiden Teilen ihre lebenswichtigen Verbindungsstraßen sichert, das Minderheitenproblem - soweit irgend möglich - beseitigt, und soweit dies nicht möglich ist, das Schicksal der Minderheiten durch eine sichere Garantie ihrer Rechte erträglich gestaltet.

Die Deutsche Reichsregierung ist überzeugt, daß es dabei unerläßlich ist, wirtschaftliche und physische Schädigungen, die seit dem Jahr 1918 stattgefunden haben, aufzudecken und im vollen Umfange wieder gutzumachen. Sie sieht selbstverständlich diese Verpflichtung als eine für beide Teile bindende an.

Aus diesen Erwägungen ergeben sich folgende praktische Vorschläge:

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt auf Grund ihres rein deutschen Charakters sowie des einmütigen Willens ihrer Bevölkerung sofort in das Deutsche Reich zurück.

2. Das Gebiet des sogenannten Korridors, das von der Ostsee bis zu der Linie Marienwerder-Graudenz-Kulm-Bromberg (diese Städte einschließlich) und dann etwa westlich nach Schönlanke reicht, wird über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen selbst entscheiden.

3. Zu diesem Zweck wird dieses Gebiet eine Abstimmung vornehmen. Abstimmungsberechtigt sind alle Deutschen, die am 1. Januar 1918 in diesem Gebiete wohnhaft waren oder bis zu diesem Tage dort geboren wurden und desgleichen alle an diesem Tage in diesem Gebiet wohnhaft gewesenen oder bis zu diesem Tage dort geborenen Polen, Kaschuben usw. Die aus diesem Gebiet vertriebenen Deutschen kehren zur Erfüllung ihrer Abstimmung zurück. Zur Sicherung einer objektiven Abstimmung sowie zur Gewährleistung der dafür notwendigen umfangreichen Vorarbeiten wird dieses erwähnte Gebiet ähnlich dem Saargebiet einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt, die von den vier Großmächten Italien, Sowjet-Union, Frankreich, England gebildet wird. Diese Kommission übt alle Hoheitsrechte in diesem Gebiet aus. Zu dem Zweck ist dieses Gebiet in einer zu vereinbarenden kürzesten Frist von den polnischen Militärs, der polnischen Polizei und den polnischen Behörden zu räumen.

4. Von diesem Gebiet bleibt ausgenommen der polnische Hafen Gdingen, der grundsätzlich polnisches Hoheitsgebiet ist, insoweit er sich territorial auf die polnische Siedlung beschränkt. Die näheren Grenzen dieser polnischen Hafenstadt wären zwischen Deutschland und Polen festzulegen und nötigenfalls durch ein internationales Schiedsgericht festzusetzen.

5. Um die notwendige Zeit für die erforderlichen umfangreichen Arbeiten zur Durchführung einer gerechten Abstimmung sicherzustellen, wird diese Abstimmung nicht vor Ablauf von 12 Monaten stattfinden.

6. Um während dieser Zeit Deutschland seine Verbindung mit Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere unbeschränkt zu garantieren, werden Straßen und Eisenbahnen festgelegt, die einen freien Transitverkehr ermöglichen. Hierbei dürfen nur jene Abgaben erhoben werden, die für die Erhaltung der Verkehrswege bzw. für die Durchführung der Transporte erforderlich sind.

7. Über die Zugehörigkeit des Gebietes entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

8. Um nach erfolgter Abstimmung - ganz gleich, wie diese ausgehen möge - die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschlands mit seiner Provinz Danzig-Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone, etwa in Richtung von Bütow-Danzig bzw. Dirschau gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Eisenbahnlinie. Der Bau der Straße und der Eisenbahn wird so durchgeführt, daß die polnischen Kommunikationswege dadurch nicht berührt, d.h. entweder über- oder unterfahren werden. Die Breite dieser Zone wird auf 1 km festgesetzt und ist deutsches Hoheitsgebiet.

Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso exterritorialen Straßen- bzw. Bahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würden.

9. Im Falle des Zurückfallens des Korridors an das Deutsche Reich erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungsaustausch mit Polen in dem Ausmaß vorzunehmen, als der Korridor hierfür geeignet ist.

10. Die etwa von Polen gewünschten Sonderrechte im Hafen von Danzig würden paritätisch ausgehandelt werden mit gleichen Rechten Deutschlands im Hafen von Gdingen.

11. Um in diesem Gebiet jedes Gefühl einer Bedrohung auf beiden Seiten zu beseitigen, würden Danzig und Gdingen den Charakter reiner Handelsstädte erhalten, d.h. ohne militärische Anlagen und militärische Befestigungen.

12. Die Halbinsel Hela, die entsprechend der Abstimmung entweder zu Polen oder zu Deutschland käme, würde in jedem Fall ebenfalls zu demilitarisieren sein.

13. Da die Deutsche Reichsregierung heftigste Beschwerden gegen die polnische Minderheitenbehandlung vorzubringen hat, die Polnische Regierung ihrerseits glaubt, auch Beschwerden gegen Deutschland vorbringen zu müssen, erklären sich beide Parteien damit einverstanden, daß diese Beschwerden einer international zusammengesetzten Untersuchungskommission unterbreitet werden, die die Aufgabe hat, alle Beschwerden über wirtschaftliche und physische Schädigungen sowie sonstige terroristische Akte zu untersuchen. Deutschland und Polen verpflichten sich, alle seit dem Jahre 1918 etwa vorgekommenen wirtschaftlichen und sonstigen Schädigungen der beiderseitigen Minoritäten wieder gutzumachen bzw. alle Enteignungen aufzuheben oder für diese und sonstige Eingriffe in das wirtschaftliche Leben eine vollständige Entschädigung den Betroffenen zu leisten.

14. Um den in Polen verbleibenden Deutschen sowie den in Deutschland verbleibenden Polen das Gefühl der internationalen Rechtlosigkeit zu nehmen und ihnen vor allem die Sicherheit zu gewähren, nicht zu Handlungen bzw. zu Diensten herangezogen werden zu können, die mit ihrem nationalen Gefühl unvereinbar sind, kommen Deutschland und Polen überein, die Rechte der beiderseitigen Minderheiten durch umfassendste und bindende Vereinbarungen zu sichern, um diesen Minderheiten die Erhaltung, freie Entwicklung und Betätigung ihres Volkstums zu gewährleisten, ihnen insbesondere zu diesem Zweck die von ihnen für erforderlich gehaltene Organisierung zu gestatten. Beide Teile verpflichten sich, die Angehörigen der Minderheit nicht zum Wehrdienst heranzuziehen.

15. Im Falle einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vorschläge erklären sich Deutschland und Polen bereit, die sofortige Demobilmachung ihrer Streitkräfte anzuordnen und durchzuführen.

16. Die zur Beschleunigung der obigen Abmachungen erforderlichen weiteren Maßnahmen werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart.

Legenden um das Ribbentrop-Henderson-Mitternachtsgespräch

Ribbentrop verlas die deutschen Vorschläge, die Henderson und der britischen Regierung in den meisten Punkten durch Dahlerus bereits bekannt waren und erläuterte sie mündlich. Die ihm dabei zur Verfügung stehende schriftliche Unterlage allerdings übergab er weisungsgemäß dem britischen Botschafter nicht. An diesen Umstand wurde bereits wenige Tage später eine Propagandalegende geknüpft. In seiner Unterhausrede vom 1. September 1939 behauptete Ministerpräsident Chamberlain den Tatsachen zuwider, die Verlesung der deutschen 16 Punkte sei durch den Reichsaußenminister „at top speed", das heißt „in Höchstgeschwindigkeit", erfolgt.

Die britische Regierung verbreitete 1939 Chamberlains unwahre Darstellung mit der Behauptung, die Reichsregierung habe ihre eigenen Vorschläge nicht ernst gemeint, und trage deshalb selbst die Schuld am Nichtzustandekommen direkter Verhandlungen mit Warschau. Auch während des Nürnberger Prozesses ist diese These mit dem Zusatz, Henderson habe die Vorschläge beim Vorlesen nicht verstanden und sie deshalb auch nicht nach London weitergeben können, vorgetragen worden, um Ribbentrop einer „Verschwörung gegen den Frieden" zu bezichtigen (vgl. S.478).

Die Legende um das Mitternachtsgespräch war um so unsinniger, als sowohl Botschafter Henderson wie Chamberlain und Halifax die deutschen Vorschläge bereits in ihrem Entstehungsstadium erhalten hatten. Das allerdings wußte Ribbentrop nicht. Außerdem waren die deutschen 16 Punkte ebenfalls durch Dahlerus kurz nach dem Ribbentrop-Henderson-Gespräch in der endgültigen Fassung der britischen Botschaft in Berlin schriftlich zugestellt worden. Schließlich wurden sie am 31. August 1939 um 21 Uhr

der Weltöffentlichkeit über den Rundfunk bekanntgegeben.

In den britischen Aktenpublikationen wurde Chamberlains Darstellung mit dem zweiten Bericht begründet, den Henderson am 31. August morgens 5 Uhr 15 aus Berlin absandte und der um 9.30 Uhr in London eintraf (Freund III Dok. 135 c). Im Punkt 2 dieses Berichtes behauptete Henderson, der Reichsaußenminister habe ihm ein längeres Dokument „in deutscher Sprache laut mit höchster Geschwindigkeit" vorgelesen; er selbst aber habe nicht versucht, „ganz intensiv den 16 oder mehr Artikeln zu folgen", weil er sich vorstellte, man werde ihm das Schriftstück „am Ende aushändigen". Im gleichen Bericht gab Henderson allerdings seiner Regierung die Hauptpunkte der deutschen Vorschläge korrekt und ausführlich wieder, nachdem er bereits drei Stunden vorher - nachts um zwei Uhr - den polnischen Botschafter Lipski eingehend über ihren Inhalt unterrichtet hatte. Er konnte dies tun, weil er nicht nur Ribbentrops mündliche Mitteilungen verstanden, sondern weil er auch durch Dahlems die Hauptpunkte seit 24 Stunden kannte.

Obwohl Henderson keinen Anlaß hatte, sich über mangelnde Informierung zu beklagen, schmückte er in seinem während des Krieges in England erschienenen Erinnerungsbuch, das im Nürnberger Prozeßverfahren eine Dokumenten-Nummer erhielt und als Beweismittel galt, den Ablauf seiner Unterredung mit dem Reichsaußenminister vom 31. August 1939 noch weiter aus. Ribbentrop setzte sich in Nürnberg mit dieser Darstellung scharf auseinander und schrieb dazu:

„Überraschend ist die Kühnheit, mit der Henderson behauptet, er habe die Vorschläge des Führers vom 30. August 1939, als ich sie in elfter Stunde vorlas, nicht verstanden. Heute steht fest, daß diese Vorschläge schon zwei Stunden nach unserer Unterredung in ihren Kernpunkten richtig nach London telegrafiert

worden sind und daß sie spätestens am Morgen des 31. August auch in Warschau vorlagen" (Ribbentrop S. 287).

Henderson vertritt in seinen Erinnerungen als Hauptthese, Ribbentrop habe Hitler gesagt, „daß England für Polen nicht marschieren werde". Dieser „verhängnisvolle Rat" bildete in Nürnberg einen „der Grundpfeiler für die These der deutschen Kriegsschuld". Aber während des Prozesses ist das Gegenteil der Hendersonschen Behauptung zutage getreten und Ribbentrop schreibt dazu,

„daß die Nürnberger Anklage die über alle Welt verbreitete These Hendersons über meine angebliche Falschberatung Hitlers fallen gelassen hat und nun im sogenannten ‚Trialbrief' umgekehrt behauptet, ich hätte gewußt, England werde kämpfen und hätte trotzdem nichts zur Beilegung der Krise im August 1939 getan - was wiederum längst dokumentarisch widerlegt ist" (Ribbentrop S. 284).

In diesem Zusammenhang verweist Ribbentrop auf seinen Bericht vom 2. Januar 1938, auf das Anhalten der deutschen Armee vom 25. August 1939 und auf seine Versuche, „Henderson an diesem Tage im Sinne eines Einlenkens seiner Regierung zu beeinflussen" (vgl. S. 120ff., 451, 456).

Ribbentrop hält Henderson menschlich zugute, daß er in seinem Buch selbst zugibt, „voreingenommen" gewesen zu sein und daß er bereits 1939 „ein schwerkranker Mann war" (Henderson war schon damals an Krebs operiert und starb 1942 in London). Nach Ribbentrops Ansicht fühlte sich Henderson, „seinem ganzen Charakter nach als Werkzeug der klassischen englischen Politik und war bereit, aus welchem Grunde auch immer, jede Unwahrheit persönlich auf sich zu nehmen, wenn er glaubte, seinem Lande damit dienen zu können". Ribbentrop hielt eine solche Haltung vielleicht vom „Standpunkt der englischen Kriegspropaganda aus für logisch und verständlich", erachtete es aber als „traurig", wenn Deutsche die britische These unterstützten (Ribbentrop S. 288 und 285).

In Nürnberg erklärte der Dolmetscher Dr. Paul Schmidt, daß Ribbentrop die Vorschläge zur Regelung des polnischen Streitfalles Henderson auf deutsch vorgelesen habe, „ohne sich jedoch, wie dies vielfach später behauptet worden ist, besonders dabei zu beeilen. Im Gegenteil, er gab zu einigen Punkten noch Erläuterungen" (Schmidt S. 459). Am 28. März 1946 sagte er als Zeuge weiter aus, er sei „ziemlich" überrascht gewesen, als Ribbentrop auf die zweimalige Frage Hendersons, ob er das „soeben" verlesene Dokument erhalten könne, mit „Nein" geantwortet habe (IMT X S. 226). Kurz darauf erklärte er auf die Suggestivfrage des britischen Anklagevertreters Maxwell-Fyfe, er sei „sehr" überrascht gewesen, als Ribbentrop „sich weigerte, dieses entscheidende Dokument dem britischen Botschafter auszuhändigen" (IMT X S. 241). In seinen Erinnerungen steigert sich Schmidt sogar zu der Behauptung, daß Hitlers „Völkerbundsvorschlag" - wie er die deutschen 16 Punkte ironisch bezeichnet — nur zum Scheine erfolgt sei und „in Wirklichkeit gar nicht zur Auswirkung kommen sollte"; durch die Verweigerung der Übergabe an Henderson habe man offenbar verhindern wollen, „daß die englische Regierung ihn an die Polen weitergab, die womöglich darauf eingegangen wären!" (Schmidt S. 456 und 459).

Henderson erwähnt in seinen beiden amtlichen Berichten vom 31. August 1939 (Freund III Dok. 135 b und c) nichts davon, daß er nach dem Verlesen nochmals um Aushändigung des Dokumentes gebeten habe. Auch in seinen Erinnerungen gibt er lediglich an, Ribbentrop nach Beendigung gefragt zu haben, „ob er die Vorschläge noch einmal für sich selbst durchlesen könnte" (Henderson S. 271, vgl. Kordt I S. 211).

Außer der Tatsache, daß die Hauptstellen der deutschen 16 Punkte der britischen Regierung bereits bekannt, Henderson nicht mehr neu und auch der deutschen Botschaft in

London übermittelt worden waren*, stimmen die sich untereinander widersprechenden Darstellungen von Henderson und Schmidt auch nicht mit dem amtlichen deutschen Protokoll überein, das der Dolmetscher am 31. August 1939 dem Außenminister vorlegte (ADAP VII Dok. 461). Aus diesem Protokoll geht hervor, daß Henderson wohl eingangs des Gesprächs fragte, „ob die deutschen Vorschläge bereits ausgearbeitet seien" und ihm „übergeben werden könnten" (vgl. S. 482). Aber es geht weiter daraus hervor, daß Henderson nach dem Vorlesen nicht noch einmal um die Aushändigung des Dokumentes gebeten hat. Halifax hatte ihm diesen Auftrag auch nicht erteilt, sondern lediglich eine britische Prüfung der deutschen Vorschläge und eine eventuelle Befürwortung in Warschau in Aussicht gestellt, da „die deutsche Regierung die Freundlichkeit hatte zu versprechen, daß sie ihre Vorschläge auch der Regierung Seiner Majestät mitteilen werde". Da dieses aber durch Ribbentrop geschehen war, kam Henderson nicht nochmals auf seinen Wunsch zurück, sondern schlug gemäß Punkt 3 seiner Weisung vor, die Reichsregierung möge „den polnischen Botschafter einladen vorzusprechen, um ihm die Vorschläge zur Weiterleitung nach Warschau zu übergeben" (vgl. S. 483 und 478).

Taylor nennt die Hauptpunkte der Vorschläge die „Rückkehr von Danzig" und das „Plebiszit im Korridor — genau die Bedingungen, die die britische und französische Regierung selbst lange Zeit unterstützt hatten" (S. 273f.). Er schreibt dazu:

*** Schmidt selbst hatte die deutschen 16 Punkte am 30. August 1939 21 Uhr 15 und am 31. August um 0 Uhr 40 - also vor und vermutlich direkt nach dem Mitternachtsgespräch — „in zwei Teilen nach London" telegrafiert und dazu vermerkt „Geheim", „Für Geschäftsträger persönlich", während gleichlautende Telegramme nach Rom und Moskau erst im Laufe des 31. August abgesandt wurden (ADAP VII Dok. 458 Anm.).**

„Da kein polnischer Bevollmächtigter kam, hatten die Deutschen Schwierigkeiten, ihre Vorschläge bekanntzumachen. Henderson brachte nach Mitternacht des 30. August Ribbentrop die Nachricht, daß ein polnischer Bevollmächtigter an diesem Tage nicht käme. Ribbentrop hatte lediglich den Rohentwurf der deutschen Vorschläge, der mit Hitlers Korrekturen bekritzelt war. In diesem Zustand konnte er Henderson nicht gezeigt werden; und Ribbentrop hatte die Instruktion von Hitler erhalten, es nicht zu tun. Aus diesem Grunde las er die Vorschläge langsam vor. Später entstand eine Legende, daß er sie schnell ‚heruntergeplappert' habe mit der Absicht, Henderson mit Vorschlägen zu betrügen, die nur zum leeren Schein gemacht worden seien. Tatsächlich aber erfaßte Henderson die Hauptpunkte ganz klar und war beeindruckt. Er hielt sie im ganzen genommen für ‚nicht unvernünftig'. Nach seiner Rückkehr in die britische Botschaft ließ er Lipski um 2 Uhr morgens kommen und drängte ihn, sofort um ein Interview mit Ribbentrop nachzusuchen. Lipski kümmerte sich nicht darum und ging zurück ins Bett"(Taylor S. 274).

Hoggan beurteilt den Verlauf des Mitternachtsgespräches zwischen Ribbentrop und Henderson nicht ganz zutreffend, wenn er schreibt, Ribbentrop sei von Hitler angewiesen worden, „Henderson die Vorschläge auszuhändigen, wenn die Briten einen Hinweis gäben, daß die Polen verhandeln würden". Henderson habe zwar diesen Hinweis nicht gegeben, aber Ribbentrop habe Hitler nicht „verärgern" wollen, „indem er seine Instruktionen in diesem entscheidenden Punkt überschritt" (Hoggan S. 738).

Ribbentrop selbst schildert die Szene in „Zwischen London und Moskau" (S. 196) wie folgt:

„Mit der ausführlichen Mitteilung der deutschen Vorschläge an Henderson hatte ich meinen Auftrag nicht unbeträchtlich überschritten, denn da Henderson sich zum Besuch bei mir erst für einen Zeitpunkt angesagt hatte, an dem die von der deutschen Regierung gestellte Frist für das Eintreffen eines polnischen Unterhändlers bereits abgelaufen war, sollte ich etwaige Mitteilungen des englischen Botschafters entgegennehmen und ihm die für den polnischen Unterhändler bestimmten Vorschläge ‚kurz inhaltlich mitteilen', aber nicht übergeben."

Es handelte sich, was bei der Beurteilung des Vorganges nicht übersehen werden kann, nicht um eine für die enghsche Regierung bestimmte Erklärung - eine solche wäre schriftlich übergeben worden sondern um Vorschläge, über die nur mit Polen verhandelt werden konnte. Die britische Regierung hatte zwar vorgeschlagen, das Zustandekommen einer solchen Verhandlung zu vermitteln, aber nicht, an die Stelle eines polnischen Bevollmächtigten zu treten.

Außer dem von Taylor erwähnten technischen Gesichtspunkt mag für Hitler von Bedeutung gewesen sein, daß eine offizielle Textübergabe der für einen polnischen Unterhändler bestimmten Unterlage — noch bevor sie der angesprochenen Regierung zugegangen war — einen Vorwand dafür hätte abgeben können, von der Entsendung eines polnischen Bevollmächtigten abzusehen und den Ablauf der polnischen Generalmobilmachung durch ein „Gestrüpp hinhaltender taktischer Prozeduren" zeitlich abzusichern (Ribbentrop S. 193).

Tatsache ist jedenfalls, daß Henderson — wie Taylor und Hoggan anführen - sofort im Anschluß an sein Gespräch mit Ribbentrop sowohl seine eigene Regierung als auch den Botschafter Lipski völlig zutreffend und ausführlich über Hitlers Vorschläge unterrichtet hat. Den polnischen Botschafter hat er - im Gegensatz zur Ansicht der britischen Regierung - mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß es jetzt an Polen sei, einen ernsthaften Schritt zu unternehmen. Bekanntlich wußte Henderson, daß Hitler auch noch am 31. August einen polnischen Bevollmächtigten nicht zurückgewiesen hätte (vgl. S. 474). An Lipski erteilte Henderson um 2 Uhr morgens des 31. August in den „allerschärfsten Ausdrücken" den folgenden Rat:

„er solle sofort den Außenminister anrufen und sagen, daß er von mir gebort habe, daß detaillierte Vorschläge im einzelnen ausgearbeitet worden wären, und daß er gerne Herrn v. Ribbentrop

aufsuchen möchte mit dem Zweck, diese Vorschläge zu erfahren und sie sogleich der polnischen Regierung weiterzuleiten. Ich schlug vor, daß er dies heute nacht auf eigene Verantwortung tun sollte" (Freund III Dok. 139).

Henderson hatte damit eine Andeutung Ribbentrops aufgegriffen, der am Schluß des Mitternachtsgespräches „durchblicken ließ", daß er bereit sei, Lipski die deutschen Vorschläge „zur Mitteilung an die polnische Regierung" zu übergeben, wenn der polnische Botschafter „bei ihm um ein Gespräch nachsuchen würde" (Freund III Dok. 135 c). Henderson drängte Lipski, sofort nach Warschau zu telefonieren und im Falle einer „bejahenden Antwort" sollte er

„seinen Schritt bei der deutschen Regierung zu jeglicher Stunde in dieser Nacht unternehmen, anstatt bis zum Morgen zu warten" (Freund III Dok. 139).

Henderson sagte dem polnischen Botschafter ganz offen, er (Lipski) habe

„vier Monate lang den Mund nicht aufgetan, und das würde ihm vorgeworfen, wenn Krieg käme. Es könnte sogar dafür von Bedeutung sein, ob sich Italien diesem Kriege anschließen werde, wenn Polen keinen Versuch gemacht habe, ihn zu vermeiden. Selbst wenn die Vorschläge derart wären, daß Polen sie nicht annehmen könne und selbst wenn sein Ersuchen um eine Unterredung bei Herrn v. Ribbentrop abgewiesen werden sollte, würde es klüger sein, den Versuch zu machen und dann auf die deutsche Unversöhnlichkeit verweisen zu können" (Freund III Dok. 139).

Auch aus Hendersons Erinnerungen geht hervor, daß er die 16 Punkte richtig verstanden hatte und daß er daraufhin Lipski eine „objektive, wohlüberlegte, gemäßigte Darstellung" seiner Mitternachtsunterhaltung gegeben und die deutschen Vorschläge „im ganzen nicht für zu unvernünftig gehalten habe" (Henderson S. 273). Die Zusammenfassung der deutschen Vorschläge, die Henderson noch in der Nacht nach London telegrafierte, war präzise und zutreffend:

„Rückgabe Danzigs an Deutschland; Linie Marienwerder, Graudenz, Bromberg, Schönlanke als südliche Grenze des Korri-

dors, Plebiszit im Korridor auf Grundlage der Bevölkerung vom 1. Januar 1919, die absolute Mehrheit entscheidet; internationale Kommission aus britischen, französischen, italienischen und russischen Mitgliedern zur polizeilichen Überwachung des Korridors und Garantie für die gegenseitigen Verbindungen zwischen Danzig und Gdingen, solange das Ergebnis des Plebiszits aussteht; Gdingen soll Polen vorbehalten bleiben; Danzig soll entmilitarisiert und reine Handelsstadt werden" (Freund III Dok. 135c).

In privaten Briefen an Halifax und Cadogan, die er im Anschluß an das Mitternachtsgespräch mit Ribbentrop am 31. August 1939 schrieb, hielt Henderson mit seiner Beurteilung der deutschen 16 Punkte nicht zurück:

„Die deutschen Vorschläge bedrohen sicherlich nicht die Unabhängigkeit Polens. Das wenigstens, glaube ich, kann man sagen. Ich würde überhaupt nicht für Verhandlungen sein, wenn nicht Polen geographisch der Nachbar Deutschlands für alle Zeit bleiben müßte und wenn es nicht allzu wahrscheinlich wäre, daß es später sehr viel schlechter fahren wird, wenn es nicht den gegenwärtigen Augenblick benützt, um eine international garantierte Lösung zu erreichen. Doch fürchte ich sehr, daß, wenn Polen jetzt einen diplomatischen Sieg über Deutschland davonträgt, der einzige Erfolg nur der wäre, Deutschland noch mehr in die Arme Rußlands zu treiben..." (Documents, Vol. VII Nr. 628 und 629; zitiert nach Freund III S. 375f.).

Henderson kommt in diesen Briefen zu dem Schluß, daß Polen eine „Geste" machen müßte, sonst „müssen wir alle kämpfen". Er zeigt auch die Hintergründe der damaligen Haltung der Regierungen in London und Warschau auf, indem er den entscheidenden Hinweis gibt:

„Es ist eine schreckliche Vorstellung, daß polnischer Verhandlungswille das nationalsozialistische Regime retten kann" (Freund III S. 376).

Der Außenminister erklärte Hitler nach seinem Mitternachtsgespräch mit Henderson, seine eigene Überzeugung habe sich erneut verstärkt, daß „die englische Garantie für Polen in Kraft treten werde". Hitler lehnte auch Ribbentrops Empfehlung ab, die mündlich mitgeteilten Vorschläge an

Henderson „noch schriftlich zu übergeben", aber er ließ „im Laufe des 31. August vormittags den Text dann doch noch durch Göring-Dahlerus an den englischen Botschafter gelangen" (vgl. Ribbentrop S. 197). Das englische Blaubuch weist in Nummer 91 aus, daß die britische Regierung bereits vorher, d.h. am Morgen des 31.August um 9.30 Uhr, im Besitz des ausführlichen Henderson-Berichtes war.

Die britische Regierung konnte sich jetzt davon überzeugen, daß die endgültigen deutschen 16 Punkte gemäßigter waren, als Göring sie am Abend des 29. August 1939 Dahlems vertraulich mitgeteilt hatte.

Es ist bekannt, daß schon in der Morgenausgabe des 31. August der „Daily Telegraph" über eine nächtliche Sitzung des englischen Kabinetts berichtete, in der die deutschen Vorschläge bereits „beraten wurden". Diese Ausgabe der großen Londoner Zeitung wurde bemerkenswerterweise zurückgezogen und durch eine andere Ausgabe ersetzt, in der diese Notiz nicht enthalten war. An diese Begebenheit erinnerte der ehemalige Ministerialdirektor Hans Fritzsche während des Nürnberger Prozesses (IMT XVII S. 214).

Am Abend des 31. August ließ Hitler, „nachdem er an diesem Tage nochmals auf ein Eingreifen Englands bzw. auf das Erscheinen eines bevollmächtigten Unterhändlers gewartet hatte" (Ribbentrop S. 197), schließlich die deutschen Vorschläge um 21 Uhr über den Rundfunk veröffentlichen. Zwei Stunden später antwortete der Warschauer Sender:

„Deutschland hat vergeblich auf einen Unterhändler gewartet. Die Antwort waren die militärischen Maßnahmen der polnischen Regierung" (Freund III Dok. 158).

Zum gleichen Zeitpunkt, als Henderson bei Ribbentrop war, führte der britische Botschafter in Warschau um die Mitternachtsstunde des 30. zum 31. August 1939 seinen Auftrag aus, die polnische Regierung von der deutschen Ein-

ladung eines Bevollmächtigten nach Berlin für den 30. August in Kenntnis zu setzen. Kennard berichtete anschließend an Habfax, der Außenminister Beck habe sich „bedeutend erleichtert" gefühlt, als er erfuhr, daß sich die britische Regierung bisher „keineswegs" an die von der deutschen Regierung erhobenen Forderungen „gebunden hatte". Kennard fügte hinzu, Beck sehe auch

„die ausschlaggebende Bedeutung durchaus ein, die Seiner Majestät Regierung der Notwendigkeit zumißt, der Deutschen Regierung keine Gelegenheit zu geben, den Makel auf Polen zu schieben, der einer Weigerung, auf direkte Verhandlungen einzutreten, anhaftet" (Freund III Dok. 138).

London, Warschau und Berlin am 31.August 1939

Nachdem der 30. August verstrichen war und die polnische Regierung mit Billigung Londons die Generalmobilmachung verkündet hatte, bemühte sich der britische Außenminister darum, den Eindruck zu beseitigen, daß er Warschau von einer Kontaktaufnahme mit Berlin abgehalten hatte. Habfax telegrafierte um 12 Uhr des 31. August 1939 an Kennard nach Warschau, er möge zusammen mit dem französischen Botschafter der polnischen Regierung vorschlagen:

„daß sie der deutschen Regierung jetzt - am besten direkt, oder wenn nicht, durch uns - bekanntmachen solle, daß sie Kenntnis von unserer letzten Antwort an die deutsche Regierung erhalten habe und daß sie die Annahme des Prinzips der direkten Besprechungen bestätige" (Freund III Dok. 148).

Oberst Beck kam dieser Aufforderung nach und schickte um 12.40 Uhr eine offizielle Weisung an Lipski nach Berbn des folgenden Inhalts:

„Bezugnehmend auf Ihre Berichte, bitte ich Sie, Herr Botschafter, beim Minister des Auswärtigen oder beim Staatssekretär um Audienz anzusuchen und einem von ihnen folgendes mitzu-

teilen: Diese Nacht wurde die polnische Regierung durch die britische Regierung über ihren Meinungsaustausch mit der Reichsregierung bezüglich der Möglichkeit direkter Besprechungen zwischen der Reichsregierung und der polnischen Regierung benachrichtigt. Die polnische Regierung prüft in günstigem Sinne die Anregungen der britischen Regierung, auf welche eine diesbezügliche förmliche Antwort spätestens in einigen Stunden erteilt werden wird" (Freund III Dok. 149a).

Dieser Wortlaut entspricht der Fassung im polnischen Weißbuch. Gleichzeitig aber schickte Beck ein geheimes zweites Telegramm an den polnischen Botschafter in Berlin, das von den deutschen Abwehrstellen entziffert und von Göring auch Dahlems übergeben wurde (Dahlems S. 112).

Dieses geheime Telegramm entsprach der tatsächlichen Haltung Warschaus:

„Ersuchen Sie um eine Unterredung und erklären Sie folgendes:
Diese Nacht erhielt die polnische Regierung von der englischen Regierung eine Mitteilung über einen Meinungsaustausch zwischen der Reichsregierung und der englischen Regierung hinsichtlich der Möglichkeit einer direkten Vereinbarung zwischen der Reichsregierung und der polnischen Regierung.

Die polnische Regierung wird den Vorschlag der englischen Regierung erwägen und in einigen Stunden der englischen eine formelle Antwort geben.

Als besondere und geheime Mitteilung an den Botschafter wird dem folgendes hinzugefügt:

Lassen Sie sich unter keinen Umständen in sachliche Diskussionen ein; wenn die Reichsregierung mündliche oder schriftliche Vorschläge macht, müssen Sie erklären, daß sie keinerlei Vollmacht haben, solche Vorschläge entgegenzunehmen oder zu diskutieren, und daß Sie ausschließlich obige Mitteilung Ihrer Regierung zu übermitteln und erst weitere Instruktionen einzuholen haben" (Dahlems S. 112 f.).

Daß lediglich der britischen, aber nicht der deutschen Regierung eine formelle Antwort angekündigt wurde, geht aus beiden Fassungen hervor. Obwohl er damit ein wichtiges Regierungsgeheimnis enthüllte, gab Göring in dieser dramati-

schen Stunde dem Schweden Dahlerus den Text der von den deutschen Stellen entzifferten Geheiminstruktion und forderte ihn auf, sie auch dem Botschafter Henderson zu zeigen, damit er sehe, wie sich Polen in Wirklichkeit verhalte; er fügte mit Nachdruck hinzu, „daß es der Fehler der Polen und nicht Ribbentrops sei, wenn keine Verhandlungen zustande kämen" (Dahlerus S. 112). Auch Freund führt an, daß das polnische Geheimtelegramm die echte Weisung an Lipski darstellte; nach dieser und nicht nach der im polnischen Weißbuch veröffentlichten Instruktion handelte dann der polnische Botschafter in Berlin.

Die Geheiminstruktion des polnischen Außenministers hatte allerdings auch militärische Auswirkungen in Deutschland: Wenn die polnische Regierung ihrem Botschafter sogar die Entgegennahme von Vorschlägen verbot, während sich ihre Generalmobilmachung vollzog, so war es klar, daß Polen an die Waffen appellierte. Nach Jacobsen (S. 16) soll Hitler die „Weisung Nr. 1 für die Kriegsführung" um 12.40 Uhr des 31.August 1939 unterzeichnet haben. Nach Halders Tagebucheintrag erging um 16 Uhr der Befehl des OKW zum „Antreten", und um 16.20 Uhr wurde angeordnet: „Befehle sollen auslaufen" (ADAP VII S. 479).

Nach den Erfahrungen vom 25. August hatte Hitler noch einen Spielraum von einigen Stunden, um bei einer Änderung der politischen Lage die angelaufenen militärischen Maßnahmen erneut anzuhalten. Ribbentrop war der Ansicht, daß sogar im Laufe des Abends - nach der Rundfunkveröffentlichung der deutschen Vorschläge - noch eine Chance bestand, den Ausbruch der Kampfhandlungen zu verhindern.

Da der Reichsaußenminister die Geheiminstruktion kannte, die dem polnischen Botschafter am 31. August mittags zugegangen war, ließ er - als dieser sich zum Besuch anmeldete — zunächst zurückfragen, ob Lipski „in der Eigenschaft eines

Sonderbevollmächtigten oder in anderer Eigenschaft" ihn sehen wollte. Das war ein deutlicher Wink und bot der polnischen Regierung eine neue Chance: Nun brauchte sie keinen Unterhändler zu entsenden, sondern Lipski nur noch eine „Sondervollmacht" zu erteilen, um die direkten Verhandlungen in letzter Stunde doch noch zustandezubringen.

Lipski erkannte die Bedeutung dieser Anfrage, denn er ließ um 15.15 Uhr den polnischen Außenminister telegrafisch unterrichten und ihm mitteilen, er selbst habe geantwortet, „daß er in seiner Eigenschaft als Botschafter um die Audienz nachsuche, um eine Mitteilung seiner Regierung vorzulegen". Es blieb also Beck freigestellt, diese „Mitteilung" dahin zu erweitern, daß Lipski als Sonderbevollmächtigter handeln könne!

Ribbentrop hat auch diese Möglichkeit noch ausgeschöpft. Um der polnischen Regierung Zeit zu solcher Disposition einzuräumen, bestellte er den polnischen Botschafter erst für 18.30 Uhr in das Auswärtige Amt. In Warschau war beim britischen Botschafter Kennard inzwischen folgende Instruktion von Lord Halifax eingegangen:

„Bitte unterrichten Sie die polnische Regierung sofort und raten Sie ihr (angesichts der Tatsache, daß sie das Prinzip der direkten Besprechungen angenommen hat), sie solle dem polnischen Botschafter in Berlin unverzüglich die Weisung geben, der deutschen Regierung mitzuteilen, sofern diese irgendwelche Vorschläge habe, sei er bereit, sie seiner Regierung zu übermitteln, so daß sie sie sofort prüfen und Anregungen für baldige Besprechungen machen könne" (Freund III Dok. 151).

An diesem Text fällt zunächst auf, daß Halifax von den deutschen Vorschlägen spricht, als sei ihre Existenz zweifelhaft-obwohl die britische Regierung sie seit 36 Stunden informativ und seit 12 Stunden offiziell kannte. Ferner verwendet Halifax nun wieder das Wort „sofort", das er während der letzten zwei Tage Warschau gegenüber vermieden und der

deutschen Regierung gegenüber als „Ultimatum" ausgelegt hatte. „Sofort" sollen freilich nur „Anregungen" gemacht werden; die laufenden militärischen Maßnahmen Polens blieben unerwähnt.

Als Kennard im Laufe des Nachmittags mit Beck sprach, stellte er dem polnischen Außenminister die entscheidende Frage:

„welche Haltung der polnische Botschafter einnehmen würde, wenn Herr v. Ribbentrop, oder wer immer ihn empfange, ihm die deutschen Vorschläge aushändige. Er (Beck) sagte, das Herr Lipski nicht ermächtigt würde, ein solches Dokument anzunehmen, da es angesichts vergangener Erfahrungen von einer Art Ultimatum begleitet sein könnte. Seiner Ansicht nach sei es wichtig, daß zuallererst der Kontakt hergestellt werde und daß hernach Einzelheiten besprochen würden darüber, wo, mit wem und auf welcher Grundlage die Verhandlungen begonnen werden sollten" (Freund III Dok. 153).

Beck erklärte dem britischen Botschafter außerdem, daß er eine Einladung nach Berlin — sollte er eine solche erhalten — nicht annehmen werde.

Halifax erkannte, daß sich Becks Verbot an Lipski, die deutschen Vorschläge auch nur entgegenzunehmen, propagandistisch ungünstig auswirken werde. Auf das Telegramm Kennards, das in London um 19.15 Uhr des 31. August einging, depeschierte er allerdings erst fünf Stunden später, um 0.50 Uhr* des 1. September 1939 und kritisierte die unvorsichtige Haltung Warschaus mit den folgenden Worten:

„Ich stimme völlig überein, daß es notwendig ist, die Anordnungen für die Unterhandlungen im einzelnen zu besprechen, und daß ein Besuch des Herrn Beck in Berlin nicht ratsam ist. Andererseits sehe ich nicht ein, warum die polnische Regierung es schwierig finden sollte, den polnischen Botschafter zu ermächtigen, ein

* Aus dem Dokument wird nicht klar, ob das Telegramm um 0.50 Uhr in London ab- oder in Warschau eingegangen ist (Freund III Dok. 160).

Dokument von der deutschen Regierung anzunehmen, und ich hoffe ernstlich, sie werde imstande sein, ihre Weisungen an ihn in dieser Beziehung abzuändern. In dem uns gelieferten Bericht über die deutschen Vorschläge wurde keinerlei Ultimatum erwähnt, und die Vermutung, daß die Forderung nach der Entsendung eines polnischen Bevollmächtigten nach Berlin am 30. August einem Ultimatum gleichkomme, wurde von Herrn v. Ribbentrop im Gespräch mit Seiner Majestät Botschafter heftig zurückgegewiesen. Wenn das Dokument wirklich ein Ultimatum enthielte, so würde die polnische Regierung natürlich so lange ablehnen, darüber zu diskutieren, bis das Ultimatum zurückgenommen würde. Andererseits würde eine Weigerung ihrerseits, Vorschläge entgegenzunehmen, von der öffentlichen Meinung außerhalb durchaus mißverstanden" (Freund III Dok. 160).

Inzwischen war Botschafter Lipski um 18 Uhr 30 des 31. August 1939 im Auswärtigen Amt erschienen, ohne eine neue Weisung aus Warschau erhalten zu haben.

Die heutige Zeitgeschichtsschreibung stellt dieses letzte Gespräch zwischen Ribbentrop und Lipski ebenso unzutreffend dar wie das Mitternachtsgespräch zwischen Ribbentrop und Henderson.

Man bezieht sich dabei auf Schilderungen, die der damalige Dolmetscher Schmidt in seinem Buch „Statist auf diplomatischer Bühne" veröffentlicht hat. Darin behauptet er z.B. den Tatsachen zuwider, die polnische Regierung habe erklärt, daß sie

„der deutschen Regierung demnächst eine Antwort auf ihre Vorschläge zukommen lassen würde" (Schmidt S. 460).

Weiterhin versucht er, diese letzte Unterredung als „Ultrakurz-Besprechung" zu ironisieren:

„Ribbentrop fragte: ‚Haben Sie eine Vollmacht, mit uns sofort über die deutschen Vorschläge zu verhandeln?' Der polnische Botschafter antwortete: ‚Nein.' .Dann hat es keinen Zweck, daß wir uns weiter unterhalten', erwiderte Ribbentrop, und die Ultra-Kurzbesprechung war zu Ende" (Schmidt S. 460).

In Wirklichkeit verlief diese längere, fast nur von Ribbentrop geführte Unterredung wesentlich anders* - der „Statist"

* Es mag in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß der Internationale Militärgerichtshof Ribbentrop wegen „Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit" (IMT I S. 324) verurteilte, weil er angeblich in einer Unterredung Hitlers mit Horthy am 17. April 1943 dem ungarischen Reichsverweser antijüdische Maßnahmen empfohlen habe. Zum Beweis hierfür wurde dem Gerichtshof eine dem Dolmetscher Dr. Schmidt zugeschriebene „Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem Führer und dem ungarischen Reichsverweser" vorgelegt (IMT XXXV Dok. 736-D). Sie enthält den Vermerk „Geheime Reichssache", trägt aber keinen Verteiler, keine Unterschrift - sie ist nur maschinenschriftlich mit „(Schmidt)" gezeichnet — und ist mit dem 18. April 1943 datiert. Der britische Ankläger Sir Maxwell-Fyfe fragte deshalb Schmidt am 28. März 1946 vor dem Internationalen Militärgerichtshof, ob „sich Ihr Bericht auf die Tatsache stützt, daß Sie selbst bei jener Unterredung Protokoll führten und das Protokoll unterschrieben". Schmidt bejahte diese Frage unter Eid. In seinem - nach dem Nürnberger Prozeß erschienenen - Erinnerungsbuch aber erklärt Schmidt, daß er über die „Unterhaltungen" Hitlers mit Horthy im April 1943 „nichts Genaues weiß, da ich nicht zu dolmetschen hatte, aber auch als ‚Aufzeichner' von Horthy hinauskomplimentiert wurde"; Horthy habe ihn „etwas mißbilligend" angeblickt und zu Hitler gesagt: „Ich dachte, wir sprächen unter vier Augen ohne Zeugen", worauf Schmidt „hinausgeschickt wurde" (Schmidt S. 551 f.). Auch bei dem späteren Besuch im Frühjahr 1944 wurde Schmidt wiederum „von Horthy hinauskomplimentiert" (Schmidt S. 576). Sowohl Göring (IMT IX S. 682) als auch Ribbentrop (IMT X S. 462) sahen die oben erwähnte Aufzeichnung des Dolmetschers Schmidt in Nürnberg zum ersten Mal. Horthy selbst bestätigt in seinen Erinnerungen, in denen er sich über Hitlers „Lektionen über die Judenfrage" beklagt, ausdrücklich, daß diese Unterredung „unter vier Augen" stattfand (Horthy S. 254). Schmidt hat also damals nicht „Protokoll" geführt. Horthy zitiert als einzigen Satz gerade die erregte Äußerung Hitlers wörtlich, die Schmidt in seiner Aufzeichnung Ribbentrop unterstellte. Alle übrigen beleidigenden Aussprüche in der Aufzeichnung von Schmidt können nicht gefallen sein, sonst hätte Horthy sie in seinen Erinnerungen angeführt. Fest steht auf jeden Fall, daß nach dem Bericht des ungarischen Reichsverwesers, nach Schmidts späterer eigenen Darstellung - sie wurde erst nach dem Urteil des Internationalen Militärgerichtshofes veröffentlicht - und nach Ribbentrops Erklärung in Nürnberg weder der Reichsaußenminister noch der Dolmetscher Dr. Schmidt bei den Unterredungen zwischen Hitler und Horthy anwesend waren. Der fragwürdige Schmidt-Bericht, der seither in zahlreiche Veröffentlichungen übernommen wurde, ist eine weitere

hatte offenkundig die amtliche Aufzeichnung aus dem Gedächtnis verloren, die er selbst seinerzeit über den tatsächlichen Ablauf der Zusammenkunft fertigte. Sie ist in den ADAP VII als Dokument 476 abgedruckt, fehlt z.B. aber sowohl bei Hofer als auch bei Freund. Ihr Text lautet:

Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem Polnischen Botschafter Lipski und dem Reichsaußenminister am 31. August 1939 um 18.30 Uhr

„Botschafter Lipski verlas folgende Weisung seiner Regierung: In der heutigen Nacht erhielt die polnische Regierung von der Regierung Großbritanniens die Nachricht über den Meinungsaustausch mit der Deutschen Regierung bezüglich der Möglichkeit einer direkten Aussprache zwischen der Reichsregierung und der Polnischen Regierung.

Die Polnische Regierung erwägt im günstigen Sinne die Suggestionen der Regierung Großbritanniens, der in den allernächsten Stunden eine formelle Antwort in dieser Angelegenheit erteilt wird.

Botschafter Lipski antwortete auf die wiederholte Frage des Reichsaußenministers, ob er zu Verhandlungen bevollmächtigt sei, mit Nein. Er habe lediglich den Auftrag, die bereits vorgetragene Weisung, die er anschließend auch schriftlich übergab, beim Reichsaußenminister abzusetzen.

Der Reichsaußenminister skizzierte dann kurz den Meinungsaustausch zwischen der Deutschen und der Englischen Regierung und den Vorschlag Deutschlands, daß im Laufe des 30. August ein polnischer Vertreter nach Berlin kommen solle. Der Führer habe den ganzen Tag über gewartet, aber erst abends von der Englischen Regierimg eine ziemlich nichtssagende Erklärung erhalten.

Auf eine nochmalige Frage des Reichsaußenministers nach eventuellen Verhandlungsvollmachten von Lipski erklärte dieser erneut, zu keiner Verhandlung bevollmächtigt zu sein.

Hiermit dem Herrn Reichsaußenminister weisungsgemäß vorgelegt.

gez. Dr. Schmidt
Gesandter"

Niederschrift, die einer kritischen Nachprüfung nicht standhält. Schmidts Nürnberger Rolle als „Kronzeuge" der alliierten Anklagebehörden war für Ribbentrop eine weitere menschliche Enttäuschung, da Schmidt sich ihm früher „stets als ein vollkommen loyaler Mann gezeigt" hatte. (Ribbentrop S. 280 f.).

Das Protokoll über dieses letzte deutsch-polnische Gespräch mit den wiederholten Fragen des Reichsaußenministers nach den Vollmachten des Botschafters zeigt, daß Ribbentrop trotz Lipskis stetem „Nein" noch mehremale versucht hat, einen direkten deutsch-polnischen Kontakt herzustellen. Aber der polnische Botschafter war weder zu einer Besprechung, geschweige denn zu tatsächlichen Verhandlungen, ja noch nicht einmal zur Entgegennahme der bereits bekannten deutschen 16 Punkte ermächtigt worden.

Es ergeben sich bei Prüfung der polnischen Mitteilung noch weitere Gesichtspunkte:

1. Warschau hat den deutsch-englischen Meinungsaustausch lediglich zur Kenntnis genommen, und zwar offiziell erst am 31. August 1939.

2. Nur die Vorschläge der britischen Regierung sollten erwogen werden.

3. Ausschließlich der britischen Regierung wurde eine Antwort in Aussicht gestellt.

4. Der britische Vorschlag, die deutschen Verhandlungspunkte sollten Lipski auf normalem diplomatischem Wege übergeben werden, wurde von der polnischen Regierung zurückgewiesen*.

Ribbentrop kommentiert sein letztes Gespräch mit Lipski in „Zwischen London und Moskau" (S. 199f.):

„Das war der polnische Verhandlungswille, mehr als drei Tage nach der von der britischen Regierung behaupteten festen Zusage Polens, in sofortige Verhandlungen mit Deutschland eintreten zu wollen.

In seiner Parlamentsrede vom 1. September hat der britische Premierminister Chamberlain wahrheitswidrig behauptet, der pol-

*** In dieser Hinsicht war auch von Bedeutung, daß der Vorschlag einer deutsch-polnischen Verhandlung an neutralem Ort nicht nach Berlin weitergeleitet wurde (vgl. S. 475 Anm.).**

nische Botschafter habe mir am 31. August abends ,erneut die polnische Verhandlungsbereitschaft mitgeteilt'. Als Antwort darauf hätten dann die deutschen Truppen ,ohne noch ein Wort zu verlieren' in den Morgenstunden des 1. September die polnischen Grenzen überschritten. In Wirklichkeit lag zwischen diesen beiden Ereignissen noch die amtliche Verkündung der deutschen 16 Punkte über alle Reichssender am 31. August abends um 21.15 Uhr. Mit der Veröffentlichung ihrer Vorschläge hatte die deutsche Regierung Polen noch einmal die Möglichkeit eröffnet, den versprochenen Verhandlungen zuzustimmen. Noch hätten sich die Ereignisse korrigieren lassen, wenn die polnische Regierung den ihr jetzt öffentlich zugeworfenen Ball aufgenommen und über ihren Rundfunk eine positive Einstellung mitgeteilt hätte. Der Warschauer Sender hat in der Tat noch am 31. August um 23 Uhr geantwortet. Aber diese Antwort - sie fehlt im britischen Blaubuch - sprach nur von einem unverschämten Vorschlag' und wies Verhandlungen entrüstet zurück. Deutschland, so wurde zynisch betont, habe vergeblich auf einen Abgesandten Polens gewartet. Die Antwort der Warschauer Regierung bestehe in militärischen Anordnungen."

Auch unter Heranziehung aller heute zur Verfügung stehenden Unterlagen ergibt sich, daß die am Abend des 31.August den Botschaftern Englands, Frankreichs und Japans sowie den Geschäftsträgern der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion übergebene Erklärung der Reichsregierung die Ereignisse der letzten Augusttage 1939 zutreffend zusammenfaßte. Es hieß darin u.a.:

„Statt einer Erklärung über das Eintreffen einer autorisierten polnischen Persönlichkeit erhielt die Reichsregierung als Antwort auf ihre Verständigungsbereitschaft zunächst die Nachricht der polnischen Mobilmachung und erst am 30. August 1939 gegen 12 Uhr nachts eine sehr allgemein gehaltene britische Versicherung der Bereitwilligkeit, ihrerseits auf den Beginn von Verhandlungen hinwirken zu wollen.

Trotzdem durch das Ausbleiben des von der Reichsregierung erwarteten polnischen Unterhändlers die Voraussetzung entfallen war, der Britischen Regierung noch eine Kenntnis über die Auffassung der Deutschen Regierung in bezug auf mögliche Verhandlungsgrundlagen zu geben, da die Britische Regierung ja selbst

für direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen plädiert hatte, gab Reichsaußenminister von Ribbentrop dem Britischen Botschafter anläßlich der Übergabe der letzten englischen Note eine genaue Kenntnis des Wortlautes der für den Fall des Eintreffens des polnischen Bevollmächtigten als Verhandlungsgrundlage vorgesehenen deutschen Vorschläge.

Die Deutsche Reichsregierung glaubte ein Recht darauf zu haben, daß unter diesen Umständen wenigstens nachträglich die sofortige Benennung einer polnischen Persönlichkeit stattfinden würde. Denn es ist der Reichsregierung nicht zuzumuten, ihrerseits fortgesetzt die Bereitwilligkeit zur Inangriffnahme solcher Verhandlungen nicht nur zu betonen, sondern auch dafür bereitzusitzen, von der polnischen Seite aber nur mit leeren Ausflüchten und nichtssagenden Erklärungen hingehalten zu werden.

Aus einer inzwischen stattgefundenen Demarche des Polnischen Botschafters (d.h. der bei Ribbentrop abgesetzten Weisung der Polnischen Regierung am 31. August um 18.30 Uhr) geht erneut hervor, daß auch dieser nicht bevollmächtigt ist, in irgendeine Diskussion einzutreten oder gar zu verhandeln.

Somit haben der Führer und die Deutsche Reichsregierung nun zwei Tage vergeblich auf das Eintreffen eines bevollmächtigten polnischen Unterhändlers gewartet.

Unter diesen Umständen sieht die Deutsche Regierung auch diesesmal ihre Vorschläge praktisch als abgelehnt an, obwohl sie der Meinung ist, daß diese in der Form, in der sie auch der Engischen Regierung bekanntgegeben worden sind, mehr als loyal, air und erfüllbar gewesen wären." (ADAP VII Dok. 482).

Der abgelehnte Waffenstillstand

Am 1. September 1939 morgens begannen die Kampfhandlungen an den deutsch-polnischen Grenzen. Hitler erklärte in seiner Reichstagsrede am gleichen Tage: „Seit 4 Uhr 45 wird nun zurückgeschossen", aber er vermied das Wort „Krieg". Es wurden auch keine Schritte unternommen, um den polnischen Botschafter zur Abreise aus Berlin zu veranlassen. Lipski blieb noch mehrere Tage dort.

In Übereinstimmung mit diesem Verhalten Hitlers wurde den deutschen Auslandsvertretungen folgende Weisung mitgeteilt:

„In Abwehr polnischer Angriffe sind die deutschen Truppen heute beim Morgengrauen gegen Polen in Aktion getreten. Diese Aktion ist vorläufig nicht als Krieg zu bezeichnen, sondern lediglich als Kampfhandlungen, die durch polnische Angriffe ausgelöst worden sind" (ADAP VII Dok. 512).

Diese optimistische Einstellung Hitlers mag in heutiger Sicht wirklichkeitsfremd erscheinen, sie gehört aber zum historischen Bild der damaligen pobtischen Lage. Auch Göring trug sich noch am 3. September 1939 vormittags mit dem Gedanken, nach London zu fliegen. Hitler stimmte diesem Vorhaben auch zu. Die Durchführung wurde nur durch die engbsche Kriegserklärung verhindert* (vgl. Dahlerus S. 136f.).

Historische Bedeutung erhielt dagegen der Waffenstillstands- und Konferenzvorschlag, mit dem Mussolini den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges fast noch verhindert hätte.

*** Dahlems erhielt am 3. September 1939 am frühen Morgen vom britischen Botschaftsrat Forbes in Berlin die Mitteilung, „daß um 9 Uhr vormittags ein Ultimatum gestellt werden würde" (IMT IX S. 523), das von der Beichsregierung innerhalb von zwei Stunden beantwortet werden müsse. Dahlerus übermittelte diese Nachricht an Göring und gab ihm den Rat, Deutschland noch vor 11 Uhr mit einem Flugzeug zu verlassen, um in London zu verhandeln. Göring stimmte zu und erhielt von Hitler die telefonische Genehmigung zu diesem Plan unter der Bedingung, daß die britische Regierung den von Dahlerus ausgehenden Vorschlag akzeptiere (Dahlerus S. 137). Das Foreign Office gab jedoch um 10 Uhr 30 Dahleras einen negativen Bescheid und erklärte, die Frage, „ob Görings Besuch wünschenswert sei", erst dann erwägen zu können, wenn die deutsche „Antwort auf die englische Note" eingetroffen sei. Der englische Premierminister Chamberlain hat daraufhin bereits eine halbe Stunde später**

„gleich nach 11 Uhr im Rundfunk die Nachricht bekanntgegeben, daß Großbritannien mit Deutschland sich im Kriegszustand befinde, weil Deutschland die Note nicht vor 11 Uhr beantwortet habe" (Dahlerus S. 138 f.).

Am 2. September vormittags überbrachte der italienische Botschafter dem Auswärtigen Amt in Berlin die Mitteilung:

„Zur Information läßt Italien wissen, natürlich jede Entscheidung dem Führer überlassend, daß es noch die Möglichkeit hätte, von Frankreich, England und Polen eine Konferenz auf folgenden Grundlagen annehmen zu lassen:

1. Waffenstillstand, der die Armeen läßt, wo sie jetzt sind;
2. Einberufung der Konferenz in zwei bis drei Tagen;
3. Lösung des polnisch-deutschen Streits, welche, wie die Sachen heute liegen, sicher günstig für Deutschland sein würde. Für den Gedanken, der ursprünglich vom Duce ausgegangen ist, setzt sich heute besonders Frankreich ein.

Danzig ist bereits deutsch und Deutschland hat schon Pfänder in seiner Hand, die ihm den größten Teil seiner Forderungen sichern. Außerdem hat Deutschland schon seine ‚moralische Genugtuung' gehabt. Wenn es den Vorschlag einer Konferenz annehmen würde, würde es alle seine Ziele erreichen und gleichzeitig einen Krieg vermeiden, der schon heute als allgemein und von außerordentlich langer Dauer aussieht.

Der Duce möchte nicht darauf bestehen, aber es hegt ihm ganz besonders daran, daß Obenstehendes sofort zur Kenntnis Herrn von Ribbentrops und des Führers gebracht wird" (ADAP VII Dok. 535 Anlage).

Die wichtige Bemerkung, daß sich für den Waffenstillstands- und Konferenzplan „besonders Frankreich"einsetze, war zutreffend. Der damalige französische Außenminister hat die Szene in seinen Erinnerungen ausführlich geschildert:

„Ich war in meinem Arbeitszimmer des Quai d'Orsay, wo ich meine Akten für die Kammersitzung vorbereitete, als das Telefon läutete. Ungeduldig nahm ich den Hörer ab. Der Telefonist meldete: ‚Man verlangt Sie aus Rom. Graf Ciano, der italienische Außenminister, ist am Apparat.' Einer meiner anwesenden Mitarbeiter ergriff einen zweiten Hörer und schrieb die wichtigsten Stellen unserer Unterhaltung mit. Wir verloren uns nicht in leeren Höflichkeitsbezeigungen. Ciano sagte zu mir: ‚Ich habe hier in meinem Arbeitszimmer die Botschafter Frankreichs und Großbritanniens. Ich hatte mit ihnen gerade eine Unterredung. Ihr Botschafter hat mir geraten, Sie direkt anzurufen. Denn es ist

keine Zeit zu verlieren. Ich habe Ihnen wirklich eine wichtige Mitteilung zu machen. Ich habe rein informatorisch und ohne einen Druck auszuüben, unseren Plan einer Konferenz nach Berlin weitergegeben. Attolico hat mich von Ribbentrops Antwort unterrichtet. Hitler hat von der Mitteilung Kenntnis genommen. Er ist nicht abgeneigt, dem Plan näherzutreten" (Bonnet S. 295).

Aus den italienischen Akten, die Hoggan (S. 772) zitiert, geht hervor, daß Hitler sich „vorbehaltlos mit dem italienischen Vermittlungsplan einverstanden erklärte":

„Er versprach, die Kampfhandlungen in Polen könnten am 3. September mittags eingestellt werden. Um 4 Uhr nachmittags konnte Attolico Ciano kabeln, die Deutschen hätten den italienischen Vorschlag einer Konferenz angenommen."

Bereits am 31. August vormittags 11 Uhr hatte der italienische Außenminister Graf Ciano den britischen Außenminister Halifax angerufen, um ihm zwei Vorschläge des Botschafters Attolico aus Berlin zu übermitteln:

„1. daß die Regierung Seiner Majestät bei der polnischen Regierung darauf dränge, sie möge ihren Botschafter in Berlin ermächtigen, zu unterhandeln, und
2. daß Signor Mussolini mit dem Führer telefoniere, um ihn zu bitten, sich zurückzuhalten" (Freund III Dok. 142).

Ciano erklärte Halifax, daß Mussolini eine Intervention in Berlin für nutzlos halte, „wenn er nichts Neues bieten könne". Es wäre viel leichter,

„eine Konferenz für die friedliche Regelung der verbleibenden Fragen herbeizuführen, wenn man dem Führer etwas hinsichtlich Danzigs geben könne" (Freund III Dok. 142).

Halifax lehnte es jedoch ab, Warschau zu drängen, es zu einem Kontakt mit Berlin kommen zu lassen; man könne von Polen nicht verlangen, weder auf Danzig - das Polen nie gehört hatte - zu verzichten, noch die deutschen Vorschläge selbst abzuholen (Freund III Dok. 142).

Der britische Außenminister ließ damit die am 30. August unabhängig voneinander gemachten Vorschläge Hendersons und Kennards, des englischen Botschafters in Warschau,

unberücksichtigt, denen zufolge eine deutsch-polnische Zusammenkunft an einem neutralen Ort stattfinden könne (vgl. S. 474f.). Diese Möglichkeit wurde Hitler und Ribbentrop bekanntlich verheimlicht.

Trotz der ablehnenden Haltung von Halifax hatte sich Mussolini sofort nach Cianos Telefongespräch mit London entschieden, die Initiative zu ergreifen,

„um die Zusammenberufung einer internationalen Konferenz zum 5. September vorzuschlagen, die das Ziel haben sollte, die Klauseln des Vertrages von Versailles zu revidieren, die als Ursache der gegenwärtigen Störungen des europäischen Lebens anzusehen sind" (Freund III S. 377).

Um 11.30 Uhr des 31. August suchte Attolico den deutschen Staatssekretär von Weizsäcker auf und teilte ihm mit, daß Mussolini sich mit London in Verbindung gesetzt habe, um eine neue Tatsache für den Frieden zu schaffen:

„Eine solche Tatsache würde die sofortige Abtretung von Danzig sein, ehe in andere Besprechungen eingetreten würde" (ADAP VII Dok. 467).

Für Mussolinis „Vorschlag sei natürlich noch ein gewisser zeitlicher Verhandlungsspielraum notwendig". London seinerseits habe in Rom wissen lassen, daß es sich nunmehr nur noch um den schwierigen Punkt der „Verfahrensfrage" handele, „nämlich, ob die deutsche Regierung Lipski rufe oder ob Lipski von selbst komme, um unsere Vorschläge entgegenzunehmen" (ADAP VII Dok. 467).

Obwohl Hitler und Ribbentrop von dem neuen italienischen Schritt informiert werden sollten, wird in dem Dokument nicht vermerkt, daß die Aufzeichnung dem Außenminister oder Hitler vorgelegt worden ist.

Bereits am Tage zuvor, dem 30. August, hatte sich Weizsäcker gegenüber Attolico ablehnend verhalten, als dieser ihn von der Möglichkeit einer „päpstlichen Initiative" in Anlehnung an die deutschen Märzvorschläge im Falle des

Ausbleibens eines polnischen Unterhändlers in Berlin unterrichtete. Weizsäcker bezeichnete von sich aus „den damaligen Vorschlag des Führers als bekanntlich überholt und als heute begreiflicherweise unzulänglich" (ADAP VII Dok. 452). Auch diese Aufzeichnung enthält keinen Vermerk, daß sie Ribbentrop vorgelegen hat.

Um 12.35 Uhr des 31.August teilte Ciano dem französischen Botschafter in Rom, Francois-Poncet, den Plan Mussolinis mit,

„Deutschland, falls Frankreich und England hiermit einverstanden sind, zu einer Konferenz auf den 5. September einzuladen" (Freund III Dok. 144).

Um 12.50 Uhr des 31.August rief Ciano den britischen Außenminister telefonisch an, um ihn von dem neuen Vorschlag Mussolinis in Kenntnis zu setzen. Aus der Aufzeichnung von Halifax geht hervor, daß es Chamberlains „erste Reaktion" war,

„es sei unmöglich, einer Konferenz unter der Drohung mobilisierter Armeen zuzustimmen, und daß er das Gefühl habe, daß eine Vorbedingung in jedem Falle ein gewisses Maß der Demobilisierung sein müßte. Es gebe natürlich auch noch andere Fragen, da Signor Mussolini nichts getan habe, aufzuklären, so z.B. die Frage, welche Staaten aufgefordert werden sollten, teilzunehmen" (Freund III Dok. 145).

Der britische Botschafter in Rom, der während des Ciano-Halifax-Gespräches neben Ciano stand, telegrafierte anschließend seiner Regierung, um sie zu ermutigen, Mussolinis Vorschlag anzunehmen, „denn die vorgeschlagene Methode ist jene, die die Regierung Seiner Majestät selbst befürwortet hat". Zur Frage, welche Staaten zur Konferenz eingeladen würden, habe Ciano „natürlich Polen" genannt, „Rußland auch, und er erwähnte auch Spanien" (Brit. Doc. Vol. VII S. 445; zit. nach Freund III S. 380).

Bereits um 12.30 Uhr des 31. August - also zwanzig Minuten vor seiner „ersten Reaktion" - hatte Chamberlain den fran-

zösischen Botschafter Corbin zu sich kommen lassen, um ihm mitzuteilen, daß er in dem Konferenzangebot Mussolinis „eine Falle" sehe, die man nicht brutal beantworten, sondern zuvor „die unerläßliche und vorhergehende Demobilisierung der Armeen in allen Ländern" verlangen solle (Freund III Dok. 146). Daraufhin teilte Corbin am Nachmittag des 31. August Daladier mit, daß es Neville Chamberlain „nun viel weniger eilig hatte" (Bonnet S.287). Am Nachmittag des 31. August lehnte es Halifax nach Rücksprache mit Chamberlain dem Grafen Ciano gegenüber endgültig ab,

„Polen zu bitten, seine Rechte in Danzig vor einer Verhandlung aufzugeben. ... Danzig scheine uns der vitale Punkt zu sein, das Innerste des Streites. ... Die Danzigfrage muß als Teil einer allgemeinen Diskussion ausgehandelt werden. Es sei uns bereits gelungen, eine Zusicherung von der polnischen Regierung zu erhalten, daß sie direkten Gesprächen zustimme" (Freund III Dok. 147).

Diese angebliche Zustimmung Polens zu direkten Gesprächen mit Deutschland hatte die britische Regierung bekanntlich der deutschen Regierung bereits am Abend des 28. August, also drei Tage zuvor, offiziell zur Kenntnis gebracht, ohne daß sich daraus Resultate ergaben (vgl. S.461). Es ist von Interesse, daß Halifax' bereits erwähnte Weisung nach Warschau, die dortige Regierung möge „die Annahme des Prinzips der direkten Besprechungen" bestätigen (vgl. S. 497ff.), am 31.August mittags 12 Uhr, also *nach* dem Ciano-Halifax-Gespräch, nach Warschau übermittelt worden ist.

Obwohl Mussohnis Vermittlungs- oder Konferenzvorschlag vom 31. August, der den Waffengang überhaupt verhindern sollte, an der Weigerung Englands in der Danzigfrage gescheitert war, hielt der italienische Regierungschef auch nach Ausbruch der Kampfhandlungen an seiner Grundidee fest. Statt der Rückgabe Danzigs, das bereits in deutscher

Hand war, schlug Mussolini nun am 2.September einen Waffenstillstand als Vorstufe der Konferenz vor (vgl. S.509).

Auch in Paris war man am 1. September 1939 nach wie vor einer Konferenzregelung günstig gesinnt. Nachdem die Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Polen begonnen hatten, telefonierte der französische Außenminister Bonnet um 10.30 Uhr mit dem Botschafter Francois-Poncet und sagte ihm, daß er für Mussolini

„noch vor Mittag eine grundsätzlich günstige Antwort hinsichtlich einer Konferenz empfangen werde" (Bonnet S. 290).

Bei Übergabe der französischen Erklärung bedankte sich Ciano für die Antwort und fügte hinzu,

„daß er nicht sagen könne, ob der italienische Vorschlag noch an Hitler gesandt werden könne. Vergessen wir nicht, daß die Initiative Mussolinis an Frankreich und Großbritannien gerichtet war, jedoch nicht an Deutschland oder Polen" (Bonnet S. 290).

Nach dieser Aussage Cianos scheint Weizsäcker tatsächlich Hitler und Ribbentrop am 31. August nicht über die neue Initiative Mussolinis informiert zu haben.

Die französische Regierung war so sehr bereit, Mussohnis Plan zuzustimmen, daß sie dies sogar am Nachmittag des 2. September 1939 durch eine amtliche Meldung der französischen Nachrichtenagentur Havas öffentlich bekanntgab:

„Die Französische Regierung ist gestern wie mehrere andere Regierungen mit einem italienischen Vorschlag zur Regelung der europäischen Schwierigkeiten befaßt worden. Nach Beratung über diesen Vorschlag hat die Französische Regierung eine positive Antwort gegeben" (ADAP VII Dok. 538 und Bonnet S. 292).

Auch in Warschau ließ die französische Regierung durch ihren Botschafter Noel auf Außenminister Beck im Sinne des italienischen Vorschlages einwirken. Beck lehnte es dem britischen Botschafter Kennard gegenüber ab, seine Stellungnahme zu dem Konferenzplan klar zu umreißen (British Documents III, Band VII, Dok. 693, nach Hoggan S. 773).

Zu Fall gebracht wurde der Mussolini-Vorschlag wiederum durch die britische Regierung. Lord Halifax hatte bereits einen neuerlichen Telefonanruf, den Graf Ciano an ihn richtete, „kühl" aufgenommen (Bonnet S.296). Am 2. September nachmittags rief der britische Außenminister seinen französischen Kollegen Bonnet an und teilte ihm mit, „daß die Vorstellung einer Konferenz unmöglich sei, solange die deutschen Truppen einen Teil des polnischen Hoheitsgebietes besetzt hielten. Zuerst müsse dieses geräumt werden" (Bonnet S.296).

Mit dieser Forderung hat die britische Regierung auch Mussolinis vermittelnden Vorschlag eines Waffenstillstandes zum Scheitern gebracht. Es gibt weder in der vorhergegangenen noch in der seitherigen Weltgeschichte ein vergleichbares Beispiel. Auch die Forderungen des heutigen Weltsicherheitsrates der UN richten sich bei Ausbruch von Kampfhandlungen zunächst nur auf Waffenruhe; nach dem Rezept der britischen Regierung vom 2. September 1939 wurde bisher nicht wieder verfahren.

Da Frankreich - im Gegensatz zu Großbritannien bereits seit 1919 Polens Verbündeter - den Waffenstillstand befürwortete, die polnische Regierung ihn nicht ablehnte und die britische Regierung sich darüber im klaren war, daß sie den Polen in dem ausgebrochenen Kampf militärische Unterstützung nicht bieten konnte — und dann auch in der Folgezeit niemals geboten hat —, ist die Zurückweisung des Waffenstillstands- und Konferenzvorschlages am 2. September 1939 ein mit normalen politischen Denkbegriffen nicht erklärbares Ereignis — es sei denn, man setzt voraus, daß die Regierung Chamberlain mit dem baldigen sicheren Sturz Hitlers rechnete.

Damals allerdings zeigte die brüske Ablehnung des Waffenstillstandsvorschlages, wie stark Englands politische Stellung sowohl gegenüber Frankreich als auch gegenüber Italien

geworden war. Botschafter Attolico erklärte am Abend des 2. September 1939 dem deutschen Außenminister, Mussohni habe irrtümlich unter dem Eindruck gestanden,

„daß Paris nicht ohne vorherige Fühlungnahme mit London sich für seinen Vermittlungsvorschlag ausgesprochen hätte, insbesondere, da Paris auch eine Beeinflussung Polens in Aussicht gestellt hätte. Erst durch direkte italienische Fühlungnahme in London hätte man die entgegengesetzte Auffassung der englischen Regierung in Erfahrung gebracht" (ADAP VII Dok. 554).

Die britische Regierung konnte Mussolinis Konferenzvorschlag nicht zuletzt deshalb zurückweisen, weil Graf Ciano noch am 31. August abends dem britischen Botschafter „unter dem Siegel der Verschwiegenheit" und „tief bewegt" erklärt hatte:

„Was immer Berlin sagen wird, wir werden nicht gegen England und Frankreich kämpfen. Ich nehme es auf meine persönliche Verantwortung, es Ihnen zu sagen" (Freund III Dok. 162).

Es stand für Chamberlain und Lord Halifax fest, daß sich ihre Kriegserklärung nur an Deutschland zu richten habe und sie waren fest entschlossen, sich weder durch Italien noch durch Frankreich davon abhalten zu lassen.

Als am 3. September 1939 vormittags 9 Uhr die englische Regierung in Berlin ihr mit der Kriegserklärung ab 11 Uhr vormittags verbundenes Ultimatum übergab, fiel es auf, daß die französische Regierung eine ähnliche Erklärung erst einige Stunden später überreichen ließ.

Der französische Botschafter Coulondre sprach am 3. September 1939 um 12.20 Uhr bei Ribbentrop vor. Bei dieser Gelegenheit unterstrich der Reichsaußenminister nochmals die Bedeutung des Mussolini-Vorschlages:

„Auf die Frage Coulondres, ob der Herr Reichsaußenminister in der Lage sei, die in der am 1. 9. um 22 Uhr übergebenen Note enthaltene Frage befriedigend zu beantworten, erwiderte der Herr Reichsaußenminister, daß, nachdem England und Frankreich

ihre Noten* übergeben hätten, der Italienische Regierungs-Chef einen neuen Vermittlungsvorschlag gemacht habe, und zwar mit dem Bemerken, daß die französische Regierung diesem Vorschlag zustimme. Deutschland habe dem Duce am Vortage mitgeteilt, daß es ebenfalls bereit sei, dem Vorschlag zuzustimmen, darauf habe jedoch später am Tage der Duce mitgeteilt, daß sein Vorschlag an der Intransigenz der Englischen Regierung gescheitert sei. ... Wenn die Haltung Frankreichs zu Deutschland durch dieselben Erwägungen bestimmt sein sollte, wie die der Englischen

*** Am späten Abend des 1. September 1939 hatten sowohl die britische wie die französische Regierung gleichlautende Noten überreichen lassen, in denen angekündigt wurde, daß die bestehenden Beistandsverpflichtungen gegenüber Polen „ohne Zögern" erfüllt würden, falls die deutsche Regierung nicht ihre militärischen Maßnahmen „suspendiere" und die deutschen Truppen „unverzüglich" zurückziehe. Ribbentrop erwiderte dem britischen Botschafter-und ähnlich dem französischen Botschafter-, daß keine deutsche Aggression vorläge, sondern daß Polen seit Monaten Deutschland provoziert habe: „Nicht Deutschland habe gegen Polen, sondern Polen gegen Deutschland mobilisiert" (ADAP VII Dok. 513 und 515). Von Bedeutung war, daß die beiden Noten keinen Zeitpunkt für die Beantwortung forderten. Attolico hatte am 2. September in seinem ersten Gespräch mit Ribbentrop um 12.30 Uhr ausdrücklich betont, daß die beiden ultimativen Erklärungen Englands und Frankreichs vom Abend zuvor „durch die neueste Mitteilung des Duce überholt seien" und versicherte, daß man sich in Berlin zur Beantwortung des italienischen Konferenzvorschlages „ruhig Zeit nehmen könne (you have all the time you want)" (ADAP VII Dok. 539). Auf Bitten Ribbentrops hatte Attolico daraufhin bei Botschafter Henderson festgestellt, daß es sich bei der englisch-französischen Note nicht um „Ultimaten" gehandelt habe (ADAP VII Dok. 541). Auch der französische Außenminister Bonnet bestätigte diese Tatsache dem Grafen Ciano telefonisch am frühen Nachmittag des 2. September (Bonnet S. 295). Allerdings hatte Lord Halifax dem Botschafter Henderson bereits am 1. September im Zusammenhang mit den englisch-französischen Erklärungen mitgeteilt:**

> **„Zu Ihrer eigenen Information : Falls die deutsche Antwort unbefriedigend ist, wird die nächste Stufe entweder ein befristetes Ultimatum oder eine unverzügliche Kriegserklärung sein" (Freund III S. 408 f.).**

Diesen Entschluß, der am 1. September nur an Bonnets Weigerung gescheitert war (Bonnet S. 292), verwirklichte die britische Regierung am 3. September, nachdem sie den Mussolini-Vorschlag zu Fall gebracht und auch die von Dahlerus in letzter Stunde geplante und von Hitler genehmigte Entsendung Görings nach London abgelehnt hatte (vgl. Anmerkung S. 508).

Regierung, so könne die deutsche Regierung dies nur bedauern. Deutschland habe immer einen Ausgleich mit Frankreich gesucht. Sollte die Französische Regierung trotzdem auf Grund ihrer polnischen Verpflichtungen eine feindliche Haltung Deutschland gegenüber einnehmen, so würde die deutsche Regierung dies als einen durch nichts gerechtfertigten Angriffskrieg Frankreichs gegen Deutschland ansehen" (ADAP VII Dok. 563).

Der 3. September 1939 hätte das Ende des Polen-Konfliktes bringen können, stattdessen weitete er sich an diesem Tag zum Zweiten Weltkrieg aus.

Der Umsturz in Deutschland - Hoffnung und Enttäuschung

Sowohl Chamberlain-Halifax wie Beck-Lipski waren erfahrene Persönlichkeiten, die sich über die Risiken ihrer Handlungsweise nicht im unklaren sein konnten. Daß ein neuer Weltkrieg — wenn er durchgekämpft werden mußte - jedenfalls für das britische Weltreich eine gefährliche Schwächung bedeuten mußte, hatte schon der Erste Weltkrieg gezeigt. Die Lage Polens war — militärisch gesehen — hoffnungslos.!

Hinsichtlich der Motive der Warschauer Regierung urteilte Ribbentrop:

„Die polnische Haltung wird nur dann verständlich, wenn man zwei Tatsachen berücksichtigt, die zum Teil erst während des Nürnberger Prozesses offenkundig geworden sind:

1. Die britische Regierung hatte in Warschau nicht nur nichts Entscheidendes zur Lösung des deutsch-polnischen Problems getan, sondern sogar einen etwaigen Besuch des polnischen Außenministers Beck in Berlin als ‚unerwünscht' bezeichnet. Offenbar befürchtete man, daß sich Beck bei einer Aussprache mit Adolf Hitler doch noch zu einer friedlichen Regelung entschließen werde.

2. Botschafter Lipski, offenbar informiert über die Pläne deutscher Oppositionskreise, war der Meinung, daß ‚bei Kriegsbeginn in Deutschland ein Militärputsch ausbrechen', ‚Adolf Hitler beseitigt' und die ‚polnische Armee in spätestens 6 Wochen in Berlin sein werde'.

Lipskis Äußerung ist heute verständlich, da nach der Aussage von Gisevius in Nürnberg die deutsche Verschwörergruppe, der Minister, der Generalstabschef, Generäle, höhere Beamte u.a.m. angehörten, England in diesen Tagen beschworen hat, den deutschen Wünschen nicht nachzugeben, ,sondern fest zu bleiben', dann gäbe es Krieg, die Armee werde Hitler den Gehorsam kündigen und England könne dann gemeinsam mit ihr den Nationalsozialismus und Hitler beseitigen" (Ribbentrop S. 200 f.).

Dahlerus hatte die gleichen Eindrücke gewonnen, als er am 31. August 1939 zusammen mit dem britischen Botschaftsrat Ogilvie Forbes den polnischen Botschafter aufsuchte. Dieser empfing die beiden Herren „in seinem Arbeitszimmer, aus dem bereits ein Teil der Ausstattung entfernt war". Dahlerus berichtet darüber u. a.:

„Lipski war im Gesicht weiß wie Leinen und wirkte außerordentlich nervös und niedergeschlagen. Forbes erzählte, wer ich sei und die Ereignisse der Nacht. Er bat mich darauf, die deutsche Note an Polen vorzulesen, was ich tat. Aber Lipski erklärte bald, daß er den Inhalt nicht verstehen könne. Forbes notierte hierauf eigenhändig die Hauptpunkte und übergab die Aufzeichnungen Lipski, der das Papier mit zitternden Händen nahm und eine Weile betrachtete, dann aber erklärte, daß er nicht deuten könne, was dort stehe."

Während Dahlerus einer Sekretärin der polnischen Botschaft die deutschen Vorschläge diktierte, teilte Lipski, der die Hauptpunkte von Henderson schon seit 2 Uhr morgens kannte, dem englischen Botschaftsrat mit,

„daß er in keiner Weise Anlaß habe, sich für Noten oder Angebote von deutscher Seite zu interessieren ... er erklärte, davon überzeugt zu sein, daß im Falle eines Krieges Unruhen in diesem Land ausbrechen und die polnischen Truppen erfolgreich gegen Berlin marschieren würden" (Dahlerus S. 110).

Dahlerus telefonierte sofort nach diesem Gespräch von der englischen Botschaft aus mit dem Foreign Office in London; er bezeichnete die deutschen 16 Punkte als „außerordentlich großzügig", kam aber zu dem Schluß, daß

„die Polen nicht beabsichtigten, nachzugeben, und daß es ‚uns offenkundig' wäre, daß die Polen die Möglichkeit einer Verhandlung sabotierten" (Freund III S. 374).

Noch in Nürnberg berichtete Dahlerus von den Erklärungen, die Lipski ihm gegenüber am 31. August 1939 abgegeben hatte:

„Er sagte, daß er keinen Grund habe, mit der deutschen Regierung zu verhandeln. Wenn es zu einem Krieg zwischen Polen und Deutschland käme, so wüßte er, da er fünfeinhalb Jahre in Deutschland gelebt habe, daß eine Revolution in Deutschland ausbrechen, und daß sie auf Berlin marschieren würden" (IMT IX S. 521).

Botschafter Henderson berichtete seiner Regierung die Äußerungen Lipskis, der u.a. gesagt hatte:

„Er habe lange Jahre der Erfahrung in Deutschland und würde seinen ganzen Ruf auf die Behauptung setzen, daß die deutsche Moral im Zerbrechen sei und daß das gegenwärtige Regime rasch zusammenbrechen würde. Es würde verhängnisvoll sein, wenn Mr. Beck oder ein polnischer Vertreter nach Berlin käme. Wir müßten um Himmels Willen fest bleiben und eine einige Front zeigen. Auch ein von seinen Alliierten preisgegebenes Polen sei bereit, zu kämpfen und allein zu sterben. Dieses deutsche Angebot sei eine Falle. Es sei auch ein Zeichen deutscher Schwäche, was auch durch die Einschätzung der Lage seitens des Botschafters bestätigt würde" (Freund III Dok. 140).

Bekanntlich war der polnische Außenminister nicht nur von seinem Berliner, sondern auch von seinem Pariser Botschafter auf solche Möglichkeiten hingewiesen worden. Lukasiewicz hatte bereits im März 1939 - damals noch kritisch - über die „leichtsinnigen und gefährlichen Schachzüge des Herrn Chamberlain" geurteilt, daß das „Endziel" der britischen Aktionen „nicht der Friede ist, sondern die Hervorrufung eines Umsturzes in Deutschland" (vgl. S. 321).

Diese These scheint in Paris damals vielfach erörtert worden zu sein. So versicherte der französische Unterstaatssekretär Léger im Juni 1939 auch dem päpstlichen Nuntius, daß

„die Lage Deutschlands immer kritischer werde, und auch vom physischen Gesichtspunkt aus gesehen wachse eine schlecht ernährte und kränkliche Generation heran! ... Wenn ein Krieg ausbreche, werde Deutschland nicht über ... die Mobilmachung hinauskommen. Er sei dessen ganz sicher. Das deutsche Volk werde von einer Revolte nur noch abgehalten durch die Furcht vor der Wehrmacht" (Giovannetti S. 63).

Es ist in diesem Buch schon mehrfach darauf hingewiesen worden, wie sehr die häufigen, oft sogar dringlichen Mitteilungen deutscher Oppositioneller geeignet waren, die britische Regierung zu beeindrucken. Hoggan (S. 697) kommt zu dem gleichen Ergebnis, der damalige deutsche Geschäftsträger in London habe „von dieser Stelle aus tatsächlich der britischen Regierung mehr Informationen zukommen lassen als dem Auswärtigen Amt in Berlin". Es könnte nicht überraschen, wenn die Regierung Chamberlain aus solchen Verhältnissen ernstliche Folgerungen gezogen hat und zu den Schlüssen gekommen ist, die in ihrem Verhalten vor allem in den letzten Augusttagen 1939 und gegenüber dem Mussolini-Vorschlag zutage traten.

Schon in seiner bereits erörterten Weisung an den britischen Botschafter in Warschau vom 30. August betont Lord Halifax, wie wichtig es sei, die Dinge auch „vom Standpunkt der inneren Lage in Deutschland" zu beurteilen (vgl. S. 479). Zu dieser im Britischen Blaubuch enthaltenen Bemerkung schrieb Ribbentrop in Nürnberg:

„Mit dem Hinweis auf die ‚innere Lage in Deutschland' kann aber nach der Aussage des Zeugen Gisevius im Nürnberger Prozeß nur die große Verschwörung gemeint sein, die mit England zusammengearbeitet hat, um die deutsche Regierung zu stürzen" (Ribbentrop S. 194).

Daß solche Erwartungen in der Tat die britische Regierungspolitik entscheidend beeinflußt haben, dafür gibt es heute eindringliche Zeugnisse.

Obwohl die Protokolle der britischen Kabinettssitzungen jener Zeit noch nicht veröffentlicht sind — und wohl auch nie veröffentlicht werden — sind wir durch Äußerungen sowohl Chamberlains als auch von Halifax ausreichend unterrichtet.

Am 10. September 1939, dem ersten Wochenende nach der britischen Kriegserklärung, gab Chamberlain seinen Schwestern eine Erklärung der britischen Politik in den entscheidenden Tagen vor Ausbruch des Krieges:

„Die letzten lang hingezogenen Agonien (the final long-drawn-out agonies), die der wirklichen Kriegserklärung vorausgingen, waren so unerträglich, wie sie nur sein konnten. Es lag uns daran, die Dinge voranzutreiben (we were anxious to bring things to a head), aber es gab da drei Komplikationen: Die geheimen Verhandlungen, die durch einen neutralen Mittelsmann mit Göring und Hitler liefen, der Konferenzvorschlag von Mussolini und das französische Verlangen, die eigentliche Kriegserklärung so lange wie möglich hinauszuschieben, bis sie ihre Frauen und Kinder evakuiert und ihre Armeen mobilisiert hätten. Wir konnten darüber sehr wenig vor der Öffentlichkeit sagen (there was very little of this what we could say in public)" (Feiling S. 416).

Es war also nicht Hitler, sondern Chamberlain, der sich bemühte, „die Dinge voranzutreiben" und der einen möglichen „Vermittlungsplan" zur Vermeidung des Kriegsausbruchs fürchtete. Damals und auch noch im Jahre 1961 — z. B. in der Fernsehsendung „Das Dritte Reich" — wurde die Haltung Chamberlains auf Hitler projiziert (vgl. S. 426).

Chamberlain erklärt in diesem privaten Brief ganz offen, warum er es überhaupt zum Krieg hatte kommen lassen:

„Was ich aber erhoffe, ist nicht ein militärischer Sieg - ich zweifle sehr daran, ob er überhaupt zu erringen wäre - sondern einen Kollaps der deutschen inneren Front. Dafür ist es nötig, die Deutschen davon zu überzeugen, daß sie nicht gewinnen können. Die USA mag im richtigen Augenblick dabei helfen. Nach dieser Theorie muß man jede Handlung dahin abwägen, wie sie voraussichtlich auf die deutsche Mentalität wirken wird" (Feiling S. 418).

Eine weitere britische Äußerung aus jenen Tagen hegt in dem Bericht vor, den Botschafter Kennedy am 4. September 1939 von London nach Washington sandte und in dem er über ein soeben geführtes Gespräch mit Lord Halifax berichtete :

„Während Halifax sprach, wurde einem mehr und mehr klar, ... daß sich Britannien bei seiner Hoffnung, den Krieg beenden zu können, ehe eine Weltkatastrophe eintritt, mehr als auf alles andere auf einen inneren Zusammenbruch Deutschlands verläßt. Sie haben entschiedenes Vertrauen zu den Berichten ihres Geheimdienstes, daß die (deutschen) Öl- und Benzinvorräte keinesfalls länger als vier Monate reichen würden, daß in Deutschland eine entscheidende Stimmung gegen den Krieg herrsche und daß es, wenn es wirtschaftlich gar zu schwierig werde, mit Hitler vorbei sei" (Tansill S. 595).

Merkwürdigerweise hatte Halifax dem amerikanischen Botschafter vorher anvertraut, daß ihn der Ausbruch des Krieges

„an einen Traum erinnere, in dem er wegen Mordes vor Gericht stand. Als er schließlich überführt und verurteilt war, habe ihn zu seiner Überraschung ein Gefühl der Erleichterung überkommen. So ähnlich sei ihm jetzt zumute" (zitiert nach Tansill S. 595).

Halifax fügte dann allerdings hinzu: Er habe „auf alle erdenkliche Weise geplant, einen Weltkrieg fernzuhalten, und sich in einen schlimmen Gesundheitszustand hineingearbeitet. Nun aber, wo seine Anstrengungen fehlgeschlagen seien, fühle er sich zu dem neuen Kampf frisch und gesund" (Tansill S. 595).

Wenn Hoggan die Bedeutung des Lord Halifax für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hervorhebt, so hat er insofern recht, als bei Halifax sehr viele Fäden zusammenliefen. Auch die deutschen Oppositionellen sind in mehreren Fällen - über Vansittart hinaus - bis zu Halifax vorgedrungen, während Chamberlain sich ihnen gegenüber zurückgehalten hat.

Ohne die inzwischen bekannt gewordenen Dokumente zu kennen, schrieb Ribbentrop bereits in Nürnberg:

„Es besteht heute keinerlei Zweifel mehr, daß England in den letzten Augusttagen die Möglichkeit gehabt hätte, durch einen Wink in Warschau die Krise und damit die Kriegsgefahr zu beseitigen. Daß die britische Regierung das bewußt nicht tat, zeigt, daß England zum Kriege entschlossen war.

Wir wußten damals allerdings noch nicht, daß man in London auf die bereits erwähnte Verschwörergruppe von maßgebendsten deutschen Militärs und Politikern rechnete und dadurch zu einem leichten Sieg über Deutschland zu kommen hoffte. Diese Verschwörerkreise haben daher einen entscheidenden Anteil am Ausbruch des Krieges. Sie haben alle unsere Bemühungen, zu einer friedlichen Lösung zu kommen, in den letzten Augusttagen vereitelt und bei der englischen Kriegsentscheidung den Ausschlag gegeben" (Ribbentrop S. 203).

Welche Erwartungen immer die britische Regierung gehegt hat - ob sie den ihr im September 1938 und im März 1939 angekündigten Militärputsch sofort nach Kriegsausbruch oder erst nach einigen Monaten erwartete, wie Habfax dem amerikanischen Botschafter zu verstehen gab: Sie rechnete jedenfalls bestimmt damit, daß im Kriege tiefgreifende Veränderungen in Deutschland stattfinden werden, „ehe eine Weltkatastrophe eintritt".

Diese Einstellung bestätigte sich, als London am 18. Dezember 1939 durch einen Mittelsmann den inzwischen nach Bern versetzten früheren deutschen Geschäftsträger in London Theo Kordt darauf hinweisen ließ, „daß den Engländern an einer deutschen Umwälzung lag, bevor man sich in einem totalen Krieg engagiert hatte" (Kosthorst S. 114). Es war ein „billiger Krieg", den die geheime deutsche Opposition der britischen Regierung als eine Möglichkeit, wenn nicht sogar als Gewißheit, vor Augen geführt hatten.

Die historische Frage, warum der von Chamberlain und Halifax spätestens für Herbst 1939 erwartete „Kollaps"

durch „einen deutschen Staatsstreich" (Kosthorst S. 89) nicht erfolgte, ist schwierig zu beantworten.

Nach den heute zur Verfügung stehenden Unterlagen scheint es das Problem der zivilen Seite der Verschwörung gewesen zu sein, die militärische Seite zum Handeln zu bewegen. Im September 1938 - während der Tschechenkrise — waren bereits militärische Dispositionen getroffen worden, um sofort nach einem Kriegsausbruch einen Putsch durchzuführen. Dieser Sachverhalt wurde in London nachdrücklich bekanntgemacht (vgl. S. 212 f.).

Auf ähnliche militärische Vorkehrungen während der Polenkrise 1939 dagegen enthält die bisher veröffentlichte deutsche Widerstandsliteratur nur wenige Hinweise. Nach Kosthorst (S. 21) war bei Kriegsausbruch der frühere Chef der Heeresleitung, Generaloberst von Hammerstein-Equord

„bereit zu handeln, sobald ihm wieder ein Truppenkommando übergeben würde. Der ‚rote General' hatte schon seit langem Kontakt mit Gewerkschaftsführern aller Richtungen. An seiner Entschlossenheit bestand nicht der geringste Zweifel. ‚Er sei ein Mann ohne Nerven, der sich, wenn es so weit sei, eine Brasilzigarre anzünden, sich in seinen Sessel setzen und den Befehl zum Feuern geben werde', hatte Brüning im Frühjahr 1939 in London zu Pechel gesagt. Jetzt bekam er das Kommando über die Armee-Abteilung A, die die Grenzen gegen die neutralen Staaten bis Wesel zu sichern hatte. Über die Einzelheiten seines Planes, Hitler noch während des Polenfeldzuges zu einem Besuch an der Westfront zu verlocken, um sich dann seiner zu bemächtigen, waren keine näheren Angaben zu ermitteln; vor allem ist nicht zu erkennen, wie man sich den weiteren Gang der Dinge nach der Verhaftung oder Beseitigung vorstellte, und welche Persönlichkeiten eingeweiht waren."

Schlabrendorff (S. 33) berichtet, es sei ihm gelungen, noch nach der britischen Kriegserklärung am 3. September 1939 im Berliner Hotel Adlon dem ihm „gut bekannten Ersten Botschaftsrat Sir George Ogilvie-Forbes" „von dem bevorstehenden Plane Hammersteins Mitteilung zu machen".

Die Aussagen von Gisevius in Nürnberg geben zu der Vermutung Anlaß, daß die zivilen Verschwörer ihre Ratschläge an die britische Regierung nicht zuletzt von dem Gedanken bestimmen ließen, durch die englische Politik die deutschen Generale zum Handeln zu bewegen. So sagte Gisevius am 15. April 1946 für den Frühsommer 1939 aus,

„daß nunmehr die Generale und das Volk davon überzeugt waren: dieser Hitler kann machen, was er will, niemand wird ihm in den Arm fallen, er ist von der Vorsehung geschützt. Dies alarmierte uns. ... Wir sahen, ein Krieg ist nur zu verhindern, wenn die Westmächte unzweideutig nicht nur dem Außenminister, nicht nur Hitler, sondern mit allen Mitteln der Propaganda dem deutschen Volke klarmachen, daß nunmehr jeder weitere Schritt nach dem Osten den Krieg bedeute. Dies schien uns die einzige Möglichkeit, die Generale zu warnen und sie zu einem Putsche zu bewegen, und dieser Möglichkeit dienten die Gespräche, die Schacht, Goerdeler und ich unmittelbar nach Prag in der Schweiz führten" (IMT XII S. 243 f.).

In der Schweiz führte nach Gisevius' Aussage Reichsbankpräsident Schacht mit seinem britischen Kollegen Montague-Norman, „einem engen Vertrauten des englischen Premierministers Chamberlain", Gespräche im gleichen Sinne und beschwor ihn, „die englische Regierung solle nunmehr die notwendigen Klarstellungen unternehmen". Das Schlagwort der Verschworenen gegenüber dem Ausland lautete: „Ihr müßt Nazis gegen Deutsche ausspielen" (IMT XII S. 245).

Daß die Sorge um die Haltung der Generale die Verschwörergruppe in Berlin bewegte, unterstrich Gisevius in seiner Aussage:

„Wir warnten davor, daß jetzt diese Gespräche um Danzig isoliert geführt würden, weil Hitler nicht Danzig wollte, sondern ganz Polen, weil er nicht Polen wollte, sondern die Ukraine, daß es deswegen darauf ankam, auch in der Propaganda des Auslandes nach Deutschland hin unbedingt klarzustellen, daß jetzt das Limit erreicht sei, und daß die Westmächte einschreiten würden. Wir sagten, daß wir nur dann die Möglichkeit zu einem Putsch hätten" (IMT XII S. 244).

Als Folge dieser Berichte wurde nicht nur von französischer, sondern auch

„sehr bald von englischer Seite durch öffentliche Erklärungen - sei es im Radio, sei es in der Presse, sei es im Unterhaus - damit begonnen, diese Zweifel bei der deutschen Generalität und beim deutschen Volke zu beheben. Es ist von nun an zunehmend von englischer Seite alles geschehen, was geschehen konnte, um die deutschen Generale zu alarmieren." (IMT XII S. 244.)

Gisevius erklärte weiter, man habe sich während der „Augustkrise" bemüht, „ein neues München oder Prag" zu verhindern und verzweifelt versucht,

„auf die führenden Generale, insbesondere auf Keitel, einzuwirken, daß der entscheidende Marschbefehl gegen Polen nicht gegeben würde" (IMT XII S. 245).

Als dann aber am 25. August abends Hitler die seit dem 23. August eingeleiteten militärischen Maßnahmen widerrief (vgl. S. 456), war den Verschwörern dieser Schritt unwillkommen. Gisevius berichtete darüber in Nürnberg:

„Als wir im OKH ankamen und unten auf der Straße an einer Ecke warteten, sandte Canaris uns Oster und das war der Augenblick, wo Hitler plötzlich zwischen 6 und 7 Uhr den Widerruf seines Marschbefehls an Halder gegeben hatte. Leider standen nunmehr Canaris und Thomas und unser ganzer Freundeskreis unter dem Eindruck, daß dieser Widerruf eines Marschbefehls ein unerhörter Prestigeverlust von Hitler sei. Oster meinte noch, es sei in der Kriegsgeschichte nicht dagewesen, daß ein Oberbefehlshaber einen so einschneidenden Befehl ... zurücknahm" (IMT XII S. 247)*).

* Über seine Einstellung und Erlebnisse nach Kriegsausbruch berichtete Gisevius dem Nürnberger Gerichtshof:

„Ich bin am Tage des Kriegsausbruchs mit einem gefälschten Einberufungsbefehl von General Oster in die Abwehr einberufen worden... dann blieb ich zur Verfügung von Canaris und Oster, ohne irgendwelche direkten Dienste zu tun ... Sofort nach Kriegsausbruch stand Generaloberst Beck an der Spitze aller oppositionellen Bewegungen, die überhaupt in Deutschland tätig waren, mit Ausnahme der Kommunisten, zu denen wir damals keine Fühlung hatten ... Beck berief als seinen engsten Mitarbeiter Dr. Goerdeler" (IMT XII S. 248).

Schacht bestätigte in Nürnberg „die Darstellung von Gisevius in jedem einzelnen Punkt als korrekt" (IMT XII S. 597). Gisevius erklärte, daß Schacht, als „Hitler Halder zum Marsche angewiesen hatte", gemeinsam mit General Thomas und Admiral Canaris bei Brauchitsch und Halder intervenieren wollte, um sie zu veranlassen, dem „Kriegsbefehl" keine Folge zu leisten. Dies scheiterte, weil Haider sich verleugnen und nur bestellen beß, „er wolle Schacht nicht sehen" (IMT XII S. 246f.).

Erich Kordt berichtet von ähnlichen Erfahrungen:

„In der Nacht vom 30. auf den 31. August bat ich den Verbindungsmann des Auswärtigen Amts beim Kriegsministerium, mir noch am gleichen Tage Gelegenheit zu einer Unterredung mit dem Oberbefehlshaber des Heeres und dem Generalstabschef zu verschaffen. Er versprach sein Möglichstes zu tun. Am Nachmittag

Außerdem, so fuhr Gisevius fort, stieß nach Kriegsausbruch die „Linke nun auch zu unserer zivilen Front. Ich nenne da nur noch Leuschner und Dr. Karl Mühlendorf. Aber ich muß ebenso die christlichen Gewerkschaften nennen, Dr. Habermann und Dr. Jakob Kaiser. Ich muß weiter katholische Kreise nennen, die Führer der Bekenntniskirche oder solche einzelnen Politiker, wie den Botschafter von Hassell, den Staatssekretär Planck, den Minister Popitz und viele, viele andere".

Vom Verteidiger Dr. Dix wurde Gisevius gefragt:
„Wie war denn nun die Einstellung dieser Linkskreise speziell zur Frage eines Putsches, einer gewaltsamen Beseitigung Hitlers oder gar eines Attentates ? Beschäftigten die sich auch mit dem Gedanken eventuell eines Attentates, wie es ja später in Ihrer Gruppe vorgetragen wurde?"

Gisevius antwortete:

„Nein. Die Linkskreise standen sehr stark unter dem Eindruck, daß die Dolchstoßlegende unerhörten Schaden in Deutschland angerichtet hatte, und die Linkskreise glaubten sich nicht noch einmal der Gefahr aussetzen zu dürfen, daß man hinterher sagte, Hitler oder die deutsche Armee sei nicht im Felde besiegt worden. Die Linke war jahrelang der Meinung, es müsse unbedingt nun dem deutschen Volk bewiesen werden, daß der Militarismus sich in Deutschland selber mordete, so bitter auch diese Erfahrungen dem deutschen Volke zu stehen kommen würden" (IMT XII S. 249).

trat er sehr niedergeschlagen in mein Büro. ‚Es ist nicht mehr gelungen', sagte er, ‚sie haben Berlin bereits verlassen'" (Kordt II S. 331).

Die Gründe, die das Zögern der mitverschworenen Militärs verursachten, schildert Rothfels (S. 88) wohl zu allgemein, wenn er meint, die Generale seien damals und später „gelähmt" gewesen „durch den Zweifel, wie die jüngeren Offiziere sich stellen würden". Oder an anderer Stelle: „Die Nazi-Anhänger oder die schwankenden Nicht-Nazis vereitelten alle Versuche" (Rothfels S. 92). Hoggan schreibt, daß zur „Zeit der Unterzeichnung des deutsch-russischen Paktes" die militärische „Verschwörertätigkeit gegen Hitler ... weniger ausgedehnt" gewesen sei als 1938 während der Tschechenkrise:

„Einige kleine Verschwörergruppen hofften nach wie vor darauf, Angehörige des Adels, die die meisten Führungsstellen in der Wehrmacht innehatten, dazu bringen zu können, Hitler während dieser Krise zu verhaften. Dabei wurde geltend gemacht, das Deutschland Hitlers bilde ein neues Offizierskorps aus dem Volke heran, so daß der Rest der dem Adel vorbehaltenen Privilegien dahinschwände, wenn das Hitler-Regime bestehen bleibe. Doch reichten die Bedenken der weitaus überwiegenden Mehrzahl des deutschen Offizierskorps nicht aus, um solchen Plänen zuzustimmen, als man sie daraufhin ansprach. Das war vor allem nach dem Abschluß des Paktes mit Rußland am 23. August 1939 der Fall" (Hoggan S. 635).

Auch Kordt berichtet über die Wirkung, die der deutsch-russische Pakt bei den militärischen Teilnehmern der Verschwörung ausübte:

„Als sich das Hitler-Stalin-Übereinkommen im Gegensatz zu meinen aus London mitgebrachten Nachrichten am Horizont abzeichnete, war die Einschätzung meiner politischen Urteilsfähigkeit bei den Herren in der Bendlerstraße auf einen recht niedrigen Stand gesunken. ‚Dieser Emil ist doch schlauer als Sie meinten, lieber Kordt, und auch schlauer als Ihre Londoner Freunde', begrüßte mich Oberst Oster" (Kordt II S. 324).

Man darf in der Tat nicht übersehen, daß einflußreiche militärische Kreise dem Hitler-Pilsudski-Pakt von 1934 ebenso

ablehnend gegenüberstanden wie jeder seitherigen deutsch-polnischen Verständigungspolitik. Jetzt aber hatte Hitler — nach den wiederholten und schließlich endgültigen Absagen aus Warschau — eine ihnen vertraute und sympathische Position bezogen: Seit den 20er Jahren begünstigte die Bendlerstraße eine gegen Polen gerichtete militärische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion als Seecktsche Tradition.

Das allerdings waren psychologische Unterschiede, über die die britische Regierung von ihren deutschen Informanten wohl nicht ausreichend unterrichtet worden war.

Chamberlain hätte sich und dem englischen Volk historische Enttäuschungen erspart, hätte er beachtet, was der Hohe Kommissar Burckhardt der englischen Regierung am 13. August 1939 über Hitlers Äußerung ihm gegenüber in bezug auf die Polenkrise berichtet hatte:

„Letztes Jahr waren meine Generale vorsichtig und ich hatte sie voranzutreiben. Dieses Jahr habe ich sie zurückzuhalten" (Burckhardt S. 344).

CHAMBERLAINS DEUTSCHLAND-POLITIK

Neville Chamberlain war der Sohn des bedeutenden britischen Staatsmannes Joseph und Bruder des Nationalisten Austen Chamberlain. Er gehörte der konservativen Partei an und hatte als Schatzkanzler die Politik Baldwins — der Eduard VIII. zum Rücktritt veranlaßte und den Rhein als Englands Grenze ansehen wollte - unterstützt und vorangetrieben. Mit der Empfehlung Churchills wurde Chamberlain im Sommer 1937 zum Premierminister gewählt. Auch als Regierungschef verteidigte er den durch Versailles entstandenen status quo in Europa und hielt an der traditionellen britischen Politik der balance of power für den Kontinent fest.

Diese englische „Gleichgewichtspolitik" bewirkte in Europa eine Art Gegenauslese: Sie stärkte die schwächeren und schwächte die stärkeren Staaten. Dadurch wurde die Widerstandskraft des Kontinents nach außen gelähmt. Als sich die britische Politik seit der Bismarckschen Reichsgründung gegen Deutschland orientierte und 1918 zur Niederlage des Reiches geführt hatte, wurde Europa seit den 30er Jahren in die Gefahr gebracht, sich gegenüber dem ideologischen und militärischen Druck des bolschewistischen Ostens nicht mehr behaupten zu können.

Die konservative Regierung hatte unter Chamberlains Vorgänger 1935 den Flottenvertrag mit Deutschland abgeschlossen, der einen Krieg zwischen den beiden Staaten ausschalten

sollte und die Gleichberechtigung des Reiches anerkannte. Gleichzeitig aber tolerierte London das französisch-russische Militärbündnis, das das europäische Gleichgewicht zuungunsten Deutschlands weiter veränderte und den Locarno-Pakt praktisch außer Kraft setzte. Darauf folgte 1936 auf deutscher Seite die Wiederherstellung der Wehrhoheit im Rheinland. Der polnische Außenminister Beck erklärte sich bei dieser Gelegenheit bereit, einen französischen Präventivkrieg gegen Deutschland zu unterstützen. Damit stellte er sich gegen den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt, den Hitler mit Pilsudski 1934 abgeschlossen hatte.

Im gleichen Jahr 1936 war Itaben durch Mussolinis Abessinien-Sieg in Gegensatz zu England gebracht und dadurch das Zustandekommen der Achse Berlin-Rom bewirkt worden. Beide Staaten unterstützten seit Juli 1936 die nationale Regierung Francos in Spanien, während London weiterhin die rot-spanische Regierung begünstigte, weil es ein engeres Zusammengehen der drei antikommunistischen Staaten in Europa fürchtete.

Ein enghsch-französischer Krieg gegen das faschistische Itaben schien damals möglich und Hitler mußte über die Position Deutschlands in einem solchen Mittelmeerkonflikt Überlegungen anstellen, wie es z.B. bei der Besprechung am 5. November 1937 geschah (vgl. S. 31 ff.).

Der britische Lordsiegelbewahrer Habfax hatte am 19. November 1937 im Namen seiner Regierung ausdrücklich die Berechtigung der vier deutschen Revisionsforderungen anerkannt, das heißt die friedliche Lösung der österreichischen, der sudetendeutschen, der Danziger und Korridor-Frage, die lediglich rein deutsche Gebiete an Deutschland zurückgliedern sollten. Das Programm der „Vereinigung aller Deutschen im Reich" war von Hitler bereits seit 1920 in aller Offentlichkeit vertreten worden. Habfax erkannte 1937 dieses Revisionsprogramm an und erklärte Englands Zustimmung bei einer

friedlichen Lösung. Ribbentrop vertrat als Botschafter in London im Gegensatz zum Auswärtigen Amt in Berlin die Ansicht, daß England nur an „Zeitgewinn" denke, weil es mit seinen politischen und militärischen Bündnissen noch im Rückstand sei. Er berichtete in seinen „Schlußfolgerungen" vom 2. Januar 1938 an Hitler persönlich, daß es seiner Überzeugung nach Englands Ziel sei, Deutschland zu isolieren, d.h. die Bundesgenossen des Reiches in die britische Allianz hinüberzuziehen. England bleibe bemüht, evtl. auch unter großen Opfern, zu Italien und Japan wieder ein gutes Verhältnis herzustellen, d.h. Deutschland auszukaufen. Dann, wenn die britische Bündniskonstellation stärker als die deutsche sei, würde England kämpfen! (Vgl. S. 120ff.)

Chamberlain erschien die Aussicht auf eine amerikanische Allianz, die sich durch Roosevelts wachsendes Interesse in Europa anbot, zunächst nicht sehr verlockend. Er mißtraute der Möglichkeit, „Amerika in unsere Berechnungen einbeziehen zu können" und hielt es „immer für das beste und sicherste, von den Amerikanern nichts anderes zu erwarten als Worte". Diese Einstellung wird ihm von Feiling* als „fast zu endgültig" vorgeworfen. Im Gegensatz zu Eden und Churchill wollte Chamberlain es vermeiden, sein Land in die politische Abhängigkeit dieses mächtigen Verbündeten zu treiben. Da damals die deutsche Bündniskonstellation in Europa der englischen noch ebenbürtig war, nahm Chamberlain den Anschluß Österreichs fast widerspruchslos hin und führte auch im Sommer 1938 die Verhandlungen über eine friedliche Rückgliederung des Sudetenlandes an das Reich im positiven Sinne für Deutschland. Der Premier sah zu dieser Zeit noch „keine vernünftige Aussicht", Deutschland in einer „vernünftigen Zeitspanne auf die Knie zu zwingen". Zwar haben schon zwischen Mai und August 1938 deutsche Oppositionelle London aufgesucht, um die Lage für einen Umsturz

*** Vgl. Feiling S. 325.**

in Deutschland zu sondieren. Aber Chamberlain nahm zunächst diese deutschen „Jakobiten" nicht sehr wichtig *. Eine wirklich neue Sicht eröffnete sich dem britischen Premierminister erstmals in der Nacht des 7. September 1938, als der in London akkreditierte deutsche Geschäftsträger Downingstreet 10 durch die Hintertür betrat und eine „Botschaft" des Staatssekretärs von Weizsäcker mit Berufung auf oppositionelle deutsche Militärs überbrachte. Seitdem durfte die britische Regierung damit rechnen, daß ein einflußreicher deutscher Verschwörerkreis Hitler und sein Regime beseitigen würde, wenn London die gewünschte Unterstützung gewähre.

Damit hatte sich insgeheim ein wichtiger Bundesgenosse dem britischen Lager angeschlossen, der - davon war jedenfalls Chamberlain überzeugt — Deutschland eines Tages von innen heraus besiegen werde. Der britische Premierminister sah nun endlich die vernünftige Aussicht, Deutschland in einer vernünftigen Zeitspanne auf die Knie zu zwingen. Der Pakt mit der geheimen deutschen Opposition hat das britische Allianzsystem entscheidend gestärkt, die deutsche Bündniskonstellation aber in nicht kalkulierbarem Ausmaß geschwächt. Damit war, unsichtbar für die Reichsregierung, eine Lage geschaffen worden, vor der Ribbentrop am 2. Januar 1938 Hitler gewarnt hatte, nämlich, daß seiner Überzeugung nach England dann „immer schlagen werde", wenn es mit seinen Verbündeten stärker dastehe als Deutschland und seine Freunde.

Während Chamberlain bis zu Weizsäckers „Botschaft" zur Niederringung Deutschlands mit einem europäischen Krieg rechnen mußte, der trotz - und infolge - amerikanischer Hilfe auch England bedeutend schwächen, die USA aber entscheidend stärken werde, glaubte er ab Herbst 1938,

* Vgl. Seite 193.

daß es durch die Unterstützung und die Versprechungen der deutschen Verschwörer zu einem langdauernden „totalen" Krieg in Europa nicht kommen werde, und damit auch zu keiner Schwächung Englands. Die britische Regierung war nun davon überzeugt, daß ihr der Kriegsausbruch einen billigen Sieg über Deutschland schenken werde.

Es ist zweifellos eine ganz persönliche Frage, wie ein jeder zur geheimen deutschen Opposition steht, ob man ihr zugehört hat, ob man sie später verteidigte oder ihr heute verständnislos gegenübersteht. Aber es wird niemand, vor allen Dingen nicht dem Geschichtsforscher, erspart bleiben, sich mit den Folgen der Eingriffe, die hinter dem Rücken der Reichsregierung stattfanden, auseinanderzusetzen*.

Chamberlain fuhr zwar noch im September 1938 nach Berchtesgaden, Godesberg und München, nicht zuletzt, um für die britische Aufrüstung Zeit zu gewinnen. Auch standen Polen und Italien noch auf der deutschen Seite. Aber schon in den Oktoberwochen 1938 vollzog die britische Regierung eine grundlegende Änderung ihrer Politik gegenüber Deutschland. Fast über Nacht stellte Chamberlain seine Bedenken gegen die wirtschaftlichen und militärischen Unterstützungszusagen Roosevelts zurück. Erst nach den Versprechungen der deutschen Verschwörer sah Chamberlain die Aussicht, den Sieg über Deutschland zu erringen, ohne das amerikanische Eingreifen abwarten zu müssen. Er glaubte, daß auf diese Weise der Versailler status quo in Europa wiederhergestellt würde und daß dann das ungeschwächte Empire mit seiner politischen Kontrolle über den Kontinent gegenüber den USA wieder eine ebenbürtige Weltrolle spielen könne.

In dieser Konzeption wird das Verhalten der britischen Regierung gegenüber Polen verständlich, ihre bis in die letzten

*** Vgl. Aufsatz der Verfasserin in „Deutsche Hochschullehrer-Zeitung", Tübingen 1958, Heft 1, S. 3 ff.**

Augusttage 1939 zutage tretende Befürchtung, Polen könne doch in Deutschlands Arme getrieben werden und ihre völlige Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal, dem sie — vor allem nach dem Ribbentrop-Molotow-Pakt - Polen auslieferte. Es war für die britischen Führer „eine schreckliche Vorstellung, daß polnischer Verhandlungswille das nationalsozialistische Regime* retten kann".

Chamberlain scheint gehofft zu haben— ähnlich wie Pitt der Jüngere durch den Verrat Talleyrands an Napoleon—, als einer der großen Engländer in die Geschichte einzugehen, die mit geringem Einsatz große Erfolge erzielten. Die heutige englische Kritik findet an Chamberlains Deutschlandpolitik vor allem den Fehler, daß die Kalkulationen ihres Premierministers nicht aufgegangen sind. Denn dadurch mußte das Empire einen nicht beabsichtigten Krieg auf Leben und Tod führen.

Heute steht England im Schatten der beiden Weltmächte des Westens und des Ostens. Die sogenannte Dritte Macht wird in absehbarer Zeit durch die Völker unseres Kontinents kaum mehr zu errichten sein. Hitler wollte durch den Zusammenschluß Europas mit dem damaligen „Greater Britain" ein Weltgleichgewicht herbeiführen. Roosevelt aber glaubte, eine solche Entwicklung verhindern zu müssen. Die Einigung zwischen England und Deutschland bedeutete einem amerikanischen Präsidenten, der die USA-Ein-Welt anstrebte und für erreichbar hielt, das größte Hindernis. Seit 1937 bemühten sich Hitler und Roosevelt um England. Das ist die Erklärung für die viel kritisierte sogenannte unglückliche Liebe Hitlers zu dem Britischen Reich. Er hatte in Wirklichkeit recht reale Gründe für seine wiederholten Bemühungen, ein Zusammengehen der beiden Länder zu erreichen. In einem Bündnis mit. England sah er nicht nur die Stellung Deutschlands als Großmacht gefestigt, sondern auch die Erhaltung

*** Henderson an Halifax am 31. August 1939, vgl. S. 495.**

des britischen Empires und damit Europa als Dritte Macht sichergestellt. In dieser Konzeption sah er Polen nicht als Gegner sondern als einen natürlichen Verbündeten gegen die Sowjetunion an, die er nicht zu Europa rechnete und gegen die allein sich sein politisches Denken richtete.

Ribbentrop schrieb rückblickend in Nürnberg:

„Adolf Hitler war bis zum Schluß der Überzeugung, es sei die große Tragik dieses Krieges, daß in der Auseinandersetzung zweier Welten - zwischen dem Osten und dem Abendland - der Westen dem Volk, das diesen Kampf für Europa und für die ganze Kulturwelt führe, in den Rücken falle" (Ribbentrop S. 268).

Weil die englische Führung nicht bereit war, sich gemeinsam mit einem starken Deutschland in einem europäischen Block gegen den Weltführungsanspruch Roosevelts und gegen den östlichen Bolschewismus zu stellen und weil sie mit falschen Hoffnungen rechnete, verbündete sie sich schließlich mit den Vereinigten Staaten von Amerika, um das Deutsche Reich zu vernichten. Nur dadurch wurde der damals noch nicht zu seiner vollen Stärke entwickelte sowjetische Staat zu jener Macht, gegen die sich heute die Abwehr der gesamten westlichen Welt richtet.

Chamberlains Deutschlandspolitik brach im Mai 1940 mit dem Beginn des Westfeldzuges zusammen: Bis dahin hatte er im Vertrauen auf die deutschen Verschwörer daran geglaubt, seinem eigenen Lande die Tragik eines großen Krieges ersparen zu können. Nur für ein — wie ihm schien — fast risikofreies Landeunternehmen in Norwegen gab er seine Zustimmung. Als es gescheitert war und der harte Kampf in Westeuropa vor der Tür stand, mußte er die Führung des Empires einem Churchill übergeben, der sich Roosevelt unterstellte. Nun mußte England den totalen Krieg mit Hilfe der USA durchkämpfen. Gerade das aber hatte Neville Chamberlain vermeiden wollen.

Auch der ehemalige Hohe Kommissar von Danzig kann sich der tragischen Erkenntnis nicht verschließen, daß Europa ohnmächtig geworden ist. Er beendet seine Memoiren mit der Feststellung, daß

„man während der Jahre des Kampfes und über den Kampf hinaus nicht begriffen hat, daß hinter der Episode des Nationalsozialismus die eigentliche Entscheidung erst einsetzte" (Burckhardt S. 353).

Jedenfalls ist mit der Niederlage Deutschlands schließlich das „Bollwerk des Westens gegen den bolschewistischen Osten" — Lord Halifax zu Hitler am 19. November 1937 — zerstört worden. Zur englischen Kriegserklärung vom S.September 1939 schrieb Ribbentrop in Nürnberg:

„Daß wegen des Danzig-Korridor-Problems der deutsch-englische Krieg ausbrach, ist die Tragik Europas. Ich bin sicher, daß Adolf Hitler eine Lösung dieser Frage im deutschen Sinne letzten Endes auch als im englischen Interesse liegend beurteilt hat. Er fürchtete immer, daß der erwachte Osten eines Tages eine gewaltige Macht entfalten werde. Er hat die Bereinigung des deutsch-polnischen Verhältnisses auch deshalb erstrebt, um bessere strategische Abwehrpositionen zu gewinnen."

ABKÜRZUNGS- UND LITERATURVERZEICHNIS

ADAP	Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918- 1945 Aus dem Archiv des deutschen auswärtigen Amtes, Band I-VII, Baden-Baden 1950-1956
Beck	Josef Beck: Dernier Rapport, Genf 1951
Berndorff	Hans Rudolf Berndorff: General zwischen Ost und West, Aus den Geheimnissen der deutschen Republik, Hamburg 1951
Berber	Friedrich Berber: Das Diktat von Versailles I-II, Essen 1939
Boveri	Margret Boveri: Der Verrat im XX. Jahrhundert, Für und gegen die Nation, Band I-IV, Hamburg 1956-1960
Bonnet	Georges Bonnet: Vor der Katastrophe, Erinnerungen des französischen Außenministers 1938-1939, Köln 1951
Breyer	Richard Breyer: Das Deutsche Reich und Polen 1932-1937, Außenpolitische und Volksgruppenfragen, Würzburg 1955
Burckhardt	Carl J. Burckhardt: Meine Danziger Mission 1937-1939, München 1960
Coulondre	Robert Coulondre: Von Moskau nach Berlin, Bonn 1950
Churchill	Winston S. Churchill: Der Zweite Weltkrieg, Deutsche Ausgabe, Bern 1948 ff.
Colvin	Jan Colvin: Master Spy, The incredible story of Admiral Wilhelm Canaris who, while Hitlers Chief of Intelligence, was a secret ally of the British, New York 1951

Dallin	**David J. Dallin: Die Sowjet-Spionage, Prinzipien und Praktiken, Köln 1956**
Dahlems	**Birger Dahlerus: Der letzte Versuch London-Berlin Sommer 1939, München 1948**
Dulles	**Allen Welsh Dulles: Verschwörung in Deutschland, Zürich 1948**
Feiling	**Keith Feiling: The Life of Neville Chamberlain, London 1946**
Foerster	**Wolfgang Foerster: Ein General kämpft gegen den Krieg, München 1949**
Francois-Poncet	**André Francois-Poncet : Als Botschafter in Berlin 1931-1938, Mainz 1949**
Freund	**Michael Freund: Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Dokumenten I—III, Freiburg 1953-1955**
Geyr	**Leo Freiherr Geyr von Schweppenburg: Erinnerungen eines Militarattachés, Stuttgart 1949**
Giovannetti	**Alberto Giovannetti: Der Vatikan und der Krieg, Köln 1961**
Henderson	**Nevile Henderson: Failure of a Mission, Berlin 1937-1939, London 1940**
Hoare	**Samuel Hoare: Neun bewegte Jahre, Düsseldorf 1955**
Hoggan	**David L. Hoggan: Der erzwungene Krieg - Die Ursachen und Urheber des Zweiten Weltkrieges, Tübingen 1961**
Hohlfeld	**Dr. Johannes Hohlfeld: Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte 1933-1945, I-IV, Berlin - München 1951**
Horn	**Martin Horn: Halder - Schuld oder Tragik, München 1948**
Horthy	**Nikolaus von Horthy: Ein Leben für Ungarn, Bonn 1953**
Hoßbach I	**Friedrich Hoßbach: Von der militärischen Verantwortlichkeit in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 1948**

Hoßbach II	**Friedrich Hoßbach: Zwischen Wehrmacht und Hitler 1934-1938, Wolfenbüttel 1949**
Hoßbach III	**Friedrich Hoßbach: Die Entwicklung des Oberbefehls über das Heer in Brandenburg, Preußen und im Deutschen Reich von 1655-1945, Würzburg 1957**
Jacobsen	**Hans A. Jacobsen: 1939/1945 Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, Darmstadt 1961**
IMT	**Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg 14. November 1945 - 1. Oktober 1946, I-XLII, Nürnberg 1948**
Kosthorst	**Erich Kosthorst: Die deutsche Opposition gegen Hitler, Bonn 1957**
Kordt I	**Erich Kordt: Wahn und Wirklichkeit, Stuttgart 1948**
Kordt II	**Erich Kordt: Nicht aus den Akten ..., Stuttgart 1950**
Lansing	**Robert Lansing: The Peace Negotiation, Boston 1921**
Ludwig	**Emil Ludwig: Roosevelt, Studie über Glück und Macht, Amsterdam 1938**
Meinck	**Gerhard Meinck: Hitler und die deutsche Aufrüstung 1933-1937, Wiesbaden 1959**
Meißner	**Otto Meißner: Staatssekretär unter Ebert-Hindenburg - Hitler, Hamburg 1950**
Papen	**Franz von Papen: Der Wahrheit eine Gasse, München 1952**
Poln. Dok.	**Weißbuch der Deutschen Regierung, Herausgegeben vom Auswärtigen Amt Nr. 3, Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Folge 1, Berlin 1940**
Ribbentrop	**Joachim von Ribbentrop: Zwischen London und Moskau, Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen, Leoni 1953**
Rönnefarth	**Helmuth Rönnefarth: Die Sudetenkrise in der Internationalen Politik I-II, Wiesbaden 1961**
Rothfels	**Hans Rothfels: Die Deutsche Opposition gegen Hitler, Krefeld 1951**

Rühle	Gerd Rühle: Das Dritte Reich, Dokumentarische Darstellung des Aufbaues der Nation, Berlin 1936
Schlabrendorff	Fabian von Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler, Zürich 1946
Schmidt	Dr. Paul Schmidt: Statist auf diplomatischer Bühne 1923-1945, Bonn 1949
Schmidt-Prozeß	Der Hochverratsprozeß gegen Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht, Wien 1947
Schuschnigg I	Kurt von Schuschnigg: Dreimal Österreich, Wien 1937
Schuschnigg II	Kurt von Schuschnigg: Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot, Zürich 1945
Schulthess	Schulthess: Europäischer Geschichtskalender, Bände 1933-1940, München 1934-1942
Szembek	Jan Szembek: Journal 1933-1939, Paris 1952
Taylor	A. J. P. Taylor: The origins of the second world war, London 1961
Tansill	Charles C. Transill: Die Hintertür zum Kriege. Das Drama der internationalen Diplomatie von Versailles bis Pearl Harbour, Düsseldorf 1956
Vansittart I	Robert Vansittart: Black record, London 1941
Vansittart II	Robert Vansittart: The mist procession, London 1958
Vertrags-Ploetz	Konferenzen und Verträge, Ein Handbuch geschichtlich bedeutsamer Zusammenkünfte, Vereinbarungen, Manifeste und Memoranden, I-II, Bielefeld 1953 u. I-IV, Würzburg 1959
WdG	Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten I-IV, Essen 1942
Weizsäcker	Ernst von Weizsäcker: Erinnerungen, München 1950
Wilhelmstraßenprozeß	Das Urteil im Wilhelmstraßenprozeß, herausgegeben von Dr. Robert Kempner, München 1950

NAMENVERZEICHNIS

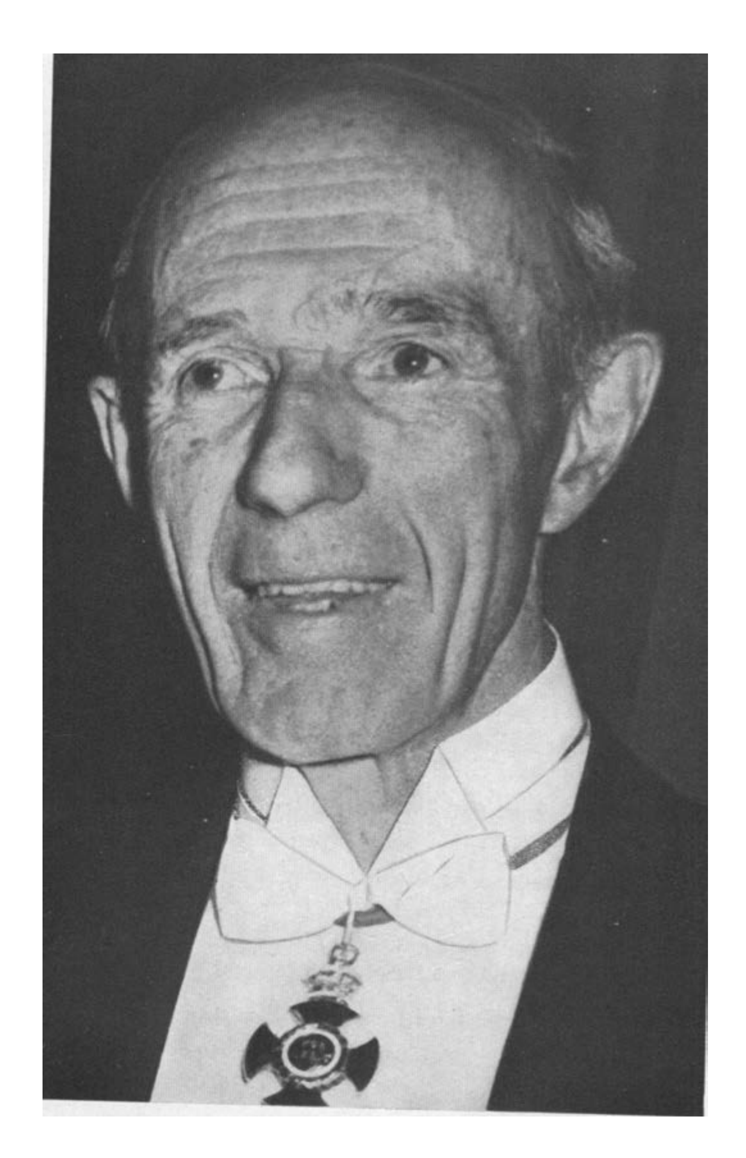


General der Infanterie a. D. Friedrich Hoßbach

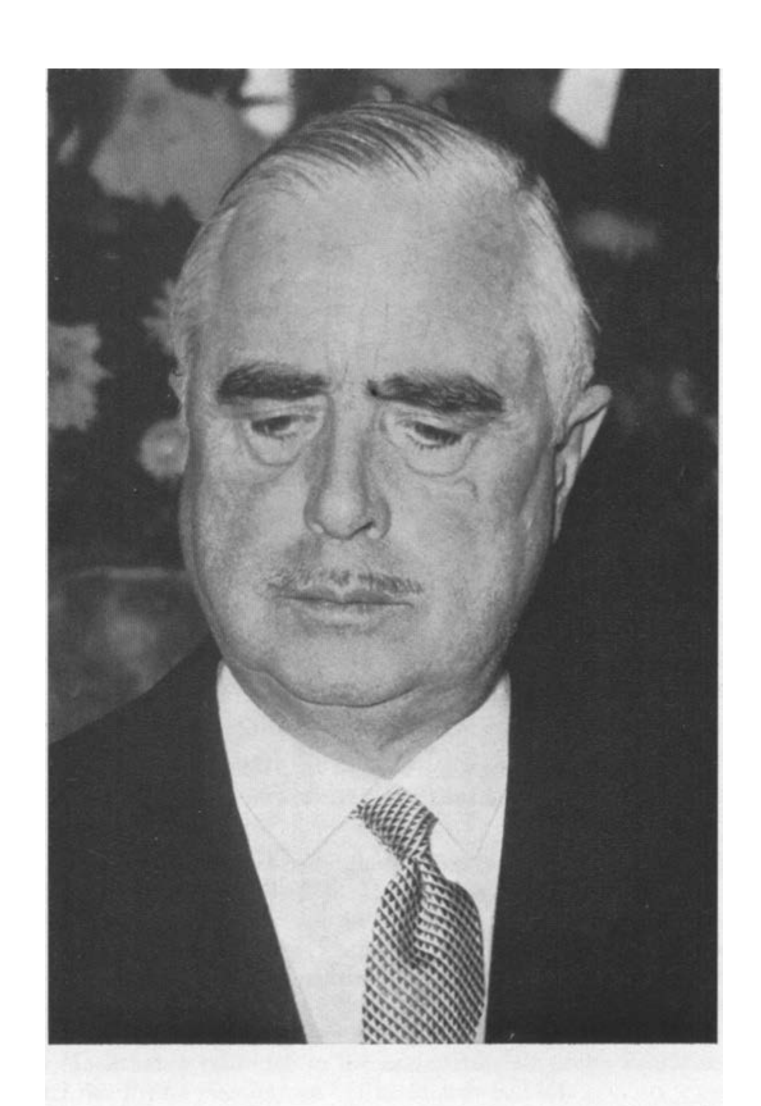
Aufnahme aus dem Jahre 1950



Generaloberst Ludwig Beck



Edward Frederick Lord Halifax



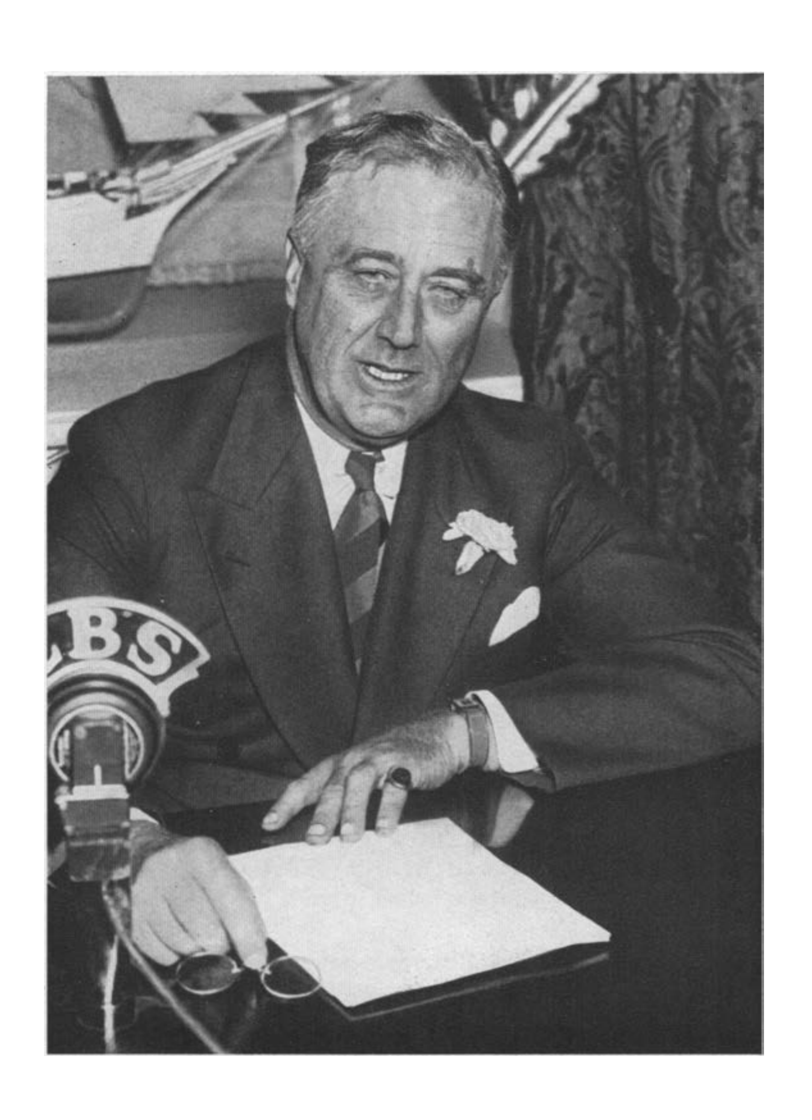
Carl J. Burckhardt

Hoher Kommissar des Völkerbundes für die Freie Stadt Danzig

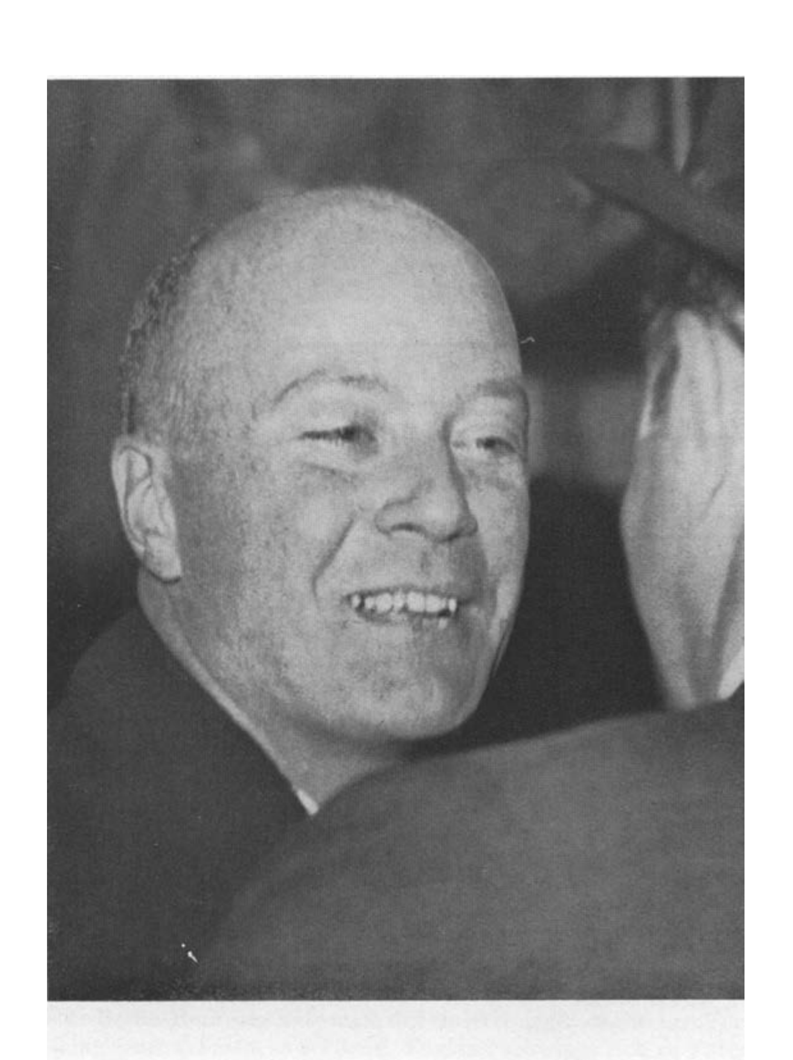


Botschafter in Berlin 1938

v. I. n. r. Atlolico (Italien), Staatssekretär von Weizsäcker, Henderson (England), Franfois-Poncel (Frankreich)

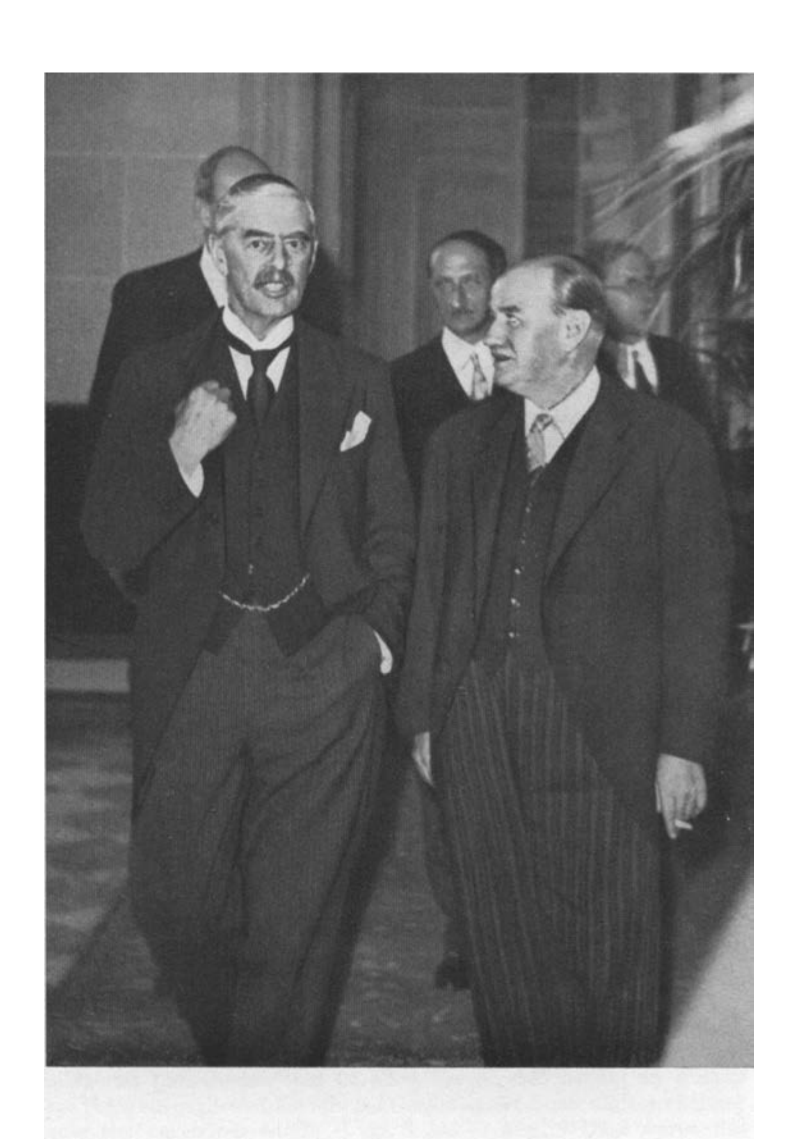


Franklin Delano Roosevelt



William C. Bullitt

Amerikanischer Botschafter in Paris



Neville Chamberlain und Edouard Daladier

Im Hintergrund (Mitte) Außenminister Georges Bonnet



Außenminister Josef Beck

Mit Graf Ciano (links) in Warschau, Februar 1939



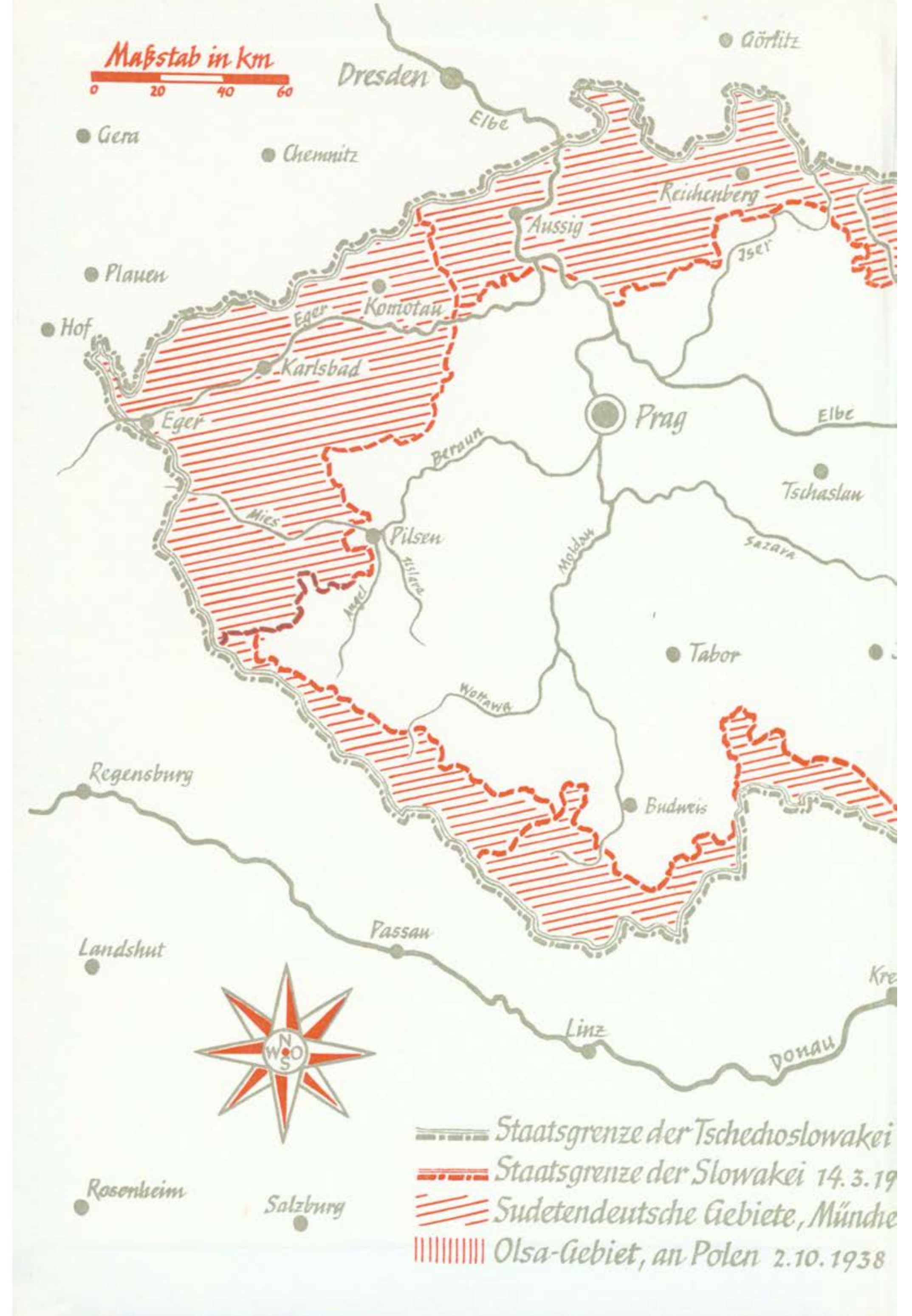
Obersalzberg 12. August 1939

Ribbentrop – Hitler – Ciano

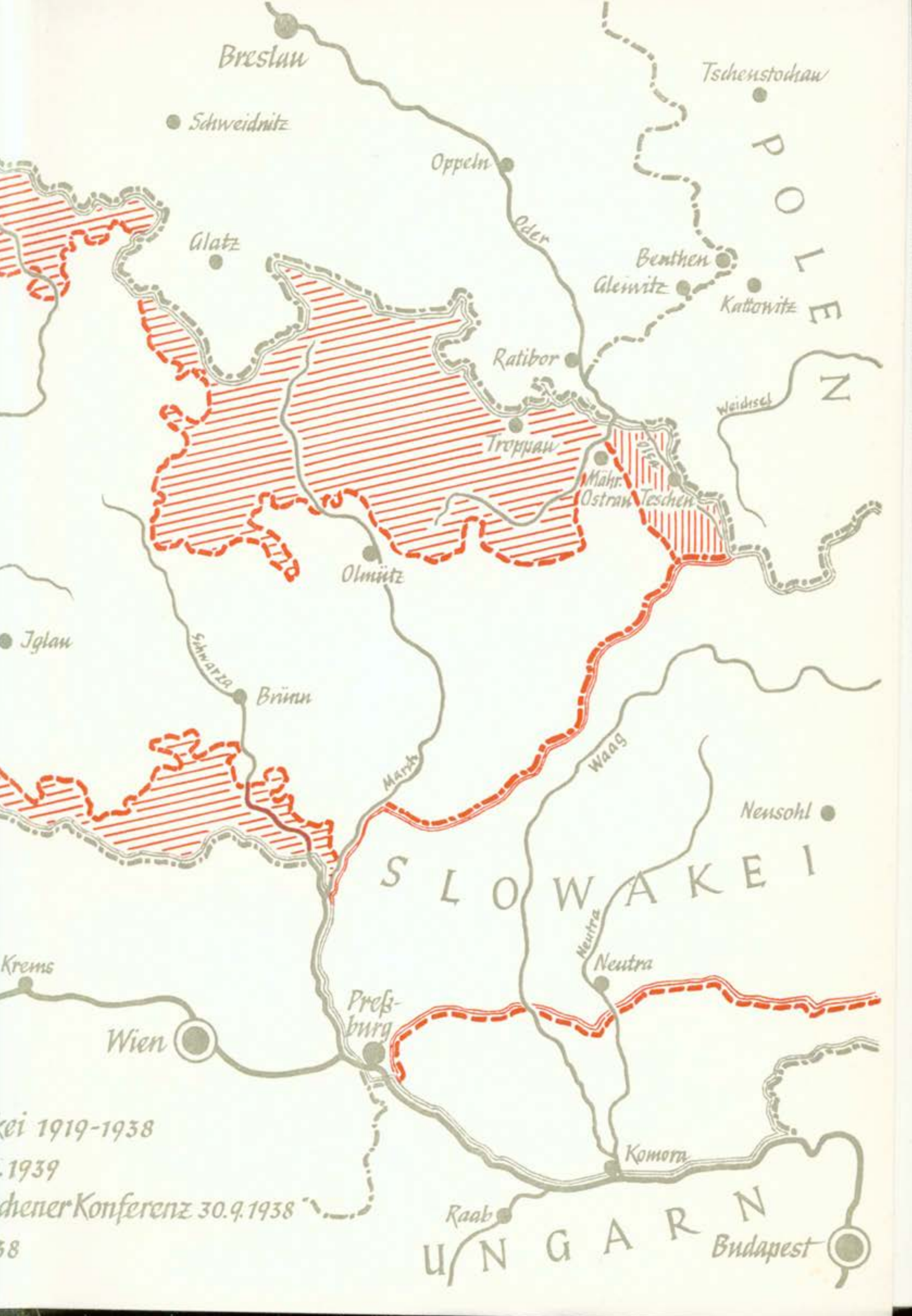


Josef Lipski

Polnischer Botschafter in Berlin



Maßstab in km
0
20
40
60
Dresden
Görlitz
Elbe
Gera
Chemnitz
Reichenberg
Aussig
Iser
Plauen
Komotau
Eger
Hof
Karlsbad
Eger
Prag
Elbe
Beraun
Tschaslau
Mies
Pilsen
Sazawa
Moldau
Angel
Tabor
Wottawa
Regensburg
Budweis
Passau
Landshut
Linz
Donau
N
W
O
S
Staatsgrenze der Tschechoslowakei
Staatsgrenze der Slowakei 14.3.19
Sudetendeutsche Gebiete, Münche
Olsa-Gebiet, an Polen 2.10.1938
Rosenheim
Salzburg



Breslau
Schweidnitz
Tschenstochau
Oppeln
POLEN
Glatz
Oder
Beuthen
Gleiwitz
Kattowitz
Ratibor
Weichsel
Troppau
Olsa
Mähr. Ostrau
Teschen
Olmütz
Iglau
Schwarza
Brünn
March
Waag
Neusohl
SLOWAKEI
Neutra
Neutra
Krems
Preß-burg
Wien
kei 1919-1938
.1939
chener Konferenz 30.9.1938
Komorn
Raab
UNGARN
Budapest

ibau

LETT LAND

Riga

Mitau

LITAUEN

sit

Kowno

gsberg

Wilna

Witebsk

nsterburg

SSEN

eim

Minsk

Narew

Bialystok

Bug

Warschau

Brest-Litowsk

Pinsk

Pripet

Dnjepr

Weichsel

Lublin

SOWJETUNION

Kiew

Lemberg

Tarnopol

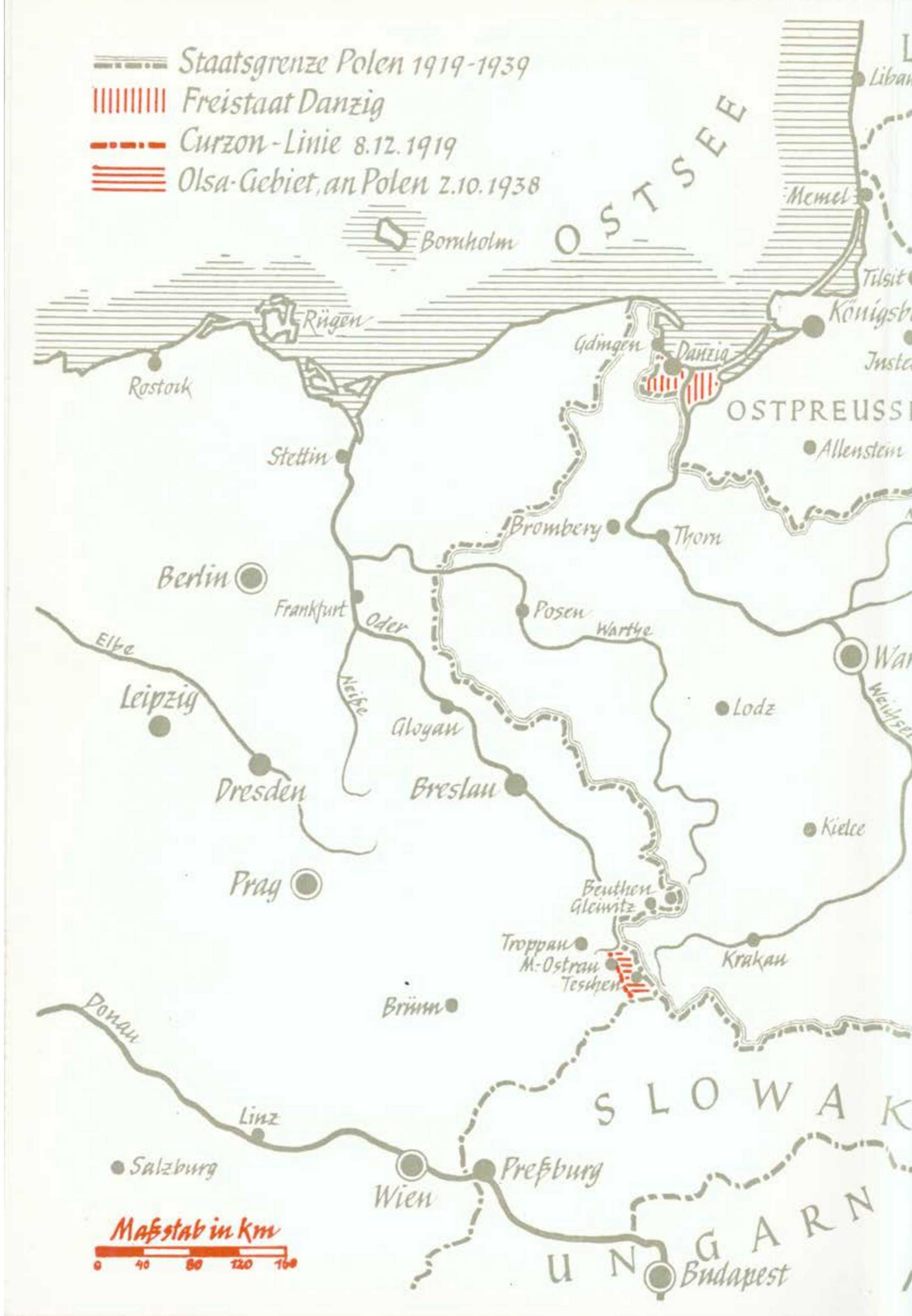
N W O S

KEI

Dnjestr

Czernowitz

RUMÄNIEN


Staatsgrenze Polen 1919-1939
Freistaat Danzig
Curzon-Linie 8.12.1919
Olsa-Gebiet, an Polen 2.10.1938
OSTSEE
Bornholm
Rügen
Rostock
Memel
Tilsit
Gdingen
Danzig
OSTPREUSS
Allenstein
Stettin
Bromberg
Thorn
Berlin
Frankfurt
Oder
Posen
Warthe
Elbe
Neiße
Leipzig
Glogau
Lodz
Dresden
Breslau
Kielce
Prag
Beuthen
Gleiwitz
Troppau
M.-Ostrau
Teschen
Krakau
Brünn
Donau
SLOWAK
Linz
Salzburg
Wien
Preßburg
UNGARN
Budapest
Maßstab in Km
0 40 80 120 160

»Verschwörung gegen den Frieden«

Im Anschluß an die Herausgabe der nachgelassenen Erinnerungen und letzten Aufzeichnungen ihres Mannes hat Frau Annelies von Ribbentrop in jahrelangen Studien die seither veröffentlichten Dokumente und Darstellungen zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges untersucht und geprüft. Mit wissenschaftlicher Genauigkeit ist sie insbesondere der Frage nachgegangen, ob sich ihr Gatte und damit auch die seinerzeitige deutsche Reichsregierung einer „Verschwörung gegen den Frieden" schuldig gemacht hat, wie dies im Nürnberger Prozeß behauptet worden ist.

Die umfangreichen Untersuchungen des vorliegenden Werkes setzen mit einer Erörterung des sogenannten Hoßbach-Protokolls ein, jener „Abschrift einer Gedächtnisniederschrift", die seit 1946 in der Diskussion um die Kriegsschuldfrage des Zweiten Weltkrieges eine bedeutende Rolle spielt. Sowohl die weltpolitische als auch die innerdeutsche Situation des Herbstes 1937 wird einer Analyse unterzogen, das Dokument selbst, seine Entstehungsgeschichte und die Aussagen der Besprechungsteilnehmer werden geprüft.

Mit ähnlicher Sorgfalt verfolgt die Verfasserin die weiteren Stationen der Entwicklung jener Jahre – vom Hitler-Halifax-Treffen im November 1937, der Österreich- und Sudetenkrise bis zum britisch-polnischen Garantievertrag und seinen Auswirkungen. Sowohl dem internationalen Kräftespiel als auch dem außenpolitischen Eingreifen der innerdeutschen Opposition wird die ihm zukommende Beachtung gewidmet. Zahlreiche neue Ausblicke ergeben sich insbesondere hinsichtlich des Polen-Danzig-Problems: Es war z.B. bisher kaum bekannt, daß die deutsche Regierung immer wieder ernsthafte Schritte unternommen hat, um im Sommer 1939 wenigstens eine Vertagung des Danzig-Konflikts zu erreichen und daß der Reichsaußenminister von Ribbentrop noch am Nachmittag des 31.August 1939 mit dem polnischen Botschafter verhandeln wollte, dies aber nicht möglich war, weil Lipski von seiner Regierung nicht bevollmächtigt wurde. Auf die Erwartung, Hitler werde bei Ausbruch des Konfliktes gestürzt, gründete sich, wie insbesondere im Schlußkapitel des Werkes behandelt wird, mit hoher Wahrscheinlichkeit die britische Politik des

(Fortsetzung auf rückwärtiger Buchklappe)

Premierministers Chamberlain, der keinen Zweiten Weltkrieg befürchtete, sondern die Wiederherstellung des status quo von Versailles durch eine bald nach der englischen Kriegserklärung eintretende innerdeutsche Umwälzung erhoffte.

Eigene Urteile fügt die Verfasserin nur gelegentlich und zurückhaltend ein – sie läßt in zahlreichen Zitaten sowohl die Akten als auch die sonstigen Veröffentlichungen der Beteiligten sprechen und entwirft gerade dadurch ein lebendiges Bild der tatsächlichen historischen Vorgänge. So wurde dieses Werk – obwohl seine Entstehung von einem begreiflichen persönlichen Motiv bestimmt war – ein wichtiger wissenschaftlicher Beitrag zur Aufklärung der Frage, welche Ereignisse den Kriegsausbruch verursacht haben

